

Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg
Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.)

Degrowth in Bewegung(en)

32 alternative Wege zur
sozial-ökologischen Transformation

ÖKO-DÖRFER 15M ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
COMMONS RADICAL ECOLOGICAL DEMOCRACY ATTAC UMWELT FUTURZWEI KLIMAGERECHTIGKEIT
PEOPLE'S SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
URBAN-GARDENING FLUCHT- UND MIGRATION OFFENE WERKSTÄTTEN 15M
1 G TRAFIC PEOPLES KI CA RI ST BUEN VIVIR TRANSITION-INITIATIVEN ANTI-KOHLER PLURALE
ATTAC TRANSITION-FREIE SOFTWARE 15M PLURALE
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE QUEER-FEMINISTISCHE ÖKONOMIEKRITIK
FUTURZWEI ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
COMMONS GRUNDEINKOMMEN ATTAC COMMONS
RECHT ATTAC UMWELT URBAN-GARDENING FLUCHT- UND MIGRATION OFFENE WERKSTÄTTEN 15M
AUF STADT POST-EXTRAKTIVISMUS
GEMEINWOHL-ÖKONOMIE POST-DEVELOPMENT
ANTI-KOHLER BUEN VIVIR GEWERKSCHAFTEN GRUNDEINKOMMEN
OFFENE WERKSTÄTTEN CARE REVOLUTION BUEN VIVIR ARTIVISM BUEN VIVIR
QUEER-FEMINISTISCHE ÖKONOMIEKRITIK FLUCHT- UND MIGRATION JUGENDUMWELTBEWEGUNG
RADICAL ECOLOGICAL DEMOCRACY TRANSITION-INITIATIVEN GRUNDEINKOMMEN
FLUCHT- UND MIGRATION KLIMAGERECHTIGKEIT ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
FREIE SOFTWARE ARTIVISM SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT PEOPLES GLOBAL ACTION
DEMONETARISIERUNG QUEER-FEMINISTISCHE ÖKONOMIEKRITIK TRANSITION-INITIATIVEN
RECHT AUF STADT PLURALE ÖKONOMIE TRANSITION-INITIATIVEN
JUGENDUMWELTBEWEGUNG POST-EXTRAKTIVISMUS ANTI-KOHLER TIERRECHTE
FUTURZWEI GEMEINWOHL-ÖKONOMIE QUEER-FEMINISTISCHE ÖKONOMIEKRITIK
PEOPLES GLOBAL ACTION 15M FLUCHT- UND MIGRATION TRANSITION-INITIATIVEN PLURALE
GEWERKSCHAFTEN JUGENDUMWELTBEWEGUNG ÖKONOMIK oekom
QUEER-FEMINISTISCHE ÖKONOMIEKRITIK BUEN VIVIR ARTIVISM



ClimatePartner^o
klimaneutral

Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien. Dieses Buch wurde auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC[®]-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100 % Recyclingmaterial, das FSC[®] ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO₂-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter:

<http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Der Text dieses Werks erscheint unter der Creative Commons-Lizenz ›Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland‹ (CC BY-NC-ND 3.0 DE).

[www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de].

Alle Fotos und Grafiken in diesem Werk werden durch das Urheberrecht und/oder einschlägige Gesetze geschützt.

© 2017 oekom, München

oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH,
Waltherstraße 29, 80337 München

Layout und Satz: Reih's Satzstudio, Lohmar

Lektorat und Korrektorat: Julia Roßhart

Umschlagentwurf: Sarah Schneider, oekom verlag

Druck: Augustin print & medien GmbH, Oer-Erkenschwick

Dieses Buch wurde auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-86581-852-2

Herausgegeben von
Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu,
Konzeptwerk Neue Ökonomie.
Mit Unterstützung des
DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften.

Degrowth in Bewegung(en)

.....

32 alternative Wege zur
sozial-ökologischen Transformation

Inhalt

Vorwort	9
<i>Barbara Muraca</i>	
1 Einleitung: Degrowth in Bewegung(en) sucht nach Alternativen und Bündnissen	12
<i>Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu</i>	
2 15M: Aus einer autonomen Perspektive – Strategien, Systemkritik und autonome Räume	20
<i>Eduard Nus (übersetzt von Isabel Frey)</i>	
3 Anti-Kohle-Bewegung: Gegen Klimawandel, Kapitalismus und Wachstum!	34
<i>Dorothee Häußerman und Laura Wollny</i>	
4 Artivism: Degrowth mit Fantasie beleben	46
<i>John Jordan (übersetzt von Christiane Kliemann)</i>	
5 Attac: Eine ganz andere Welt ist möglich!	58
<i>Werner Rätz und Dagmar Paternoga</i>	
6 Buen Vivir: Die Welt aus der Perspektive des Buen Vivir überdenken	70
<i>Alberto Acosta (übersetzt von Mercè Ardiaca Jovè)</i>	
7 Care Revolution: Ressourcen für Sorgearbeit erkämpfen	84
<i>Matthias Neumann und Gabriele Winker</i>	
8 Commons-Bewegung: Selbstorganisiertes (Re)Produzieren als sozial-ökologische Transformation	96
<i>Johannes Euler und Leslie Gauditz</i>	
9 Degrowth: In Bewegung, um Alternativen zu stärken und Wachstum, Wettbewerb und Profit zu überwinden	108
<i>Corinna Burkhart, Dennis Eversberg, Matthias Schmelzer und Nina Treu</i>	
10 Demonetarisierung: Geld ist das Problem!	118
<i>Andrea*s Exner, Justin Morgan, Franz Nahrada, Anitra Nelson, Christian Siefkes</i>	
11 Ernährungssouveränität: Weder Wachsen noch Weichen, sondern gutes Essen für alle!	128
<i>Irmis Salzer und Julianna Fehlinger</i>	

12	Flucht- und migrationspolitische Bewegung: Vom Kampf um gleiche Rechte zur Kritik an wachstums- bezogenen Ursachen von Flucht und Migration	140
	<i>Olaf Bernau</i>	
13	Freie-Software-Bewegung: Re-Dezentralisierung des Internets und beispielhafte Entwicklung neuer Besitzverhältnisse und Commons	154
	<i>Gualter Barbas Baptista (übersetzt von Irene Neumann, Silvia Hable und Jon Richter)</i>	
14	FUTURZWEI: Gelebte Geschichten einer anderen Wirklichkeit erzählen	166
	<i>Josefa Kny</i>	
15	Gemeinwohl-Ökonomie: Das Modell einer ethischen Wirtschaftsordnung	176
	<i>Andreas Michael Giselbrecht und Stephanie Ristig-Bresser</i>	
16	Gewerkschaften: Wer kann es sich leisten, zu verzichten?	188
	<i>Jana Flemming und Norbert Reuter</i>	
17	Grundeinkommensbewegung: Keine nachhaltige ökologische Transformation ohne bedingungslose soziale Sicherung aller Menschen	200
	<i>Ronald Blaschke</i>	
18	Jugendumweltbewegung: Die sozial-ökologische Transformation mit Begeisterung vorleben	212
	<i>Janna Aljets und Katharina Ebinger</i>	
19	Klimagerechtigkeit: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapitalismus	224
	<i>Tadzio Müller</i>	
20	Offene Werkstätten: Infrastrukturen teilen, gemeinsam nutzen und zusammen selber machen	236
	<i>Tom Hansing</i>	
21	Ökodorf-Bewegung: Degrowth als gelebte Realität?	248
	<i>Christiane Kliemann</i>	
22	Peoples Global Action: Widerstand (wirklich) global und (wirklich) von unten	260
	<i>Friederike Habermann</i>	
23	Plurale Ökonomie als wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftswissenschaftliche Bearbeitung von Degrowth	272
	<i>Jonathan Barth, Christoph Gran und Tanja von Egan-Krieger</i>	

24	Post-Development: Beim globalen Umgang mit dem kolonialen Erbe geht es um mehr als Wachstumskritik	284
	<i>Daniel Bendix</i>	
25	Post-Extraktivismus: International und herrschaftskritisch – gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und für ein gutes Leben	296
	<i>Ulrich Brand</i>	
26	Queer-feministische Ökonomiekritik: Ohne geht es nicht: Radikalität, Kapitalismuskritik und ein feministischer Grundkonsens	308
	<i>trouble everyday collective</i>	
27	Radikale Ökologische Demokratie: Betrachtungen über Degrowth aus dem Süden	320
	<i>Ashish Kothari (übersetzt von Laura Broo)</i>	
28	Recht auf Stadt: Degrowth in Boomtowns oder das gute Leben in der Stadt für alle	332
	<i>Michael Stellmacher und Norma Brecht</i>	
29	Solidarische Ökonomie: Initiativen, Ketten und Vernetzung zur Transformation	344
	<i>Dagmar Embshoff, Clarita Müller-Plantenberg und Giuliana Giorgi</i>	
30	Tierrechtsbewegung: Gegen die Ausbeutung von Tieren im Namen des Wachstums	356
	<i>Andre Gamerschlag und Miriam Boschmann</i>	
31	Transition-Initiativen: Vom Träumen, Planen, Machen und Feiern des Wandels, den wir selbst gestalten	368
	<i>Gesa Maschkowski, Stephanie Ristig-Bresser, Silvia Hable, Norbert Rost und Michael Schem</i>	
32	Umweltbewegung: Winning the campaign but losing the planet – Stärken und Schwächen der Umweltbewegung auf dem Weg in eine erwachsene Gesellschaft	380
	<i>Franziska Sperfeld, Kai Niebert, Theresa Klostermeyer und Hauke Ebert</i>	
33	Urban-Gardening-Bewegung: Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis	392
	<i>Christa Müller</i>	
34	Degrowth als Teil des Mosaiks der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation	402
	<i>Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu</i>	

Vorwort

von Barbara Muraca (Oregon State University)

Das Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* stellt einen originellen, unverzichtbaren und längst fälligen Beitrag in der sozio-politischen Landschaft der krisenhaften und frustrierten europäischen Gesellschaften dar. Um uns herum wiederholen die lautesten Posaunen nur zwei Hauptthemen auf gleichwohl fantasielose wie auch besorgniserregende Weise: Auf der einen Seite ertönt das alte Mantra von Wachstum als Lösung aller Probleme, das für noch mehr Deregulierung, noch mehr Globalisierung, Freihandel, Wettbewerb und Öffnung der Märkte plädiert. Auf der anderen Seite dröhnt das aggressive Gegenbild der (nicht so) neuen populistischen Rechtskonservativen, die die durchaus legitime Verunsicherung vieler Menschen in Erzählungen von kulturell einfarbigen, abgeschotteten Gemeinden übersetzen und ihren Frust gegen diejenigen kanalisieren, die anders lieben, aussehen oder leben wollen.

Dagegen bietet *Degrowth in Bewegung(en)* eine wirkliche Alternative für ein *gutes Leben für alle* unter ganz anderen Bedingungen. *Degrowth in Bewegung(en)* nimmt sich die unerhörte Freiheit, nicht nur an ganz anderen Zukunftsbildern zu schmieden, sondern auch zu zeigen, dass diese schon jetzt in vielen verschiedenen bunten, mutigen Werkstätten der Befreiung in Deutschland und weltweit erprobt werden.

Degrowth – wie die Herausgebenden in der Einleitung schreiben – ist eine »im Entstehen begriffene soziale Bewegung«. Und das ist nicht nur ein provisorischer Zustand. Denn Degrowth ist ein Projekt im Werden und wird es hoffentlich auch weiterhin bleiben. Degrowth ist somit vielmehr »in Bewegung« als *eine* Bewegung mit klar konturiertem Charakter und etablierten Strukturen. Die internationale Degrowth-Konferenz, die im September 2014 in Leipzig stattfand, diente als Vernetzungsort und Verstärker für viele unterschiedliche Gruppen, die gemeinsam gegen neoliberale Einfarbigkeit und für alternative Formen des Zusammenlebens kämpfen. Degrowth ist somit eher eine Plattform, so etwas wie ein Archipel (eine Inselgruppe), auf dem sich verschiedenartige soziale Bewegungen, Initiativen, Strömungen begegnen und austauschen, aber auch Bündnisse bilden können.

Degrowth entsteht nicht nur als radikale Kritik gegen die materielle Überdimensionierung der Volkswirtschaften frühindustrialisierter Länder, die für ihre Erhaltung und Vergrößerung den Planeten und das Leben anderer menschlicher und nicht menschlicher Wesen zunehmend unmöglich machen. So ist das Ziel einer Degrowth-Perspektive nicht primär, die Wirtschaftsleistung, *wie sie derzeit ist*, einfach zu schrumpfen. Vielmehr geht es

darum, Wirtschaft, Gesellschaft, soziale Verhältnisse ganz anders zu gestalten. Vor allem stellt Degrowth aber die Forderung, sich das Recht und die Macht wieder anzueignen, kollektiv, demokratisch und solidarisch über die Art und Weise des Zusammenlebens zu bestimmen, statt Institutionen und soziale Beziehungen dem vorgegebenen und vermeintlich alternativlosen Muster des neoliberalen Mantras zu überlassen.

Da die Zwänge der neoliberalen Wachstumslogik tief in unsere Vorstellungswelt wie auch in unsere Körper, Wünsche und Emotionen eingeschrieben sind, braucht es aber Werkstätten der Befreiung, in denen radikale Alternativen wieder wild und frei von herrschenden Narrativen gedacht und ausprobiert werden können. Soziale Experimente, Initiativen, Bewegungen, wie sie sich in diesem Band präsentieren, wirken als Zukunftslaboratorien, in denen soziale Innovationen entwickelt und neue Formen des Zusammenlebens mit anderen Anerkennungsverhältnissen konkret experimentiert werden können. Darüber hinaus sind sie Orte, in denen Mitwirkende Motivation und Kraft für Widerstand schöpfen, um die anvisierte Transformation auch in andere Lebensbereiche hineinzutragen.

Zukunftslaboratorien wie diese verkörpern das, was Ernst Bloch einst *konkrete Utopie* nannte. Während abstrakte Utopien wie ein bloßer Tagtraum tröstend und kompensatorisch wirken, liegt die Kraft konkreter Utopien darin, die Entwicklungspotentiale und Nebentendenzen tastend und experimentierend aufzuspüren, die bereits in den Falten der Gegenwart schlummern. Dafür ist gefragt, was Bloch *militanten Optimismus* nennt: Anders als bloß naiver Optimismus, der herrschaftsblind ist und auf irgendwelche automatische Transformationen hoffnungsvoll wartet, identifiziert militanter Optimismus die versteckten Potentiale und Nebentendenzen und wirkt auf sie als eine Art Verstärker, der sie sichtbar macht, aktiv aufgreift und in neue Gestaltungsmöglichkeit einfädelt. Konkrete Utopien haben zugleich eine *präfigurative* und eine *performative* Kraft: Sie öffnen nicht nur den Raum für die *Vorstellung* von Alternativen und agieren somit gegen die Wirksamkeit von TINA-Narrativen (TINA aus dem Englischen: There Is No Alternative = es gibt keine Alternative). Sie *verkörpern* auch solche Alternativen schon hier und jetzt in den zahlreichen Projekten, sozialen Experimenten und Initiativen, in denen nicht nur über Zukunftsentwürfe geredet wird, sondern andere Lebensformen konkret ausprobiert und erfahren werden.

In diesen geschützten Räumen können wir kritisch hinterfragen, wie Vorstellungen eines guten Lebens und gefühlte Bedürfnisse zustande gekommen sind. Und wir können aufdecken, inwieweit sie bloß unmittelbarer Ausdruck von etablierten Werten sind, die Individuen im Interesse der Bewahrung und Reproduktion der geltenden sozialen Verhältnisse übergestülpt wurden. Denn eine wichtige Funktion von konkreten Utopien ist das, was die englischsprachige Utopieforschung »education of desire« nennt, das heißt kollektives Lernen über unsere Wünsche und Bedürfnisse. In den alternativen Erfahrungsräumen, die durch soziale Experimente eröffnet

werden, kann man lernen, anders, besser, ja sogar mehr zu begehren. Statt das Begehren zurückzudrängen im Sinne einer einseitig verstandenen Suffizienz geht es vielmehr darum, sich von den Zwängen zu befreien, die die Autonomie einschränken, um mehr (politisch) verlangen zu können.

In sozialen Experimenten kann man Autonomie als kollektives Projekt wieder erlernen. Autonomie impliziert auch Selbsteinschränkung, das heißt sich zu vergegenwärtigen, in soziale und ökologische Gefüge eingebettet zu sein, die gemeinsam gestaltet werden müssen. Autonomie in diesem Sinne ist dann nur in einer Gesellschaft möglich, in der durch demokratische Entscheidungsprozesse und solidarische Formen der Produktion ökonomische Aktivitäten an den gefühlten und öffentlich artikulierten Bedürfnissen orientiert und nicht andersherum ständig neue Bedürfnisse erzeugt werden.

Das Buch ist eine Einladung zur Hoffnung. Keine bloß abstrakte Hoffnung im Sinne des oben genannten naiven Optimismus, sondern vielmehr die Hoffnung konkreter Utopien, die durch militanten Optimismus genährt und gestärkt wird. Die Bewegungen, die hier gesammelt sind, bilden eine unschätzbare Ressource an gesellschaftlichen Alternativen, die in ihrer Spezifität und in ihrer eigenen und einzigartigen Sprache zu Wort kommen.

Das Konzeptwerk Neue Ökonomie hat diesen Prozess mit demselben Stil begleitet, mit dem es die Leipziger Degrowth-Konferenz in 2014 koordinierte: inspirierend, unterstützend, selbstkritisch und offen – gleichwohl mit einem unmissverständlichen Bekenntnis für emanzipatorische und solidarische Grundwerte. So wurden zahlreiche soziale Bewegungen, Initiativen und Strömungen zu einem gemeinsamen Dialog eingeladen, der nicht nur Differenzen und Gemeinsamkeiten hervorheben, sondern auch Lernprozesse sowie Fluchtlinien für künftige Vernetzung, Kooperation und Bündnisse skizzieren sollte. Eine unglaubliche Sammlung an konkreten Wegen für eine radikale sozial-ökologische Transformation ist das Ergebnis.

Dr. Barbara Muraca ist Philosophin und lehrt an der Oregon State University (USA). Sie ist eine der internationalen Vordenker_innen für Degrowth. Zuletzt erschien von ihr »Gut leben – Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums« (Verlag Klaus Wagenbach 2014).

Einleitung: *Degrowth in Bewegung(en) sucht nach Alternativen und Bündnissen*

Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu

Nach Alternativen zu suchen und einen Paradigmenwechsel zu fordern, das ist die zentrale Gemeinsamkeit der in diesem Projekt versammelten Bewegungen, Strömungen und Initiativen: weg vom alleinigen Fokus auf Konkurrenz, Gewinnstreben, Ausbeutung und Wachstum hin zu mehr Kooperation, Solidarität und einer Orientierung an konkreten Bedürfnissen. Es geht darum, die Bedingungen für ein *gutes Leben für alle* zu schaffen. Entgegen dem neoliberalen Dogma, es gebe keine Alternativen, zeigen sie: Es gibt tausend Alternativen, und viele weitere können entstehen.

In sozialen Bewegungen, (alternativökonomischen) Strömungen und Initiativen diskutieren Menschen über ein anderes, sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Leben und Wirtschaften. Sie setzen sich auf unterschiedlichste Art und Weise dafür ein oder probieren es praktisch aus. An mehr und mehr Orten, in Praxisprojekten und sozialen Kämpfen schimmern Alternativen auf. Das wird oft an Fragen wie diesen deutlich: Wie könnte eine grundlegend bessere Gesellschaft gestaltet sein? Was können wir heute dafür tun, dahin zu kommen? Was gibt es in unterschiedlichen Strömungen für Ansätze und Strategien, von denen wir lernen können? Und wie passen die verschiedenen Alternativen zusammen?

Diese Fragen möchten wir diskutieren, und zugleich wollen wir die Bewegungen, Strömungen und Initiativen, die daran arbeiten, stärker miteinander in Austausch bringen. Deshalb haben wir einen strukturierten Vernetzungs- und Austauschprozess organisiert. Das Ergebnis ist die Multimedia-Publikation *Degrowth in Bewegung(en)*: Politisch Aktive und engagierte Wissenschaftler_innen reflektieren die Initiative, die Strömung oder Bewegung, in der sie selbst aktiv sind oder der sie sich verbunden fühlen. Die entstandenen Texte beleuchten deren Geschichte, Kernideen und Alternativvorstellungen, zentrale Aktivitäten, konkrete Praxis und Akteur_innen. Und sie gehen auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Degrowth und zu anderen Bewegungen ein.

Die entstandenen Texte bieten einen (selbst-)kritischen Überblick und liefern Menschen, die nach Alternativen suchen, einen leichten Einstieg.

Zudem vertiefen sie den Austausch zwischen verschiedenen Bewegungen, Strömungen und Initiativen, befördern das gegenseitige Lernen und die Entwicklung von politischen Strategien, um so gemeinsam Alternativen in ihrer Vielfalt zu stärken.

Wir haben dabei mit der folgenden Definition von *sozialen Bewegungen* gearbeitet: Gemeinsam handelnde Akteur_innen haben (1) eine deutlich umrissene *kollektive Identität*, sie sind (2) in hohem Maße *informell vernetzt* und befinden sich (3) in *konflikthaften Beziehungen mit klar identifizierbaren Gegnern* (della Porta; Diani 2006: S. 21). Ein Beispiel dafür ist die globalisierungskritische Bewegung. *Strömung* haben wir als weicheren Begriff hinzugefügt, weil die besagte Definition für einige vertretene Ansätze nicht ganz zutreffend war. Dies gilt insbesondere für den alternativökonomischen Bereich, wo das dritte Kriterium oft nicht gegeben ist. Beispielhaft dafür steht Commons.

Verschiedene Wege führen zu Alternativen

Die sozialen Bewegungen und Strömungen, die hier versammelt sind, schlagen bei ihrer Suche nach Alternativen verschiedene Wege ein. Manche konzentrieren sich darauf, die aktuelle Situation eher *theoretisch* zu analysieren und zu kritisieren, um davon ausgehend alternative Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle zu erdenken. Beispiele hierfür sind die Plurale Ökonomie, die Kritik an der Entwicklungsidee (Post-Development), die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die queer-feministische Ökonomiekritik oder das kapitalismuskritische Netzwerk *demonetize.it*.

Andere sind grundlegend konstruktiv und *praktisch* orientiert, sie fangen im Hier und Jetzt an, probieren in »Reallaboren« Alternativen aus oder geben dazu ganz konkrete Anregungen. Dazu gehören zum Beispiel Ökodörfer, Urbane Gärten, Transition Towns, Offene Werkstätten, die Commons-Bewegung und auch die Solidarische Ökonomie. Wieder andere werden als *konfliktorientierte* soziale Bewegungen und Initiativen auf der Straße, am Arbeitsplatz und bei direkten Aktionen aktiv. Beispiele sind flucht- und migrationspolitische Kämpfe, die Bewegung für Klimagerechtigkeit oder gegen Kohle, Care Revolution, die Globalisierungskritik, die Bewegung für ein Recht auf Stadt, die Gewerkschaften und die Umweltbewegungen.

Viele Bewegungen und Initiativen setzen auf unterschiedlichen Ebenen an, nutzen verschiedenste Strategien und zeichnen sich durch eine Mischung aus Theorie, praktischem Umsetzen im Hier und Jetzt und Aktivismus aus – in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung.

Schließlich zeigt sich eine große Bandbreite bei der Frage nach dem Verhältnis von Degrowth und den verschiedenen Strömungen und Bewegungen. Dieses näher zu bestimmen, ist Ziel des Projektes. Ansatzpunkte finden sich im Schlusskapitel, das wir erst geschrieben haben, als alle Kapitel vorlagen.



Das Projekt *Degrowth in Bewegung(en)*

Was meint Degrowth eigentlich?

Degrowth ist eine Perspektive und eine im Entstehen begriffene soziale Bewegung, die in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Alternativdiskussionen und Projekten rund um alternatives Wirtschaften zusammengebracht hat. Die Kernidee von Degrowth ist eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform, die das Wohlergehen aller zum Ziel hat und die ökologischen Lebensgrundlagen erhält.

Das Erreichen globaler sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, so die Grundüberzeugung, setzt eine Reduktion der zerstörerischen Wirtschaftsaktivität im globalen Norden voraus. Degrowth kritisiert das aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Leitprinzip »höher, schneller, weiter« und die damit einhergehenden Phänomene wie Beschleunigung, Überforderung und Ausgrenzung sowie die Zerstörung des Ökosystems Erde. Daher werden eine grundlegende Veränderung der wachstumsorientierten Produktions- und Lebensweise wie auch ein umfassender kultureller Wandel als notwendig erachtet. Die Transformation soll aus Degrowth-Perspektive auf Werten wie Achtsamkeit, Solidarität und Kooperation basieren (siehe auch Kapitel 9).



Einen Raum für gegenseitiges Lernen schaffen

Von der Kernidee von Degrowth fühlen sich viele politisch Aktive angesprochen. Dies zeigte unter anderem die Degrowth-Konferenz, die 2014 in Leipzig stattfand. Auf der fünftägigen bewegungspolitischen und wissenschaftlichen Konferenz versammelten sich über 3000 Akteur_innen unterschiedlichster sozialer Bewegungen und Strömungen. Sie fanden dort – und beim Austausch im Nachgang der Konferenz – viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede. Neben diesen produktiven Anregungen kamen auch viele Fragen oder Missverständnisse auf. Hier will *Degrowth in Bewegung(en)* ansetzen, deshalb haben wir dieses Projekt ins Leben gerufen.

Trotz vieler Überschneidungen gibt es sowohl in Degrowth-Kreisen als auch in anderen sozialen Bewegungen immer wieder Unkenntnis, aber auch Skepsis, Vorurteile und Missverständnisse, was die jeweils anderen Perspektiven, Ausgangslagen, Traditionen, Strategien und Akteur_innen betrifft. *Degrowth in Bewegung(en)* möchte daher einen Raum für gegenseitiges Lernen schaffen. Dies ist umso wichtiger, als die Gefahr besteht, dass verschiedene Bewegungen Fehler der anderen wiederholen und über dieselben »alten« Fallstricke stolpern.

Besonders von Menschen aus dem alternativökonomischen Spektrum wird Degrowth bisweilen als ein Konzept beziehungsweise als ein Vorschlag gesehen, der integraler Bestandteil anderer Perspektiven und sozialer Bewegungen ist oder werden könnte. Aber auch dies, die Einbindung von Degrowth-Ideen und -Praxen, scheitert oft an Vorurteilen und Missverständnissen. An dieser Stelle möchte *Degrowth in Bewegung(en)* zu mehr gegenseitigem Verstehen beitragen.

In Dialog treten

Der Name des Projektes ist Programm: Degrowth ist in Bewegung, bewegt sich auf andere zu, tritt in Dialog und will bewegter sein als bisher. Deshalb fragen wir nach Anregungen aus anderen Bewegungen an die Degrowth-Bewegung. Gleichzeitig findet sich Degrowth in anderen Bewegungen, Strömungen und Initiativen wieder, wird dort konstruktiv und kritisch diskutiert und teilweise integriert. In welcher Weise dies geschieht, wollen wir mit diesem Projekt in Erfahrung bringen. Wir wollen Degrowth nicht in den Vordergrund drängen, als *wichtigste* Perspektive und Bewegung setzen oder als diskursives Dach, das alle anderen Perspektiven unter sich versammelt, darstellen. Vielmehr wollen wir die große Dynamik um die Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 herum nutzen, um verschiedene Akteur_innen miteinander in Austausch zu bringen und um voneinander zu lernen.

Dabei geht es ausdrücklich *nicht* um eine rein intellektuelle Selbstreflexion, die einem abstrakten Erkenntnisinteresse oder akademisch-distanzierter Kritik dient. Vielmehr zielt das Projekt darauf, mit bestehenden sozialen Bewegungen und alternativökonomischen Projekten in einen konstruktiven Dialog zu treten, kritische Diskussions- und Veränderungsprozesse anzustoßen und aktiv nach gemeinsamen Perspektiven, Strategien und konkreten Handlungsmöglichkeiten zu suchen.

Mehr als eine Publikation

Degrowth in Bewegung(en) ist nicht nur ein Buch, sondern auch eine Multimedia-Publikation aus Texten, Videos, Bildern und Audio-Aufnahmen im Internet. Darüber hinaus steht es auch für einen zweijährigen Vernetzungs- und Austauschprozess. Dieser nahm seinen Anfang mit einem Workshop vor Beginn des Schreibprozesses, an dem im Herbst 2015 fünfzehn Autor_innen teilnahmen. Bei diesem Workshop haben wir das Projekt als Ganzes diskutiert und in wechselnden kleinen Arbeitsgruppen (World Café) Antworten auf fünf Kernfragen (siehe unten) gesucht. Außerdem haben wir gemeinsam die Liste der Autor_innen beziehungsweise der Bewegungen und Strömungen erweitert.

Darauf folgte ein mehrmonatiger Schreib- und Editionsprozess. Von Juni bis zur internationalen Degrowth-Konferenz im September 2016 haben wir nacheinander die 32 auch in diesem Buch versammelten Texte online veröffentlicht. Im Oktober haben sich dann in einem zweiten Workshop knapp

30 Autor_innen unter Beteiligung von Beobachter_innen mit den Herausgebenden in Berlin getroffen, um eine Zwischenbilanz zu ziehen. In Kleingruppen und gemeinsam haben wir diskutiert, was wir durch das Projekt gelernt haben, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu erkennen sind und wo wir uns gegenseitig bereichern oder sogar zusammen arbeiten oder kämpfen können. Schließlich gibt es im Frühjahr 2017 eine größere Tagung, in der wir die Ergebnisse des Projektes mit mehr Menschen aus den jeweiligen Bewegungen und Strömungen diskutieren und verbreitern wollen, vor allem mit Blick auf das Ausloten möglicher gemeinsamer Aktivitäten und Strategien.

Was, wer und wie? Die gemeinsamen Fragen

Alle Beiträge sind in möglichst zugänglicher Sprache geschrieben und beantworten in jeweils fünf Kapiteln folgende Fragen:

1. Was ist die Kernidee eurer sozialen Bewegung oder Strömung (wichtigste Kritiken am herrschenden System, zentrale Argumente, Alternativvorstellungen etc.), wie hat sie sich historisch entwickelt und was ist die Vorstellung sozialen Wandels?
2. Wer ist in der sozialen Bewegung oder Alternativdiskussion aktiv und was machen diese? (Wie ist die soziale Schichtung, wie sind sie organisiert, an welchen Orten, wer sind die Protagonist_innen, und welche Gruppen, Bündnisse oder Netzwerke gibt es?)
3. Wie seht ihr das Verhältnis zwischen eurer Bewegung und Degrowth und wie könnte beziehungsweise sollte es sich in den nächsten Jahren entwickeln? Wie ist das Verhältnis zu anderen sozialen Bewegungen? (Verhältnis bezieht sich auf Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Konfliktpunkte, Allianzen etc.)
4. Welche Anregungen hat eure Bewegung an die Degrowth-Perspektive? (Was sind Leerstellen, unterbelichtete Bereiche und unterschätzte Probleme bei Degrowth, welche Themen, Fragen, Probleme werden einseitig oder gar nicht diskutiert und bearbeitet?) Welche Anregungen hat die Degrowth-Perspektive an eure Bewegung?
5. Ausblick und Raum für Vision, Anregung und Wünsche: Welche Möglichkeiten seht ihr aus Perspektive eurer Bewegung oder Strömung für den Ausbau einer starken gemeinsamen emanzipatorischen sozialen Bewegung im aktuellen polit-ökonomischen Kontext? Wie müsste eine größere soziale Bewegung ausschauen, der ihr euch anschließen würdet?

Die Texte sind entlang der jeweiligen Bewegungen alphabetisch geordnet. In Bezug auf Degrowth beantworten wir, die Editor_innen, die ersten beiden Fragen zusammen mit Dennis Eversberg von der Universität Jena. Auf Basis

der Texte und der beiden oben genannten Treffen haben wir – die Herausgebenden – ein Abschlusskapitel geschrieben, das versucht, einige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Lesenden wird auffallen, dass die Genderschreibweise in den einzelnen Beiträgen variiert. Wir als Herausgebende haben es den Autor_innen bewusst freigestellt, eine Genderschreibweise zu wählen, die im jeweiligen Kontext üblich und für sie passend ist. Wir finden, dass darin eine relevante Aussage steckt.

Zur Frage der Auswahl

Alle hier versammelten Bewegungen, Strömungen und Initiativen haben einen emanzipatorischen Anspruch; alle sind an einem guten Leben für alle orientiert und arbeiten theoretisch oder praktisch an positiven Alternativen.

Natürlich liefert die Zusammenschau im Rahmen des Projektes *Degrowth in Bewegung(en)* keinen vollständigen oder abgeschlossenen Überblick. Einbezogen haben wir erstens jene Bewegungen und Strömungen, in denen sich in den letzten Jahren bereits mehr oder weniger starke Verbindungen zu deutschsprachigen Degrowth-Diskussionen entwickelt haben. Diese sind teilweise global vernetzt oder aktiv wie zum Beispiel die globalisierungskritische Bewegung oder Ökodörfer und Commons-Initiativen. Trotzdem leben die meisten Autor_innen im deutschsprachigen Raum, und der Fokus der meisten Texte liegt auf Diskussionen und Aktivitäten in diesem. Wir sind jedoch auch dabei, die Idee weiterzutragen und in internationale Dialoge im Sinne von *Degrowth in Bewegung(en)* zu treten. Die meisten Texte konnten wir übersetzen und erste Erfahrungen dazu gab es auf der internationalen Degrowth-Konferenz 2016 in Budapest. Die Diskussionen gehen weiter.

Zweitens haben wir solche Bewegungen, Strömungen und Initiativen ausgewählt, mit denen wir oder einige Autor_innen einen stärkeren gegenseitigen Austausch wünschen, da wir ihn für fruchtbar halten und Gemeinsamkeiten erahnen. Wir hoffen, diesen bei möglichen zukünftigen Projekten weiter auszubauen.

Danke

Bevor wir euch und Ihnen viel Spaß beim Lesen und Reflektieren wünschen, möchten wir uns noch bei einigen der vielen Menschen bedanken, die uns bei *Degrowth in Bewegung(en)* unterstützt haben. Zunächst gilt unser Dank den über 60 Autor_innen, die sich auf dieses doch recht außergewöhnliche Schreibexperiment mit gemeinsamen Fragen und persönlichen Treffen eingelassen und sich viel Mühe beim Schreiben und mehrmaligen Überarbeiten der Texte gegeben haben. Dann gilt unser Dank auch all jenen, die als Zweitlektor_innen Texte redigiert haben: Dennis Eversberg, Max Frauenlob, Hanna Ketterer, Kai Kuhnhenh, Christopher Laumanns, Steffen Liebig, Anne Pinnow, Christoph Sanders, Christin Schmidt und Felix Wittmann. Ganz

besonders möchten wir Julia Roßhart für das sprachlich-stilistische Lektorat und Korrekturen sämtlicher Texte danken. Wir bedanken uns ebenfalls sehr herzlich bei Marc Menningmann und Caro Hempe sowie Christoph Hoeland, die die Video- und Audiobeiträge für das Projekt erstellt haben, sowie bei den Übersetzerinnen Laura Broo, Mercè Ardiaca Jové, Isabel Frey und Christiane Kliemann sowie Gill Laumanns und Santiago Killing-Stringer für das englische Lektorat. Schließlich bedanken wir uns natürlich auch beim Verlag und beim DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften der Universität Jena.

Wir hoffen, mit *Degrowth in Bewegung(en)* einen Beitrag zu einer starken emanzipatorischen Bewegung zu leisten, die eine sozial-ökologische Transformation und ein gutes Leben für alle ermöglichen kann, die schon hier und jetzt Alternativen lebbar macht, gemeinsam erkämpft und immer wieder neu erträumt.

Wir wünschen viel Freude und inspirierende Erkenntnisse beim Lesen!

*Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu
im Februar 2017*



Warum
Degrowth in Bewegung(en)?
Ein Trailer.



15M: Aus einer autonomen Perspektive – Strategien, Systemkritik und autonome Räume

Eduard Nus (aus dem Englischen übersetzt von Isabel Frey)

Dieser Text stellt die persönliche Sichtweise des Autors dar. Dabei werde ich versuchen, die Interpretation der 15M-Bewegung und die Ideen von heute voneinander zu trennen. Ich schreibe über eine bestimmte Strömung innerhalb der Bewegung in Barcelona; diese beziehungsweise dieser »Ableger« der 15M-Bewegung kann unter einem der Bewegungsmottos zusammengefasst werden: »Ningú ens representa.« (Niemand repräsentiert uns.)

Eduard Nus ist Mitglied der Autonomy Reflexion Group (Reflexionsgruppe Autonomie) und aktiv bei La Base: ateneu cooperatiu im Poble Sec, Barcelona. Momentan ist er dabei, autonome Strukturen in semi-ländlichen Orten um das Projekt Can Tonal de Vallbona aufzubauen.

1. Eine heterogene Bewegung mit einem gemeinsamen Nenner

Die 15M-Bewegung war eine sehr heterogene Bewegung. Es gab jedoch Ideen, einen kleinsten gemeinsamen Nenner, die von den Beteiligten geteilt wurden:

- ◆ Eine kritische Einstellung gegenüber etablierten Institutionen (»Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern«, »Niemand repräsentiert uns«).
- ◆ Widerstand gegenüber antisozialen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die von der Regierung umgesetzt wurden und, im engeren Sinne, eine Kritik der Kapitalisierung des Lebens, das Bedürfnis, dem Ärger Luft zu machen, und das Bedürfnis, Antworten auf die Krise zu finden.
- ◆ Widerstand gegen das Wettbewerbsprinzip zusammen mit dem Bedürfnis, die Entfremdung von unserem Leben und die zunehmende Individualisierung zu beenden, wozu uns dieses System verdammt. In den Worten unseres Freundes Pablo Molano, der uns kürzlich verlassen hat:

»Viele Menschen sagen, dass die 15M-Bewegung eine Protestbewegung war. Das ist richtig, aber sie war nicht nur das. Sie war, und sie ist, eine Begegnung, ein Erkennen, ein Abschaffen der persönlichen und ideologischen Grenzen. Wir waren eins, denn wir alle und jede_r einzelne haben uns mit unseren Eigenheiten gegenseitig akzeptiert.«



*Eine Versammlung auf dem sogenannten »Pils Platz«
in Sevilla am 21. Mai 2011. (Foto: Autor)*

.....

Zusammenfassend lässt sich als Grundgedanke der Bewegung festhalten, dass die Gesellschaft und die Menschen den politischen und wirtschaftlichen Institutionen übergeordnet sein müssen.

Von der Demonstration zur Platzbesetzung

Die 15M-Bewegung in Spanien entstand aus einer Reihe von Protesten, als die Zentralregierung erhebliche Lohn- und Arbeitskürzungen, erneute Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und eine drastische Unterwanderung des Sozialstaates angekündigt hatte. Als Reaktion darauf und angesichts der Tatsache, dass die großen Gewerkschaften daran scheiterten, einen Generalstreik auszurufen, und stattdessen mit den etablierten Kräften verhandelten, begannen die Menschen sich zu organisieren und zu demonstrieren. In Barcelona wurden Versammlungen von Aktivist_innen ins Leben gerufen, die das Ziel verfolgten, all jene Menschen zusammenzubringen, die von den neoliberalen Maßnahmen der Regierung betroffen waren oder unterdrückt wurden. Zu dieser Zeit entstanden online weitere kollektive Plattformen, wie beispielsweise ¡Democracia Real Ya! (Echte Demokratie Jetzt!), um dem Ärger der Menschen und der Unzufriedenheit mit den Eliten in mächtigen Positionen Ausdruck zu verleihen. Folgendes Motto, das wenige Tage vor dem von den Gewerkschaften schließlich doch noch ausgerufenen Generalstreik im September 2010 an den Wänden eines wichtigen besetzten Gebäudes in Barcelona hing, bringt die kollektive Stimmung der damaligen Zeit sehr gut auf den Punkt:

*»Banken ersticken uns. Arbeitgeber beuten uns aus. Politiker lügen uns an.
Die Gewerkschaften CCOO und UGT¹ verkaufen uns. Verpisst euch!«*

¹ CCOO (Comisiones Obreras) und UGT (Unión General de Trabajadores) sind die bedeutendsten Gewerkschaften in Spanien.

Ganz ähnlich klingt das Hauptmotto der Democracia-Real-Ya-Bewegung, mit dem am 15. Mai zu großen Demonstrationen in den wichtigsten Städten Spaniens aufgerufen wurde: »Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern!« Diese Demonstrationen mündeten, offenbar ohne vorherige Planung, in dauerhafte Camps, mit denen die wichtigsten Plätze in den bedeutendsten spanischen Städten besetzt wurden. Dies markierte den Beginn einer langen Reihe von Protestaktionen.

Diese pluralistische und diffuse zivilgesellschaftliche Versammlungsbewegung, die während der Besetzung Gestalt annahm, war der Auftakt und der wichtigste Moment für das, was wir heute als 15M-Bewegung kennen. In Barcelona bestanden die besagten Camps mehrere Wochen fort – bis sie von der katalanischen Polizei mit Gewalt geräumt wurden. Als Reaktion auf die umstrittene Polizeiaktion versammelten sich zahlreiche Menschen in verschiedenen Stadtteilen. Die neue Strategie führte vom Stadtzentrum in die Stadtviertel, lokale Aktivitäten ersetzten die zentrale Zusammenkunft der vergangenen Wochen. Im Zuge dessen wurden existierende Projekte gestärkt und neue entstanden, es bedeutete aber auch das Ende der Platzbesetzung.

Zu den wichtigsten Elementen der Bewegung zählten das kollektive Lernen, die organische Funktionsweise, die allgemein solidarische Einstellung und das fast vergessene Gefühl, etwas gemeinsam zu haben. Da gab es also etwas, das uns verband, jenseits des Diskurses der Massenmedien mit ihrem entfremdenden »Showprogramm«: etwas, das wir, die Menschen, teilten – jenseits der Grenzen und der Regelungen der Eliten –, und womit wir sektiererischen Spaltungen und dem vorherrschenden Individualismus eine Absage erteilten.

Von den zentralen Plätzen in die Viertel

Nachdem die zentralen Plätze geräumt worden waren, begann die Bewegung also, sich in die Stadtviertel hinein zu verlagern. Zu dieser Zeit kristallisierten sich zwei unterschiedliche Strömungen heraus: Die einen wollten die Grundlagen für eine neue selbstbestimmte Gesellschaft bereiten, die anderen verfolgten das Ziel einer neuen Verfassung und der Gründung neuer alternativer politischer Parteien. Zur erstgenannten Strömung zählten eher wenige und ihr fehlte eine klare Vorstellung oder Grundlage, um eine systemkritische Bewegung zu werden oder um das alltägliche Leben zu verändern. Die Aktiven arbeiteten also wie gehabt in ihren lokalen Projekten, nun aber mit neuer Kraft und mit mehr Menschen. Für sie war die 15M-Bewegung ein Höhepunkt, aber kein Wendepunkt. Die anderen, die Mehrheit, verfielen schnell in eine spezifische Dynamik der Forderungen, Anschuldigungen und Kompromisse und legten einen Schwerpunkt auf kulturelle Veranstaltungen. Forderungen an Politiker_innen wurden verwässert, um Rechte und das Sozialsystem der Vorjahre zu bewahren – als ob dies möglich wäre.

Optimistisch gesprochen können wir den 15. Mai als einen Wendepunkt in einer Reihe von Demonstrationen sehen und als Teil eines größeren Projektes, das eine Alternative zum gegenwärtigen System werden könnte. Das allgemeine Bewusstsein über die Krise, in der wir uns befinden, war jedoch noch nicht sehr ausgeprägt: Die Krise war noch sehr »neu«, entsprechend drehten sich die Forderungen zunächst hauptsächlich darum, zu bewahren, was wir bis dahin erreicht hatten. Was indessen ignoriert wurde, war die Tatsache, dass wir uns mitten in einem epochalen Wandel befinden – eine Zivilisation im Umsturz. Nach Jahren des Wohlstands – nun, da alles zerfiel – fühlten sich viele Menschen verloren und verärgert, gar betrogen. Es gab jedoch keine klar ersichtliche Alternative, geschweige denn Organisationen, die eine solche unterstützt hätten. Daher schien es am einfachsten, sich auf Altbewährtes zu besinnen.

Der autonome Ansatz innerhalb der 15M-Bewegung

Wie bereits angemerkt war die 15M-Bewegung eine heterogene Bewegung. Bei der autonomen Perspektive innerhalb derselben handelt es sich um einen autonomen und lokalen Ansatz, der bereits zuvor existiert hatte und der, wie viele andere auch, Teil der 15M-Bewegung wurde und dadurch an Stärke gewann. Insofern stellte die 15M-Bewegung aus meiner Sicht (auch) für die autonome Strömung keinen politischen Wendepunkt, wohl aber einen Höhepunkt dar. Wie auch bei anderen Strömungen versteht und benennt sich die Gruppe selbst nicht ausdrücklich als Bewegung.

Wir teilen mit der 15M-Bewegung die bereits genannten zentralen Ansätze, sind dabei jedoch nicht der Meinung, dass das Problem, vor dem wir stehen, diese Manager böser Banken sind: Es geht vielmehr um etwas, das dem System des Staatskapitalismus inhärent ist. Um zu einer Lösung zu gelangen, müssen wir uns das Fundament dieses Systems anschauen und genau dort ansetzen.

Autonomie und Heteronomie im Laufe der Geschichte

Die Geschichte kann als Kampf zwischen Autonomie und Heteronomie analysiert werden. Politisch gesehen ist Autonomie die Selbstbestimmung der Gesellschaften, Heteronomie ist das Gegenteil davon. Wir verstehen Autonomie im weiteren Sinne, nicht nur als politisches Regime, sondern auch als Lebensart, als Verwendung von Zeit, von Ressourcen und hinsichtlich unserer Beziehungen. Die Geschichte der Bewegung für Autonomie reicht bis ins Altertum zurück. Es ist eine Geschichte der Selbstorganisation, von Allmenden, von Versammlungen, von unzähligen Revolutionen. Im Laufe der Geschichte haben verschiedene Bewegungen dieses Erbe ihrer Vorgänger_innen fortgeführt – so wie wir dies auch heute tun. Wir verstehen uns als Erben einer freiheitlichen Bewegung in Katalonien in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sowie des Arbeitskampfes der 1970er Jahre. Wir beerben außerdem die feministischen, ökologischen und globalisierungs-

kritischen Bewegungen, die unsere Praktiken, unsere Analysen und unsere Diskurse geprägt und bereichert haben. In unserem Land verschwanden zahlreiche Bewegungen beinahe ganz aufgrund der drakonischen Repressionen unter der Diktatur Francos. Nach Ende der Diktatur und ganz besonders während der Jahre 1980–2000 und mit dem Ausbau des Sozialstaates wurden die Widerstandsbewegungen und jegliche revolutionären Perspektiven kleingehalten. In den ersten Jahren des neuen Millenniums entfachten sie sich jedoch wieder, ganz langsam und besonders als Teil der globalisierungskritischen Bewegung. In den Jahren vor und während der 15M-Bewegungen wurde die autonome Bewegung sichtbarer, Versammlungen in den Vierteln fanden wieder statt. Dank der 15M-Bewegung und der politischen Arbeit in den darauffolgenden Jahren, außerdem durch das unnachgiebige Erstarken kapitalistischer Dynamiken, ist diese Strömung heute präsenter und nimmt an Fahrt auf.

Es scheint momentan offenkundig, dass Heteronomie den Kampf gewinnt und dass wir vor einer multidimensionalen Krise stehen (sozial, wirtschaftlich, ökologisch ...). Wir schädigen nicht nur unseren Planeten und andere Lebensformen, wir setzen sogar das Überleben der gesamten Menschheit aufs Spiel. Ebenso steht außer Frage, dass wir den Kapitalismus nicht nur als wirtschaftliches System überwinden müssen, sondern auch als Weltansicht und Wertesystem mit dem damit verbundenen Lebensstil (oder sollten wir eher vom leblosen Stil sprechen?). Individuelle Interessen, Egoismus und Kommerzialisierung sind die zentralen Elemente, die unsere Beziehungen und Einstellungen prägen. Wenn wir also das System verändern wollen, müssen wir unsere Strategie, unsere Vorschläge, Diskurse und Praktiken überdenken: Wir benötigen eine neue »Kosmovision« von uns selbst und der Welt.

Eine Alternative entwickeln

Konsens in der 15M-Bewegung war das Ziel, die Souveränität über unser Leben zurückzugewinnen. Es gibt jedoch verschiedene Vorschläge und Visionen dazu, was Souveränität bedeutet, und auch hinsichtlich der Strategie, diese zu erreichen. In einigen Fällen sind die Vorschläge revolutionär, in den meisten Fällen sind sie reformistisch.

Aus der politischen Perspektive heraus, der ich mich selbst zugehörig fühle, wird als Alternative eine Gesellschaft vorgeschlagen, die selbstbestimmt und selbstverwaltet ist, die auf Gemeinschaftsleben und souveränen öffentlichen Versammlungen gründet und die ohne Staat oder eine dominante Macht auskommt. Diese Alternative impliziert zudem eine andere Weltansicht, andere Beziehungen zwischen den Menschen, zur Zeit und zur Natur. Wir stellen uns dabei Gemeinschaften vor, die in konkreten Gebieten lokal verortet sind, die selbstständig und hauptsächlich von den eigenen Ressourcen leben und mit anderen Gemeinschaften verbündet sind. In diesem Kontext finden wir die Ideen und Prinzipien des demokratischen Kon-



Demonstration vor der Bank »La Caixa« zum Anlass des ersten »Geburtstags« der 15M-Bewegung, im Mai 2012. (Foto: Autor)

.....

föderalismus² interessant, wie sie momentan von einer Mehrheit der Bevölkerung in Kurdistan umgesetzt werden.

Um diese Alternative Gestalt werden zu lassen, sieht unsere Idee sozialen Wandels vor, Folgendes aufzubauen und zu verteidigen: ein Gemeinschaftsleben, einen anderen Lebensstil mit einer anderen Weltsicht sowie eine politische und soziale Bewegung, die dieses Gemeinschaftsleben verbreitet, koordiniert und schützt. Diese Bewegung sollte das aktuell vorherrschende System herausfordern und stark genug sein, es zu ersetzen, es zu beenden. Es gibt verschiedene Ansichten dazu, wie dieser Wandel – vom bestehenden System zu einer neuen Gesellschaftsform ohne Staat, Kapitalismus und andere Herrschaftsformen – gelingen kann. Am sinnvollsten scheint uns ein Transformationsprozess, bei dem die neuen Formen im aktuellen System ausprobiert und getestet werden können: dass also eine »Parallelgesellschaft« geschaffen wird, die diese »neue Welt« nicht nur im Hier und Jetzt, im Kleinen, gestaltet, sondern die auch stark genug ist, der »alten« zu widerstehen und sie auszuhebeln.

2 Der demokratische Konföderalismus ist ein freiheitlich sozialistisches politisches System, das von Abdullah Öcalan entwickelt wurde und aktuell von Kurd_innen angewendet wird, besonders in den kurdischen Teilen Syriens. Es basiert auf der direkten Demokratie und einem basisdemokratischen Ansatz. Es ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Es ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert.

2. Konkrete lokale und politische Aktionen

Innerhalb der 15M-Bewegung können wir drei Partizipationsformen ausmachen:

- ◆ Der Kern besteht aus den engagiertesten und beharrlichsten Aktivist_innen. Es gibt einige Tausend im ganzen Land. Sie sind verantwortlich für die Planung und Koordinierung von Aktionen.
- ◆ Dazu kommt eine aktive Bürgerschaft (Hunderttausende), die sich an verschiedenen Formen des kollektiven politischen Ausdrucks beteiligen.
- ◆ Schließlich sind da die vielen verärgerten oder unglücklichen Bürger_innen (Zweidrittel der gesamten Bevölkerung), die irgendwie mit den Zielen und den Aktionen der Bewegung sympathisieren.

Die Bewegung ist entlang bestimmter Aktionen, Arbeitsbereiche und in Gruppen organisiert, die sich in Komitees und in einer Generalversammlung (verschiedenster Größe³) zusammenschließen.

Nach den 15M-Demonstrationen und Platzbesetzungen entstanden verschiedene Projekte und Initiativen. Zunächst waren dies vor allem lokale und basisdemokratische Projekte. Mit den Wahlprozessen infolge der 15M-Bewegung entstanden zudem parlamentarische Politikprojekte, die als Erben der Bewegung gelten können.

Es lassen sich also zwei verschiedene Bewegungsansätze ausmachen: Auf der einen Seite fanden sich diejenigen zusammen, die sich in die staatlichen Institutionen einbringen wollten. Die meisten von ihnen machen als Hauptproblem schlechte Regierende aus (wie etwa die politische Partei Podemos); einige denken hingegen, dass das Problem im System als Ganzem begründet ist, dass es jedoch wichtig ist, Teil staatlicher Institutionen zu sein, um dessen Dynamik zu bremsen (dies gilt etwa für die Partei Candidatura de Unidad, ebenso für einige Teile von Barcelona en Comú). Diese Gruppe umfasst alles in allem einige tausend Aktivist_innen, die sich auf den entsprechenden Plattformen beteiligen, sowie Millionen von Menschen, die bei den Wahlen für entsprechende Parteien stimmten.

Auf der anderen Seite stehen all diejenigen, die sich einer Teilhabe an staatlichen Institutionen verweigern und die mit ihrer politischen Arbeit vor Ort weitermachen (in vielen lokalen Projekten, Kulturzentren, Kooperativen etc.). Dazu zählen einige Tausend Aktive, und es ist schwierig festzu-

3 Es gab zum Beispiel während der Besetzung der öffentlichen Plätze tägliche Versammlungen vor Ort, an denen tausende Menschen teilnahmen. Diese täglichen Versammlungen waren dabei weit davon entfernt, tatsächliche demokratische Versammlungen zu sein, da es weder eine Kultur noch das »Handwerkszeug« dafür gab. Auch waren sie inhaltlich nicht sonderlich relevant, da die Diskussionen nicht über mehrere Treffen hinweg fortgeführt wurden; bei jeder täglichen Versammlung handelte es sich also um eine isolierte Veranstaltung. Die beteiligten Communitys wurden nicht ermächtigt und ihnen fehlte die entsprechende Struktur, um sich in diesem Rahmen zu organisieren. Sie litten unter »Versammleritis«. Versammlungen fungierten eher als Lebensstil denn als Mittel der Selbstverwaltung.



Am 27. November 2011 räumt die Polizei den Plaça de Catalunya (Kataloniaplatz) in Barcelona, woraufhin die Demonstranten ihn erneut besetzen und das Camp wieder aufbauen. (Foto: Autor)

stellen, wie viele Menschen mit ihnen sympathisieren. Die 15M-Bewegung war belebend für existierende Projekte und stieß neue Projekte an. Es war ein Ereignis, das engagierten Aktivist_innen neue Energie gab, das aber auch viele neue Menschen in die bereits bestehenden Gruppen brachte. Viele von ihnen zogen sich allerdings wenige Wochen oder Monate nach den Platzbesetzungen wieder zurück. Diejenigen jedoch, die blieben, stärkten die Projekte.

Die Art der Organisationsweise im Kontext dieses zweiten Ansatzes lässt sich als sehr flüchtig und informell beschreiben. Die Arbeit setzt auf zwei Ebenen an, die miteinander in Beziehung stehen: Einerseits finden sich Projekte mit einem lokalen Zugang (was sie ausmacht, ist also der Ort): Sie verteidigen ihr Stadtviertel, stärken die Communitys und hauchen der Allmende Leben ein. Andererseits lassen sich thematische Projekte ausmachen, sie verbindet eine geteilte Perspektive, ein gemeinsamer Kampf, ein Themenbereich ... Was die Organisationsformen anbelangt, wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge gemacht und ausprobiert zum Zwecke der Zusammenarbeit und um den autonomen Gruppen eine Stimme

zu geben (zum Beispiel: Procés Embat; Apoyo Mutuo). In den letzten zwei bis drei Jahren gab es zahlreiche Treffen, bei denen Ideen und Gedanken zur Frage der Organisierung gesammelt wurden. Das Bewusstsein, was die Notwendigkeit einer stärker organisierten und kohärenten Bewegung angeht, wächst.

Unsere politische Strategie sieht also vor, auf zwei Ebenen zu handeln: auf langfristigen Wandel ausgerichtet (eine »neue Welt« aufbauen und mit der bestehenden Ordnung abschließen), aber mit täglichen Aktionen. Wir glauben, dass ein strategisches Bewusstsein von allergrößter Bedeutung ist für das Schicksal – Entwicklung oder Stagnation – verschiedener Projekte und um einzelnen Aktionen Sinn und Wirkkraft zu verleihen.

3. Handlungspraktische Inspiration durch und Weiterentwicklung sowie Anwendung von Degrowth-Ideen

Wir sprechen von der 15M-Bewegung als Bewegung der Bewegungen. Die meisten, wenn nicht sogar alle sozialen Bewegungen in Spanien beteiligten sich an ihr. Es gab verschiedene Arten der Beteiligung, manche beteiligten sich aktiver, enthusiastischer, andere eher skeptisch. Aber: Alle waren dabei. Die meisten sozialen Bewegungen sympathisierten mit der 15M-Bewegung.

Die 15M-Bewegung nahm ganz direkt Einfluss auf die Degrowth-Bewegung. Aufgrund der Heterogenität der Bewegung und der Tatsache, dass die Degrowth-Perspektive nur von einer Minderheit vertreten wurde, kam ihr keine besonders große Bedeutung zu. Es ist schwierig, die Beziehung zwischen beiden zu beschreiben, denn sie ist weder kohärent noch beständig. Meines Wissens nach war Degrowth in einigen Komitees und Arbeitsgruppen sehr präsent, zu anderen gab es keinerlei Verbindung. Am bedeutendsten war der Einfluss von Degrowth auf der Ebene des praktischen Handelns und was die Bewusstseinsbildung in Hinblick auf die große Öl- und Umweltproblematik anbelangt. Allerdings wurde Degrowth eher zu einem ökologischen Etikett, als sich innerhalb von 15M tatsächlich zu etablieren.

In Katalonien begann die Degrowth-Bewegung etwa im Jahr 2007 mit einem aktivistischen Zugang. Nach zwei Jahren wandte sich ein erheblicher Teil der Aktiven anderen Formaten zu oder sie schufen breitere Bewegungen; die Hauptgedanken der Degrowth-Bewegung nahmen sie mit und entwickelten sie weiter. Hervorzuheben ist etwa die Cooperativa Integral Catalan (Katalanische ganzheitliche Kooperative), die zahlreiche selbstverwaltete Projekte initiierte und unterstützte. Sie wurde von Degrowth-Aktivist_innen gegründet, ebenso wie eine Reflexions- und Aktionsgruppe Democràcia Inclusiva (Inklusive Demokratie). Meiner Meinung nach ist die akademische Strömung der Degrowth-Bewegung in Barcelona in den vergangenen Jahren deutlicher erstarkt als die aktivistische.

Viele Grundgedanken der Degrowth-Bewegung sind mit den autonomen Ansätzen verbunden, denen auch ich mich zugehörig fühle; und auch Prak-

tiken aus der Degrowth-Bewegung haben an Stärke gewonnen. Wir wurden also von den Ideen und Ansätzen der Degrowth-Bewegung in bedeutender Weise inspiriert. Deshalb sind wir an den Diskussionen, die um die Degrowth-Idee herum entstehen, interessiert. Wir begrüßen auch das Veröffentlichungsprojekt »Degrowth in Bewegung(en)« im Besonderen, ermöglicht es uns doch, selbst in die Debatte einzutauchen.

4. Wachstum ist nicht das alleinige Problem und eine Veränderung des Lebensstils nicht die Lösung

Meiner Ansicht nach sollte die Degrowth-Bewegung sich durchaus an anderen Bewegungen oder Kämpfen beteiligen oder dazu einen Beitrag leisten, ich sehe sie jedoch nicht als »die« Bewegung der sozialen Transformation. Wir wollen keine ökologische Bewegung mit einer holistischen Perspektive, sondern eine holistische Bewegung mit einer starken ökologischen Perspektive. Um dies zu erreichen, ist es unserer Meinung nach notwendig, dass die Degrowth-Bewegung keine rein akademische Bewegung wird.

In die 15M-Bewegung inbegriffen sind einige Vorschläge, die für alle sozialen Bewegungen inklusive Degrowth bedeutsam sein können. So glauben wir, dass die Degrowth-Perspektive von der 15M-Bewegung insbesondere etwas lernen könnte, was die vielen verschiedenen Gesichter des Systems mit seinen Unterdrückungsformen angeht und wie sich dies wiederum in verschiedene menschliche Problemlagen übersetzt. Dieses Wissen kann uns dabei helfen, eine Analyse zu entwickeln und unsere Perspektive breiter aufzustellen, sodass wir uns der Tatsache stellen können, dass sich die Strategie zur Überwindung solcher Unterdrückungsformen nicht auf Reformen beschränken kann.

Es gibt einige Aspekte der Degrowth-Perspektive, von denen die 15M-Bewegung profitieren könnte. Wahrscheinlich lassen sich mit mehr und tiefergehendem Wissen weitere finden. Die wichtigsten Punkte, die ich persönlich ausmachen konnte, sind:

- ◆ Wissen und Akzeptanz der physischen Grenzen des Planeten und der Beziehung zwischen Ökonomie, Ökologie, Energie, Ressourcen etc.;
- ◆ Wissen um die Konsequenzen von Wirtschaftswachstum;
- ◆ freiwillige Einfachheit und Bereitschaft zur Veränderung unseres eigenen Lebens;
- ◆ schließlich, für all jene, die sich besorgt zeigen angesichts der spezifischen Wirtschafts- und Umweltkrise, eine systemkritische Perspektive, eine breitere Sichtweise und Analyse, die die diversen Schwierigkeiten und Probleme einschließt und eine gemeinsame Ursache identifizieren kann.

Umgekehrt möchte ich aus unserer Perspektive der Degrowth-Bewegung Folgendes mit auf den Weg geben:

- ◆ Wachstum ist ein Problem, aber nicht das Kernthema: Die Degrowth-Bewegung sieht Wachstum als das Problem des Systems an. Wir fragen hingegen: Warum haben wir überhaupt eine Wirtschaft, die auf Wachstum basiert? Das ist die Schlüsselfrage. Wachstum ist ein großes Problem, aber es ist letztlich lediglich eine Eigenschaft unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Wachstum ist eine Konsequenz aus dem Wettbewerbsprinzip, dessen Zweck die Konzentration von Macht ist und das im Dienst von Privatinteressen steht. Mit den Worten Ted Trainers (2010: S. 1, Übersetzung von Isabel Frey):

»(...) (E)s handelt sich hierbei um extrem wichtige Initiativen, die sich in eine bewundernswerte Richtung bewegen (...), die aber leider falsch liegen, was die Art des globalen Problems angeht und wie es zu überwinden ist.«

- ◆ Ein Marktsystem impliziert Wachstum: Wachstum ist nicht nur eine Konsequenz der Wachstumsideologie, es wird auch von der Dynamik der Marktwirtschaft verursacht. Das zeigt sich etwa bei Projekten wie Kooperativen: Sie verweigern sich der Wachstumsideologie, müssen aber dennoch wachsen, um in der Marktwirtschaft bestehen zu können.

Puerta del Sol (zentraler Platz in Madrid) während einer der Nächte im Mai 2011, nach der 15M-Platzbesetzung. (Foto: Autor)



- ◆ Degrowth und Kapitalismus: Degrowth innerhalb von Kapitalismus, besonders in einer globalisierten Welt, ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. Kapitalismus braucht Wachstum zur eigenen Reproduktion. Ist Wachstum nicht möglich, folgt eine Wirtschaftskrise oder ein Krieg und es findet eine Restrukturierung statt, die gewöhnlich eine noch höhere Machtkonzentration, mehr Ungleichheit und eine stärkere Ausbeutung von Umwelt und/oder der Bevölkerung bedeutet.

Befürworter_innen der Degrowth-Bewegung müssen sich fragen, welche Gesellschaftsorganisation eine Reduktion des materiellen Konsums begünstigen könnte? Welche Gesellschaftsorganisation könnte das menschliche Leben wieder in die Natur einbetten? – Wir sind der Meinung, dass dies in einer Marktwirtschaft nicht möglich ist. Welches System könnte außerdem einen großen Teil struktureller Unterdrückung beenden? Wir denken nicht, dass dies möglich ist, solange wir am System der Nationalstaaten festhalten, in dem Eliten und Hierarchien eine Voraussetzung für das Überleben sind, da sie fast alles kontrollieren, was wir benötigen, um zu überleben: Nahrungsmittelproduktion, medizinische Versorgung, Energieproduktion. Das bedeutet also, dass die Wachstumsökonomie weder mit Reformen noch mit isolierten Projekten überwunden werden kann.

Wir brauchen sowohl eine neue kollektive Erzählung und neue Werte als auch neue Institutionen und öffentliche Räume, um diese Werte zu stärken und zu wahren. Diese Institutionen müssten über bestimmte strukturelle Elemente wie beispielsweise Selbstverantwortung und lokale Versammlungen verfügen, und sie müssten sowohl von unmittelbaren nachbarschaftlichen Beziehungen als auch von unmittelbaren direkten Beziehungen zu den Mitteln, die uns am Leben erhalten, getragen werden.

Es geht nicht nur um Lebensstil: Um den Problemen des Wachstums und des gegenwärtigen Systems begegnen zu können, ist es weder hilfreich, sie als Lebensstilfrage zu interpretieren, noch können wir sie durch einen »besseren« Lebensstil lösen. Wir müssen unseren Lebensstil verändern; wenn wir aber einen Wandel der Gesellschaft erzielen wollen, müssen wir diese Veränderung des Lebensstils mit einer politischen Strategie verbinden. Wir brauchen eine breiter angelegte Strategie für gesellschaftlichen Wandel, mit der es gelingt, unsere sämtlichen Aktivitäten miteinander zu verbinden, neue soziale Institutionen hervorzubringen und die bestehenden abzuschaffen.

5. Offene Diskussionen und lokale Projekte, um das aktuelle System zu dekonstruieren

Es ist uns ein Anliegen, Praktiken und einige analytische Ansichten der De-growth-Bewegung in eine breitere Gemeinschaftsbewegung zu integrieren, dies mit dem Ziel, die Gesellschaft basisdemokratisch zu verändern und der Herrschaft in all ihren Ausdrucksformen (politisch, wirtschaftlich, ökologisch, sozial ...) ein Ende zu bereiten.

Wir haben während der 15M-Demonstrationen viel gelernt. Aber: Es hat nicht gereicht für die Veränderungen, die wir wollen und brauchen. Unserer Meinung nach ist die 15M-Bewegung nicht weit genug gegangen, weil es an klaren Ideen, Ansätzen, Ressourcen, Beispielen etc. mangelte. Die Kräfte wurden nicht gezielt genug gebündelt, um das alltägliche Leben der Menschen zu verändern. Dies wiederum bräuchte es, um eine breiter angelegte Bewegung auf die Beine zu stellen, die die Welt, wie wir sie kennen, verändern könnte.

Wir schlagen deshalb vor, unsere Anstrengung auf zwei Hauptbereiche zu konzentrieren. Erstens wollen wir gemeinsame Räume schaffen, in denen offene Diskussion stattfinden können, um eine gemeinsame Schilderung dessen zu erarbeiten, wie wir die Welt analysieren und wie wir leben möchten. Zweitens wollen wir lokale Projekte initiieren, aus denen heraus wir die Welt, so wie wir sie uns wünschen, ausprobieren können, wo wir unsere Ideen entwickeln und überarbeiten können, aus denen heraus wir unser Tun verteidigen können und wo wir ein System des gemeinschaftlichen Lebens etablieren können, das die Macht hat, das vorherrschende System auszuhebeln und zu dekonstruieren.

Links

- **iDemocracia Real Ya!** – Website: <http://www.democraciarealya.es/>
- **15M** – Artikel über die Bewegung im 15M-Pedia: <https://15mpedia.org/wiki/15M>
- **Can Batlló** – Website des Projektes: <https://canbatllo.wordpress.com/>
- **La Base** – Website des Projektes: <http://www.labase.info>
- **Can Tonal de Vallbona** – Website des Projektes: <http://www.cantonal.net>

Verwendete und weiterführende Literatur

- **Barcelona Assembly** (2010): Statement about the Bank squat in catalunya square (Barcelona). <https://assembleadebarcelona.wordpress.com/2010/09/26/la-manifestacio-del-25-s-ocupa-el-banc-espanyol-de-credit-en-pl-catalunya/>; Zugriff: 01.02.2017.
- **Dalmau, Blai** (2012): Balanç del 15M amb mires a l'emancipació. <http://www.blaidalmau.net/2012/02/balanc-del-15m-amb-mires-lemancipacio.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- **Fotopoulos, Takis** (2005): Multidimensional Crisis and the Inclusive Democracy Project (Sonderheft: The International Journal of Inclusive Democracy). <http://www.inclusivedemocracy.org/journal/ss/ss.htm>; Zugriff: 01.02.2017.
- **Fotopoulos, Takis** (2007): Is Degrowth Compatible with a Market Economy? The International Journal of Inclusive Democracy 3(1). http://www.inclusivedemocracy.org/journal/vol3/vol3_no1_Takis_degrowth.htm; Zugriff: 01.02.2017.
- **Editorial Team of the Catalan ID Group** (2010): Spain: Beyond the General Strike. The International Journal of Inclusive Democracy 6(4). <http://www.inclusivedemocracy.org/journal/pdf%20files/pdf%20vol6/Spain%20-%20Beyond%20the%20general%20strike.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.
- **Trainer, Ted** (2010): De-Growth Is Not Enough. The International Journal of Inclusive Democracy 6(4). http://www.inclusivedemocracy.org/journal/vol6/vol6_no4_trainer_degrowth_not_enough.htm; Zugriff: 01.02.2017.

Anti-Kohle-Bewegung: Gegen Klimawandel, Kapitalismus und Wachstum!

Dorothee Häußerman und Laura Wollny

Wir sind in der Gruppe *ausgeCO₂hlt* aktiv, die sich seit 2011 mit direkten Aktionen im rheinischen Braunkohlerevier gegen den Abbau und die Verbrennung von Kohle und für globale Klimagerechtigkeit einsetzt. *AusgeCO₂hlt* gehört zum kapitalismuskritischen, aktionsorientierten Teil der Anti-Kohle-Bewegung, auf den wir in diesem Text unseren Fokus legen wollen. Ergänzend werden wir kurz auf die Arbeit in lokalen Initiativen und Umweltverbänden eingehen. Der Widerstand gegen Steinkohlekraftwerke kann in diesem Artikel nicht behandelt werden.

1. Von »Kohleausstieg ist Handarbeit« zu globaler Klimagerechtigkeit und radikalem Systemwandel

Die linke Anti-Kohle-Bewegung, die sich als Teil der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung versteht, stellt zwei zentrale Forderungen, die miteinander verwoben sind. Zum einen ist es der Ruf nach radikalem Systemwandel, der im beliebten Slogan »System Change not Climate Change!« (Systemwandel statt Klimawandel) zum Ausdruck kommt. Zum anderen ist es die Forderung, diesen Wandel selbst zu gestalten und ihn nicht der Politik zu überlassen, was in dem Ruf »Kohleausstieg ist Handarbeit« deutlich wird.

Entstehung der Bewegung

In Deutschland entstand der linke Strang der Anti-Kohle-Bewegung in der Auseinandersetzung mit dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009. Nach der groß angelegten Mobilisierung nach Kopenhagen im Vorfeld des Gipfels waren viele Aktivist*innen frustriert: nicht nur vom politischen Scheitern der Verhandlungen und der brutalen Polizeigewalt während der Gipfelproteste, sondern auch von der Strategie, auf die Gipfeltreffen als Ort der politischen Entscheidung zu setzen. Diejenigen in Europa, die trotz allem weiter gegen Klimawandel und für Klimagerechtigkeit arbeiten wollten, setzten ihren Fokus nun vermehrt auf die Stärkung von lokalem und direktem physischem Widerstand. Hier bietet der Kampf gegen die Kohle und insbesondere die Braunkohle einen konkreten Ansatzpunkt, der die beiden zentralen Forderungen – Systemwandel und »Handarbeit« – verknüpft.



Ende Gelände im rheinischen Braunkohlerevier 2015. (Foto: CC BY 2.0, Tim Wagner, 350.org)

Warum Braunkohle?

Braunkohle ist ein extrem klimaschädlicher Energieträger, der bei der Verbrennung mehr CO₂ freisetzt als jede andere fossile Ressource. Die Braunkohlekraftwerke Neurath, Niederaußem und Weisweiler im Rheinland sowie Jänschwalde in der Lausitz gehören zu den fünf größten CO₂-Emittenten in der EU (vgl. Jones 2015). Sie tragen also erheblich zur globalen Erwärmung bei, deren Konsequenzen – Dürren, Unwetter, Ernteverluste – bislang vor allem in Regionen des globalen Südens zu spüren sind.

Braunkohle wird in Tagebauen gefördert. Die drei Abbaugelände in Deutschland sind das rheinische Revier bei Köln, das sogenannte mitteldeutsche Revier bei Leipzig und das Lausitzer Revier an der Grenze zu Polen. Der Tagebaubetrieb hat verheerende Folgen für lokale Ökosysteme und Kulturlandschaften. Wälder und Ackerland werden zerstört, ganze Dorfgemeinschaften werden umgesiedelt. Die Vegetation in den umliegenden Gebieten leidet unter dem absinkenden Grundwasserspiegel, denn Wasser wird in großem Stil abgepumpt, damit die mehrere hundert Meter tiefen Tagebaue trocken bleiben.

Die Anti-Kohle-Bewegung will den Abbau sowie die Verstromung von Braunkohle vor Ort stoppen; damit leistet sie einen Beitrag zur Erhaltung der Natur und Lebensqualität in den Revieren, aber auch zur globalen Klimagerechtigkeit. Braunkohle-Infrastruktur liefert als konkretes Feindbild und fotogene Kulisse spannende Interventionsmöglichkeiten für direkte Aktionen. Die strategische Reduktion auf einen konkreten und praktischen Ansatzpunkt zieht aktionserfahrene Menschen an, wobei an die Widerstandstradition der Anti-Atom-Bewegung angeknüpft werden kann. So wurden die Braunkohlereviere zum Aktionsfeld kapitalismuskritischer, aktionsorientierter Klimaaktivist*innen, die sich vor allem auf Klimacamps und bei der Waldbesetzung im Hambacher Forst zusammenfinden.

Warum Handarbeit?

CO₂ ist nicht Ursache, sondern Symptom eines Problems. Treibende Kraft hinter dem exzessiven Ressourcenverbrauch ist ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, das auf Gewinnmaximierung und der stetig wachsenden Ausbeutung von Mensch und Natur basiert. Darum können die Instrumente der UN-Klimaverhandlungen die globale Erwärmung nicht aufhalten, da sie innerhalb derselben Marktlogik und innerhalb derselben Machtverhältnisse operieren, die die sozialen und ökologischen Krisen hervorgebracht haben. Berühmtes Beispiel für eine marktbasierende Klimaschutzmaßnahme ist der »Clean Development Mechanism« (CDM). Damit können Unternehmen in Industrieländern ihre Emissionen ausgleichen, indem sie Emissionsrechte



Plakat vom Klimacamp im Rheinland 2014.

von »grünen« Projekten im globalen Süden einkaufen, die CO₂ einsparen. Das kann ein Wasserkraftwerk sein, eine Monokultur-Plantage mit Energiepflanzen oder auch ein »sauberes« Kohlekraftwerk. Die »Einsparung« wird aus dem Vergleich mit dem Normalszenario errechnet, das als CO₂-intensiver angenommen wird als eine Zukunft mit dem Offset-Projekt (= Kompensationsprojekt) (vgl. Gilbertson u.a. 2009). Abgesehen davon, dass dies zu keiner absoluten Emissionsreduktion führen kann, handelt es sich bei CDM-Projekten häufig um Mega-Anlagen, die ohne Absprache mit der lokalen Bevölkerung geplant werden und dieser weder Elektrizität noch Arbeitsplätze bringen. Oft führen sie sogar dazu, dass Menschen aus ihren Dörfern vertrieben werden oder unter gesundheitlichen Belastungen leiden. Kritische Stimmen sehen in marktbasierter Klimaschutzmaßnahmen die Fortführung einer neokolonialen Politik unter grünem Vorzeichen.

Große Teile der linken Anti-Kohle-Bewegung setzen keinerlei Hoffnung auf den UN-Prozess. Sie kritisieren den herrschenden Diskurs zur Energiewende, da er sich zu sehr auf technologische Innovationen fokussiert – wie den Ausbau erneuerbarer Energien oder Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz –, doch die Frage vernachlässigt, wie Lebens- und Produktionsweisen ressourcenschonender organisiert werden können. Am Beispiel der Braunkohlereviere wird deutlich, wie eng die Frage der Energieversorgung mit Machtverhältnissen verknüpft ist. Braunkohle wird industriell von großen Firmen abgebaut und zur Stromerzeugung verbrannt. Die Energieriesen RWE und Vattenfall genießen dabei eine Monopolstellung. Teile des öffentlichen Lebens der Kommunen werden durch Steuerabgaben der Konzerne, durch Dividenden oder durch direkte Spenden an Schützenvereine, Sportveranstaltungen etc. finanziert. RWE ist im Rheinland dicht mit der Politik verfilzt. Durch diese Verflechtungen wird der Übergang zu einer alternativen Energieversorgung behindert.

Aufgrund der Kritik an den bestehenden Lösungsansätzen liegt der Schwerpunkt von Anti-Kohle-Gruppen wie *ausgeCO₂hlt* nicht auf Appellen an die parlamentarische Politik, sondern auf dem Aufbau einer sozialen Bewegung, in der sich Menschen dazu befähigen, selbst politische Wirklichkeit zu schaffen. Durch kollektive Selbstorganisation, zum Beispiel auf Klimacamps, können Menschen ihre Vereinzelung und ihr Ohnmachtsgefühl überwinden und gemeinsam am Systemwandel arbeiten. Dies geschieht einerseits durch direkten Widerstand gegen zerstörerische industrielle Abläufe, andererseits durch den Aufbau von alternativen Versorgungsstrukturen. Dazu zählen zum Beispiel dezentrale Energiegenossenschaften, die nicht nur Strom aus erneuerbaren Quellen produzieren, sondern zudem über demokratische Entscheidungsstrukturen verfügen.

2. Die drei Stränge der Anti-Kohle-Bewegung: Bürgerinitiativen aus betroffenen Dörfern, Umweltverbände und systemkritische Klimacamps

Die Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland setzt sich grob aus drei Strängen zusammen: den lokal verwurzelten Initiativen, großen, überregionalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Verbänden sowie systemkritischen aktivistischen Gruppen.

Regionale Bürgerinitiativen

Der älteste Strang sind Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, die sich schon seit Jahrzehnten in den drei Braunkohlerevieren gegen die Auswirkungen des Abbaus und der Verstromung von Kohle in ihrer Region wehren. Die Aktiven kommen aus den Revieren und sind von den Auswirkungen der Tagebaue in der einen oder anderen Weise selbst betroffen. Sie setzen sich für den Erhalt der Natur und der Dörfer ein, in denen sie und ihre Familien zum Teil schon seit Generationen leben.

Ein Problem ist, dass in den Dörfern auch viele Menschen leben, die von der Arbeit im Tagebau leben und daher – in eher strukturschwachen Regionen – derzeit davon abhängig sind. Um die angespannte Situation nicht noch zu verschärfen, setzen die Aktiven vor allem auf weniger konfrontative Widerstandstechniken wie Sternmärsche und rechtliche Schritte. Dabei wurden und werden sie oft von großen Umweltverbänden unterstützt.

Umweltverbände und Nichtregierungsorganisationen

Die großen Umweltverbände – wie *BUND* und *Greenpeace* – setzen sich schon seit langer Zeit gegen den Abbau und die Verbrennung von Kohle ein. Häufig legen sie dabei ihren Fokus auf die fatalen Auswirkungen auf menschliche Gesundheit und lokale Ökosysteme, da diese als kampagnenfähiger eingeschätzt werden als das Klimathema. Sie unterstützen die Bürger*innen rechtlich gegen Kohleprojekte und erstellen Studien zu deren Auswirkungen. Sie wollen Einfluss auf die Politiker*innen gewinnen, um so den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen.

Gerade in den Jahren nach dem Scheitern des Klimagipfels 2009 spielte Klimawandel in den Anti-Kohle-Kampagnen der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nur eine untergeordnete Rolle. Ausnahme bildet hier der *BUND Nordrhein-Westfalen*, der zu allen Aspekten der Kohleverstromung umfangreiche Informationen zusammengestellt hat. Der Verband verursachte 2008 viel Wirbel mit einer Obstwiesenbesetzung im Abbaggerungsgebiet des Garzweiler Tagebaus. Die *BUNDjugend NRW* organisierte 2010, also mitten in der Flaute, die die Bewegung nach Kopenhagen erfasste hatte, das erste Klimacamp im rheinischen Braunkohlerevier.

Heute haben jüngere, internetaffine NGOs wie *campact* und *350.org* die Braunkohle als politisches Interventionsfeld für Klimapolitik wiederent-

deckt. Zusammen mit den großen Umweltverbänden organisierten NGOs 2014 eine Menschenkette im Lausitzer und 2015 eine weitere im rheinischen Revier. Das Thema Wachstums- oder Systemkritik wird von den Umweltverbänden punktuell behandelt, allerdings nicht in Verbindung mit Anti-Kohle-Kampagnen.

Systemkritische aktivistische Gruppen

Der dritte Strang des Anti-Kohle-Widerstandes sind kapitalismuskritische Gruppen und Aktivist*innen. Die meisten kommen nicht direkt aus den Abbaugebieten. Ihre ursprüngliche Motivation, sich gegen Kohle einzusetzen, rührt meist aus einer breiteren politischen Perspektive, zum Beispiel aus dem Konzept der Klimagerechtigkeit. Sie sind eher jung und haben oft studiert oder tun dies gerade. Ihr jährlicher Sammelpunkt sind die Klimacamps; eine beliebte und dauerhafte Anlaufstelle ist der von Aktivist*innen besetzte Hambacher Forst.

Die Idee des Klimacamps kommt aus Großbritannien, wo es seit 2006 antikapitalistische Massenmobilisierung gegen Kohlekraft gibt. Das erste Klimacamp in Deutschland fand 2008 in Hamburg-Moorburg statt und richtete sich gegen den Neubau eines Steinkohlekraftwerkes. Seit 2010 beziehungsweise 2011 finden im Rheinland und in der Lausitz jeden Sommer Klimacamps statt. Dabei geht es darum, Orte zu schaffen, an denen Menschen sich vernetzen und Alternativen leben, selbstorganisierte Bildung stattfindet und von denen Aktionen ausgehen können. Im Umfeld der Klimacamps im Rheinland kam es seit 2011 zu mehreren Blockaden der Hambach-Kohle-Bahn und von Braunkohlebaggern. Diese Blockaden haben einerseits zum Ziel, Menschen zu empowern, einen zerstörerischen Ablauf ganz direkt zu verhindern. Andererseits sollen die Aktionen politischen Druck aufbauen und als Zeichen für die Dringlichkeit der Klimakrise in eine breitere Öffentlichkeit hineinwirken.

2011 startete im Rheinland die Wiesen- und Waldbesetzung Hambacher Forst: Aktivist*innen aus ganz Europa setzen sich seitdem durch die Besetzung von Bäumen und durch Sabotageaktionen für den Erhalt des Hambacher Forstes ein, der aufgrund des Tagebaues stückweise erst abgeholzt und dann abgebaggert wird. Durch ihre Anwesenheit und ihre Aktionen gelang es, auch Anwohner*innen aus den umliegenden Dörfern wieder zu politisieren, auch wenn die direkten Aktionen der Besetzer*innen immer wieder für Konfliktstoff sorgen.

Im *Bündnis gegen Braunkohle* sind linke Klima-Aktivist*innen und Menschen aus Bürgerinitiativen im Rheinland vernetzt. Zusammen organisieren sie Aktionen, Bildungsveranstaltungen und betreiben kritische Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören Interventionen bei den Jahreshauptversammlungen von RWE ebenso wie Waldspaziergänge durch den Hambacher Forst oder die Gestaltung einer Etappe des Staffellaufs *Run for your life*, der 2015 von Nordschweden zu den UN-Verhandlungen nach Paris führte.

Ende Gelände

Im August 2015 gelang es einem Bündnis aus linken Gruppen und NGOs, im Rheinland ein großes Klimacamp und eine Aktion zivilen Ungehorsams zu organisieren, an der rund 1500 Menschen teilnahmen und die den Betrieb im Tagebau Garzweiler für einen Tag lahmlegte. Die Aktion *Ende Gelände* fand breiten Widerhall auch in bundesweiten und internationalen Medien. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wurde die Baggerblockade öffentlich, mit Ort und Zeit, angekündigt und fand im Rahmen eines Aktionskonsenses statt, der im Bündnis entwickelt worden war. Damit knüpfte *Ende Gelände* an eine Tradition des zivilen Ungehorsams an, wie er unter anderem im Anti-Atom-Widerstand im Wendland praktiziert wurde. Umweltverbände und NGOs, die zu den Blockaden im rheinischen Revier bis dato Abstand gehalten hatten, unterzeichneten eine Solidaritätserklärung und organisierten am Tag der Aktion zusammen mit örtlichen Bürgerinitiativen eine unterstützende Demonstration, um ein legales Aktionsangebot zu schaffen.

In der Woche vor der *Ende-Gelände*-Aktion fand auf dem Klimacamp die Sommerschule *Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit* statt, die, hervorgegangen aus der Degrowth-Konferenz in Leipzig im Vorjahr, nun eine ganz neue Zielgruppe ins Rheinland brachte.

Im Mai 2016 fand eine weitere *Ende-Gelände*-Aktion in der Lausitz statt, bei der fast 4000 Menschen zwei Tage lang ein Kraftwerk blockierten. Die Besetzung war Teil der globalen Aktionswelle *Break Free from Fossil Fuels* und fand großen Widerhall in der bundesweiten und internationalen Öffentlichkeit. Auch im Rheinland wurde der Widerstand mit einem weiteren Klimacamp inklusive Degrowth-Sommerschule und Aktionstagen fortgeführt.

3. Degrowth und die Anti-Kohle-Bewegung: eine ganz besondere Liebesgeschichte von Theorie und Praxis

Degrowth-Sommerschule auf dem Klimacamp im Rheinland

Das Verhältnis zwischen Degrowth und Anti-Kohle-Bewegung wird in den sozialen Medien der Bewegungen auch als »Liebesgeschichte« beschrieben (Müller 2014). Los ging es schon 2014, als Aktivist*innen des rheinischen Braunkohle-Reviers ihre Initiative im Rahmen des Projektes *Stream towards Degrowth* im Vorfeld der Degrowth-Konferenz in Leipzig vorstellten. Es blieb nicht beim rein theoretischen Austausch. Am Abschlusstag der Konferenz strömten nach einer Demonstration im Zentrum Leipzigs knapp hundert Menschen zum nahegelegenen Kohlekraftwerk Lippendorf und nahmen dort an einem Aktionstraining teil. Dieses war unter dem Motto »Heute üben wir, morgen machen wir ernst« unter anderem von *ausgeCo₂hlt* organisiert worden. Im nächsten Jahr fand die Sommerschule *Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit* auf dem Klimacamp im rheinischen Braunkohle-



Blick aufs Klimacamp 2014. (Foto: CC BY 2.0, Tim Wagner, 350.org)

.....

revier statt. Hier trafen zwei Bewegungen aufeinander, die sich wunderbar ergänzen.

Die große Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014 war ein Startschuss für eine Postwachstumsbewegung, die aufregend vielfältig und dynamisch wirkte, aber irgendwie auch diffus und ziellos, mit einem Hang zu alternativen Nischenprojekten und langen Artikeln. Die Degrowth-Sommerschule 2015 an den Ort einer konkreten politischen Auseinandersetzung, ins rheinische Braunkohlerevier, zu bringen, gab der Bewegung einen klaren Fokus und war eine Einladung, auf aktionsorientierte Methoden des gesellschaftlichen Wandels zu setzen. Ein großer Teil der rund 500 Teilnehmer*innen der Sommerschule entschied sich kurzfristig dazu, bei der Aktion *Ende Gelände* mitzumachen – für viele war es das erste Mal, dass sie an einer Aktion zivilen Ungehorsams teilnahmen.

Die Anti-Kohle-Bewegung wiederum wird durch die inhaltliche Expertise der Degrowth-Bewegung bereichert. Die Forderung nach sofortigem Kohleausstieg und Systemwandel wirft viele Fragen auf, die wir gemeinsam bearbeiten können. Wie sieht ein sozial-ökologischer Umbau aus, der die Ängste der Arbeitnehmer*innen ernst nimmt? Welche alternativen Konzepte für Arbeit gibt es? Funktioniert das bedingungslose Grundeinkommen? Und natürlich: Wie ist ein Wirtschaften ohne Wachstum und CO₂-Ausstoß möglich?



*Baumhaus im Hambacher Forst als Teil der Wald- und Wiesenbesetzung.
(Foto: hambacherforst.blogspot)*

.....

Über die Kohle hinausdenken

Wie eingangs beschrieben, versteht sich der aktivistische Teil der Anti-Kohle-Bewegung seit seinen Anfängen als systemkritisch und ist nicht erst durch die Degrowth-Bewegung auf die Idee gekommen, an unserer Wirtschaftsweise zu zweifeln. Doch Klimagerechtigkeit zu verwirklichen, ist nicht die Sache eines einzelnen Kampfes oder einer einzelnen Forderung. Denn die strategische Fokussierung auf Kohle, die einerseits Erfolg versprechend ist, birgt andererseits auch Gefahren. Beim sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft muss die ganze Bandbreite der sozialen Bewegungen zusammenwirken. Doch es ist fraglich, ob Kohlereviere zu einem bewegungsübergreifenden Kristallisationspunkt taugen. Teilweise ist es gelungen, Gruppen mit an Bord zu holen, die für eine andere Landwirtschaft kämpfen – da durch Tagebaue auch fruchtbares Ackerland zerstört wird. Was die Frage der Diversität angeht, ist allerdings festzuhalten: Die Besucher*innen des Klimacamps sind *weiß*. Und für Flüchtlinge hat es verständlicherweise nicht oberste Priorität, sich vor ein deutsches Kohlekraftwerk zu setzen.

Ein weiteres Problem der strategischen Reduktion ist, dass die Forderung des sofortigen Kohleausstiegs nicht unbedingt Wachstumskritik beinhaltet. Diskussionen um grünes Wachstum und grünen Kapitalismus zeigen, dass das Ziel Kohleausstieg zunächst durchaus kompatibel ist mit der »Mainstream-Energiewende«, die propagiert, dass alle Probleme gelöst sind, sobald das Land mit Solarzellen und Windrädern gepflastert ist. Eine systemkritische Klimabewegung kämpft jedoch nicht nur gegen fossile Energie und die großen Stromkonzerne, sondern auch gegen die Scheinlösungen des grünen Wachstums, die nichts daran ändern, dass Unternehmen mehr und mehr produzieren müssen, um auf dem Markt überleben zu können. Sie kritisiert nicht nur, wo unsere Energie herkommt, sondern auch, wofür sie verwendet wird. Energiedemokratie wird nicht nur als kollektiver Entscheidungsprozess zu erneuerbaren Quellen verstanden, sondern auch als Forderung nach einer Plattform, auf der ausgehandelt werden kann, ob mit begrenzten Ressourcen Panzer hergestellt werden oder Krankenwagen.

Die Botschaften der Anti-Kohle-Bewegung – »Leave it in the ground« und »selbst anpacken« – sind stark. Doch sie bleiben unvollständig ohne die Ergänzung durch andere Themen und Ziele. Denkbar wäre in Zukunft eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Widerstand gegen unnütze Großprojekte oder mit Gruppen im globalen Süden, die gegen den Abbau von mineralischen Rohstoffen aktiv sind. So könnten direkte Aktionen stärker die Verbrauchs- und Produktionsebene problematisieren.

4. Unsere Forderung an die Degrowth-Bewegung: Raus aus den Hörsälen und klare Kante gegen Kapitalismus und Unterdrückung

Die K-Frage

Wie oben beschrieben, gibt es viele Punkte, bei denen die Anti-Kohle-Bewegung von der Degrowth-Perspektive lernen kann. Doch in Teilen der Anti-Kohle-Bewegung wird die Degrowth-Bewegung skeptisch gesehen. Sie wird als eine Art »Kapitalismuskritik light« betrachtet, die das Veränderungspotential von Individuen und Lifestyle-Trends überschätzt und ignoriert, wie sehr unsere Spielräume von äußeren Machtstrukturen dominiert und eingeschränkt werden. Der Degrowth-Ansatz reduziere die Problempalette auf den Aspekt des Wirtschaftswachstums, während Themen wie Herrschaft, Privateigentum, Verteilungsfragen und Geschlechterverhältnisse vernachlässigt werden. Solange die Degrowth-Bewegung Kapitalismus nicht als Problem benennt, ist sie vereinnahmbar für konservative oder unpolitische Strömungen. Andererseits muss anerkannt werden, dass die Degrowth-Bewegung gerade aufgrund ihrer unverbrauchten Sprache, die nicht nach staubigen Marxbänden müffelt, neue Zielgruppen erschlossen hat – Menschen hören neu hin und stecken das Gesagte nicht so schnell in eine Schublade.

Die Handlungsfrage

Manchmal beschleicht uns das Gefühl, dass es mehr Menschen gibt, die die Degrowth-Bewegung erforschen, als Menschen, die sie mit Aktionen vorantreiben. Deswegen würden wir unseren Degrowth-Freund*innen gerne mitgeben: Hört auf, Daten zu produzieren! Macht Bewegung! Klettert weiter mit uns auf die Braunkohle-Bagger! Blockiert Landebahnen und Autobahnerweiterungen, umzingelt nutzlose Mega-Infrastruktur! Es gilt, Orte auszumachen, die für exzessiven Ressourcenverbrauch stehen und an denen Widerstand gegen das abstrakte Wirtschaftssystem konkret und physisch werden kann. Das könnte eine wichtige Aufgabe für die Degrowth-Bewegung in den nächsten Jahren sein – und damit könnte sie die Anti-Kohle-Bewegung sinnvoll ergänzen.

5. Der Sprung in die neue Gesellschaft – mit einer Bewegung aller Bewegungen

»Die Zeit der kleinen Schritte ist vorbei«, heißt es in dem kanadischen *Leap Manifesto* (Klein u.a. 2015), das unter anderem von Naomi Klein initiiert wurde, und das die Grundzüge einer Gesellschaft umreißt, die auf Achtsamkeit gegenüber Menschen und der Natur basiert. Um die aktuellen ökologischen und sozialen Krisen zu überwinden, müssen wir stattdessen einen großen Sprung tun. Wir brauchen einen tiefgreifenden systemischen Wandel, und den kann die Anti-Kohle-Bewegung natürlich nicht alleine herbeiführen. Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, Schnittpunkte zu anderen politischen Kämpfen – zum Beispiel für Frieden, Bewegungsfreiheit, Ernährungssouveränität – sowie die globale Vernetzung zu suchen, um eine »Bewegung aller Bewegungen« zu bilden. Nur so kann aus der Klimabewegung tatsächlich eine diverse, internationale Klimagerechtigkeitsbewegung werden – oder wie auch immer sie sich nennen mag.

Denkbar wäre beispielsweise eine Aktionswoche neuer Dimension: Während in Polen tausende Menschen ein Dorf umzingeln, um es vor der Abaggerung durch die Braunkohlebagger zu schützen, strömen in London Heathrow so viele Menschen auf die Landebahnen, dass der Flugverkehr zum Erliegen kommt. Zeitgleich setzen Sabotage-Aktionen von Anti-Freihandels-Aktivist*innen die Grenzanlagen zwischen Mexiko und den USA außer Betrieb. Und Menschen, die ihre zerstörten Herkunftsländer verlassen mussten, schließen sich mit Aktivist*innen der Friedensbewegungen zusammen, um europäische Waffenexporte zu blockieren. Parallel zu den global koordinierten Aktionen wächst die Zahl der selbstorganisierten Netzwerke, die alternative Versorgungsstrukturen aufbauen und nach dem Prinzip der solidarischen Ökonomie wirtschaften. Nachbarschaften und Hausprojekte bilden Einkommensgemeinschaften und organisieren im Kleinen Umverteilung und Altersvorsorge. Das ermöglicht den Menschen, weniger zu arbei-

ten und mehr Zeit mit Sorgetätigkeiten zu verbringen oder mit Dingen, die sie erfüllen. Sie basteln aus Recyclingschrott Computer, die zwanzig Jahre lang halten, lernen endlich Dudelsack spielen und stärken soziale Netze, die Menschen integrieren können: egal, ob sie neu in Europa angekommen sind oder schon lange dort sind.

Links

Kampagnengruppe für sofortigen Braunkohleausstieg:

www.ausgeco2hlt.de

Wald- und Wiesenbesetzung Hambacher Forst:

www.hambacherforst.blogspot.de

Bundesweites Klima-Aktionsbündnis Ende Gelände:

www.ende-gelaende.org/de

Initiative aus dem rheinischen Revier: www.das-gelbe-band.com

Initiative aus dem Lausitzer Revier: www.opa-ohne-lobby.de

Umfangreiche Informationen zu den Folgen von Braunkohleabbau

und -verstromung: <http://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle>

Österreichisches Aktionsbündnis System Change not Climate Change

(mit Positionspapieren zu Klimagerechtigkeit und grünem Wachstum):

<http://systemchange-not-climatechange.at>

Institut, das sich kritisch mit marktbasierter Klimaschutzmechanismen auseinandersetzt:

<http://www.carbonradewatch.org>

Dokumentarfilm der Möglichkeiten einer Zukunft

ohne Kohle auslotet:

www.vice.com/de/video/heimat-ausgekohlt-der-kampf-um-die-kohle-101

Verwendete und weiterführende Literatur

Gilbertson, Tamara; Reyes, Oscar (2009): Carbon Trading. How it Works and Why it Fails. Uppsala: Dag Hammerskjöld Foundation.

Hambacher Forst Buchprojekt (Hrsg.) (2015): Mit Baumhäusern gegen Bagger: Geschichten vom Widerstand im rheinischen Braunkohlerevier. Osnabrück: Packpapier Verlag.

Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung: Klima vs. Kapitalismus. Frankfurt/Main: Fischer.

Klein, Naomi u. a. (2015). The Leap Manifesto. <https://leapmanifesto.org/en/the-leap-manifesto/#manifesto-content>; Zugriff: 01.02.2017.

Jones, Dave (2015): First time 4 out of 5 largest EU emitters are German. <https://sandbag.org.uk/blog/2015/apr/1/first-time-4-out-5-largest-eu-emitters-are-german-/>; Zugriff: 01.02.2017.

Müller, Tadzio (2014): Klimagerechtigkeit und Degrowth.

Zwei Seiten einer Medaille. <http://www.degrowth.de/de/2015/03/klimagerechtigkeit-und-degrowth-zwei-seiten-einer-medaille/>;

Zugriff: 01.02.2017.

Artivism: Degrowth mit Fantasie beleben

John Jordan (übersetzt von Christiane Kliemann)

Die Polizei nennt ihn einen »einheimischen Extremisten«, die Presse »Magier der Rebellion«. Schon seit 25 Jahren arbeitet John Jordan dafür, Kunst und Aktivismus miteinander zu verschmelzen. In verschiedensten Kontexten und Feldern aktiv – von der Tate Modern über besetzte Gemeinschaftszentren und internationale Theater-Festivals bis hin zu Klimacamps –, hat er die Initiativen *Reclaim the Streets* und *Clown Army* mitgegründet, war Mitherausgeber von »We Are Everywhere: The Irresistible Rise of Global Anti-Capitalism« (Notes from Nowhere 2004) und am Schreiben des Films/Buches »Les Sentiers de l'Utopie« (Fremaux/Jordan 2012) beteiligt. Momentan organisiert er zusammen mit Isabelle Fremaux das *Laboratory of Insurrectionary Imagination* (*Labofii*).

1. Artivism: die Verschmelzung der grenzenlosen Vorstellungskraft der Kunst mit radikalem politischen Engagement

Artivism ist keine Bewegung im eigentlichen Sinne. Es ist eher eine Haltung, eine Praxis in den fruchtbaren Grenzbereichen zwischen Kunst und Aktivismus. Artivism entsteht, wenn Kreativität und Widerstand ineinander fallen. Es ist das, was passiert, wenn unsere politischen Aktionen genauso schön werden wie Gedichte und genauso effektiv wie ein perfekt gestaltetes Werkzeug. Artivism ist die *Clown Army* (*Clownsarmee*), die die Einsatzschilder der Polizei küsst, um diese zurückzudrängen; es sind die *Yes Men*, die heimlich die Weltmedien infiltrieren, indem sie vorgeben, Konzernsprecher zu sein; es sind die Schwärme von Flamencotänzer_innen, die in Spanien Banken stilllegen, die Austerität vorantreiben; und es ist das *Brandalism*-Kollektiv, das Hunderte von Anzeigentafeln in Bushäuschen hackt und Werbung durch radikale Botschaften ersetzt. Dabei geht es keineswegs darum, *politische Kunst* zu machen oder Kunst *über* ein Thema, wie zum Beispiel eine Performance über die Krise von Geflüchteten oder ein Video über einen Aufstand. Es geht nicht darum, neue Sichtweisen auf die Welt zu zeigen, sondern darum, sie zu verändern.

Um jegliche Repräsentation zu verweigern, wählt Artivism die direkte Aktion. Die Befürworter_innen direkter Aktionen gehen davon aus, dass



Die Clown Army in Aktion, hier bei G8 Protesten in Schottland 2005. (Foto: CIRCA)

.....

man Dinge am besten ändern kann, indem man selbst eingreift, anstatt andere dazu aufzufordern. Dies ist das genaue Gegenteil von Lobbyarbeit und Protestmärschen. Bei direkten Aktionen geht es darum, die Welt gemeinsam im Hier und Jetzt zu verändern. Indem wir direkten Aktionen den Geist der Kunst einhauchen, können wir unwiderstehliche Formen des Widerstands schaffen. Beim Anblick eines Bulldozers, der einen Wald niedermäht, damit ein neuer Flughafen entsteht, schreibst du kein Lied darüber, sondern blockierst den Weg, mit deinem Körper (vielleicht singenderweise!). Das Allerschönste dabei – also das ästhetische Ziel – ist es, *zu gewinnen*, in diesem Fall also das Überleben des lebendigen Waldes und seines Ökosystems in all seiner Fülle zu sichern. So verbindet Artivism das Schöne mit dem Nützlichen.

Artivism als Disziplinlosigkeit

Manche sprechen von kreativem Widerstand, andere von Kunst-Aktivismus – wieder andere nehmen den Begriff des deutschen Künstlers und Mitbegründers der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Joseph Beuys, auf und nennen es »soziale Skulptur«. Die Autor_innen des Buches »Artivisme: Art, Action Politique et Résistance Culturelle« (Lemoine/Ouardi 2010) formulieren es so: Artivism ist Disziplinlosigkeit, da es im Kern um Verweigerung geht. Und in der Tat entzieht sich Artivism der Vereinnahmung durch die zweifelhafte Kategorie »Kunst«. Dasselbe gilt für die Aufspaltung der Identitäten »Künstler_in« und »Aktivist_in« – Etiketten, mit denen so getan wird, als hätten Künstler_innen das Monopol auf Kreativität und Aktivist_innen das auf sozialen Wandel, ganz so, als seien andere Leute wiederum nicht kreativ beziehungsweise nicht an der Veränderung der Welt beteiligt.

Artivism verwendet soziale Bewegungen als Gestaltungsmaterial. Deren Aktionsformen und Alternativen können unsere kollektive Vorstellungswelt verändern und neu erfinden. Genauso wie Künstler_innen mit Holz oder Farbe arbeiten, kann Artivism zum Beispiel mit Plänen für eine direkte Aktion zur Stilllegung eines Kohletagebaus arbeiten und Ideen dazu entwickeln, wie man sie kraftvoller und theatralischer machen kann. Artivism kann auch bedeuten, ein Klimacamp so zu gestalten, dass es als Ort, der Menschen willkommen heißt, offener und konvivaler¹ wird. Es könnte beinhalten, Formen horizontaler Versammlungen zu erfinden oder ein gemeinsames Ritual, bevor eine Bezugsgruppe hinausgeht, um einen Militärstützpunkt zu sabotieren. Wenn sich, wie Gerald Raunig schreibt, »Kunstmaschinen und Revolutionsmaschinen überschneiden« (Raunig 2007), erleben wir Momente von Artivism.

2. Eine reiche, vielfältige und bunte Bewegung, die auf völlig unerwartete Weise Imperien stürzen kann

Die Strategien, die Artist_innen nutzen, hängen von dem politischen Kontext ihrer Arbeit ab und sind zu zahlreich, um hier genannt zu werden. Ein wunderbares Handbuch plus Website zu angewandten Taktiken, Theorien und Prinzipien ist »Beautiful Trouble« (Boyd 2010). Das Buch empfiehlt zum Beispiel als Hauptstrategie für Menschen, die unter repressiven Regimes oder Notstandsgesetzen leben, unter denen abweichende Meinungen verboten sind, Proteste so zu gestalten, dass sie nicht wie Proteste aussehen. In Zeiten des Kriegsrechts im Polen der späten 1980er Jahre, führte die *Orange Alternative* dies auf herrliche Weise vor: Obwohl Proteste verboten waren, rief sie zu einem »Gnomentreffen« auf, um »Gnomenrechte« einzufordern. Als die Soldaten des Regimes Tausenden jungen Leuten mit orangefarbenen Gnomenhüten gegenüberstanden, wussten sie sich nicht so recht zu helfen, und auch die Generäle sahen davon ab, Panzer zu rufen. Zum ersten Mal seit der Erklärung des Kriegsrechts hatte eine Menschenmasse den öffentlichen Raum zurückerobert, die Beteiligten hatten dabei eine gute Zeit und schafften es, Selbstvertrauen zu verbreiten. Innerhalb weniger Jahre war ganz Osteuropa auf der Straße. Einige Historiker_innen behaupten sogar, die Bewegungen, die letztendlich die Sowjetmacht stürzten, hätten mit Künstler_innen, Guerilla-Theater und Musiker_innen und mit den von ihnen gestalteten Räumen des Dissenses ihren Anfang genommen. Auch Humor ist häufig ein zentrales Element von Artivism-Taktiken (vgl. Horáková/Vuletic 2003).

Eine andere verbreitete Taktik ist das Umkonstruieren von Dingen. Ausgangspunkt ist die Hacker-Frage: »Was kann dieses Ding tun?« Das bedeutet, ein alltägliches Objekt zu »hacken« und es in eine Maschine des Widerstands zu verwandeln. In diesem Sinne ist alles umkonstruierbar, auch

¹ Lebensfreundlicher, dem Leben dienend.

Gesetze: Studierende der Universität Texas kämpften gegen das neue Campusgesetz, das das offene Tragen von Schusswaffen erlaubte, indem sie sich Dildos umbanden! Die Organisator_innen der Kampagne *Cocks not Glocks* (Dildos statt Waffen) erklärten, dass Dildos – obwohl sie im Gegensatz zu Waffen nicht offen auf dem Campus getragen werden dürften –, »uns genauso effektiv vor soziopathischen Schießwütigen schützen könnten, dabei aber viel sicherer seien beim entspannenden Spielen«. Dies ist ein gutes Beispiel für das Prinzip »Manövriere Deine Gegner in eine Dilemma-Position«: sie also in eine Situation zu bringen, in der sie zwar gezwungen sind, auf die Aktion zu reagieren, dabei aber in jedem Falle verlieren – weil sie entweder lächerlich oder gewalttätig erscheinen.



Ein 40 Jahre altes Orange Alternative Graffiti auf einer Wand in Krakau, Polen. (Foto: pnapora)

Die Akteur_innen des Artivism sind ebenso vielfältig wie ihre Taktiken: Einige studierten Kunst und andere Theater; wieder anderen ist es schlicht gelungen, sich in der Schule nicht ihrer Kreativität berauben zu lassen, und wenden sie in politischen Aktionen an. Die besten Artivism-Strategien sind vielleicht Innovation und Konfusion. Durch das Wiederholen der immergleichen Taktiken – dem Marsch von A nach B, der Mahnwache, dem Internet-Mem, dem Protestcamp und dem Aufstand – verlieren diese schnell an Einfluss. Dagegen sind Aktionen oft erfolgreich, wenn neue Formen erfunden werden, die die Autoritäten überraschen. Bewegungen müssen ständig ihre Taktiken erneuern, und zwar schneller als die Behörden zu reagieren in der Lage sind.

Unter den Myriaden von angewandten Taktiken finden sich auch Möglichkeiten, Protestierende vor Polizeigewalt zu schützen. Im letzten Jahrzehnt ließ sich eine große Vielfalt an kreativen Schutzschilden ausmachen: beispielsweise solche aus großen Bucheinbänden (das Bild eines Polizisten, der auf Orwells Buch »1984« einschlägt, ist unvergesslich) oder die Klimacamp-Schilde mit wunderschönen Fotoportraits von Menschen, die vom Klimakollaps bedroht werden. Mit Letztgenannten wurden Polizeiblockaden durchbrochen, um den Bau einer neuen Startbahn zu verhindern.

Viele beliebte Taktiken wurden ursprünglich von Artivist_innen erfunden, so zum Beispiel das Blockieren der Software gegnerischer Websites durch unzählige Aufrufe (Dos-Attacken²), inzwischen auf berühmt-berühmte Weise genutzt von *Anonymous*.

2 https://de.wikipedia.org/wiki/Denial_of_Service.

Kreativität und das Erschaffen neuer Formen brauchen Zeit und Aufmerksamkeit, was angesichts der Dringlichkeit und des Tempos von Aktivismus nicht einfach ist. Allerdings trägt der Geist der Kunst dadurch einen anderen Rhythmus in den Aktivismus hinein, der besser zu den Zielen von Degrowth passt: ein entschleunigter, langsamerer und besser durchdachter Ansatz, der deshalb aber nicht weniger leidenschaftlich ist.

3. Den Raum für Träume öffnen: gemeinsam kreativ Denken und den spielerischen Geist in der Degrowth-Bewegung nähren

Im Moment fühlt es sich an, als hätten Artist_innen weniger Bande zu Degrowth geknüpft als zu anderen Bewegungen wie etwa zur Geflüchteten-, Klima-, Anti-Austeritäts- und globalisierungskritischen Bewegung. Warum dies so ist, ist schwierig zu ergründen.

Das Weltklima wie auch das Konzept des Anthropozän sind zurzeit wichtige Themen in der Kunstwelt. Allerdings wird ein Großteil der in diesem Zusammenhang realisierten Projekte in Zusammenarbeit mit einer Wirtschaftselite veranstaltet, die Kultur als billiges Forschungs- und Entwicklungsinstrument und effektive PR-Kampagne für grünen Kapitalismus nutzt. Ein Beispiel dafür sind Volkswagen-Beauftragte, die im Projekt *Über Lebens-Kunst* im Berliner Haus der Kulturen der Welt (2010–2012) mit Künstler_innen und Ökolog_innen zusammenarbeiteten, um die Zukunft des Verkehrs zu beleuchten. Auf der letzten UN-Klimakonferenz (COP21 in Paris 2015) betrieben viele Künstler_innen »artwashing«, indem sie für eine Greenwashing-Veranstaltung der Wirtschaft arbeiteten (Solutions cop21): Hier kamen, auf einer Messe, einige der größten Verschmutzer der Welt – fossile Energiekonzerne, Autohersteller, Agroindustrie-Giganten sowie Flughafen- und Straßenbauer – zusammen, um zu demonstrieren, dass sie Lösungen für die Krise besäßen. Business-as-usual-Veranstaltungen wie diese lieben es, Kunst als Maske zu benutzen, hinter der große Firmen ihre Verbrechen verstecken und sich ein Flair von moderner Kultiviertheit verleihen können. Mit »artwashing« bereinigen sie ihre Logos und lassen uns vergessen, dass sie lebendige Gemeinschaften von Menschen und Ökosystemen für Profit zerstören. Eine wichtige Activism-Strategie ist es hier, Künstler_innen und Institutionen zu kritisieren, die sich in diesem Sinne instrumentalisieren lassen. Dabei wird zurückgegriffen auf das, was Michel Foucault »parrhesia« genannt hat: nämlich das Handeln von Menschen, die das Risiko auf sich nehmen, »alles zu sagen«, die »gefährliche« Wahrheit auszusprechen, die der Mehrheitsmeinung entgegensteht. Das *Liberate-Tate*-Kollektiv tat dies in Form von atemberaubenden Interventionen im Kunstmuseum, die gegen die Finanzierung durch BP gerichtet waren (erfolgreich, da BP im März 2016 bekanntgab, ab 2017 die Tate Gallery nicht mehr zu finanzieren).

Wären mehr Künstler_innen in Bewegungen wie Degrowth engagiert – einer Bewegung, die versucht, Ideen und die persönliche Lebensweise mit-



Schutzschilder mit Portraits und innen versteckten Zelten. Im Einsatz im Klima Camp in Heathrow, London 2007. (Foto: Kristian Buus/Labofii)

einander in Einklang zu bringen –, wären weniger Künstler_innen damit beschäftigt, mit der einen Hand die Selbstmordmaschine Kapitalismus zu füttern und mit der anderen Hand Progressivität zu beanspruchen. Vielleicht wären dann auch mehr Künstler_innen motiviert, ihre Kreativität in soziale Bewegungen einzubringen.

Partizipative Pädagogik

Die Tatsache, dass die Degrowth-Konferenz 2014 neben den wissenschaftlichen und sozialen Strängen auch einen Kunst-Strang beinhaltete, ist ermutigend. Es bedarf mehr solcher Initiativen, sodass »akademische« Versteinerungen aufgebrochen werden, um kreativere Formen des Wissensaustausches und einen ganzheitlicheren Ansatz zu ermöglichen. Die Lehrmethoden von Artist_innen sind üblicherweise horizontaler als andere. Sie basieren auf beliebten partizipatorischen Bildungsansätzen, die eher versuchen, das gemeinsame geteilte Wissen weiterzuentwickeln als (mit Power-Point und Konferenzen) Wissen von oben nach unten, von den Lehrenden zu den Lernenden, weiterzugeben. Für gewöhnlich gehen Artist_innen dabei über das

reine Sprechen und Zuhören hinaus und arbeiten mit dem Körper, mit Spiel und Materialien und beziehen Kopf, Herz und Hand gleichermaßen mit ein. Dies sollte eine pädagogische Schlüsselstrategie sein – vielleicht eine Rückkehr zu den pädagogischen Ideen des Polytechnischen, wo die Beschäftigung mit Philosophie und der Bau eines Stuhls auf gleicher Ebene angesiedelt waren.

Als ein gutes Instrument, starke Bezugsgruppen zu entwickeln und Menschen erstmalig in Kontakt zu sozialen Bewegungen zu bringen, erweist sich das gemeinsame Herstellen von Dingen. Neuen Aktivist_innen kann zum Beispiel der Besuch eines Workshops, in dem man lernt, für eine Aktion aufblasbare silberne Pflastersteine herzustellen (wie bei *Tools For Action*), viel weniger Angst einjagen als die Teilnahme an einer großen Plenumsdiskussion zu einer Kampagne gegen eine neue Fracking-Lizenz.

Um die Degrowth-Bewegung mit dem Geist von Artivism zusammenzubringen, wäre es wichtig, Workshops oder Labore für transdisziplinäre Lösungen zu bestimmten Themen einzurichten, an denen Künstler_innen beteiligt sind – und zwar nicht als »ästhetische Kommunikator_innen« von Ideen, sondern als kreative Teilnehmer_innen, die zusammen mit anderen Disziplinen an Lösungen arbeiten. Dabei ist es entscheidend, Räume zu schaffen, die ein solches kreatives Denken und Spiel als wesentlichen Teil eines Bewegungsprozesses nähren. Es scheint, als hätte Degrowth trotz des manchmal überakademischen Tons die Kapazität und Sensibilität, um diesen Geist zu verkörpern, da es der Bewegung im Kern um einen Kulturwandel weg von quantitativen hin zu qualitativen Seinsformen geht. Es heißt, Degrowth sei ein Beispiel aktivistischer Wissenschaft. Vielleicht werden wir es eines Tages auch als aktivistische Kunst bezeichnen können.

.....
*Giant Inflatables workshop in Paris. Es werden riesige aufblasbare Schutzschilder gebaut.
(Foto: Labofij/Tools for Action/350.org)*



4. Degrowth unwiderstehlich machen: die Rolle von Sehnsucht und Fantasie beim Erschaffen einer neuen Kultur

Ich schreibe als jemand, der in einer holzbeheizten Hütte in einer kleinen Kommune auf einem Biohof in Frankreich lebt, wo Degrowth im Zentrum unserer gemeinsamen Werte steht. Für uns ist Degrowth verbunden mit dem guten Leben, getreu dem französischen Sprichwort »Moins de biens, plus de liens« – weniger Dinge, mehr Beziehungen. Im vorherrschenden Mainstream wird Degrowth jedoch oft missverstanden als Aufruf zu Selbstkontrolle (»Hört auf mit Shoppen, Autofahren, Fliegen etc.!«) und Entbehrung (»Hört auf, neue Dinge zu kaufen oder zu wollen!«) oder zur Rückkehr in eine Vergangenheit (»Hört auf, fossile Brennstoffe, neue Technologien etc. zu nutzen!«), als das Leben schwer war (»Pflanzt euer eigenes Gemüse an, backt euer eigenes Brot, lebt lokal!«) und das Glück rar gesät. Hinzu kommt, dass Degrowth in den Rahmen eines apokalyptischen Zeitstrahls eingebettet ist, der auf den Kollaps der lebenserhaltenden Systeme des Planeten verweist – nicht gerade die attraktivste Vorstellungswelt sozialer Bewegungen. Solche Karikaturen von Degrowth sind weit entfernt von Konzepten wie Fülle, Freude und Spiel – Konzepten, die häufig Teil künstlerischer Prozesse sind und die der Kapitalismus vereinnahmt hat.

Wie ein Großteil der traditionellen progressiven Politik neigt auch Degrowth dazu, politische Arbeit im Sinne eines wissenschaftlichen, scheinbar realitätsbasierten Prozesses zu gestalten. Eine Menge Arbeit wird in das Aufbereiten von Informationen, Statistiken, Fakten und in ökonomische Analysen gesteckt. Degrowth fühlt sich oft überakademisch und kopflastig an, Emotionen werden ignoriert. Aber wo ist das Träumen und ist die Fantasie geblieben? Obwohl es auf der letzten Degrowth-Konferenz Räume für intuitives Lernen und fürs Feiern gab, werden diese leider allzu oft als bloßer Zusatz zu den »rationalen« Vorträgen, Workshops etc. wahrgenommen.

Die Fantasie vom Kapitalismus zurückstehlen

Der Kapitalismus hat unsere Fantasie mit Konsumspektakeln eingefangen; seine Celebritys sind zu unseren mythologischen Held_innen geworden und seine Videospiele zu unseren wilden Abenteuern. Er verspricht uns die Fantasie eines besseren Lebens, das immer noch besser gemacht werden kann. Fantasie ist der Brennstoff des Unterhaltungsgeschäfts, der Popkultur und der meisten Religionen und dennoch fürchten wir sie als politisches Werkzeug; wir misstrauen allem, was irrational scheint und verweisen es ins »Kunstprogramm«.

Artivism erkennt hingegen an, dass es bei der Politik seit jeher um Fantasie geht, darum nämlich, dass wir uns die Zukunft vorstellen, die wir wollen. Es gelang uns, solche Werkzeuge zu nutzen, sie zurückzustehlen von der Populärkultur und das zu erschaffen, was Stephen Duncombe, Autor und Gründer des *Center for Artistic Activism*, »ethical spectacle«, ethisches

Spektakel, nennt. Darin stellen wir unsere Träume gemeinsam dar, mit visionären und partizipativen Aktionen. Auf diese Weise schaffen wir neue Realitäten, mithilfe von Symbolen und Geschichten, die eine neue Wahrheit bilden – statt auf Befreiung zu warten.

Die Degrowth-Bewegung könnte von Artivism lernen und anerkennen, dass erfolgreiche Politik ebenso eine Sache von Sehnsucht und Fantasie ist wie von Vernunft und Ratio. Es ist ein Fehler, all diese kraftvollen Werkzeuge dem Kapitalismus zu überlassen. Solange die Verlockungen des Kapitalismus scheinbar mehr Spaß machen und unsere tiefen Sehnsüchte berühren können, werden wir dabei scheitern, den so notwendigen radikalen kulturellen Wandel zu vollziehen. Der Erwerb eines iPads wird viel cooler bleiben als das Reiten auf einem Esel.

Statt dass Künstler_innen ausschwärmen, um ihre Kreativität in der Degrowth-Bewegung auszuleben, arbeiten sie weiterhin in der Werbeindustrie und in anderen Maschinerien, die die kapitalistischen Sehnsuchtsfallen reproduzieren. Ohne ihre Kreativität wird Degrowth jedoch eher eine nette Ideensammlung bleiben als eine neue Kultur. Die Fragen, die wir uns stellen müssen, lauten: Wie lernen wir, uns gegenseitig darin auszubilden, anders zu begehren und anderes zu ersehnen? Wie kann Degrowth genauso sexy werden wie Kapitalismus und wie kann »klein« wirklich schön werden? Und zu guter Letzt: Wie können wir lernen, die in der industriellen Zivilisation enthaltene Gewalt wirklich zu spüren und die endlos fortgeführten Verbrechen gegen das Leben wirklich zu fühlen? Wie können wir die Betäubung abschütteln und zur Sensibilität zurückkehren?

Mehr Übereinstimmung zwischen Denken und Leben

Was Degrowth seinerseits zu Artivism und vor allem zur Welt der Kunst beitragen kann, ist das Streben nach Übereinstimmung zwischen Denken und Leben. Die Kluft zwischen dem, was wir glauben, und dem, wie wir handeln, führt uns zwangsläufig ins Leid und zu verwirrenden Vorbildern. Im kulturellen Bereich leben viele mit einer Spaltung zwischen ihrer Politik, ihrer Ästhetik, ihrer Ethik und dem alltäglichen Leben. Viele Künstler_innen und Kulturproduzent_innen fliegen von Konferenzen zu Biennalen, um zum Klimawandel zu arbeiten. Andere machen systemkritische Arbeiten in Museen, die von Banken finanziert werden. Indem sie ihr Leben nicht als Material begreifen, mit dem sie arbeiten – was Foucault als Lebenstechnik oder Lebenskunst bezeichnet –, reproduzieren sie die typischen Aufspaltungen des Kapitalismus. Anstatt ihre Kreativität darauf zu verwenden, wie wir reisen können, ohne einen Klimakollaps zu verursachen, wie wir uns herrschaftsfrei organisieren können, wie wir unsere Nahrung anbauen können, ohne unsere Böden zu zerstören, und wie wir neue Kommunen aufbauen können, leben sie weiterhin mit der Kluft zwischen ihren Überzeugungen und ihrem Verhalten. Die Degrowth-typische Ausrichtung auf ganzheitliche Praktiken könnte dies verändern.

5. Der Aufbau einer Kultur des Widerstands, in der Kunst und Aktivismus nicht mehr vom täglichen Leben getrennt sind

Eine der dringlichsten Aufgaben ist der Aufbau einer Kultur des Widerstands. Ich glaube nicht, dass wir ohne Akte des Widerstandes Lösungen für die anhaltende soziale und ökologische Katastrophe installieren können, denn diejenigen, die vom bestehenden Wirtschaftssystem profitieren, werden ihre Macht nicht aufgeben. Wir brauchen Bewegungen, die wünschenswerte Alternativen aufzeigen bei gleichzeitiger Bereitschaft, dem gegenwärtigen System zu widerstehen. Ohne eine gemeinsame Sammlung von Werten und Verhaltensweisen, ohne eine Kultur, in der Akte des Widerstands (von Protest bis hin zu Sabotage) von breiten Bevölkerungsteilen – über die unmittelbar Teilnehmenden hinaus – unterstützt werden, werden wir nicht in der Lage sein, jenen Systemwandel herbeizuführen, der notwendig ist, um Gerechtigkeit herzustellen und den Zusammenbruch unserer Lebenserhaltungssysteme zu verhindern.

Deswegen sind Dinge wie die Zusammenführung von Degrowth mit, zum Beispiel, einem Klimacamp entscheidend, da nicht jede_r Einzelne in der Lage sein wird, an vorderster Front Widerstand zu leisten. All diese Menschen müssen allerdings Teil einer gemeinsamen Kultur werden. Und doch gerät dies von Seiten der Bewegungen häufig in Vergessenheit: Sie übersehen dabei, wie wichtig es ist, die materiellen Infrastrukturen und die emotionale Sensibilität zu kreieren, die den Widerstand langfristig stützen. Leider scheinen viele in den Transition-Town-Netzwerken oder im Rahmen anderer ökologischer Alternativen wie etwa Permakultur zu glauben – auch wenn es um langfristige und materielle Strukturen geht –, dass unsere Kultur es schaffen wird, sich ohne Widerstand, magisch, vom Kapitalismus in »etwas Schöneres und Grüneres« zu verwandeln. Ich glaube nicht, dass diese unsere Kultur irgendwie einen freiwilligen Wandel zu einer vernünftigen, gerechten und nachhaltigen Lebensweise durchlaufen wird. Ich glaube, dass wir vieles von dem, was Bestandteil dieser Kultur ist, auflösen müssen und dass wir völlig andere Weisen, zu sein und unsere Welt zu teilen, aufbauen müssen. Und genau das ist Widerstand: er bedeutet, ungerechte Machtstrukturen zu konfrontieren und aufzulösen, um den Weg freizumachen für das Erblühen anderer Kulturen.

So sieht eine Kultur des Widerstands aus

Eine Kultur des Widerstands ist eine Kultur, die darauf basiert, unsere materielle und emotionale Unterstützung mit den in einer Widerstandsbewegung Aktiven zu teilen. Eine Kultur des Widerstands zeigt sich darin, wenn, wie im Winter 2015 in Frankreich geschehen, Bürger_innen ihre Häuser und Höfe für die 200 Menschen eines Traktor- und Fahrradkonvois öffnen, der von *la zad* (einer autonome Zone gegen einen Flughafenbau in Westfrankreich) bis zur COP21-Konferenz führte, trotz des ausgerufenen Notstands

und der Protestverbote. Eine Absage an eine Kultur des Widerstandes ist es hingegen, wenn der sogenannte »ökologische« Philosoph Bruno Latour es ablehnt, einen Brief gegen den Bau desselben Flughafens zu unterschreiben – aus Angst, dass sein Name mit radikalen Ökos in Verbindung gebracht wird (Mediapart 2016).

Ein schönes Beispiel für eine Kultur des Widerstandes war die Untergrundeisenbahn, die es Sklaven ermöglichte, den amerikanischen Südstaaten zu entfliehen. Eine Absage an eine Kultur des Widerstandes ist es, wenn die französische Regierung die selbstgebauten Camps der Geflüchteten in Calais räumt, um deren Bewohner_innen an einen gefängnisartigen Ort ohne öffentliche Räume und Gemeinschaftsflächen zu verfrachten.

Im Zentrum einer Kultur des Widerstands steht die Ablehnung der Kultur der Herrschaft zugunsten einer Definition von Liebe, die es den anderen ermöglicht, frei zu sein.

Die Trennung einreißen

Letztendlich denke ich, dass sich in einer neuen Kultur, die die Kultur des Kapitalismus und der Herrschaft ersetzen wird, die Rolle von Kunst und Aktivismus radikal verändern wird. Kunst als etwas vom täglichen Leben Getrenntes, als etwas für die Sammlungen und den Profit der Reichen, als etwas zum Besitzen oder Anschauen, von anderen geschaffen – all dies wird der Vergangenheit angehören. Kunst wird eher als Verb denn als Substantiv verstanden werden, als eine Art des Tuns und eine bestimmte Qualität der Aufmerksamkeit, die jede_r im täglichen Leben ausüben kann, nicht nur Künstler_innen.

Vielleicht wird auch die Vorstellung verschwinden, dass Aktivist_innen Spezialist_innen dafür sind, die Gesellschaft zu verändern. In einer Gesellschaft der Commons, die nicht durch einen hierarchischen Staat, sondern lokal und basisdemokratisch organisiert ist, wird sich jede Person als Teil des sozialen Transformationsprozesses und der politischen Praxis verstehen. Politik wird nicht mehr von Ethik getrennt sein. Aristoteles sah das Streben nach dem Wohl der politischen Gemeinschaft, nach dem Gemeinwohl der Menschheit als ganzer, als Teil der Ethik an. Dieses Streben nannte er »eudaimonia«, was »das gute Leben« bedeutet. Dies, so glaubte Aristoteles, sei das oberste Ziel aller Menschen. 2300 Jahre später bringt uns die De-growth-Bewegung diesem Traum vielleicht näher als jemals zuvor.

Links

Das Center for Artistic Activism in New York: <http://artisticactivism.org/>

The Laboratory of Insurrectionary Imagination: <http://labofii.net/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Boyd, Andrew (2010): Beautiful Trouble – A Toolbox for Revolution (Online-Werkzeugkasten, Buch und internationales Netzwerk von Artivism-Trainer_innen). New York: OR Books. <http://beautifultrouble.org/>

Christensen, Ralf (2011): Pockets of Resistance. A Documentary (Dokumentarfilm, 65 Minuten). <https://www.youtube.com/watch?v=Ncb-Akm9dgs>; Zugriff: 01.02.2017.

Duncombe, Stephen (2007): Dream: Re-imagining Progressive Politics in an Age of Fantasy. New York: The New Press. www.stephenduncombe.com/wp-content/uploads/2012/12/Dream_final.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Horáková, Pavla; Vuletic, Dean (2003): Writer Padraic Kenney discusses his book »A Carnival of Revolution« and the events of 1989 in Central Europe (Radiobeitrag). Radio Prag. <http://www.radio.cz/en/section/talking/writer-padraic-kenney-discusses-his-book-a-carnival-of-revolution-and-the-events-of-1989-in-central-europe>; Zugriff: 01.02.2017.

Lemoine, Stéphanie; Ouardi, Samira (2010): Artivisme: Art, Action Politique et Résistance Culturelle. Ort unbekannt: Alternatives.

Mediapart (2016): La France doit renoncer à construire l'aéroport de Notre Dame des Landes. <https://blogs.mediapart.fr/edition/les-invites-de-mediapart/article/210216/la-france-doit-renoncer-construire-l-aeroport-de-notre-dame-des-landes>; Zugriff: 01.02.2017.

Raunig, Gerald (2007): Art and Revolution. Los Angeles: Semiotext(e). <https://selforganizedseminar.files.wordpress.com/2011/08/gerald-raunig-art-and-revolution-transversal-activism-in-the-long-twentieth-century-1.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

The Laboratory of Insurrectionary Imagination (2011): A Users Guide to Demanding the Impossible. London: Minorcompositions.

Transition Network; Hopkins, Rob (2015): Isabelle Frémeaux, John Jordan and the rise of the insurrectionary imagination. <https://www.transition-network.org/blogs/rob-hopkins/2015-04/isabelle-fr-meaux-john-jordan-and-rise-insurrectionary-imagination>; Zugriff: 01.02.2017.

Attac: Eine ganz andere Welt ist möglich!

Werner Rätz und Dagmar Paternoga

Werner Rätz und Dagmar Paternoga arbeiten im Attac-Schwerpunkt *Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden*. Sie haben einen Attac-Basis-text zum bedingungslosen Grundeinkommen (zusammen mit Werner Steinbach) und einen zur Wachstumskritik (zusammen mit Hermann Mahler) herausgegeben. Außerdem sind sie im Attac-Rat beziehungsweise im Attac-Koordinierungskreis aktiv.

Es gab in Attac über Jahre hinweg vielfältige Diskussionen, Beschlüsse und Texte zum Thema Postwachstum beziehungsweise Degrowth. Den hier vorliegenden Text verantworten wir als Einzelpersonen, auch wenn wir uns bemüht haben, das Selbstverständnis vor allem der Schwerpunkt-Projektgruppe *Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden* umfassend zu berücksichtigen.

1. Eine andere Welt ist möglich: eine Welt, die keine Ware ist, und sie entsteht in kleinen Schritten

Die Kernideen, die hinter der Gründung von Attac standen, erscheinen heute fast trivial:

- ◆ Eine andere Welt ist möglich;
- ◆ die Welt ist keine Ware;
- ◆ eine Finanztransaktionssteuer kann ein sinnvoller Schritt in diese Richtung sein.

Wer würde dem widersprechen?

1997 im Dezember war das anders. Ignacio Ramonet, damaliger Direktor der französischen Monatszeitung *Le Monde diplomatique*, schrieb damals einen Leitartikel, dessen letzte Sätze lauten:

»Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens ›Aktion für eine Tobinsteuer als Bürgerhilfe‹ (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac) ins Leben rufen? Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale und ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierun-



Attac-AktivistInnen beim TTIP-Aktionstag am 18.04.2015 in München. (Foto: Attac)

.....

gen als gigantische staatsbürgerliche ›pressure-group‹ auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.« (Ramonet 1997)

Nach mehreren Tausend Reaktionen seitens der LeserInnen wurde im Januar 1998 unter einem leicht geänderten Namen¹ *Attac Frankreich* gegründet, in den folgenden Jahren entstanden weitere Attac-Netzwerke, in Deutschland im Jahr 2000. Attac setzt sich kritisch mit den Erscheinungen der Weltwirtschaft auseinander; die vielfach unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden.

Attac entstand also von Anfang an als globales und globalisierungskritisches Netzwerk. Soziale und ökologische Ziele werden als zentral benannt, der konkrete Aufhänger aber ist eine kleine steuerpolitische Forderung. Deren damalige Brisanz kann man nur verstehen, wenn man die politisch-kulturelle Situation Ende der 1990er-Jahre in den Blick nimmt.

Noch zu Beginn dieses Jahrzehnts war die Weltordnung geprägt durch die Existenz zweier Supermächte, die sich hochgerüstet und feindlich gegenüberstanden. Was immer man jeweils vom anderen System hielt, die gesellschaftliche und staatliche Alternative war so jederzeit sichtbar. In Deutschland verlief die Blockgrenze zwischen dessen beiden Staaten. Damit waren die Auswirkungen dieser Situation dort besonders krass. Diese Grundkonstellation zerbrach Anfang der 1990er-Jahre. In Deutschland löste sich in dem unvorstellbar kurzen Zeitraum zwischen November 1989 und Oktober 1990 die gesamte zwischenstaatliche Ordnung auf.

¹ Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens; seit 2009: Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne – Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der BürgerInnen.

Die politischen Gewissheiten verschwanden. Wer im öffentlichen Diskurs ernst genommen werden wollte, durfte von Systemopposition nicht mehr sprechen. Basis- oder aktionsorientierte Gruppen wurden bedeutungslos, der Großteil der linken Presse verschwand. Es verging kaum ein Monat ohne die Nachricht von der Auflösung einer Gruppe, der Letzttausgabe einer Zeitschrift. Radikale Kritik verstummte, Nichtregierungsorganisationen machten pragmatische Politik. Und schließlich führte Deutschland wieder Krieg mitten in Europa, im zerfallenden Jugoslawien, und das unter Führung einer Bundesregierung aus SPD und Grünen. Der Kapitalismus schien gesiegt zu haben und Francis Fukuyama sprach vom Ende der Geschichte, also der großen Widersprüche und Kämpfe um grundsätzliche Alternativen. Der Sozialdemokrat Schröder zitierte die erzneoliberale Lady Thatcher: »Es gibt keine Alternative!«

Angesichts dessen war die Aussage »Eine andere Welt ist möglich« eine Erlösung, und Attac machte sie sich zu eigen, ohne sie erfunden zu haben. Die wenigen Stimmen, die damals darauf hinwiesen, dass (großer) Reichtum für einige noch lange nicht (zumindest kleinen) Wohlstand für viele bedeuten müsse, dass zu den arm gemachten Ländern des Südens nunmehr auch die des Ostens hinzukämen, schienen irgendwie aus einer anderen Welt zu kommen. Mitte der 1990er-Jahre kam dann aus einer tatsächlich anderen Welt eine Stimme, mit der niemand gerechnet hatte. 1994, mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens, sagten im Regenwald im Süden Mexikos die Maya-Indigenas laut und unüberhörbar: »Ya basta! – Eine andere Welt ist möglich, eine Welt, in der viele Welten Platz haben.«

Großpuppen im Einsatz beim TTIP-Aktionstag am 18. 04. 2015 in Berlin. (Foto: Attac)



Sie setzten damit die Widersprüche wieder auf die Tagesordnung und entdeckten die kreativen Möglichkeiten neu, die im Fehlen von Patentrezepten liegen. Mehr als das Wissen darum, dass eine andere Welt möglich ist, ist für einen neuen Aufbruch nicht notwendig. Wir müssen diese Welt nicht perfekt beschreiben können. Die konkreten Schritte dahin dürfen ruhig so klein sein wie eine Finanztransaktionssteuer es nun einmal ist. Wenn klar ist, dass diese neue Welt keine Ware sein kann, wenn sie nicht im Marktglauben gefunden werden kann, dann liegt in jeder kleinen Bewegung heraus aus dem neoliberalen Alltag die Möglichkeit zum nächsten großen Schritt. Kapitalismuskritik, der Wunsch nach einem guten Leben für alle Menschen und die Einheit von sozialen und ökologischen Fragen dienen als Kompass.

2. Attac versucht als Teil der globalisierungskritischen Bewegung im real existierenden Kapitalismus Handlungsfähigkeit zu gewinnen und Veränderungen durchzusetzen

Attac ist Teil einer Bewegung, die sich seit Mitte der 1990er-Jahre weltweit entwickelt. Vor allem in Deutschland haben die Medien Attac oft als identisch mit der Globalisierungskritik dargestellt. Tatsächlich hat sich diese aber an vielen Orten auf der Welt, zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Formen und Gruppen herausgebildet, von denen wir nur eine sind.

Der Gründung von Attac in Frankreich folgten innerhalb weniger Jahre mehrere Dutzend Attac-Gründungen in anderen Ländern, im Januar 2000 auch in Deutschland. Es gibt Gruppen auch in einer Reihe von arm gemachten Ländern des Südens, dort sind sie aber meist recht klein. In einigen Industrieländern dagegen verfügen sie in der alternativen und linken Bewegung über einigen Einfluss. Daraus ergibt sich notwendigerweise eine gewisse Konzentration auf Handlungsoptionen mitten im Kapitalismus. Für *Attac Deutschland* ist das von Anfang an, anders als oft in Medien und Öffentlichkeit angenommen, nicht nur die Forderung nach der Finanztransaktionssteuer, sondern auch der Kampf gegen die Privatisierung der Sozialsysteme und die soziale Frage überhaupt. Das Plädoyer für umfassende öffentliche Infrastruktur, gegen ausufernden Welthandel und für regionale Wirtschaftskreisläufe wird dabei durchgängig auch mit ökologischen Argumenten begründet. Aber die stehen nie nur für sich alleine, sie sind immer eingebettet in die jeweiligen sozialen, handels-, entwicklungs-, arbeitsmarkt- oder friedenspolitischen Zusammenhänge.

Dadurch hat Attac oft Leute angezogen, die in diversen politischen Settings bezogen auf verschiedene Themenkomplexe keine sinnvollen Wirkmöglichkeiten mehr sahen. Privatisierungen im Renten- und Gesundheitssystem und besonders die Agenda 2010 führten sozialpolitisch Engagierte zu Attac, die Beteiligung Deutschlands an Kriegseinsätzen Friedensbewegte,



Auf dem Attac-Kongress »Jenseits des Wachstums« in Berlin 2011 sprach Vandana Shiva am Auftaktabend im überfüllten Audimax. (Foto: Attac)

.....

und der Verzicht der rot-grünen Bundesregierung auf jegliche emanzipatorische Vision in ihrer Politik reaktivierte so manche Aktiven aus der 68er-Bewegung. Das bringt Leute mit viel politischer Erfahrung zu Attac, macht uns aber auch älter und männlicher als den Bevölkerungsdurchschnitt. Die meisten Aktiven kommen aus der Mittelschicht, mit gymnasialer oder Universitätsbildung.

Ein weiteres Strukturelement verstärkt die Attraktivität von Attac für erfahrene AktivistInnen. Wir sind kein Verein, keine NGO, kein Bündnis und doch von all dem etwas. Wir haben Einzelmitglieder (zurzeit etwa 30.000) und die könnten ähnlich organisiert sein wie Vereine oder Parteien, also vertikal mit Repräsentation und Kontrolle. So wird die Organisationsstruktur von außen meist und manchmal auch intern verstanden. Aber es gibt auch bundesweite thematische Arbeitsgruppen, die ähnlich arbeiten wie Nichtregierungsorganisationen, das heißt, es organisieren sich Fachleute um ein gemeinsames Thema herum. Darüber hinaus sind über hundert Organisationen, deren herkömmliche Form der Zusammenarbeit das Bündnis ist, Mitglied bei Attac. Das führt dazu, dass in unseren bundesweiten gewählten Gremien Rat und Koordinierungskreis alle drei Akteurstypen – Einzelpersonen, Arbeitsgruppen, Organisationen – vertreten sind. Beschlüsse werden nicht mit Mehrheit, sondern im Konsens gefasst (der zehn Prozent Gegenstimmen erlaubt). Einzelmitglieder und Nichtmitglieder sind in ihren Rechten völlig gleichgestellt. Sie organisieren sich bundesweit in etwa 170 lokalen Gruppen, womit wir in allen Groß- und Mittelstädten und in vielen Regionen vor Ort präsent sind.

Einzelne Attac-AGs wie *Genug für alle* oder *feminist Attac* haben sich schon früh mit wachstumskritischen Themen befasst; Attac als Ganzes ist

zu diesem Thema erstmals 2011 mit dem Kongress *Jenseits des Wachstums?!* öffentlich hervorgetreten. Im Herbst 2014 wurde der Schwerpunkt *Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden* beschlossen.

Neben eigenständigen Aktivitäten arbeitet Attac zu vielen Themen in diversen Bündnissen mit anderen Strömungen und Organisationen zusammen. Einige wichtige sind *TTIP unfairhandelbar* (Freihandel), *Blockupy* (Eurokrise), *umfairteilen!* (soziale Frage) und *Recht auf Willkommen* (Flucht und Migration). Mehrere bundesweite AGs arbeiten zu ihren Themen ebenfalls in Bündnissen mit anderen Organisationen, haben diese oft selbst angestoßen oder sind treibende Kräfte darin, so die AG *Soziale Sicherungssysteme* im Bündnis gegen Fallpauschalen in der stationären Krankenbehandlung, die AG *Finanzmärkte und Steuern* im europäischen *Tax Justice Network*, die AG *Genug für alle* im europäischen Grundeinkommensnetzwerk, die AG *Energie, Klima, Umwelt* bei *Ende Gelände* (zum Kohleausstieg) und die Schwerpunkt-Projektgruppe bei der *Milch-Kampagne*.

3. Attac versteht sich als Teil der Wachstumskritik, hat aber eigenständige Ansätze, die sich von Teilen der Degrowth-Bewegung unterscheiden

Wie mehrfach erwähnt hat die ökologische Frage allgemein und die Wachstumskritik speziell bei Attac implizit immer eine Rolle gespielt. Die ausdrückliche Beschäftigung mit Wachstum ist nur bedingt ökologisch motiviert. Der Zwang zum Wachstum ist vielmehr im Kapitalismus angelegt und von daher begründet sich unsere Kritik.

An dieser Stelle ist ein kleiner Ausflug in die politische Ökonomie unvermeidlich. Im Kapitalismus existiert der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form und aus diesen beiden Formen und der Dynamik zwischen ihnen erklärt sich die Notwendigkeit des Wachstums. Wie in jeder anderen Wirtschaftsform muss auch im Kapitalismus der Reichtum als konkretes Produkt oder Dienstleistung, um Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, vorhanden sein. Aber anders als in jeder anderen Wirtschaftsform stellt sich der ganz überwiegende Teil allen Reichtums im Kapitalismus auch als Wert dar. Der Einfachheit halber können wir mit einer gehörigen Portion ökonomischer Ungenauigkeit auch sagen, als Geldbetrag. Dabei handelt es sich um eine spezielle Form von Geld, nämlich um Geld, das zum Zweck seiner Vermehrung in die Produktion von Waren investiert wurde, also um Kapital. Nur dieser Vorgang stellt sicher, dass überhaupt Güter und Dienstleistungen auf dem Markt angeboten werden. Kein Geldbesitzer investiert in irgendein Geschäft ohne die Aussicht darauf, sein vorgeschossenes Kapital in Form einer größeren Summe zurückzubekommen.

Damit das gelingt, müssen zwei Bedingungen erfüllt werden. Erstens müssen Menschen Ausgangsmaterialien so bearbeiten, dass Produkte entstehen, die mehr Energie und Stoffe aufgenommen haben als zu Beginn des

Prozesses. Nur dann sind sie wertvoller als die in die Produktion eingegangenen Rohstoffe. Zweitens müssen die Produkte auch verkauft werden, nur dann erhält die Investorin ihr vorgeschossenes Kapital und, wenn alles gut gegangen ist, auch einen Gewinn zurück. Die Geldvermehrung ist das Motiv hinter jeder ökonomischen Investition im Kapitalismus und der über Kauf und Verkauf vermittelte Konsum die Bedingung dafür, dass das auch klappt. Ob dieser Konsum durch Individuen, den Staat oder andere Firmen stattfindet, spielt keine Rolle. Ja, es ist sogar egal, ob die Waren überhaupt konsumiert oder nur weggeworfen werden, wenn sie denn nur bezahlt worden sind.

Vor diesem Hintergrund sind Appelle an die Individuen auf Konsumverzicht weitgehend zwecklos. Um nicht missverstanden zu werden: Wir bestreiten nicht, dass beim Versuch, zu einer ökologisch verträglichen Wirtschaftsweise und Gesellschaft zu kommen, die persönliche, individuelle Praxis bedeutsam ist. Aber auf den Gang der kapitalistischen Ökonomie hat sie wenig Einfluss. Die großen KapitalbesitzerInnen und ihre politischen RepräsentantInnen werden Himmel und Hölle in Bewegung setzen, damit Produktion und Konsum weiterhin funktionieren. Und dabei ist es ihnen völlig egal, was produziert oder konsumiert wird. Wenn mit Zigaretten nichts mehr zu verdienen wäre, täten es vielleicht auch ökologisch hergestellte und fair gehandelte Textilien aus Bangladesch. Oder es könnten auch Gewehre oder Feinstaubfilter für Industrieanlagen sein.

Man darf auch nicht dem Irrtum aufsitzen, dass die »großen Vermögensbesitzer« nur reiche Einzelpersonen seien. Es handelt sich vielmehr um Kapitalsammelstellen wie Pensionsfonds, Banken oder Versicherungen. Diese sogenannten institutionellen Investoren verwalten in der Regel kleine Geldbeträge kleiner Leute. Erst in ihren Händen werden sie zu großen Summen und gesellschaftlicher Macht.

Kapitalistische Ökonomie kann ohne Kapitalvermehrung nicht funktionieren. Deshalb wird die ökologisch unumgängliche Reduktion von Energie- und Stoffverbrauch ökonomisch nicht zu haben sein ohne einen – zumindest in weiten Bereichen durchgesetzten – Bruch mit dem Kapitalismus. Es ist innerhalb von Attac keineswegs unumstritten, wie weit dieser Bruch gehen muss und wie groß die ersten Schritte dazu sein sollten. Es ist aber Konsens, dass erstens zumindest die Bereiche, die für das gute Leben aller notwendig sind, außerhalb seiner Logik organisiert werden müssen: Sozialsysteme, öffentliche Dienstleistungen, soziale Infrastruktur und anderes mehr. Und zweitens müssen große Einkommen und Vermögen umfassend verringert werden. Dazu sind Vermögensabgaben und dauerhaft hohe Steuern notwendig und das betrifft Privatleute ebenso wie Unternehmen.

Wir betonen ausdrücklich, dass es sich hier um eine zentrale wachstumskritische Argumentation handelt und nicht etwa um eine rein steuer-, sozial- oder gerechtigkeitspolitische. An dieser Stelle ist eine doppelte Differenz zu den suffizienzorientierten Teilen der Degrowth-Bewegung erkennbar:

Wir begründen die Forderung nach dem Ausstieg aus dem Wachstum nicht in erster Linie ökologisch, sondern mit der Notwendigkeit des Bruchs mit dem Kapitalismus – zudem denken wir, dass dieser Bruch gesellschaftlich und kollektiv organisiert werden muss und allein durch individuelles Verhalten nicht herbeigeführt werden kann. Dabei ignorieren wir weder die ökologischen Argumente noch die individuellen Möglichkeiten, gewichten sie aber anders.

Auch wenn Attac sich also keineswegs einfach als Teil der Degrowth-Bewegung versteht, halten wir diesen Ansatz trotzdem aus verschiedenen Gründen für sinnvoll. Wenn diese Bewegung auch den zentralen Grund für den Wachstumszwang, nämlich den Zwang zur Kapitalakkumulation in der gegenwärtigen Ökonomie, nur bedingt benennt, so formuliert sie doch ein anderes gesellschaftliches Paradigma. Sie beschränkt sich eben nicht darauf, nur hier und da mehr oder weniger große Korrekturen zu fordern, wie es etwa der Ansatz des Green New Deal tut. Dieser hält deutlich am bestehenden Wirtschaftsmodell fest, will lediglich die Energiegewinnung aus anderen Quellen organisieren. Die Green-New-Deal-Group hatte schon in ihrem Gründungsdokument vom Juni 2008 ihren historischen Bezug, den New Deal des US-Präsidenten Roosevelt aus den 1930er-Jahren, als gigantisches Investitionsprogramm verstanden. In ihren Vorschlägen zur Errichtung von solarthermischen Großkraftwerken oder Windkraftanlagen auf dem offenen Meer heißt es dazu wörtlich: »Die öffentliche Finanzierung kann dadurch gesteigert werden, dass individuelle Privatsparer, Pensionsfonds, Banken und andere Finanzinstitutionen ermutigt werden, in einen von der Regierung betriebenen Green New Deal zu investieren.« Solche Vorstellungen lehnen wir gemeinsam mit der Degrowth-Bewegung ab.

4. Jeder praktische Versuch, Wachstum zurückzunehmen, muss die Versorgung der Menschen mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicherstellen

Aus dem bisher Gesagten leiten wir zentrale Anforderungen an die weitere Zusammenarbeit mit der Degrowth-Bewegung ab, auch wenn sie aus Platzgründen hier nur angedeutet werden können. Wir erwarten natürlich nicht, dass alle in der Wachstumskritik Engagierten dieselben Schlüsse ziehen wie wir. Es gibt genügend Gemeinsamkeiten für eine Zusammenarbeit derer, die aus einer Degrowth-, und derer, die aus einer kapitalismuskritischen Perspektive Wachstumskritik betreiben. Aber für Attac bieten die folgenden Punkte nicht nur Orientierungen für das eigene Handeln, wir werden sie immer wieder auch als Anforderungen in die gesamte Degrowth-Bewegung einbringen.

Wir haben nicht nur aus analytischen Gründen auf die beiden Formen des gesellschaftlichen Reichtums – zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung und als Wert – im Kapitalismus hingewiesen. Sie haben auch eine Bedeu-

tung für die Praxis. Kapitalistische Ökonomie betrachtet nur die Wertseite. Die Nützlichkeit der Produkte bedeutet ihr nur insoweit etwas, als sie verkaufbar bleiben müssen. Uns muss es um genau das Umgekehrte gehen, um die sichere und umfassende Versorgung der Menschen mit den Gütern und Dienstleistungen, die für ein gutes Leben aller notwendig sind.

Dabei gibt es keinen strategischen Hebel, den man nur umlegen muss, um einen unumkehrbaren Prozess in Gang zu setzen. Es ist nicht vorhersehbar, welcher praktisch-politische Ansatz erfolgreich sein wird oder wie weit er führen und was er in Bewegung setzen kann. Viele Themen sind mit der Wachstumsproblematik verbunden, viele befinden sich im Fokus unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Bewegungen, oft ohne dass die ProtagonistInnen den Zusammenhang mit der Wachstumskritik ausdrücklich herstellen oder auch nur bemerken. Wir haben das für die bestehenden Attac-Arbeitszusammenhänge einmal durchbuchstabiert und festgestellt, dass die meisten regelmäßig Themen mit wachstumskritischer Relevanz bearbeiten: geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, soziale Sicherung, Widerstand gegen das europäische Krisenregime (*Blockupy*), Finanzmärkte und Steuern, Handelsabkommen, TTIP, CETA, TiSA, Wachstum und Klima, Kommunen, solidarische Lebensweisen, *Umfairteilen*, *ArbeitFAIRteilen*, Militarisierung und Krieg. Die Verbindung der Teilkämpfe im Hinblick auf ihre inhaltlichen Anliegen und politischen Wirkrichtungen sollte im Zentrum unserer Wahrnehmung stehen, nicht ihre Einheitlichkeit in Auftreten und Formulierungen.

Dabei bleibt zu betonen, dass es die Kämpfe sind, die den Ausschlag geben werden. Es ist immer erfreulich, wenn aus Wissenschaft, Politik oder anderen Teilen der Gesellschaft gute Vorschläge und Anregungen kommen. Aber ob sich etwas ändert, entscheidet sich nicht daran, wer das bessere Argument hat. Die Profiteure des Bestehenden haben viel zu viel zu verlieren, als dass diese allein aus Einsicht auf dessen Durchsetzung verzichten würden. Ohne harte Auseinandersetzungen, ohne Kämpfe wird sich da nichts ändern – und diese sind ja auch längst im Gange. Wachstumskritik kann sich in sie hineinbegeben und sie bereichern.

Wir persönlich priorisieren Auseinandersetzungen, die ein besonderes Phänomen kapitalistischer Ökonomie in den Blick nehmen, von dem bisher nur indirekt die Rede war. Wir sagten, dass es den InvestorInnen gleichgültig ist, was sie produzieren lassen und wer, wozu oder ob überhaupt jemand es brauchen kann. Das führt dazu, dass es ganze Wirtschaftszweige gibt, die nichts produzieren, das in irgendeiner Weise gesellschaftlich nützlich sein könnte: die Militärtechnologie zum Beispiel und ebenso Wirtschaftszweige, die so grundsätzliche Gefahren und Risiken bergen, dass der Schaden beim Eintritt eines größten denkbaren Unfalls den möglichen Nutzen aus der Vergangenheit weit übersteigen würde, wie die Gen- und die Atomtechnologie. Diese Branchen können ohne Schaden für die Gesellschaft komplett beseitigt werden. Andere, wie die Landwirtschaft, der Transportsektor oder auch



*Attac-Aktivist_innen beteiligen sich an Blockupy
in Frankfurt im Mai 2012. (Foto: Attac)*

.....

die Energieproduktion, sind zwar grundsätzlich gesellschaftlich unverzichtbar, aber in einer konkreten Form ausgestaltet, die ausschließlich der Gewinnerzielung dient und in weiten Teilen keinen Beitrag zur Versorgung der Menschen mit sinnvollen Gütern leistet. Auch hier gibt es also einzelne ökonomische Tätigkeiten, auf die verzichtet werden könnte, ohne dass damit ein direkter Wohlstandsverlust für die Gesellschaft verbunden wäre. Geregelt werden müsste allerdings die materielle Absicherung der Einzelnen, die zum Beispiel ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Viele in Attac schlagen dafür ein bedingungsloses Grundeinkommen vor.

5. Einer umfassenden emanzipatorischen Bewegung geht es ums Ganze einer anderen Gesellschaft

In der Sache haben wir für den klaren Bruch mit dem Bestehenden plädiert. Das wird keineswegs von allen in der Wachstumskritik Engagierten geteilt und muss es auch nicht. Dennoch müssen vorgeschlagene Alternativen glaubwürdig sein. Dazu bedarf es unserer Meinung nach dreier Bedingungen:

- ◆ Das zu lösende Problem muss genau und radikal angesprochen werden. Die Menschen bekommen seit Jahrzehnten vollkommen umgedeutete Begriffe wie »Reformen«, »Umweltschutz« oder »Wohlstand« zu hören. Wachstumskritik kann nicht seicht daherkommen, ohne Konflikte zu be-



Auf der Sommerakademie in Marburg 2015 wurden Slogans gegen Kohle entwickelt. (Foto: Attac)

nennen und auszulösen. Der Ausstieg aus einigen Technologien und Produktionsabläufen muss sehr rasch erfolgen, längerfristige strukturelle Festschreibungen von schädlichen Strukturen darf es nicht mehr geben.

- ◆ Benötigt werden Strategien, mit denen politische Durchsetzungsfähigkeit gewonnen werden kann. Denn gegen das Ansinnen grundlegenden Wandels gibt es mächtige Widerstände. Verbale Appelle alleine werden nicht nur nicht genügen, viele Menschen werden auch nicht glauben, dass damit etwas zu gewinnen wäre. Das heißt nicht, dass es keine Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder Kongresse mehr geben sollte. Aber daneben müssen Aktionsformen eingeübt und angewandt werden, die der Schärfe des Konflikts und der Interessengegensätze angemessen sind. Ziviler Ungehorsam, Blockaden, Besetzungen, Aneignung des Lebensnotwendigen gehören zum unverzichtbaren Werkzeug wachstumskritischer Praxis.
- ◆ Es bedarf einer begleitenden umfassenden Debatte, damit dies als legitim vermittelt und verstanden werden kann: Wie wollen wir leben? Was sind die Güter und Dienstleistungen, die Notwendig sind für ein gutes Leben aller, die also die Not wenden, die soziale wie die ökologische? Was wollen wir in Zukunft produzieren und wie wollen wir das tun? Eine solche Debatte fragt also nach den Bedürfnissen und nicht nach den Finanzanlagen. Sie verlangt eine Entscheidung für eine bedarfsorientierte Ökonomie und stellt damit die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zur Disposition, aber auch die bestehende Arbeitsteilung zwischen Produktions- und Sorgetätigkeit und damit zwischen Männern und Frauen.

Wir schlagen nicht vor, all das auf einmal erreichen zu wollen. Die Kräfteverhältnisse sind so, dass die wachstumskritische ebenso wie die Bewegung für soziale Gerechtigkeit über jeden Teilerfolg, über jeden gewonnenen Abwehrkampf froh sein muss. Es kann oft durchaus richtig sein, auch

kleine Ziele anzupacken und einen Weg Schritt für Schritt zurückzulegen. Aber die Kräfteverhältnisse werden sich nicht ändern, wenn die Bewegung sich nicht bewusst ist und auch laut sagt, dass es ihr ums Ganze geht. Nur weil wir heute nicht alles kriegen, heißt das nicht, dass wir aufhören können, es zu fordern.

Links

Attac Deutschland: <http://www.attac.de>

Attac-Schwerpunkt Wachstumskritik/Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden: <http://www.attac.de/wachstumskritik/>

Attac-AG genug für alle: <http://grundeinkommen-attac.de/index.php?id=1743>

Attac-Kongress Jenseits des Wachstums?!, Berlin 2011: <http://www.attac-netzwerk.de/jenseits-des-wachstums/dokumentation-kongress-2011/>

Werner Rätz – Website: <http://www.werner-raetz.de>

Verwendete und weiterführende Literatur

Acosta, Alberto (2012): *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben.* München: oecom.

Attac Deutschland (2004): *Alles über Attac.* Frankfurt: Fischer.

Attac Deutschland 2009: *10 von vielen. Gekommen um zu bleiben. Attac – die ersten Jahre.* Frankfurt: Eigendruck.

Baer, Willi; Dellwo, Karl-Heinz (2010): *Attac. Gipfelstürmer und Straßenkämpfer* (Bibliothek des Widerstands Bd. 10). Hamburg: Laika.

Blaschke, Ronald; Rätz, Werner (2013): *Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen.* Zürich: Rotpunkt.

Green New Deal Group (2008): *A Green New Deal.* New Economics Foundation: London. www.greennewdeal.net/NEF-GreenNewDeal.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Klautke, Roland; Ohrlein, Brigitte (2008): *Globale soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte.* Hamburg: VSA.

Ramonet, Ignacio (1997): *Désarmer les marchés. Le Monde Diplomatique.* 12/1997. <http://www.monde-diplomatique.fr/1997/12/RAMONET/5102>; Zugriff: 01.02.2017.

Rätz, Werner; von Egan-Krieger, Tanja (2011): *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.* Hamburg: VSA.

Rätz, Werner; Paternoga, Dagmar; Mahler, Hermann (2014): *Solidarisch aus der Krise wirtschaften. Jenseits des Wachstums.* Hamburg: VSA.

Rudolf, Christine; Heide, Doreen; Lemmle, Julia; Roßhart, Julia; Vetter, Andrea (2013): *Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren.* Hamburg: VSA.

Schmelzer, Matthias; Passadakis, Alexis (2011): *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte.* Hamburg: VSA.

Buen Vivir: Die Welt aus der Perspektive des Buen Vivir überdenken

Alberto Acosta (übersetzt von Mercè Ardiaca Jovè)

Alberto Acosta ist ecuadorianischer Wirtschaftswissenschaftler, Forscher der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften FLACSO-Ecuador. Außerdem war er Minister für Energie und Bergbau, Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung und Präsidentschaftskandidat der Republik Ecuador.

1. Was verstehen wir unter Buen Vivir?

*»Wir werden nie eine perfekte Welt erschaffen.
Und wir sollten uns dessen bewusst sein.«
(Carlos Taibo, 2015)*

In diesem Artikel werden die Reichweite und die Grenzen des Buen Vivir – was im Deutschen als »gutes Leben« übersetzt wird – beleuchtet. Das Gute Leben wurde von Anfang an als plurales Konzept verstanden, nämlich als Buenos Convivires: als verschiedene Arten des guten Zusammenlebens. Denn es geht nicht darum, die Tore für ein einziges, homogenes, nicht realisierbares gutes Leben zu öffnen, sondern vielmehr um das gute Miteinanderleben von Menschen in einer Gemeinschaft, von verschiedenen Gemeinschaften und von Individuen und Gemeinschaften einerseits und der Natur andererseits.

Das gute Leben muss als Kategorie verstanden werden, die sich im ständigen Konstruktions- und Reproduktionsprozess befindet. Es ist kein statisches und erst recht kein rückständiges Konzept. Buen Vivir ist eine zentrale Kategorie in der Lebensphilosophie vieler Gesellschaften. Aus dieser Perspektive wird sie zu einem Lebensentwurf, der globales Potenzial hat, obwohl er in der Geschichte marginalisiert wurde.

Zunächst ist festzuhalten, dass in einigen indigenen Wissenswelten keine analoge Vorstellung zum westlichen »modernen« Konzept der Entwicklung existiert. Dann gibt es keine Wahrnehmung von einem linearen Lebensprozess, in dem ein vorheriger und ein späterer Zustand – die »Unterentwicklung« und später dann die »Entwicklung« – bestimmt werden. Die durch



Tanz zum Dank an Pachamama (Mutter Erde) auf dem großen Markt des Saatguttausches in Pedro Mucayo (Ecuador). (Foto: Autor)

.....

Akkumulation von und Mangel an materiellen Gütern bestimmten Konzepte des Reichtums und der Armut gibt es ebenfalls nicht.

Somit bringt Buen Vivir eine Weltanschauung mit sich, die sich von der westlichen insofern unterscheidet, als dass sie gemeinschaftliche, nicht kapitalistische Wurzeln hat. Sie bricht sowohl mit der anthropozentrischen Logik des Kapitalismus als dominanter Zivilisation als auch mit verschiedenen bisherigen Ausprägungen des Sozialismus. Letztere müssen aus einer sozio-biozentrischen Position neu gedacht werden und lassen sich nicht allein durch einen Namenswechsel aktualisieren.

Das gute Leben bringt eine dekolonisierende Aufgabe mit sich, die zudem depatriarchalisierend sein sollte (vgl. Kothari u.a. 2015). Um das zu erreichen, braucht es einen tiefgreifenden Prozess der intellektuellen Dekolonialisierung auf der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene.

Letztendlich ist Buen Vivir eine hoch subversive Erfahrung, die keineswegs eine Einladung zur Rückkehr in die Vergangenheit oder in eine idyllische, im Übrigen gar nicht existierende Welt ist. Es darf auch nicht zu einer Art Religion mit eigenen Geboten, Vorschriften und Ämtern – inklusive der politischen – werden. Unter Buen Vivir können wir uns vorstellen: ein Leben des Menschen in Harmonie mit sich selbst, mit seinen Mitmenschen in der Gemeinschaft, der Gemeinschaften untereinander und zwischen Mensch und Natur.

Gelebte Praktiken der Gegenseitigkeit in der der Anden- und Amazonasregion

Auf der wirtschaftlichen Ebene existieren in der Anden- und Amazonasregion viele Praktiken der Gegenseitigkeit, der Solidarität und viele Antworten, die auf verschiedene Arten im sozialen Handeln lebendig sind. In aller Kürze und ohne ihre Übertragbarkeit oder Verallgemeinerbarkeit zu behaupten, werden im Folgenden einige Formen der wirtschaftlichen Beziehungen in indigenen Gemeinschaften dargestellt:

- ◆ *Minka (minga)*: eine Institution gegenseitiger Hilfe auf gemeinschaftlicher Ebene. Sie garantiert eine Arbeitskraft, die dem Gemeinwohl dient und zur Deckung der kollektiven Bedürfnisse und Interessen verrichtet wird, beispielsweise bei Infrastrukturprojekten wie Bau und Instandhaltung eines Bewässerungskanals oder eines Weges. Es handelt sich also um eine Form der kollektiven Arbeit.
- ◆ *Ranti-ranti*: Anders als die punktuelle und einmalige Tauschwirtschaft, die in Wirtschaftssystemen einiger Mestizos vorkommt, ist der Tausch hier Teil einer Kette, in der sich unendliche Transfers von Werten, Produkten und Arbeitstagen aneinanderreihen. Dies basiert auf dem Prinzip »Geben und Nehmen«, ohne es in Bezug auf Zeit, Aktion oder Raum einzugrenzen, und steht in Verbindung zu bestimmten ethischen, kulturellen und historischen Werten der Gemeinschaft.
- ◆ *Uyanza*: Damit wird zum Zusammenleben und zur Einheit der Gemeinschaften aufgerufen. Außerdem bietet Uyanza die Gelegenheit, der Mutter Erde für ihre Fähigkeit, sich zu regenerieren und den Menschen ihre Produkte zu schenken, zu danken. Weiterhin handelt es sich um eine Institution sozialer Hilfe, auch spezifisch für die Familien, die ihre Arbeitskraft als Leihgabe zur Verfügung gestellt haben.
- ◆ *Uniguilla*: eine Tauschmöglichkeit, die der Ergänzung von Nahrung und Nutzobjekten dient. Sie ermöglicht eine bessere Ernährung, nämlich mit Produkten anderer Regionen und besonders aufgrund ökologischer Nischen.



.....
*Dank an Pachamama (Mutter Erde) in der Gegend von Suscal, mit der Pachakutik-Fahne der politischen Indigenenbewegung in Ecuador.
(Foto: Autor)*

- ◆ *Waki*: Bei Abwesenheit werden landwirtschaftliche Flächen anderen Gemeinschaften oder Familien zugeteilt, die das Land bewirtschaften. Die Erzeugnisse werden zwischen beiden Familien oder Gemeinschaften aufgeteilt. Dieses System findet auch bei der Tierpflege und Viehzucht Anwendung.
- ◆ *Makikuna*: eine Art der Unterstützung, in welche die gesamte Gemeinschaft, die erweiterte Familie, befreundete Personen und die Nachbarschaft einbezogen werden. Sie beinhaltet die seelische Unterstützung in jenen Momenten, in denen sie am meisten gebraucht wird, besonders bei unvorhersehbaren Situationen und Notfällen.

2. Buen Vivir: Indigene Bewegungen kämpfen für Lebensalternativen

Die ursprünglichen TrägerInnen des Buen Vivir

Die Gedanken um Buen Vivir tauchten erst vor kurzer Zeit im öffentlichen Diskurs auf, vor allem in Ecuador und Bolivien; ihr Aufkommen erklärt sich durch den Kampf der indigenen Bewegungen, der besonders Ende des 20. Jahrhunderts an Kraft gewann. Damit verbundene Werte, Erfahrungen, Praktiken und Weltanschauungen im Allgemeinen waren schon vor Ankunft der europäischen Conquistadores präsent. Sie wurden jedoch unsichtbar gemacht, ausgegrenzt oder offen bekämpft. Es darf nicht vergessen werden, dass das gute Leben nicht nur in Lateinamerika, sondern in den verschiedensten Epochen und Regionen der Mutter Erde bekannt war und ist – und praktiziert wurde und wird.

Die bekanntesten sprachlichen Darstellungen des guten Lebens führen uns zu den ursprünglichen Sprachen von Ecuador und Bolivien: im ersten Fall das Buen Vivir (Spanisch) oder Sumak Kawsay (Kichwa) und im zweiten Fall das Vivir Bien (Spanisch) oder Suma Qamaña (Aymara), Sumak Kawsay (Quechua), Ñande Reko oder Tekó Porã (Guarani). Andere indigene Völker kennen ähnliche Konzepte, wie zum Beispiel die Mapuche in Chile, die Guarani in Paraguay, die Kuna in Panama, die Shuar und Achuar des ecuadorianischen Amazonasgebiets, ebenso die Maya in Guatemala und im mexikanischen Chiapas. Auch der afrikanische Ubuntu (Gemeinschaftssinn) und die indische Swaraj (Radikale Ökologische Demokratie) zählen dazu.

Aus dieser Vielfalt heraus entstehen viele Bewegungen, die die Ideen des guten Lebens voranbringen. Nichtsdestotrotz kann nicht von einer Bewegung des guten Lebens als solcher gesprochen werden. Denn bestimmte Gruppen stellen sich, obwohl sie Buen Vivir befürworten, verteidigen, artikulieren und eigene Impulse geben, nicht unter die Flagge des Buen Vivir. Zudem handelt es sich um Erfahrungen, Werte und Praktiken, die bereits in verschiedenen Teilen des Planeten existieren und ihre Kraft aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven gewinnen. Es gibt keinen Versuch –

zumindest bisher –, diese Prozesse auf eine stärker institutionalisierte Weise zu organisieren, und womöglich ist dies auch nicht wünschenswert. So kann die Entstehung von starren und dogmatischen Visionen und Vorschlägen vermieden werden, die letztendlich jene Kreativität ersticken, die für die Konstruktion der Buenos Convivires unerlässlich ist. In Bolivien und Ecuador ist dieses Konzept durch die jeweilige Verfassung bekräftigt worden: die Verfassung der Republik Ecuador von 2008 und die Verfassung des Plurinationalen Staates Bolivien von 2009.

Die Verfassung enthält eine Reihe von Einsichten, die damals gleichzeitig Gestalt annahmen. In einem Moment des Schaffens, des Auftauchens neuer Ideen, haben sich einzigartige Vorschläge in dem kleinen Andenstaat Ecuador durchgesetzt – beispielsweise die Aufnahme der Rechte der Natur in die Verfassung oder die Anerkennung des Grundrechts auf Wasser, das jede Form der Privatisierung dieser lebenswichtigen Flüssigkeit verbietet, oder die Idee, Rohöl, das im Untergrund des Amazonasgebietes vorhanden ist, dort zu belassen. In der Präambel¹ wird das Ziel genannt, »eine neue Form des Zusammenlebens der Bürger und Bürgerinnen in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay zu erreichen«.

Des Weiteren ist Aufmerksamkeit geboten, um nicht in die »Falle« der ecuadorianischen oder bolivianischen offiziellen Propaganda vom guten Leben zu tappen. Auf staatlicher Ebene ist dieses Konzept letztendlich ausgehöhlt worden, insofern es dem Verlangen nach Machtkonzentration und Disziplinierung der Gesellschaften untergeordnet wurde, während zugleich der Kapitalismus modernisiert wurde.

Buen Vivir im Kontext der Geschichte Lateinamerikas

Um das gute Leben zu verstehen, braucht es die Geschichte und die Gegenwart der indigenen Völker und Nationen. Es ist im Wesentlichen ein Prozess, der sich auf das Prinzip der historischen Kontinuität stützt. Buen Vivir ist Teil einer langen Suche nach Lebensalternativen, die durch die leidenschaftlichen Kämpfe indigener Völker und Nationen geschmiedet werden. Das Besondere und Tiefgründige dieser Alternative ist, dass sie aus seit Langem marginalisierten, ausgegrenzten, ausgebeuteten oder sogar zerstörten Gemeinschaften stammt. Ihre lange missachteten Vorschläge laden jetzt dazu ein, mit bisher als alternativlos erachteten Konzepten zu brechen.

Die Vorschläge des Buen Vivir gewinnen in einem Moment der allgemeinen Krise des oligarchischen, kolonial verwurzelten Nationalstaates und des Neoliberalismus in Lateinamerika an Präsenz und sind der wachsenden Organisationskraft indigener und anderer Basisbewegungen zu verdanken. Mit der Perspektive des Einklangs mit der Natur, die Buen Vivir aus-

¹ <http://www.degrowth.de/wp-content/uploads/2016/08/Buen-Vivir-Pr%C3%A4ambel.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

zeichnet, verstetigte sich auch die Diskussion über Alternativen rund um den Umweltschutz.

Die indigene Gemeinschaft im weitesten Sinne verfolgt ein kollektives Zukunftsprojekt. Die Utopien der Anden- und der Amazonasregion prägen momentan den Diskurs, die politischen Projekte und die soziale, kulturelle sowie wirtschaftliche Praxis. Der Ansatz darf jedoch nicht ausgrenzend sein und keine dogmatischen Visionen hervorbringen. Er muss durch andere Diskurse und weitere Vorschläge aus den verschiedenen Erdregionen ergänzt und erweitert werden, die in ihrem Kampf für eine zivilisatorische Transformation spirituell und vielleicht auch politisch miteinander verbunden sind.

Yasuní-ITT – über die Schwierigkeit, globale Utopien zu erreichen

Zur Förderung des großen Wandels gibt es nicht nur Theorien, sondern auch konkrete Praktiken und dies sogar auf globaler Ebene. Der Vorschlag der *Yasuní-ITT*-Initiative, das Erdöl aus dem ecuadorianischen Amazonasgebiet in der Erde zu belassen, war und ist nach wie vor ein hervorragendes Beispiel für eine globale Aktion, die von der Zivilgesellschaft eines kleinen Landes ausging. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die ecuadorianische Amazonasregion seit Jahrzehnten von der Ölförderung betroffen ist. Infolgedessen haben viele indigene Völker, die in selbstgewählter Isolierung leben, die Förderregionen verlassen. Zurzeit leben sie in den letzten übrig gebliebenen Waldregionen. In einem immer weiter schrumpfenden Gebiet, das seinen eigentlichen Reichtum – die Artenvielfalt – zum Teil bereits verloren hat, konzentriert sich und steigt die indigene Bevölkerung. Das führt dazu, dass es immer mehr Widerstand seitens dieser Gruppen gegenüber der Ölförderung gibt, was wiederum zu einer wachsenden Unterstützung durch Bewegungen in Ecuador und der gesamten Welt geführt hat.

Im Angesicht einer hochkomplexen Realität verfolgte die *Yasuní-ITT*-Initiative vier Ziele: 1. der Schutz des Territoriums und damit des Lebens der indigenen Völker in selbstgewählter Isolierung, 2. der Erhalt einer weltweit nicht vergleichbaren Artenvielfalt (die größte wissenschaftlich erfasste regionale Biodiversität des Planeten), 3. der Schutz des globalen Klimas durch die Nichtausbeutung großer Rohölmengen und die damit einhergehende Vermeidung von 410 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, 4. ein erster, weltweit beispielhafter Schritt Ecuadors hin zu einem postfossilen Wandel.

Das ist noch nicht alles. Es könnte ein fünftes Ziel, ein weiterer Pfeiler, ausgemacht werden: die Möglichkeit aufzuzeigen, kollektiv als Menschheit konkrete Antworten auf die schwerwiegenden weltweiten Probleme zu finden, die in Zusammenhang mit dem – menschlich herbeigeführten und durch die letzte Phase der globalen Kapitalexpansion verschärften – Klimawandel stehen.

Als Gegenleistung erwartete Ecuador die finanzielle Beteiligung der internationalen Gemeinschaft in Form einer geteilten und differenzierten Verantwortung, dies im Verhältnis zum Ausmaß der Umweltzerstörung,



Eine Frau und ein Kind fangen einheimische Cachama-Fische im Amazonasgebiet in Ecuador. (Foto: Autor)

.....

getragen durch die verschiedenen verursachenden Gesellschaften, besonders durch die reichsten. Es sollte sich nicht um eine Entschädigung handeln, um weiterhin gemäß dem traditionellen Entwicklungsbegriff (*desarrollismo*) zu agieren. Vielmehr sollte die Gegenleistung den Ausgangspunkt bilden für den Aufbau eines Szenarios, in dem die schweren – durch den Extraktivismus und durch das Wirtschaftswachstum hervorgerufenen – globalen Ungleichgewichte gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die Initiative gilt als gescheitert, weil die reichen Länder ihre Verantwortung nicht übernommen haben und weil die ecuadorianische Regierung nicht auf der Höhe der aus der Zivilgesellschaft heraus entstandenen revolutionären Herausforderung war (vgl. Acosta 2014ab).

Ein Vermächtnis der Initiative sollte besonders hervorgehoben werden: eine starke, soziale Bewegung junger Menschen, die sich für die Verteidigung des Yasuní einsetzen und sich im Kampf bestens organisieren und verbünden, um einen zivilisatorischen Wandel herbeizurufen.

Gegenwärtig gibt es viele konkrete Alternativvorschläge, die hier aus Platzgründen nicht angesprochen werden können. Wichtig ist, dass diese Ideen in den letzten Jahren stark expandieren, sogar über Landesgrenzen hinweg², und dass dieser Aufbau Teil eines langen und komplexen Emanzipationsprozesses der Menschheit ist.

² Folgende Beispiele sind unter vielen anderen hervorzuheben: In Ecuador schlugen die verschiedenen Gruppen, die sich in der *Plurinationalen Einheit der Linken (Unidad Plurinacional de Izquierdas)* zusammaten, einen Regierungsplan auf der Grundlage des *Buen Vivir* oder *Sumak Kawsay* vor. Siehe dazu: Acosta 2013 und das Programm von *RAIZ – Movimento Cidadanista* in Brasilien, 2016: *Carta Cidadanista Estatuto*, www.raiz.org.br.

3. Horizonterweiterung des Postwachstums durch Buen Vivir

Postwachstum im globalen Norden, Post-Extraktivismus im globalen Süden

Wir stehen vor einer Herausforderung. Die Raserei des wirtschaftlichen Wachstums zu stoppen oder gar eine Wachstumsrücknahme zu erreichen, besonders im globalen Norden, ist unerlässlich. Auf einem endlichen Planeten ist kein Platz für permanentes Wirtschaftswachstum. Folgen wir weiterhin dem eingeschlagenen Weg, kommen wir in eine Situation, die ökologisch immer weniger haltbar ist und die sich in sozialer Hinsicht durch eine zunehmende und gefährliche Sprengkraft auszeichnet. Diese Art Religion des Wirtschaftswachstums zu überwinden, besonders im globalen Norden, wird mit der Abkehr vom Extraktivismus im globalen Süden einhergehen müssen. Das bedeutet, dass wir post-extraktivistische Strategien entwickeln und verfolgen müssen (siehe auch Beitrag von Ulrich Brand, S. 296–307).

Der Zusammenhang dieser beiden Prozesse – Degrowth und Post-Extraktivismus – im globalen Kontext liegt auf der Hand: Wenn im Norden die Volkswirtschaften nicht mehr wachsen sollen, muss ihre Nachfrage zurückgehen. Somit wäre es nicht mehr länger im Sinne der Länder des Südens, ihre eigene Wirtschaft auf die Ausfuhr von Rohstoffen für diese Volkswirtschaften zu stützen. Aus diesem und vielen anderen Gründen ist es wichtig, dass auch verarmte Länder sich des Themas Postwachstum verantwortungsvoll annehmen.

Aus der Konvergenz der Visionen und Aktionen im Post-Extraktivismus und im Postwachstum folgt jedoch keineswegs, dass die Gesellschaften der verarmten Länder – um den reichen Ländern ihr nicht nachhaltiges Konsum-

Buen-Vivir-Versammlung in Intag, Cotacachi, einer vom industriellen Bergbau betroffenen Region Ecuadors. (Foto: Autor)



und Verschwendungsniveau weiterhin zu ermöglichen – ihre Lebensbedingungen nicht verbessern sollten. Mitnichten.

Kapitalismuskritik als gemeinsamer Nenner

Der gemeinsame Nenner beider Perspektiven ist die vehemente Kritik am Kapitalismus, der eine immer stärkere Kommerzialisierung der verschiedenen sozialen Gefüge und der Naturelemente mit sich bringt. Die VertreterInnen beider Kritikansätze sind sich darin einig, dass das Grundsatzproblem in den sozial stark verankerten Verständnissen und Praktiken von Fortschritt, Entwicklung und Wirtschaftswachstum liegt. Beide Ansätze ergänzen sich sogar konzeptuell: Degrowth ist ein »Raketenwort« (missile word), destruktiv, nicht konstruktiv, während das Buen Vivir im Kern konstruktiv ist (vgl. Unceta 2014).

Für den Ausstieg aus dem Kapitalismus muss der Weg für die Transitionen durch eine Vielzahl verschiedener alternativer Praktiken frei gemacht werden. Auf der gesamten Welt existieren viele dieser Praktiken, die nicht kapitalistisch sind. Es gibt darunter Beispiele, die sich an utopischen Zielvorstellungen orientieren und sich für ein harmonisches Zusammenleben von Mensch und Umwelt aussprechen. Diese Idee und Praxis verbinden das gute Leben mit dem Bestreben von Postwachstum. Letzten Endes geht es darum, sich von dem gescheiterten Versuch zu verabschieden, produktionsorientierten Fortschritt und Entwicklung als mechanistisch verstandene Einbahnstraße des Wirtschaftswachstums, als globales Mandat und als geradlinigen Weg weiterzuverfolgen. Das ist entscheidend. Es geht nicht darum, Beispiele, die in den Industrieländern vermeintlich erfolgreich sind, im globalen Süden neu aufzulegen. Erstens ist es unmöglich. Zweitens sind sie eben nicht wirklich erfolgreich (vgl. Tortosa 2011).

4. Umsetzung der Utopie in der indigenen Welt

Die indigene Welt war Opfer der Conquista und der Kolonialisierung. Diese ausbeuterischen und repressiven Prozesse wirken sich bis in die heutige republikanische Zeit aus. Der koloniale und kapitalistische Einfluss zeigt sich in vielen verschiedenen Formen, und dies schließt die Möglichkeit einer romantischen Annäherung an die indigene Realität aus. Das Gute Leben als Summe von Lebenspraktiken im Widerstand gegen Kolonialismus und dessen Folgen fördert jedoch eine bestimmte Lebensweise in verschiedenen indigenen Gemeinschaften – besonders in jenen, die nicht von der kapitalistischen Modernität aufgesogen wurden oder die sich entschieden haben, sich davon abzugrenzen. Aber auch in Gemeinschaften, die der Modernität »erlegen« sind, finden sich Elemente des Buen Vivir. Und selbst in Räumen, die nicht unmittelbar mit der indigenen Welt in Verbindung stehen, werden gemeinschaftliche Lebensentwürfe entwickelt, die Harmonie zwischen ihren Mitgliedern und mit der Natur ermöglichen.



*Gemeinschaftliche Wiederaufforstung von Mangrovenbäumen
in Salinas, Manabí (Ecuador). (Foto: Autor)*

.....

Im Bereich der Politik – genauer gesagt: in der politischen Entscheidungsfindung – wird mit Buen Vivir auf gemeinschaftlicher Ebene und auf Ebene der Ayllu³ in weiten Teilen der Anden- und Amazonasregion ein anderer Stil und eine andere Form des Regierens praktiziert. Diese zielen auf den Aufbau einer horizontal gestalteten Gesellschaft ab. Das erfordert direkte Demokratie, direkte Aktion und Selbstverwaltung statt neuer Formen des Top-down und – noch wichtiger – statt einer individuellen, »erleuchteten« Führung. Mit breiten und partizipativen Debatten wird ein Konsens erreicht, der von der Gemeinschaft getragen wird.

Ein Schlüsselement ist dabei: Die Lösung ist nicht der Staat – und noch weniger der Markt. Es braucht vielmehr eine andere Art von Staat – einen plurinationalen Staat, wie die indigenen Bewegungen von Bolivien und Ecuador ihn vorschlagen⁴ –, der nicht hierarchisch und nicht autoritär ist, der von unten, auf der gemeinschaftlichen Ebene, kontrolliert wird. Dabei stellt sich die große Frage, wie Politik als ein lebendiger Raum innerhalb der Gesellschaft zurückgewonnen werden kann.

Unsere Demokratie kann viel von diesen Erfahrungen lernen.

3 Ayllu bezeichnet die Gesamtheit der miteinander verwandten und verschwägerten Familien.

4 In dieser Hinsicht ist Bolivien nicht sehr weit gekommen, und noch weniger Ecuador.



Ritual zur Unterstützung von Personen, deren Verteidigung ihrer Regionen und der Natur von der ecuadorianischen Regierung kriminalisiert wird. Vandana Shiva aus Indien und Nnimmo Bassey aus Nigeria, beide Träger des alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) nehmen teil. Die Zeremonie wird von Carmen Lozano, der indigenen Leitung von ECUARUNARI, durchgeführt. (Foto: Autor)

Buen Vivir im städtischen Raum

Buen Vivir ist nicht auf das Ländliche beschränkt. Es stimmt, dass die Grundlagen aus dem ländlichen Raum stammen. Die heutigen urbanen Räume scheinen relativ weit entfernt von der Praxis eines solidarischen und respektvollen Umgangs mit der Umwelt zu sein. Dies ist eine der größten und komplexesten Herausforderungen: das gute Leben für und aus den Städten heraus zu denken.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass viele in Städten lebende MigrantInnen enge Beziehungen zu ihren ursprünglichen Gemeinschaften unterhalten. Als Beispiel dafür seien verschiedene Gruppen erwähnt, die sich zusammengefunden haben, um in der bolivianischen Stadt El Alto Formen des Buen Vivir zu (re)konstruieren. Auch in anderen Teilen der Welt lassen sich viele interessante Praktiken und Ansätze finden. Exemplarisch für das immer größer werdende Universum solcher Alternativen sei Transition Town genannt. Diese Initiativen beabsichtigen, die Kontrolle den Gemeinschaften zu übergeben, um die Herausforderung des Klimawandels zu überstehen und um eine postfossile Wirtschaft aufzubauen. Diese Bewegung ist in verschiedenen Ländern der Welt aktiv und weist in gewisser Hinsicht viele Parallelen zu Buen Vivir auf.

5. Gutes Leben als mobilisierender und vielstimmiger Ansatz

Das Buen Vivir integriert verschiedene humanistische und anti-utilitaristische Ansätze aus verschiedenen Regionen (oder sollte es zumindest tun). Besonders seit Anfang des 21. Jahrhunderts gewinnen immer mehr und vielfältige Protestbewegungen gegen das klassische Entwicklungs- und Fortschrittsverständnis an Kraft. Hervorzuheben ist angesichts der Umweltzerstörung und der Ausschöpfungssignale der Natur die immer stärker werdende Umweltbewegung (vgl. Acosta 2012).

Die Ansätze des guten Lebens der indigenen Anden- und Amazonasregion verbinden sich also mit verschiedenen Ansätzen gemeinschaftlichen Lebens, etwa mit jenen der Zapatistas oder der KurdInnen sowie mit feministischen, bäuerlichen, ökologischen Kämpfen. Hier finden sich viele Gemeinsamkeiten mit der aufblühenden Postwachstumsbewegung.

Daraus lässt sich die Lehre ziehen, dass es nicht den einen wahren Ansatz gibt. Das Buen Vivir ist kein synthetisierter, monokultureller Vorschlag. Vielmehr nimmt das gute Leben Beiträge und Wissen anderer Kulturen auf, die in Frage stellen, was die dominante Modernität (voraus-)setzt. Dabei lehnt es Technologien der modernen Welt nicht ab, solange sie mit dem Aufbau gemeinschaftlicher Beziehungen in Einklang und mit Respekt gegenüber der Natur vereinbar sind.

.....
Fischer in Yanahurco, Cotopaxi, Ecuador. (Foto: Autor)



Eine doppelte Begegnung mit Natur und Gemeinschaft ist nötig

Es braucht eine neue Ethik, um das Leben aus selbstverwalteten, gemeinschaftlichen Räumen heraus zu organisieren, mit Verzicht auf Herrschaftsbeziehungen. Die daraus entstehende Gesellschaft soll horizontal, offen und nicht sektiererisch sein. Von dieser Ethik ausgehend wird eine Wirtschaft entstehen, die die Reproduktion des Lebens fördert und nicht die des Kapitals. Auch wird sie die Existenz aller Lebewesen sichern und die jetzige menschenzentrierte Realität – mit dem Menschen als Herrscher des Universums – in all ihren Varianten überwinden.

Wenn die Ausbeutung der Natur zum Zwecke der Anhäufung von Kapital überwunden werden soll, gibt es umso mehr Gründe dafür, die Ausbeutung von Menschen hinter uns zu lassen. Wir werden erkennen müssen, dass wir Menschen als Wesen der Natur keine isolierten Individuen sind, dass wir Teil einer Gemeinschaft sind, dass wir selbst letztendlich Gemeinschaft sind. Diese Gemeinschaften, Völker, Nationen und Länder sollten in einer harmonischen Beziehung zueinander stehen.

Diese doppelte Verbundenheit – mit der Natur und in der Gemeinschaft – erfordert von uns, jenen zivilisatorischen Schritt zu gehen, mit dem die Menschenrechte und die Rechte der Natur uneingeschränkt anerkannt werden und Gültigkeit erlangen.



*Kurzes Video, in dem
Alberto Acosta Buen Vivir
anschaulich erklärt;
mit Musik der Grupo Sal.*



Verwendete und weiterführende Literatur

- Acosta, Alberto; Machado, Decio** (2012): Movimientos comprometidos con la vida. *Ambientalismos y conflictos actuales en América Latina*. Observatorio Social de América Latina (OSAL) 32: S. 67–94.
- Acosta, Alberto** (2009): La maldición de la abundancia. Quito: Abya-Yala.
- Acosta, Alberto** (2014a): Iniciativa Yasuní-ITT – La difícil construcción de la utopía. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=180285>; Zugriff: 01.02.2017.
- Acosta, Alberto** (2014b): La Iniciativa Yasuní-ITT – Una crítica desde la economía política. *COYUNTURA* 16: S. 31–49. <http://www.ucuenca.edu.ec/ojs/index.php/conyuntura/article/view/189>; Zugriff: 01.02.2017.
- Acosta, Alberto u. a.** (2013): El país que queríamos. Quito: Montecristi Vive. <http://es.scribd.com/doc/141709099/El-pai-s-que-queri-amos>; Zugriff: 01.02.2017.
- D’Alisa, Giacomo; Demaria Frederico; Kallis, Giorgios** (Hrsg.) (2016): *Degrowth – Handbuch für eine neue Ära*. München: oekom.
- Gudynas, Eduardo** (2015): *Extractivismos – Ecología, economía y política de un modo de entender el desarrollo y la Naturaleza*. La Paz: CLAES/ CEDIB.
- Kothari, Ashish; Demaria, Federico; Acosta, Alberto** (2015): Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to Sustainable Development and the Green Economy. *Development* 57(3): S. 362–375. <http://www.palgrave-journals.com/development/journal/v57/n3-4/full/dev201524a.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- Red de la Diversidad** (2013): Encuentro de Movimientos y organizaciones urbanas: Vivir bien/buen vivir desde contextos urbanos. <http://www.rosalux.org.ec/es/actividades/eventos-de-aliados/738-memoriaencuentrourbano.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- Schuldt, Jürgen** (2005): *¿Somos pobres porque somos ricos? Recursos naturales, tecnología y globalización*. Lima: Fondo Editorial del Congreso del Perú.
- Taibo, Carlos** (2015): *¿Tomar el poder o construir sociedad desde abajo? Un manual para asaltar los infiernos*. Madrid: Catarata.
- Tortosa, José María** (2011): *Mal desarrollo y mal vivir – Pobreza y violencia escala mundial* (Reihe: Debate Constituyente, herausgegeben von Alberto Acosta und Esperanza Martínez). Quito: Abya-Yala.
- Unceta, Koldo** (2014): *Desarrollo, postcrecimiento y Buen Vivir* (Reihe: Debate Constituyente, herausgegeben von Alberto Acosta und Esperanza Martínez). Quito: Abya-Yala. <http://rosalux.org.ec/es/mediateca/mediateca-es-publicaciones/175-alternativas-al-desarrollo/830-postecrecimientokoldounceta.html>; Zugriff: 01.02.2017.

Care Revolution: Ressourcen für Sorgearbeit erkämpfen

Matthias Neumann und Gabriele Winker

Wir schreiben als Aktive im Netzwerk *Care Revolution*, in dem wir seit 2014, unter anderem in der Regionalgruppe Freiburg, tätig sind. Es handelt sich im Folgenden um unsere persönlichen Positionen. Gabriele Winker ist Autorin des Buchs *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft* und Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der Technischen Universität Hamburg. Matthias Neumann ist Verkäufer im Supermarkt und Politikwissenschaftler.

1. Care Revolution will mit einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuausrichtung Sorge für *sich* und andere bedürfnisgerecht gestalten

Mit dem Konzept der Care Revolution setzen sich Aktivist_innen für ein gutes Leben ein, in dem alle Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können – und zwar umfassend, ohne jemanden auszuschließen und nicht auf dem Rücken anderer. Dabei stellt Care Revolution anknüpfend an Erkenntnisse feministischer Politik die grundlegende Bedeutung von Sorgearbeit (oder synonym: Care-Arbeit) ins Zentrum der gesellschaftskritischen Analyse und des politischen Handelns. Denn Menschen benötigen vom Augenblick ihrer Geburt an die Sorge anderer, ohne die sie nicht überleben könnten. Aber auch jenseits des Kinder- und Jugendalters und jenseits von Zeiten der Krankheit und Gebrechlichkeit sind Menschen alltäglich auf andere angewiesen. Die Möglichkeit, in einer schwierigen Situation konkrete Hilfe und Unterstützung zu erfahren, ist ein wesentliches Kriterium für ein gutes Leben. Dies gilt ebenso für die Möglichkeit, für andere sorgen zu können, ohne selbst unangemessene Opfer bringen zu müssen.

Sorgearbeit ist eine Tätigkeit, die alle Menschen ausführen. Sie kümmern sich um sich selbst, um ihre Gesundheit, um ihre Weiterbildung, kochen für sich oder für andere Menschen, erziehen Kinder, beraten Freund_innen, versorgen unterstützungsbedürftige Angehörige. Teils findet Sorgearbeit entlohnt in Care-Berufen statt, etwa durch Erzieher_innen oder Pflegefachkräfte. Meist allerdings wird sie von Frauen unentlohnt in Familien geleistet und häufig auch gar nicht als Arbeit wahrgenommen.



Bewegte Care-Revolutionär_innen. (Foto: Netzwerk Care Revolution)

.....

Derzeit stehen immer mehr Menschen vor der beständig schwieriger werdenden Aufgabe, den Balanceakt zwischen Erwerbsarbeit und unentlohnter Sorgearbeit für sich und andere zu meistern. Sie leben mit der dauernden Bedrohung, an den Anforderungen zu scheitern. In ihrer Erwerbsarbeit sind sie mit zunehmenden Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen, kontinuierlich steigendem Leistungsdruck sowie mit Löhnen konfrontiert, die häufig für den Lebensunterhalt zu niedrig sind. Gemäß dem neoliberalen Credo der Eigenverantwortung sind sie aufgerufen, je individuell die hohen beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und mit den gestiegenen Leistungsansprüchen in der familiären Sorgearbeit zu vereinbaren.

Verschärfend kommt in dieser Situation hinzu, dass aus Kostensenkungsgründen sozialstaatliche Unterstützungsleistungen, beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungssystem, ab- statt ausgebaut werden. Unter dieser mangelhaften staatlichen Infrastruktur leiden vor allem viele Frauen, die meist neben ihrer beruflichen Tätigkeit die gesellschaftlich notwendige Arbeit für die Wiederherstellung der Arbeitskraft ausführen. Dabei kann in gut verdienenden Familien ein Teil dieser Arbeit an schlecht entlohnte und sozial nicht abgesicherte migrantische Haushaltsarbeiter_innen weitergegeben werden. Auf diese Weise lösen gut Verdienende ihr Problem auf dem Rücken jener, für die schon diese höchst prekäre Arbeit eine Verbesserung ihrer katastrophalen Lage bedeutet. Die staatliche Duldung dieser Arbeitsbedingungen in privaten Haushalten unterhalb gesellschaftlicher Mindeststandards verschärft eine globale Arbeitsteilung, die grundlegende Bedürfnisse von Sorgearbeitenden aus osteuropäischen Ländern und aus Ländern des globalen Südens ignoriert.

Care Revolution als politische Strategie

Die naheliegende und bedürfnisgerechte Konsequenz ist, die nötige Arbeit in Familien und Institutionen gemeinsam und ohne Diskriminierung zu organisieren und zu erledigen. Für Care-Revolutionär_innen sind Achtsamkeit für die Bedürfnisse aller Menschen, Raum für Empathie und solidarisches Miteinander sowie wirkliche Demokratie in Politik und Ökonomie entscheidend. Mit folgenden Schritten ist es möglich, sich dem Ziel guter Sorge und eines guten Lebens zu nähern:

- ◆ Ausreichendes Einkommen für alle, um die eigene Existenz zu sichern: Das bedeutet zunächst einen substanziellen Mindestlohn ohne Ausnahmen, ein bedingungslos gezahltes Grundeinkommen und eine deutlich bessere Entlohnung der Arbeit in Care-Berufen.
- ◆ Ausreichende Zeit, um neben der Erwerbsarbeit die Sorge für nahestehende Menschen und für sich selbst bewältigen zu können und Zeiten der Muße übrig zu behalten: Das bedeutet zunächst eine massive Arbeitszeitverkürzung für Vollzeit-Erwerbstätige, besondere Erleichterungen für Menschen mit hohen Sorgeaufgaben und eine diskriminierungsfreie Verteilung von Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen.
- ◆ Eine soziale Infrastruktur, die Sorge und Selbstsorge wirklich unterstützt: Das bedeutet zunächst ein ausgebauten und kostenlos nutzbares Bildungs- und Gesundheitssystem, finanzierbaren Wohnraum, kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und die Unterstützung von Selbsthilfenetzwerken und Commons-Projekten. Über eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ist dies realisierbar.
- ◆ Echte Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen: Das bedeutet eine umfassende demokratische Selbstverwaltung, beginnend im Care-Bereich. Umsetzbar ist dies über ein Räte-System, das der überregionalen Abstimmung und der demokratischen Kontrolle dient. Viele Care-Projekte wie Gesundheitszentren, KITAS oder Bildungsangebote lassen sich auch dezentral und durch Selbstverwaltung vor Ort, in den Stadtteilen und Nachbarn, gestalten.
- ◆ Diskriminierungsfreie Gesellschaft: Das bedeutet, dass es keinen Ausschluss, keine Benachteiligung und keine Privilegien beispielsweise wegen der Herkunft oder der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, der körperlichen Leistungsfähigkeit oder der beruflichen Kompetenz gibt.

Das Ziel der Care Revolution ist eine solidarische Gesellschaft. Darunter verstehen Care-Revolutionär_innen eine radikal demokratisch gestaltete Gesellschaft, die an menschlichen Bedürfnissen und dabei insbesondere an der Sorge füreinander orientiert ist. In einer solchen solidarischen Gesellschaft lassen sich die Bedürfnisse aller in ihrer Verschiedenheit befriedigen, ohne dabei Menschen aus anderen Weltregionen zu diskriminieren. Entsprechend bedeutet Care Revolution, nicht weiter die Profitmaximierung, sondern stattdessen die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisse ins Zentrum gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Handelns zu stellen.

2. Akteur_innen des Netzwerks Care Revolution treten für mehr Zeit und Ressourcen zugunsten der entlohnten und nicht entlohnten Sorgearbeit ein

Im Netzwerk *Care Revolution* sind Initiativen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und auch mit verschiedenartiger politischer Schwerpunktsetzung vertreten. Das Spektrum reicht von Initiativen pflegender Angehöriger über Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und Elterninitiativen bis hin zu Organisationen von Migrant_innen, von *Ver.di*- und *GEW*-Betriebsgruppen im Bereich der Pflege und Erziehung über Organisationen aus den sozialen Bewegungen bis hin zu queer-feministischen und linksradikalen Gruppen. Im März 2014 fanden sich in Berlin erstmals sechzig solcher Initiativen zur Vorbereitung und Durchführung einer Aktionskonferenz zusammen, an der sich 500 Menschen beteiligten. Kurz danach haben diese und neu hinzugekommene Initiativen das Netzwerk *Care Revolution* gegründet. Gegenwärtig ist das Netzwerk auf Deutschland, die Schweiz und Österreich begrenzt.



Logo des Netzwerks Care Revolution.

Beispiele im Netzwerk vertretener Gruppen

Ein bedeutsamer Teil der bei *Care Revolution* vertretenen Initiativen kommt aus feministischen oder queer-feministischen Zusammenhängen. Manche haben bereits im Rahmen der Zweiten Frauenbewegung, seit den 1970er Jahren, für eine Aufwertung der nicht entlohnten Reproduktionsarbeit gekämpft. Heute wollen ältere und jüngere Aktive auch über Care-Kämpfe die feministische Agenda wieder grundsätzlicher gesellschaftskritisch fassen. Die Schwerpunkte dabei sind recht unterschiedlich. Beispielsweise thematisieren Care-Aktive die geschlechterungleiche Verteilung der Sorgearbeit und fordern deren Anerkennung als gesellschaftlich notwendige Arbeit ein. Andere sind in Gruppen tätig, in denen sie antikapitalistische Positionen mit feministischen verbinden und ihre eigene Lebenssituation im Zusammenhang mit strukturellen Krisen thematisieren. Letztgenannte haben Care Revolution in die Blockupy-Proteste eingebracht.

Women in Exile, die ebenfalls an der ersten *Care Revolution Aktionskonferenz* teilgenommen haben, fordern die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Lagern ohne Privatsphäre und Schutz vor Übergriffen. Diese Forderung erheben sie vordringlich für Frauen und Kinder, verbinden sie jedoch mit der nach Auflösung aller Lager. Dabei verknüpfen sie die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Ziel mit der Aufklärung Geflüchteter über ihre Rechte und mit Stellungnahmen gegen Rassismus und das Migrationsregime.

In den letzten Jahren machten im Bereich der Care-Lohnarbeit Arbeitskämpfe Schlagzeilen, die in verschiedener Hinsicht neuartigen Charakter hatten. Beispielsweise forderten die *Ver.di*-Betriebsgruppe und der Personalrat der Charité – Universitätsmedizin Berlin von dem Unternehmen, das die Berliner Uni-Krankenhäuser betreibt, einen Tarifvertrag zur Mindestpersonalbesetzung auf den Pflegestationen. Diesen Arbeitskampf unterstützte das *Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus* mit Solidaritätsaktionen; diese führte es explizit aus der Interessenlage potenzieller Patient_innen durch. Zum 1. Mai 2016 wurde nach über vier Jahren Auseinandersetzung dieser Tarifvertrag erkämpft. Ein zweites Beispiel sind die Auseinandersetzungen in kommunalen Kitas. In der Streikrunde 2015 wurde eine gesellschaftliche Aufwertung von Sorgearbeit in Kitas und Sozialdiensten gefordert, die sich auch in der Entlohnung niederschlagen müsse. In erhöhtem Maß und teils erfolgreich wurde dabei versucht, die Eltern als Bündnispartner_innen zu gewinnen.

Auch selbstverwaltete Betriebe unterstützen die Gedanken der Care Revolution, beispielsweise die Pflegekräfte der *Tagespflege Lossetal*, die ein Arbeitsbereich der *Kommune Niederkaufungen* ist. In der Tagespflege für pflegebedürftige, insbesondere demente Menschen werden andere Mitglieder der Kommune, Nachbar_innen und Angehörige möglichst weitgehend beteiligt. Damit soll zum einen die Qualität der Pflege erhöht wer-

den. Zum anderen drückt sich hier die gesellschaftliche Zielvorstellung aus, dass Menschen in Nachbarschaften sich gegenseitig unterstützen, während die Tagespflege ergänzend die erforderliche professionelle Arbeit einbringt.

In der familiären Pflegearbeit lässt sich die Initiative *Armut durch Pflege* anführen, die der Verein *wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland* startete. Ziel der Initiative ist es, Betroffenen mit ihren Notlagen und ihren Forderungen eine Stimme zu geben und materielle Verbesserungen für pflegende Angehörige, etwa durch ein substantielles Pflegegeld, durchzusetzen. Dabei wird in den Forderungen immer auch die Menschenwürde der Gepflegten angesprochen, die nicht von ihrer Leistungsfähigkeit abhängen darf. Ähnliche Ziele verfolgt, auf einem anderen Weg, der Verein *Nicos Farm: Kinder und Jugendliche*, die aufgrund einer Behinderung auf lebenslange Pflege angewiesen sind, sollen ein menschenwürdiges Leben auch dann führen können, wenn ihre Eltern selbst auf Pflege angewiesen oder tot sind. Der Verein versucht hierzu ein Projekt mit Wohn-, Beschäftigungs- und Therapiemöglichkeiten in der Lüneburger Heide zu realisieren.

Rahmenbedingungen gemeinsamen Handelns

Die *Care Revolution Aktionskonferenz* im März 2014 war ein Moment, in dem das Interesse aneinander sowie an den jeweiligen Bedürfnislagen und Bedrängungen ebenso spürbar wurde wie der Wunsch nach einer gemeinsamen Erklärung für das erfahrene soziale Leid. Bei der Konferenz wurde auch das Wissen um die verbreitete Durchsetzungsschwäche der einzelnen Initiativen deutlich sowie die Gründe dafür: weil in der jeweiligen Sorgearbeit kein ökonomischer Druck aufgebaut werden kann; weil die Arbeit häufig vereinzelt geleistet wird; und weil im neoliberalen Diskurs das Gelingen der Sorgearbeiten in die individuelle Verantwortung gegeben wird. Vor allem zeigte sich in der Konferenz jedoch der Wunsch, diese Probleme durch gemeinsames Handeln anzugehen.

Die Kooperation der verschiedenen Initiativen ist jedoch nicht einfach: Zwar gibt es reale, vielfältige Kämpfe und Alternativprojekte rund um Sorgearbeit. Es gibt auch die Wahrnehmung der Gemeinsamkeiten und den Wunsch, sich gegenseitig zu unterstützen. Aber dennoch stehen die je eigenen, häufig existenziellen Kämpfe notwendigerweise im Zentrum des Handelns der Initiativen. Die mangelnde Flexibilität durch übernommene Sorgeverantwortung oder durch prekäre Lebensbedingungen, der Zeit- und Geldmangel vieler Care-Aktiver erschweren es, darüber hinaus gemeinsam zu handeln. Und noch fehlen die Erfahrungen, dass ein gemeinsames Auftreten tatsächlich zu mehr Erfolg führt. All dies verhindert gegenwärtig noch, dass Care Revolution als Bewegung in einer größeren Öffentlichkeit spürbar wird.

3. Care Revolution und Degrowth können gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft kämpfen

Inhaltlich sehen wir einen wichtigen Anknüpfungspunkt zwischen Care Revolution und Degrowth darin, dass es beiden Konzepten um Perspektiven für ein gutes Leben geht. Das gilt auch, sofern wir dies beurteilen können, für die übrigen Bewegungen, die im Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* repräsentiert und zusammengeführt werden.

Auf den ersten Blick scheint allerdings ein grundlegender Widerspruch darin zu bestehen, dass Degrowth die Betonung auf ein Weniger legt: Es geht darum, weniger Ressourcenverbrauch mit einem guten, Bedürfnisse befriedigenden Leben für alle zu verbinden. Eine notwendige Schrumpfung des Wirtschaftswachstums soll keine Bedrohung des Lebensstandards, sondern eine Chance darstellen. Dagegen geht es den Akteur_innen im Rahmen von Care Revolution im Kern um ein Mehr: Mehr Zeit, mehr unterstützende soziale Infrastruktur und mehr materielle Sicherheit sind unabdingbare Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lage Sorgearbeitender. In den Bereichen Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung geht es entsprechend auch um mehr Personal und höhere Löhne.

Politisch interessant wird es dann, wenn es gelingt, die beiden Ziele – weniger gesellschaftlicher Ressourcenverbrauch und mehr Ressourcen



Plakat zur Aktionswoche Care Revolution in Erfurt im Mai 2016.

für Care – zusammenzudenken. Dann geht es um ein Schrumpfen all jener Bereiche, die für Menschen und die ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens zerstörerisch sind. Beispiele sind Rüstungsproduktion, Kohlekraftwerke oder die derzeitige Gestaltung des Individualverkehrs. Gleichzeitig geht es um ein Wachsen jener spezifischen Bereiche, die für Selbstsorge und Sorge füreinander notwendig sind und dafür die Rahmenbedingungen liefern. Es gilt also, Konzepte dafür zu entwickeln, wie eine Verringerung der Flächenversiegelung und ein großzügiger Kita-Ausbau miteinander vereinbar sind, wie eine Verringerung des Konsumgüterverbrauchs mit mehr materieller Sicherheit und Unterstützung für pflegende Angehörige einhergehen kann, wie mehr Personal im Gesundheits- und Bildungsbereich mit einer gesellschaftlichen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zusammengebracht werden kann. Allgemein gesprochen geht es darum, sich darüber Gedanken zu machen, wie eine Gesellschaft strukturiert sein kann, die menschliche Sorgebedürfnisse erfüllt und gleichzeitig die ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens bewahrt.

Das Zusammendenken von Degrowth und Care Revolution scheint uns deswegen weiterführend, weil wir eine Parallele beider Konzepte darin sehen, dass sie an eine erstrebenswerte Gesellschaftsformation einen kompromisslosen Anspruch stellen: Sie muss ein gutes Leben ermöglichen – für alle Menschen weltweit und auch für nachfolgende Generationen. Diese Prämisse zieht nach sich, dass eine Gesellschaft, die dies nicht gewährleisten kann, zu verändern ist. Vor diesem Hintergrund können sich Degrowth und Care Revolution gerade dann treffen, wenn sie antikapitalistisch zugespitzt werden. Diese Überlegung lässt sich inhaltlich fortführen: Für den Degrowth-Ansatz ist der Gedanke zentral, dass eine Steigerung der Effizienz von Energie- und Ressourceneinsatz nicht ausreicht, um den Verbrauch hinreichend zu senken. Nicht nur die Produktionsprozesse werden sich ändern müssen, sondern auch der Produktionsumfang und die Weise der Nutzung von Konsumgütern. Mobilität, der Zugang zu Waschmaschinen, Werkzeug oder Bibliotheken, auch die Nutzung von Gärten werden viel stärker kollektiv geregelt werden müssen, um allen einen Zugang zu ermöglichen. Gelingt dies, bedeutet eine solchermaßen veränderte Wirtschaftsweise nicht Verzicht, sondern andere und gleichzeitig reichere soziale Beziehungen. Dies ist ein ganz ähnlicher, ebenfalls positiver Bezug auf die Interdependenz von Menschen wie bei den Überlegungen zu Sorge und Sorgearbeit im Rahmen der Care Revolution. Aufeinander angewiesen zu sein, ist grundlegender Bestandteil menschlichen Lebens. Deswegen ist es auch so enorm wichtig, im politischen Handeln und bei der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen auf menschliche Zusammenarbeit und Solidarität zu setzen.

Ein gemeinsamer Suchprozess mit anderen Bewegungen ist eine ausgesprochen schöne Vorstellung, ebenso wie gemeinsame Kämpfe. Unter dem Thema »solidarische Gesellschaft – solidarisches Leben«, das die Notwendigkeit von Veränderungen gesellschaftlicher Institutionen ebenso wie Ver-

änderungen der persönlichen Lebensweise berührt, können sich sowohl Care Revolution als auch Degrowth wiederfinden. Beide analysieren die Zerstörung des Menschen als soziales Wesen und der Ökosysteme im Kapitalismus und stellen dem die Prinzipien einer solidarischen Gesellschaft gegenüber. Insofern sind beide im Kern antikapitalistische Projekte. Wenn diese Vermutung zutrifft, stellt sich auch beiden Bewegungen die Frage nach der gesellschaftlichen Transformation: Wie lassen sich die einzelnen Kämpfe, Experimente und politischen Veränderungen bis zu dem Punkt verdichten, an dem eine solidarische Alternative zum Kapitalismus Realität werden kann? Eine solche Suche nach Strategien der Transformation sehen wir als Teil eines gemeinsamen Projektes bedürfnisorientierter sozialer Bewegungen.

4. Die Stärke von Care Revolution liegt darin, dass sehr heterogene Initiativen gemeinsam umfassende gesellschaftliche Veränderungen einfordern

Eine Stärke der Initiativen, die sich auf das Konzept der Care Revolution beziehen, ist ihre Heterogenität; das Thema Care spricht unmittelbar Menschen in ganz unterschiedlichen Milieus, mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen, Lebenskonzepten und Wünschen an. Dass diese Vielfalt mit gegenseitigem Respekt und Neugier aufeinander vereinbar ist, war auf der ersten Aktionskonferenz im März 2014 eindrucksvoll erfahrbar.

Unseres Erachtens hängt dies damit zusammen, dass gerade der Care-Bereich gemeinsame – soziale sowie politische Milieus übergreifende – Anknüpfungspunkte bietet. Denn in der Sorge werden unmittelbar lebensnotwendige Bedürfnisse angesprochen, gleichzeitig wird hier die Absurdität besonders offensichtlich, Menschen nach dem Prinzip maximaler Rentabilität heilen, lehren, beraten oder pflegen zu wollen. So kommen Men-

*Care-Revolutionär_innen bei der 1. Mai-Demo in Hamburg 2015.
(Foto: Netzwerk Care Revolution)*



schen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und in verschiedenartigen Lebenssituationen zu der Erkenntnis, dass Gesellschaft zumindest im Bereich Care völlig neu gestaltet werden müsste. Dazu kommt, dass gerade in Care-Bereichen eine Alternative verhältnismäßig einfach vorstellbar ist, da die für die Unterstützung notwendige soziale Infrastruktur größtenteils dezentral realisiert werden kann, im Stadtteil oder im Dorf. Kitas, Gesundheitshäuser oder soziale Zentren lassen sich in Formen direkter Demokratie organisieren. So können sich alle Betroffenen unmittelbar an den Aushandlungen über die Gestaltung der Sorgeeinrichtungen beteiligen. Diese Chance eröffnet sich vor allem auch deswegen, weil sich hier Sorgearbeitende unterschiedlicher Art auf Augenhöhe treffen: sowohl beruflich als auch in den Familien oder in der Selbstsorge Engagierte. Sie können sich wechselseitig als Expert_innen erleben, die von unterschiedlichen Fähigkeiten und Interessenlagen aus das gemeinsame Ziel verfolgen, Sorge gut zu organisieren. Im Care-Bereich und in Kämpfen um bessere Sorgebedingungen gemachte Erfahrungen können auch eine umfassende Vergesellschaftung, die über den Care-Bereich hinausgeht, realistischer und wünschbarer erscheinen lassen. Alle Bereiche der Produktion und der Gestaltung des Zusammenlebens aus dem Rahmen von Kapitalverwertung und Marktkonkurrenz zu befreien, ist nicht zuletzt eine Bedingung für den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen.

Außerdem denken wir, dass gerade, was die Erfahrungen mit Commons angeht, Care Revolution-Aktivist_innen viel von Bewegungsansätzen lernen können, wie sie im Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* versammelt sind. Anders als im Care-Bereich, wo es diesbezüglich erst Ansätze gibt, existieren dort bereits vielfache Projekte, in denen Menschen in Gemeinschaft bereits im Kleinen ein Stück lebenswertere Zukunft aufbauen und leben. Wir denken hierbei an Angebote zur gemeinschaftlichen Reparatur, an Fab-Labs (offene, mit Fabbern, sogenannten 3-D-Druckern, ausgestattete Werkstätten), Gemeinschaftsgärten oder die vielfältigen Projekte solidarischer Landwirtschaft.

5. Bedürfnisorientierte Bewegungen können gemeinsam eine lebenswerte Alternative zum Kapitalismus entwickeln, indem sie ihre Alternativprojekte und Transformationsstrategien verbinden

Die unterschiedlichen Bewegungen oder Praxisbereiche, die sich in *Degrowth in Bewegung(en)* treffen, scheinen uns zentrale Gemeinsamkeiten aufzuweisen: Die Zentralität menschlicher Lebensbedürfnisse, Achtsamkeit gegenüber dem Leben überhaupt, die Bedeutung reicher sozialer Beziehungen und die gleichberechtigte Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellen – mit ganz unterschiedlichen Betonungen – einen gemeinsamen Kern dar. Von diesem Kern aus lassen sich die jeweiligen Folgen kapitalisti-

scher Entwicklung kritisieren, die das Ökosystem ebenso wie den Menschen als soziales Wesen zerstören. Von hier aus lassen sich Projekte solidarischen Lebens diskursiv und praktisch verbinden, es lassen sich einzelne Kämpfe aufeinander beziehen und gesellschaftliche Alternativen formulieren.

Diese Bezüge aufeinander zu stärken, ist vielleicht das, was am dringendsten ansteht: Es geht darum, dass die verschiedenen Bewegungen im Austausch eine lebenswerte Alternative zum Kapitalismus entwickeln und dass sie in ihren Projekten einer achtsamen und solidarischen Lebensweise sowie in ihren politischen Auseinandersetzungen einen gemeinsamen Fokus finden. Gelingt dies, können die Bewegungen gemeinsam etwas erreichen, was jede einzelne nicht kann.

Dazu haben alle Teilbewegungen etwas beizutragen. Wenn etwa Migrantinnen unter miserablen Arbeitsbedingungen pflegebedürftige Menschen zu Hause betreuen, eröffnet dies für eine solidarische, bedürfnisorientierte Bewegung verschiedene Bezugspunkte: das Recht der Pflegebedürftigen, gut betreut zu werden, das Recht Angehöriger, mit der Pflege nicht alleine gelassen zu werden, das Recht der migrantischen Pflegerinnen auf gute Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung, die Rechte der Kinder oder Angehörigen der Migrantinnen und der Menschen, die in den Heimatländern die Pflege übernehmen. Es kommt darauf an, alle diese berechtigten Ansprüche wahrzunehmen, die das hiesige Pflegesystem ebenso wie die ungleiche globale Arbeitsteilung berühren. Kommen Bewegungen, die etwa Migration, die Gestaltung der Pflege oder globale Arbeitsteilung als Schwerpunkte haben, in engere Zusammenarbeit, können sie sich bei einer umfassenden Wahrnehmung der Situation unterstützen.

Auch die solidarische Umgestaltung von Städten und Dörfern erfordert gemeinsames Handeln. Die Organisation einer kollektiven sozialen Infrastruktur im Stadtteil erfordert perspektivisch, den Care-Bereich der Kapitalverwertung zu entziehen. Gemeinschaftsgärten brauchen den freien Zugang zu Flächen. Experimente kollektiven Wohnens, gemeinsam genutzte Reparaturwerkstätten, Gemeinschaftsküchen oder Polikliniken dürfen nicht dadurch begrenzt oder verhindert werden, dass ihre Mietzahlungen eine hinreichende Rendite abwerfen müssen. Die Zurückdrängung von privatem Autoverkehr braucht einen entsprechend ausgebauten Nahverkehr und Überlegungen, wie der Zersiedlung und der räumlichen Trennung von Wohnen und Erwerbsarbeit begegnet werden kann. In der Zusammenführung der vielen einzelnen Projekte könnte ein neues, stärker konturiertes Bild lebenswerter Orte entstehen; in der Diskussion der notwendigen Voraussetzungen lässt sich klarer bestimmen, wie eine gesellschaftliche Alternative funktionieren kann.

Indem die sehr unterschiedlichen Akteur_innen verschiedener Einzelbewegungen sich treffen und politisch miteinander aktiv werden, können sie sich darin unterstützen, Alternativen ohne alte und neue Ausschlüsse zu denken und zu praktizieren.

Links

Interview mit Gabriele Winker zum Buch »Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft«: <https://www.youtube.com/watch?v=LbVlSxAT5fM>; Zugriff: 01.02.2017.

Netzwerk Care Revolution – Homepage: <http://www.care-revolution.org>

Netzwerk Care Revolution – Kooperationspartner_innen
(inklusive sämtlicher im Text genannter Gruppen und Initiativen):
<http://www.care-revolution.org/gruppen/>

Netzwerk Care Revolution – regionale Gruppen:
<http://www.care-revolution.org/regionale-vernetzungen/>

Video »Her mit dem guten Leben für alle weltweit! Für eine Care Revolution« (Information und Mobilisierung zur Aktionskonferenz Care Revolution in Berlin 2014): <https://vimeo.com/92904959>;
Zugriff: 01.02.2017.

Videodokumentation der Aktionskonferenz Care Revolution
in Berlin 2014: https://www.youtube.com/watch?v=C3k_kjLqVCU;
Zugriff: 01.02.2017.

Verwendete und weiterführende Literatur

Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; Winterfeld, Uta v. (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Fried, Barbara; Schurian, Hannah (Hrsg.) (2015): Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien13_UmCare_web.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Praetorius, Ina (2015): Wirtschaft ist Care. Oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zu Wirtschaft und Soziales 6). <https://www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Winker, Gabriele (2013): Zur Krise sozialer Reproduktion. In: Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. Baumann, Hans u. a. (Hrsg.). Zürich: Edition 8, S. 119–133. http://www.tuhh.de/t3resources/agentec/sites/winker/pdf/Krise_sozialer_Reproduktion.pdf;
Zugriff: 01.02.2017.

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: Transcript.

Commons-Bewegung: Selbstorganisiertes (Re)Produzieren als sozial-ökologische Transformation

Johannes Euler und Leslie Gauditz

Wir, Leslie Gauditz und Johannes Euler, sind im Commons-Institut e. V. aktiv, einer Gruppe, die unter anderem die Schaffung von Wissen und Bildungsarbeit zu Commons fördert. Wir sind knapp dreißig Jahre alt, bildungsbürgerlich aufgewachsen und lohnarbeiten im akademischen Betrieb. Uns hat zusammengebracht, dass wir Commoning betreibende Personen sind, die sich dazu Gedanken machen und Texte schreiben. Um Commonern¹ aus unserem Umfeld die Möglichkeit zu geben, diesen Text mitzuformen, haben wir Vorversionen über unsere Mailinglisten verschickt. Mehrere Menschen haben sich durch sehr hilfreiche Kommentare an dessen Entstehung beteiligt.

Dieser Text spiegelt dennoch unsere persönliche Sicht auf Commons-Bewegungen wider; sie ist davon geprägt, dass wir uns an ganz bestimmten Stellen dieser Bewegung und der dazugehörigen Diskurse befinden.

1. Commoning: eine andere Art des gemeinsamen Lebens und Handelns – im Kapitalismus, aber über diesen hinausweisend

Commons, das sind gemeinsam hergestellte, gepflegte und genutzte Produkte und Ressourcen unterschiedlichster Art. Der Begriff findet in den letzten zwei bis drei Dekaden wieder vermehrte Verwendung – »wieder« deshalb, weil Commons als Konzept und Praxis uralte und weltweit vorzufinden sind (vgl. Helfrich/Bollier/Heinrich-Böll-Stiftung 2016). Im deutschsprachigen Raum ist traditionell der seit dem Mittelalter verbreitete Begriff der Allmende bekannt, der die gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Wiesen und Wäldern bezeichnet. Die Erforschung gemeinschaftlich genutzter Naturressourcen ist heute vor allem mit dem Namen Elinor Ostrom verbunden, die für ihre Forschungen im Jahr 2009 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt. Ostrom (1999, S. 75–132) hat Best-Practice-Beispiele gesammelt: Selbstgewählte Regeln und eigene Konfliktlösungsmechanismen etwa gehören zu den von ihr formulierten Designprinzipien langlebiger selbstverwal-

¹ Wir sind nicht zufrieden mit der Eindeutigkeit des Begriffs, da er sehr männlich konnotiert ist.



Ein Occupy Wall Street Aktivist. (Foto: CC BY 3.0, David Shankbone)

teter Institutionen. Im Unterschied zu Ostrom gehen andere Autor*innen davon aus, dass die wesentlichen Gemeinsamkeiten nicht vornehmlich in den Institutionen und Regeln, sondern in deren praktischer, sozialer Ausgestaltung, dem Commoning, zu suchen sind (vgl. Euler 2016; Meretz 2014a).

Entscheidenden Anteil an der gesteigerten Aufmerksamkeit für Commons in den letzten Jahren hatten die Verbreitung von digitalen wissenszentrierten Commons (zum Beispiel Wikipedia) und die Entwicklung von freier Software (zum Beispiel GNU/Linux und LibreOffice).

Gegenwärtig kann Commons – dieser Begriff ist inzwischen auch im Deutschen gebräuchlich – als ein auf Gleichberechtigung und Selbstorganisation basierendes Konzept verstanden werden, das im Widerspruch zur kapitalistischen Warenlogik steht (vgl. Meretz 2014a). Anstelle des Tausches von Waren wird auf freiwillige Beiträge gesetzt. Auch die im Kapitalismus verbreitete Trennung von Reproduktions- (also Sorge- und Pflegetätigkeiten für andere Menschen und die Natur) und Produktionstätigkeiten sowie von Produktions- und Nutzungsprozessen finden dabei keine Entsprechung: So geht es beispielsweise in urbanen Commons-Gärten in der Regel nicht um die Produktion von Lebensmitteln für den späteren Verkauf, sondern neben der ökologischen Produktion auch um gemeinsames Kochen, Essen und Feiern. Das soll nicht heißen, dass in Commons-Projekten weder Tausch noch besagte Trennungerscheinungen eine Rolle spielen. Allerdings funktionieren Commons primär nach einer anderen Logik: Beide Aspekte sind nicht funktional und werden eher aus dem Außen der kapitalistischen Welt hineingetragen.



*Jahrhunderte altes Bewässerungssystem in kooperativer Verwaltung in Naters, Schweiz.
(Foto: Johannes Euler)*

Wir möchten betonen, dass es keine allgemeingültigen Patentrezepte gibt, Commons gemeinsam zu organisieren. Wir gehen davon aus, dass sich die Weisen und Regeln in den verschiedenen Zeiten und Kontexten an die Bedürfnisse der involvierten Menschen anpassen und sich daher unterscheiden. Trotzdem lassen sich Gemeinsamkeiten aufzeigen. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu klären, dass es sich beim Commoning nicht einfach um den Umgang mit kollektivem Eigentum handelt, sondern um einen Bruch mit der Exklusionslogik des Eigentums. Anstatt andere mit den Mitteln des abstrakten Rechts auszuschließen (Eigentum), geht es bei Commons um die tatsächlichen, physischen (und potenziell inkludierenden) Verfügungsmöglichkeiten (Besitz). Wesentlich ist hier die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der an Commoning-Prozessen Betroffenen beziehungsweise an ihnen Teilhabenden.²

Die Commons-Perspektive nimmt eine Art des Zusammenlebens in den Fokus, in der Menschen einen großen Einfluss auf ihre je eigenen Lebensbedingungen haben und die Tätigkeiten, denen sie nachgehen, überwiegend danach auswählen, wie viel Freude sie ihnen bereiten und wie wichtig und richtig sie diese finden.³ So ist Wikipedia beispielsweise entstanden, weil Menschen eine für alle frei zugängliche Selbstorganisation von Wissen

2 Das heißt auch, dass es keine abstrakte Ex-post-Vermittlung (»im Nachhinein«) von Angebot und Nachfrage auf einem Markt gibt, sondern eine Ex-ante-Vermittlung (»im Vorhinein«), die sich an den konkreten Bedürfnissen der involvierten Personen und nicht menschlicher Akteur*innen wie Pflanzen ausrichtet.

3 Dies ist nicht mit einem impulsiven, »reinen« Lustprinzip zu verwechseln. Es schließt explizit langfristige Verantwortungsübernahme und den Umgang mit den Notwendigkeiten des Lebens ein.

wichtig fanden und Spaß am Schreiben hatten. Fremdbestimmte, hierarchische und exkludierende Organisationsformen stehen, obschon sie durchaus vorkommen, solchen Motivationen eher entgegen und werden vielfach abgelehnt. Selbstentfaltung statt Selbstverwertung ist das Ziel.

Perspektivisch kann die Selbstorganisationsperspektive der Commons die Grundlage für eine Gesellschaft jenseits von Markt und Staat sein. Zentrale Prinzipien sind dabei: beitragen statt tauschen; Besitz statt Eigentum; teile, was du kannst (Habermann 2015); nutze, was du brauchst.

2. Die soziale Bewegung als ein Teil der Commons-Welt: Wer stellt was wie, warum und mit welchen Folgen her und (ver)nutzt es?

Einen Commons-Dachverband gibt es nicht, wohl aber sichtbare Netzwerke wie die Commons Strategies Group und die P2P-Foundation, das Commons-Institut im deutschsprachigen Raum und die School of Commoning in Barcelona. Welche Menschen sich tatsächlich dem Vorantreiben einer Commons-Welt verschreiben und dies öffentlich vertreten, wer also die Commons-Bewegung ausmacht, ist nicht einfach festzustellen, denn es gibt bisher keine systematischen Untersuchungen dazu. Dieser Text dient also nicht zuletzt einer Selbstbeschäftigung und -verständigung von uns Autor*innen: Möchten wir überhaupt von einer Commons-Bewegung sprechen? Wir beanspruchen dabei explizit nicht, einen umfassenden Überblick zu liefern, erst recht nicht über das, was in anderen Teilen der Welt passiert.

Commoning kann sich in allen denkbaren sozialen Kontexten und verbunden mit unterschiedlichen Ressourcen – wie etwa mit Luft, Saatgut, Wasser, aber auch beim Kümmern um Bedürftige, bei digitaler Technologie, Wohnen und Kochen, Kunst und Musik, modularem Fahrradbau, Produktionsmitteln – finden. Das liegt darin begründet, dass es nicht in der Natur einer Ressource liegt, ob sie ein Commons ist, sondern der Umgang der Menschen mit ihr und miteinander entscheidend sind (vgl. Acksel u. a. 2015; Helfrich 2012; Euler 2016). Betrachten wir aktuell gängige Definitionen sozialer Bewegungen (zum Beispiel: della Porta/Diani 1999), so eint diese ein mehr oder weniger stark pointierter Fokus auf ein verbindendes Selbstverständnis (beziehungsweise eine Identität) und das intentionale Ausrichten ihrer Aktivitäten auf gesellschaftliche Transformation und/oder ein politisches Ziel. Weiter werden Bewegungen anhand ihres Protestverhaltens identifiziert. Die Beantwortung der Frage nach einer Commons-Bewegung hängt also vom politischen Handlungsrepertoire ab und davon, wer sich subjektiv als Commoner versteht – also von der Frage, wer eigentlich als Träger*innen einer solchen Bewegung infrage käme.

Commoner sind Menschen, die »was bewegen«. Das Einzige, was sich aus unserer Sicht mit Sicherheit über die Commons-Bewegung sagen lässt: Sie ist eine globale Bewegung, die sowohl international vernetzt als auch

lokal aktiv ist. Aber Commons sind mehr als »nur« eine soziale Bewegung. Unter Umständen verfolgen Commoner den Transformationsgedanken nicht explizit und betreiben keine ausgesprochene Kapitalismuskritik, sind nicht entsprechend vernetzt, kennen und nutzen den Begriff Commons gar nicht oder beanspruchen keine Commons-Identität für sich. Es gibt aber auch Commoner, die in bewusster Abgrenzung zur kapitalistischen Waren- und Verwertungslogik agieren. Diese wollen wir Commons-Aktivist*innen nennen und als die Träger*innen dieser Bewegung bezeichnen. Sie streben eine Transformation der Welt nach Commons-Maßstäben an und organisieren sich in entsprechenden Gruppen und/oder Netzwerken und engagieren sich politisch.

Vielen Aktivist*innen ist ein präfiguratives, also vorbildliches Handeln im Alltag wichtiger, als auf der Straße zu demonstrieren. Das heißt, dass es den Träger*innen der Commons-Bewegung ein Anliegen ist, durch gegenwärtige Handlungen in Entscheidungsprozessen und zwischenmenschlichen Beziehungen Räume zu schaffen, in denen Aspekte utopischer Ziele gelebt werden können: »In meinem eigenen Leben praktiziere ich, was ich im Großen sehen will.« Das Wichtige ist, dass die sozialen Praktiken des Commoning, deren Logik die kapitalistische unterläuft, als solche gesellschafts-verändernd wirken sollen.

.....
*Büchertausch in Büsum, Schleswig-Holstein.
(Foto: Johannes Euler)*



Gegenwärtig lassen sich zwar viele Bewegungen zum Schutz von Commons und Widerstände gegen Einhegungen weltweit ausmachen. Daneben ist aber eine gewisse Bezugnahme auf die Gemeinsamkeit der Kämpfe um Commons wie auch auf andere alternativ-ökonomische Bewegungen nötig. Wenn sich zwar viel in Richtung Commons bewegt, dabei aber das Gemeinsame dieser Aktivitäten nicht wahrgenommen, gedacht, praktiziert und kommuniziert wird, so wird sich das große Ganze nur schwerlich verändern.

3. Die Commons- und die Degrowth-Bewegung enthalten sich gegenseitig und unterscheiden sich in Fokus und Strategie

Als wir Autor*innen gefragt wurden, ob wir einen Text schreiben wollen, der die Bewegung und den Ansatz von Degrowth mit Commons in Beziehung setzt, da stellte sich für uns auch die Frage nach der strategischen Bedeutung: Dieses Projekt heißt »Degrowth in Bewegung(en)«. Würde ein Commons-Beitrag darin nicht den Eindruck erwecken, dass Commons ein Teil der Bewegungen rund um Degrowth seien? Oder ist es auch andersherum: dass Degrowth ein Teil der Bewegungen rund um Commons ist? Es ist eine Frage der Deutungshoheit, eine Frage der Rahmensetzung, der Ebenen: Welches ist Ober- und welches Querschnittsthema und wozu brauchen wir diese Deutung? Wir gehen davon aus, dass eine Commons-Welt eine Welt jenseits von Wachstumszwängen wäre – doch denkt die Degrowth-Bewegung ebenso automatisch Commons mit?

Im Beitrag »Degrowth: In Bewegung, um Alternativen zu stärken und Wachstum, Wettbewerb und Profit zu überwinden« (Burkhart et al. 2016) dieser Veröffentlichung wird die Degrowth-Bewegung unter anderem anhand der Teilnehmer*innen der Leipziger Degrowth-Konferenz 2014 charakterisiert. Daran beteiligten sich zahlreiche Menschen, die eher der »Commons-Ecke« zuzurechnen sind. So sind im Konferenzprogramm etliche Beiträge zu Commons zu finden und auch mehrere Plenarvorträge wurden von Commonern gehalten. Die damit einhergehende Vereinnahmung kann durchaus kritisiert werden. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass es im umgekehrten Fall ähnlich ablaufe. Denn letztlich ist es aus unserer Sicht so, dass Commons und Degrowth sich in gewisser Weise gegenseitig enthalten.

Wenn Degrowth heißt, dass wir Menschen uns von den Fesseln des Wachstumszwangs befreien müssen, und wenn Commons-Aktivist*innen sich für mehr Commoning in der Welt einsetzen, dann müssen wir uns wohl folgende Fragen stellen: Von welchem Wachstum gilt es sich zu lösen? Wovon brauchen wir mehr? Wie könnte das gehen? Wer setzt sich dafür ein? Auf der Akteur*innenebene scheint es ein hohes Maß an gegenseitiger Wahrnehmung und Sympathie zu geben. Insbesondere der auf der Leipziger Konferenz stark vertretene kritische und progressive Teil der Degrowth-



*Ein Stück urbaner Garten im selbstverwalteten Gängeviertel in Hamburg.
(Foto: Leslie Gauditz)*

Bewegung scheint dabei mit dem kapitalismuskritischen Teil der Commons-Bewegung zu harmonieren. Beiden geht es darum, mit alten Mustern zu brechen, die in der Logik des heutigen Gesellschaftssystems begründet sind und bis in die (und durch die) individuellen Handlungs- und Denkgrundlagen wirken. In Degrowth-Kreisen werden Wachstumszwänge angeprangert. Die Commons-Bewegung kritisiert die Verwertungszwänge der heutigen Gesellschaft. Dass beides zwei Seiten ein und derselben Medaille sind, liegt auf der Hand.

Da sich Degrowth als wachstumskritische Gegenbewegung formierte, stand eine eigene Alternativvorstellung zunächst nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit Commoning hingegen kann eine Welt gedacht werden, in der unsere Lebensbedingungen auf eine nicht kapitalistische Art (re)produziert werden, jenseits von Wachstumszwängen. In diesem Sinne wird Commoning bei der Formulierung einer Postwachstumsgesellschaft vielfach als integraler Bestandteil betrachtet. Vor allem die im Degrowth-Kontext häu-

fig herangezogenen Überlegungen zu Buen Vivir (vgl. Acosta 2016; Muraca 2014) – dem guten Leben – weisen bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit Commons-Ansätzen und -Prinzipien auf.

Es lassen sich jedoch auch Differenzen feststellen. Degrowth-Kreise legen den Fokus auf Resilienz und Suffizienz. Bei Commons sind diese eher implizit enthalten, als offensiv im Sinne der ökologischen Grenzen der Erde diskutiert zu werden. Aus Commons-Perspektive kann wiederum argumentiert werden, dass Teile der Degrowth-Bewegung der kapitalistischen Verwertungslogik nicht kritisch genug gegenüberstehen sowie zu sehr auf staatliche Steuerungsmechanismen setzen. In gewisser Weise handelt es sich hier sowohl um eine (auch in der Theorie angelegte) unterschiedliche Problemfokussierung als auch um eine andere Herangehensweise, was die Frage der Transformationsstrategie anbelangt.

4. Voneinander lernen: ökologische Kreisläufe, Staats- und Herrschaftskritik, nachhaltige Technologien und Selbstentfaltung

Welche Leerstellen weist die Commons-Perspektive auf und welche Anregungen bietet die Degrowth-Bewegung – und umgekehrt? Ein Feld, in dem die Commons-Bewegung von der Degrowth-Bewegung lernen kann, sind die ökologischen Kreisläufe im globalen Zusammenhang. Die Beschreibung und Analyse von lokalem und praktischem Wissen ist bei Commonern stark und tiefgehend ausgeprägt. Die Erforschung der planetaren Grenzen und globaler ökologischer Kreisläufe ist hingegen etwas, das die Degrowth-Wissenschaft vergleichsweise stärker betreibt. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass Aktivist*innen der Commons-Bewegung eine Commons-Welt für möglich halten, ist Austausch an dieser Stelle fruchtbar und könnte vor unangebrachtem Optimismus wie auch unrealistischen Szenarien bewahren.

Umgekehrt könnte die Degrowth-Bewegung sich von der Commons-Perspektive inspirieren lassen. Bei Degrowth geht es vielfach um relativ abstrakte Kennziffern zu CO₂-Emissionen, Wirtschaftswachstum oder Rohstoffverbrauch, aus denen Konsumkritik und Verzichtsforderungen für den globalen Norden abgeleitet werden. Aus Commons-Perspektive treten qualitative Unterschiede und strukturell-systemische Veränderungsnotwendigkeiten stärker in den Vordergrund. Kritisiert wird Konsum, der nicht auf Bedürfnisbefriedigung abzielt, sondern auf Status oder Mehrwertproduktion, und es wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass ein volles, genussreiches Leben für alle erreichbar ist. Das heißt, es geht nicht primär um individuellen Verzicht, sondern unter der Prämisse der kollektiven Selbstentfaltung aller darum, wer was, wie und warum herstellt und (ver)nutzt.

Vor dem Hintergrund des Prinzips »Beitragen statt tauschen« wird die Geld- und Tauschlogik in Commons-Kreisen grundsätzlich kritisiert. Mit Blick auf die Frage einer Reformierung der Geldsysteme wird diskutiert, ob

diese dabei hilft, jene Logik zu überwinden, oder ob sie sie eher verfestigt. Als langfristige Commons-Vision kann wohl eine Gesellschaftsform gelten, die sich vom Tausch als gesellschaftlichem Vermittlungsmodus freimacht. Auch ist in der Commons-Bewegung eine grundsätzlich kritische Haltung staatlichen Institutionen gegenüber vorhanden – nicht nur weil Markt und Staat maßgeblich für diverse Einhegungen verantwortlich gemacht werden, sondern auch weil Commons nicht zentralisiert funktionieren. Dies ist auch eine wesentliche Abgrenzung der Commons-Bewegung zum marxistisch-staatszentrierten Kommunismus. Die Verortung von Commons jenseits von Markt und Staat lässt erahnen, dass die Commons-Aktivist*innen sowohl mit marktwirtschaftlichen als auch mit nationalstaatlichen Prinzipien brechen wollen. Normative Grundlage, so lässt sich sagen, ist dabei die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Formen der Herrschaft. Eine stärkere Beachtung solcher Diskurse, die Staat und Markt als gesellschaftsbestimmende Institutionen kritisch diskutieren, könnte die Degrowth-Bewegung bereichern und dazu beitragen, strukturelle Hindernisse für eine Postwachstumsgesellschaft sichtbar zu machen.

Grundsätzliche Technologiekritik, die sich zum Beispiel an Ivan Illich (1998) orientiert und sich in Degrowth-Kontexten findet, wird in zeitgenössischen Commons-Kreisen konstruktiv gewendet, indem gefragt wird: Welche Ausgestaltung von Technologien entspricht menschlichen Bedürfnissen und wem nützt Technik wozu? Unter anderem durch die starke Verwurzelung in der digitalen Welt und aufgrund der Beteiligung eher technikaffiner Menschen in Hacker- und Maker-Spaces und in der Open-Hardware-Szene ist ein gewisser Technologieoptimismus vorhanden (vgl. Siefkes 2013). Technologiekritik und Technikoitismus gehen dabei Hand in Hand: Während die einen sich mit der Kritik an heutigen, als problematisch wahrgenommenen Technologien beschäftigen, entwickeln die anderen neue, die nach anderen Prinzipien, wie Modularität, Reparierbarkeit oder Ressourcenschonung, funktionieren – Prinzipien, die auch mit Degrowth-Ansprüchen vereinbar sind. Das Projekt *Open Source Ecology* zum Beispiel hat es sich zur Aufgabe gemacht, fünfzig industrielle Maschinen zu bauen, die ein kleines Dorf braucht, damit die Bewohner*innen nachhaltig sowie relativ autark ein gutes Leben führen können.

Wie eingangs erwähnt, scheint viel Degrowth in Commons zu stecken und viel Commons in Degrowth. Ähnlich verhält es sich auch mit anderen in diesem Projekt versammelten Strömungen. Viele der Anregungen werden in Commons-Zusammenhängen diskutiert und praktisch umgesetzt. Auf Gleichberechtigung abzielende Perspektiven zu Mensch-Natur-Verhältnissen, wie beispielsweise in Umwelt- und Tierschutzkreisen und in verschiedenen Gerechtigkeitsdiskursen, spielen ebenso eine Rolle wie das Ziel eines gleichberechtigten Miteinanders der Menschen, wie es zum Beispiel No-Border-Gruppen fordern, die sich eine Welt ohne Staatsgrenzen wünschen. Insbesondere viele Souveränitätsbewegungen (etwa für Lebensmittelsou-

ränität) haben viel mit Commons gemein, geht es ihnen doch um die Möglichkeit, über die je eigenen Lebensbedingungen zu verfügen.⁴ Auf andere Transformationsbemühungen beziehen sich Commons-Aktivist*innen hingegen mitunter kritisch, etwa wenn die vorgeschlagenen Mittel der Umsetzung im Widerspruch zu den jeweiligen Zielen stehen (zum Beispiel wenn sich hierarchisch organisierte politische Parteien für Commons einsetzen). Ebenso werden Ansätze und Umgangsweisen kritisiert, die die zu überwindenden Logiken – Tausch-, Verwertungs- und Geldlogik – ebenso wie Hierarchien und Zwangsverhältnisse unreflektiert reproduzieren beziehungsweise manifestieren (zum Beispiel die Reformierung des Geldsystems durch alternative Tauschwährungen wie Bitcoin).

5. Gemeinsam auf dem Weg in eine postkapitalistische Welt: emanzipatorisch, bedürfnisorientiert, ressourcenschonend und ohne Wachstumszwang

Eine Transformationsperspektive, die den Weg in eine Commons-Gesellschaft vordenkt, wird als Keimform-Ansatz beschrieben (vgl. Meretz 2014b). Diese Perspektive bildet insbesondere im deutschsprachigen Raum einen wichtigen Bezugspunkt. Vereinfacht gesprochen, geht es um die These, dass eine konsequente Praxis von Commons sich im Hier und Jetzt verbreiten und unter anderem aufgrund der Krisenhaftigkeit des heutigen Gesellschaftssystems dazu in der Lage sein könnte, zur gesellschaftsbestimmenden Logik zu werden. Demnach sind im heutigen Commoning die Potenziale einer Commons-Gesellschaft schon angelegt, wenn auch noch nicht voll entfaltet. Dabei finden sich Commons-Projekte immer der Gefahr ausgesetzt, vereinnahmt zu werden. Verteidigungs-, Aneignungs- und Aushandlungskämpfe von gemeinsam verwalteten Ressourcen sind notwendig, solange der hierarchische Nationalstaat und der kapitalistische Markt mit ihren jeweiligen Logiken dominant sind. Diese Kämpfe werden erfolgreicher sein, wenn sie im Kontext einer starken, gemeinsamen und vor allem emanzipatorischen Bewegung stattfinden.

Eine konkrete postkapitalistische Vision ist eine Welt, die nicht hierarchisch ist, sondern netzwerkartig über funktional differenzierte Verbindungspunkte selbstorganisiert ist und in der die individuellen Bedürfnisse aller Personen durch Commons befriedigt werden können. Diese Welt würde sich zudem durch selbstbestimmte und verantwortungsvolle Tätigkeitsverhältnisse auszeichnen, die Freude und Sinn bringen, ohne Ressourcen zu übernutzen oder Ökosysteme zu zerstören. Die Commons-Bewegung vertraut in die menschlichen Potenziale und übersetzt den Nachhaltigkeitsgedanken in die Sprache menschlicher Bedürfnisse: Es gibt ein Bedürfnis,

⁴ Nationalistische und andere Bewegungen, die primär auf den Ausschluss anderer abzielen und sich dabei ebenfalls positiv auf den Souveränitätsbegriff beziehen, sind hier explizit nicht gemeint.

den Planeten zu erhalten, das nur befriedigt werden kann, wenn wir unsere individuelle wie kollektive Bedürfnisbefriedigung im Einklang mit den Grenzen der Erde organisieren. Commoning ist eine konkrete Art und Weise, mit Menschen und nicht menschlicher Natur umzugehen, die nicht auf einem abstrakten Wachstumszwang aufbaut, sondern anerkennt, dass wir Menschen ein (re)produktiver Teil der Erde sind.

Commons mögen langfristig nicht alle Probleme der Welt lösen. Doch wir leben in einer endkapitalistischen Welt, in der sich Gegensätze tendenziell eher verschärfen und Konflikte immer brutaler ausgetragen werden. Da ist die Schaffung positiver Perspektiven, das Formulieren und – mehr als alles andere – das Praktizieren einer solidarischen Vision von besonderer Bedeutung. Für die Zukunft erscheint es aus Bewegungsperspektive wünschenswert, dass eine aufeinander abgestimmte Laufrichtung gefunden wird. Unter dem Stichwort Konvergenz finden derartige Allianzbildungsprozesse (an denen auch zahlreiche andere in diesem Band vertretene Strömungen beteiligt sind) statt. Gleichwohl sollten auch die inhaltlichen Auseinandersetzungen intensiviert werden, um auch strategische Fragen offen und kontrovers zu diskutieren. Nur so kann vermieden werden, dass die unterschiedlichen Strömungen unverbunden nebeneinanderstehen, und wird dafür gesorgt, eine Verbundenheit in Vielfalt entstehen zu lassen. Als gemeinsames Dach könnte sich ein emanzipatorisch verstandener, den Kapitalismus überschreitender Begriff der »sozial-ökologischen Transformation« anbieten. Obwohl er bereits ansatzweise »vernutzt« ist, vermag er wohl den gemeinsamen Zielhorizont der unterschiedlichen Strömungen zu fassen.

Links

Weblog keimform – Auf der Suche nach dem Neuen im Alten:

<http://keimform.de/>

Weblog CommonsBlog – Fundsachen auf der Allmendewiese:

<https://commonsblog.wordpress.com/>

What is Open Hardware? – Blogbeitrag zu freier Hardware:

<https://opensource.com/resources/what-open-hardware>

Verwendete und weiterführende Literatur

Acksel, Britta u. a. (2015): Commoning: Zur Kon-Struktion einer konvivialen Gesellschaft. In: Konvivialismus. Eine Debatte. Adloff, Frank; Volker Heins (Hrsg.). Bielefeld: transcript, S. 133-145. https://commons-institut.org/files/Commoning_Zur_Kon-Struktion_einer_konvivialen_Gesellschaft.pdf; Zugriff: 01. 02. 2017.

Acosta, Alberto (2016): Buen Vivir: Die Welt aus der Perspektive des Buen Vivir überdenken. Degrowth in Bewegung(en). Degrowth Webportal.

Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom. New Haven: Yale University Press.

- Della Porta, Donatella; Diani, Mario** (1999): Social Movements. An Introduction. Malden/Oxford/Melbourne: Blackwell Publishing.
- Euler, Johannes** (2016): Commons-Creating Society: On the Radical German Commons Discourse. Review of Radical Political Economics 48(1): S. 93–110.
- Habermann, Friederike** (2015): Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht. Aus Politik und Zeitgeschichte 35–37/2015: S. 46–52.
- Helfrich, Silke** (2012): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Commons: Für eine Politik jenseits von Markt und Staat. Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). Bielefeld: transcript, S. 85-91.
- Helfrich, Silke; Bollier, David; Heinrich-Böll-Stiftung** (2016): Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns. Bielefeld: transcript.
- Illich, Ivan** (1998): Selbstbegrenzung: Eine politische Kritik der Technik. München: C.H. Beck.
- Ostrom, Elinor** (1999): Die Verfassung der Allmende: Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Meretz, Stefan** (2014a): Grundrisse einer freien Gesellschaft. In: Aufbruch ins Ungewisse: Auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise. Konicz, Tomasz; Rötzer, Florian (Hrsg.). Hannover: Heise, S. 152–182.
- Meretz, Stefan** (2014b): Keimform und gesellschaftliche Transformation. Streifzüge 60: S. 7–9.
- Muraca, Barbara** (2014): Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.
- Siefkes, Christian** (2013): Freie Quellen oder wie die Produktion zur Nebensache wurde. In: »Etwas fehlt« – Utopie, Kritik und Glücksversprechen. Jour Fixe Initiative Berlin (Hrsg.). Münster: Edition Assemblage, S. 255–272. <http://keimform.de/2013/freie-quellen-1>; Zugriff: 01.02.2017.

Degrowth: In Bewegung, um Alternativen zu stärken und Wachstum, Wettbewerb und Profit zu überwinden

Corinna Burkhart, Dennis Eversberg,
Matthias Schmelzer und Nina Treu

Wir schreiben diesen Text als EditorInnen und KoordinatorInnen des Projekts *Degrowth in Bewegung(en)* zusammen mit Dennis Eversberg. Wir sehen uns als Teil der Degrowth-Bewegung in Deutschland und in Europa. Corinna Burkhart ist durch ihr Studium und durch ein Praktikum bei *Research & Degrowth* auf Degrowth gestoßen, sie arbeitet seit 2014 beim *Konzeptwerk Neue Ökonomie*. Dennis Eversberg ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaften an der Uni Jena, wo er zur sozialen Zusammensetzung, Motivationen und Praxis in der Degrowth-Bewegung forscht. Matthias Schmelzer ist Wirtschaftshistoriker und Aktivist, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Zürich und als freier Mitarbeiter beim *Konzeptwerk*. Nina Treu hat 2011 das Konzeptwerk in Leipzig mitgegründet und arbeitet seit 2014 zu Degrowth. – Dieser Text beantwortet nur die Fragen 1 und 2 des Projekts. Die Auseinandersetzung mit den Fragen 3, 4 und 5 erfolgte erst nach Fertigstellung aller Texte und einem gemeinsamen Auswertungstreffen – das Ergebnis findet sich im Abschlusskapitel dieses Buches.

1. Wachstum, Wettbewerb und Profit überwinden – für eine global gerechte, sozial-ökologische Wirtschafts- und Lebensweise

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leitprinzip »höher, schneller, weiter« bedingt und befördert eine Sozialordnung der allgegenwärtigen Konkurrenz in allen Lebensbereichen. Dies führt zum einen zu Zwängen sozialer Beschleunigung, die die Überforderung und Ausgrenzung vieler Menschen bedingen. Zum anderen zerstört die steigerungsfixierte Wirtschaftsweise die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen sowie die Lebensräume von Pflanzen und Tieren.

Degrowth steht für einen Transformationspfad hin zu Formen des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen (Selbst-)Organisation, in denen das



Demonstration »genug ist genug für alle« im Rahmen der Degrowth Konferenz 2014 in Leipzig. (Foto: CC-BY-SA Klimagerechtigkeit Leipzig)

Wohlergehen aller im Zentrum steht und die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten werden. Dies schließt eine grundlegende Veränderung der alltäglichen Praxis im Umgang miteinander und einen umfassenden kulturellen Wandel ebenso ein wie eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren Wachstums-, Wettbewerbs- und Profitzwängen. Degrowth ist kein geschlossenes Alternativmodell, kein fertiger Plan, der sich am Reißbrett entwerfen lässt. Vielmehr geht es darum, zentrale Bereiche des Wirtschaftens und Lebens zu repolitisieren, um gemeinsam Alternativen zu erdenken, auszuprobieren und zu erkämpfen. Die gemeinsamen Werte der gewünschten Transformation sind Achtsamkeit, Solidarität und Kooperation. Ziel ist ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle – und damit das möglich wird, müssen gesellschaftliche Praktiken und Formen entwickelt werden, in denen sich Menschen als Teil des planetarischen Ökosystems begreifen und dementsprechend leben können.

Bei Degrowth geht es ausdrücklich um die hoch industrialisierten Länder des globalen Nordens, auch wenn soziale Bewegungen aus dem Süden wichtige Bündnispartnerinnen sind, beispielsweise die von indigenen Traditionen geprägten Diskussionen zu Buen Vivir, Postextraktivismus und die Graswurzel-Umweltbewegungen der Armen. Rohstoff-, Ressourcen- und Landverbrauch sowie Abfallaufkommen und Emissionen der reichen Länder sollen auf ein Niveau gesenkt werden, das langfristig nachhaltig ist und den Ländern des Südens gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten lässt.

Alternativvorstellungen in der Degrowth-Bewegung

Die folgenden Vorstellungen von gesellschaftlichen Alternativen sind zentrale Elemente der Degrowth-Bewegung:

- ◆ Eine Orientierung am guten Leben für alle und damit an der Befriedigung konkreter menschlicher Bedürfnisse. Dazu gehören Entschleunigung, Zeitwohlstand und Konvivialität, also der Einsatz für die Qualität und Herrschaftsarmut menschlicher Beziehungen.
- ◆ Die Betonung der Veränderbarkeit sozialer Ordnungen und eine Orientierung an Suffizienz – statt der Fixierung auf technologische Neuerungen und Effizienzsteigerung – als Strategien zur Bewältigung ökologischer Probleme. Aus der Degrowth-Perspektive ist die These von der Möglichkeit einer absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch historisch widerlegt und technologisch-politisch unrealistisch. Daher werden Alternativen jenseits ökologischer Modernisierung und grünen Wachstums gesucht.
- ◆ Gesellschaftlich ausgehandeltes, politisches Entscheiden darüber, wovon es künftig mehr, vor allem aber auch, wovon es weniger geben soll. Kandidaten für einen Rückbau wären aus einer Degrowth-Perspektive etwa fossilistisch-industrielle Sektoren, Militär, Rüstung und Werbung sowie der Individual- und Flugverkehr. Ausgeweitet werden könnten dagegen zum Beispiel soziale und kollektive Infrastrukturen, eine ökologische Kreislaufwirtschaft, dezentrale und erneuerbare Energiequellen in Gemeineigentum, der Sektor der Sorgearbeit, der Bildung und die solidarische Ökonomie.
- ◆ Eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen – sowohl global als auch national – und die Transformation der sozialen Sicherung. Neben dem bedingungslosen Grundeinkommen – teils auch nicht als Geldleistung, sondern in Form sozialer Infrastruktur – fordern viele ein Maximaleinkommen.
- ◆ Das In-den-Vordergrund-Stellen der Reproduktion des Lebens. Ziel ist, den Bereich der Fürsorge der Produktion und Verarbeitung von Waren über- statt unterzuordnen. Ein möglicher erster Schritt wäre die radikale Verkürzung der Lohnarbeit für alle.
- ◆ Befreiung vom einseitigen westlichen Entwicklungsparadigma, um eine selbstbestimmte Gestaltung von Gesellschaft und ein gutes Leben im globalen Süden zu ermöglichen.
- ◆ Ein Ausbau demokratischer Entscheidungsformen, auch im Bereich der Wirtschaft, um echte politische Teilhabe zu ermöglichen. Das Einüben basisdemokratischer und konsensorientierter Prozesse ist zentraler Bestandteil der Bewegungspraxis.

- ◆ Regional verankerte, aber miteinander vernetzte und offene Wirtschaftskreisläufe. Weil internationaler Handel soziale Spaltungen vertieft und ökologische Nachhaltigkeit verhindert, geht es um eine tendenzielle Deglobalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Aber Degrowth steht weder für kulturelle Abschottung noch für homogene Bioregionen oder konkurrenzbasieren wirtschaftlichen Protektionismus, sondern für offene Formen der demokratischen Relokalisierung.

Bei all diesen Elementen ist der Gedanke zentral, dass Veränderungen hin zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft auf globaler Ebene nur durch eine Kombination unterschiedlicher Strategien erreicht werden können: Wissenschaft und Forschung sind dafür ebenso wichtig wie Aktivismus und praktische Projekte, die im Hier und Jetzt Alternativen anstoßen.

Degrowth ist also weit mehr als nur eine Kritik an Wachstum: Es geht darum, die Bedingungen eines guten Lebens für alle zu schaffen. Konservative, rassistisch-nationalistische und sexistische Formen der Wachstumskritik widersprechen somit dem Kern von Degrowth, der grundsätzlichen Orientierung an einem guten Leben, gleichen Rechten und Freiheiten für alle Menschen weltweit, und haben deshalb im Rahmen von Degrowth keinen Platz.

Die Entstehung der Degrowth-Bewegung

Die heute internationale Degrowth-Bewegung nahm ihre Anfänge in Frankreich in den frühen 2000er Jahren. Wachstumskritik als solche gibt es aber schon fast so lange wie Wirtschaftswachstum selbst. Wichtig dabei waren seit den 1970er Jahren vor allem die sehr breit wahrgenommene Studie zu

.....
Der volle Innenhof der Leipziger Universität während der Degrowth Konferenz 2014.

(Foto: CC-BY-SA, Eva Mahnke)





Camp der Degrowth-Sommerschule 2015, die in Verbindung mit dem Klimacamp im Rheinland stattfand.

(Foto: CC BY 2.0, 350.org)

den »Grenzen des Wachstums« (1972) sowie die Arbeiten diverser Intellektueller und Ökonom_innen wie André Gorz, Nicholas Georgescu-Roegen oder Claudia von Werlhof.

Mit der Veröffentlichung eines Sonderhefts des Magazins *Silence* zum Thema »La Décroissance« (französisch für Degrowth) kam 2002 in Frankreich eine neuerliche wachstumskritische Debatte in Gang. In Paris fand dann 2008 die erste *Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit* statt. Bei der Konferenz wurde der englische Begriff Degrowth verwendet und so auch in die internationale wissenschaftliche Debatte eingebracht. Es folgten weitere internationale Degrowth-Konferenzen 2010 in Barcelona, 2012 in Venedig und 2014 in Leipzig. Die Konferenzen erleben seit 2008 einen stetigen Anstieg der Teilnehmendenzahlen – darunter sowohl Wissenschaftler_innen diverser Disziplinen als auch Aktivist_innen und Praktiker_innen. Sie dienen der Degrowth-Bewegung als Treffpunkt, Diskussions-, Lern- sowie Vernetzungsort und bescherten ihr zunehmende öffentliche Aufmerksamkeit. Die bisher wichtigs-

ten Ereignisse der Degrowth-Bewegung im deutschsprachigen Raum waren die Leipziger Degrowth-Konferenz 2014, an der über 3000 Menschen teilnahmen, der schon 2011 von *Attac* organisierte Kongress *Jenseits des Wachstums?!* in Berlin sowie jüngst die Degrowth-Sommerschule. Letztgenannte findet 2016 zum zweiten Mal im Rahmen des rheinländischen Klimacamps statt.¹

2. Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik: sozial homogen, aber inhaltlich vielfältig – und kapitalismuskritisch

Die Degrowth-Bewegung in Deutschland ist sehr dezentral organisiert. Es gibt weder ein formelles Netzwerk noch ein organisierendes Zentrum, sondern eine große Vielfalt von Einzel- und kollektiven Akteur_innen.

Zunächst wären da einige Organisationen, die sich mit Degrowth beschäftigen, beispielsweise das *Netzwerk Wachstumswende* mit dem *Förderverein Wachstumswende* oder das *Konzeptwerk Neue Ökonomie*, welches das *Degrowth-Webportal* betreibt und die dort verzeichneten Projekte initiiert und mitträgt. Seit dem Kongress *Jenseits des Wachstums?!* 2011 in Berlin ist eine gleichnamige bundesweite *Attac*-Arbeitsgruppe aktiv, und auch einige lokale *Attac*-Gruppen arbeiten zum Thema. Neben diesen vergleichsweise großen oder bekannten Gruppen und Institutionen engagieren sich auch viele kleinere, vor allem lokale Akteur_innen im Bereich Wachstumskritik und Alternativen. Dies ist besonders durch die große Resonanz und die Vielzahl an Veranstaltungen auf der Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014 deutlich geworden. Auch in großen, nicht auf Degrowth fokussierten Organisationen wie politischen Stiftungen und Umweltverbänden bringen sich Einzelpersonen oder Abteilungen mit Veranstaltungen, Diskussionsbeiträgen oder Publikationen aktiv in die Debatte ein. Schließlich beschäftigen sich auch ökologisch orientierte Wirtschaftswissenschaftler_innen mit Degrowth, vor allem im Rahmen der *Vereinigung für ökologische Ökonomie (VÖÖ)* und der *Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW)*. Das *Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)* betreibt den Blog www.postwachstum.de, und an der Universität Oldenburg gibt es seit 2008 die regelmäßige Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie.

Die Degrowth-Bewegung als Ganzes wurde besonders durch die großen, basisdemokratisch arbeitenden Organisationskreise, die in die internationale Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig und in die Degrowth-Sommerschulen 2015 und 2016 im rheinischen Braunkohlegebiet involviert waren, vorangebracht.

¹ Eine ausführliche Geschichte der Degrowth-Bewegung findet sich auf dem Degrowth-Webportal unter: <http://www.degrowth.de/de/eine-geschichte-von-degrowth/>.

Degrowth in Europa

Neben den bisher vorgestellten Akteur_innen der deutschen Degrowth-Bewegung gibt es vor allem in Südeuropa eine wachsende Degrowth-Bewegung. So nahmen die internationalen Konferenzen 2008 in Paris ihren Anfang und wurden dann von der in Spanien und Frankreich aktiven Gruppe *Research & Degrowth (R&D)* fortgeführt. *R&D* ist vor allem wissenschaftlich aktiv, stark in Barcelona und Umgebung lokalisiert und arbeitet an einer stärkeren Verbreitung von Degrowth-Ideen im akademischen Diskurs. In Frankreich zentriert sich die Bewegung vor allem um die regelmäßig erscheinenden Magazine *Silence* und *La Décroissance*. Zudem gibt es die Partei *Parti pour la Décroissance*, welche im parteipolitischen Raum, aber auch mit Informationsvermittlung und Publikationen aktiv ist. In Italien existiert die Gruppe *Rete per la decrescita*, die wissenschaftlich arbeitet, sowie die *Movimento per la Decrescita Felice*, die sehr stark in Lokalgruppen verankert ist, sich für freiwillige Einfachheit einsetzt und vor allem eine alternative, eine »gute Praxis« vorantreibt. Auch in Osteuropa gibt es Gruppen, die sich mit Degrowth beschäftigen; durch die im Herbst 2016 durchgeführte Degrowth-Konferenz in Budapest bekamen sie verstärkt Aufmerksamkeit und Schwung. Darüber hinaus entstehen Forschungs- und kleine praktische Projekte in verschiedenen europäischen Ländern (zum Beispiel *Can Decreix* in Frankreich), die sich mehr oder weniger explizit auf Degrowth beziehen.

Allianzen und Zusammenarbeit

Neben wachstumskritisch arbeitenden Gruppen gibt es sowohl in Deutschland als auch in anderen Teilen des globalen Nordens eine enge Vernetzung mit der und durch die alternativ-ökonomische Szene: Commons, solidarische Ökonomie, Transition-Towns, Gemeinwohlökonomie, Share-Economy, Plurale Ökonomie, Gemeinschaftsgärten, Umsonst- und Tauschläden etc. Die Übergänge zu Degrowth sind dabei durchaus fließend. Auch Kooperationen mit wissenschaftlichen Instituten, entwicklungspolitischen Förde-

.....
Workshop bei der Sommerschule »Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit«.

(Foto: CC BY 2.0, 350.org)



ern und politischen Stiftungen, punktuell auch mit parteipolitischen Vertreter_innen sind zu nennen.

Publizieren und Praktizieren

Degrowth ist einerseits ein Vorschlag für eine weitreichende gesellschaftliche Transformation – und in diesem Sinne geht es darum, eine gesellschaftliche und akademische Diskussion durch Publikationen², Websites, Veranstaltungen und Konferenzen voranzubringen. Andererseits verbindet Degrowth auch eine Vielzahl an praktisch ausgerichteten Projekten und zeichnet sich durch spezifische politische und Alltagspraktiken aus. So werden die Degrowth-Großveranstaltungen durch basisdemokratische Organisationskreise vorbereitet, das Essen ist regional, biologisch, vegan und kollektiv zubereitet, und die Finanzierung läuft nur über politisch nahestehende Organisationen. In Degrowth-Kreisen typische Praktiken sind zum Beispiel: eine möglichst ökologische Mobilität, das Mitwirken in Gemüsekooperativen, Leben in Hausprojekten oder in anderen alternativen Wohnformen und die Teilnahme an direkten Aktionen.

Grundkonsens in der Degrowth-Bewegung in Deutschland

Auskunft über die Konzepte und Ideen jener Menschen, die im Degrowth-Spektrum *praktisch aktiv* sind, liefert eine Befragung der Teilnehmenden an der Degrowth-Konferenz in Leipzig 2014.³

Die Studie zeigt, dass in der Degrowth-Szene vor allem Menschen aus einem studentischen, akademischen und städtischen Mittelschichtmilieu aktiv sind, eine Mehrheit ist zwischen 20 und 35 Jahre alt, es sind vor allem *weiße* Menschen und viele Jüngere politisieren sich durch dieses Thema. Menschen, die sich der Degrowth-Bewegung zugehörig fühlen, teilen jenseits aller sonstigen Unterschiede einen wachstumskritischen Grundkonsens, der sich in etwa folgendermaßen zuspitzen lässt:

»Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion, daher wird in den Industrieländern Schrumpfung notwendig sein. Das bedeutet auch, dass wir auf Annehmlichkeiten werden verzichten müssen, an die wir uns gewöhnt haben. Die notwendige Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft muss friedlich sein und von unten kommen, sie läuft auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus, und weibliche Emanzipation muss dabei ein zentrales Thema sein.« (vgl. Eversberg/Schmelzer 2015)⁴

2 Eine Vielzahl von Publikationen sind in der Mediathek des Degrowth-Webportals zu finden: <http://www.degrowth.de/de/mediathek/>.

3 Beteiligung: 814 von etwa 3000 Teilnehmenden.

4 Dieser »Grundkonsens« ergibt sich aus den sieben von 29 vorformulierten Aussagen im Fragebogen, zu denen weniger als 100 der 814 befragten Personen eine zur Mehrheitsmeinung konträre Position eingenommen hatten – er würde deshalb sicher nicht von allen Befragten in dieser Form unterschrieben werden.

Strömungen im Postwachstumsdiskurs

Dennoch zeichnet sich der wachstumskritische Diskurs durch eine starke inhaltliche Heterogenität aus. Es gibt verschiedene Versuche, diese Vielfalt wachstumskritischer Akteur_innen genauer zu fassen. Anhand der Texte von Protagonist_innen lässt sich eine prominent von Meinhard Miegel repräsentierte *konservative*, eine etwa von Angelika Zahrt vertretene *sozialreformistische* und eine vor allem von Niko Paech verkörperte *suffizienzorientierte* Strömung in der deutschen Postwachstumsdebatte unterscheiden. Zudem gibt es eine – weniger stark an einzelne Exponent_innen geknüpfte – *kapitalismuskritische* und eine *feministische Richtung* (vgl. Schmelzer 2015). Diese Unterscheidung bezieht sich in erster Linie auf typische Positionen im Postwachstumsspektrum, wie sie sich in Büchern oder Artikeln nachlesen lassen. Die Postwachstumsdebatte ist allerdings nicht umstandslos gleichzusetzen mit *Degrowth* als Diskurs und Bewegung: So haben die Diskussionen und Veranstaltungen der letzten Jahre deutlich gemacht, dass insbesondere die konservative Wachstumskritik à la Miegel in der jüngeren und internationaler ausgerichteten Degrowth-Szene keinen Rückhalt hat.

Inhaltlich-politische Strömungen in der Degrowth-Bewegung

Eine andere Möglichkeit, die inhaltliche Bandbreite und die inneren Spannungen der Degrowth-Bewegung zu beschreiben, bietet die weiter oben bereits genannte Studie, in der fünf Strömungen unterschieden werden: suffizienzorientierte Zivilisationskritik, immanenter Reformismus, voluntaristisch-pazifistischer Idealismus, modernistisch-rationale Linke und liber-täre Praxislinke (ausführlich: vgl. Eversberg/Schmelzer 2016). Dies zeigt, wie vielfältig die Degrowth-Bewegung ist, und zwar

- ◆ sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Perspektiven (von Nähe zur Natur über Technikoptimismus bis hin zu radikaler Kapitalismuskritik),
- ◆ der Organisationsformen (von großen Organisationen über Alternativprojekte bis hin zu aktivistischen Bündnissen)
- ◆ und der politischen Praxis (von Petitionen über Aussteigertum bis zu direkten Aktionen)
- ◆ als auch bezüglich der politischen Hintergründe (von wenig politisiert über Alternativmilieus bis hin zur klassischen Linken).

Diese Breite und Vielfalt ermöglichen der Degrowth-Bewegung potenziell breite Allianzen. Und viele Aktive fühlen sich auch anderen Bewegungen und Diskussionszusammenhängen zugehörig – unter anderem jenen, die im Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* vertreten sind. Häufig wird Degrowth dabei auch als zusammenführender Treffpunkt oder als Plattform, als gemeinsamer Diskussions- oder Bewegungsraum wahrgenommen.

Links

Degrowth-Webportal: <http://www.degrowth.de/>

Netzwerk Wachstumswende: <http://www.wachstumswende.de/>

Blog Postwachstum: <http://www.postwachstum.de/>

Website von Research & Degrowth: <http://www.degrowth.org/>

Methodenheft Endlich Wachstum: <http://www.endlich-wachstum.de/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Brand, Ulrich (2014): Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?

Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2014: S. 29–32.

<http://www.degrowth.de/wp-content/uploads/2014/08/bran1014.pdf>;

Zugriff: 01.02.2017.

D’Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgos (Hrsg.) (2014):

Degrowth: A Vocabulary for a New Era. New York/London: Routledge.

Eversberg, Dennis; Schmelzer, Matthias (2016): Über die Selbstproblematik zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 1/2016: S. 9–17.

forschungsjournal.de/sites/default/files/downloads/fjsb_2016-1_eversberg_schmelzer.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Muraca, Barbara (2013): Décroissance; A project for radical social transformation. *Environmental Values* 22: S. 147–169.

Muraca, Barbara (2014): Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.

Schmelzer, Matthias (2014): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. <https://www.degrowth.de/de/was-ist-degrowth-texte/>; Zugriff: 01.02.2017.

Demonetarisierung: Geld ist das Problem!

Andrea*s Exner, Justin Morgan,
Franz Nahrada, Anitra Nelson, Christian Siefkes

Wir sind eine Ad-hoc-Gruppe der offenen E-Mail-Liste *demonetize.it*.

1. Geld ist das Problem

Die Zielperspektive der Demonetarisierung besteht darin, uns von Geldverhältnissen zu befreien: Für eine bessere Gesellschaft sind der Markt und das Kaufen und Verkaufen erheblich einzuschränken und schließlich abzuschaffen. Dies ist nur möglich durch bewusste und partizipative Formen der Kooperation.

Die theoretische Perspektive der Demonetarisierung gründet letztlich auf den Analysen von Karl Marx, ergänzt und verändert jedoch durch feministische und ökologische Blickwinkel. Eine grundlegende Einsicht des Ansatzes lautet, dass Geld, Tausch und Wert historische soziale Formen darstellen: Es handelt sich dabei um Produkte einer Gesellschaft und nicht um unabänderliche Tatsachen. Sie erscheinen bloß als solche, weil sie sich durch unsere individuelle Sozialisation und in unser Alltagsleben tief eingeschrieben haben. Verabschieden wir uns von Geldverhältnissen, so gibt es fraglos eine Reihe von Ansätzen, aus denen wir wählen können, um Ressourcen zu teilen, Arbeiten zu planen, Produkte zu verteilen und Entscheidungen zu treffen. Die Visionen einer geldfreien Gesellschaft sind vielfältig. Sie enthalten Konzepte wie die Commons, die Peer-Produktion, die Arbeiter_innen-Selbstverwaltung, die Stigmergie (»Selbst-Auswahl«)¹ und die freiwillige Kooperation ebenso wie die Geschenkökonomie und die solidarische Ökonomie.

Während Demonetarisierung als solche eng definiert ist, schätzen deren Vertreter_innen die Folgen recht unterschiedlich ein. Auch in normativen

¹ Wikipedia zu »Stigmergie«: »Ist ein Konzept zur Beschreibung einer besonderen Form der Koordination von Kommunikation in einem dezentral organisierten System, das eine große Anzahl von Individuen umfasst. Dabei kommunizieren die Individuen des Systems nicht unmittelbar, sondern nur indirekt miteinander, indem sie ihre lokale Umgebung modifizieren. Das gemeinsam Erstellte wird gleichsam zum Auslöser (vergl. Emergenz <https://de.wikipedia.org/wiki/Emergenz>) von Anschlussaktivitäten und zur allgemeinen Anleitung dafür, wie mit dessen Erstellung fortzufahren ist.«



Die Collage zeigt von links nach rechts: das Open Architecture Network stellt Baupläne und andere Designs Interessierten frei zur Verfügung. Hier wird in Pakistan ein erdbebensicheres Haus gebaut; Titelseite des 2015 in Deutschland veröffentlichten Pamphlets »Ich tausche nicht mehr, Ich will mein Leben zurück«. Das Logo von der Website demonetize.it. (Bild: <https://dl.dropboxusercontent.com/u/8653486/DemonetizationMontage.png>)

Fragen, die das Verständnis von Freiheit und Glück betreffen, die Vorstellung einer ethisch gerechten Gesellschaft und die Frage, welche Methoden des Übergangs legitim, effektiv oder machbar sind, besteht keine Einigkeit.

Demonetarisierung zielt auf eine Alternative zum Tausch sogenannter Äquivalente (von Wertgleichem) im Allgemeinen und zur Idee eines gemeinsamen Wertstandards ab. Die Argumente für eine Demonetarisierung teilen als gemeinsame Annahme, dass Geld und der Tausch von Äquivalenten (Märkte) das Potenzial einer Gesellschaft, die Bedürfnisse aller zu befriedigen, limitieren – im Gegensatz zu vielen Bewegungen, die Geld als neutrales Medium eines freien Austauschs sehen.

Märkte, Geld und Wachstum sind nicht voneinander zu trennen

Gesellschaftliche Bedürfnisse streben danach, das Produktionspotenzial auszuschöpfen, während es von anderen Faktoren – wie der begrenzten Verfügbarkeit von Rohstoffen, Technologien und Wissen sowie sozialen oder politischen Regulierungen – eingeschränkt wird. Wie viel produziert wird, unter welchen Arbeitsbedingungen sowie die Art der Produkte werden in einer Marktwirtschaft von der Kaufkraft der Konsumierenden bestimmt und von den Profiterwartungen der Unternehmenseigner_innen. Konkrete menschliche Bedürfnisse zu erfüllen, ist dann nicht das Hauptziel oder -kriterium des Erfolgs. Hunger, Wohnungslosigkeit, sozialer Ausschluss, psychische Frustration und anderes menschliches Leiden stehen nicht im Widerspruch zu einer monetarisierten Produktion. In vielen Fällen sind die materiellen und technologischen Ressourcen vorhanden, die notwendig wären, um solches Leiden – wie Hunger und vermeidbare Krankheiten – zu verhindern. Doch

ist der Markt nicht in der Lage, diese Ressourcen bereitzustellen, weil die Menschen, denen diese Ressourcen nützen würden, nicht über das nötige Geld verfügen. Diese Art von Leiden ist ein unausweichliches Ergebnis einer monetarisierten Produktion, in der jene, die investieren, darüber bestimmen, was, wie und für wen produziert wird. Produktion findet nur statt *durch* jene, die Geld haben, und nur *für* jene, die Geld haben und den Wunsch, etwas zu kaufen – nicht auf der Basis realer Bedürfnisse.

In einer monetarisierten Welt ist darüber hinaus das Bedürfnis, Geld zu verdienen, »Geld zu machen«, Geld auszugeben und Einnahmen und Ausgaben in der Waage zu halten, entscheidend für unser Gefühl von Selbstwert und für unseren individuellen Status. Die Konkurrenz ist eine notwendige Eigenschaft eines freien Marktes; die darin Agierenden erzeugen Produkte nicht zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse, sondern sie sind Angestellte in privaten Firmen, die für den Verkauf und mit dem Ziel, Profit zu machen, produzieren. Ökonomische Krisen, Währungs- und Finanzkrisen sind eng mit dem Mangel an Koordination zwischen Produktion und Verteilung in einer monetarisierten Ökonomie verbunden: Dass ein Produkt hergestellt wurde, heißt nicht, dass es sich verkaufen wird. Die systematische Überproduktion führt in Marktwirtschaften zur Vergeudung von Ressourcen ebenso wie zu Bedürfnissen, die nicht befriedigt werden. Zugleich bedingt sie Zusammenbrüche, sei es von einzelnen Unternehmen, ganzen Wirtschaftssektoren oder Volkswirtschaften. Diese und damit verbundene sogenannte »Umbrüche« und »Innovationen« schlagen unsichtbare Wunden in das soziale Gewebe, die nur selten heilen. Auch zerstören sie die allgemeine Planungssicherheit sowie kulturelle Traditionen.

Aufgrund der monetären Bewertung und Bilanzierung des gesamten Prozesses der Produktion ist das Management in erster Linie damit beschäftigt, das eigene Einkommen zu optimieren – ungeachtet der damit verbundenen ökologischen und sozialen Folgen. Daher ist in einer monetarisierten Ökonomie Postwachstum als bewusste und sozial legitime Reduktion von Material- und Energiedurchsatz sowie ökonomischer Aktivität schwer vorstellbar, denn dies würde massive finanzielle Verluste nach sich ziehen. Gleichwohl ist Postwachstum in den fortgeschrittenen Ökonomien dringend notwendig, um eine nachhaltige Nutzung der limitierten Ressourcen des Planeten zu gewährleisten.

Die genannten Kritiken und Probleme treffen auf jede (mögliche/zukünftige) Gesellschaft zu, die auf einem System monetären Tausches (also einer Marktwirtschaft) beruht. In einer Marktwirtschaft hängt alle Produktion ab vom Kapital. Es macht keinen Unterschied, ob dieses Kapital durch Kredit bereitgestellt wird, mit oder ohne Zinsen, ob es vom Staat verwaltet wird, von privaten Unternehmen oder durch Kooperativen, oder ob es in einer Lokalwährung, einer nationalen Währung oder durch eine Weltwährung ausgedrückt wird. Gesellschaftliche Bedürfnisse werden hier wie dort ignoriert, Konkurrenz führt zu Überproduktion und Krise. Postwachstum würde

zu einem finanziellen Verlust führen, der die Produktion selbst bedrohen würde. Nur eine demonetariserte Gesellschaft ist zu Postwachstum fähig.

Visionen einer geldfreien Wirtschaft

Die Idee, das Geld abzuschaffen, ist nicht neu. Innerhalb der sozialistischen Bewegungen haben sowohl Marxist_innen als auch Anarchist_innen eine Wirtschaft ohne Geld und Tausch propagiert, ebenso wie die Zeitgeist-Bewegung heute. Sie verwendeten jedoch nicht den Begriff Demonetarisierung. Heute begünstigen beispielsweise freie und Open-Source-Software-Projekte das freie Teilen – anstelle von Tausch und monetärem Gewinn –, ohne sich als demonetaristisch zu bezeichnen. Jene, die das Label Demonetarisierung verwenden, zielen darauf ab, Geld und Tausch wieder in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken – beispielsweise indem ein Sozialismus ohne Markt gegenüber einem Marktsozialismus vertreten wird oder indem geliebte Alternativen der Demonetarisierung hervorgehoben werden.

Es gibt keine einheitliche Vision einer geldfreien Wirtschaft – wie sie aussehen und funktionieren könnte –, da Demonetarisierung vor allem eine diskursive Intervention darstellt und kein Wirtschaftssystem. So plädieren beispielsweise Anarcho-Kommunist_innen, die ihre Theorie auf Arbeiten von Peter Kropotkin, Errico Malatesta und Mikhail Bakunin gründen, dafür, Geld durch eine agro-industrielle Föderation zu ersetzen, die auf freiwilliger Kooperation zwischen den Produzierenden basiert, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Ideen der Arbeiter_innen-Selbstverwaltung und rechenschaftspflichtige Systeme der Delegation sind für diesen Ansatz entscheidend. Die Open-Source-Bewegung hingegen verfügt über keine revolutionäre Vision – wir können aber durchaus visionäre Tendenzen ableiten. So könnte eine Commons-basierte Peer-Produktion verallgemeinert werden, indem das Konzept der Stigmergie genutzt würde, um Arbeit zu verteilen. Auch die Geschenkökonomie als Wirtschaftsform, die von Gesellschaften und Gruppen damals wie heute umgesetzt wird, kann die Grundlage eines geldfreien wirtschaftlichen Systems oder eine Ergänzung dazu liefern. Die meisten Visionen von Demonetarisierung weisen Zwangsmethoden zurück und schlagen Lösungen jenseits des Staates vor. Was die richtige Balance zwischen kollektiven und individuellen Freiheiten in einer demonetarierten Gesellschaft anbelangt, bestehen gleichwohl Meinungsverschiedenheiten.

Das unbestrittene Kennzeichen und Grundprinzip einer demonetarierten Wirtschaft jedenfalls ist eine Produktion für den Gebrauch anstelle des Profits. Das bedeutet, dass bei Produktionsentscheidungen ökologische Faktoren beachtet werden können. Ebenso bedeutet es, dass Überproduktion vermieden wird, da die Produzierenden miteinander kooperieren, um die Nachfrage auf Grundlage menschlicher Bedürfnisse zu decken. Eine demonetarierte Wirtschaft erlaubt außerdem, die Gesamtarbeitszeit der Menschen zu verkürzen. Denn sie werden nicht mehr das Bedürfnis haben, so

viel Geld wie möglich zu verdienen, um sich sicher oder besser als andere zu fühlen. Kurz gesagt: Eine demonetariserte Gesellschaft wird sich vom Wachstumsimperativ verabschiedet haben.

Demonetarisierung – ein Querschnittsthema

Die Notwendigkeit oder der Nutzen einer Demonetarisierung wird verschiedenartig begründet. Häufig werden Gender-Verhältnisse und das strukturelle Patriarchat hervorgehoben, das zwei Sphären der Gesellschaft voneinander trennt: ein mit dem Konstrukt »Frau« und »Weiblichkeit« verbundener nicht monetärer Sektor, ein mit »Mann« und »Männlichkeit« verbundener monetärer Sektor. Es wird also argumentiert, dass die Geldwirtschaft eng mit der Geschlechter-Zweiteilung verbunden ist. Die Geldwirtschaft benötigt demnach den Haushalt und die Sorgeökonomien, die weiblich konnotiert und Frauen – biologisch als solche definiert – aufgezwungen werden. Dabei werden Haushalt und Sorgeökonomien beherrscht, ausgebeutet und entwertet.

Alternativ wird der Schwerpunkt auf das Potential menschlicher Ausdrucksfähigkeit gelegt, die durch die Geldwirtschaft begrenzt wird: beispielsweise durch den Zwang, Erfindungen zu kommerzialisieren, anstatt unsere Kreativität frei zu teilen und unsere Wünsche nach Kooperation, Sinnlichkeit und Freude am Leben (nicht an bezahlter Arbeit) zu erfüllen. Wieder andere fokussieren Umweltfragen, die mit der Postwachstumsdebatte verbunden sind. Und zeitgenössische »Nicht-Markt-Sozialist_innen« verbinden die sozialen und ökologischen Grenzen und Ineffizienzen des Marktes, um für eine Gesellschaft jenseits von Geld zu argumentieren.

2. Praktisch und akademisch

Eine Gemeinschaft oder Gesellschaft, die ihre Ressourcen und Fähigkeiten nach Maßgabe von Bedürfnissen teilt, ist die ursprüngliche Vision des Kommunismus. Diese Vision hat eine lange Geschichte und reicht mindestens bis zum Mittelalter zurück. Im 20. Jahrhundert entstanden demonetarierte Praktiken in der frühen Kibbutz-Bewegung, die 1910 in Israel begann. Während der Spanischen Revolution 1936–1939 wurde Geld in vielen Regionen abgeschafft und durch die freie Verteilung von Gütern oder mittels verschiedener Arten von Bezugsscheinen und Rationierungssystemen ersetzt.

Unter dem Einfluss von Otto Neurath, der gegen einen allgemeinen Wertstandard und für einen Sozialismus auf Grundlage einer »natürlichen Wirtschaft« argumentierte, diskutierten die Sowjet-Revolutionär_innen (1918–1921) ernsthaft die Möglichkeit, eine geldfreie Wirtschaft einzurichten. Manche davon traten für eine Bilanzierungseinheit auf Basis von Arbeitszeit oder -energie (Anstrengung) ein. Dennoch fuhr die sowjetische Buchhaltung fort, den an Wert verlierenden Rubel als Einheit zu verwenden, und Lenins »Neue Ökonomische Politik« beendete jedwede Rede von einem

Sozialismus ohne Geld. Geld wurde zu einem Werkzeug staatlicher Politik und strukturierte die ungleiche Machtverteilung zwischen den Arbeitenden einerseits und den Partei-Eliten andererseits.

Während der großen ökonomischen Debatte 1963–1965 in Kuba argumentierte Che Guevara (unterstützt durch Ernest Mandel) gegen Geld, Märkte und materielle Anreize – und für ein neues Bewusstsein, freiwillige Arbeit und moralische Anreize. Guevara kritisierte das sowjetische Lohnsystem und vertrat die Ansicht, dass weder Geld noch Preise notwendig seien, wenn der staatliche Sektor Ressourcen, Arbeit und deren Produkt selbst verwaltet. Für den Übergang schlug er ein zeitweiliges System der Budgetierung vor, in dem Geld im Wesentlichen als Einheit der Buchhaltung fungierte. Nachdem er in der Debatte um das Thema Geld unterlegen war, verließ er Kuba. Fidel Castro nahm in der Folge allerdings eine ganz ähnliche Position ein, als er sagte: »Wir wollen das Geld entzaubern, nicht es rehabilitieren. Wir zielen sogar darauf ab, es gänzlich abzuschaffen« (siehe dazu: Nelson 2011a: S. 32–44).

Für gegenwärtiges Handeln wichtiger scheinen uns demonetariserte Praktiken jüngerer historischer Perioden, die häufig mit Protestbewegungen – etwa in den bewegten Jahren nach 1968 – verbunden waren. So praktizierte die legendäre anonyme Gruppe *Diggers* – namentlich inspiriert von der *Diggers*-Bewegung während des englischen Bürgerkriegs 1642–1649 – als Teil der Hippie- und Gegenkultur der 1960er Jahre in San Francisco freie Küchen und freie medizinische Versorgung auf der Basis von Spenden und freiwilliger Arbeit. Im Zuge der Arbeitskämpfe in Italien in den 1970er Jahren eigneten sich viele Akteur_innen Güter und Dienstleistungen wie Wohnung und Elektrizität ohne Kauf an, womit sie das Tauschprinzip negierten. Vor einigen Jahren erschienen Manifeste – beispielsweise das des *Unsichtbaren Komitees* (Invisible Committee 2008) oder von *Research and Destroy* (2008) –, die Visionen von Demonetarisierung erwähnten und dabei auf bereits existie-

.....
*Nicht kommerzielle Käseherstellung für den eigenen Verbrauch
in der Gemeinschaft Twin Oaks in Virginia, USA. (Foto: twinoaks.org)*



rende Praktiken aufmerksam machten. Zumindest in den Jahren der Chavez-Regierung spielte die Praxis beziehungsweise Perspektive der Demonetarisierung im Kontext des Bolivarianischen Sozialismus in Venezuela eine gewisse Rolle.

Manche der für Demonetarisierung eintretenden Strömungen verweigern sich einer Einordnung als »links« oder »rechts«, beispielsweise die Zeitgeist-Bewegung. Diese propagiert die Vision einer sogenannten »ressourcenbasierten« Ökonomie jenseits der Knappheit (post scarcity), in der niemand mehr arbeiten muss und es genug für alle gibt. Trotz der Attraktivität dieser Vision sind die speziellen Vorstellungen der Zeitgeist-Vertreter_innen nicht unproblematisch. Offensichtlich gehen sie davon aus, dass der »richtige« Einsatz von Computern und Technik zu einer harmonischen Gesellschaft der Fülle führen kann, doch auf zweifelnde Nachfragen nach dem Risiko solcher technischer Lösungen, selbst neue Probleme und Ausschlüsse hervorzurufen, hört man von ihnen wenig. Die ökologischen Effekte ihrer Vision scheinen sie wenig zu kümmern, auch wenn sie versichern, dass sie schon nachhaltig sein würde. Der Zeitgeist-Bewegung wurde gelegentlich struktureller Antisemitismus vorgeworfen, doch scheinen die Vorwürfe mehr auf Vorurteilen als auf Tatsachen zu basieren. Dabei sollte beachtet werden, dass die Bewegung nichts mit dem ersten »Zeitgeist«-Film des umstrittenen Filmemachers Peter Joseph zu tun hat – die Fortsetzungen der Filmreihe haben ihr hingegen als Inspiration gedient.²

Als eine Form radikalen Denkens wird Demonetarisierung unserer Einschätzung und Erfahrung zufolge vor allem von *weißen* Akademiker_innen vertreten sowie von Mitgliedern der Mittelklasse, die nicht an der Universität beschäftigt sind. Insbesondere vermuten wir dabei eine starke Beteiligung jener, die von Abwärtsmobilität betroffen oder bedroht sind, die also die Ränge prekärer Arbeitender füllen. Als ein Konglomerat sozialer Initiativen betrachtet, involviert Demonetarisierung eine weitaus größere Bandbreite sozialer Akteur_innen: von den ärmsten und am stärksten von Diskriminierung betroffenen Gesellschaftsmitgliedern – vor allem im globalen Süden – bis hin zu den technologieaffinen und ökonomisch privilegierten Milieus der »kreativen Klasse«, die sich im globalen Norden zentriert. Hinsichtlich ethnischer Zugehörigkeit muss in weltweiter Betrachtung ein Ungleichgewicht im Bereich der Theorie festgestellt werden, während die zahlenmäßige Beteiligung gemäß Gender in Theorie wie Praxis – aber nicht notwendigerweise das damit verbundene Machtverhältnis – eher ausgewogen scheint (hier ausgehend von einer Gender-Zweiteilung). In Österreich und Deutschland gibt es schwache Verbindungen zu einigen queer-feministischen Strömungen, die unserem Eindruck nach in der Mittelklasse veror-

2 Die Herausgebenden von Degrowth in Bewegung(en) halten die Zeitgeist-Bewegung aus unterschiedlichen Gründen für problematisch, haben aber im Sinne von Transparenz und offener Debattenkultur nicht darauf bestanden, den Bezug zu streichen.

tet sind. Punktuelle Ereignisse wie beispielsweise der Kongress *Solidarische Ökonomie* in Wien 2013 deuten darauf hin, dass jüngere Generationen ein besonderes Interesse an Demonetarisierung zeigen.

3. Gemeinsame Kritikpunkte und Praktiken – solidarische Ökonomien, Commons und Subsistenzökonomien

In der Debatte um Postwachstum betont Demonetarisierung die Rolle von Geld, Tausch und Wert dafür, ökonomisches Wachstum zu ermöglichen, anzutreiben und zu erzwingen – eine Dynamik, die mit steigendem Ressourcenverbrauch und vielen (anderen) sozialen und ökologischen Problemen verbunden ist. Auch im Rahmen sozialer Praktiken, die sich auf Postwachstum beziehen, wird diese Rolle zum Thema gemacht. Hier deutet sich also die Möglichkeit wechselseitiger Anregungen und gegenseitiger Stärkung in Hinblick auf die Zielperspektiven beider Ansätze an.

Demonetarisierung unterscheidet sich fundamental von dem nur auf den ersten Blick ähnlichen Ansatz, der sich um das Problem Zins dreht. Die Zinskritik, die zuerst und am prominentesten von Pierre Joseph Proudhon und Silvio Gesell formuliert worden ist, verortet das Kernproblem der monetarisierten Ökonomie nicht in Geld, Tausch und Wert als solchen, sondern vielmehr im Zins, der auf private Kredite oder öffentlich geschaffenes Geld zu bezahlen ist. In dieser Sichtweise gilt nicht die Konkurrenz als solche als Problem, sondern Krisen, die dadurch verursacht werden, dass Zinsen nicht bezahlt werden können; damit weist diese Perspektive Überschneidungen mit liberalen und neoliberalen Vorstellungen von Ökonomie und Gesellschaft auf. Ziel ist dann eine Marktwirtschaft ohne Zins. Hier besteht also ein grundlegender Unterschied zu den Visionen der Demonetarisierung. In Debatten um Postwachstum wird von einigen der Zins auf Kredite als Grundproblem identifiziert und für eine Abschaffung des Zinses plädiert (wobei diese Position auch in der Degrowth-Bewegung sehr umstritten ist). Demonetarisierung argumentiert, dies greife zu kurz und garantiere keine Postwachstumsökonomie.

Drei Bewegungen mit Anbindung an Postwachstum sind für die Perspektive der Demonetarisierung besonders relevant: solidarische Ökonomien, Commons und Subsistenzökonomien. Diese Begriffe bezeichnen nicht notwendigerweise verschiedene soziale Praktiken, sondern beziehen sich vielmehr auf bestimmte theoretische Diskurse, politische Rahmungen und organisationale Ansätze. Die Vielfalt an analytischen, strategischen und visionären Herangehensweisen erleichtert Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen und theoretischen Strömungen, zieht aber auch die Gefahr nach sich, dass das Hauptziel der Demonetarisierung in den Hintergrund rückt. Die enge und klare Zieldefinition verleiht der Demonetarisierung andererseits durchaus klare Umriss und dürfte die Kooptierung durch Akteur_innen erschweren, die einem emanzipatorischen sozialen Wandel

entgegenstehen. Während die Bündnisbildung eine Stärke von Postwachstum darzustellen scheint, kann Demonetarisierung an die Notwendigkeit eines tiefgreifenden sozialen Wandels erinnern und daran, dass es möglich ist, damit hier und jetzt zu beginnen.

4. Postwachstum durch Demonetarisierung schärfen

Wir schlagen vor, den Diskurs zu Postwachstum durch die Demonetarisierungsbrille zu schärfen und seine Hauptbotschaft und die Art der Fragestellungen zu vertiefen. Im Unterschied zu Debatten um Lebensstile, ethischen Konsum und Investment und zu Forderungen, die auf politische Regulierungen oder die Macht individueller oder kleinteiliger Verhaltensänderungen (im Sinn von Verzicht oder Suffizienz) vertrauen, würde Demonetarisierung woanders ansetzen: nämlich bei den Bedingungen und Triebkräften schädlichen ökonomischen Wachstums, insoweit sie mit Geld, Tausch und Wert einhergehen. Darüber hinaus könnte sie Postwachstumsdebatten durch ihren Reichtum an utopischen Modellen inspirieren. Umgekehrt kann Postwachstum die Debatten und Initiativen um Demonetarisierung dazu anregen, sich verstärkt der ökologischen Frage zu widmen.

5. Eine vereinte antikapitalistische Bewegung?

Eine praktisch orientierte Bewegung für soziale Transformation könnte die Schaffung von neuen demonetarierten Räumen innerhalb der kapitalistischen Ökonomie unterstützen. Als Beispiel wird häufig die Freie beziehungsweise Open-Source-Software genannt, zusammen mit verschiedenen anderen Peer-to-Peer-Technologien, die Wissen und kreatives Arbeiten ins Außen der Marktwirtschaft verlagern. Freie Content-Lizenzen schützen diese (jedenfalls in der Theorie) vor Kommodifizierung, also davor, schließlich doch als Waren auf den Markt zu gelangen. Verschiedene Projekte der solidarischen Ökonomie lassen sich ebenso anführen: zum Beispiel gemeinschaftsbasierte Landwirtschaft, die Verteilung von Nahrungsmittelüberschüssen, Wohngenossenschaften. Allerdings existieren all diese Initiativen bislang isoliert voneinander. So bezieht sich etwa die Open-Source-Bewegung nicht auf antikapitalistische Positionen – ganz zu schweigen von der Demonetarisierung –, obgleich sie als ein Beispiel dafür gilt, wie geldfreies Wirtschaften funktionieren kann.

Für einen grundlegenden sozialen Wandel wäre es vonnöten, diese Projekte miteinander zu verbinden. Um eine ernsthafte antikapitalistische Strömung zu entwickeln, würde die Kooperation eine schrittweise Demonetarisierung der Aktivitäten erfordern, um sie dem Markt vollständig zu entziehen. Beispielsweise können freie Software und Content-Lizenzen dazu verwendet werden, die Kommerzialisierung von Software und digitalen Medien zu verhindern, wodurch digitale Commons erzeugt würden. Es

bleibt bislang noch eher unklar, wie ein ähnlicher Prozess in der physischen Welt vorangetrieben werden kann, um etwa Commons hinsichtlich Land und Wohnraum zu schaffen.

Mit ihrer Kritik an Geld und Tausch ist Demonetarisierung notwendigerweise antikapitalistisch – und in der Tat sind deren theoretischer Hintergrund und deren Befürworter_innen zu großen Teilen im Marxismus und im Anarchismus verwurzelt. Im 21. Jahrhundert, der globalen ökonomischen Krise zum Trotz, ist die traditionelle Arbeiter_innenbewegung erstaunlich schwach, zumindest in den westlichen Gesellschaften. Damit sind wir denkbar weit entfernt von den Visionen einer internationalen und inklusiven Arbeiter_innenbewegung, die dazu fähig wäre, sich global und koordiniert gegen die kapitalistische Ordnung in ihrer globalisierten Form der Marktwirtschaft zu erheben. Angesichts der Vielfalt an Ansätzen und Perspektiven bleibt offen, ob eine vereinte antikapitalistische Bewegung wiederkehren wird.

Links

Acts of Sharing (englisch): <http://welcome.actsofsharing.com/>

Auf der Suche nach dem Neuen im Alten: <http://keimform.de>

Demonetize it!: <http://demonetize.it>

Die Gesellschaft nach dem Geld – Eröffnung eines Dialogs:
<http://nach-dem-geld.de>

EXIT! – Krise und Kritik der Warengesellschaft: <http://exit-online.org>

Geldlos (Österreich): <http://geldlos.at>

Krisis – Kritik der Warengesellschaft: <http://krisis.org>

Mundraub – Plattform für heimisches Obst im öffentlichen Raum:
www.mundraub.org

Streifzüge – Magazinierte Transformationslust: <http://streifzuege.org>

World Socialist Movement: <http://www.worldsocialism.org/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Nelson, Anitra (2011): Money versus Socialism. In: Life Without Money: Building Fair and Sustainable Economies. Nelson, Anitra; Timmerman, Frans. London: Pluto Press, S. 23–44.

Nelson, Anitra; Timmerman, Frans (2011): Life Without Money. London: Pluto Press.

Exner, Andreas (2014): Degrowth and Demonetization: On the Limits of a Non-Capitalist Market Economy. Capitalism Nature Socialism 25(3): S. 9–27.

Research and Destroy (2009): Communiqué from an Absent Future: On the Terminus of Student Life. <http://researchanddestroy.wordpress.com/2009/10/04/communiquefromanabsentfuture/>; Zugriff: 01.02.2017.

Vaughan, Genevieve (1997): For-Giving: A Feminist Criticism of Exchange. Austin: Plain View Press.

Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand. Hamburg: Nautilus.

Ernährungssouveränität: Weder Wachsen noch Weichen, sondern gutes Essen für alle!

Irmi Salzer und Julianna Fehlinger

Wir verstehen uns als Teil der Bewegung für Ernährungssouveränität und schreiben aus der Perspektive der *Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innenvereinigung ÖBV – Via Campesina Austria* (Irmi Salzer) und der agrarpolitischen Gruppe *AgrarAttac* (Julianna Fehlinger). Wir sind vor allem in österreichweiten Netzwerken aktiv und beteiligen uns an der *Nyeléni*-Bewegung für Ernährungssouveränität. Auch in den europäischen *Nyeléni*-Prozess sind wir eingebunden und dadurch mit Partner*innen in ganz Europa vernetzt. Irmi Salzer ist Biobäuerin im Burgenland und Julianna Fehlinger ist mal Gemeinschaftsbäuerin, mal Älplerin.

1. Ernährungssouveränität: das Recht aller Menschen, über die Art und Weise, wie Essen produziert, verteilt und konsumiert wird, demokratisch zu bestimmen

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde 1996 beim Welternährungsgipfel der *Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)* von *La Via Campesina*, dem weltweiten Bündnis von Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Fischer*innen, Landlosen und Indigenen, vorgestellt. Seit damals ist Ernährungssouveränität das politische Leitmotiv einer wachsen-

.....
 Aktivist*innen von *Nyeléni Austria*, der österreichischen Bewegung für Ernährungssouveränität. (Foto: Christopher Glanzl)





*Anlässlich des Treffens der Finanzminister der G 20-Staaten in Paris 2011 demonstrieren Aktivist*innen der Nyéléni-Bewegung gegen Lebensmittelspekulation.*

(Foto: Anna Korzenszky)

den Anzahl von sozialen Akteur*innen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Sektoren. Sie kämpfen für eine Umgestaltung des von Konzerninteressen dominierten und auf Profite ausgerichteten globalen Agrar- und Ernährungssystems.

Kleinbäuer*innenbewegungen (zunächst vor allem in Lateinamerika und Europa, später dann global) erkannten Anfang der 1990er Jahre, dass angesichts der Globalisierung der landwirtschaftlichen Märkte und der zunehmenden politischen Macht von Institutionen wie der WTO im Bereich der Landwirtschaft eine ebenfalls global tätige Allianz von Bäuer*innen vonnöten ist. Mit der Gründung von *La Via Campesina* wollten sie den neoliberalen Entwicklungen, die die (Über-)Lebenschancen von Millionen Kleinbäuer*innen beschnitten und die Situation der Hungernden weltweit verschlechterten, eine starke transnationale Bewegung entgegenstellen. Als Antwort auf den technischen Begriff der »Ernährungssicherheit« (food security), der von der FAO geprägt wurde und zahlreiche Fragen ausblendet, erarbeitete die junge Bewegung das Konzept der Ernährungssouveränität. Ernährungssouveränität fragt nach den Machtverhältnissen, in die unser Lebensmittelsystem eingebettet ist, sie fragt nach den Bedingungen der Produktion und Verteilung, sie kümmert sich um die Auswirkungen unserer Produktionsmethoden auf zukünftige Generationen und sie stellt die Menschen, die Lebensmittel produzieren und konsumieren, in den Mittelpunkt.

Die Prinzipien der Ernährungssouveränität

Ernährungssouveränität wird als Rahmen verstanden, der laufend durch lokale und konkrete Umsetzung ausgefüllt werden muss. Ernährungssouveränität kann nicht top-down und auch nicht ein für alle Mal definiert, sondern nur in kollektiven Aushandlungsprozessen ausgestaltet werden. Im Zuge des Nyéléni-Prozesses (Nyéléni nennt sich die globale Bewegung für Er-

nahrungssouveränität, siehe unten) wurde versucht, die wesentlichen Prinzipien von Ernährungssouveränität, die auf den vielfältigen Lebensrealitäten der Bäuer*innen wie auch der Essenden beruhen, zu definieren. Dazu gehören die Wertschätzung der Lebensmittelhersteller*innen, der Vorrang der Ernährung der Bevölkerung (anstelle der Produktion für den Export), die Etablierung von lokalen Produktionssystemen sowie die Stärkung der lokalen Kontrolle, der Aufbau von Wissen und Fertigkeiten und nicht zuletzt die Arbeit mit der anstatt gegen die Natur.

Ernährungssouveränität umfasst Rechte von Einzelpersonen, Gemeinschaften und Institutionen (wie zum Beispiel Staaten) sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur, den Tieren und den Mitmenschen. Im vorherrschenden Agrar- und Lebensmittelsystem wird dem Großteil der Produzent*innen das Recht auf demokratische Teilhabe in allen Politikbereichen, die die Herstellung, die Weiterverarbeitung und Verteilung von Lebensmitteln bestimmen, systematisch verweigert. Internationale Handelsabkommen, Subventionssysteme, Gentechnikgesetzgebungen, Hygienebestimmungen, Richtlinien zum Zugang zu Märkten, Produktionsvorschriften etc. werden größtenteils ohne Mitspracherechte der unmittelbar davon Betroffenen verabschiedet. Das Recht, die Agrar-, Lebensmittel-, Fischerei-, Sozial-, Handels- oder Energiepolitik demokratisch zu kontrollieren und zu bestimmen, ist die Voraussetzung dafür; andere Rechte – wie etwa das Recht auf Nahrung, auf Bildung, auf Zugang zu Ressourcen – durchsetzen zu können. Erst durch all diese Rechte wird es Produzent*innen möglich, ihrer Verantwortung für natürliche Ressourcen, wie zum Beispiel Boden, und für Biodiversität und Klima gerecht zu werden, damit auch zukünftige Generationen hochwertige Lebensmittel erzeugen können.

Ernährungssouveränität verpflichtet dazu, solidarisch zu sein. Wir brauchen transnationale Solidarität, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung, um Ausbeutung und Herrschaftsmechanismen die Stirn bieten zu können. Lokaler Widerstand und lokale Alternativen müssen um eine globale Perspektive ergänzt werden.

2. Von den Bäuer*innen bis zu den Essenden – Ernährungssouveränität gemeinsam definieren und soziale und ökologische Kämpfe in Süd und Nord verbinden

Ernährungssouveränität wurde seit den 1990er Jahren als Alternative für den globalen Norden *und* Süden erarbeitet. Anfänglich wurde die Diskussion um Ernährungssouveränität hauptsächlich von *La Via Campesina* getragen. *La Via Campesina* erkannte jedoch bald, dass eine tiefgreifende Änderung und Demokratisierung der Agrar- und Ernährungssysteme nur erkämpft werden kann, wenn die Bewegung Bündnisse sucht, die über die Produzent*innen hinausgehen, und wenn sie Allianzen mit anderen Bewegungen schmiedet. 2007 fand deshalb in Mali das erste internationale Forum



Kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ecuador. (Foto: Tina Goethe)

.....

für Ernährungssouveränität, das *Nyeléni*-Forum, statt. Zusammen mit Initiativen und Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrechte, Konsument*innen und Frauenbewegungen, aber auch urbanen Bewegungen wurde an den Prinzipien von Ernährungssouveränität gearbeitet, wurden gemeinsame Ziele, Gegner und Forderungen festgelegt. Seit damals wurden regionale (zum Beispiel das Europäische Forum für Ernährungssouveränität 2011 in Krems/Österreich) und nationale Foren abgehalten. Aufbauend auf den gemeinsamen Prinzipien der Demokratisierung, der Solidarität, der lokalen Kontrolle, des sorgfältigen Umgangs mit der Natur arbeitet die Bewegung für Ernährungssouveränität laufend an der (Weiter-)Entwicklung von alternativen Praxen.

Im Bereich der Produktionsmodelle werden anpassungsfähige (resiliente) agroökologische Produktionsweisen erprobt, die beispielsweise samenfestes, gentechnikfreies Saatgut verwenden, die Erdölabhängigkeit der landwirtschaftlichen Produktion reduzieren und auf Kreisläufen basieren.

Im Bereich der Lebensmittelversorgung werden Produzent*innen-Konsument*innen-Netzwerke aufgebaut, indem etwa herkömmliche Märkte durch solidarische Beziehungen (CSA/solidarische Landwirtschaft¹) ersetzt werden oder Einkaufsgemeinschaften ein existenzsicherndes Einkommen für die Produzent*innen garantieren. Auf Vertrauen basierende gemeinschaftliche Zertifizierungssysteme (PGS) ersetzen staatliche Kontrolle, alternative Bildungsnetzwerke sorgen für Wissensweitergabe auf Augenhöhe und schaffen Begegnungsräume für alle Beteiligten des Agrar- und Lebensmittelsystems.

Um den Wettlauf um Grund und Boden zu unterbrechen und den Zugang zu Land für all jene, die es bewirtschaften wollen, zu ermöglichen, werden Modelle entwickelt, die Land dem kapitalistischen Verwertungskreislauf entziehen und gemeinschaftliche Nutzungsformen (Commons) befördern.

¹ CSA: Community Supported Agriculture.

Für alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ob Männer oder Frauen, fordert die Bewegung für Ernährungssouveränität globale soziale Rechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen im gesamten Agrar- und Ernährungssystem.

Durch die Ermöglichung emanzipatorischer Prozesse sollen Bürger*innen dazu befähigt werden, gleichberechtigt und aktiv an der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen des Agrar- und Ernährungssystems teilhaben zu können. Die Akteur*innen im globalen Süden und Norden sind dabei teils ähnlichen, teils aber auch sehr verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Problemlagen konfrontiert. Die Vielfalt der Gruppierungen, die sich unter dem »gemeinsamen Zelt« (Patel 2009) Ernährungssouveränität versammeln, ist eine der Stärken, aber auch eine der Herausforderungen für die globale Bewegung für Ernährungssouveränität.

Demokratisierung und das Recht, Rechte zu haben

Um das Recht auf demokratische Mitbestimmung des Agrar- und Lebensmittelsystems wahrnehmen zu können, braucht es Voraussetzungen, die in unserer von Exklusionsmechanismen und Herrschaftsverhältnissen geprägten Gesellschaft nicht selbstverständlich sind. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen, Migrant*innen und Frauen sind oft von Partizipation und Teilhabe ausgeschlossen. Ernährungssouveränität will und muss daher für Bedingungen kämpfen, die es allen Menschen ermöglichen, ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte und ihr Recht auf Mitbestimmung einzufordern und wahrzunehmen.

3. Gemeinsam gegen falsche Alternativen und für eine sozial-ökologische Transformation eintreten

Im deutschsprachigen Raum stehen die Bewegungen Degrowth und Ernährungssouveränität in enger Verbindung, da sie von ähnlichen aktivistischen Gruppen und Initiativen (zum Beispiel: städtisches Gärtnern, solidarische Landwirtschaft, Food Coops, Feldbesetzungen, Agrarökologie) getragen werden oder sich auf dieselben Ansätze für alternative Wege (wie Subsistenz, bedingungsloses Grundeinkommen, Commons, Umwelt- und Klimagerechtigkeit) beziehen. All diese Ansätze und Initiativen sind Experimentierfelder sowohl für Ernährungssouveränität als auch für Degrowth. In beiden Konzepten spielt das Zusammenwirken von (eher gering institutionalisierter) Wissenschaft, sozialen Bewegungen und praktischen (kollektiven) Erfahrungen eine wichtige Rolle.

Sowohl Ernährungssouveränität als auch Degrowth geht es um einen anderen Begriff von Wohlstand, der sozial-ökologische Produktionsformen ebenso umschließt wie eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft (und auch der Wirtschaft). Hier wie dort geht es um die Schaffung neuer Werte, die in einer solidarischen und ökologischen Weise ein gutes Leben für

alle ermöglichen. Sie können beide nur global und nicht national gedacht werden. Eine Annäherung zwischen beiden Perspektiven und Bewegungen lässt sich an einem Beispiel der jüngsten Zeit ablesen: *Attac Deutschland* und die *Aktion Agrar* starteten 2016 eine Kampagne zur Milchkrise mit dem Titel: »Kühe und Bauern nicht verpulvern!«, in der Diskurse rund um Postwachstum mit jenen um Ernährungssouveränität verbunden werden.

Das Konzept der Ernährungssouveränität hat eine zwanzig Jahre umfassende Geschichte und wird in ganz konkreten Kämpfen immer wieder neu ausgehandelt – sowohl im globalen Süden als auch im globalen Norden. Der Degrowth-Diskurs ist (als breit diskutiertes Konzept) jünger und stark von universitären Diskursen aus dem globalen Norden geprägt. Er wird von vielen aktivistischen Gruppen und Graswurzelinitiativen aufgegriffen und hat in jüngster Zeit ein enormes Mobilisierungspotential entwickelt.

Im Folgenden möchten wir einige Kriterien festhalten, nach denen wir eine Anschlussfähigkeit von Degrowth und Ernährungssouveränität beurteilen².

Macht- und Herrschaftsverhältnisse analysieren

Wir halten jene Strömungen der Degrowth-Bewegung für fruchtbar, die Profitur*innen des kapitalistischen Akkumulationsmodells benennen und die sich mit dem Wachstumszwang der kapitalistischen Marktwirtschaft befassen. Mit dem Konzept Ernährungssouveränität gelingt es nur bedingt, die Triebkräfte dieses Wachstumszwangs sichtbar zu machen und die gesellschaftlichen Auswirkungen zu verstehen, die aus dessen Überwindung resultieren würden. Mit Ernährungssouveränität wird besonders die Profitlogik, die Bedürfnisse der Menschen hintanstellt oder sie zum Zwecke der kaufkräftigen Nachfrage produziert, fundamental kritisiert. Der Markt wird als schlechter Zuordnungs- und Verteilungsmechanismus entblößt (derzeit zum Beispiel anhand der Krise des Milchmarktes). Degrowth-Diskurse sollten daher, um befruchtend für die Bewegung für Ernährungssouveränität zu sein, genau benennen können, warum die Wirtschaft im Kapitalismus wachsen muss, welches Wachstum zurückgehen muss und welche Herrschaftsverhältnisse dem Wachstumszwang eingeschrieben sind. Wichtig ist dabei, Macht nicht nur als Besitz, sondern auch als soziale Macht, als Machtverhältnis zu begreifen.

Soziale und ökologische Krisen zusammendenken

Innerhalb der Degrowth-Bewegung gibt es sowohl soziale Wachstumskritik als auch ökologische. Nur wenn es gelingt, die Fragen und Kritikpunkte beider Strömungen sinnvoll zu verbinden und in gemeinsame Standpunkte und Forderungen zu übersetzen, wenn Degrowth also für eine soziale *und* ökologische – eine sozial-ökologische – Transformation eintritt, kann De-

2 Themen in Anlehnung an: Brand 2015.

growth für Ernährungssouveränität bereichernd sein. Auch innerhalb des Ernährungssouveränitätsdiskurses muss dieser Spannungsbogen immer wieder aufrechterhalten werden.

Die Welt ist keine Ware – Positionierung gegen kapitalistische Einhegung

In der aktuellen kapitalistischen Dynamik werden immer mehr Bereiche der Gesellschaft in marktfähige Waren verwandelt. Neben der Arbeitskraft, die schon zu Beginn des Kapitalismus zur Ware gemacht wurde und einigen Teilen der bearbeiteten Natur (wie Lebensmittel), werden zunehmend auch neue Aspekte der Natur (wie Treibhausgase) und des Sozialen (hier vor allem Teile der Sorgearbeit) kommodifiziert. Eine klare Position gegen diese Prozesse zu beziehen und stattdessen für die Organisation besagter und weiterer Bereiche als Commons einzutreten, ist wichtig für einen gemeinsamen Weg von Degrowth und Ernährungssouveränität.

Gemeinsam gegen falsche Alternativen

Zentrale Argumente von Degrowth wie auch von Ernährungssouveränität sind im Alltagsverstand vieler kritischer Bürger*innen bereits gut verankert, was sich beide Bewegungen zunutze machen können. Dem Satz »Wir leben in einer endlichen Welt, in der es kein unendliches Wachstum geben kann« können die meisten dieser Menschen ebenso zustimmen wie einer Kritik an der industriellen Landwirtschaft und an Massentierhaltung. Die besondere Kunst beider Bewegungen besteht jedoch darin, Menschen zu politisieren und begreifbar zu machen, dass Supermärkte, die Bio verkaufen, ebenso wenig zur Rettung der Welt beitragen wie sogenanntes grünes Wachstum. Dafür müssen die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Perspektiven progressiver Kräfte auf Verteilungsfragen zugespitzt werden und dürfen nicht in moralisierender Konsumkritik verharren. Nur so können falsche Al-

Ernährungssouveränität in Theorie und Praxis – gemeinsames Essen lokal produzierter Lebensmittel beim Nyéléni Austria Forum 2014. (Foto: Christopher Glanzl)



ternativen (wie green Economy, kritischer Konsum und Biozertifikate) und zu sehr in der Realpolitik verhaftete Ansätze überwunden, nur so kann an Utopien – wie Degrowth und Ernährungssouveränität – gearbeitet werden.

4. Wachstumskritik auf die Produktionsseite konzentrieren und Herrschaftsverhältnisse beim Ressourcenverbrauch problematisieren

»Weder Wachsen noch Weichen!« ist einer der zentralen Slogans europäischer bäuerlicher Bewegungen. Sie kritisieren damit den Agrarstrukturwandel, der die kleinbäuerlichen Betriebe massiv unter Druck setzt und seit Jahrzehnten zu einer Aufgabe von Höfen führt. Dieser Strukturwandel ist aufs engste mit der Liberalisierung der Agrarmärkte und der Industrialisierung der Landwirtschaft verknüpft. Der Slogan zielt ab auf die Höfe selbst, die – um eine bäuerliche Landwirtschaft weiterhin zu ermöglichen – weder wachsen (in Bezug auf die bewirtschaftete Fläche) noch weichen sollen. Dieser Wachstumsbegriff beschreibt nicht in erster Linie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), dessen zentrale Rolle in Wirtschaft und Politik durch die Degrowth-Bewegung kritisiert wird. Beide Wachstumsbegriffe sind aber eng miteinander verknüpft. Der Wachstumsbegriff beim »Wachsen oder Weichen«, dem sich die bäuerliche Bewegung entgegenstellt, dreht sich um eine Effizienzsteigerung pro geleisteter Arbeitskraftstunde auf den Höfen, nicht jedoch pro Fläche. Geht es nach dem Agrobusiness, soll die gesamte landwirtschaftliche Produktion durch den Agrarstrukturwandel wachsen und effizienter werden, vorgeblich »um die Hungernden dieser Welt zu ernähren«. Der Weltagrarbericht hat jedoch deutlich gemacht: Pro Fläche und vor allem pro eingesetzter Energieeinheit sind bäuerliche, agrarökologische Systeme viel effizienter als industrielle, auf Monokultur und Massentierhaltung beruhende Agrarwirtschaft. Außerdem können sie sich besser an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und damit die Versorgung aller sicherstellen.

Aktuell ist durch die Abschaffung der Milchquote im April 2015 und die Krise der Preise landwirtschaftlicher Produkte (besonders von Milch sowie von Schweinefleisch) der Begriff »Wachsen oder Weichen« wieder in aller Munde. Wir sehen darin eine Möglichkeit, wachstumskritische Debatten zu führen, die die Produktionsseite thematisieren und nicht, wie das meist der Fall ist, auf die Seite des Konsums zu fokussieren. In solchen unmittelbaren Auseinandersetzungen zur Agrar- und Ernährungspolitik bringt die Bewegung für Ernährungssouveränität viele Erfahrungen mit, die auch bereichernd für die Degrowth-Bewegung sein können.

Innerhalb der Ernährungssouveränitätsbewegung gibt es oft wenig systematisches Nachdenken über den Wachstumsbegriff. Die Bewegung thematisiert vor allem die negativen Auswirkungen, die diese Politik auf den Agrar- und Ernährungsbereich hat. Warum ökonomisches Wachstum im

Kapitalismus unbedingt notwendig ist und wie dieses als wesentliches Mittel zur gesellschaftlichen Befriedung benutzt wird (mit einem wachsenden Kuchen lassen sich Verteilungsprobleme leichter lösen), wird hier kaum analysiert. Eine solche Debatte wäre aber ein hilfreicher Beitrag, um politisch handlungsfähiger zu werden.

Subsistenz, Sozialromantik und Ressourcenkontingente

Subsistenz als Eigenversorgung wird von Teilen der Bewegung für Ernährungssouveränität als Bestandteil einer Regionalisierung der Lebensmittel-erzeugung identifiziert und positiv bewertet. Sie ist jedoch kein Ziel als solches. Denn insbesondere im globalen Süden reichen Subsistenz- und Semisubsistenzlandwirtschaft oftmals nicht aus, ein gutes Leben der Produzent*innen zu gewährleisten. Das Hauptaugenmerk der Bewegung für Ernährungssouveränität liegt auf der Herstellung und Stärkung von lokalen und regionalen Produktions- und Distributionssystemen und auf der Wiedereroberung der gemeinschaftlichen Kontrolle darüber. Individualistisches Aussteiger*innentum wird als entpolitisierend wahrgenommen. Kollektives und solidarisches Handeln stehen im Zentrum der Bewegung, die Forderung nach (individueller) Selbstbeschränkung und Genügsamkeit wird nicht erhoben. Zudem begnügt sich die Bewegung nicht mit dem Aufbau parallel-gesellschaftlicher zivilisationskritischer Alternativprojekte. Die *Nyeléni*-Bewegung formulierte 2011 beim europäischen Forum in Krems folgende Handlungsstrategien: Widerstand leisten – Transformieren – Alternativen aufbauen. Wesentlich dabei ist, dass diese drei Strategien gleichberechtigt und gleichzeitig erfolgen. Insbesondere die suffizienzorientierten und auf individuelle Verhaltensänderungen fokussierenden Strömungen der Degrowth-Bewegung könnten unserer Meinung nach von einer derartigen Politisierung profitieren.

Die Rückbesinnung auf vergangene Lebensstile, die in Teilen der Degrowth-Bewegung mit moralischem Unterton propagiert wird, ist keine Perspektive der Bewegung für Ernährungssouveränität. Derartige Zielsetzungen blenden historische Herrschaftsverhältnisse aus und reduzieren die Frage nach ökologisch und sozial gerechten Wirtschaftsweisen auf messbare Kenngrößen (wie den ökologischer Fußabdruck) oder sie beinhalten romantisierende Unterstellungen. Die bäuerliche Wirtschaftsweise der vergangenen Jahrhunderte in weiten Teilen Europas folgte zwar den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft, war aber streng hierarchisch und patriarchal organisiert. Andererseits haben die Errungenschaften der Kommunikationstechnik historisch einmalige Handlungsspielräume für transnationale Solidarität eröffnet. Eine fruchtbare Verbindung zwischen den Errungenschaften der Modernisierung und überlieferten Kulturtechniken sowie sozialen Organisationsformen (beispielsweise Commons) muss das Ziel einer emanzipatorischen Bewegung sein. Insbesondere die Forderung nach einer Kontingenzierung von Ressourcenverbrauch, die im Kontext von wachstum-

skritischen Bewegungen immer wieder erhoben wird, wird in der Bewegung für Ernährungssouveränität als problematisch identifiziert. Wer sich mit der Endlichkeit und dem Schutz von Ressourcen wie Wasser und Land beschäftigt, muss immer darauf achten, welche Machtverhältnisse, Ausschlussmechanismen und Verteilungsfragen damit verknüpft sind. Was bedeutet beispielsweise die Verpflichtung, den Ausstoß von CO₂ zu begrenzen, für die mehr als eine Milliarde Menschen, die global keinen Zugang zu Elektrizität haben? Individuelle und im problematischsten Fall handelbare Ressourcenkontingentierungen sind autoritäre, technokratische und Herrschaftsverhältnisse ausblendende Scheinlösungen, die uns bei der Verwirklichung einer sozial-ökologischen Transformation nicht weiterhelfen. Sie basieren auf der monetären Bewertung von Natur und Leben. Deren Kommodifizierung wird damit weiter vorangetrieben.

5. »Ein gutes Leben für alle!« – durch Solidarität und wechselseitige Ergänzung sozialer und ökologischer Bewegungen

Ansatzpunkt für gemeinsame emanzipatorische Bewegungen müsste die Solidarität zwischen den einzelnen Kämpfen sein sowie die Erkenntnis, dass zukünftige Erfolge in der wechselseitigen Ergänzung der Bewegungen verortet sind. Dazu braucht es die Bereitschaft, voneinander zu lernen und Erfahrungen anderen verfügbar zu machen. Es bedarf zudem einer weitergehenden Debatte über den herrschaftlichen Gehalt des kapitalistischen Wachstums (Brand 2015). Produktion und Konsum müssen über ihren »Charakter als kapitalistische, patriarchale, rassifizierte oder postkoloniale soziale Verhältnisse« (Brand 2015: S. 34) befragt werden, um die Bedingungen für eine solidarische sozial-ökologische Transformation erarbeiten zu können.

Das Ziel, ein gutes Leben für alle zu erkämpfen, erscheint uns als wichtigste verbindende Botschaft emanzipatorischer Bewegungen. Was ein gutes Leben bedeutet, wird in den komplementären sozialen Bewegungen und in ihren Kämpfen tagtäglich bestimmt.

Die sogenannte »Befreiung vom Überfluss« kann wiederum nicht das Ziel emanzipatorischer Bewegungen sein. Dieser kann bis heute nur durch postkoloniale Ausbeutung der Länder des globalen Südens und vor allem der niedrigen sozialen Schichten des globalen Nordens und Südens erzeugt werden. Der wichtigste soziale Kampf in unserer kapitalistischen Gesellschaft ist der zwischen Arm und Reich; die homogenisierende Frage, wie sich unsere Gesellschaften vom Überfluss befreien können, erscheint uns dabei zynisch. Nun, da so viele Menschen vor den Toren Europas darauf warten, ein wenig am Überfluss zu partizipieren, wird mit besonderer Brutalität deutlich, dass in Europa kaum jemand bereit oder in der Lage ist, etwas abzugeben: Einerseits profitieren Menschen durch Reallohnverluste immer weniger vom Überfluss, andererseits geht es um Besitzstandswahrung. Um

dies nicht offen zugeben zu müssen, werden die Flüchtenden schlichtweg kriminalisiert. Dass diese Strategie überhaupt möglich ist, liegt aus unserer Sicht vor allem an der enormen sozialen Ungleichheit, die durch die neoliberalen Politiken weltweit vorangetrieben wurde. Diejenigen, die wir kollektiv von ihrem Überfluss befreien sollten, rücken dabei aus dem Blickfeld.

Neben dem solidarischen Miteinander unterschiedlicher sozialer und ökologischer Bewegungen möchten wir uns für eine Gleichzeitigkeit diverser politischer Strategien aussprechen. Wie oben bereits erwähnt, versucht die Bewegung für Ernährungssouveränität in Europa mit drei unterschiedlichen, aber einander ergänzenden und befruchtenden Strategien Transformation zu ermöglichen: Widerstand leisten – Transformieren – Alternativen aufbauen.

Auch wenn es angesichts der neoliberalen kapitalistischen Landnahme, der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der gewalttätigen Exklusion von immer mehr Menschen dringend notwendig ist, gemeinsame Strategien zu entwickeln und gemeinsame Alternativen aufzubauen, ist es wahrscheinlich illusorisch und aus unserer Perspektive auch gar nicht erstrebenswert, auf die eine und vereinte starke Bewegung zu setzen. Soziale Bewegungen brauchen eine gegenseitige Bezugnahme im Rahmen eines solidarischen Nebeneinanders. Aber jede Bewegung muss ihre eigenen Kämpfe führen.



*Julianna Fehlinger und
Aufnahmen des Nyéléni-
Netzwerkes machen
Ernährungssouveränität in
diesem Kurzfilm plastisch.*



Links

- **Österreichisches Forum für Ernährungssouveränität:**
http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at
- **Meine Landwirtschaft** – Kampagnenseite: http://meine-landwirtschaft.de
- **Solidarische Landwirtschaft:** http://www.solidarische-landwirtschaft.org
- **Uniterre** – Schweizer Bauerngewerkschaft: http://www.uniterre.ch
- **Nyeléni Europe** – Bewegung für Ernährungssouveränität:
http://nyelenieurope.net
- **FIAN International** – Menschenrechtsorganisation mit dem Fokus Recht auf Nahrung: http://www.fian.org
- **La Via Campesina International:** http://www.viacampesina.org
- **afrique-europe-interact** – transnationale Initiative zu Migration, Flucht und Landwirtschaft: http://afrique-europe-interact.net
- **Hands on the Land for Food Sovereignty** – Kampagne gegen Landgrabbing: https://handsontheland.net

Verwendete und weiterführende Literatur

- **AgrarAttac** (Hrsg.) (2013): Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!
http://www.ernaehrungssouveraenitaet.at/ernaehrungssouveranitat/
broschuere-ernaehrungssouveraenitaet; Zugriff: 01.02.2017.
- **Brand, Ulrich** (2015): Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? (Working Paper 5/2015 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften.) Jena: DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. http://www.univie.ac.at/intpol/website2014/wp-content/uploads/2015/08/u-brand_degrowth_postextraktivismus_wp5-2015-1-1.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- **Choplin, Gérard; Strickner, Alexandra; Trouvé, Aurélie** (Hrsg.) (2011): Ernährungssouveränität – Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik. Wien: Mandelbaum.
- **Patel, Raj** (2007): The Stuffed and the Starved. The Hidden Battle for the World Food System. London: Portobello Books.
- **Patel, Raj** (2009): Food Sovereignty – A Brief Introduction. http://rajpatel.org/2009/11/02/food-sovereignty-a-brief-introduction; Zugriff: 01.02.2017.
- **Nyeléni** (2007): Erklärung von Nyéléni. Sélingué/Mali. http://nyeleni.org/spip.php?article331; Zugriff: 01.02.2017.

Flucht- und migrationspolitische Bewegung: Vom Kampf um gleiche Rechte zur Kritik an wachstumsbezogenen Ursachen von Flucht und Migration

Olaf Bernau

»Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört« – der von Flüchtlingsselbstorganisationen geprägte Slogan verklammert auf pointierte Weise Flucht und Migration mit den komplexen Dynamiken globaler Ausbeutung und Zerstörung. Vor diesem Hintergrund bin ich mit meiner lokalen Gruppe *NoLager Bremen* in dem transnationalen Netzwerk *Afrique-Europe-Interact* aktiv, einem seit 2009 laufenden Organisationsprozess zwischen afrikanischen und europäischen Basisinitiativen. Den Beitrag habe ich alleine verfasst, allerdings unter Rückgriff auf viele der im vorliegenden Text skizzierten Debatten und Organisierungserfahrungen – sei es mit Geflüchteten hierzulande, Abgeschobenen in Togo oder kleinbäuerlichen Aktivist_innen in Mali.

1. Im Zentrum der Kämpfe für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte steht der alltägliche Widerstand der Migrant_innen und Geflüchteten selbst

Als sich am 4. September 2015 mehrere Tausend Menschen vom Budapester Hauptbahnhof zu Fuß auf den Weg Richtung Österreich machten, dämmerte es nicht nur Angela Merkel, sondern der europäischen Öffentlichkeit insgesamt: Es waren nicht Aktivist_innen, die sich in jenen Tagen anschickten, das Europäische Grenzregime buchstäblich aus den Angeln zu heben. Ausschlaggebend war vielmehr die massenhafte Aneignung des grundlegenden Rechts auf Bewegungsfreiheit durch ganz normale Menschen – junge wie alte, Kinder, Frauen und Männer, gläubige und nicht gläubige, gesunde und solche, die im Rollstuhl saßen. Diese ebenso simple wie grundlegende Feststellung verweist darauf, dass es die Migrant_innen und Geflüchteten selbst sind, die Deutschland, mithin Europa verändern – und zwar nicht erst seit dem vom politischen Mainstream irreführenderweise als »Flüchtlingskrise« etikettierten Sommer der Migration 2015.

So stand hierzulande noch zu Beginn der Kohl-Ära 1982 der Satz »Deutschland ist kein Einwanderungsland« im Koalitionsvertrag der Bundesregie-



Demonstration an malischer-mauretanischer Grenze (an der südlichen Grenze der Sahara), wohin bis Ende 2010 (und heute auch manchmal noch) abgefangene Bootsmigrant_innen abgeschoben werden. Bamako-Dakar-Karawane, 2011. (Foto: afrique-europe-interact)

.....

rung. »Migrationspolitik war Migrationsverhinderungspolitik«, wie der Journalist Christian Jakob (2016) in seinem wunderbaren Buch »Die Bleibenden« bissig anmerkt. Die Migrant_innen und Geflüchteten haben indes nicht akzeptiert, dass Deutschland kein Einwanderungsland sein wollte. Vielmehr haben sie, so Jakob weiter, »dieses Dogma herausgefordert, den Zugang zu Deutschland freigekämpft und dabei die Gesellschaft verändert« – erkennbar an Städten wie Düsseldorf, Nürnberg oder Frankfurt, wo 35 bis 45 Prozent der Wohnbevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund sind.

Das hier skizzierte Verständnis von Migration und Flucht beruht auf der Überlegung, dass der Begriff der sozialen Bewegung nicht sozialwissenschaftlich verkürzt, sondern um die Dimension alltäglicher, oft still vonstattengehender Widerständigkeiten ergänzt werden sollte. Es gilt also, auch die hartnäckigen Alltagskämpfe, ja Überlebensstrategien von Geflüchteten und Migrant_innen als Widerstandsakte zu begreifen, das heißt als hochgradig effektive Versuche, die Grenzen der Staatsbürgerschaft aufzubrechen, neue transnationale Räume der Freiheit und Gleichheit zu erschließen und das Recht auf Mobilität einzufordern beziehungsweise in Anspruch zu nehmen.

Und doch: Auch wenn das eigentliche Epizentrum der Kämpfe um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte die maßgeblich durch migrantische Community-Netzwerke ermöglichten Bewegungen der Geflüchteten und Migrant_innen selbst sind, so haben sich diese Überlebensstrategien stets auch mit Interventionen politischer Akteur_innen im engeren Sinne über-

schnitten. Gemeint sind hiermit (Diaspora-)Organisationen und Vereine von Migrant_innen und Geflüchteten genauso wie antirassistische Gruppen, Beratungsstellen und NGOs, wobei die jeweiligen Übergänge keineswegs trennscharf sind. Denn politisch organisierte Geflüchtete und Migrant_innen sind meist auch in ihre migrantischen Communitys eingebunden, gleichermaßen bestehen von antirassistischen Aktivist_innen enge persönliche und politische Bande mit Geflüchteten und Migrant_innen. In ihrer Gesamtheit sind besagte Akteur_innen und Aktivitäten so alt und vielfältig wie das Zuwanderungsgeschehen der letzten fünfzig Jahre, dies mögen einige Schlaglichter (vgl. interface 2005) veranschaulichen:

Flucht- und migrationspolitische Kämpfe seit den 1960er Jahren

In den 1960er Jahren sind Studierende aus afrikanischen Ländern innerhalb des *Sozialistischen Studentenbundes SDS* immer wieder gegen Rassismus, Abschiebungen und afrikanische Diktatoren aktiv geworden, wobei nicht zuletzt die erfolgreichen Demonstrationen 1964 gegen den rassistischen und Kolonialismus verherrlichenden Film »Africa Addio« Berühmtheit erlangt haben.

In den 1970er Jahren ist es zu unzähligen Protesten von Migrant_innen aus der sogenannten Gastarbeiter-Generation gekommen, unter anderem in Frankfurt gegen überbezahlte Mieten und fehlende Kindergartenplätze. Höhepunkt war im August 1973 die Besetzung der Ford-Werke in Köln, nachdem 500 türkische Arbeiter_innen entlassen wurden, die verspätet aus ihrem Jahresurlaub zurückgekehrt waren. Eine Woche später beendete eine unsäglichke Allianz aus Polizei, Betriebsleitung, Betriebsrat und deutschen *IG-Metall*-Mitgliedern den wilden Streik. Im Anschluss wurden 100 Arbeiter_innen abgeschoben, einige wanderten ins Gefängnis, 600 verloren ihren Arbeitsplatz.

In den 1980er Jahren demonstrierten in Baden-Württemberg Geflüchtete immer wieder gegen die vom damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth

Demo von Sanamadougou und Sahou gegen Landgrabbing, 2015.

(Foto: afrique-europe-interact)



mit Hochdruck eingerichteten Sammellager (O-Ton Späth: »Die Buschtrommeln sollen schon in Afrika signalisieren: Kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager.«). Des Weiteren wurde 1986 nicht nur *Pro Asyl* gegründet, vielmehr schrieb auch die militanten *Revolutionären Zellen (RZ)*lässlich ihrer vielerorts mehr oder weniger klammheimlich begrüßten Flüchtlingskampagne, dass »Migrationsbewegungen (...) nur die Rauchschwaden eines Vulkans« wären und die antiimperialistische Linke daher aufgefordert sei, »den Willen und die Entschlossenheit der Flüchtlinge« zu unterstützen.

In den 1990er Jahren kam es im Zuge der Wiedervereinigung zu einer regelrechten rassistischen Hasswelle gegen Geflüchtete und Migrant_innen. Allein 1992 töteten Nazis 34 Menschen in Deutschland. Ebenfalls 1992 wurde das Asylrecht de facto abgeschafft, was zusammen mit dem 1993 eingeführten Asylbewerberleistungsgesetz sowie den zwischen 1988 und 1993 verzehnfachten Abschiebezahlen zu einer extremen Zuspitzung der Lebens- und Aufenthaltssituation von Geflüchteten geführt hat. Entsprechend gründeten sich in dieser Zeit nicht nur migrantische *Antifa*-Gruppen, sondern auch mehrere selbstorganisierte Flüchtlingsorganisationen, darunter *The Voice Refugee Forum*, die *Brandenburger Flüchtlingsinitiative* und die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* (vgl. Jakob 2016).

In den 2000er Jahren betrat *kanak attak* die Bühne, ein Netzwerk, in dem vor allem Migrant_innen der zweiten und dritten Generation aktiv waren, außerdem differenzierten sich die in den 1990er Jahren begonnenen Kämpfe aus – all dies weiterhin im Lichte einer überwiegend repressiv ausgerichteten staatlichen Migrationspolitik.

Spätestens in den 2010er Jahren kam es im Zuge der Vorverlagerung des EU-Grenzregimes zu immer dramatischeren Situationen an den EU-Außengrenzen beziehungsweise in den jeweiligen Transitländern wie der Ukraine, Libyen oder Marokko. Als Reaktion entstanden seit 2009 gemischte, das heißt aus Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten zusammengesetzte Netzwerke wie *Welcome to Europe* oder *Afrique-Europe-Interact*, zu deren Programmatik unter anderem gehört, bereits auf den Transitrouten Richtung (West- und Nord-)Europa praktisch zu intervenieren; stellvertretend erwähnt sei das *WatchTheMed Alarm Phone*, eine Notrufnummer für Geflüchtete in Seenot. Schließlich ist das Jahr 2012 hervorzuheben, denn damals ist ein bis 2014 andauernder Zyklus flüchtlingspolitischer Proteste entstanden, der ein bis dato nie dagewesenes Echo in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hat – mit der Konsequenz, dass Flüchtlingsolidarität »nicht nur eine dominierende soziale Bewegung und ein boomender Wirtschaftszweig, sondern auch ein popkultureller Hype geworden« sei, wie Christian Jakob in seinem bereits erwähnten Buch schreibt.

Das Recht, Rechte zu haben, als programmatischer Kern

Bei aller Vielfältigkeit der Themen und Auseinandersetzungen, der Bezug auf Rechte hat sich von Anfang an als so etwas wie ein kleinster gemeinsamer Nenner herauskristallisiert, paradigmatisch formuliert im Manifest des 1997 auf der *documenta X* ins Leben gerufenen Netzwerks *kein mensch ist illegal*:

»Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht die Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person unabhängig von Herkunft und Papieren.«

Präziser: Normativer Bezugspunkt der soeben skizzierten Kämpfe ist bis heute das, was die Philosophin Hannah Arendt einst als das »Recht, Rechte zu haben« postuliert hat. Unstrittig war hierbei immer auch, dass Rechte in der Realität durch nichts und niemanden gewährt werden – schon gar nicht durch den Staat. Sie müssten vielmehr, so das diesbezügliche Credo flucht- und migrationspolitischer Kämpfe, Schritt für Schritt von unten erkämpft werden: von ihrer erstmaligen Formulierung über ihre Anerkennung im Rahmen allgemeiner Konventionen (wie zum Beispiel in UN-Konventionen) bis hin zur Verankerung als positives, das heißt geltendes und somit auch durchsetzbares Recht (vgl. Bernau 2006).

Flucht- und migrationspolitische Debattenstränge

Nicht nur Flüchtlingsselbstorganisationen, auch gemischt zusammengesetzte Netzwerke wie *Afrique-Europe-Interact* geben sich mit dem auf hiesige Verhältnisse gemünzten Fokus nicht zufrieden. Sie beziehen vielmehr auch die Hintergründe von Flucht und Migration ein, wofür beispielhaft aus dem fulminanten Positionspapier »Über koloniale Ungerechtigkeit und die Fortsetzung der Barbarei« zitiert sei, welches *The Voice Refugee Forum* 2009 veröffentlicht hat:

»[...] [d]ie menschliche Geschichte wird sich eines Tages an die sogenannte ›Westliche Zivilisation‹ erinnern als die grausamste, zerstörerischste und ausgrenzendste imperiale Macht, die je existiert hat. Werden wir jemals wissen, wie viele Milliarden Menschen direkt oder indirekt deswegen ums Leben kamen?«

Solche Kontextualisierungen waren indes lange umstritten. Konkret hieß es unter anderem aus dem Umfeld von *kanak attak*, dass ein solches Herangehen Gefahr laufe, Menschen zum Spielball objektiver Zwangssituationen zu degradieren: Es würde einem humanistischen Diskurs in die Hände gespielt, der Geflüchtete und Migrant_innen einzig als hilflose Opfer wahr-



Busse der Bamako-Dakar-Karawane von aei, 2011.

(Foto: afrique-europe-interact)

.....

Erste Delegationsreise von aei ins Office du Niger, jener Region, wo in Mali Landgrabbing stattfindet, 2012.

(Foto: afrique-europe-interact)

.....



zunehmen, ja zu akzeptieren im Stande sei, nicht aber als gesellschaftliche Akteur_innen, die (offensiv) ihre Rechte einfordern beziehungsweise wahrnehmen. Mittlerweile hat sich die diesbezügliche Debatte jedoch beruhigt. Viele Gruppen konzentrieren sich allein aus Zeitgründen auf die hiesige Situation, stellen aber nicht (mehr) die Notwendigkeit in Frage, prinzipiell auch die Ursachen von Flucht und Migration systematisch in den Blick zu nehmen.

Ähnliches gilt auch für einen zweiten Debattenstrang, der ebenfalls Anfang der 2000er Jahre unter dem Stichwort der »Reökonomisierung des Antirassismus« aufgekommen war. Ausgangspunkt war die These, dass die Festung Europa nicht nur auf Abschottung ziele, sondern auch Interesse an einer systematischen Illegalisierung hätte, um auf diese Weise ein riesiges Reservoir an leicht erpressbaren Niedriglohnarbeitskräften heranzuzüchten – sei es für das Baugewerbe, die Landwirtschaft oder haushaltsbezogene Dienstleistungen. Dass mit dem EU-Grenzregime faktisch derartige Effekte einhergehen (ob beabsichtigt oder nicht), hat seinerzeit niemand in Frage gestellt. Allerdings fürchteten Gruppen wie *The Voice Refugee Forum*, dass eine zu große Fokussierung auf rassistische Ausbeutungsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt Energie von flüchtlingspolitischen Kämpfen insbesondere gegen Lager, Abschiebungen und andere diskriminierende Maßnahmen abziehen könnte.

2. Zwischen Vernetzung und Konflikt: die flucht- und migrationspolitische Bewegung als riesiges Mosaik

Nimmt man die eingangs formulierte These ernst, wonach sich im Zentrum flucht- und migrationspolitischer Kämpfe das Flucht- und Migrationsgeschehen selbst befindet, dürfte nachvollziehbar werden, weshalb eine genaue Beschreibung der sozialen Zusammensetzung dieser Bewegungslandschaft kaum leistbar ist, jedenfalls nicht auf die Schnelle. Denn de facto setzt sich diese Szenerie aus verschiedensten Menschen und Generationen zusammen – jeweils mit völlig unterschiedlichen Bildungs-, Arbeits- und Einwanderungsgeschichten, von unterschiedlichen politischen Haltungen ganz zu schweigen.

Gleichwohl sind in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Versuche unternommen worden, die vielfältigen Akteur_innen zusammenzubringen, etwa 1998 bei der ersten Tour der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen*, seit 2005 im Rahmen der Bleiberechtsinitiative *Jugendliche ohne Grenzen* oder zwischen 2010 und 2014 bei drei *NoBorder*-Konferenzen in Frankfurt. Punktuell hat das zwar geklappt, doch grundsätzlich gilt es zunächst einmal anzuerkennen, dass reale Unterschiede nicht ohne Weiteres überwunden beziehungsweise nivelliert werden können. Konkreter an einem Beispiel: Aktivist_innen der dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, haben nicht automatisch die gleichen Interessen und Prioritätensetzungen wie irregulär beschäftigte Pflegekräfte aus der Ukraine oder Geflüchtete aus Togo, die unmittelbar von Abschiebung bedroht sind.

Transidentitäre Organisationsprozesse

Das Verhalten zahlreicher deutscher Aktivist_innen war derweil immer wieder von Ignoranz, Dominanz und Paternalismus bestimmt. Als beispielsweise im Jahr 2000 beim internationalen Flüchtlingskongress in Jena mit circa 600 Teilnehmer_innen aus vierzig Ländern die Kampagne gegen die Residenzpflicht ins Leben gerufen wurde, reagierte der damalige linksradikale Mainstream unverständlich, ja grantelig. Das Projekt wurde als »humanitär« und somit »flüchtlingspolitisch beschränkt« abgestempelt, zudem sah sich *The Voice Refugee Forum* angesichts seiner Hartnäckigkeit mit dem Vorwurf konfrontiert, auf dem schlechten Gewissen europäischer Aktivist_innen zu »surfen«, einzig mit der Zielsetzung, sogenannte »Kampagnensoldaten« zu rekrutieren. Die so Gescholtenen kritisierten ihrerseits, dass die ablehnende Haltung Ausdruck *weißer* Ignoranz gegenüber einer rassistischen Sonderverordnung sei, die eine den gesamten Lebensalltag von Geflüchteten durchdringende Erfahrung von Demütigung, Isolierung und Einschüchterung darstelle und somit maßgeblich dafür verantwortlich sei, dass viele Geflüchtete ihr Recht auf politische Betätigung beziehungsweise Organisation kaum wahrnehmen würden.



Demo von aei mit Angehörigen von vermissten Migrant_innen in Tunis, 2012.
(Foto: afrique-europe-interact)

.....

Mit Blick auf diese und ähnliche vor allen bei den *Antirassistischen Grenz-camps* (1998–2003) aufgetretenen Konflikte wurde innerhalb des *NoLager*-Netzwerks (2002–2007) ein Neustart versucht: Aktivist_innen mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrung verständigten sich darauf, im Rahmen einer intensivierten Kooperation an dem Projekt eines transidentitären Wir zu arbeiten: an der Schaffung eines politischen Akteurs, der zwar die unterschiedlichen Ausgangssituationen ernst nimmt, auf dieser Basis jedoch gemeinsame Perspektiven, Interessen und Forderungen formuliert und somit die aus der rassistischen Struktur der Gesellschaft hervorgehenden Wir-Ihr-Polarisierungen zumindest auf dem antirassistischen Feld aufbricht.

Als programmatische Klammer diente hierbei die berühmte von der (australischen) Murri-Aktivistin Lilla Watson kreierte und 2003 von der *Flüchtlingsinitiative Brandenburg* auf T-Shirts gedruckte Devise: »Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine Freiheit mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammen arbeiten.« Als handlungspraktische Maxime wurde das unter anderem aus Critical-Whiteness-Diskursen stammende Konzept der Accountability herangezogen (ohne dass dieses jedoch theoretisch diskutiert worden wäre), also die Selbstverpflichtung weißer Aktivist_innen, sich durch sogenanntes Power-Sharing zu Verbündeten von Geflüchteten, Migrant_innen und People of Color zu machen – samt der Bereitschaft, Geld, zeitliche Ressourcen, sprachliche Übersetzungskompetenzen und andere Privilegien systematisch zu teilen.¹

¹ Für die hier erwähnten (Grenzcamp-)Konflikte sowie die Grundzüge des Critical-Whiteness-Konzepts siehe Bernau (2012); vgl. auch transact (2014).

3. Wachstumsbezogene Ursachen von Flucht und Migration als kleinster gemeinsamer Nenner

Die Verbindungen zwischen Degrowth und bestimmten Interventionssträngen der flucht- und migrationspolitischen Bewegung liegen buchstäblich auf der Hand. Denn zahlreiche Fluchtgründe sind direkt oder indirekt das Ergebnis kapitalistischer Wachstumsimperative: Ganz gleich, ob wir über Marktöffnungen, Privatisierungen, Investitionserleichterungen, Landgrabbing, Zugang zu Ressourcen oder Ressourcenkriege sprechen, stets geht es um Wachstum, häufig gepaart mit knallharten Konkurrenzzwängen – also um gesteigerte Absatzchancen, um profitable Investitionen, um billige Produktionsstätten, um Aneignungen jener Rohstoffe, die nötig sind, um die kapitalistische Hochleistungsökonomie am Laufen zu halten. Hinzu kommen mittelbare Zusammenhänge: etwa beim Klimawandel, der die ohnehin prekäre Situation kleinbäuerlicher Haushalte zusätzlich verschärft, oder bei der Zusammenarbeit mit korrupten Regimen, die zur Durchsetzung imperialer Interessen quasi unvermeidbar ist. Insofern dürfte es keineswegs Zufall gewesen sein, dass Anfang der 1980er Jahre nicht nur die frühe Postwachstumsdebatte (die damals freilich noch unter anderen Begriffen firmierte) vorläufig verebbte, sondern auch die Länder des Südens unter die Räder der im Namen des Wachstums verordneten neoliberalen Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank gerieten.

Es gibt aber auch Widersprüchliches, mitunter Graustufen. Denn Wachstum wird von vielen Migrant_innen und Geflüchteten keineswegs als negative Entwicklung betrachtet. Vielmehr möchten sie mit ihren Geldüberweisungen (die weltweit mehr als das Doppelte der Entwicklungshilfe ausmachen) einen Beitrag zur Erhöhung des Lebensstandards ihrer Familien und lokalen Communitys leisten. Prinzipiell ist das absolut zu begrüßen, geht es doch primär um die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse wie des Zugangs zu Nahrung, Wasser, Bildung oder Gesundheitsdienstleistungen (ob durch gesteigerten Konsum oder kleingewerbliche Investitionen). Gleichwohl kann es auch zu materialistischen Überschusshandlungen kommen. In diesem Fall finanzieren Migrant_innen oder Geflüchtete mit einem Teil ihres in Europa verdienten Geldes Statussymbole wie große Häuser oder Autos. Aber auch das ist keineswegs verwerflich, jedenfalls wenn berücksichtigt wird, dass das Leben der meisten Menschen in den reichen Industrieländern weiterhin mit einem deutlich größeren CO₂-Fußabdruck einhergeht als im globalen Süden. Nein, problematisch ist dieser materialistische Überschuss eher deshalb, weil er in den jeweiligen Ländern eine Art Werbeanzeige für das kapitalistische Konsummodell darstellt und somit die Suche nach ökologisch und sozial gerechten Entwicklungsalternativen regelrecht untergräbt.

Ein letzter Aspekt: Die Degrowth-Sommerschule 2015 war in sozialer und atmosphärischer Hinsicht ein echtes Highlight: solidarisch, äußerst



Beteiligung von aei an blockupy-Demo in Frankfurt, 2012.
(Foto: afrique-europe-interact)

freundlich und bestens organisiert. Gleichzeitig wirkte die soziale Zusammensetzung einigermaßen verstörend: überwiegend weiß, jung und akademisch gebildet. Anders formuliert: Das Ringen um Verständigung trotz unterschiedlichster Ausgangsvoraussetzungen, was für viele migrations- und flüchtlingspolitische Kämpfe quasi stilprägend ist, war im Sommer- und flüchtlingspolitischen Kontext nicht erforderlich. Stattdessen herrschte eine gewisse Monokulturalität, die zwar spannende Debatten nicht verhinderte, aber dennoch in einem paradoxen Spannungsverhältnis zur diskursiven Offenheit gegenüber den vielschichtigen Problemlagen rund um den Globus stand – ein Widerspruch, auf den ich gleich noch zurückkommen werde.

4. Was Degrowth von transnationalen Organisationsprozessen lernen kann

Eine der zentralen Herausforderungen für soziale Bewegungen in Afrika besteht darin, mit der breiten Masse der Bevölkerung über alternative, mithin selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten ins Gespräch zu kommen. Denn sämtliche wirtschaftlichen Eckdaten sprechen dafür, dass die meisten afrikanischen Länder auf absehbare Zeit nicht die geringste Chance haben werden, sich auf den Weltmärkten aus ihrem untergeordneten Status als bloße Rohstofflieferanten zu befreien (der Fokus auf afrikanische Länder

ergibt sich aus der Arbeit von *Afrique-Europe-Interact*, ähnliche Fragen stellen sich aber natürlich auch in anderen Weltregionen). Angesichts dessen könnte die Degrowth-Bewegung sicherlich ein wertvolles Gegenüber für soziale Bewegungen im globalen Süden darstellen, insbesondere bei der Suche nach Antworten auf die Frage, wie gesamtgesellschaftliche Transformationsperspektiven aussehen könnten. Dabei sollte allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass Menschen, die ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen, in erster Linie an konkreten Lösungsvorschlägen interessiert sind, nicht aber an Grundsatzdebatten.

Und genau hier könnte Degrowth von transnationalen Netzwerken wie *Afrique-Europe-Interact* lernen. Denn durch dessen intensive Arbeit in gemischten Konstellationen – ob hier oder im afrikanisch-europäischen Kontext – hat *Afrique-Europe-Interact* zahlreiche Erfahrungen gesammelt, wie trotz erheblicher ökonomischer, sozialer, kultureller und religiöser Unterschiede nicht nur Vertrauensressourcen, sondern auch gemeinsame Handlungsperspektiven schrittweise aufgebaut werden können. Was das praktisch heißt, lässt sich beispielhaft am Umstand verdeutlichen, dass transnationale Organisation auf politischer, sozialer und persönlicher Ebene eine hochgradig widersprüchliche Angelegenheit darstellt. So hat sich bei *Afrique-Europe-Interact* im Jahr 2012 eine transnationale Debatte daran entzündet, dass viele der malischen Aktivist_innen unter Bezugnahme auf das Recht zur Selbstverteidigung (insbesondere gegen islamistische Terrorgruppen) eine angemessene Ausstattung der mit 12 000 Soldaten relativ kleinen malischen Armee forderten, inklusive Ausbildungsunterstützung durch die Bundeswehr – während dies vielen europäischen Aktivist_innen buchstäblich die Schweißperlen auf die Stirn trieb. Auf der sozialen Ebene machen sich Widersprüche nicht zuletzt an Fragen der Organisation fest: So gibt es

.....
Demo von aei bei Innenminister-Konferenz in Osnabrück, 2013 (für Geflüchtete im Lager Choucha an der libysch-tunesischen Grenze). (Foto: afrique-europe-interact)





Versammlung der von aei mitgegründeten Basisgewerkschaft Copon in Kourouma, Office du niger, 2015. (Foto: afrique-europe-interact)

in jedem malischen Dorf einen Dorfcchef, wobei erst bei näherem Hinsehen deutlich wird, dass ein Dorfcchef nur so lange einen guten Stand hat, wie er den Willen des Dorfes angemessen repräsentiert, was seinerseits wiederum einen durchaus basisdemokratischen Meinungsbildungsprozess voraussetzt. Schließlich die persönliche Dimension: Fakt ist, dass transnationale Netzwerkarbeit ohne wechselseitige Sympathien nicht möglich wäre, gerade angesichts der zum Teil nervenaufreibenden Handlungsabläufe. Gleichwohl wäre es abwegig, ausgerechnet in der transnationalen Organisation das eigene Alter Ego suchen zu wollen. Eine grundlegende Herausforderung besteht insofern darin (und das gilt für beide Seiten), immer wieder Dinge stehen oder unkommentiert zu lassen, auch dann, wenn sie an den Grundfesten des eigenen politischen oder persönlichen Selbstverständnisses rütteln – etwa wenn politische Schwierigkeiten auf übersinnliche Kräfte zurückgeführt werden oder hinsichtlich unterschiedlicher Auffassungen zum Geschlechterverhältnis (vgl. Bernau 2015).

5. Runter vom Beobachtungs- und Debattenturm, rein in die gemeinsamen Kämpfe!

Dieser Text ist das Ergebnis einer äußerst freundlichen Degrowth-Kommunikationsoffensive. Dennoch kann ich es mir nicht verkneifen, der hiesigen Degrowth-Bewegung zuzurufen, ihren – mit Verlaub – diskursüberwucherten Beobachtungs- und Debattenturm zu verlassen. Denn gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern sich ausschließlich in praktischen Auseinandersetzungen, wie aus der Schilderung flucht- und migrationspolitischer Kämpfe deutlich geworden sein dürfte.

Gleichzeitig sind in dieser Geschichte auch das Ressourcengefälle und die Gewalt zur Sprache gekommen, mit der es viele Bewegungen zu tun haben. Von der Degrowth-Bewegung würde ich mir daher in inhaltlicher beziehungsweise politischer Hinsicht eine verstärkte Mitarbeit bei fluchtursachenbezogenen Kämpfen wünschen – ganz gleich, in welchem Rahmen. Darüber hinaus sind insbesondere Kämpfe von Geflüchteten hierzulande auf stetige niedrigschwellige Unterstützung angewiesen. Beides sollte im Modus des Power-Sharing erfolgen, denn nur Bewegungen, die untereinander ihre materiellen, zeitlichen und intellektuellen Ressourcen (umver-)teilen, werden letztlich Erfolg haben können.



*Olaf Bernau und eine Demo
in Berlin fordern in diesem
Kurzfilm unseren Blick auf
Flucht & Migration heraus.*



Links

- Afrique-Europe-Interact:** www.afrique-europe-interact.net
bordermonitoring.eu: <http://bordermonitoring.eu>
Forschungsstelle Flucht und Migration: www.ffm-online.org
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen:
www.thecaravan.org
Kompass – monatlicher Antira-Newsletter: www.kompass.antira.info
Watch The Med Alarm Phone: www.alarmphone.org
Welome to Europe: www.infomobile.w2eu.net

Verwendete und weiterführende Literatur

- Bernau, Olaf (alias Gregor Samsa)** (2006): Globale Rechte – Hype oder kommunistisches Szenario? Globale Rechte im Spannungsfeld von Utopie, sozialen Kämpfen und positivem Recht. analyse & kritik (ak) – Zeitung für linke Debatte und Praxis 508. http://www.akweb.de/ak_s/ak508/18.htm; Zugriff: 01.02.2017.
- Bernau, Olaf** (2010): Internationalistische Praxis nach dem Internationalismus. Phase 2 37. <http://afrique-europe-interact.net/259-0-interview-phase-2-mit-olaf-bernau.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- Bernau, Olaf** (2012): In der Autoritäts- und Identitätsfalle. Stichworte zur Debatte um criticalwhiteness anlässlich des diesjährigen Nobordercamps in Köln. Phase 2 44. <http://phase-zwei.org/hefte/artikel/in-der-autoritaets-und-identitaetsfalle-233>; Zugriff: 01.02.2017.
- Bernau, Olaf** (2015): Im Schnittpunkt von Land und Stadt. Werkstattbericht zur Solidaritätsarbeit mit bäuerlichen Bewegungen in Mali. analyse & kritik (ak) – Zeitung für linke Debatte und Praxis 604. <http://afrique-europe-interact.net/1353-0-Werkstattbericht-Office-du-Niger.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- interface** (Hrsg.) (2005): Widerstandsbewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Kritik. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Jakob, Christian** (2016): Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern. Berlin: Ch. Links.
- Mbolela, Emmanuel** (2014): Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil (4. Auflage). Wien: Mandelbaum.
- Oulios, Miltiadis** (2015): Blackbox Abschiebung: Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen Migrationspolitik. Berlin: Suhrkamp.
- transact!** (Hrsg.) (2014): Wie ist deine Freiheit mit meiner verbunden? Stichworte zu gemischter Organisation, Definitionsmacht und Critical Whiteness. Berlin/Bremen/Hanau/Wien: transact! https://transact.noblogs.org/files/2014/02/transact6_de.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- The Voice Refugee Forum** (2009): Über koloniale Ungerechtigkeit und die Fortsetzung der Barbarei. <http://afrique-europe-interact.net/241-0-voice-text.html>; Zugriff: 01.02.2017.

Freie-Software-Bewegung: Re-Dezentralisierung des Internets und beispielhafte Entwicklung neuer Besitzverhältnisse und Commons

Gualter Barbas Baptista

(übersetzt von Irene Neumann, Silvia Hable und Jon Richter)

Dieser Text wurde aus der Perspektive derjenigen verfasst, die sich als Teil der Freie-Software-Bewegung verstehen. Die an diesem Text Beteiligten sind persönlich in die Gestaltung von Infrastrukturen, Plattformen und Diensten als digitalen Allmenden eingebunden. Dieser Text wurde von Gualter Barbas Baptista auf Englisch konzipiert und verfasst.

1. Frei – nicht nur umsonst: Software betreiben, überprüfen, verändern und weitergeben

Die Grundidee der Freie-Software-Bewegung ist es, den Nutzer:inne.n von Software die Möglichkeit zu geben, Programme selbst zu betreiben, zu überprüfen, zu verändern und auch weiterzugeben. Die Bewegung kam offiziell erstmals in den 1980er Jahren als Reaktion auf die stetig wachsende Vorreiterrolle proprietärer Software zum Vorschein. Diese Vorreiterrolle etablierte sich seit Ende der 1960er Jahre im Zuge der immer komplexer werdenden Softwareprogramme und der dadurch steigenden Produktionskosten.

Proprietäre Software ist für einen Wirtschaftsbereich ausgelegt, der von Konkurrenz und industriellem Wettbewerb geprägt ist. Deshalb wird sie mit Hilfe von Patentierungen geschützt. Ziel der Freien Software ist es im Gegensatz dazu, jegliche Einschränkung von Nutzung und Veränderung der Software aufzuheben, um Kooperation unter den Nutzer:inne.n zu ermöglichen. Damit soll ein technologischer Fortschritt vorangebracht werden, der jede.r:m im Cyberspace Freiheit bringt (vgl. Stallman 2006).

Obwohl die beiden Begriffe Open Source und Freie Software oft synonym verwendet werden und sich auch in ihrer Bedeutung in weiten Teilen überschneiden, ist es wichtig, sie an dieser Stelle voneinander abzugrenzen. Open-Source-Software-Lizenzen schränken unter Umständen den Gebrauch und die Wiederverwendung von Software ein. Dies entspricht nicht der



Das Diagramm zeigt wie »Linking Open Data datasets« verbunden sind (Stand August 2014). (Bild: Max Schmachtenberg, Christian Bizer, Anja Jentzsch and Richard Cyganiak, lod-cloud.net)

Bedeutung von »frei« beziehungsweise »libre«; dabei ist »frei« hier im Sinne von »Redefreiheit«, nicht als »kostenlos« zu verstehen. Um der Debatte über die unterschiedlichen Bezeichnungen ein Stück weit zu entkommen, wurde der Begriff Freie/Libre Open Source Software (FLOSS) vorgeschlagen. Nichtsdestotrotz scheint die Freie-Software-Bewegung stärker politisiert und damit der Degrowth-Bewegung näher zu sein als die Open-Source-Bewegung. Ein Teilnehmer des *Chaos Communication Congress*, des jährlich in Deutschland stattfindenden größten europäischen Hacking-Kongresses, äußerte gar die These, dass Open Source deshalb so stark vorangetrieben wurde, um die Ausbreitung Freier Software in die neoliberale Ideologie und kapitalistische Ökonomie zu integrieren (vgl. Prug 2007).

Die Idee der Freie-Software-Bewegung ist verknüpft mit der ursprünglichen Vision des World Wide Webs (WWW, kurz Web), wie sie durch dessen Begründer Tim Berners-Lee vertreten wurde. Kern seiner Philosophie ist es, dass das Internet als Plattform seinen Nutzer:inne:n neue Frei- und Handlungsspielräume bereitstellt. Bis zum Jahr 1996 war das Internet tatsächlich hauptsächlich eine Plattform, um Wissens- und Informationsaustausch zu ermöglichen; dies spielte sich jenseits kommerzieller Interessen ab. Bis dahin war die Kommerzialisierung de facto verboten. Heutzutage ist es jedoch kaum mehr möglich, den kommerziellen Interessen im Internet zu entkommen: Google, Dropbox oder Facebook sind nur einige Beispiele für Unternehmen, die Gewinne aus Daten, Dokumenten und Beziehungen im Internet erwirtschaften. Die Übertragung von Handlungsmacht, und oft auch der Eigentumsrechte, an Unternehmen mit kommerziellen »Daten-



.....
*Kunstinstallation beim »Chaos Communications Congress«.
Zweimal am Tag wurde ein
Apple Laptop mit viel Krach und
Lichtblitzen langsam zerdrückt,
bis nur noch kleinste Teile
übrig blieben. Eine Mischung
aus postindustrieller Dystopie
und Luddist Zerstörung
von »böser Technologie«.
(Foto: Gualter Barbas Baptista)*

silos« stellt eine der größten Bedrohungen für die Vision eines freien Internets dar.

Parallel dazu ist jedoch das Entstehen neuer Muster der Produktion und Konsumtion von Technologie zu beobachten. Eine große Rolle spielen dabei vor allem sozio-technologische und weniger ausschließlich technologische Innovationen. »Fabriken« für die Entwicklung und Rekombination von Codes, wie das berühmte GitHub, sind zu sozialen Netzwerken für eine weltweite, gemeinsame digitale Produktion geworden. Die sogenannte Sharing Economy erlaubt gleichzeitig neue Formen der Beziehung zwischen Produzent.inn.en und Konsument.inn.en, indem beiden Parteien ein gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen verschafft wird.

Diese Entwicklungen stoßen jedoch durchaus auch auf Kritik, auch von Seiten der Freie-Software-Bewegung: Auch GitHub stellt eine zentralisierte, kommerzielle Plattform dar, und die Sharing Economy wurde zu einem großen Teil von profitorientierten Interessen und umstrittenen Modellen milliardenschwerer Start-ups wie Airbnb oder Uber kooptiert. All dies veranlasste diverse Organisationen aus dem Bereich der Sharing Economy, zum Beispiel *OuiShare*, als Alternative das Konzept Collaborative Economy zu entwerfen, um Initiativen, die tatsächlich auf horizontalen Netzwerken und Partizipation der Allgemeinheit basieren, abgrenzen zu können.

Was den Bereich der Hardware betrifft, findet in Fab Labs, Repair-Cafés oder der Open Source Ecology ein weltweiter Wissensaustausch statt: Die Akteur.inn.e.n tauschen ihre Erfahrungen aus, während sie an der Produktion vor Ort beteiligt sind und innerhalb ihrer »glokalen« Communitys lernen. Darüber hinaus versuchen Initiativen wie das Fairphone oder die faire

Maus, ökologischer und fairere Produktionsbedingungen anzustreben. Diese Beispiele zeigen allerdings auch, wie schwer es ist, in einem System, das der Logik des Extraktivismus natürlicher Ressourcen unterliegt, technologische Artefakte tatsächlich fair und ökologisch herzustellen.

2. Von Software-Aktivist.inn.en zu Technologie-Kreateur.inn.en: Nutzer.innen- und Hacking-Gemeinschaften in globalen Netzwerken

Es ist schwierig zu beschreiben, wer Teil einer Bewegung ist, die so diffus und auf verschiedenen Ebenen in andere Bewegungen eingebettet ist. Nichtsdestotrotz können einige Schlüsselpersonen und -institutionen genannt werden.

Richard Stallman, das *GNU-Projekt* und die *Free Software Foundation (FSF)* sind wahrscheinlich einige der wichtigsten Akteur.inn.en in der Entstehungsgeschichte der Bewegung für Freie Software. Das *GNU-Projekt* wurde von Stallman 1983 am MIT (Massachusetts Institute of Technology) begründet. Das Ziel war, Werkzeuge zu entwickeln, um ein Betriebssystem aus ausschließlich Freier Software bauen zu können. 1992 fehlte für ein vollständiges Betriebssystem lediglich der Kernel (Kern)¹. Die Veröffentlichung des Linux-Kernels unter der GNU Public License (GPL) im Jahr 1992 schloss diese Lücke. Der Linux-Kernel ist ein außergewöhnlich erfolgreiches Beispiel für das Zusammenwirken verschiedener globaler Anstrengungen: die 10 239 Zeilen des Linux-Kernel-Codes, die ursprünglich vom finnischen Studenten Linus Torvalds im Jahr 1991 veröffentlicht wurden, erweiterten sich zu über 18 Millionen Zeilen eines Quellcodes, der von der GNU Public License als Commons geschützt wird. Sein Erfolg war immens: Das, was das Internet heute ausmacht, ist zusammen mit einer großen Anzahl von Anwendungen – von Smartphones mit Android-Betriebssystemen bis hin zu TomTom-Navigationsgeräten in Autos – meistens auf der Grundlage des Linux-Kernels aufgebaut. Dabei muss aufgrund der GNU Public License der Quellcode jeder Software, die auf dem Kernel basiert, öffentlich zugänglich gemacht werden. Als Konsequenz daraus leistet jede Aktivität rund um den besagten Quellcode, egal ob sie einem profit- oder nichtprofitorientiertem Zwecke dient, einen Beitrag zum globalen Gemeingut der Quellcodes und Algorithmen.

Das mitgliederbasierte *World Wide Web Consortium (W3C)* definiert Standards für das Internet und versucht, die verschiedenen Visionen dazu, wie das Netz aussehen soll, miteinander in Einklang zu bringen. Das *W3C* ist in verschiedene Arbeitsgruppen unterteilt, die generell offen sind für neue

¹ Ein Kernel, auch Betriebssystemkern, ist der zentrale Bestandteil eines Betriebssystems. In ihm ist die Prozess- und Datenorganisation festgelegt, auf der alle weiteren Softwarebestandteile des Betriebssystems aufbauen: [https://de.wikipedia.org/wiki/Kernel_\(Betriebssystem\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kernel_(Betriebssystem)); Zugriff: 01.02.2017.

Beitragende. Es hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam Protokolle zu entwickeln, die die Weiterentwicklung des Internets unterstützen und gleichzeitig die Konditionen für die Zusammenarbeit verschiedener Akteur:inn.e.n zu verbessern.

Gemeinschafts- und nachbarschaftliche Netzwerke wie etwa die *Freifunk*-Initiative, die von Freier WLAN-Software unterstützt werden, tragen zu einem »vermaschten Netz« auf Graswurzelebene bei. Zugleich leisten sie unmittelbar einen Beitrag dazu, die Besitzverhältnisse in der Internet-Infrastruktur zu verändern. So helfen die geringen Kosten eines Raspberry Pi (ein Ein-Platinen-Computer) dabei, auf dem eigenen Server einen selbstverwalteten Datenspeicher (own cloud) zu betreiben, der weniger als dreißig Euro kostet, ungefähr zehn Watt verbraucht und in eine Handfläche passt. Immer mehr Kollektive arbeiten daran, die existierende Freie Software in neuen Kombinationen weiterzuentwickeln, die einen demokratischeren Zugang zu den Diensten bieten und die besser an die Anforderungen und Nutzungsmuster der Zielgruppen angepasst sind. Zum Beispiel arbeitet die Initiative *IndieWeb* an einer Menschen-zentrierten Alternative zum kommerziellen World Wide Web, vor allem durch simple Standards und Werkzeuge für die plattformübergreifende Zusammenarbeit (Interoperabilität).

Sogar auf der höheren institutionellen Ebene der Europäischen Union (EU) wird der Trend zur Konzentration von Informationen mit Sorge betrachtet. Auf die Datenerfassung von Überseekonzernen, einhergehend mit versteckten globalen Überwachungstendenzen, wie sie von Citizenfour Edward Snowden offengelegt wurden, wird inzwischen reagiert: In den vergangenen Jahren sind im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon 2020 mehrere zehn Millionen Euro freigegeben worden, um Plattformen für kollektive Achtsamkeit und soziale Innovationen zu schaffen. Mit dem Fördertopf wird insbesondere auch der Beitrag von Hackingnetzwerken und Graswurzelbewegungen anerkannt: Belohnt werden Vereinigungen, an denen solcherlei Akteur:inn.e.n partizipieren.

3. Infrage stellen von Technologie durch (gemeinschaftliches) Besitzen

Innerhalb der Degrowth-Bewegung werden Technologie und insbesondere digitale Medien oft als etwas gesehen, das es zu reduzieren gilt und wovon Leben und Gesellschaft weitgehend befreit werden sollten. Dabei wird übersehen, dass wir in einem Zeitalter der digitalen Kommunikation leben, in welchem die digitalen Medien faktisch – zumindest indirekt – einen Teil des Lebens von nahezu jedem Menschen der Welt ausmachen.

In diesem Sinne würde die Nichtbeteiligung an der Weiterentwicklung der digitalen Infrastrukturen nur bedeuten, dass – ob nun mit oder ohne die Zustimmung der Nutzer:innen – jemand anderes diese Rolle übernimmt. Mit Derridas »Paradox der Gastfreundschaft« sei in diesem Zusammenhang

auf einen interessanten Aspekt hingewiesen: Die erste Gewalt, mit der ein.e Migrant.in konfrontiert wird, ist die Notwendigkeit, in der Sprache des Gastgebers nach Gastfreundschaft zu fragen – was im Gegensatz zur Gastfreundschaft steht. Diese Metapher wurde von Claudio Ciborra auf den Bereich der Technologie übersetzt: Wenn der Gastgeber, in unserem Fall sind das Organisationen und Initiativen, Fremdes, also hier die Technologie, erfolgreich integrieren möchten, muss Ersterer (der Gastgeber) lernen, in der Sprache der Zweiten (der Technologie) zu sprechen. Wann immer notwendig, gilt es sich der Kultur und Sprache des Gastes, sprich der Werkzeuge, anzupassen und sie zu übernehmen. Das bedeutet auch: Wenn du nicht deine eigene Technologie entwickelst, musst du dich an die Sprachen und Muster der Technologie anpassen, die jemand anderes (für dich) entwickelt hat, auch wenn diese möglicherweise nicht deinen eigenen kulturellen Werten entsprechen.

Die Komplexität des industriell-technologischen Komplexes wird heutzutage von großen Institutionen und Unternehmen aufrechterhalten. Dadurch werden die Nutzer:innen zunehmend sowohl von den technologischen Wahlmöglichkeiten und diesbezüglicher Handlungsmacht als auch von der zugrundeliegenden Infrastruktur, den Prozessen der technischen Produktion und der dafür notwendigen Ressourcenabschöpfung abgeschildert. Zunehmende Zentralisierung verhindert digitale wie analoge Netzwerke. Der Medientheoretiker Douglas Rushkoff zeigt auf, dass das Zeitalter, in dem wir uns befinden, nicht mehr durch die mechanische, riesige Fabrik des 19. Jahrhunderts geprägt ist, sondern durch Marken und Giganten der digitalen Welt, die mit sozial vernetzten Plattformen ihre Monopole aufbauen. Diese interpretiert er als Spitze eines späten oder auch neuen Kapitalismus. Große Mengen an Beteiligungskapital werden in Ideen für die digitale Gesellschaft investiert – mit dem Ziel, so viele Nutzer:innen-Daten wie möglich zu sammeln, um schließlich ein Auswertungsmonopol und Alleinverwertungsansprüche beim öffentlichen Angebot von Dienstleistungen zu etablieren: Niemand soll Freund:inn.e.n finden, wenn nicht über Facebook, niemand soll ein Date kriegen, wenn nicht über Tinder. Und dennoch ist Rushkoff, zusammen mit einigen Intellektuellen, Hacker:inne.n und Aktivist:inn.en aus dem Umfeld der Collaborative Economy, der Freie-Software- und der Commons-Bewegung der Meinung, dass das Internet eine Verteilungsmacht besitzt, wie bislang nichts und niemand anderes in der Geschichte der Menschheit.

Nichtsdestotrotz wird das Internet zunehmend auf einige wenige Plattformen reduziert, die meist den Charakter isolierter Informationssilos annehmen. Dies resultiert aus dem Blockieren von Hyperlinks, die den Kern des dezentralen Internets darstellen. Der für seine Tätigkeit bekannte iranische Blogger Hossein Derakshan beschreibt, wie er nach einem mehrjährigen Gefängnisaufenthalt (2008–2015) mit der Dominanz der sozialen Netzwerke konfrontiert wurde. Er befürchtete, dass sie den Hyperlink obsolet machen würden:

*»Der Hyperlink war bis vor sechs Jahren meine Währung. Von der Idee des Hypertextes abstammend, wurde mit dem Hyperlink eine Vielfalt und Dezentralisierung geschaffen, die der realen Welt fehlte. Der Hyperlink repräsentierte den offenen, miteinander verbundenen Geist des World Wide Webs – eine Vision, die mit ihrem Erfinder Tim Berners-Lee begann. Der Hyperlink war ein Weg, um von der Zentralisierung wegzukommen – all die Verknüpfungen, Linien und Hierarchien – und diese durch etwas Verteilteres, ein System von Knoten und Netzwerken zu ersetzen.«
(Derakshan 2015, eigene Übersetzung)*

Das Web mit seinen Hyperlinks repräsentiert in der digitalen Welt ein Werkzeug, um eine autonome Gesellschaft, wie sie etwa Castoriadis beschreibt, aufzubauen. Die Gefahren, mit denen der Hyperlink des Webs konfrontiert ist, stellen folglich auch eine Bedrohung für die Schaffung von Degrowth-Utopien dar.

Netzwerke des Lernens

Parallelen lassen sich zu Ivan Illichs Konzept der »learning webs« (Illich 1971) ziehen. In seinem Buch »Deschooling Society« beschreibt Illich drei Ziele, welche seiner Meinung nach in einem guten Bildungssystem verfolgt werden sollten: Allen Menschen, die lernen möchten, soll zu jeder Zeit ihres Lebens der Zugang zu Lern-Ressourcen ermöglicht werden; allen, die Wissen teilen und weitergeben möchten, soll die Möglichkeit gegeben werden, diejenigen zu finden, die eben dieses von ihnen lernen möchten; denjenigen, die ein Thema in die Öffentlichkeit tragen möchten, soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Argumente bekannt zu machen. Illich entwickelte damals ein Beispiel dafür, wie ein solches dezentrales Lern-Netz ausgestaltet werden könnte: mit Tonbändern. Die Menschen würden mit Tonbandgeräten und leeren Kassetten ausgestattet werden, um damit ihre freie Meinung ausdrücken zu können. So würden sowohl Alphabet.inn.en als auch Analphabet.inn.en ihre Meinung aufzeichnen, aufbewahren, verbreiten und wiederholen können. Referenzdienste und andere Mechanismen, die Gleichgesinnte zusammenbringen, würden Schüler:inne.n den Zugang zu den Ressourcen erleichtern, nach denen sie jeweils suchen. Das radikale Monopol des hegemonialen Diskurses wird, sowohl mit Illichs Tonbändern als auch im Internet der Hyperlinks, durch ein Multiversum von Narrativen ersetzt.

Bis jetzt haben die Forschung und die Praxis im Kontext von Degrowth leider zu wenig dazu beigetragen, eine kohärente, kritische Vision verschiedener Innovationen und Bewegungen zu formulieren, die durch die digitalen Technologien entstehen. Im Gegenteil distanzieren sich die Akteur:inn.e.n der Degrowth-Bewegung oft von den technologischen und kulturellen Entwicklungen des digitalen Zeitalters – als stünden das Eintauchen und die Beschäftigung mit dergleichen im Widerspruch zu einem Leben mit freiwilliger Selbstbeschränkung und im Einklang mit der Natur.

4. Degrowth-Debatten können dabei helfen, die sozialen und technologischen Entwicklungen kritisch zu begleiten

Geschichtlich gesehen zählt die Produktion von digitalen Commons zu den größten Errungenschaften der Freie-Software-Bewegung: Quellcodes, Daten, Informationen, Algorithmen und Wissen. Aber ebenso zählt dazu die Entwicklung einer Kultur der Zusammenarbeit, die auf den Werten von Freiheit und Autonomie basiert und in den bereits erwähnten gemeinschaftlichen und globalen Einsatz für Wikipedia oder den Linux-Kernel resultierte.

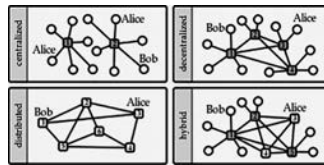
Die neuen Arten und Weisen der Produktion und des Konsums, die durch sogenannten Share-Ökonomien unter Nutzung technologischer Plattformen ermöglicht wurden, liefern uns interessante Einblicke auch in die Degrowth-Debatte. Statt die Tauschformen der Sharing Economy angesichts des derzeitigen institutionellen Rahmens als Ganzes zu verwerfen, sollten wir sie, so Maurie Cohen (2015), durch mehr reziproke Beziehungen und Institutionen wie Produzenten-Konsumenten-Kooperativen (im Gegensatz zu Definitionen und Regulatorien von beispielsweise Uber oder Airbnb) ausbauen. Cohen fordert einen Plattform-Kooperativismus als alternatives institutionelles Setting, das solche anderen Formen der Kooperation zulässt. Institutionenforschung und demokratische Bewegungspraxis jeweils im Umfeld von Degrowth könnten wertvolle Einsichten bezüglich der Frage liefern, wie die Sharing Economy (um)gestaltet werden kann.

Die durch technologische Lösungen ermöglichte zunehmende Auflösung der Rollen von Produzent:inn:en und Konsument:inn:en steht im Zentrum der Sharing Economy und einer Vielzahl sozialer Unternehmen. Sie führt zur Entstehung eines neuen ökonomischen Typus, den der Zukunftsforscher Alvin Toffler als »Prosument« bezeichnet. Kritiker:innen merken jedoch an, dass damit auch neue Formen der kapitalistischen Ausbeutung einhergehen können, indem nämlich unbezahlte Arbeit generiert wird, während gleichzeitig Macht- und Entscheidungsstrukturen unberührt bleiben (vgl. Ritzer/Jurgenson 2010; Rogero 2010). Bauwens (2005) sowie Benkler und Nissenbaum (2006) argumentieren indessen, dass eine ebenbürtige, Commons-basierte Peer-to-Peer-Produktion unabhängig von der Marktlogik oder existierenden Machtstrukturen funktionieren könnte. Auch hier könnte die Degrowth-Bewegung die Debatte kritisch begleiten und zu einem systemischen Verständnis dieser in Entstehung begriffenen Produktions- und Konsumtionsmuster beitragen.

Auf einer anderen Ebene geht es um Entscheidungen bezüglich der Architektur der Infrastrukturen und Dienstleistungen: Wollen wir konsequent geteilte Peer-to-Peer-Netzwerke aufbauen – oder besser bündnisorientierte, dezentral und autonom kontrollierte? Große Schlagzeilen machen derzeit Technologien, die den Aufbau geteilter Netzwerke (wie zum Beispiel Blockchain) möglich machen. Eine Debatte über die sozialen und politischen Fragen, die solche Netzwerke aufwerfen, fehlt allerdings weitgehend. Durch

neue Technologien ermöglichte Ansätze eines global aufgeteilten Systems werden notwendigerweise einen globalen Algorithmus benötigen, der Kriterien für zugelassene Transaktionen definiert oder eine Vertrauensbasis zwischen krypto-anonymisierten Nutzer:inne.n aufbaut. Ist es jedoch tatsächlich möglich, einen »globalen Konsens« für eine automatisierte Vertrauensbewertung zu erzielen? Und wer entscheidet über die verwendete Technologie? Wie ist die Wahrung der Privatsphäre gesichert? Wie wird das Vertrauen der Menschen untereinander hergestellt, wenn es keine physisch greifbaren Institutionen oder Orte gibt, abgesehen von in Rechenmaschinen abgelegten Algorithmen, die für die Transaktionen sorgen?

Unterstützer:innen der Dezentralisierung – etwa beim kollaborativen Ansatz, welcher vom *IndieWeb* praktiziert wird – verteidigen verteilte Prozesse gegenüber einem anforderungsreichen technischen Konsens; sie setzen eher auf die Schaffenskraft der Beteiligten als auf Automatisierung der Transaktionen. Solche Prozess können durch lokale oder thematisch begründete Communitys lokalisiert, kontrolliert und bestimmt werden, auf dem technologischen Level bedarf es dann lediglich minimaler gemeinsamer Standards der Zusammenarbeit (Interoperabilität) wie des Hyperlinks.



*Dezentralisierte, soziale Onlinenetzwerke.
(Quelle: Diewald 2012)*

Diese neuen Prozesse und Rollen werden zweifellos einen großen Einfluss auf die institutionellen Settings haben – auf sozialer ebenso wie auf technologischer Ebene. Die Debatten innerhalb der Degrowth-Bewegung zu Demokratie, Autonomie, Institutionen und Technologie können dabei helfen, die Gestalt der zu bauenden Netzwerke, Plattformen und des Verhältnisses zwischen ihnen zu bestimmen.

Die TransforMap-Initiative, in die Dutzende Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen und andere weltweit operierende Akteur:inn.e.n eingebunden sind, zielt darauf ab, ein Bündnis für alternative Ökonomie aufzubauen. Dabei werden Netzwerk- und Gemeinschaftsbildung verknüpft mit einer Prozessbegleitung in Form kollektiven kritischen Kartierens, Hackathons und VoCamps (vocabulary camps). Auf diese Weise soll ein technologischer Knotenpunkt und ein sozialer Prozess entstehen, der dazu in der Lage ist, die Debatten und Initiativen, die als Antwort auf die Grenzen des Wachstums und die multiplen Krisen aufkommen, mit neuen kollektiven Bedeutungen zu versehen und diese zu visualisieren.

5. Individuelle und kollektive Freiheit

Eine Verknüpfung der Freie-Software-Bewegung mit der Degrowth-Bewegung ist nicht nur möglich, sondern sie hat das Potenzial, ein Schmelztiegel neuer Visionen und Utopien zu sein.

In diesem Beitrag wurde Bezug auf einige wichtige Quellen der Degrowth-Bewegung genommen, insbesondere auf die Visionen von Illich und Castoriadis. Erwähnt wurde Illichs Konzept der »learning webs«, welches er im Bildungsbereich als Lösung für die Überwindung »radikaler Monopole« ansieht. Außerdem wurde dargelegt, wie Castoriadis' Verständnis von Souveränität in der Philosophie und Praxis des World Wide Webs zum Ausdruck kommt. Um es in seinen Worten auszudrücken:

»Eine freie Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der die Macht tatsächlich durch das Kollektiv ausgeübt wird, ein Kollektiv jedoch, in dem sich alle gleichermaßen effektiv beteiligen. Und dieses Ziel, das Erreichen einer Gleichheit der effektiven Beteiligung, darf nicht eine rein formale Angelegenheit bleiben, sondern muss so weit wie möglich von tatsächlichen Institutionen abgesichert werden.« (Castoriadis 1993: S. 317 f., zitiert nach Papadimitropoulos 2016, eigene Übersetzung)

Auch innerhalb der Freie-Software-Bewegung stellen Demokratie und Gerechtigkeit zentrale Begriffe vieler Diskussionen dar. Als wichtige Erkenntnis lässt sich festhalten, dass es nicht allein darauf ankommt, Zugang zu Technologien zu haben, sondern dass es auch der Fähigkeit bedarf, sie zu verstehen und autonom zu nutzen. In einem Vortrag beim *Chaos Communication Congress* 2015 brachte Richard Stallman die Sorge und Sichtweise der Bewegung, was die Entstehung radikaler Monopole in der digitalen Technologie angeht, wie folgt auf den Punkt: »Kindern das Nutzen proprietärer Software beizubringen, ist, wie wenn man ihnen das Rauchen beibringen würde« (eigene Übersetzung). Kollektives Eigentum sozio-technischer Infrastrukturen und Daten, Interoperabilität, Linked Open Data und das Semantische Web mit seinen Vokabularien und Ontologien sind einige der Begriffe, die zukünftig eine Rolle in den Diskursen über den Aufbau einer Postwachstumszukunft spielen werden.

Es ist schwer vorstellbar, dass Ivan Illich nicht begeistert wäre vom konvivialen Entschulungs- und Deinstitutionalisierungspotential des World Wide Webs und von seiner zugrunde liegenden Allmende-Infrastruktur. Wir brauchen nicht noch mehr Wissen und weitere Forschungsprojekte darüber, wie die Dinge funktionieren oder funktionieren sollten. Was wir brauchen, ist mehr konviviale Forschung (vgl. Vetter 2015) in diesem Feld, die in der Lage ist, Wissenschaftler:innen – auch nicht auf Technik spezialisierte – zu einer kollaborativen Entwicklung von Plattformen, Ontologien und Vokabularien zu bringen, um die Offenheit der Daten und ihre Zusammenarbeit

(Interoperabilität) zu befördern. Die Unterstützung von Veranstaltungen wie Hackathons oder der Aufbau von Allmende-Rechenzentren und Freie-Software-Diensten sind Beispiele für Maßnahmen, die die Transformationsprozesse und Widerstände rund um Technik und digitale Commons begünstigen.

Stallman, Rushkoff, Cohen und die meisten Freie-Software-Aktivist:innen, nebst zahlreichen Hacker:inne:n, würden sich selbst wahrscheinlich nicht als Teil der Degrowth-Bewegung verstehen. Dennoch können wir beobachten, wie (einige wenige) soziale Unternehmen, Vertreter:innen der Do-it-yourself-Kultur, kapitalismuskritische Graswurzelbewegungen, die Commons- und die Freie-Software-Bewegung zusammenkommen. Sie alle hegen den gemeinsamen Wunsch nach Dekommerzialisierung und (Wieder-)Aneignung der Technologie. Oft organisieren und schließen sie sich zusammen, um – wie von Illich beschrieben – »learning webs« aufzubauen.

Das Web ermöglicht es uns in der Tat, bei der Überwindung der Zentralisierung von Lernprozessen, die Illich so eklatant kritisiert, und institutioneller Grenzen einen Schritt weiterzukommen. Die Vision eines Netzwerkes, das seinen Nutzer:inne:n Freiheit und Handlungsmacht bringt – die gegenwärtig in Gefahr sind –, bildet den Kern der Idee und Philosophie des von Tim-Berners Lee konzipierten World Wide Webs. Genau diese Freiheit des Einzelnen ist es, die für den Aufbau einer utopischen, autonomen Gesellschaft notwendig ist, wie sie sich Castoriadis in seinem Projekt der individuellen und kollektiven Autonomie vorstellt:

*»Eine autonome Gesellschaft impliziert autonome Individuen – und umgekehrt. Autonome Gesellschaft, autonome Individuen: freie Gesellschaft. Freie Individuen. Freiheit. – Aber was ist Freiheit? Und welche Freiheit? Es geht nicht um die innere Freiheit, sondern um die effektive, soziale, konkrete Freiheit, nämlich, um ein Hauptmerkmal hervorzuheben, den größtmöglichen Raum für Bewegung und Aktivität, den die Institution Gesellschaft für das Individuum sicherstellen kann. Diese Freiheit kann nur als Dimension und Art und Weise der Institution Gesellschaft existieren.«
(Castoriadis 1993: S. 317 f., eigene Übersetzung)*

Die Bemühungen um Freie Software und das freie Internet sind auch ein Kampf der Degrowth-Bewegung.

.....
:
:
:
Links

Citizenfour – Dokumentarfilm: <http://thoughtmaybe.com/citizenfour/>

Ecobytes – Liste unabhängiger Librehoster: <https://github.com/ecobytes/awesome-librehosters>
:
:
.....

Steal this Film – Dokumentarfilm: https://www.youtube.com/watch?v=lj098_nUhrk

The Internet's Own Boy – Dokumentarfilm: <https://www.youtube.com/watch?v=7ZBe1VFyOgc>

The Pirate Bay: Away from Keyboard – Dokumentarfilm: https://www.youtube.com/watch?v=eTOKXCEwo_8

Verwendete und weiterführende Literatur

Bauwens, Michel (2005): »The Political Economy of Peer Production.« CTheory 1 (2005). <http://www.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/Texte/Bauwens-06.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Benkler, Yochai; Nissenbaum, Helen (2006): Commons-Based Peer Production and Virtue. *Journal of Political Philosophy* 4/2006: S. 394–419.

Castoriadis, Cornelius (1993): *Political and Social Writings* (Vol. 3). Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

Cohen, Maurie (2015): How Platform Cooperativism Can Accelerate Sustainable Consumption. <http://www.shareable.net/blog/how-platform-cooperativism-can-accelerate-sustainable-consumption>; Zugriff: 01.02.2017.

Derakshan, Hossein (2015): The Web We Have to Save. <https://medium.com/matter/the-web-we-have-to-save-2eb1fe15a426>; Zugriff: 01.02.2017.

Diewald, Nils (2012): Decentralized Online Social Networks. In: *Handbook of Technical Communication* (Handbook of Applied Linguistics 8). Mehler, Alexander; Romary, Laurent (Hrsg.). Berlin/Boston: Mouton de Gruyter, S. 461–505. <http://www.nils-diewald.de/dsn-chapter.html>; Zugriff: 01.02.2017.

Illich, Ivan (1971): *Deschooling Society*. New York: Harper & Row. <http://www.preservenet.com/theory/illich/Deschooling/intro.html>; Zugriff: 01.02.2017.

Papadimitropoulos, Evangelos (2016): Socialisme ou Barbarie: From Castoriadis' Project of Individual and Collective Autonomy to the Collaborative Commons. *Journal for a Global Sustainable Information Society* 14(1), S. 265–278. <http://www.triple-c.at/index.php/tripleC/article/view/739/849>; Zugriff: 01.02.2017.

Prug, Toni (2007): Hacking Ideologies, Part 2: Open Source, a Capitalist Movement. https://events.ccc.de/congress/2007/Fahrplan/attachments/967_24c3.HackingIdeologies.OpenSource.a.capitalist.movement.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Ritzer, George; Jurgenson, Nathan (2010): Production, Consumption, Prosumption. The Nature of Capitalism in the Age of the Digital ›Prosumer‹. *Journal of Consumer Culture* 1/2010, S. 13–36.

Roggero, Gigi (July 2010): »Five Theses on the Common.« *Rethinking Marxism* 22, no. 3: S. 357–73. doi:10.1080/08935696.2010.490369.

Stallman, Richard (2006): Stallman interviewed by Sean Daly. <http://www.groklaw.net/article.php?story=20060625001523547>; Zugriff: 01.02.2017.

Vetter, Andrea; Best, Benjamin (2015): Konvivialität und Degrowth. Zur Rolle von Technologie in der Gesellschaft. In: *Konvivialismus. Eine Debatte*. Adloff, Frank; Heins, Volker M. (Hrsg.). Bielefeld: transcript, S.102–111.

FUTURZWEI: Gelebte Geschichten einer anderen Wirklichkeit erzählen

Josefa Kny

Dieser Text ist in Bewegung durch das Team von *FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit* entstanden. Neben Josefa Kny waren Raffaella Then und Dana Giesecke beteiligt. Wir haben uns durch unser Zukunftsarchiv gewählt, das viele »Geschichten des Gelingens« verwahrt, und unsere Begegnungen mit deren Protagonistinnen und Protagonisten Revue passieren lassen. Wir haben durch Bücher geblättert und unser Wissen über Degrowth zusammengetragen. Die Zusammenhänge, die wir auf diese Weisen erkundet haben, bilden die Grundlage dieses Beitrags.

Josefa Kny ist Redakteurin bei *FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit*.

1. Eine Such-Bewegung

FUTURZWEI ist keine Bewegung, sondern eine Stiftung und eine Blickrichtung, die versucht, eine Bewegung sichtbar zu machen.

FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit macht es sich zur Aufgabe, zukunftsfähige Lebens- und Wirtschaftsweisen aufzuspüren, um sie gesellschaftlich wahrnehmbar und politisch wirksam zu machen. Wir wollen ein Gegengewicht zur mutlosen »Wenn wir könnten, dann würden wir ja«-Einstellung in jenen Gesellschaften bilden, die so denken und handeln, als wären der Dreischritt aus egoistischem Profitstreben, Produktionssteigerung und Immer-mehr-Konsum die einzig mögliche Laufrichtung. Es geht anders: Ein schonenderer Umgang mit Ressourcen und ein fürsorgliches soziales Miteinander sind jetzt und jederzeit möglich. Viele Menschen beweisen das bereits praktisch, sie nutzen ihre Handlungsspielräume. Und auch sie steigern etwas: nämlich Lebensqualität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – im eigenen Umfeld oder bis in global benachteiligte Regionen hinein. *FUTURZWEI* ist eine Lupe, die diese Regungen aufspürt.

Die Stiftung *FUTURZWEI* sucht Menschen, die angefangen haben, Dinge anders zu machen. Seit der Gründung im Jahr 2012 sammeln und erzählen wir ihre »Geschichten des Gelingens« aus dem deutschsprachigen Raum – auf der Website *futurzwei.org*, im gedruckten *FUTURZWEI Zukunftsalmanach*, auf Veranstaltungen und im Rahmen verschiedener Medienkoopera-



Elise Scheibler und ihr Verein wiewirleben haben in Köln das Allmende-Lastenrad Kasimir auf die Straße gebracht. (Foto: Anna Gold)

tionen. Inzwischen haben wir über 300 Geschichten gesammelt, regelmäßig kommen weitere dazu. Durch *FUTURE PERFECT*, eine Kooperation mit dem Goethe-Institut und lokalen Landespartnern, werden seit 2015 auch internationale Geschichten in die Welt getragen. Dabei wird jeweils vor Ort entschieden, welche Themen zentral sind und wie Gelingen definiert werden kann.

Wir erzählen nachahmenswerte Geschichten von Ansätzen des selbstbestimmten, guten und echten Lebens. Geschichten kann jeder und jede verstehen, sie bleiben im Kopf, sind leicht weiterzuerzählen, weiterzuspinnen und abzuwandeln. Sie bilden ein Gegengewicht zu abstrakten Zielnummern wie der globalen Zwei-Grad-Grenze oder dem europäischen Ruf »Minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2030«, zu apokalyptischen Szenarien und moralischen Appellen, die keinen Bezug zum täglichen Leben haben. Erzählte Geschichten sind lebensnah, greif- und nachfühlbar.

Damit treffen wir auf das andere *FUTURZWEI*: die Perspektive, der besondere Blick auf gesellschaftliche Bewegungen. Diese steckt im Namen, in der grammatikalischen Form der vollendeten Zukunft, dem Futur II. Ein Satz im Futur II lautet: Ich werde gelebt haben. Oder: Wir werden gelebt haben. Man hält also heute inne, guckt nach vorn in die eigene Zukunft und gleichzeitig auf sein Leben zurück und stellt sich die zentrale Frage: Wie werde ich oder wie werden wir gelebt haben? Und jeder und jede individuell, aber auch unsere Gesellschaft als Ganzes, kann sich für einen Weg entscheiden, auf den man später zufrieden zurückblickt. Dann kann man beispielsweise sagen: Ja, ich werde so gelebt haben, dass ich so wenig wie möglich Naturressourcen verbraucht habe – wie die Architektin Henrike Gänßwein in ihrem Haus fast ohne Möbel –, dass ich den Verkehr in meinem Ort achtsamer gestaltet habe – wie die Gemeinde Bohmte –, dass ich meine Nachbar-

schaft zum Teilen ermutigt habe – wie der *Tauschring München*. Die Menschen, die wir suchen und finden, haben sich ein positives Ziel gesetzt. Nicht unbedingt ein großes, wahnsinnig visionäres wie jenes des Autors und Aktivisten P.M. und seiner Anhänger, die Schweiz »neuzustarten«, sondern manchmal auch nur ein ganz kleines, feines: etwa die Kastanienbäume einer Kleinstadt mit Mikroorganismen aufzupäppeln, wie es die *Ihringer Schutzgemeinschaft* getan hat.

Was stößt diejenigen, von deren Handeln wir erzählen, an, ihrerseits Veränderung anzustoßen? Was die durchaus diversen Motive eint, ist eine Kritik an gegenwärtigen sozio-politischen und ökologischen Missständen. Das kapitalistische Wirtschaftsmodell brachte den frühindustrialisierten Ländern über die vergangenen Jahrhunderte enormen Wohlstand, Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und ein weitgehend funktionstüchtiges Gesundheits- und Bildungssystem. Dass materieller Wohlstand, Wachstum, Überproduktion von Waren und sogenannter Fortschritt aber nicht nur positiv zu bewerten sind, sondern auch in eine radikal negative Dynamik eskalierender Krisen münden können, lässt sich in diversen Gesellschaftsbereichen beobachten: Soziale Ungerechtigkeiten, schrumpfende Solidarität, Klimawandel, Artensterben, Verdichtung der Städte, Flächenversiegelung, steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, die Rohstoffknappheit und Vermüllung sind sichtbare Folgen eines expansiven Kulturmodells. Die Ursachen liegen in unserem enormen Materialverbrauch, der wiederum enorme Emissionen und Abfallberge erzeugt. Eine sich höher und höher kringelnde Spirale, die ohne Bremsen und Ausschere nur ins planetare und soziale Chaos führen kann. Der gesellschaftliche Mainstream hat keinen Mut zum Wenden. Problembewusstsein gibt es durchaus, daraus abgeleitetes Handeln aber kaum. Die Initiativen, Projekte, Unternehmen und Einzelakteure, die *FUTURZWEI* zusammenbringt, führen den oft gar nicht so schwierigen Schritt vom Erkennen zum Handeln, das über das Private hinausgeht, vor. Es sind Momente des Ausprobierens neuer oder in Vergessenheit geratener Lebens- und Wirtschaftsmodelle, die sich schrittweise in eine bessere Zukunft vortasten: eine Suchbewegung auf Seiten der Produzentinnen, der Konsumenten, der Städte und Gemeinden sowie in der Politik. Individuell und gemeinschaftlich.

FUTURZWEI maßt sich an, einen gewissen Überblick über die aktuellen Transformationsinitiativen und -bewegungen zu haben – wohl wissend, dass in Städten, Dörfern und dazwischen noch endlos viel mehr Gesellschafts- und Naturverhältnisveränderndes im sozial-ökologischen Sinne geschieht. Wir nennen uns sogar eine Kommunikationsagentur für eine Bewegung, die noch nicht weiß, dass es sie gibt. Dafür, wie diese Bewegung in Form von Geschichten des Gelingens gefasst werden kann, gibt es keinen fertigen, ausgeklügelten Kriterienkatalog. Angesichts der Komplexität und Dynamik der globalen sozialen und ökologischen Zukunftsentwicklungen sowie der unzureichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse darüber, ist es gegenwärtig

tig gar nicht möglich, detaillierte Handlungsanleitungen für das Richtig und Falsch einer zukunftsfähigen Gesellschaft vorzulegen. Die Frage nach einem gemeinsamen »Dach« über den Geschichten des Gelingens – Geschichten also, in denen gebremst, ausgeschert und gewendet wird –, entspricht der großen Frage nach der sozial-ökologischen Transformation: Wie können die zivilisatorischen Errungenschaften erhalten und zugleich ein Weg in eine nachhaltigere und global gerechtere Zukunft gefunden werden? Aus unserer so speziellen wie umfassenden Perspektive versuchen wir Antworten zu finden, wie enkeltaugliche Bewegungen aussehen können – mithilfe der Gegenwart.

2. Eine (un-)verbundene Bewegung

Wir versuchen im Folgenden eine Transformationsbewegung zu fassen und zu beschreiben, können jedoch weder für sie sprechen noch beurteilen, zu welchen Bewegungen sich die einzelnen Akteurinnen und Akteure selbst zugehörig fühlen.

Auf den ersten Blick vereinen die Menschen und Ideen, die *FUTURZWEI* in den Geschichten des Gelingens porträtiert, die folgenden beiden weichen Kriterien: Ein sorgsamer Umgang mit Ressourcen einerseits wird mit anderen Formen des sozialen Miteinanders andererseits verwoben. Zusammen entstehen so soziale Praktiken, die ökologische Probleme von Abfallaufkommen bis Wasserverschwendung in ihren Mittelpunkt stellen. Die Herangehensweisen sind dabei ganz unterschiedlich. Die Akteure in den Geschichten des Gelingens sind lose Gruppen oder Vereine, Unternehmerinnen oder Unternehmen, Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Politik oder Wirtschaft.

An einer zukunftsfähigen Gesellschaft arbeitet der Aktionskoch Wam Kat, der von Brandenburg aus mit seinem Team viele Demonstrationen in Deutschland mit gerettetem und krumm gewachsenem Gemüse bekocht. Ebenso zählt ein Verein wie die *ZwischenZeitZentrale* in Bremen dazu, der Eigentümerinnen leerstehender Häuser mit interessierten, aber wenig finanzkräftigen Zwischennutzern zusammenbringt. Und auch ein Druckereibetrieb wie der Berliner *Oktoberdruck*, der sich mit aller Kraft gegen den Dumping-Trend der Branche und für eine intensive Auseinandersetzung mit umweltfreundlichem Drucken und basisdemokratischen Arbeitsverhältnissen einsetzt, verkörpert gelebte Zukunftsfähigkeit.

Ein Forschungsprojekt am Norbert Elias Center for Transformation Design & Research der Europa-Universität Flensburg hat im Sommer 2014 knapp 200 der inzwischen 300 Geschichten des Gelingens analysiert.

Demnach ist die Bewegung, die *FUTURZWEI* zu fassen sucht, in vielen verschiedenen Handlungsbereichen aktiv: Sie praktiziert neue Formen des Wohnens, Arbeitens und der Mobilität, ebenso wie sie Rohstoffe, Energie, Kleidung und Nahrung anders produziert und konsumiert. Sie erprobt alternative Ideen von Bildung und Gemeinschaftlichkeit ebenso wie neue Finan-

zierungs- und Kommunikationskonzepte. Während einige Akteure sich dabei auf ein Thema oder einen Bereich fokussieren, versuchen viele ein ganzheitlicheres Konzept sozial-ökologischen Wandels zu institutionalisieren. Der Radius ihrer Aktivitäten reicht dabei von lokal bis international, man stößt im ländlichen Raum auf sie oder in Kleinstädten, vor allem aber in Großstädten. Die Akteure handeln als Einzelpersonen, finden sich in Unternehmen oder in der Verwaltung und insbesondere in Kollektiven. Somit kommt der Großteil der Ansätze aus der Zivilgesellschaft, nur ein kleiner Anteil geschieht top-down. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn der Landespfleger der Stadt Andernach entscheidet, dass statt Dekogrün nun überall Gemüse gepflanzt wird, das alle ernten dürfen.

Die meisten Projekte wurden laut besagter Studie nach 2008 ins Leben gerufen, nur wenige wurden schon vor 1990 gegründet. Dazu gehört unter anderem die Bäckerei *Märkisches Landbrot*, die seit den 1980ern in Berlin sozial und ökologisch bewusst produziert, oder die Freiburger *Fabrik für Handwerk, Kultur und Ökologie*, die bereits Ende der 1970er Jahre einen Ort des gemeinschaftlichen Lebens und Schaffens errichtet hat, der bis heute floriert. Viele der Akteurinnen und Akteure sind gleichwohl schon lange in ökologisch orientierten Umfeldern unterwegs und sehen sich als Teil der Ökologiebewegung. Andere sind durch ein Schlüsselereignis im Privaten, eine Naturkatastrophe oder Erfahrungen sozialer Missstände dazu gekommen, ihr Leben von heute auf morgen zu ändern – und zwar so, dass ihr Tun über das direkte Umfeld hinaus wirksam und sichtbar wird, andere einbezieht und inspiriert.

Was sind das nun für Menschen, die sich in ihrem Handeln zu einem gewissen Grad, oft aber auch mit Haut und Haar einer Idee verschrieben haben, die sich gegen den Strom der Mainstream-Gesellschaft stellen? Wir wissen, dass die Protagonisten und Protagonistinnen der von uns aufgespürten Geschichten des Gelingens eine ganze Reihe persönlicher Eigenschaften teilen: Risikobereitschaft, Geduld, Belastbarkeit und eine gehörige Portion Hartnäckigkeit; Merkmale also, die für erfolgreiches Handeln auch in anderen Bereichen erforderlich sind. Doch in einer Gesellschaft, die sich durch strukturelle Nichtnachhaltigkeit auszeichnet, haben es die Gründerväter und -mütter von Projekten, die versuchen, ein Stück mehr ökosoziales Leben und Wirtschaften in die Welt zu bringen, besonders schwer. Vor allem in der Anfangszeit werden skeptische Stimmen laut, Ideen werden müde belächelt und ungefragt werden weise Voraussagen gemacht, dass sich dieses oder jenes Projekt sowieso nie tragen werde. Der Idealismus der Protagonisten und Protagonistinnen, ihre intrinsische Motivation, hilft dabei, kritische Phasen zu meistern und auch diverse bürokratische, finanzielle und strukturelle Hürden zu überwinden.

Ähnlich sieht es aus, wenn man die unternehmerischen Ansätze betrachtet: Häufig stehen die Arbeit, die Zeit und das Geld, die sie investieren, in keinem Verhältnis zum materiellen Ertrag. Aber da Reichtum ohnehin nicht

hauptsächliches Ziel ist, stört viele Aktive dies auch nicht allzu sehr. Wichtig ist für die meisten: Die eigene Arbeit, das Engagement soll Spaß machen. Erfolge sind Selbstwirksamkeitserfahrungen und stärken die jeweiligen Personen und Initiativen. Natürlich sieht nicht in allen Projekten zu jeder Zeit alles rosig aus. Doch hier lautet die Erkenntnis: Scheitern ist nicht gleich Scheitern. In ihrer ursprünglichen Form mögen Projekte ins Stocken geraten, sogar zugrunde gehen – aber die Menschen bleiben. Der Idealismus und Pioniergeist, den sie mitbringen, muss sich irgendwo entladen. Die enttäuschende Erfahrung ist häufig Anstoß, neu anzufangen oder anders weiterzumachen. Welche Organisationsform eine Idee annimmt, wird dabei fast immer vom Zweck her gedacht und ergibt sich häufig erst im Laufe des Projekts: Wer sozial-ökologisch Sinnvolles tun will und dafür Kapital benötigt, aber nicht nur von Spenden und Förderungen abhängig sein will, gründet zum Beispiel ein gemeinnütziges Unternehmen wie die Berliner *Prinzessinnengärten*, eine Genossenschaft wie die Saatgutbewahrer der Niederbeisheimer *Bäuerlichen Ökologischen Saatzeit* oder eine Aktiengesellschaft mit gemeinwohlorientierter Satzung wie die *Regionalwert AG* aus Freiburg. Wer unabhängiger von finanziellen Mitteln agieren kann oder will, tut sich zunächst informell zur Kooperative, zum Netzwerk oder zur (Studierenden-)Initiative zusammen und gründet auf lange Sicht oft einen Verein.

All diese verschiedenen Veränderungsansätze und -strukturen mit dem Stempel soziale Bewegung zu versehen ist schwierig. Teilweise haben die Akteure einfach dort angefangen, wo sie aus ihrer Sicht einen Missstand erkannt haben, ohne sich mit den darum kreisenden Debatten, Begrifflichkeiten und Bewegungen auseinandergesetzt zu haben. Teilweise ordnen sie sich aber, wie bereits erwähnt, auch explizit verschiedenen Bewegungen zu – beispielsweise der frühen Umweltbewegung, den urbanen Gärten oder der Gemeinwohl-Ökonomie – oder schmieden punktuelle Bündnisse mit anderen Akteuren.

So oder so ziehen sich die Projekte nicht in Nischen zurück. Sie verstecken sich nicht vor der Gesellschaft, wie manche Aussteigerinnen und Selbstversorger. Sie verlassen nicht das System, sondern verändern es. Sie kritisieren die gegenwärtigen Strukturen und denken in die Zukunft. Genau das eint sie und macht sie politisch.

3. Degrowth unterm Deckmantel der Vielfalt?

Würde man die besagten Protagonistinnen und Protagonisten bitten, sich zu Degrowth beziehungsweise Postwachstum – wir verwenden hier beides gleichbedeutend – zu positionieren, erhielte man vermutlich sehr diverse Reaktionen. Es gibt Akteure, die von Ideen einer Postwachstumsökonomie inspiriert sind, den Begriff selbst aber für ihr Handeln nicht verwenden. Ganz sicher gibt es auch solche, die Postwachstum praktizieren, ohne den Hauch einer Idee davon zu haben, welche Debatte dahintersteckt. Vielleicht

gilt dies für den Protagonisten Mario, der konsequent nur dann arbeitet, wenn er wieder Geld zum Leben braucht; ansonsten genießt er es – ohne dafür weit weg zu fliegen und ohne Konsum zum Freizeitvergnügen zu erklären. Wieder andere agieren explizit auf der alltagspraktischen Seite von Degrowth, wenn sie Gemeinschaftsgärten gründen, einen anderen Umgang mit Zeit einüben oder Mobilität ressourcenschonend gestalten.

Explizit finden sich die Begriffe Degrowth, Postwachstum oder Suffizienz in fast keiner Geschichte des Gelingens. Der Grund dafür liegt im Wesen des Geschichtenerzählens: Es geht darum, was die Protagonistinnen und Protagonisten konkret tun, was sie damit bezwecken und erreicht haben, wie sie sich fühlen und wie ihr Projekt erfahrbar wird – wenig Platz also für Konzepte und Theorien. Implizit aber stecken die Gedanken der Reduktion und des Genug in den Kriterien Ressourcenschonung und Gemeinschaftsorientierung – und finden sich damit in fast allen Projekten, Unternehmen und Initiativen.

Meist steht die Stärkung sozialer und kultureller Innovationen im Vordergrund. Denn genau darauf wird es in Zukunft ankommen. Die Protagonistinnen gehen neue Wege, erfinden neue Organisationsformen, manifestieren neue Regulierungen oder etablieren neue Lebensstile. Mit regionalen Wirtschaftskreisläufen, einer Beschränkung des Konsums, guter Qualität oder der Gewinnung eines neuen Gleichgewichts zwischen materiellen und immateriellen Werten liefern sie – gerade auch in Zeiten der Globalisierung – politische Antworten. Viele sozialen Praktiken richten sich dabei gegen den Wachstumsdruck in Gesellschaft und Wirtschaft und zeigen lebbarere Alternativen zum vorherrschenden Wachstumsparadigma mit seiner einseitigen Technikorientierung auf. Technologische Lösungen werden dabei nie in den Vordergrund gestellt, aber auch nicht völlig ausgeklammert, was sich mit den meisten Auffassungen von Degrowth deckt. Technologische Innovationen werden als Mittel zum Zweck verstanden: als Folge und Ermöglichung einer neuen Mensch-Umwelt-Beziehung, der immer eine kulturelle und soziale Veränderung vorausgehen muss. Beispielsweise ist der *artefact Powerpark* in Glücksburg, der Besucherinnen die Funktionsweise und Vorteile erneuerbarer Energien spielerisch näherbringt, eine solche Geschichte des Gelingens.

Vielleicht kann es zuversichtlich stimmen, dass der *FUTURZWEI Zukunftsalmanach* mittlerweile in manchen Kommunen zur Pflichtlektüre für Gemeinderatsmitglieder erklärt wurde. Es besteht Hoffnung, dass sich Politikerinnen, Wissenschaftler, Journalistinnen, Ingenieure und Unternehmerinnen, Engagierte sowie allgemein Mutlose von dem, was vielerorts bereits praktiziert wird, überraschen lassen und dass sie mehr und mehr das Augenmerk auf das Zukunftsfähige, das es zu entdecken gilt, richten. Und auch Degrowth-Praktikern und -Theoretikerinnen empfehlen wir, sich – sei es im *FUTURZWEI* oder in ihrer nächsten Umgebung – umzuschauen, denn überall haben Menschen längst mit der Veränderung begonnen: Sie werden

vielen spannenden ökologie- und sozialverträglichen Praktiken und damit letztlich auch einer Idee davon, wie Postwachstumsgesellschaften gestaltet sein können, einer Heuristik des Degrowth, begegnen.

4. Vielfältige Inhalte, gelebte Geschichten

FUTURZWEI setzt auf Geschichten, auf Zukunftsbilder und Ästhetik. Aus dieser Perspektive ist eine positive Zielorientierung als Leitbild für eine andere Zukunft unerlässlich, um das Handeln in der Gegenwart zu verändern: ein Pfadwechsel weg vom gefährlichen und ideenlosen Trendfortschreiben, der sofort beginnen kann. Die Bewegung, die wir sichtbar machen, vereint genau dies: Tatendrang und den Glauben daran, dass man etwas verändern kann in Richtung einer positiven Zukunft. Hier sehen wir eine Leerstelle von Degrowth. Egal, ob man dabei nun von einem »Nach-dem-Wachstum« (Postwachstum), der »Gegenrichtung zum Wachstum« (Degrowth) oder dem »Unwachstum« (Agrowth) spricht: Das, was überwunden werden soll, steht begrifflich immer im Zentrum der Vision. Es steht für das Negative, das Abzuschaffende, das gewünschte Gestrige. Degrowth spricht sich zwar deutlich gegen ein Weiter-so aus, sagt aber nicht, wohin es gehen soll. Wer Wachstum verfißt und mit der Geschichte der verbesserten Lebensbedingungen seit Ende der Weltkriege aufwarten kann, dem wird es – leider – ein Leichtes sein, den Finger in genau diese Wunde zu legen. Es braucht eine Gegengeschichte und zwar eine bessere. Sie müsste von den großen Werten handeln, die in einer Kultur des »Alles-immer-sofort-und-überall« wegbröckeln: von Lebensqualität, Solidarität und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen und der Natur. Gleichzeitig muss sie lebensnah, anschaulich und für jeden und jede leicht verständlich sein.

Und wer jetzt auf die Zauberformel hofft, den müssen wir an dieser Stelle enttäuschen: Weder wir noch die Menschen, die wir porträtieren, kennen sie. Sie erheben auch nicht den Anspruch. Damit sind wir wieder bei der Idee der Suchbewegung angelangt. Aus den vielen guten Praktiken und Geschichten, die aus der Gegenwart in mögliche Zukünfte zeigen, muss sich eine große Geschichte spinnen. Der Weg heißt Transformation und ist gestaltbar. Sich mit vielen auf das zu einigen, was dringend überwunden werden sollte, nämlich das Wachstumsparadigma, ist ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Ein weiterer Schritt könnte es sein, Degrowth inhaltlich, auch in der Außenkommunikation, zu erweitern: Aktuell fokussiert der Diskurs vor allem die Kritik an bestehenden Wirtschaftsformen – zumindest entsteht dieses Bild für »Neulinge«, die sich noch nicht mit der Vielfältigkeit der Themen und Praktiken der Bewegung auseinandergesetzt haben. Das mag dazu führen, dass Initiativen und Akteure, die sich beispielsweise im Bereich Bildung, Integration oder Gesundheit mit alternativen Modellen und Lebensweisen beschäftigen, keine direkten Anknüpfungspunkte finden. Sie fühlen

sich dann nicht angesprochen, den Diskurs mit ihrem Wissen und aus ihrer Erfahrung heraus zu bereichern.

Produktions- und Konsummuster, in die wir hineinwachsen und die unsere Denk- und Verhaltensweisen in allen Lebensbereichen beeinflussen, bestimmen die »Blaupausen« der ganzen Gesellschaft, also die »mentalen Infrastrukturen« (Welzer 2013) unseres Innenlebens. Sie zu verändern ist eine notwendige Voraussetzung für einen anderen Umgang mit Ressourcen. Dies könnte die Degrowth-Bewegung durchaus deutlicher kommunizieren. Denn eine Transformation dieser Größenordnung kann nur von einer breiten, vielfältigen Bewegung getragen werden. Es müsste sich also der Psychologe, der zu Empathieentwicklung im Kleinkindalter forscht, ebenso angesprochen fühlen wie die Arbeitswissenschaftlerin, die die Politik zu demografischen Fragen berät. Die Degrowth-Bewegung sollte stärker betonen, dass es Anliegen und Verantwortung aller sein muss, eine zukunfts-fähige Gesellschaft zu gestalten.

Dementsprechend sehen wir vor dem Hintergrund der sehr vielfältigen Bewegung, die wir betrachteten, auch die Tendenz kritisch, einen geschlossenen Kreis von Gleichgesinnten zu bilden, der sich im Einvernehmen über die eigene Haltung gegenseitig selbst belehrt. Hier gilt es, sich stetig selbst herauszufordern, der eigenen Bequemlichkeit entgegenzuwirken und sich mit Vielfalt auseinanderzusetzen. Dies wird möglich, indem immer wieder Fragen gestellt werden wie: Wo lassen sich ungewöhnliche Bündnisse schmieden? Wer könnte den Diskurs bereichern, der erst einmal unpassend zu sein scheint? Mit wem und über wen wird nicht gesprochen? Welche Haltungen und Fragen sind tabu? Stetig die eigenen weißen Flecken mit Farbe zu füllen, kann verhindern, dass die Bewegung selbstgenügsam wird. Ein klar umrissenes Bild davon, wer die Gegner der eigenen Ideen und Ziele sind und wo die Konfliktlinien verlaufen, ist nötig, um bewegungsgemeinsame Strategien zu erdenken und zu verfolgen und um breitere Bündnisse zu schaffen.

5. Ein gemeinsames Dach

Mit derzeit rund 300 Geschichten des Gelingens hat *FUTURZWEI* eine Vielzahl positiver Beispiele nachhaltigen Handelns zusammengetragen – und führt dies fort. Die Initiativen, Projekte und Unternehmen, die wir in dieser Zeit kennengelernt haben, verfolgen, erweitern und verbreiten ihre Ideen und Praktiken, auch wenn hier und da aufgehört und anders neu begonnen wird. Wir stehen immer noch am Anfang. Wir sehen immer mehr Flugzeuge durch die Wolken rasen, immer schneller wachsende Müllberge und immer mehr Menschen, die gezwungen werden, ihr Land zu verlassen. Im Kleinen passiert vieles, das im Großen noch immer unterzugehen scheint. Deshalb braucht es eine Politisierung. Die Prinzipien, Ideen und Erkenntnisse kleiner Projekte und Initiativen müssen breiter und weitergedacht,

auf die Makroebene übertragen und dort institutionalisiert werden und politische Richtungen und Richtlinien beeinflussen. Dass sich Akteure aus unterschiedlichen Feldern, von alteingesessenen NGOs über Bürgerinitiativen bis hin zu Richterverbänden, sozialen Unternehmen und intellektuellen Wortführerinnen zu einer breiten Bewegung zusammenschließen können, wurde nicht zuletzt an den Protesten gegen die TTIP-Verhandlungen deutlich sichtbar.

Die Degrowth-Bewegung kann für ein solches Bündnis ein Dach bieten, wenn sie es schafft, all jene aufzunehmen, die praktisch bereits im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels denken und handeln, und wenn sie Ideen entwickelt, den Diskurs für all diejenigen zu übersetzen, die noch profitgetrieben auf der Wachstumsstraße fahren. Auch das ist eine Suchbewegung.

Links

FUTURZWEI: www.futurzwei.org

Internationales Projekt von FUTURZWEI und Goethe-Institut:
www.futureperfectproject.org

Publikation des Umweltbundesamtes (UBA): www.umweltbundesamt.de/publikationen/von-der-nische-in-den-mainstream

Verwendete und weiterführende Literatur

Kny, Josefa (2014): »Damit es eine Zukunft gibt!« Eine Exploration der Beweggründe und Zielvorstellungen der Initiatoren von Nachhaltigkeitsprojekten. iF-Schriftenreihe 05/2014. http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/einrichtungen/weitere/institut-futur/_media_design/iF-Schriftenreihe/1405_IF-Schriftenreihe_Kny_Nachhaltigkeit-online.pdf?1414664565;
Zugriffsdatum: 01.02.2017.

Kny, Josefa; Schmies, Maximilian; Sommer, Bernd; Welzer, Harald; Wiefek, Jasmin (2015): Von der Nische in den Mainstream. Wie gute Beispiele nachhaltigen Handelns in einem breiten gesellschaftlichen Kontext verankert werden können. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/von-der-nische-in-den-mainstream>; Zugriffsdatum: 01.02.2017.

Sommer, Bernd; Welzer, Harald (2013): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom.

Welzer, Harald; Giesecke, Dana; Hebert, Saskia (2016): FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2017/18 (Schwerpunkt: Stadt). Frankfurt am Main: S. Fischer.

Welzer, Harald; Giesecke, Dana; Tremel, Luise (2014): FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2015/16 (Schwerpunkt: Material). Frankfurt am Main: S. Fischer.

Welzer, Harald; Rammler, Stephan (2013): FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2013 (Schwerpunkt: Mobilität). Frankfurt am Main: S. Fischer.

Welzer, Harald (2011). Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Welzer, Harald (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Gemeinwohl-Ökonomie: Das Modell einer ethischen Wirtschaftsordnung

Andreas Michael Giselbrecht und
Stephanie Ristig-Bresser

Andreas Michael Giselbrecht und Stephanie Ristig-Bresser sind beide langjährige Aktive der Gemeinwohl-Ökonomie. Andreas Michael Giselbrecht engagiert sich seit 2012 ehrenamtlich in diesem Feld und arbeitet seit 2014 als Mitarbeiter für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Büro des *Gründungsvereins zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie* in Wien. Stephanie Ristig-Bresser engagiert sich in der *Gemeinwohl-Ökonomie Regionalgruppe Hannover*, wirkt im *Arbeitskreis Kommunikation* der Bewegung mit und ist Mitglied des Vorstands des Wiener *Gründungsvereins zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie*.

1. Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung hat ein Wirtschaftsmodell entwickelt, das das Wohl von Mensch und Umwelt zum obersten Ziel des Wirtschaftens macht

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ), und mit ihr das Instrument der Gemeinwohl-Bilanzierung, besteht seit fünf Jahren. Sie basiert auf den Inhalten des Buches »Die Gemeinwohl-Ökonomie« von Christian Felber (2010), Mitbegründer von *Attac Österreich*. Er hat das Konzept gemeinsam mit einigen UnternehmerInnen entwickelt. Mithin ist die Gemeinwohl-Ökonomie also aus der *Attac*-Bewegung entstanden. Kernidee ist es, parallel zum momentan einzig maßgeblichen Erfolgsindikator eines Unternehmens, dem Unternehmensgewinn, seine Gemeinwohl-Orientierung messbar zu machen. Damit entsteht ein anderer, werteorientierter Unternehmensfokus: Es zählt nicht der Unternehmensgewinn allein, sondern ob das Unternehmen die fünf zentralen demokratischen Grundwerte Menschenwürde, Solidarität, Gleichberechtigung, ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung in seine wirtschaftliche Tätigkeit integriert.

Die Ausgangssituation: Geld, Gewinn und Wachstum als Maß aller Dinge
Die maßgeblichen Indikatoren für ein erfolgreiches Unternehmen und eine erfolgreiche Volkswirtschaft sind in unserem heutigen Wirtschaftssystem rein monetärer Natur: Wenn ein Unternehmen schwarze Zahlen einfährt,



Feiern darf nicht fehlen. Unter dem Motto »Eine andere Ökonomie ist möglich«, feierten 850 Gäste am 13.02.2016 im Wiener Volkstheater fünf Jahre Gemeinwohl-Ökonomie.

(Foto: Michael Janousek)

wenn die Volkswirtschaft wächst, ist alles gut. In diesem Sinne erfolgreiche Unternehmen erhalten von Banken eher Kredite und Zuschüsse, sie haben in der Regel größere finanzielle Spielräume – und können weiter wachsen. Dabei ist es zunächst völlig egal, wie ein Unternehmen seine Gewinne erwirtschaftet, ob etwa das Unternehmensklima gut ist, wie das Unternehmen seine LieferantInnen behandelt, ob das Unternehmen achtsam mit den Ressourcen unseres Planeten umgeht, sich in seiner Stadt engagiert und Geld für wohltätige Zwecke spendet oder ob es Steuern vermeidet (obwohl es ja eigentlich von den Rahmenbedingungen seiner Kommune profitiert).

Die heutige, rein am Gewinn orientierte Wirtschaftspraxis führt unter anderem zu folgenden Ergebnissen und Handlungsmustern: wachsende Ungleichheit, Konkurrenz, Leistungsdruck, Preiskämpfe, Verwendung der natürlichen Ressourcen, als wären sie unendlich verfügbar, und die Verlagerung der Produktion, um Güter noch günstiger produzieren zu können.

Auch Volkswirtschaften haben erkannt, dass es anderer Indikatoren bedarf, um Wohlbefinden und Wohlstand einer Gesellschaft widerzuspiegeln. So setzte der Deutsche Bundestag im Jahr 2010 die Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität* ein, um alternative Indikatoren

zu entwickeln, wie der Wohlstand der Volkswirtschaft Deutschland erhoben werden könne. Es wurden die sogenannten W3-Indikatoren erarbeitet, doch noch werden sie nicht eingesetzt. Lediglich die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN veröffentlicht seit dem vergangenen Jahr einen Wohlstandsbericht, der alternativ zum jährlichen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung auf weitere Wohlstandskennzahlen fokussiert.

Die Rahmenbedingungen blieben bislang nach wie vor dieselben: Als maßgeblich für den Erfolg eines Unternehmens gilt der Unternehmensgewinn, als maßgeblich für den Erfolg einer Volkswirtschaft gilt ihr Wachstum. Weitere Indikatoren, die im Rahmen eines CSR-(Corporate-Social-Responsibility-)Managements gewonnen werden, bleiben unverbindliche Schönwetterberichte, die allenfalls als »weiche« Faktoren in die Unternehmensbewertung einbezogen werden. Sie sind ganz schick, werden aber oftmals lediglich zu Marketingzwecken verwendet und nicht als Instrumente, um die Nachhaltigkeit eines Unternehmens tatsächlich zu steigern. (Ein Beispiel zum Stichwort Greenwashing¹: Die Volkswagen AG, deren Abgasskandal seit 2015 die nationale wie internationale Presse beschäftigt, führte jahrelang die Nachhaltigkeits-Rankings der Konzerne an.)

Ein Blick in unsere Verfassungen: Gemeinwohl als Zweck wirtschaftlicher Tätigkeit

Doch wie schafft nun die Gemeinwohl-Ökonomie »den Dreh« weg von reinem Zahlenwerk hin zu den Werten, die für ein gutes Leben und ein gutes Wirtschaften wichtig sind? Sie lenkt mit der Gemeinwohl-Bilanz den Blick der Unternehmen wieder darauf, wozu ihre Tätigkeiten ursprünglich dienen: dem Gemeinwohl. Dies ist sogar in unseren Verfassungen festgehalten; in Artikel 151, Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern etwa heißt es: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.« Auch in Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik ist festgehalten: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Es erstaunt, dass die Nichteinhaltung der Verfassungswerte ohne Konsequenzen möglich ist und bisher kaum hinterfragt wurde.

Mit Ethik zum Erfolg!

Die neue Logik für Unternehmen/Organisationen muss daher lauten: »Nicht wachsen, sondern Werte mehren.« Im Mittelpunkt stehen dann nichtfinanzielle Aspekte, die jene mithilfe einer Gemeinwohl-Bilanz gegenüber allen Berührungsgruppen (LieferantInnen, GeldgeberInnen, MitarbeiterInnen, KundInnen, Gesellschaft) offenlegen, wodurch sie Vertrauen und Zustimmung für den Unternehmenszweck aufbauen. Durch werteorientiertes

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing>.

GEMEINWOHL-MATRIX 4.1

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 15. März 2013 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden.

WERT BERÜHRUNGSGRUPPE	Menschenwürde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
A) LieferantInnen	A1: Ethisches Beschaffungsmanagement Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen; Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von LieferantInnen und Dienstleistungserbringern				
B) GeldgeberInnen	B1: Ethisches Finanzmanagement Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorientierte Veranlagung und Finanzierung				
C) MitarbeiterInnen inklusive EigentümerInnen	C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung mitarbeiterorientierte Organisationskultur und -strukturen, faire Beschäftigungs- und Entgeltspolitik, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung einschließlich Work-Life-Balance/ flexible Arbeitszeiten, Gleichstellung und Diversität	C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit	C3: Förderung ökologischer Verhaltens der MitarbeiterInnen Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur	C4: Gerechte Verteilung des Einkommens Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einhaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen	C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz Umfassende innerbetriebliche Transparenz, Wahl der Führungskräfte durch die Mitarbeiter, konsensuale Mitbestimmung bei Grundsatz- und Rahmenentscheidungen, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen, Z.B. Soziokratie
D) KundInnen / Produkte / Dienstleistungen / Mitunternehmern	D1: Ethische Kundenbeziehung Ethischer Umgang mit KundInnen, KundInnenorientierung - mitbestimmung, gemeinsame Produktentwicklung, hohe Servicequalität, hohe Produkttransparenz	D2: Solidarität mit Mitunternehmern Weitergabe von Information, Know-how, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung	D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der KundInnenwahl	D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen Informations/Produkten/Dienstleistungen für benachteiligte KundInnen; Gruppen, Unterstützung förderungswürdiger Marktstrukturen.	D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying
E) Gesellschaftliches Umfeld: Region, Souverän, zukünftige Generationen, Zivilgesellschaft, Mitmenschen und Natur	E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte/Dienstleistungen P/D/L, die den Grundbedarf oder dienen der Entwicklung der Menschen/ der Gemeinschaft/der Erde und generieren positiven Nutzen.	E2: Beitrag zum Gemeinwesen Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss	E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie, Klima, Emissionen, Abfälle etc.	E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung Sinkende/ keine Gewinnausschüttung an Externe, Ausschüttung an Mitarbeiter, Stärkung des Eigenkapitals, sozial-ökologische Investitionen	E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung Gesellschaftlicher oder Nachhaltigkeitsbericht, Mitbestimmung von regionalen und zivilgesellschaftlichen Berührungsgruppen
Negativ-Kriterien	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte -200 Menschenunwürdige Produkte, z.B. Tretminen, Atomstrom, GMO -200 Beschaffung bei / Kooperation mit Unternehmen, welche die Menschenwürde verletzen -150	Feindliche Übernahme -200 Sperrpatente -100 Dumpingpreise -200	Illegitime Umweltbelastungen -200 Verstöße gegen Umweltauflagen -200 Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) -100	Arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens -200 Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung bei Gewinn -150 Umgehung der Steuerpflicht -200 Unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitenden Gesellschafter -200	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter -100 Verhinderung eines Betriebsrats -150 Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister -200 Exzessive Einkommensspreizung -100

Detaillierte Beschreibung zu den Indikatoren finden sich im Handbuch zur Gemeinwohlbilanz auf www.gemeinwohl-oekonomie.org und im Redaktionswiki unter <https://wiki.gwoe.net/display/Redaktion/Home>. Rückmeldungen an die jeweiligen Redakteure sind sehr erwünscht.



Die Gemeinwohl-Matrix mit 17 Indikatoren für ein werteorientiertes Management.

Management sichern sie auf diese Weise langfristig ihren Unternehmenserfolg – in seiner neuen Bedeutung – ab.

Die zentralen Parameter der Gemeinwohl-Bilanz sind in Form einer Matrix mit insgesamt 17 Indikatoren zusammengefasst. Für den Prozess der Gemeinwohl-Bilanzierung steht Unternehmen unter anderem ein umfassendes Handbuch zur Verfügung, das alle 17 Indikatoren ausführlich beschreibt und Leitfragen dazu formuliert. Die Gemeinwohl-Matrix und das zugehörige Handbuch wurden von erfahrenen AktivistInnen der Gemeinwohl-Ökonomie, dem Redaktionsteam, entwickelt und werden fortwährend aktualisiert.

Verschiedene Möglichkeiten der Gemeinwohl-Ökonomie-Bilanzierung: in Eigenregie, mit BeraterInnen oder in einer Peergroup

Matrix und Handbuch stehen allen Unternehmen völlig kostenfrei und als Open-Source-Software zur Verfügung. Beides gibt es mittlerweile auch spezifisch für Gemeinden; die Gemeinwohl-Matrix wurde vom Arbeitskreis Gemeinden ausgearbeitet. Jede und jeder, die/der die Gemeinwohl-Ökonomie

mie kennenlernen, (Elemente davon) übernehmen und in ihre/seine tägliche Unternehmenspraxis Einblick geben will, ist herzlich eingeladen. Wer sich intensiver und systematischer mit dem Prozess der Gemeinwohl-Bilanzierung auseinandersetzen möchte, kann sich eine/einen GWÖ-BeraterIn an die Seite holen und die Bilanz nach Fertigstellung auditieren lassen – so ist sie quasi »TÜV-geprüft«, und Unternehmen können mit ihr in die Öffentlichkeit gehen. Alternativ kann die Gemeinwohl-Bilanz in einer Peer-group, also gemeinsam mit mehreren UnternehmerInnen, erstellt werden. Die UnternehmensvertreterInnen geben sich dabei gegenseitig Feedback und Tipps für mehr Gemeinwohl-Orientierung in ihren jeweiligen Unternehmen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie wurde bereits einige Male ausgezeichnet: Christian Felber erhielt im November 2015 in Spanien den nationalen Umweltpreis *Premio Verde* für die Entwicklung und Initiierung derselben. Die Sommerakademie *Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS)*, ausgerichtet vom Österreichischen Austauschdienst (OEAD) und der GWÖ, erhielt den Umweltpreis der Stadt Wien.

2. Die Akteure der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung: von Regionalgruppen und Vereinen über Unternehmen bis hin zu Gemeinden und Behörden

Die fünf Jahre junge Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) fächert sich in verschiedene Teilbereiche und Akteure auf: Die Bewegung als Ganzes, Unternehmen, Bundesbehörden, Gemeinden, institutionelle Politik, Bildung.

Die Bewegung als Ganzes

- ◆ Die Idee hat mittlerweile in zwanzig Ländern Verbreitung gefunden. Es existieren ungefähr 100 GWÖ-Regionalgruppen (Energiefelder genannt), die sie weiterverbreiten.
- ◆ Mittlerweile gibt es 18 GWÖ-Vereine. Die GWÖ hat in zwanzig Ländern Verbreitung gefunden, es liegen Einladungen aus Serbien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Hongkong vor. Im Herbst 2015 wurde die englische Ausgabe des Buches »Gemeinwohl-Ökonomie« (Felber 2010) vorgestellt, die mit einem Vorwort von Nobelpreisträger Eric Maskin versehen ist. Ferner bahnt sich gerade eine Kooperation zwischen dem Fonds *Gross National Happiness* (Bruttonationalglück-Fonds) des Königsstaates Bhutan und der Gemeinwohl-Ökonomie an.
- ◆ Über die soziale Zusammensetzung der Aktiven liegen bisher keine Erhebungen vor. Was sich jedoch feststellen lässt, ist, dass der Anteil der AktivistInnen mit akademischem Hintergrund deutlich erhöht ist.

Unternehmen

- ◆ Die Gemeinwohl-Ökonomie zählt momentan über 9000 UnterstützerInnen, davon 2000 Unternehmen. Hunderte von Unternehmen haben eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt, 250 Unternehmen haben eine Gemeinwohl-Bilanz veröffentlicht – darunter sind so renommierte Unternehmen wie die Spardabank München eG, die Diakonie Deutschland und der Bioland-Verband, die Berliner Tageszeitung taz, der Bergsportausstatter VAUDE und die Sonnentor Kräuterhandels GmbH.
- ◆ In den vergangenen beiden Jahren haben einige Bilanzpressekonferenzen in Frankfurt am Main, Berlin und Hamburg stattgefunden, in denen Unternehmen gemeinsam ihre GWÖ-Bilanz präsentiert haben.

Gemeinden

- ◆ Eine Gemeinde wird zur Gemeinwohl-Gemeinde, indem sie den Gesamtprozess der Gemeinwohl-Ökonomie per Gemeinderatsbeschluss unterstützt und mindestens eine von fünf Aktivitäten umsetzt: 1. Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz für die Gemeinde, 2. Einladung an alle Unternehmen in der Region, 3. Erstellung eines kommunalen Gemeinwohl-Index, 4. Durchführen eines kommunalen Wirtschaftskonvents, 5. Zusammenschluss zu einer Gemeinwohl-Region. Der *Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie* hilft bei der Vorbereitung des Gemeinderatsbeschlusses. Das Engagement der Gemeinde kann durch eigene Ideen und Initiativen ergänzt und verstärkt werden.
- ◆ Folgende Gemeinwohl-Gemeinden sind bisher auf verschiedene Weisen aktiv: Orendain im Baskenland wird offiziell Gemeinwohl-Gemeinde; der Salzburger Landtag bestellte ein Gutachten zur »Gemeinwohl-Modellregion Salzburg«; die spanische Gemeinwohl-Gemeinde Miranda de Azán wird beim *Global Social Economy Forum* 2016 in Montréal vorgestellt.

Institutionelle Politik

Auf der Ebene institutioneller Politik lassen sich einige weitere positive Initiativen und Entwicklungen ausmachen.

- ◆ So erarbeitete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Initiativstellungnahme pro GWÖ, über die am 17. September 2015 abgestimmt wurde: 86 Prozent stimmten mit Ja!
- ◆ Im Oktober und Dezember desselben Jahres durfte sich die Gemeinwohl-Ökonomie zwei Mal im Europäischen Parlament präsentieren.
- ◆ Im Südtiroler Landtag wurde die Förderung von Gemeinwohl-Unternehmen im öffentlichen Einkauf beschlossen, ebenso in Miranda de Azán in Spanien.

- ◆ Die Stadt Stuttgart fördert GWÖ-Projekte mit 100 000 Euro.
- ◆ Ebenfalls von Bedeutung ist, dass der spanische Bürgermeister von Muro de Alcoy, Rafa Climent, der sich bereits früh für die Gemeinwohl-Ökonomie einsetzte, im Juni 2016 zum Wirtschaftslandesrat von Valencia ernannt wurde.

Bildung

- ◆ Im Februar 2015 startete das Forschungsprojekt »Gemeinwohl-Ökonomie im Vergleich unternehmerischer Nachhaltigkeitsstrategien (GIVUN)« an den Universitäten Kiel und Flensburg zur GWÖ-Bilanz in Großunternehmen; unter anderem sind drei DAX-Konzerne (Deutsche Post DHL Group, Otto Group und e-on) Forschungsgegenstand; das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt mit 600 000 Euro.
- ◆ Die Universität Barcelona hat einen Kooperationsvertrag mit dem katalanischen GWÖ-Gründungsverein unterzeichnet; die Ziele lauten: Forschung zur Gemeinwohl-Ökonomie; ein GWÖ-Lehrstuhl; eine Gemeinwohl-Bilanz für die Universität; und das Leben der GWÖ-Werte an der Universität.
- ◆ Auch die Universität Valencia wird einen Lehrstuhl Gemeinwohl-Ökonomie einrichten. An der Fachhochschule Burgenland ist ein MBA Gemeinwohl-Ökonomie geplant. Mit dem International Graduate Center (IGC) Bremen hat inzwischen die dritte Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland eine GWÖ-Bilanz erstellt.
- ◆ Die Universität Santiago de Chile veranstaltete im Januar 2015 eine zweiwöchige GWÖ-Sommeruni.
- ◆ Auch auf schulischer Ebene tut sich etwas, und zwar in Österreich: Die Handelsakademie im 22. Wiener Gemeindebezirk startete 2015 mit dem Schulzweig HAK experience, in dem Gemeinwohl-Ökonomie gelehrt wird; zuvor stand in allen Kurse klassische Betriebswirtschaft auf dem Lehrplan. Außerdem erwähnt das österreichische Bildungsministerium in einem Erlass zur Wirtschafts- und VerbraucherInnenbildung an alle Landes-schulräte die Gemeinwohl-Ökonomie als Beispiel alternativen Wirtschaftens.

3. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist auf Kooperation angelegt – mit der Degrowth-Bewegung und ebenso mit vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Strömungen

Eine der Allianzen, welche die Gemeinwohl-Ökonomie pflegt, beruht auf ihrer Geschichte: Sie ist aus der *Attac*-Bewegung entstanden und daher unmittelbar mit ihr verbunden. Eines der Leitthemen, auf denen die Gemeinwohl-Ökonomie beruht, ist die Kooperation. So ist sie selbstverständlich auch auf Kooperation mit weiteren sozialen Bewegungen ausgerichtet – der Überzeugung folgend, dass es vielfältige Lösungen braucht, um die große Transformation gelingen zu lassen, und dass jede Teilströmung ihren spezifischen Beitrag zum Wandel leisten wird. Diese Grundhaltung ist im »Mosaik der Zukunft« visualisiert. Dem »Mosaik der Zukunft« liegt die Haltung zugrunde, dass ein umfassender gesellschaftlicher Wandel nicht allein durch das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie realisiert werden kann, sondern dass es weiterer alternativer Ansätze und letztendlich einer Art »Allianz der Alternativen« bedarf.

Gemeinwohl-UnternehmerInnen aus dem Raum Frankfurt bei der Präsentation ihrer Gemeinwohl-Bilanzen im Rahmen einer Pressekonferenz. (Foto: GWÖ)



Bezüge zu anderen Initiativen und Bewegungen

Grundsätzlich ist die Gemeinwohl-Ökonomie lösungsorientiert, pragmatisch und positiv-konstruktiv ausgerichtet. Auch aufgrund ihrer kooperativen Haltung würde sie eine Vorgehensweise, die auf Konfrontation, Provokation und Protest beruht, nicht begrüßen.

Mit folgenden Ansätzen fühlt sie sich verbunden:

Themenbereich Wirtschaft:

- ◆ Economic Democracy;
- ◆ Gemeinschaftsgüter, Commons, Allmenden;
- ◆ Monetative;
- ◆ Netzwerk Économie Sociale (Frankreich/Belgien);
- ◆ Netzwerk Nachhaltige Ökonomie;
- ◆ ökosoziale Marktwirtschaft;
- ◆ Postwachstum;
- ◆ Participatory Economics: Ansätze dezentraler und partizipativer Planwirtschaft;
- ◆ Solidarische Ökonomie;
- ◆ Transition-Town, insbesondere REconomy.

Themenbereich Demokratie/Mitbestimmung:

- ◆ Bürger in Bewegung – für eine andere Welt;
- ◆ Ethify Yourself;
- ◆ Mehr Demokratie e.V.

Themenbereich Arbeit:

- ◆ Bedingungsloses Grundeinkommen;
- ◆ Neue Arbeit Neue Kultur (NANK);
- ◆ Vier-in-Einem-Perspektive.

Themenbereich globale Gerechtigkeit:

- ◆ Erd-Charta;
- ◆ Global Marshall Plan Initiative.

Von der GWÖ genutzte Methoden:

- ◆ Soziokratie;
- ◆ Holokratie;
- ◆ systemisches Konsensieren;
- ◆ gewaltfreie Kommunikation;
- ◆ Liquid Democracy;
- ◆ Open Space;
- ◆ Theory U.

Die Gemeinwohl-Ökonomie fühlt sich also mit vielfältigen Ansätzen und Strömungen verbunden. Viele dieser Strömungen beziehen sich positiv auf die Gemeinwohl-Ökonomie.

Kritik an der Gemeinwohl-Ökonomie

Es gibt jedoch auch kritische Stimmen, vor allem in Österreich (etwa durch die Wirtschaftskammer und die Julius-Raab-Stiftung). Auf der Website der Gemeinwohl-Ökonomie ist eine ausführliche Zusammenfassung der kritischen Auseinandersetzung zu finden.² Für die Gemeinwohl-Ökonomie hat die aus der Kritik resultierende Beschäftigung mit der eigenen theoretischen Grundlage viel Positives bewirkt. So konnten wir im Laufe der Debatte unsere Argumentationslinie schärfen und mehr Klarheit in der theoretischen Fundierung der Gemeinwohl-Ökonomie erzielen.

4. Degrowth und Gemeinwohl – nicht die akademische Definition der Begriffe ist wichtig, sondern das, was wir uns gemeinsam darunter vorstellen

Degrowth und Gemeinwohl haben eine Gemeinsamkeit: Sie verbindet die Kritik daran, dass sowohl der Begriff Gemeinwohl als auch der Begriff Degrowth eher diffus als konkret seien. Dieser Mangel an Klarheit wird einerseits als Angriffsfläche genutzt, um die dahinterliegenden Konzepte in Frage zu stellen; andererseits stellt er ein Hindernis für die Durchsetzung der Idee beziehungsweise für deren Übernahme in den allgemeinen Sprachgebrauch dar. Mit der begrifflichen Offenheit geht die Verantwortung einher, möglichst klar zu kommunizieren, welche Anliegen, Werte und Ziele mit dem jeweiligen Begriff verbunden sind.

Gemeinwohl lässt sich nicht – ähnlich wie besseres Leben, Wohlfahrt oder Glück – allgemeingültig definieren. Daher schlägt die Gemeinwohl-Ökonomie auch keine solche Definition vor. Wer allerdings das Buch »Gemeinwohl-Ökonomie« (Felber 2010) liest, erfährt von zwanzig Grundbausteinen einer Gemeinwohl-orientierten Wirtschaftsordnung, die alle demokratisch ermittelt werden müssen (dies gilt für die Bausteine jeder rechtsstaatlichen Wirtschaftsordnung). Einzig die unternehmerische Gemeinwohl-Bilanz und das volkswirtschaftliche Gemeinwohl-Produkt sind näher definiert, auch sie müssen aber demokratisch legitimiert werden.

Für die Degrowth-Bewegung stellt sich ebenso wie für die Gemeinwohl-Ökonomie die Aufgabe, den jeweiligen Begriff mit Leben zu füllen, ohne dabei zu versuchen, eine Begriffsdefinition herbeizuführen.

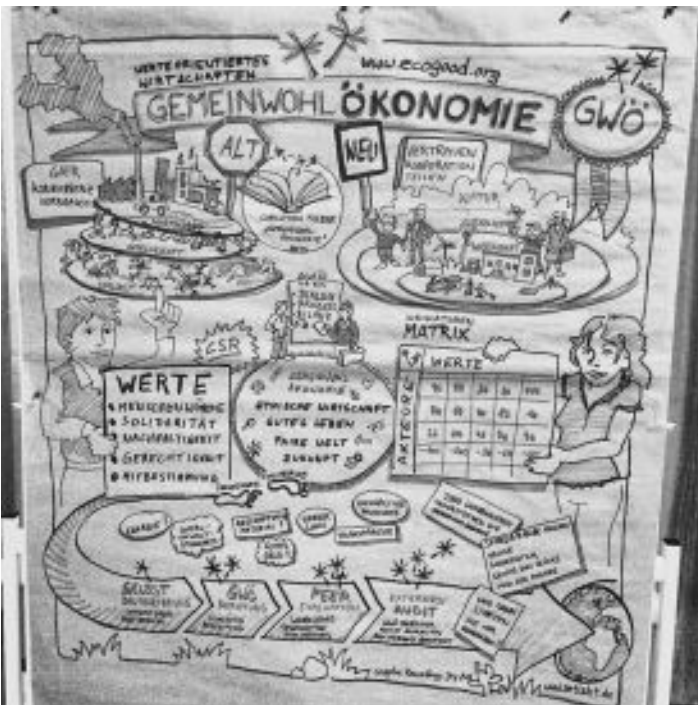
2 <https://old.ecogood.org/allgemeine-infos/aktuelles/kritische-diskussion>; Zugriff: 01.02.2017.

**5. Die Gesellschaft braucht mehr Kooperation:
Nur mit einem Schulterschluss aller alternativen Bewegungen
und Konzepte können wir ein gutes Leben für alle ermöglichen!**

Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist nicht die Durchsetzung eigener Inhalte, sondern die Organisation demokratischer Prozesse, um alle Schlüsselfragen einer Wirtschaftsordnung so breit wie möglich zu diskutieren und zu entscheiden. Sie möchte in den nächsten Jahren in einem möglichst breiten, partizipativ-demokratischen (Bottom-up-)Prozess die Regeln und Grenzen neu definieren, innerhalb deren sich die wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen abspielt. Damit soll das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen AkteurInnen – UnternehmensbesitzerInnen, ShareholderInnen, MitarbeiterInnen, ProduzentInnen und anderen – reduziert werden. Die wesentlichen Fundamente der Gemeinwohl-Ökonomie stellen dabei die Ziele und Werte der Verfassungen demokratischer Staaten dar. Derzeit findet sich keine Verfassung, die besagt, dass Geld oder die Mehrung des Kapitals Zweck des Wirtschaftens seien. Vielmehr gibt es, wie bereits erwähnt, Verfassungen, in denen das Gemeinwohl explizit als Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit verankert ist.

Die Gemeinwohl-Ökonomie wünscht sich eine Allianz vieler zivilgesellschaftlicher Strömungen, die sich für das gute Leben einsetzen. Die inter-

.....
*Die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie in einem »Wimmelbild«,
erstellt von Joy Lohmann.*



nationale Degrowth-Konferenz in Leipzig hat gezeigt, wie viele Alternativen inzwischen entwickelt und etabliert wurden. Auf der Mikroebene lassen sich zahlreiche Einzelinitiativen wie Urban Gardening, HaushüterInnenprojekte, Upcycling-Initiativen, Tauschkreise, Selbstversorgungsprojekte ausmachen. Auf der Mesoebene finden sich Kampagnen, Kooperationen, Initiativen und alternativen Bewegungen zur Solidarischen Ökonomie, zu Commons, Transition-Towns, zur Gemeinwohl-Ökonomie, ebenso finden Workshops und Open Spaces beispielsweise zu Partizipation, Demokratie, Konsum, Schenkökonomie, Transport, Diversity, Ernährungssouveränität und bedingungslosem Grundeinkommen statt.

Wenn der Schulterschluss vieler zivilgesellschaftlicher Strömungen gelingt, ist ein umfassender gesellschaftlicher Wandel wahrscheinlich. Die Gesellschaft ist in Bewegung und immer mehr Menschen erkennen, dass sie auch jenseits von Wahlen eine Stimme und Macht zur Mitgestaltung haben.

Links

Gemeinwohl-Ökonomie – Website: www.ecogood.org

Christian Felber – Website: www.christian-felber.at

Kritische Diskussion um die Gemeinwohl-Ökonomie –

Zusammenfassung auf der GWÖ-Website: <https://old.ecogood.org/allgemeine-infos/aktuelles/kritische-diskussion>

Verwendete und weiterführende Literatur

Bauer, Joachim (2006): Das Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Bauer, Joachim (2008): Das kooperative Gen. Evolution als kreativer Prozess. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Eisenstein, Charles (2013): Ökonomie der Verbundenheit. Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann. München: Scorpio.

Felber, Christian (2010) Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Wien: Deuticke.

Hüther, Gerald (2013): Was wir sind und was wir sein könnten, Ein neurobiologischer Mutmacher. Frankfurt: S. Fischer.

Kohn, Alfie (1992): No Contest. The Case Against Competition. Boston: Houghton Mifflin Harcourt.

Scharmer, Otto (2014): Theorie U. Von der Zukunft her führen, Presencing als soziale Technik. Heidelberg: Carl Auer.

Gewerkschaften: Wer kann es sich leisten, zu verzichten?¹

Jana Flemming und Norbert Reuter

Jana Flemming ist Doktorandin am Lehrstuhl für Politikwissenschaften der Universität Wien und untersucht in ihrem Dissertationsvorhaben Perspektiven sozial-ökologischer Lebensweisen unter kultursoziologischen Gesichtspunkten am Beispiel von Beschäftigten und Gewerkschaften.

Norbert Reuter leitet die *Tarifpolitische Grundsatzabteilung* im Bundesvorstand der *Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)* in Berlin und ist Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen.

1. An die eigene Geschichte anknüpfen: sozial-ökologische Transformation als Teil gewerkschaftlicher Interessenvertretung?

Im internationalen Vergleich liegt die Besonderheit deutscher Gewerkschaften darin, dass sie sehr stark institutionalisiert sind und sich durch eine außerordentliche Verbandsgröße auszeichnen. Die *IG Metall* und *ver.di* gehören mit 2,3 beziehungsweise 2,0 Millionen Mitgliedern zu den mitgliederstärksten freien Arbeitnehmerverbänden der Welt.

Als Vereinigungen von in der Regel abhängig Beschäftigten wird ihnen wie den übrigen Gewerkschaften häufig vorgeworfen, dass sie vor allem in Zeiten ökonomischer Krisen dazu neigten, den Unternehmen gegenüber umfassende Zugeständnisse zu machen, um auf diese Weise Arbeitsplätze und Einkommen ihrer Mitglieder zu sichern. Damit würden sie sich faktisch als »kooperative Krisenmanager« verhalten, was, wie Klaus Dörre (2011: S. 278 f.) festhält, fatale Folgen haben kann: »Trotz oder gerade wegen ihrer unbestreitbaren Erfolge beim Krisenmanagement laufen auch die deutschen Gewerkschaften Gefahr, zu bloßen Vertretungen von Pressuregroups zu werden.« Gewerkschaftspolitik drehe sich dann in erster Linie um die Lohn- und Arbeitsplatzinteressen von (Stamm-)Beschäftigten in den einzelnen Branchen. Dies führe zu einer partikularen Vertretung der Interessen

¹ Dank für die Titelinspiration geht an Daniel Förste.



*Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: Hängung eines Großplakats
 »Wir sind die Guten« an der Fassade der ver.di-Bundesverwaltung
 in Berlin, 25. 02. 2014. (Foto: Jungeblodt/ver.di)*

von Beschäftigten, die auch gegen übergreifende gesellschaftliche Interessen, wie zum Beispiel ökologische Nachhaltigkeit, gerichtet sein können (Dörre 2011: S. 288).

Entgegen der Annahme, dass Gewerkschaften sich nur der Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen widmen, sind in der Vergangenheit zahlreiche gesellschaftlich wichtige Themen von ihnen bewegt worden. Seit Anfang der 1970er Jahre finden sich

»Anliegen der Anti-Atomkraft-, Dritte-Welt-, Umwelt- und Naturschutzbewegungen, des neuen Feminismus, der umweltorientierten Technikkritik, der neuen Alternativ- und Selbstverwaltungsökonomie sowie der verschiedenen Emanzipationsbewegungen sozialer, ethnischer und sexueller Minderheiten [...] auch in den Diskussionen der Gewerkschaftstage wieder; sie wurden bevorzugte Themen der Gewerkschaftspresse und der gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen«. (Wiesenthal 2014: S. 402)

Angesichts der gegenwärtigen multiplen Krisenerscheinungen tauchen diese Debatten zum Teil wieder in den aktuellen Diskussionen und Beschlüssen der Gewerkschaften auf. Von der *IG Metall* wird beispielsweise ein »grundlegender Kurswechsel eingefordert. Unsere Ziele sind qualitatives Wachstum und ein nachhaltiger Umbau der industriellen Produktion, damit es gelingt, die Chancen für ein »gutes Leben« auch künftigen Generationen zu ermöglichen« (Lemb 2015: S. 12). Bei *ver.di* finden sich ähnliche Überlegungen:

»Um einen ökologischen Umbau mehrheitsfähig zu machen und umzusetzen, ist eine Konzeption notwendig, die zugleich mehr Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen bringt und die sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen befördert. Dies erfordert eine alternative Wirtschaftspolitik, die auf ein qualitatives, selektives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum des BIP gerichtet ist. Es geht also um einen sozial-ökologischen Umbau.« (ver.di 2011: S. 2)

2. Zementierte Differenzen, ignorierte Gemeinsamkeiten

Der Konflikt zwischen Arbeitsplätzen und Umwelt

Nach wie vor lassen sich harte Fronten zwischen den Gewerkschaften auf der einen Seite und ökologisch motivierten Bewegungen auf der anderen Seite ausmachen. Auf beiden Seiten gibt es häufig Kritik am Gegenüber: Von Seiten der ökologisch motivierten Bewegungen wird den Gewerkschaften vorgeworfen, sie würden sich weigern, die Bewältigung ökologischer Probleme systematisch in ihre Politik aufzunehmen. Zum Teil wird empört und mit Unverständnis auf »die« Gewerkschaften verwiesen, die etwa weiter den klimaschädlichen Braunkohleabbau fördern, um Arbeitsplätze zu sichern. Vor dem Hintergrund der ökologischen Krise und der damit verbundenen Wachstumskritik haben es die Gewerkschaften daher schwer, als Mitakteur einer sozial-ökologischen Wirtschaftswende akzeptiert zu werden. Aus Sicht vieler ökologisch motivierter WachstumskritikerInnen gelten sie als ebenso unkritische wie mächtige Befürworter wirtschaftlichen Wachstums (vgl. Reuter 2014: S. 555). Umgekehrt werfen Gewerkschaften der Ökologiebewegung und AkteurInnen aus dem Postwachstumsspektrum vor, sie nähmen in ihren politischen Forderungen keine oder nur wenig Rücksicht auf die Interessen von Beschäftigten und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Allerdings wird bei diesen gegenseitigen Vorwürfen häufig übersehen, dass ein objektiver Konflikt zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen besteht, der als »magisches Dreieck« bezeichnet werden kann. »Magisch« deshalb, weil die Erreichung eines Ziels in der Regel mit der Verletzung eines anderen Ziels einhergeht: Alle Ziele sind kaum gleichermaßen zu erreichen. Eine Lösung wird daher immer Kompromisscharakter haben müssen. Mit der Extraktion von fossilen Ressourcen werden beispielsweise einerseits Arbeitsplätze und Einkommen für Beschäftigte in Deutschland wie in vielen anderen Ländern geschaffen, gleichzeitig aber eine ökologisch zerstörerische Dynamik vorangetrieben. Weltweit gibt es zahlreiche Beispiele von Gewerkschaften, die an der Seite von Unternehmen für den Erhalt umweltverschmutzender Industrien kämpfen – damit aber gleichzeitig auch für den Erhalt von Arbeitsplätzen und damit der Lebensgrundlage vieler Menschen. Dieses Phänomen wird auch als »Jobs versus Environment Dilemma« (Räthzel/Uzzell 2011) beschrieben. Umgekehrt lassen sich aber ebenso zahlreiche Forderungen aus der Umwelt- und Postwachstums-

bewegung aufzählen, die – wenn sie zum Beispiel die Abwicklung umwelt-schädigender Industrien fordern – negative soziale und beschäftigungspolitische Aspekte weitgehend ignorieren (vgl. Felli 2014: S. 373).

Die Widersprüche zur Degrowth-Perspektive lassen sich auch aus der historischen Entwicklung von Gewerkschaften ableiten: In der Kohle- und Stahlproduktion etwa wurden einst zentrale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt. Heute versuchen Gewerkschaften in modernen ressourcenschonenden Sektoren wie der Windenergiebranche ihre Kernkompetenzen deutlich zu machen und setzen sich für Betriebsräte und Tarifverträge ein. Eine gesamtgesellschaftliche, sozial-ökologische Perspektive müsste Dörre (2015: S. 248) zufolge jedoch darüber hinausgehen und den umfassenden Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise in den Blick nehmen. Sie würde auch die gewerkschaftliche Diskussion über ein gutes Leben unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten neu beleben.

3. Die Suche nach Lösungen: die Frage nach einer sozial-ökologischen Lebensweise als gemeinsamer Bezugspunkt

Die Suche nach Lösungen der sozial-ökologischen Krise zielt häufig auf wachstumsdämpfende politische Maßnahmen. Dazu gehören steuerliche Anreize bis hin zu Produktionsverboten. Eine weitere wichtige Dimension betrifft die (Um-)Gestaltung unserer derzeitigen Lebensweise, die auf der ungehemmten Ausbeutung der Natur, vor allem auf fossilen Brennstoffen beruht. In der Degrowth-Perspektive hat die Veränderung der Lebensweise zentrale Bedeutung. Das so genannte Wirtschaftswunder der 1960er und 1970er Jahre beförderte die Schaffung neuer Konsumnormen und Wertmuster (vgl. Görg 2003: S. 129). Beschäftigte profitierten in der Vergangenheit natürlich auch von dem mittels wirtschaftlichen Wachstums erzeugten Wohlstand. Diese hegemoniale Lebensweise des globalen Nordens beruht jedoch, vermittelt über globale Wertschöpfungsketten, auf ökologischer Zerstörung und Ausbeutung von Arbeitskräften im globalen Süden (Brand/Wissen 2011).

Hinter dem Begriff der »Lebensweise« verbirgt sich die Frage, was das gute Leben in der Gegenwart bedeutet und wie es als gesellschaftspolitisches Phänomen behandelt werden kann. Dafür braucht es eine neue Vorstellung davon, was wir unter Wohlstand verstehen (vgl. hierzu umfassend Deutscher Bundestag 2013). Im Postwachstumsspektrum spielt zum Beispiel die Gestaltung der Zeit in unserem Leben eine wichtige Rolle. Die Intention liegt darin, den beschleunigten »Zeitstrukturen in der Moderne« (Rosa 2005) etwas entgegenzusetzen, indem gesellschaftliche Kooperationsformen entwickelt werden, die sowohl der menschlichen Lebensqualität im Sinne von Muße und Freizeit mehr Raum geben, als auch ökologisch angemessenere Lebensweisen befördern. Lebensqualität soll also nicht mehr nur monetär verengt werden, das heißt am Kontostand und Konsumniveau bemessen werden. Auch in gewerkschaftlichen Kreisen werden heute ver-

stärkt Positionen vertreten, wonach Wohlstand sich nicht allein an der Höhe des Einkommens bemisst. Doch der Kampf um Lohngerechtigkeit ist auch ökologisch sinnvoll, da so zum Beispiel Konsummuster in Richtung mehr Qualität und mehr Sein statt mehr Haben verändert werden können.

Dies sind allerdings keine neuen Fragen. Die deutschen Gewerkschaften stellten schon früh Fragen nach dem guten Leben und den ökologischen Folgen der Produktion von Waren und Dienstleistungen. So veranstaltete die *IG Metall* bereits 1972 eine internationale Tagung unter dem Titel »Aufgabe Zukunft: Verbesserung der Lebensqualität«, die in zehn Tagungsbänden dokumentiert wurde (IG Metall 1972; vgl. Wiesenthal 2014: S. 403). Diese Ansätze für eine weitreichende Gesellschaftspolitik und -veränderung unter humanen und ökologischen Vorzeichen sind jedoch durch die politischen und ökonomischen Entwicklungen in den darauf folgenden Jahrzehnten in den Hintergrund gerückt. Insbesondere wirtschaftliche Krisensituationen drängten immer wieder die Bedeutung des Erhalts von Arbeitsplätzen und Einkommen in den Vordergrund.

Soziale Lagen bestimmen die Vorstellungen vom guten Leben mit

Bislang verbleibt die alltägliche Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise in erster Linie in relativ wohlhabenden beziehungsweise gebildeten Milieus. In diesem Spektrum findet auch die Degrowth-Perspektive den meisten Zuspruch. Hierdurch geht das Verständnis für die Situation anderer gesellschaftlicher Gruppen häufig verloren. Für viele ist die Vorsilbe »Öko-« immer noch eher ein Schimpfwort und Postwachstum eine esoterische Debatte, die mit der Alltagswelt wenig zu tun hat. Denn in einer Gesellschaft, die auf Lohnarbeit beruht und sich am Leitbild des sozialen Aufstiegs orientiert, gestalten Menschen bewusste, sozial-ökologische Lebensweisen in der Regel nur dann, wenn sie sich freiwillig und auf Grundlage einer ökonomisch relativ abgesicherten Position dafür entschieden haben (vgl. Voswinkel 2013; Noll/Weick 2014). Wer auf der gesellschaftlichen Aufstiegs- und Wohlstandsleiter unten ist, will erst einmal weiter nach oben. Nur wenn Menschen ein gewisses Wohlstandsniveau erreicht haben, sind sie in der Regel in der Lage und auch bereit, über grundlegende Verhaltensänderungen, die auch Verzicht beinhalten können, nachzudenken und entsprechende Handlungen folgen zu lassen.

Eine gewerkschaftliche Perspektive kann einen Beitrag dazu leisten, dass sozial-ökologische Fragen nicht nur in relativ wohlhabenden und bildungsbürgerlichen Milieus verbleiben, sondern gesamtgesellschaftliche Handlungsfähigkeit ermöglichen. Dies betrifft etwa das politische Feld der Energieproduktion und -versorgung, wo der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie besonders hervortritt. Denn solange Beschäftigte keine Alternativen für Arbeitsplätze und Einkommen haben, müssen sich Gewerkschaften für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen. Umweltschutz oder gar Fragen globaler Klimagerechtigkeit werden dann erst einmal zweitrangig. Umge-

kehrt tendieren ökologisch motivierte AkteurInnen dazu, beschäftigungspolitische Belange zu ignorieren. Vehement wird der sofortige Ausstieg aus der Kohle gefordert, während über die Lebensperspektiven derjenigen, die in und um die Industrien beschäftigt sind, allenfalls am Rande nachgedacht wird. Im Zweifel wird das Problem eher verdrängt und als für die ökologische Sache in Kauf zu nehmender »Kollateralschaden« hingenommen.

Notwendig sind konstruktive Auseinandersetzungen um die Frage der Lohnarbeit angesichts der sozial-ökologischen Krise. Dies ist erstens von strategischer Relevanz. Denn die Gewerkschaften sind ein wirkmächtiger Akteur, ein auf dem Weg einer sozial-ökologischen Transformation unerlässlicher Bündnispartner. Zweitens handelt es sich aber auch um wichtige Interessen, die Gewerkschaften vertreten: Soweit Menschen nicht über Vermögen verfügen, sind sie auf Arbeitseinkünfte angewiesen. Diese banale Erkenntnis und daraus folgende Konsequenzen werden von manchen ökologisch motivierten und auch kapitalismuskritisch orientierten AkteurInnen oftmals ignoriert. Sie sind gewissermaßen auf dem sozialen Auge blind.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die genannten Positionen den in der Debatte involvierten AkteurInnen bekannt sind. Dennoch ist zu beobachten, dass oftmals nur jeweils spezifische Aspekte im Fokus von Gewerkschaften, KapitalismuskritikerInnen oder Umweltbewegten stehen. Sie verfolgen oftmals primär ihre eigenen partikularen politischen Strategien und Ziele, nehmen sich gegenseitig häufig nicht ernst und fühlen sich jeweils un- oder missverstanden. Dies führt in der Folge dazu, dass weiter primär soziale *oder* primär ökologische Interessen verfolgt werden. Ein notwendiger Interessenausgleich kommt so nicht voran.

4. Die Produktions- und Lebensweise umgestalten: gerechte Übergänge für alle!

Eine emanzipatorische Perspektive in der Auseinandersetzung um ökologische Fragen und das gute Leben für alle muss auf der Analyse aufbauen, dass ökologische Probleme immer mit sozialen Problemen einhergehen; umgekehrt haben soziale Fragen immer auch ökologische Komponenten. Dies zeigt sich beispielsweise an den Auseinandersetzungen über die Braunkohletagebaue in Deutschland: Der Abbau und die Verbrennung von Braunkohle bedrohen nicht nur die Lebensgrundlage von Menschen im globalen Süden. Allein der Abbau bedeutet für viele Menschen, dass die Region, der sie sich verbunden fühlen, vernichtet wird. Viele Menschen hängen jedoch gleichzeitig ökonomisch am Tropf dieser schmutzigen Industrien. Wird keine Kohle mehr abgebaut, werden nicht nur die Bergarbeitenden arbeitslos – darüber hinaus droht durch einen Dominoeffekt das wirtschaftliche Ausbluten ganzer Regionen. Gewerkschaften werden in dieser Gemengelage teils massiv kritisiert für ihre beschäftigungspolitischen Anliegen. Erfolge im Kampf um eine klimagerechte Energieversorgung bleiben ohne gewerk-

schaftliche Beteiligung jedoch allenfalls partikular, das heißt auf das Politikfeld der Umwelt beschränkt – mit drohenden erheblichen sozialen »Kollateralschäden«. Eine lösungsorientierte Herangehensweise müsste sich für einen Strukturwandel einsetzen, der soziale *und* ökologische Faktoren berücksichtigt.

Zentrale Aufgabe für Gewerkschaften wie für Menschen aus der Ökologie- und Degrowth-Bewegung sollte sein, aktiv daran zu arbeiten, die Frontstellung zwischen Umwelt- und ArbeiterInnenbewegung abzubauen. Dies würde bedeuten, Beschäftigte, die etwa vom Kohleabbau oder anderen ökologisch zerstörerischen Produktionsweisen ökonomisch abhängig sind, im Rahmen eines umfassenden politischen Konzeptes in die Strategien für einen sozial-ökologischen Wandel miteinzubeziehen. Erfahrungen in anderen Teilen der Welt zeigen, dass arbeitspolitische Kämpfe auch mit ökologischen Zielen in Einklang gebracht werden können.

Gewerkschaften haben während des letzten Jahrhunderts überall auf der Welt eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Umweltpolitiken in Industrieländern gespielt. Gesundheits- und Sicherheitsfragen am Arbeitsplatz haben häufig zu Allianzen mit Community-basierten Bewegungen geführt (vgl. Felli 2014: S. 373 f.). Beispiele dafür, wie ökologische und soziale Fragen strategisch zusammengedacht werden können, gibt es unter anderem in den USA: Gewerkschaftliche und umweltpolitische AkteurInnen arbeiten hier unter dem Slogan »Just Transition« zusammen. Beim Rückbau schmutziger und kohlenstoffintensiver Industrien werden nicht nur Umweltschutzinteressen berücksichtigt, sondern ebenso die Belange der Beschäftigten. Auch die soziale Ungleichheit, die sich räumlich im Umfeld ökologisch schädlicher Industrien niederschlägt, ist Teil der politischen

Die Mindestlohntour am 21. Mai 2014 in Hanau. Die Kampagne setzt sich für einen Mindestlohn von 8,50 Euro ohne Ausnahmen und ohne Schlupflöcher ein. (Foto: ver.di)



Auseinandersetzungen: Wer lebt in der Nähe der gesundheitsschädlichen Industrien, und wer kann es sich leisten, das Haus im Grünen zu bewohnen? Mit umweltschädlichen Industrien sind nicht nur die Beschäftigten konfrontiert, sondern auch die – zumeist ärmeren – Menschen, die in den jeweiligen Regionen leben.

Ziel von Politik und Gewerkschaften muss es sein, gute Arbeit für die Beschäftigten zu schaffen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze so gestaltet sind, dass sie keine (bleibenden) ökologischen Schäden verursachen. Zweifellos gilt das für viele Arbeitsplätze heute nicht. Nicht nur leiden Beschäftigte – wie etwa im Dienstleistungsbereich – heute vielfach unter enormem Arbeitsdruck und ausufernden Arbeitszeiten. Auch sind viele Arbeitsplätze – hier besonders im Bergbau oder in der Atomwirtschaft – mit einer extremen Belastung der Umwelt verbunden. Eine Lösung kann nicht darin liegen, die hier Beschäftigten mit den Problemen allein zu lassen, etwa indem Betriebe einfach geschlossen werden. Stattdessen sind gerechte Übergänge zu gestalten, die Perspektiven für alternative Arbeitsplätze und Einkommen eröffnen. Wie diese Übergänge aussehen und wohin sie führen sollten, muss von allen Betroffenen unter Einschluss der Politik diskutiert werden. Grundsätzlich darf der Ab- oder Umbau von schädlichen, nicht nachhaltigen Arbeitsplätzen nicht als individuelles Problem der dort Beschäftigten angesehen werden, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insofern muss die gesamte Gesellschaft dafür einstehen, wenn aus guten ökologischen Gründen zum Beispiel Betriebe geschlossen und Menschen arbeitslos werden.²

Die Degrowth-Perspektive kann gewerkschaftliche AkteurInnen dazu anregen, die Frage des Verständnisses der Interessenvertretung neu aufzuwerfen: Verstehen sich Gewerkschaften als Akteur, der für einen sozial-ökologischen Umbau in einem weitreichenden Sinne eintritt? Ein solches Verständnis würde auch Allianzen mit sozialen Bewegungen einschließen. Daher sollte der Fokus sowohl der gewerkschaftlichen Politik als auch sozial-ökologischer Transformationspolitik nicht allein auf dem jeweiligen Wirtschaftsunternehmen und der zugehörigen Branche liegen. Vielmehr muss auch das Lebensumfeld der Beschäftigten miteinbezogen werden: Was ist mit dem durch den Braunkohletagebau produzierten Feinstaub, der die Gesundheit der Beschäftigten und der anwohnenden Menschen belastet? Liegt es im Interesse der Beschäftigten, dass ganze Ortschaften verschwinden und damit zugleich ihr gesamtes soziales Umfeld? Der Umbau der Produktions- und Lebensweise beinhaltet demnach einerseits Umweltschutz und Lebensqualität im gesellschaftlichen Umfeld, aber andererseits auch gute, gesundheits- und umweltverträgliche Arbeitsbedingungen.

2 Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), Michael Vassiliadis, hat beispielsweise einen privatwirtschaftlichen, aus Gewinnen finanzierten Fonds vorgeschlagen, der den sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle langfristig absichern soll. Außerdem soll der Fonds den Rückbau der Abbaubereiche finanzieren.

Als ein Instrument, mit dem sowohl ökologische als auch soziale und ökonomische Probleme zumindest reduziert werden können, bietet sich die Gestaltung der Arbeitszeit an. Grundsätzlich treffen sich hier gewerkschaftliche Traditionen mit der Postwachstumsperspektive. Mehr freie Zeit, die Menschen selbstbestimmt gestalten können oder die für Sorgearbeiten in ihrem sozialen Umfeld verwendet werden kann, sind Forderungen, die sowohl im Degrowth-Spektrum wie auch (wieder) zunehmend in den Gewerkschaften prominent sind. Immer mehr wird deutlich, dass die Fixierung auf die formelle Erwerbsarbeit sich als unzureichend erweist. Neue Arbeitszeitmodelle werden zur Zeit in den Gewerkschaften wie auch in der Politik diskutiert.³ Zunehmend wird klar, dass es für Veränderungen in der Wirtschaftsweise wie zur Sicherstellung und Erhöhung des Wohlstands mehr freier Zeitressourcen bedarf – gerade für jene, die die eigentliche Wirtschaftsleistung erbringen. Das betrifft sowohl Tätigkeiten im Dienstleistungs- als auch im Industriesektor, aber auch die Sorgearbeit. Hier sind gesellschaftliche Diskussionen darüber nötig, was, wie, wie viel und wo wir angesichts der sozial-ökologischen Krise *und* im Hinblick auf ein gutes Leben vor dem Hintergrund eines wachsenden Überflusses produzieren und konsumieren wollen.

Ein Mittel, um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, ist es, das Prinzip der betrieblichen Mitbestimmung zu stärken und in Richtung einer Wirtschaftsdemokratie weiterzuentwickeln. Die Frage einer sozial und ökologisch sinnvollen Produktion könnte auf diese Weise nicht nur gestellt und mit den Betroffenen diskutiert werden, sondern es könnten auch unmittelbar praktische Konsequenzen gezogen werden. Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der *IG Metall*, hält grundlegende ökonomische Weichenstellungen im Rahmen einer gesellschaftlichen Transformation für zentral. Dazu gehören nach Urban erstens die Ökologisierung von Produktion, Konsumtion und Verteilung, zweitens ein neues Regime der Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen sowie drittens die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und Strukturen (vgl. Urban 2014: S. 79). Diese Punkte lassen sich geradezu als eine Agenda verstehen, die auf die Tagesordnung der Debatte zwischen Gewerkschaften und Degrowth-Bewegung gehört.

Hinsichtlich der Durchsetzung von politischen Forderungen verfügen Gewerkschaften traditionell über einen großen Erfahrungsschatz. Im Degrowth-Spektrum stehen dagegen die Entwicklung und der Aufbau alternativer Strukturen im Vordergrund, weniger konkrete Strategien der Um- und

3 Beispielsweise diskutiert Bündnis 90/Die Grünen derzeit ein neues Arbeitszeitmodell unter dem Titel »Politik für mehr Zeit – Damit Erwerbsarbeit besser in unser Leben passt«; in der SPD hat eine eingerichtete Projektgruppe ein Dialogpapier »Neue Zeit – Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel« vorgelegt und *ver.di* schlägt ein neues Arbeitszeitmodell vor, das durch zusätzliche bezahlte Verfügungstage eine Verkürzungsperspektive für Vollzeitbeschäftigte mit einer Verlängerungsperspektive für Teilzeitbeschäftigte verknüpft (ver.di 2015).



4. Bundeskongress von ver.di unter dem Motto – Stärke. Vielfalt. Zukunft. – im September 2015 in Leipzig. Am Kongressende: Frank Bsirske und die ver.di Jugend mit Sprechblasen.
(Foto: Kay Herschelmann)

Durchsetzung gegen Widerstand. Würde es gelingen, zunächst Schnittpunkte vorhandener Forderungen zu identifizieren, könnten auf dieser Basis sukzessive übergreifende Strategien zur konkreten Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation entwickelt werden.

5. Gemeinsame Perspektive von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen: die Überwindung sozialer Ungleichheiten und die Gestaltung einer sozial-ökologischen Produktions- und Lebensweise

Ohne die Gewerkschaften als gesellschaftspolitischen Akteur ist eine sozial-ökologische Transformation nicht durchsetzbar. Gleichzeitig bleibt umkämpft, wie der ökologische Umbau konkret stattfinden soll. Die Gewerkschaften sind dabei häufig mit dem Dilemma konfrontiert, dass der ökologische Umbau auf Kosten der Beschäftigten stattzufinden droht. Diese Spannung aufzulösen und die Beschäftigten in den sozial-ökologischen Umbau einzubeziehen, wird zentral sein. Eine Wirtschaftsweise, die am kapitalistisch getriebenen Wachstum festhält, wird nicht nur ökologisch zerstörerisch bleiben, sondern auch dazu führen, dass sich die soziale Ungleichheit weiter verschärft.

Die durch das Wachstumsparadigma mit verursachten globalen und sozial-ökologischen Verwerfungen dringen zunehmend in das Alltagsbe-

wusstsein der Menschen ein. Doch bleiben die daraus folgenden Handlungsstrategien durch ihre vornehmlich individuelle Bearbeitung noch selektiv und im Alltagshandeln widersprüchlich. Der Begriff der Lebensweise eröffnet hier kollektive und demokratische Handlungsperspektiven im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation. Wie sich eine unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten adäquate Lebensweise gestaltet, ist gesellschaftlich umkämpft. Die entsprechenden Deutungskämpfe und vor allem die Frage, wie Gewerkschaften und die in ihnen organisierten Beschäftigten versuchen, Ungleichheiten, die mit der hegemonialen Lebensweise einhergehen, zu überwinden, können ein entscheidender Schlüssel sein, um Schnittstellen zur Degrowth-Bewegung herzustellen und gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwickeln. Von gewerkschaftlicher Seite wird die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen eingefordert (vgl. Lemb 2015: S.18), aber: »Gelegentlich [...] bedurfte es eines Anstoßes von außen, damit der gesellschaftliche Wandel auch in den Gewerkschaften wirksam wurde, in anderen Fällen [...] trägt gewerkschaftliche Politik selbst zum Wandel der politischen Verhältnisse bei« (Wiesenthal 2014: S.396 f.). In der Verbindung beider Dynamiken und durch ein produktives Zusammenwirken von Postwachstumsperspektiven und gewerkschaftlichen Positionen könnte eine breite Allianz für eine sozial-ökologische Transformation entstehen. Die offene Frage ist allerdings, ob die notwendige Transformation »by design or by disaster« – um einen inzwischen prominenten Leitspruch aus der Degrowth-Bewegung zu zitieren – erfolgt. Das Schmieden einer von den Gewerkschaften und der Degrowth-Bewegung ausgehenden umfassenden gesellschaftlichen Allianz wäre der Versuch, den so oder so stattfindenden Wandel »by design« zu bewerkstelligen.

Verwendete und weiterführende Literatur

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hrsg.). VSA: Hamburg, S.79–94.

Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« (Schlussbericht). Berlin: Bundestags-Drucksache 17/13300.

Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisationsmacht. In: *Gewerkschaftliche Modernisierung*. Haipeter, Thomas; Dörre, Klaus (Hrsg.). Wiesbaden: Springer VS, S.268–301.

Dörre, Klaus (2015): »Wir für mehr« – Ausgangspunkt für eine transformative Industriepolitik? In: *Welche Industrie wollen wir?* Lemb, Wolfgang (Hrsg.). Frankfurt am Main: Campus, S.233–252.

- Felli, Romain** (2014): An Alternative Socio-Ecological Strategy? International Trade Unions Engagement with Climate Change. *Review of International Political Economy* 21: S. 372–398.
- Görg, Christoph** (2003): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse. In: *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. Böhme, Gernot; Manzei, Alexandra (Hrsg.). München: Wilhelm Fink, S. 113–134.
- IG Metall** (Hrsg.) (1972): Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die BRD, 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Lemb, Wolfgang** (2015): Ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell der Zukunft braucht »Gute Industriepolitik«. In: *Welche Industrie wollen wir?* Lemb, Wolfgang (Hrsg.). Frankfurt am Main: Campus, S. 7–22.
- Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan** (2014): Lebenszufriedenheit steigt mit der Höhe der Konsumausgaben. Analysen zur Struktur von Konsumausgaben und subjektivem Wohlbefinden. *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 51: S. 1–6.
- Räthzel, Nora; Uzzell, David** (2011): Trade Unions and Climate Change: The Jobs versus Environment Dilemma. *Global Environmental Change* 21(4): S. 1215–1223.
- Reuter, Norbert** (2014): Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften. *WSI Mitteilungen* 7/2014: S. 555–559.
- Rosa, Hartmut** (2005): Beschleunigung: die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Urban, Hans-Jürgen** (2014): Stillstand in Merkelland: Wo bleibt die Mosaik-Linke. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59: S. 73–82.
- Ver.di** (2011): Sozial-ökologischer Umbau statt pauschaler Wachstumskritik. Kontroversen um das Wachstum (*Wirtschaftspolitische Informationen* 2/2011).
- Ver.di** (2015): Mehr Zeit für mich. Impulse für eine neue Arbeitszeitpolitische Debatte. Berlin: Ver.di.
- Voswinkel, Stephan** (2013): Was wird aus dem »Fahrstuhleffekt«? Postwachstum und Sozialer Aufstieg (Working Paper 08 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften). Jena: DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften.
- Wiesenthal, Helmut** (2014): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft: Niedergang und Wiederkehr des »Modells Deutschland«. In: *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Schroeder, Wolfgang (Hrsg.). Springer VS: Wiesbaden, S. 395–421.

Grundeinkommensbewegung: Keine nachhaltige ökologische Transformation ohne bedingungslose soziale Sicherung aller Menschen

Ronald Blaschke

Der Autor ist Mitbegründer des deutschen Netzwerks *Grundeinkommen* und seit Jahren Mitglied im Netzwerkrat, dem kollektiven Gremium, das die Belange der Mitglieder zwischen den Mitgliederversammlungen vertritt. Er ist außerdem Mitbegründer des Netzwerks *Unconditional Basic Income Europe*, Mitherausgeber mehrerer Publikationen zum Grundeinkommen und Verfasser zahlreicher Beiträge zu den Themen Armut, Grundeinkommen, Feminismus und Wachstumskritik.

1. Das Grundeinkommen ist eine Form der bedingungslosen Absicherung der Existenz und der Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe jedes einzelnen Menschen

Hinter der Idee des Grundeinkommens steht die Überzeugung, dass der Mensch ein Recht auf die bedingungslos gesicherte materielle Existenz und gesellschaftliche Teilhabe hat. Das Grundeinkommen ist eine monetäre Form dieser Absicherung. Die vier Kriterien, die die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens kennzeichnen, sind: Das Grundeinkommen soll

- ◆ allen Menschen in Form eines individuellen Rechtsanspruchs
- ◆ die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- ◆ dies ohne eine Bedürftigkeitsprüfung und
- ◆ ohne einen Zwang zur Arbeit oder zu anderen Gegenleistungen.

Neben dem Grundeinkommen sind auch nicht monetäre Formen der bedingungslosen Absicherung der materiellen Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen möglich: gebührenfreie Zugänge zu Gütern, Infrastruktur, Dienstleistungen. Sie können komplementär zum Grundeinkommen oder ohne ein Grundeinkommen eingeführt beziehungsweise ausgebaut werden.



Gemeinsam für Bedingungsloses Grundeinkommen beim UBIE-Meeting (Unconditional Basic Income Europe, Hamburg Mai 2016). (Foto: CC BY-SA Glenn Slotte)

Grundeinkommen – eine lange Geschichte

Das Grundeinkommen wurde 1796 von Thomas Spence begründet. Er verband es mit der (Re-)Vergemeinschaftung der gemeinsamen natürlichen Güter menschlichen Lebens, der Sicherung öffentlicher Infrastruktur und der Entwicklung der Demokratie, unter gleichberechtigter Einbeziehung der Frauen.

Im 19. Jahrhundert gab es in Europa mehrere Vorschläge für ein Grundeinkommen, so zum Beispiel von Victor Considerant, von belgischen Egalitaristen und von Joseph Charlier. Diese Vorschläge waren immer eingebettet in grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungsvorhaben wie die Entwicklung der Demokratie und einer kooperativen Ökonomie, die Gewährleistung politischer Freiheiten und sozialer Rechte oder die Verstaatlichung wichtiger Unternehmen. Bei diesen Vorschlägen handelt es sich aber nicht immer um volle, sondern teilweise nur um partielle Grundeinkommen. Das sind Grundeinkommen, die nicht die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichern (vgl. Blaschke 2016a).

Im 20. Jahrhundert weitete sich der Kreis der Vorschläge für Grundeinkommen oder partielle Grundeinkommen in Europa und in den USA enorm aus (zum Beispiel von Bertrand Russell, Dennis und Mabel Milner, Erich Fromm, Martin Luther King, Philippe van Parijs, Herwig Büchele und Lieselotte Wohlgenannt, André Gorz, Michael Opielka, Georg Vobruba, Claus Offe). Die Begründungen der Protagonist*innen für das Grundeinkommen sind sehr unterschiedlich. Bei fast allen sind die Grundeinkommensvorschläge eingebettet in weitere gesellschaftliche Veränderungsvorhaben.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstärkt sich der Bezug der Grundeinkommensdebatte zu ökologischen und feministischen Fragen, so zum Beispiel in der grün-alternativen Diskussion in Deutschland Mitte der 1980er-Jahre und der Kritik an der Industriegesellschaft (vgl. Schmid

1986; Opielka 1985). Zuvor hatte die unabhängige Erwerbslosenbewegung in Deutschland die Debatte über ein Existenzgeld genanntes Grundeinkommen, verbunden mit einer grundsätzlichen Lohnarbeits- und Herrschaftskritik, entfacht (vgl. BAG der Sozialhilfeinitiativen 2000).

*Grundeinkommen – Kritik an bestehenden Herrschaftsverhältnissen in Ökonomie, Staat und Partner*innenschaft*

Die Grundsätze, die hinter der Idee des Grundeinkommens stehen und eine Kritik an herrschaftlichen Prinzipien bisheriger Gesellschaften *und* bisheriger Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens einschließen, lauten: Niemand muss etwas gegen seinen*ihren Willen tun oder sich für etwas wegen materieller Not zur Verfügung stellen, was er*sie nicht möchte – ob auf dem Arbeitsmarkt oder in der Partner*innenschaft. Darüber hinaus: Jeder Mensch hat das Recht, sich angst- und erpressungsfrei an der demokratischen Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten inklusive der Wirtschaft und an der Gestaltung des partnerschaftlichen Zusammenlebens zu beteiligen. Zur Verwirklichung dieser Grundsätze ist die Freiheit von materieller Not erforderlich – als *bedingungslose* materielle Absicherung. Denn bedingte (oder gänzlich fehlende) Absicherungen öffnen Not und Elend, Armut, Ausgrenzung, Willkür und Abhängigkeiten vom Staat und von Partner*innen sowie Stigmatisierungen und Diskriminierungen Tür und Tor.

2. Grundeinkommensbewegung heterogen und vernetzt – international, national, regional

Die Grundeinkommensbewegung ist so heterogen wie andere soziale Bewegungen auch. Sie umfasst Libertäre, Sozialist*innen, Kommunist*innen, Feminist*innen, Wachstumskritiker*innen, Globalisierungskritiker*innen, Gewerkschafter*innen, Selbstständige, Erwerbslose, Unternehmer*innen wie Vertreter*innen solidarisch-ökonomischer Kooperationen, Wissenschaftler*innen, nicht religiös wie konfessionell Gebundene, Parteilose wie Parteimitglieder. Eine seriöse quantifizierende Aussage über deren Zusammensetzung oder über deren Verortung in bestimmten sozialen Schichten ist derzeit nicht möglich.

Organisiert sind Grundeinkommensbefürworter*innen weltweit im *Basic Income Earth Network (BIEN)* (gegründet 1986), auf europäischer Ebene in *Unconditional Basic Income Europe (UBIE)* (gegründet 2014), in nationalen, regionalen und lokalen Netzwerken und Initiativen sowie in überregionalen Organisationen und Verbänden, die sich für das Grundeinkommen einsetzen. Das größte Netzwerk in Deutschland ist das *Netzwerk Grundeinkommen* (seit 2004) mit derzeit 119 größeren Mitgliedsorganisationen und kleineren Regionalinitiativen und über 4300 Einzelmitgliedern. Es ist auch das größte nationale Grundeinkommensnetzwerk der Welt. Das Netzwerk Grundeinkommen ist Partnerorganisation von *BIEN*. Es ist Mitglied von *UBIE*,



Grundeinkommen statt Existenzangst – wichtig auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft. (Foto: CC BY 3.0 BukTom Bloch)

.....

von *Attac Deutschland* und des Netzwerks *Care Revolution*. Aber auch einige große Verbände (zum Beispiel *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung*, auch Mitglied im *Netzwerk Grundeinkommen*) und aktive kleinere Gruppierungen (zum Beispiel: *Attac-Arbeitsgruppe Genug für alle*, *Gewerkschafterdialog Grundeinkommen*, *Labournet*, *Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung*) prägen die inhaltliche Grundeinkommensdebatte in Deutschland, ebenso einzelne Personen (zum Beispiel Adelheid Biesecker, Ronald Blaschke, Katja Kipping, Michael Opielka, Werner Rätz, Antje Schrupp, Götz Werner, Gabriele Winker). Einfluss auf die Debatten haben auch die Zusammenschlüsse beziehungsweise Netzwerke zum Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE und in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Festzuhalten ist: Es gibt nicht *die* Grundeinkommensbewegung, so wie es auch nicht *das* Grundeinkommenskonzept gibt. Es gibt auch nicht *die* Degrowth-Bewegung, so wie es auch nicht *das* Degrowth-Konzept gibt. Aber es gibt in beiden Bewegungen, sofern sich deren Träger*innen einem emanzipatorischen Ziel verpflichtet fühlen¹, übereinstimmende beziehungsweise ähnliche Ansätze, die für gemeinsames politisches Engagement fruchtbar sein können.

¹ Es gibt (markt-)liberale und konservative Ziele, die mit partiellen Grundeinkommen oder mit der Wachstumskritik verbunden werden können, die aber in den jeweiligen Bewegungen keine Basis haben. Für das Grundeinkommen in neoliberaler Absicht steht zum Beispiel das Konzept von Thomas Straubhaar, das sich an dem partiellen Grundeinkommensansatz von Milton Friedman orientiert. Für einen konservativ bis neoliberalen wachstumskritischen Ansatz steht Meinhard Miegel. Die konkrete Ausgestaltung des jeweiligen Grundeinkommenskonzepts wie auch seine Verbindung mit weiteren angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen geben Auskunft darüber, ob eine emanzipatorische oder eine (markt-)liberale/konservative Absicht verfolgt wird (vgl. Blaschke 2012: S. 41–58).

3. Die Grundeinkommensbewegung in Deutschland ist aktiv in anderen sozialen Bewegungen, auch in der Degrowth-Bewegung

Die Grundeinkommensbewegung in Deutschland engagiert sich mit Demonstrationen, öffentlichen politischen Aktionen, Bildungs- und Diskussionsangeboten, politischer Lobbyarbeit sowie (populär-)wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen.

Grundeinkommensbefürworter*innen in Deutschland beteiligen sich an Diskussionen, Konferenzen und Aktionen der globalisierungskritischen, feministischen, solidarökonomischen und wachstumskritischen Bewegungen, der Bewegung für globale soziale Rechte, der Bewegung für mehr plebiszitäre Demokratie, der Erwerbslosenbewegung und der gewerkschaftlichen Basisbewegung für das Grundeinkommen – sowohl in Europa also auch in Deutschland.

Ein Beispiel ist die Mitwirkung an der Erarbeitung des »Manifestes der Bürgerinnen und Bürger für europäische Demokratie, Solidarität und Gleichheit«, das von *European Alternatives* und anderen sozialen Bewegungen in die öffentliche Debatte in Europa eingebracht wurde. Es enthält konkrete Vorschläge für politische Veränderungen in der Europäischen Union, die europäische Bürger*innen in einem partizipativen Bottom-up-Prozess erarbeitet und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2013 in Brüssel vorgestellt haben. Dazu gehört auch der Vorschlag eines Grundeinkommens – neben Forderungen nach dem Recht auf hochwertige Bildung für alle, einem Mindestlohn, der Gemeinwohlbindung des Bankensektors, der Einführung einer Finanztransaktionssteuer, der Bekämp-

.....
Grundeinkommensdemonstration in Berlin 2010. (Foto: Urs Schweitzer)





Das Banner der Konferenz »Bedingungsloses Grundeinkommen und Degrowth«. (Bild: Netzwerk Grundeinkommen)

fung von Steuerflucht, der Demokratisierung der EU auf allen Ebenen, dem Schutz von Gemeingütern, einer Energiewende und dem Verbot schädlicher Chemikalien, der Durchsetzung von Frauenrechten und der Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen sowie der Rechte ethnischer Minderheiten. Ein weiteres Beispiel für gemeinsame Aktivitäten mit anderen sozialen Bewegungen ist die Mitorganisation der Aktions- und Gründungskonferenz des Netzwerks *Care Revolution* und einer internationalen feministischen Arbeitstagung zum Thema »Feministische und postpatriarchale Ansprüche an das Grundeinkommen« im Jahr 2014.

Zum Teil sind Grundeinkommensaktivist*innen in Arbeits- und Koordinierungsgremien der genannten anderen sozialen Bewegungen aktiv, Aktivist*innen aus diesen wiederum in der Grundeinkommensbewegung.

Auch im Rahmen der nationalen und internationalen Degrowth-Bewegung ist die deutsche Grundeinkommensbewegung engagiert, insbesondere seit dem Kongress »Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben« im Jahr 2011 in Berlin und der Degrowth-Konferenz im Jahr 2014 in Leipzig. Die Zusammenarbeit mit der Degrowth-Bewegung erfolgt durch Mitarbeit in Organisationsgremien bis hin zu gemeinsamen Publikationen sowie Bildungs- und Diskussionsangeboten. Beispiele hierfür sind die Beteiligung an den Aktionen und Diskussionen der Konferenzen in Berlin und Leipzig, am Group-Assembly-Process auf der Degrowth-Konferenz in Leipzig sowie an der Publikation zur *Wachstumswende* (vgl. Woynowski u. a. 2012). Im Mai 2016 wurde auf einer europaweiten Konferenz in Hamburg das gegenseitige Verständnis in einem partizipatorischen Prozess zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen und Degrowth« vertieft. Inhaltliche Schnittmengen der wachstumskritischen und der Grundeinkommensbewegung wurden diskutiert (siehe unten). Der 16. *BIEN*-Kongress im Juli 2016 in Seoul, der die soziale und ökologische Transformation der Gesellschaft zum Thema hatte, griff Ergebnisse der Hamburger Konferenz auf.

Seitens der Grundeinkommensbewegung wird in diesen gemeinsamen Prozessen erstens die bedingungslose materielle Absicherung aller Menschen als unverzichtbare Voraussetzung für individuelle Freiheit und tat-

sächliche Solidarität, also eine Solidarität, die sich den Bedürfnissen und der Autonomiestärkung der Menschen verpflichtet fühlt, betont und für die jeweiligen Ansätze der anderen sozialen Bewegungen geltend gemacht. Zweitens werden Grundeinkommenskonzepte dahingehend geprüft, ob sie Anliegen der anderen sozialen Bewegungen befördern oder verhindern. Drittens wird darauf verwiesen, dass eine soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Transformation der Gesellschaft keine Ein-Thema-Veranstaltung ist, sondern verschiedene, sich befördernde Ansätze vereint und auch nötig macht. Ein Beispiel dafür ist die Identifizierung von inhaltlichen Schnittmengen zwischen Grundeinkommens- und Degrowth-Bewegung.

Inhaltliche Schnittmengen von Grundeinkommens- und Degrowth-Bewegung: soziale Sicherheit und Rückverteilung, Demokratie, alternative und solidarische Ökonomie, Zeitsouveränität

In vier Bereichen der beiden Bewegungen lassen sich übereinstimmende beziehungsweise ähnliche politische Ansätze ausmachen (vgl. Blaschke 2016b):

1. Soziale Sicherheit und Rückverteilung²: Die Grundeinkommensbewegung geht davon aus, dass das Grundeinkommen Teil einer verlässlichen, präventiven und vor allem menschenrechtskonformen sozialen Absicherung für alle ist. Das setze eine umfassende Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums voraus. Dazu wird unter anderem ein ökologisches Grundeinkommen beziehungsweise ein Ökobonus (vgl. Schachtschneider 2014) als eigenständiges Grundeinkommen oder als Bestandteil der Finanzierung des Grundeinkommens diskutiert. Dabei handelt es sich um eine ausgleichende soziale Komponente beziehungsweise Rückverteilung, die durch eine Ökosteuer finanziert wird. In einigen in Deutschland diskutierten Grundeinkommensmodellen ist diese Komponente enthalten.

In der Degrowth-Bewegung geht man davon aus, dass ohne ausreichende und bedingungslose soziale Sicherheit für alle Mitglieder einer Gesellschaft kein gutes Leben für alle möglich ist. Existenzangst, Prekarisierung und soziale Spaltung blockieren wichtige Transformationsprozesse, auch ökologische.

Auch der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Armut im globalen Süden wird hier wie dort diskutiert. Insbesondere globalisierungskritische Teile der Grundeinkommensbewegung sehen ebenso wie die Degrowth-Bewegung einen Zusammenhang zwischen dem Wohlstand des globalen Nordens und der Armut des globalen Südens, nämlich als Folge des ökonomischen Imperialismus des globalen Nordens. Sie plädieren deshalb für eine alternative internationale Ökonomie und Arbeitsteilung sowie für die Rückverteilung an die armen Länder.

² Rückverteilung bedeutet eine Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der privat oder kollektiv in ausbeuterischer Praxis angeeignet wurde.

2. Demokratie: Die Grundeinkommensbewegung nimmt an, dass das Grundeinkommen die politische und demokratische Teilhabe des Menschen an allen öffentlich-politischen Angelegenheiten inklusive der Wirtschaft befördert. Denn mit der Anerkennung des Grundeinkommens als Transferleistung, die allen zusteht, werden erstens alle als gleiche Mitglieder des Gemeinwesens anerkannt. Und es ermöglicht zweitens allen die politische und demokratische Teilhabe ohne materielle Erpressbarkeit. Allerdings müsste ein Grundeinkommen auf demokratischem Weg eingeführt werden und die Einführung bedürfte einer hohen gesellschaftlichen Zustimmung.

Die Degrowth-Bewegung geht davon aus, dass die Transformation zu einer Gesellschaft, die bedeutend weniger natürliche Ressourcen verbraucht und die Umwelt nicht zerstört, nur auf demokratischem Weg möglich ist und dass nachhaltige Produktion und Konsumtion eine demokratische Organisation erfordern.

3. Alternative und solidarische Ökonomie: Insbesondere kapitalismuskritische Teile der Grundeinkommensbewegung diskutieren, wie jenseits des Profit- oder Konkurrenzprinzips produziert werden kann, wie Produktion und Distribution demokratisch und solidarisch gestaltet werden können, damit sie sich am Gemeinwohl und an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Soziale Sicherheit und individuelle Freiheit durch ein Grundeinkommen beförderten eine partizipative und demokratische Teilhabe und eine solidarische Grundeinstellung – auch in der Ökonomie. Außerdem ermögliche das Grundeinkommen die materielle Sicherheit und freie Zeit für den Aufbau und Aktivitäten im Bereich der alternativen beziehungsweise solidarischen Ökonomie.

Teile der Degrowth-Bewegung argumentieren, dass es – im Gegensatz zur profit- und konkurrenzgetriebenen Ökonomie – nur mit demokratischer und solidarischer Gestaltung von Produktion und Konsum, also im Rahmen solidarischer Ökonomie, möglich ist, übermäßigen Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung zu stoppen. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit diskutiert, Zeit für verschiedene Formen der kooperativen Eigenarbeit im informellen, unbezahlten Sektor zu haben. Praktische Ansätze werden ausprobiert.

4. Individuelle und kollektive Zeitsouveränität: Die Grundeinkommensbewegung geht davon aus, dass das Grundeinkommen einen souveränen Umgang mit der eigenen und mit der kollektiven Arbeits- und Lebenszeit ermöglicht, weil die grundlegende Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe gegeben ist. Zeitsouveränität ist dabei quantitativ und qualitativ zu sehen: Quantitativ ist der Zeitumfang, zum Beispiel die Dauer der Erwerbsarbeit; qualitativ wird die Zeitsouveränität bestimmt im Hinblick auf die (Ziele der) Tätigkeit in der jeweiligen Zeit. Das Konzept der Zeitsouveränität ist also eng verbunden mit der sozialen Absicherung der



Die Konferenz »Bedingungsloses Grundeinkommen und Degrowth« fand im Mai 2016 in Hamburg statt. Eindrücke vom Open Space und ...



... das Ergebnis einer Diskussion. (Fotos: Netzwerk Grundeinkommen)



Ronald Blaschke erklärt in einem kurzen Audio-interview den Zusammenhang von Grundeinkommen und Degrowth.

Menschen, mit der Demokratiefrage und Ansätzen solidarischer Ökonomie – auch in ihrer jeweiligen geschlechterspezifischen Dimension.

Die Degrowth-Bewegung ist der Meinung, dass eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und mehr verfügbare Zeit für andere Tätigkeiten ein Transformationsprojekt auf dem Wege zur Postwachstumsgesellschaft ist. Viele feministische Ansätze verbinden dabei die Zeitfrage mit der ökologischen und demokratischen Frage sowie mit der Umbewertung und Umverteilung von Arbeit. Ziel ist der sorgsame Umgang mit den natürlichen Grundlagen des Lebens, die Überwindung der derzeitigen Trennungsstruktur von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit (vgl. Biesecker/Wichterich/von Winterfeld 2012; Blaschke/Praetorius/Schrupp 2016).

4. Bedingungslose materielle Absicherung und Stopp der Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen sind notwendig für eine sozial-ökologische Transformation

Die Vertreter*innen der Grundeinkommensbewegung weisen immer wieder in wachstumskritischen Diskussionen auf Folgendes hin: Es geht bei der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft nicht um die Herstellung einer beliebigen Form sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, die nicht die bedingungslose materielle Absicherung von Menschen einschließt, verfehlt humanistische und demokratische Prinzipien der Gestaltung von Gesellschaft und Zusammenleben. Eine nachhaltige ökologische Transformation der Gesellschaft in eine Gesellschaft mit bedeutend weniger Verbrauch natürlicher Ressourcen und ohne Umweltzerstörung kann weder auf dem Weg einer Diktatur noch durch existenzielle Erpressung des Menschen noch in einer sozial gespaltenen Gesellschaft gelingen. Andererseits ist für die Grundeinkommensbewegung die Anerkennung des folgenden wachstumskritischen Grundsatzes wichtig: Ein gutes Leben und die bedingungslose Absicherung der materiellen Existenz für alle ist mit Ausbeutung, Vernutzung und Zerstörung der natürlichen Grundlagen nicht nachhaltig zu sichern.

In einer globalisierten Welt können diese Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft politisch nur mit einer globalen sozialen Bewegung durchgesetzt werden, die beide genannten Aspekte berücksichtigt.

5. Eine emanzipatorische soziale Bewegung ist möglich

Als gemeinsames Ziel von Grundeinkommens- und anderen sozialen Bewegungen könnte die menschliche Emanzipation stehen: Emanzipation im Sinne der Selbstermächtigung von Menschen kann nicht auf Zwang, Gewalt und Herrschaft setzen. Sie muss auf Solidarität setzen, die die Bedürfnisse und die Autonomie des*der Einzelnen anerkennt – eine Autonomie, die

die Abhängigkeit von anderen gleichwohl einschließt. Dasselbe solidarische Prinzip muss zwischen den einzelnen Ländern der Welt und zwischen Menschengruppen herrschen.

Emanzipation setzt auf eine inklusive Demokratie, die keinen Menschen, keine Menschengruppe, kein Land ausschließt. Die undemokratischen globalen und kontinentalen Institutionen, die derzeit die Herrschaft über Ökonomie, Handel und das Soziale ausüben, müssen demokratisch legitimierte Gremien weichen. Das solidarische Verhältnis von Individuen, Menschengruppen und Ländern wiederum ist nicht ohne ein Verhältnis von Mensch und Natur denkbar, das den Menschen als Teil der Natur und die Natur als Grundlage menschlichen Lebens schlechthin begreift. Oder mit feministischen Worten verdeutlicht: Der sorgsame Umgang miteinander und der sorgsame Umgang des Menschen mit der Natur sind zwei Seiten einer Medaille.

Mit diesen Grundsätzen sind ökonomisch-imperiale, nationalistische und rassistische Bestrebungen, Naturausbeutung und -zerstörung, Frauendiskriminierung sowie physische und psychische Gewalt gegenüber Menschen abzulehnen.

Eine emanzipatorische soziale Bewegung wäre plural, aber diesen Grundsätzen verpflichtet. Sie würde Gemeinsamkeiten und für die jeweiligen (Teil-)Bewegungen annehmbare Lösungen suchen – alles andere würde sie schwächen. Es gibt keine simplen Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme. Es gibt keinen nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel ohne unterschiedliche, aber einander befördernde Strategien. Das ist auch die Auffassung vieler Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, die die Grundeinkommensdebatte mit ihren Beiträgen vorangebracht haben, wie Erich Fromm, André Gorz, Robert und Edward Skidelsky, Naomi Klein, Adelheid Biesecker und viele andere mehr. Für sie ist das Grundeinkommen ein wichtiger Bestandteil eines Konzepts der sozial-ökologischen Transformation von Gesellschaft(en).

Links

Netzwerk Grundeinkommen, unter anderem mit Glossar, Modellen, Geschichtlichem, FAQs, Literatur, aktuellen Nachrichten:
<https://www.grundeinkommen.de>

Konferenz Bedingungsloses Grundeinkommen und Degrowth, mit Texten, Videos und Fotos: <https://ubi-degrowth.eu/>

European Alternatives – Manifestes der Bürgerinnen und Bürger für europäische Demokratie, Solidarität und Gleichheit:
<https://citizenspact.eu/citizens-manifesto/deutsch/>

Verwendete und weiterführende Literatur

- Attac-Vorbereitungsgruppe des Kongresses 2011.** Abschied vom Wachstumszwang – Aufbruch zum »guten Leben« – Erklärung und Appell zum Kongress »Jenseits des Wachstums?! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben« (Kongress: 20. bis 22. Mai 2011, Berlin). http://www.jenseits-des-wachstums.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/jenseits-des-wachstums/Textsammlung/Attac_VG_Erklärung_Jenseits-des-Wachstums.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- BAG der Sozialhilfeinitiativen** (Hrsg.) (2000): Existenzgeld für alle. Antworten auf die Krise des Sozialen. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; von Winterfeld, Ute** (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (Hintergrundpapier zur Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag). http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Blaschke, Ronald; Otto, Adeline; Schepers, Norbert** (Hrsg.) (2010): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Berlin: Karl Dietz; https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_67.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Blaschke, Ronald** (2012): Von der Idee des Grundeinkommens zur politischen Bewegung in Europa – Entwicklung und Fragen. In: Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung. Blaschke, Ronald; Otto, Adeline; Schepers, Norbert (Hrsg.). Hamburg: VSA. S.17–62. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Blaschke_ua_Grundeinkommen.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Blaschke, Ronald** (2016a): Geschichte. Ein historischer Abriss über Vorschläge und Ideen zum Grundeinkommen. <http://www.grundeinkommen.de/die-idee/geschichte>; Zugriff: 01.02.2017.
- Blaschke, Ronald** (2016b): Grundeinkommen und Degrowth – Wie passt das zusammen? <http://www.degrowth.de/de/2016/02/grundeinkommen-und-degrowth-wie-passt-das-zusammen>; Zugriff: 01.02.2017.
- Blaschke, Ronald; Praetorius, Ina; Schrupp, Antje** (Hrsg.) (2016): Das Bedingungslose Grundeinkommen. Feministische und postpatriarchale Perspektiven (erscheint im Herbst 2016). Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer.
- Gorz, André** (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Opielka, Michael** (Hrsg.) (1985): Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat. Frankfurt am Main: Fischer.
- Schachtschneider, Ulrich** (2014): Freiheit. Gleichheit. Gelassenheit. Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle. München: oekom.
- Schmid, Thomas** (Hrsg.) (1986): Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen (zweite, erweiterte Auflage). Berlin: Klaus Wagenbach.
- Woynowski, Boris u. a.** (Hrsg.) (2012): Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität.

Jugendumweltbewegung: Die sozial-ökologische Transformation mit Begeisterung vorleben

Janna Aljets und Katharina Ebinger

Wir sind beide langjährig mit der *BUNDjugend* ehren- beziehungsweise hauptamtlich verbunden und sprechen daher vor allem für diesen verbandsgeprägten und organisierten Teil der Jugendumweltbewegung. Gleichzeitig fühlen wir uns als Teil der Degrowth-Bewegung. Katharina Ebinger ist seit Mai 2015 im Bundesvorstand der *BUNDjugend* für Suffizienz, Postwachstum und Intersektionalität zuständig. Janna Aljets arbeitet seit 2013 in der Bundesgeschäftsstelle der *BUNDjugend* zu konsumkritischen Alternativen und Postwachstum und hat Degrowth-Veranstaltungen mitorganisiert.

Dieser Text ist eine subjektive Momentaufnahme der Jugendumweltbewegung und ihres Verhältnisses zu Degrowth. Wir haben dabei versucht, möglichst viele aktuelle Stimmen junger Umweltbewegter einzusammeln, dabei aber auch die Geschichte und Diversität der Jugendumweltbewegung zu berücksichtigen.

1. Die Jugendumweltbewegung: zwischen radikaler Systemkritik, politischen Aktionen und ökologischer Alltagsgestaltung

Die deutsche Umweltbewegung ist von drei Strömungen bestimmt und diese beeinflussen ihre Ausrichtung zum Teil bis heute. Viele der etablierten Verbände sind einerseits von klassischen Natur- und Umweltschützer*innen und andererseits von der Anti-Atomkraft-Bewegung sowie der Friedensbewegung geprägt worden. Dabei ist interessant, dass sich die Gründung der Jugendumweltverbände in den 1980er Jahren zunächst sehr stark gegen die sich etablierenden und bereits etablierten Strukturen der Umweltbewegung richtete.

Der Ursprung: kämpferische Kritik der Jugend

Die jungen Umweltaktivist*innen der Gründungsphase waren größtenteils radikales und kritisches Sprachrohr für Selbstständigkeit, Enthierarchisierung und direkte politische Aktionen. Stand der Schutz der Umwelt zwar auch bei den jungen Menschen im Vordergrund, wurde hier jedoch zugleich



Die BUNDjugend Klimaexperimente. (Foto: BUNDjugend/bundjugend.de)

.....

viel Wert auf Selbstorganisation, Hierarchie- und Bürokratiefreiheit sowie auf die Ablehnung verkrusteter Strukturen von Staat und Industrie gelegt. Dies zeigte sich anfänglich in einem bunten Nebeneinander von verbandlichen Jugendgruppen, Projektwerkstätten, Umwelt-AGs an Schulen und freien Initiativen. Diese Räume sollten offen für alle sein, transparent arbeiten, im Konsens entscheiden und Netzwerke schaffen. Jeder Gruppe war grundsätzlich Freiheit in der Ausgestaltung ihrer politischen Aktionen gegeben. Gerade im Gegensatz zu bereits etablierten Umweltverbänden wurden Umweltschutz und Ökologieanspruch mit einer radikalen Systemkritik verbunden. So heißt es im Grundsatzpapier zum DUT (Deutschen Umwelttag) von unten im September 1992:

»Wir nämlich gehen davon aus, dass Kapitalismus und Ökologie nicht miteinander vereinbar sind ... High-Tech-Umweltschutz alleine zu kurz greift und vielmehr grundlegend andere Strukturen nötig sind. ... Umweltbewegung weitergehen muss, als Lobbyist der Natur unter vielen anderen gesellschaftlichen Interessengruppen zu sein. Sie darf sich nicht mit der ihr vom »demokratischen« System zugedachten Rolle zufriedengeben. ... Industrie und Zentralismus Menschen psychisch krank machen. ... Ökologischer Umbruch unserer Gesellschaft auch immer den Abbau von Macht- und Herrschaftsstrukturen einschließen.« (zitiert nach Bergstedt¹ 1998: S. 132)

¹ Uns ist durchaus bewusst, dass Jörg Bergstedt eine sehr umstrittene Person ist, deren Positionen wir weitgehend ablehnen. Auch seine einseitige Auseinandersetzung mit der Geschichte der Jugendumweltbewegung halten wir für problematisch. Dennoch haben wir seinen Artikel genutzt, um auch diesen Teil der Geschichte der Jugendumweltbewegung und diese spezifische Perspektive darauf abzubilden. Diese haben wir durch Gespräche mit Menschen aus der Gründungszeit ergänzt.

Diese kämpferische Kritik am etablierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und der Wille zu alternativen Aktionsformen und politischer Partizipation muss als wichtiges Gründungselement der deutschen Jugendumweltbewegung gesehen werden.

Annäherung und Kooperation

Trotz Kritik an der Verkrustung und Starrheit der Umweltverbände kam es schon bald zu einer politischen und organisatorischen Umorientierung: Viele Jugendgruppen näherten sich inhaltlich, finanziell und organisatorisch den Erwachsenenverbänden an und kooperierten stärker mit ihnen. Dies zeigte sich zum Beispiel darin, dass die Forderungen der Umweltverbände (zum Beispiel die ökologische Steuerreform) übernommen und deren Themen in die Jugend getragen und dort altersgerecht diskutiert wurden.

Hier kristallisierte sich der spezifische politische und ökologische Bildungsauftrag der Jugendumweltbewegung heraus, der auch heute noch zentral und identitätsstiftend ist: Durch Workshops, Aktionen und Treffen sollen jungen Menschen die Fähigkeiten vermittelt werden, sich kritisch mit etablierten Meinungen auseinanderzusetzen, eigene politische Standpunkte zu entwickeln und diese in Aktionen und Projekten umzusetzen. Die Jugendverbände verstehen sich daher immer auch als Sprachrohr für junge Menschen, um ihre Stimme in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu stärken.

Inhaltlich steht immer noch der Schutz der Umwelt, lokal wie global, im Mittelpunkt der Jugendumweltbewegung. Basierend auf den Interessen

WELTbewusst Frühstück im Leipziger Stadtgarten H17. (Foto: WELTbewusst)



der aktiven Mitglieder haben sich folgende Themenschwerpunkte herausgebildet: Der Umgang mit den Klimaveränderungen, die kritische Auseinandersetzung mit erneuerbaren Energien, der Kampf gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Forderung nach einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft sind den jungen Aktiven wichtige Anliegen. Diese Themen werden seit vielen Jahren auch aus einer Perspektive globaler Gerechtigkeit diskutiert und knüpfen damit an Diskurse aus der kritischen Entwicklungspolitik an. Das Paradigma nachhaltiger Entwicklung hat Anfang der Nullerjahre das Leitbild des »klassischen« Natur- und Umweltschutzes abgelöst und damit ganzheitliche Perspektiven eröffnet, die verstärkt auch soziale Komponenten berücksichtigen. Insbesondere im Bereich der *Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)* schlägt sich dies in vielen konkreten Projekten nieder, wie zum Beispiel konsumkritischen Stadtrundgängen für Schulklassen (*WELTbewusst*).

Individuelle Suffizienz als Beitrag zum Klimaschutz

In den letzten Jahren ist ein weiterer prägender Schwerpunkt hinzugekommen. So ist für junge Umweltaktivist*innen die Frage, wie sie selbst möglichst ressourcenschonend und klimagerecht auf diesem Planeten leben können, zentral. Sie hinterfragen die etablierten ressourcenintensiven und umweltschädlichen Lebensstile der bürgerlichen Gesellschaft und probieren ökologische Alternativen aus. Sie ernähren sich vegan, reisen regional und tauschen und teilen ihre Gebrauchsgegenstände. Damit kritisieren sie offen die herrschende materialistische Konsumkultur und sehen sich selbst als ökologisches Vorbild, gerade auch für ältere Generationen.

Dieser persönliche, auf das eigene Leben bezogene Zugang ist derzeit besonders identitätsstiftend für die Jugendumweltbewegung. Inwieweit dies einer Entpolitisierung und Zähmung der Jugend gleichkommt, ist nicht leicht und ohne Ambivalenzen zu beantworten. Gerade auch in der fruchtbaren Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Degrowth-Strömungen jedenfalls sehen wir ein großes Potential, die aktuellen Themen und Anliegen stärker zu politisieren und damit zu den Wurzeln der Jugendumweltbewegung zurückzukommen.

2. Die Aktiven: basisdemokratisch und engagiert, bildungsprivilegiert und weiß

In der derzeitigen Jugendumweltbewegung, die aus dem Widerstand gegen etablierte Umweltverbände hervorgegangen ist, organisieren sich Menschen unter dreißig Jahren. Ihnen ist der historische Anspruch an eine basisdemokratische Organisation und Arbeitsweise geblieben. So sind die *BUNDjugend*, die *Naturschutzjugend*, die *Naturfreundejugend* und der *Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung* bis heute formell basisdemokratisch organisiert.

Strukturelle Grenzen und Möglichkeiten

Positionen, Vorgehensweisen und Themenschwerpunkte werden intensiv zwischen den Landes- und Bundesebenen sowie zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen diskutiert und ausgetauscht. Dies unterscheidet sie auch stark von internationalen Jugendorganisationen wie *WWF Jugend* oder *Greenpeace Jugend*, die sehr viel stärker hierarchisch aufgestellt sind. Zentral ist auch die föderale Struktur mit einem Landes- und einem Bundesverband, die zum einen regionale Schwerpunkte und Aktionsformen zulässt, zum anderen zentrale – dabei oft langsam und mühselig erscheinende – Entscheidungs- und Veränderungsprozesse ermöglicht. Auch aufgrund der föderalen Struktur ist ein eindeutiges Bild der Jugendumweltbewegung schwer zu zeichnen. Zu regelmäßigen Diskussionen und Spannungen führt bei den Jugendumweltorganisationen vor allem auch das Verhältnis zwischen professionalisierten Hauptamtlichen einerseits und leidenschaftlich engagierten Ehrenamtlichen andererseits.

Aufgrund der großen Themenvielfalt rund um Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung sind die Aktiven der Jugendumweltbewegung in der Regel auf vielen gesellschaftlichen Ebenen umtrieblich: Sie sind in wirtschaftliche, politische und auch wissenschaftliche Prozesse involviert und bringen dort ihre ökologischen Anliegen ein. Zudem spielt die internationale Vernetzung (zum Beispiel *Young Friends of the Earth*) eine immer wichtigere Rolle, da viele Umweltprobleme auch in ihrer globalen Dimension erfasst und diskutiert werden und strategische Bündnisse sinnvoll und notwendig sind, um mit ausreichender politischer Schlagkraft zu agieren.

Basis für politische Willensbildung und politische Forderungen

Strategisch lässt sich die Arbeit der Jugendumweltbewegung in zwei Bereiche gliedern. Ein Schwerpunkt liegt auf der Bildungs- und Politisierungsarbeit. So soll die breite Bevölkerung auf ökologische Probleme aufmerksam gemacht und für notwendige Änderungen sensibilisiert werden. Hierbei setzt der Bildungsauftrag der Jugendumweltbewegung in erster Linie bei individuellen Handlungsoptionen an, zudem zielt er auf langfristiges Empo-

.....
Kleidertauschparty an der Leipziger Universität. (Foto: WELTbewusst)



werment und lässt junge Menschen so zu politischen Akteur*innen werden. Sie erlernen Fähigkeiten und Kompetenzen, um das eigene Leben ökologischer zu gestalten und auch andere davon zu überzeugen.

Der zweite Schwerpunkt ist die politische Lobby- und Kampagnenarbeit, die innerverbandlich als sehr wichtig erachtet wird. Sie zielt darauf ab, Strukturen und Rahmenbedingungen für alternative, ressourcenschonende Lebensstile zu schaffen. In unregelmäßigen Abständen wird mit Demonstrationen, Aktionen und Infokampagnen Öffentlichkeit dafür geschaffen.

Blinde Flecken und Lücken in der Bewegung

Die Jugendumweltbewegung wird immer häufiger mit sozialen Fragen konfrontiert, weil sie feststellen muss, dass bestimmte ökologische Handlungsweisen nur wenigen privilegierten Gruppen unserer Gesellschaft offenstehen. Diese Problematik spiegelt einen teilweise blinden Fleck der Jugendumweltbewegung wider, der sich vor allem aus der Zusammensetzung ihrer Aktiven ergibt. Die Jugendumweltbewegung ist, ähnlich wie auch die Erwachsenenverbände, stark vom *weißen*² Bildungsbürgertum Deutschlands geprägt. Die meisten Aktiven kommen aus einem akademischen Elternhaus und/oder studieren selbst. Darüber hinaus gibt es wenige Aktive, die einen Migrationshintergrund haben und diese Perspektive strategisch oder politisch in die Umweltbewegung tragen. Letzteres wird in den Jugendverbänden – im Gegensatz zu den Erwachsenenverbänden – kontinuierlich selbstkritisch hinterfragt und diskutiert, was zumindest eine Offenheit und eine gewisse Sensibilität für dieses Problem zeigt. Der Weg hin zu einem intersektionalen³ Verständnis von Jugendumweltarbeit ist aber noch weit.

3. Postwachstum, Suffizienz, Transformation? Degrowth!

Neben Klima, Energie und Landwirtschaft ist Degrowth (zunächst unter dem Stichwort Postwachstum)⁴ in den letzten zehn Jahren zu einem gesetzlichen Querschnittsthema für die Jugendumweltbewegung geworden. Die Tatsache, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht

2 Wir setzen den Begriff *weiß* als politische Kategorie bewusst kursiv, um zu kennzeichnen, dass damit eine privilegierte Position gemeint ist, die durch strukturelle Ungerechtigkeit zwischen *weißen* und Schwarzen beziehungsweise People of Colour besteht.

3 Intersektionalität beschreibt die Überschneidungen von mehreren Diskriminierungsformen. Im Gegensatz zu einer reinen Addition von Diskriminierungen wird hiermit der Fokus auf die speziellen Diskriminierungserfahrungen gelegt, die durch das Zusammenwirken von beispielsweise Rassismus, Sexismus, Ableismus und/oder Klassismus entstehen können.

4 In der *BUNDjugend* wird seit mehreren Jahren der Begriff Postwachstum verwendet, er bezieht sich zunächst auf ein Wirtschaftssystem, das nicht auf Wachstum basiert. Der Begriff Degrowth löst diesen zunehmend ab, insbesondere die Beteiligung an der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig hat zu dessen Verbreitung beigetragen. Aus unserer Sicht geht Degrowth deutlich weiter als Postwachstum, da unter jenem auch konkrete Alternativen zu einem auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystem erdacht und gelebt werden.

möglich ist, ist zu einer Binsenweisheit geworden. Folgerichtig wurde die Kritik an ökologischen Zerstörungen mit einer Ablehnung des bestehenden Wirtschaftssystems verbunden, welches auf die unbegrenzte Ausbeutung natürlicher und humaner Ressourcen angewiesen ist und finanzielle Profite über das Gemeinwohl stellt. Die umweltbewegten jungen Menschen interessieren sich für systemische Fragen und kritisieren ein Wachstums- und Wettbewerbssystem, das auf Kosten von Umwelt und Menschen geht. Obwohl die Aktiven in erster Linie ökologisch motiviert sind, werden Kritik und Aktionsformen immer stärker auch darauf ausgerichtet, die dahinterstehenden Ursachen anzugreifen. Damit teilt die *BUNDjugend* wie auch andere Jugendumweltverbände die Werte vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel streiten. Es ist folglich kein Zufall, dass die *BUNDjugend* das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* mitgegründet hat. Heute werden unter dem Begriff Postwachstum und Degrowth viele Workshops, Aktionen und Projekte organisiert, die sich um eine sozial-ökologische Transformationen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft drehen.

Suffizientes Leben im Alltag

Als eine zentrale Schnittstelle zwischen der deutschen Degrowth-Bewegung und der Jugendumweltbewegung erscheint uns das Thema der Suffizienz und die Frage danach, wie alle genug haben können. Die jungen Umweltaktivist*innen legen großen Wert auf persönliche Suffizienz und leben vor, wie ein möglichst suffizientes Leben im Alltag umgesetzt werden kann. Sie hinterfragen die herrschende Logik des Immer-höher-schnellerweiter-und-mehr und haben große Freude am Energiesparen, Klimafasten, Teilen und Schenken und an Verpackungsfreiheit. Sie sind die Pioniere eines konsequent ökologischen und nachhaltigen Lebensstils und fordern, diesen auch für andere zugänglich zu machen. Sie haben erkannt, dass der Lebensstil der industrialisierten Länder nur auf Kosten von Umwelt und Natur und von Menschen im globalen Süden zu haben ist und dass der ökologische Fußabdruck ihrer Generation den kommenden auf die Füße fällt. So sehen sie in der persönlichen und gesellschaftlichen Suffizienz eine mögliche Strategie, um nicht nur ökologische Krisen zu vermindern, sondern auch selbst unmittelbar aktiv zu werden.

Degrowth als ideologische Referenz

Historisch mag sich die Jugendumweltbewegung von einer kämpferischen Kapitalismuskritik zunächst entfernt und diese durch eher kooperative und reformerische Strategien ersetzt haben. Doch auch hier lässt sich kein einheitliches Bild zeichnen. Schreiben sich die einen bei einem Smartmob (Flashmob mit politischer Botschaft) oder einem Critical-Mass-Fahrradkonvoi unbefangenen Systemwandel auf die Fahnen, so suchen andere Lösungen im bereits Bestehenden und gründen lieber ein Repair-Café. Beide Formen

der politischen Kritik sind unseres Erachtens äquivalent in der deutschen Degrowth-Bewegung zu finden.

Die neu entstandene Degrowth-Strömung und -Debatte funktioniert wie ein neues Dach, unter dem sich auch die Jugendumweltbewegung gruppieren kann. Hier erkennen die Aktiven Überschneidungen und Gemeinsamkeiten mit anderen Bewegungen, Initiativen und Projekten und können die eigenen Anliegen in einen größeren Rahmen einordnen. All dies passiert auch auf eine wesentlich unkompliziertere Art und Weise als bei den Erwachsenenverbänden. Schließlich sind die meisten jungen Umweltaktivist*innen ohnehin der Meinung, dass ein großer sozialer und ökologischer Umbau notwendig ist. An zahlreichen Stellen findet bereits eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (wie dem *Konzeptwerk Neue Ökonomie* oder *fairbindung*), Initiativen (zum Beispiel Repaircafés und Stadtgärten) und Einzelpersonen statt, die sich der Degrowth-Bewegung zuordnen.

Die Debatte um Degrowth wird in der Jugendumweltbewegung als Bereicherung angesehen, und es bleibt zu hoffen, dass die Verbindung zwischen beiden auf fruchtbare Weise bestehen bleibt. Denn unseres Erachtens können beide viel voneinander lernen ...

4. Suffizienz nicht ohne Politik, Politik nicht ohne Suffizienz!

Suffizienz lässt die eigene Wirksamkeit spürbar werden

In der Jugendumweltbewegung wird Degrowth oder Postwachstum sehr oft mit der Strategie der Suffizienz gleichgesetzt. Dabei handelt es sich zunächst um einen Platzhalter für Fragen nach dem Genug, die insbesondere auf politischer Ebene weiterer Diskussion bedürfen. Die individuelle suffiziente Lebensführung steht dabei im Vordergrund, weil die jungen Umweltbewegten ein großes Bedürfnis nach direkter Wirksamkeit verspüren. Wer die eigene Ernährung, die Mobilität oder das Kaufverhalten ökologischer und nachhaltiger gestalten kann, erfährt unmittelbar, dass hier und sofort etwas veränderbar ist – wenn auch die tatsächliche Wirksamkeit oft im Unklaren bleibt. Junge Menschen haben wohl ein Stück weit das Vertrauen in schnelle und wirksame Veränderungen auf politischer Ebene verloren, sodass ihnen die Umstellung auf einen nachhaltigen Lebensstil einen Teil ihrer Wirkmächtigkeit zurückgeben kann. Während Forderungen an die politische Ebene oft mit Misserfolg oder Ignoranz enden, kann ein suffizienter Lebensstil unmittelbar Ressourcen schonen, wenn auch in begrenztem Maße. Diese eigene Praxis und vor allem die damit verbundene Bereitschaft, neue Dinge auszuprobieren und im eigenen Leben zu experimentieren, liefern viele positive Beispiele für Forderungen aus der Degrowth-Debatte.

Mentalitätswechsel: Suffizienz als Lebensgefühl der Jugend

Die jungen Umweltaktivist*innen zeigen, dass ein suffizienter Lebensstil Spaß machen kann, das eigene Leben bereichert und das Gemeinschafts-



Demonstrieren für eine faire Landwirtschaft und gegen Wachstum und Export auf der »Wir haben es satt!«-Demonstration 2016 in Berlin. (Foto: BUNDjugend/bundjugend.de)

gefühl fördert. Die teils als utopisch angesehenen und dafür kritisierten Ideen und Ideale einer nachhaltigen Degrowth-Gesellschaft werden schon jetzt von diesen jungen Menschen gelebt. Sie sind Vorbilder, Pionier*innen und Experimentierende und damit lebender Beweis für einen möglichen gesellschaftlichen Wandel und kulturellen Mentalitätswechsel. Gerade auch in der Auseinandersetzung mit den verkrusteten Strukturen der Erwachsenenverbände wird das auch immer wieder angeführt: »Schaut her, ihr Großen da oben! Während ihr noch debattiert und mit klugen Worte um euch schmeißt, haben wir es schon längst getan. Und wisst ihr was? Es ist ganz einfach und es macht großen Spaß!«

Dies bringt uns zu einem weiteren Aspekt, warum die Erfahrung und Geschichte der Jugendumweltbewegung die Degrowth-Debatte erweitern kann. Die jungen Engagierten können legitim die Jugendperspektive vertreten und sprechen damit aus einer gesellschaftlichen Position heraus, die oftmals ungehört ist. Ihre Probleme, Herausforderungen und Sichtweisen unterscheiden sich in vielen Belangen sehr stark von jenen bereits etablierter politischer Aktivist*innen. Ihr Blick auf aktuelle Situationen und die zukünftigen Szenarien sind allein aufgrund ihres Alters anders. Nicht zuletzt ist die kollektive Erfahrung der Jugendumweltbewegung, sich gegen etablierte Stimmen durchzusetzen, ein großer Mehrwert gerade auch für Degrowth-Verfechter*innen.

Stolpersteine: Wie ist Suffizienz für alle möglich?

Wir wollen nicht negieren, dass es für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft sehr viel mehr braucht als Umstellungen in der individuellen Lebensführung. Nicht alle nachhaltigen Handlungsoptionen stehen allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung beziehungsweise stellt das gesellschaftliche und infrastrukturelle Umfeld einen wichtigen Faktor dar, wer was wie umsetzen kann. So ist beispielsweise der Wohnsitz auf dem Land ohne Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel oder Zugang zu ökologischen Lebensmitteln bereits ein Hindernis für eine nachhaltige Lebensführung. Deshalb bedarf es notwendigerweise auch politischer Umstrukturierungen und Umverteilungen, die möglichst allen Menschen ein suffizientes Leben ermöglichen, das nicht auf Kosten anderer gelebt werden muss.

Hier wiederum kann die Jugendumweltbewegung von Vorschlägen und politischen Forderungen der Degrowth-Debatte lernen. Es ist nicht so, dass die Jugendumweltbewegung gänzlich unpolitisch geworden wäre – hier genügt ein Blick auf den jahrelangen Widerstand gegen Braunkohle, der nun auch von Degrowth-Aktivist*innen geleistet wird. Dennoch: Wo die Wirkmächtigkeit von individuellen Entscheidungen an ihre Grenzen stößt, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert werden, und hier sehen wir eine Chance in der Auseinandersetzung mit der Degrowth-Bewegung: Die Umweltaktivist*innen können lernen, welche politischen Forderungen sie an wen richten müssen. Sie können den eigenen politischen Forderungen mehr Gewicht verleihen und sie mit der nach einer anderen, nachhaltigeren Wirtschaftsweise verbinden. Auf der anderen Seite kann die Degrowth-Bewegung der Jugendumweltbewegung Orte und Themen des Protests abschauen und Degrowth dadurch sehr viel konkreter machen, als es die theoretische Debatten vermuten ließen.

In diesem Sinne besteht zwischen Degrowth und Jugendumweltbewegung eine Partnerschaft, die beide stärkt und von der das Lobbying für Degrowth-Politik profitiert. Darin sehen wir aktuell eine große Herausforderung für die Jugendumweltbewegung, damit die eigene suffiziente Lebenspraxis die gesamte Gesellschaft erreichen kann. Ob dies in einem reformerischen Maße geschieht und zum Beispiel der Ausbau von Fahrradstraßen gefordert wird oder ob die ökologischen Anliegen mit einer scharfen Kritik an ausbeuterischen Strukturen des kapitalistischen Systems verbunden werden, bleibt den Aktiven überlassen. Wie oben gezeigt, ist der Spielraum in der Jugendumweltbewegung hier groß genug, und in der Degrowth-Debatte finden sich diverse Vorschläge, um sich anregen zu lassen.

5. Ausblick: Back to the Roots?

So fruchtbar die Verbindungen zwischen der Jugendumweltbewegung und Degrowth hier beschrieben worden sind, so viel bleibt auch noch an Verknüpfungsarbeit und Weiterentwicklung zu leisten, damit diese sich jeweils noch mehr aufeinander beziehen können.

Die aktuellen globalen und gesellschaftlichen Krisen lassen sich nicht mehr allein aus einer themenspezifischen Perspektive lösen. Sie müssen von einer breiten sozialen Bewegung und von vielen Initiativen, Organisationen und Verbänden getragen werden. Eine sozial-ökologische Transformation, die für die miteinander verbundenen Krisen eine Lösung bieten will, muss die verschiedenen emanzipatorischen und sozialen Kräfte zusammenführen. Die Professionalisierung und Institutionalisierung der Jugendumweltverbände darf hier als Erfahrungswert dienen, da sie in diesem Feld über wesentliche Expertise verfügt. Dennoch müssen sich bestehende soziale Bewegungen, auch die Jugendumweltbewegung, offener für verschiedene strategische Bündnisse zeigen. Eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen könnte auch den internen Mangel an Diversität und damit an Perspektivenvielfalt zumindest vermindern.

Dies erfordert ein Ausbrechen aus dem an vielen Stellen verbreiteten Konkurrenzdenken und aus selbstbezogenen Organisationslogiken, die sich auch in der Jugendumweltbewegung zeigen. Wo heute noch gefragt wird, welche Themen, Aktionen und Kampagnen einer Organisation gut stehen, muss zukünftig die Frage gestellt werden, was einen wertvollen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation darstellt. Dies können auch unbequeme und neue Strategien sein, die auch Veränderungen vonseiten der Jugendumweltbewegung erfordern.

Die Degrowth-Bewegung zeigt uns, dass wir nicht mehr nur an kleinen und schrittweisen Verbesserungen arbeiten, sondern bei unserem Aktivismus immer auch den großen Wandel im Blick behalten sollten. Diese Haltung erfordert eine Portion Zuversicht, Pragmatismus und die Einsicht, dass vieles auf diesem Weg Experimentiercharakter hat. Hier möchten wir auch an uns selbst appellieren, uns unserer Wurzeln zurückzuerinnern und uns auf den widerständigen Geist der Gründung der Jugendumweltbewegung zu besinnen, ohne die zwischenzeitlichen kollektiven Erfahrungen und organisationalen Lernprozesse außer Acht zu lassen. Die Begründer*innen der Jugendumweltbewegung waren mutig genug, einen Systemwandel zu fordern. Traten unsere Vorgänger*innen nicht genau mit dieser Absicht in Aktion, weil sie verkrustete Strukturen aufbrechen und gerechte und ökologische Ideale jetzt leben wollten? All diese Ideen und Ansprüche finden sich heute auch in der Degrowth-Bewegung und ebenso in der repolitisierten Jugendumweltbewegung wieder.

Links

Broschüre »Wachstum ohne Ende?« der BUNDjugend (2012): <http://www.bundjugend.de/produkt/broschuere-wachstum-ohne-ende/>; Zugriff: 01.02.2017.

Kooperationsprojekt beweg!gründe zwischen BUNDjugend und Naturfreundejugend über Orte des Wandels: <http://beweg-gruende.org/>

Beweg!gründe – Ein Bildungsfilm über die sozial-ökologische Transformation, von Naturfreundejugend und BUNDjugend (2016): [https://www.youtube.com/watch?v=FB27miZ-i-o](https://www.youtube.com/watch?v=FB27miZ-i-o;); Zugriff: 01.02.2017.

Podium »Degrowth, Solidarische Ökonomie und die Gewerkschaften – wie passt das zusammen?« auf dem SoliKon-Kongress im September 2015 (mit Janna Aljets): <https://www.youtube.com/watch?v=8JNyf215zKo>; Zugriff: 01.02.2017.

WELTbewusst und WELTbewusst erLEBEN, Traditionsprojekte der BUNDjugend zu Konsumkritik, Globalisierung und Postwachstum: www.weltbewusst.org

Verwendete und weiterführende Literatur

Aljets, Janna (unveröffentlicht, 2016): Interviews mit Aktiven der BUNDjugend auf der Demonstration »Wir haben es satt« 2016 und der Transformationsakademie von WELTbewusst 2016. Unveröffentlicht/Privatarchiv.

Bergstedt, Jörg (1998): Die Jugendumweltbewegung. In: Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz. Bergstedt, Jörg; Hartje, Jörn; Schmidt, Thomas (Hrsg.). Frankfurt a. M.: IKO Verlag. http://www.projektwerkstatt.de/oekofilz/3_6jugend.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

BUNDjugend (2016): Beschluss: Das gute Leben für alle: Die BUNDjugend zur Vorreiterin machen. http://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A_04_-Beschluss_Degrowth.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

BUNDjugend (2013): Leitantrag der BUNDjugend zur Bundesdelegiertenversammlung 2013. <http://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Leitantrag-BUNDjugend-BDV-2013.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Hübner, Niko (2015): Die Postwachstumsökonomie – eine elitäre Utopie? In: Tree of Hope – Wie wir die Welt verändern können, Handbuch für globales Denken und lokales Handeln. youthinkgreen – jugend denkt um.welt. Bremen: Kellner Verlag, S. 34–39. <http://www.bundjugend.de/die-postwachstumsoekonomie-eine-elitaere-utopie/>; Zugriff: 01.02.2017.

Möller, Kurt (2015): Hol ich mir. Geld, Konsum und Geltung. Berlin: Hirnkost KG.

SWR2 Wissen (2012): Sein oder Haben? Das Ende der Wegwerfgesellschaft (Interview mit Katharina Ebinger, BUNDjugend Bundesvorstand). <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/sein-oder-haben-/id=660374/nid=660374/did=10553896/1wbw1ij/>; Zugriff: 01.02.2017.

Klimagerechtigkeit: Globaler Widerstand gegen den fossilen Kapitalismus

Tadzio Müller

Tadzio Müller, Jahrgang 1976, ist seit einem Jahrzehnt in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv, war davor globalisierungskritisch unterwegs und beschäftigt sich als Aktivist vor allem mit dem Organisieren massenhaften zivilen Ungehorsams, zum Beispiel bei den erfolgreichen *Ende-Gelände*-Protestaktionen. Er arbeitet als Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1. Wir sitzen nicht alle im selben Boot: die Klimakrise als Gerechtigkeitskrise

Worum geht es beim Klimawandel? – Vor allem und zuerst um Gerechtigkeit! Denn das beste Symbol für diesen Prozess ist eben nicht der traurige Eisbär, sondern das 2005 vom Wirbelsturm Katrina teilweise zerstörte New Orleans. Dort gelang es der mehrheitlich wohlhabenden *weißen* Bevölkerung, sich vor den Fluten und dem darauf folgenden Chaos in Sicherheit zu bringen, weil sie – wieder: mehrheitlich – über Privatautos verfügten, mit denen sie die Stadt verlassen konnte. Die mehrheitlich arme Schwarze Bevölkerung blieb zum Großteil zurück und wurde über mehrere Wochen einem ebenso inkompetenten wie repressiven Katastrophenmanagement der Regierung ausgesetzt. Im Gedächtnis bleiben Bilder von Afroamerikaner_innen, die auf Dächern stehend den Helikoptern über der Stadt signalisieren, sie bräuchten Hilfe – und doch sträflich ignoriert werden.

Wir denken oft, wir säßen alle im berühmten »selben Boot«. Das ist leider falsch. Wenn wir alle im selben Boot – sagen wir mal, dem (Raum-)Schiff Erde – sitzen, dann gibt es doch auf diesem Schiff mehrere Klassen, und im Fall einer Havarie werden die unteren Decks zuerst geflutet, und wie auf der Titanic gibt es Rettungsboote vor allem für die, die sie sich leisten können. Ein weiteres Beispiel sind die steigenden Meeresspiegel: Die steigen für alle, aber in Bangladesch saufen die Leute ab, während in Holland schwimmende Städte gebaut werden – mit den Ressourcen, die in Holland angehäuft wurden, während der globale Umweltraum entspannt als Müllkippe gebraucht wurde.



Über 300 000 Menschen versammelten sich 2014 zum Klimamarsch in New York City.
(Foto: Stephen Melkisetian)

Zusammengefasst: Am Klimawandel leiden diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, im Schnitt am meisten; und diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, leiden im Schnitt am wenigsten darunter. Letztere haben nämlich zumeist ausreichende Ressourcen, um sich vor den Folgen des Klimachaos zu schützen. Diese Ressourcen, diesen Reichtum haben sie genau durch jene Aktivitäten angehäuft, die den Klimawandel vorangetrieben haben. Dieses zentrale Faktum, das übrigens für fast alle sogenannten »Umweltkrisen« gilt, lässt sich vielleicht am besten als *Klimaugerechtigkeit* bezeichnen. Deswegen greift der Ruf nach bloßem Klimaschutz viel zu kurz. Was wir brauchen ist *Klimagerechtigkeit*.

2. Von der Umwelt- zur Klimagerechtigkeitsbewegung

Um den Anspruch und die Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte sozialer Kämpfe, genauer, der Entstehung der Umweltbewegung in den USA in den 1960er Jahren, die zuerst und vor allem eine Bewegung der *weißen* Mittelklasse für die *weiße* Mittelklasse war. Sie entstand in relativ privilegierten »weißen« Stadtvierteln und Städten und kämpfte dafür, ihre Gemeinden frei von Luftverschmutzung zu halten und ihre Kinder nicht von Chemiebetrieben und Kraftwerken vergiften zu lassen. So nachvollziehbar diese Forderungen auch waren, sie hatte einen bedauernswerten Effekt: Anstatt solche Betriebe zu schließen und rückzubauen, wurden sie einfach verlegt – aus den reicheren Gemeinden in die ärmeren, in denen zumeist Afroamerikaner_innen, Hispanics, Native Americans und andere marginalisierte Gruppen lebten. Die Kämpfe der liberalen Umweltbewegung führten also mitnich-

ten dazu, dass die von ihr monierten Probleme gelöst wurden – stattdessen wurden sie einfach auf der Leiter der sozialen Macht ein paar Stufen nach unten verlagert.

Widerstand gegen Umwelt- und Klimarassismus

Die Communities of Color, denen nun plötzlich eine ganze Reihe dreckiger Industrien aufgedrückt wurden, waren nicht einfach nur passive Opfer. Stattdessen organisierten sie sich, warfen der Umweltbewegung »Umwelt-rassismus« (environmental racism) vor, und konstituierten sich selber als Bewegung für Umweltgerechtigkeit. Analytisch klingt das dann so: Wenn scheinbare Umweltprobleme nicht als soziale Probleme gesehen werden, wenn das Bewusstsein darüber fehlt, wie eine einzelne dreckige Fabrik in breitere soziale Strukturen von Herrschaft und Ausbeutung eingebettet ist, wird nicht nur deren Lösung unmöglich gemacht, bestehende soziale Ungleichheiten werden darüber hinaus noch vertieft.

Als die Debatte um den Klimawandel in den 1980er Jahren an Fahrt gewann, entwickelte sich eine Vorstellung von dem Problem als ein vor allem *technisches*: die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre galt es durch bestimmte Mechanismen zu reduzieren und zu beheben. Dies wiederum erleichterte in den 1990er Jahren die Entwicklung der sogenannten Marktmechanismen zur Bekämpfung des Klimawandels. Denn diesen liegt – ohne an dieser Stelle die gesamte kritische Debatte zu diesen beeindruckend ineffektiven umweltpolitischen Werkzeugen aufzumachen (Altwater/ Brunnengraber 2007; Moreno/Speich Chassé/Fuhr 2015) – eine technische Logik zugrunde, die nicht auf gesellschaftliche Strukturen schaut: Weil jedes CO₂-Partikel jedem anderen gleich ist, ist es egal, wer wo und unter welchen Bedingungen CO₂ einspart.

Ökonomisch gesprochen ist es tatsächlich am besten, wenn dort eingespart wird, wo es am billigsten ist, und das geht am leichtesten im globalen Süden, wo alles im Schnitt billiger ist. Wir könnten dann zum Beispiel Entwicklungshilfeorganisationen Geld geben, die Wälder vor der Abholzung bewahren wollen, um so das Klima zu schützen, während wir hier im globalen Norden dafür weiter fossile Brennstoffe verfeuern können. Diese Idee hat jedoch einen großen Haken: In den Wäldern, die plötzlich vor exzessiver Rodung gerettet werden sollen, leben oft indigene Völker, die sich seit Jahrtausenden durch nachhaltige Waldnutzung hervorgetan haben. Und diesen drohte durch die Marktmechanismen, die während der 1990er Jahre im Rahmen des Kyoto-Protokolls verhandelt wurden, die baldige Vertreibung von ihren angestammten Ländereien, sogenanntes Greengrabbig (vgl. Heuwieser 2015). Im Rahmen dieser Verhandlungen wurde die Erzählung von der Umweltgerechtigkeit wieder aufgenommen: Gegen den »Klimarassismus« der offiziellen Klimapolitik formulierte der US-amerikanische Indigenenaktivist und Gründer des *Indigenous Environmental Network* Tom Goldtooth, der selbst aus den Bewegungen für Umweltgerechtigkeit kommt,

erstmals die Forderung nach Klimagerechtigkeit. Damit hatte der Kampf begonnen, den Klimawandel als eine Frage der Menschenrechte und der Gerechtigkeit zu konstruieren.

Der nächste Schritt in der Entwicklung der Klimagerechtigkeitsnarrative war die Veröffentlichung des Berichts »Treibhausgase vs. Klimagerechtigkeit« (Bruno u. a. 1999). Darin wurde der Fokus auf die fossilen Energiekonzerne gelegt; und anstelle individueller Lösungen (zum Beispiel ethischer Konsum) wurde auf eine große strukturelle Transformation gesetzt; der Kampf um Klimagerechtigkeit wurde ganz explizit als ein globaler beschrieben. Der Bericht formulierte zudem den bis heute wichtigsten Orientierungsrahmen der Bewegung, nämlich die Kritik an den oben beschriebenen Marktmechanismen des Kyoto Protokolls als »falsche Lösungen«.

Eine globale Bewegung für Klimagerechtigkeit entsteht

Im Jahr 2002 treffen sich in Bali zum ersten Mal diejenigen Organisationen, die später zum Kern der Bewegung werden sollten, und artikulieren die »Bali Principles of Climate Justice«. 2004 kamen mehrere Gruppen und Netzwerke zusammen, die schon lange an einer Kritik an Marktmechanismen im Allgemeinen, und Emissionshandel im Besonderen arbeiteten, und gründeten im südafrikanischen Durban die *Durban Group for Climate Justice*. Zum endgültigen Durchbruch kam es dann auf der 13. Klimakonferenz in Bali im Jahr 2007. Der besagte Zusammenhang kritischer Organisationen provozierte einen offenen Konflikt mit dem politisch eher moderaten *Climate Action Network*, deren kuschelige Lobbystrategie sich inzwischen als ziemlicher Flop herausgestellt hatte. Aus dem Konflikt heraus entstand 2007 das Netzwerk *Climate Justice Now!*. In der Pressemitteilung, welche die Bildung dieses neuen Akteurs verkündete, wurde eine Reihe von Forderungen artikuliert, auf die sich die Klimagerechtigkeitsbewegung heute noch bezieht. Die Pressemitteilung, die später in eine Art Gründungsmanifest überführt werden sollte, forderte:

- ◆ fossile Brennstoffe im Boden zu lassen, und stattdessen in angemessene, sichere, saubere und demokratische erneuerbare Energien zu investieren;
- ◆ verschwenderischen Überkonsum drastisch zu reduzieren, vor allem im globalen Norden, aber auch in Bezug auf südliche Eliten;
- ◆ massive Finanztransfers vom Norden in den Süden, basierend auf einer Rückzahlung der Klimaschulden, und unter demokratischer Kontrolle (...);
- ◆ auf Menschenrechten basierende Ressourcenschonung, im Rahmen derer indigene Landrechte durchgesetzt und die Kontrolle dieser Gemeinden über Energie, Wälder, Land und Wasser vorangetrieben wird;
- ◆ nachhaltige, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität.

Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die Bewegung einer breiten Palette an Instrumenten, die vom Schreiben kluger Berichte und alltäglicher



*Startschuss für eine Gruppe von Aktivist_innen von Ende Gelände 2016.
(Foto: 350.org)*

politischer Arbeit in besonders vom Klimawandel betroffenen Gemeinden über die ungehorsame Blockade von Kohlegruben bis hin zu den militanten Kämpfen der Ogoni im Niger-Delta reicht.

Zusammengefasst: Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist eine Nachfahrin der Umweltgerechtigkeitsbewegung. Sie entstammt, wie diese, dem globalen Süden (siehe unten) und richtet den Blick weniger auf technische Veränderungen als auf gesellschaftliche Grundstrukturen. Ich würde folgenden Definitionsversuch wagen: Klimagerechtigkeit ist weniger ein Zustand – sprich die gerechte Verteilung der Kosten einer möglichen Lösung der Klimakrise – als ein Prozess: nämlich der Prozess des Kampfes gegen die gesellschaftlichen Strukturen, die Klimaungerechtigkeit verursachen.

Nimmt man diese breite Definition des Begriffes ernst, ist es sogar so, dass ein Großteil der Kämpfe für Klimagerechtigkeit gar nicht unbedingt unter der Fahne der Klimagerechtigkeit segelt, sondern vor allem Kämpfe um Land, Wasser und andere Grundbedürfnisse und für Menschenrechte darstellt.

USA:

Indigene und Communities of Color als Trägerinnen des Widerstands

Die Geschichte der Klimagerechtigkeitsbewegung in den USA begründet auch ihre Vorstellung von der gesellschaftlichen Basis des Projekts. Angebliche »Umweltprobleme« treffen (im Schnitt) die gesellschaftlich Schwächsten am härtesten. In den USA sind das üblicherweise Communities of Color, wobei wiederum Native American Communities meistens zu den am stärksten marginalisierten zählen. Die in den USA und Kanada auch als First Nations bezeichneten Gruppen sehen sich als Teile globaler indigener Netzwerke, die am stärksten von Umweltkatastrophen betroffen sind, zudem (im Schnitt) an jenen Orten der Welt leben, an denen sich die höchste Biodiversität konzentriert, und deren sozial-ökologische Praxen – zum Beispiel Waldnutzung – eine hohe Nachhaltigkeit aufweisen. Von ihnen hängt möglicherweise unser aller Überleben ab, denn von ihnen zu lernen könnte bedeuten, wirkliche Nachhaltigkeit zu lernen. Und deshalb sind es eben – oft indigene – sogenannte »frontline communities« (Gemeinden/Gruppen an der Frontline) oder »affected communities« (betroffene Gemeinden/Gruppen), welche die zentralen Trägerinnen des Widerstands, das berühmte »revolutionäre Subjekt« der Klimagerechtigkeitsbewegung sind.

Zu diesen »frontline communities«, die in den USA oft Communities of Color sind, gesellen sich dann die üblicherweise *weißen* und/oder anderweitig privilegierten »allies« oder Verbündeten (vgl. Moore/Kahn-Russel 2010). Hier treffen wir dann diejenigen sozialen Milieus an, die wir hierzulande seit dem Entstehen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen ab 1968 in Hinblick auf Aktivist_innen erwarten: jünger, mobiler, gebildeter und oft etwas »zeckiger« als der gesellschaftliche Durchschnitt.

Der Blick auf Europa:

Die Rolle der Verbündeten und Unterschiede zur Klimabewegung

Der europäische Flügel der Bewegung, der ohne die Tradition der Umweltgerechtigkeitskämpfe der USA auskommen muss und mit anderen gesellschaftlichen Strukturen zu tun hat, stellt sich noch einmal deutlich *weißer* und privilegierter dar als die Bewegung in den USA. Das ist in gewissem Maße durchaus folgerichtig: Im globalen Norden gibt es nun einmal weniger betroffene Gruppen oder »frontline communities« – mit wenigen Ausnahmen wie den Dörfern, die in der Lausitz und im Rheinland immer noch dem Wahnsinn des Braunkohletagebaus zum Opfer fallen. Die meisten von uns agieren, global gesprochen, in der Rolle der Verbündeten.

In Europa unterscheidet sich die Klimagerechtigkeitsbewegung von der breiteren Klimabewegung vor allem durch zwei Elemente: erstens durch einen konzeptionellen Antikapitalismus, der sich in einer klaren Ablehnung jeglicher Spielarten des grünen Kapitalismus (green Economy; grüne Marktwirtschaft) ausdrückt (vgl. Müller/Kaufmann 2009); zweitens in einem

Fokus auf die Taktik des (oft massenhaften) zivilen Ungehorsams und kontrollierten Regelbruchs im Gegensatz zu den eher legalistischen Taktiken der klassischen Umweltverbände. Beispiele für diese Art von Klimaaktivismus im globalen Norden sind die ungehorsamen Aktionen um die Klimagipfel in Kopenhagen (2009) und Paris (2015), aber vor allem die Besetzungen und Blockaden von Kohlekraftwerken und Kohlegruben, von Flughäfen und anderen Orten, an denen der Klimawandel produziert wird. Von den oben artikulierten zentralen Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung ist eine zentral: »Leave it in the ground!« – fossile Ressourcen müssen im Boden gelassen werden!

3. Klimagerechtigkeit und Degrowth: gemeinsam gegen das fossile Kapital!

Das Verhältnis zwischen der Bewegung für Klimagerechtigkeit und der »Postwachstumsbewegung« – das sollte nach der Degrowth-Sommer Schule 2015 beim Klimacamp im Rheinland niemanden überraschen – ist ein durchaus enges und gutes. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Sie haben einen gemeinsamen Gegner, nämlich das auf fossilen Brennstoffen basierende Energiesystem.

Vonseiten der Klimagerechtigkeitsbewegung ist das Argument ziemlich eindeutig: Der Klimawandel ist, wie oben erklärt, ein zutiefst ungerechtes Phänomen. Es gibt eine Reihe gesellschaftlicher Strukturen, die ihn verursachen, aber der zentrale Treiber des Klimawandels ist seit Beginn der industriellen Revolution ein auf fossilen Brennstoffen basierendes Energiesystem. Nachdem der COP21-Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 der Klimabewegung und ihrem radikalen Klimagerechtigkeitsflügel zeigte, dass »von oben« nicht viel gegen den Fossilismus zu erwarten ist, begannen diese Bewegungen, sich auf lokale und nationale Energiekämpfe zu konzentrieren (vgl. Müller 2012; Bullard/Müller 2011). Kämpfe für einen schnellen Kohleausstieg, gegen Fracking und den Ausbau von Gasinfrastrukturen und für den Ausbau von demokratisch kontrollierten, größtenteils dezentralisierten erneuerbaren Energien stellen heute den Kern der Klima(gerechtigkeits)bewegung dar.

Von der Degrowth-Seite her ist das Argument ein klein wenig komplizierter, dies aufgrund der »politischen Polyvalenz wachstumskritischer Denkmuster« (Eversberg/Schmelzer 2016). Anders ausgedrückt gibt es im Postwachstumsspektrum eine ganze Reihe politischer Positionen, von denen einige mehr, andere weniger kapitalismuskritisch sind, manche die Umweltfrage mehr, manche weniger in den Blick nehmen. Jedoch beschreiben Eversberg und Schmelzer Degrowth als eine mehrheitlich »kapitalismuskritische Transformationsperspektive«, die sich von der Idee verabschiedet hat, dass nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen einer kapitalistischen Ökonomie überhaupt möglich ist. Auch wenn es durchaus ökologieferne

Gründe gibt, sich für die Postwachstumsfrage zu interessieren, so scheinen doch viele Menschen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, dies unter dem Eindruck der ständig eskalierenden sozial-ökologischen Krisen zu tun, mit denen wir in den letzten Jahren konfrontiert werden.

Und so kommen wir zu des Pudels Kern: Wenn es der Postwachstumsbewegung vor allem und zuerst um die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht, dann muss es ihr eben auch um den Kapitalismus gehen. Denn dieser hat einen eingebauten, mikroökonomischen Zwang zum dauerhaften Wachstum. Die Wachstumsdynamik kapitalistischer Produktion erklärt sich aber nicht aus den oft zitierten Messgrößen, etwa dem Bruttoinlandsprodukt, sondern aus dem mikroökonomischen Verhalten einzelner Unternehmen, die vom Marktzwang getrieben werden, heute Geld zu investieren, um morgen mehr Geld herauszubekommen – wer das nicht schafft, geht als Unternehmen unter. Wenn dies nicht bloße Spekulation ist, dann ergibt sich folgender Zusammenhang: Geld \triangleright Warenproduktion \triangleright Verkauf \triangleright mehr Geld, gefolgt von der Reinvestition zumindest eines Teils dieses Geldes. Oder in der Kurzfassung: $G \triangleright W \triangleright G'$. Diese mikroökonomische Gleichung stellt die allgemeine Formel des Kapitals dar; sie drückt den Handlungszwang aus, in dem jede Unternehmer_in jeden Tag steckt. Ökologisch betrachtet bedeutet dies, dass der zusätzliche Profit, der jeden Tag erwirtschaftet werden muss, irgendwoher, aus »der Natur«, kommen muss. Wenn jeden Tag mehr Arbeitskraft mithilfe von mehr Energie mehr Rohmaterialien in Waren verwandelt, dann bedeutet $G \triangleright W \triangleright G$ auch einen stetigen Anstieg des globalen Ressourcenverbrauchs (vgl. Müller 2014). Dies ist das Wesen des Kapitalismus.

Und eben dieser Kapitalismus hätte sich nie so entwickelt, wäre vielleicht gar nicht entstanden, wenn er nicht im England des 18. Jahrhunderts

.....
Aktivist_innen von Ende Gelände: »Klimaschutz statt Kohleschmutz«.

(Foto: Ende Gelände 2016, Fabian Melber)



eine quasi symbiotische Verbindung mit den fossilen Brennstoffen (damals der Kohle) eingegangen wäre (vgl. Malm 2016). Ich glaube zwar nicht, dass ein auf erneuerbaren Energien basierender Kapitalismus unmöglich wäre, aber der real existierende Kapitalismus heutiger Prägung, der schon mehrere »ökologische Grenzen« überschritten hat, den hätte es ohne fossile Brennstoffe nie gegeben. Ob wir nun vom fossilen Kapital oder vom fossilistischen Kapitalismus sprechen: Der Kapitalismus ist die Ursache des globalen Wachstumszwangs und sein Antriebsmotor sind die fossilen Brennstoffe – genau diejenigen fossilen Brennstoffe, die auch den Klimawandel vorantreiben.

4. Better together: die Schwächen der einen sind die Stärken der anderen

Die Klimagerechtigkeitsbewegung kann der Postwachstumsbewegung dementsprechend etwas an die Hand geben, das Letzterer gelegentlich fehlt: nämlich ein gemeinsames, antagonistisch strukturiertes Praxisfeld. Hier geht es gar nicht um die mittlerweile eher langweilige Frage, ob Postwachstum eine Bewegung ist – oder nicht, da sie keinen identifizierbaren Gegner hat. Ich akzeptiere das Argument von Eversberg und Schmelzer (2016), dass das Ziel der Postwachstumsbewegung eben nicht ein einzelner Sektor oder eine Institution oder ein uns äußerlicher Prozess ist, sondern die »imperiale Lebensweise« als Ganzes, die uns im globalen Norden zumindest teilweise innerlich ist. Hier geht es nicht um einen akademisch zugeschriebenen Bewegungsstatus, von dem man sich ohnehin nichts kaufen kann – hier geht es um die Frage der Motivation der Teilnehmenden, der Notwendigkeit der Produktion von Konflikten, damit die Bewegung transformatorisches Potenzial jenseits von Feuilletondiskursen und nischenförmigen Alltagspraxen entfalten kann. Die Kampagne *Ende Gelände*, die 2015 über 1000 Menschen bei einer Aktion des massenhaften zivilen Ungehorsams, bei der friedlichen Besetzung eines Braunkohletagebaus, zusammenbrachte (und 2016 sogar 4000!), produzierte einen Konflikt, gewann ihn – und generierte so ein enormes Gefühl der kollektiven Ermächtigung (vgl. The Laboratory of Insurrectionary Imagination 2015). Es ist diese kollektive Ermächtigung, die eine Form der antagonistischen Identitätsbildung ermöglicht, ohne die eine große gesellschaftliche Transformation kaum möglich ist.

Im Gegenzug kann die Postwachstumsbewegung der Klimagerechtigkeitsbewegung etwas anbieten, was dieser fehlt: eine Erzählung, die in Teilen Europas und des globalen Nordens starken Anklang findet. *Beweisstück 1*: Die vierte Degrowth-Konferenz hat es geschafft, etwa 3000 Leute in Leipzig zu versammeln, während keine andere soziale Bewegung, die ich kenne, (selbst in Berlin) mehr als 2000 Leute zusammenbringen kann; ich wage zu behaupten, dass eine Konferenz zu Klimagerechtigkeit es schwer hätte, auch nur 1000 Teilnehmende anzuziehen. Sicher ist dieser Erfolg auch der



Kanadische Aktivist_innen füllen in einer Massenaktion Sandsäcke, um tiefliegende Gemeinden vor Überflutung zu schützen. (Foto: Dig in for Climate Justice!)

unglaublich guten Arbeit der Organisator_innen zu verdanken. Er ist aber auch ein Indiz dafür, dass die Degrowth-Erzählung auch für andere als die auf Bewegungs-Events »üblichen Verdächtigen« attraktiv ist. (Dieser Eindruck wird dadurch bestärkt, dass viele der Teilnehmenden noch nie zuvor auf einer sozialen Bewegungskonferenz waren.) *Beweisstück 2*: Die wichtige (wenn auch politisch recht irrelevante) parlamentarische Enquete-Kommission zum Thema »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« von 2011 bis 2013 zeigt, dass Wachstumskritik selbst konservative und liberale kulturelle Milieus »infiziert« hat. *Beweisstück 3* (aus meiner eigenen Erfahrung): Wenn ich versuche, meinen konservativen Großvater von der Klimagerechtigkeits-erzählung zu überzeugen, davon, dass der Reichtum, den wir im globalen Norden angehäuft haben, in Wirklichkeit ein großer Schuldenberg ist, den wir dem globalen Süden zurückgeben sollten, ignoriert er mich normalerweise. Wenn ich ihm den vielleicht zentralen Punkt der Degrowth-Argumentation darlege, dass es nämlich kein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten geben kann, ist er gezwungen zuzustimmen. Auf dieser Basis können wir dann eine kapitalismuskritische Konversation starten. In dieser Erzählung steht mein Großvater stellvertretend für viele Menschen im globalen Norden, die wenig mit »Klimagerechtigkeit« am Hut haben, die aber das Unbehagen teilen, das die Degrowth-Bewegung zu formulieren in der Lage ist.

5. Strategie, Strategie, Strategie!

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat politisch im Mai 2016 einen neuen Höhepunkt erreicht. Bei der zweiten Runde von *Ende Gelände*, dieses Mal eingebettet in eine globale Kampagne namens *Break Free from Fossil Fuels*, in deren Rahmen auf fünf Kontinenten Aktionen gegen fossile Brennstoffe und für Energiedemokratie durchgeführt wurden, haben wir eine Reihe signifikanter Erfolge erzielt. Mit etwa 4000 Teilnehmenden bei einer ungehor-

samen Klimaaktion mit hohem taktischem und strategischem Anspruch haben wir neue Maßstäbe gesetzt; die internationale Beteiligung bei der Aktion selbst und die internationale Koordinierung derselben im Rahmen der Break-Free-Kampagne erinnern an den Grad der Internationalisierung, der die globalisierungskritische Bewegung so inspirierend machte. Noch wichtiger jedoch ist die Tatsache, dass wir dieses Mal nicht in der Kohlegrube geblieben sind, sondern auf den taktischen und politischen Rückzug der Gegenseite aus der Grube (Vattenfall und das brandenburgische Innenministerium) reagiert haben, indem wir, unsere politische und moralische Stärke ausspielend, die Blockade auf die Schiene getragen haben. »Auf die Schiene« meint dabei jene Bahnschienen, die in der Lausitz das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe mit der Braunkohle aus drei Tagebauen versorgen. Diese Schienenblockade war deshalb so wichtig, weil wir im globalen Norden den Planeten weniger durch Primärressourcenextraktion (wie das Abbaggern von Braunkohle), sondern durch den Ausbau unserer industriellen und Dienstleistungssektoren zerstören: Hier geht's also vor allem um Kraftwerke, Fabriken und Serverfarmen, nicht um Gold- und Kohleminen.

Warum schreibe ich darüber, am Ende dieses Texts? Weil hier etwas passierte, was in den sozialen Bewegungen, die ich kenne, sehr selten passiert: Die eigene Stärke wird realistisch eingeschätzt, und es werden Taktiken und Strategien entwickelt, welche diese Stärke realistisch ins Verhältnis zum Ausmaß der Herausforderung setzen. Wenn ich also einen Wunsch an die beiden Bewegungen artikulieren könnte (eine etwas merkwürdige Aufgabe, zugegeben, weil mir beide Identitäten nicht fremd sind): Lasst uns strategisch planen, lasst uns klug handeln, nicht bloß expressiv. Denn wir sind wenige, mit knappen Ressourcen, und wir müssen enorme Effekte erzielen (Kapitalismus abschaffen, Klima retten etc. ...). Daher: Strategie, Strategie, Strategie. Ohne die ist alles Mist.

Aktivist_innen von Ende Gelände in der Lausitz 2016 fordern die Demokratisierung der Energieerzeugung (und vieles mehr). (Foto: Ende Gelände 2016, Fabian Melber)



Links

Ende Gelände: <https://www.ende-gelaende.org/de/>

Sozial-ökologischer Umbau bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
<http://www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/thema/sozialoekologischer-umbau/2372/287.html>

Beautiful Trouble – A Toolbox for Revolution: <http://beautifultrouble.org/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Bruno, Kenny; Karliner, Joshua; Brotsky, China (1999): *Greenhouse Gangsters vs. Climate Justice*. San Francisco: Transnational Resource and Action Center. <http://www.corpwatch.org/article.php?id=1048>; Zugriff: 01.02.2017.

Dietz, Kristina; Müller, Tazio; Reuter, Norbert; Wichterich, Christa (2014): *Mehr oder weniger? Wachstumskritik von links* (Reihe: Materialien). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung; <http://www.rosalux.de/publication/40728/>; Zugriff: 01.02.2017.

EGGERS, Dave (2011): *Zeitoun*. London: Penguin Books.

Elmar Altvater; Achim Brunnengräber (Hrsg.) (2008): *Ablasshandel gegen Klimawandel?* Hamburg: VSA.

Eversberg, Dennis; Schmelzer, Matthias (2016) *Über die Selbstproblematik zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung*. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 1/2016: S. 9–17. <http://forschungsjournal.de/node/2821>; Zugriff: 01.02.2017.

Focus on the Global South [ohne Jahr]. *What's missing in the climate talks? Justice!* <http://focusweb.org/node/1301>; Zugriff: 01.02.2017.

Heuwieser, Magdalena (2015): *Grüner Kolonialismus in Honduras*. Wien: Promedia.

Kaufmann, Stefan; Müller, Tazio (2009): *Grüner Kapitalismus: Krise, Klima und kein Ende des Wachstums*. Berlin: Karl Dietz.

Moreno, Camila; Speich Chassé, Daniel; Fuhr, Lili 2015. *Carbon Metrics. Global abstractions and ecological epistemicide*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/20161108_carbon_metrics_2_aufgabe.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Müller, Tazio (2012): *Von Energiekämpfen, Energiewenden und Energiedemokratie*. *LuXemburg* 1/2012: S. 6–15. <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/von-energiekampfen-energiewenden-und-energiedemokratie/>; Zugriff: 01.02.2017.

Russell, Joshua Kahn; Moore, Hilary (2011): *Organizing Cools the Planet: Tools and Reflections on Navigating the Climate Crisis*. Oakland: PM Press.

The Laboratory of Insurrectionary Imagination (2015): *Drawing A Line in the Sand: The Movement Victory at Ende Gelände Opens up the Road of Disobedience for Paris*. <https://labofii.wordpress.com/2015/08/23/drawing-a-line-in-the-sand-the-movement-victory-at-ende-gelaende-opens-up-the-road-of-disobedience-for-paris/>; Zugriff: 01.02.2017.

Offene Werkstätten: Infrastrukturen teilen, gemeinsam nutzen und zusammen selber machen

Tom Hansing

Offene Werkstätten sind seit Jahren »mein Thema«. Zunächst als Mitinitiator der offenen Siebdruckwerkstatt *SDW-Neukölln*, dann als Gründungsmitglied des *Verbunds Offener Werkstätten* und seit 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung *anstiftung*, die Räume und Netzwerke des Selbermachens berät, vernetzt und erforscht. Es handelt sich im Folgenden um meine eigene Position.

1. Gemeinsam selber machen statt einsam konsumieren: Offene Werkstätten schaffen (Commons-basierte) Freiräume für Eigenarbeit und produktive Do-it-together-Kultur(en)

Das Kernanliegen von Offenen Werkstätten ist es, niederschwellig zugängliche Orte mit produktiver Infrastruktur aufzubauen und zu unterhalten. Diese stehen – frei von externen Verwertungsinteressen – allen zur Verfügung, die handwerklich, technisch oder künstlerisch in Eigenarbeit aktiv sein wollen. Sie sind unabhängige Freiräume für Eigeninitiative und selbständiges Arbeiten. Für Junge und Alte, Laien und (Halb-)Profis, Künstler*innen und Bastler*innen, Maker und Tüftler*innen, Einzelne und Gruppen. Statt asymmetrischer Lehrer*innen-Schüler*innen-Verhältnisse finden in Offenen Werkstätten ein freier Wissensaustausch und eine gegenseitige Befähigung auf Augenhöhe statt. Betreiber*innen und Nutzer*innen teilen Wissen und Materialien, Werkzeuge, Maschinen und Räume. Das ideale Werkstatt-Projekt verbindet – salopp gesagt – die produktiven Möglichkeiten einer Fabrik mit den Bildungsangeboten einer Universität und den Annehmlichkeiten und sozialen Bindekräften eines Cafés oder Nachbarschaftstreffs.

Freiraum zum Selbermachen als Gemeingut (re)kultivieren

Handwerkliches Tun und die Beschäftigung mit Materialien, Technik, Werkzeugen und Gerätschaften finden in der durchökonomisierten Lebenswelt moderner Gesellschaften kaum noch statt. In Schulen und anderen öffentlichen Bildungseinrichtungen ist die Nutzung von Werkstätten meist an



*Über 400 qm groß und voller Möglichkeiten für praktisches Selbermachen.
Die Offene Werkstatt WerkBox3 im Münchener Osten. (Foto: Stephanie Schmitz)*

Lehrinhalte gebunden und außerdem geknüpft an den jeweiligen Status als Schüler*in, Student*in oder Auszubildende*r, das heißt sie ist zeitlich begrenzt und findet nicht als Selbstzweck statt. Werkstätten von Fort- und Weiterbildungseinrichtungen sind an deren systeminhärente Zielsetzungen gebunden, nicht an die ihrer Nutzer*innen. Die meisten gewerblichen Werkstätten wiederum dienen der Produktion oder Reparatur von Gütern, sind marktökonomischen Effizienzansprüchen gemäß organisiert, befinden sich in privatem Eigentum und sind nicht als offene Infrastrukturen zugänglich. Freizeit-Mitmachwerkstätten fokussieren oft auf konkrete Werkstücke, also auf temporär begrenzte Nutzungen in angeleiteten, vordefinierten Kursen. Eine darüber hinausreichende Öffnung findet selten statt.

In urbanen Ballungszentren ist Raum generell ein knappes Gut. Selbermachen aber braucht Raum. Insbesondere wenn es weiter gefasst als gemeinschaftliche und selbstermächtigende Beschäftigung mit handwerklich-technischen, künstlerisch-gestalterischen Methoden, Techniken und Verfahren verstanden wird und sich nicht im (einsamen) Heimwerken in den eigenen vier Wänden erschöpfen soll.

Offene Werkstätten holen das Selbermachen aus Kellern und Garagen und schaffen selbstorganisierte Orte, in denen gemeinsam und kollaborativ gearbeitet werden kann. Selbermachen ist ein bewusster Akt. Offene Werkstätten bieten dafür den Freiraum. Hier können die Nutzer*innen nebenbei neu verhandeln, was der Mensch als Konsument*in und Verbraucher*in kann, soll und darf. Die Akteur*innen schaffen Gelegenheitsstrukturen zur Aneignung von Bildung in Eigenregie und zur Erprobung neuer Fertigkeiten, für die Verwirklichung individueller Projekte ihrer Nutzer*innen und für die Schaffung von Allmendegütern, die von Peer-Communities vorangetrieben

werden. Insbesondere entsteht ein Freiraum für Austausch, gegenseitige Inspiration und Unterstützung. Dafür werden statt Geschäftsmodellen eher soziale und ökonomische »Betriebssysteme« erprobt, die geldvermitteltes Tauschen langfristig durch Beitragen und gemeinschaftliches Kümmern ersetzen könnten. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit des jeweiligen Projekts solidarisch zu erreichen, steht dabei vor dem Ziel, Gewinne zu erwirtschaften: Mehrwert für Viele, statt Profit für Wenige.

Gemeinsam selber machen – und die Welt verändern

Kann bei Offenen Werkstätten von einer Bewegung gesprochen werden? Ja und nein. »Offene Werkstatt« ist kein einheitliches Konzept, sondern eher ein »Gattungsbegriff« mit vielen Unterarten und ein Phänomen, das in beachtlicher Varianz zutage tritt: von informell organisierten Gruppen über gemeinnützige Organisationen bis hin zu kommerziellen Unternehmen. Festhalten lässt sich, dass den neuen Formen des Teilens, Tauschens, Selbermachens und gemeinsam Nutzens systemveränderndes Potential bescheinigt werden kann, und Offene Werkstätten sind ein Teil dieses Neuen. Autor*innen wie Jeremy Rifkin gehen davon aus, dass die neuen Spielregeln der sogenannten collaborative oder Share-Economy die Mechanismen des Old-School-Kapitalismus mittel- bis langfristig aushebeln werden. »Kollaborative Ökonomie verändert nicht nur unseren Lebensstil einschließlich Mobilität, Konsum, Wissen, Lernen, Arbeiten, Produzieren und Finanzieren, sondern auch unser Zusammenleben, Denken, Handeln sowie unsere Werte«, schreiben die Autor*innen der kürzlich erschienenen Potentialanalyse zur Sharing-Economy in Berlin. Nutzen statt Besitzen und Zugang statt Status: Die Vorstellungen eines kollaborativen Zusammenwirkens breiten sich auf immer mehr Bereiche einer vernetzt-globalisierten Gesellschaft aus.



.....
*Ein selbstgebauter
3D-Drucker. (Foto: Tom Hansing)*

.....
*Hands on Bike-hacking
in der Open Design City Berlin:
Aus Schrottteilen entsteht ein
Lastenrad. (Foto: Verbund Offener
Werkstätten e.V.)*



Teile der Offene-Werkstatt-Szene verstehen sich stärker als Bewegung oder Teil einer Bewegung als andere. Zu beobachten ist hierbei, dass insbesondere die jüngere Generation der Do-it-together-Akteur*innen vorgefertigte Räume und kommerzialisierte Konzepte immer weniger akzeptiert und Mitgestaltung ungeachtet sozialer oder kultureller Herkunft nicht nur einfordert, sondern sie ganz praktisch verwirklicht: zum Zwecke der Selbstversorgung, der Innovation, als Spielplatz oder Labor, als soziales Experiment und vor allem deshalb, weil zusammen immer mehr geht als alleine. Gemeinsames Selbermachen und offenes Teilen von Produktionswissen und -mitteln ist für die jeweiligen Macher*innen und Nutzer*innen Offener Werkstätten dabei nicht allein im Freizeitbereich angesiedelt. Es wird viel mehr als wichtiger Baustein eines neuen Fundaments für eine gemeinwohlorientierte, solidarisch-partizipativ verfasste und die begrenzten planetaren Ressourcen respektierende (Welt-)Gesellschaft aufgefasst. Eine der Kernideen ist zweifellos die gemeinschaftliche Nutzung von materiellen und immateriellen Produktionsmitteln, vielleicht sogar die Demokratisierung der Produktion im Sinne von »Selbstbefähigung«.

Fab Labs: von der Elite-Uni in die »Graswurzel-Praxis«

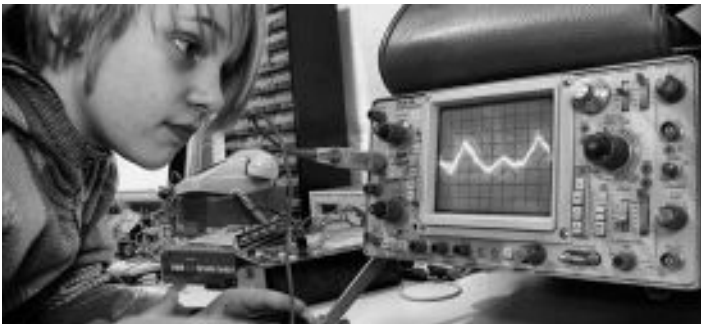
Neben Infrastrukturen für klassisches Handwerk findet seit einigen Jahren eine spezifische Form Offener Werkstatt besondere Verbreitung: das Fab Lab (Abkürzung für: fabrication laboratory). »How to make (almost) anything« war die leitende Frage einer Vorlesungsreihe des Physikers Neil Gershenfeld am Center for Bits and Atoms des Massachusetts Institut of Technologie, die 2001 zur Gründung des ersten Fab Labs führte. Ziel war, herauszufinden, welches Set an Maschinen und Werkzeugen benötigt wird, um all das herstellen zu können, was es (nicht) zu kaufen gibt – eine Ausstattung also, die nicht auf Massenproduktion ausgelegt ist, sondern auf persönliche (digitale) Fabrikation, das heißt auf die Herstellung von Dingen nach eigenen Vorstellungen und angepasst an persönliche Bedürfnisse. Zur Grundausstattung eines Fab Labs gehören Maschinen, die vornehmlich im industriellen Kontext verwendet werden, wie Lasercutter, CNC-Maschinen (zum Beispiel Fräsen) und 3D-Drucker. Diese Geräte verarbeiten digitale Vorlagen. Was an einer Eliteuniversität begann, ist zu einer globalen Bewegung herangewachsen und wird von vielen Grassroots-Initiativen aufgegriffen. Die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Computern, Konstruktions- und Steuerungssoftware und die Bedienung der »Fabrikanoren« selbst gehören zum basalen Bildungsprogramm der Labs. Die Fab-Charta¹ beschreibt den Anspruch, Privatpersonen den Zugang zu modernen Produktionsmitteln und -verfahren zu ermöglichen, um individualisierte Einzelstücke oder Prototypen herstellen zu können – als Community-Ressource.

¹ Original: <http://fab.cba.mit.edu/about/charter/>, Deutsche Übersetzung: <http://www.fablab-hamburg.org/ein-fab-lab-fuer-stpauli/selbstverstandnis/> (Zugriff: 01.02.2017).

2. Offene Werkstätten sind Infrastrukturorte des Selbermachens von Low- bis High-Tech, in Stadt und Land, niederschwellig zugänglich für alle Altersgruppen, Bildungsschichten und Milieus

Die auf der Plattform des *Verbunds Offener Werkstätten e.V.* verzeichneten Werkstätten lesen sich wie ein Querschnitt durch die Erscheinungsformen Offener Werkstätten. Ingenieur*innen und Maschinenbauer*innen jeden Alters, Software-Entwickler*innen, Umwelttechniker*innen, Künstler*innen, Handwerker*innen, Nerds, Geeks und Hobbybastler*innen jeder Couleur finden in den Offenen Werkstätten ihre Wirkungsräume und öffnen sie einem breiten Publikum, geben Workshops und bieten Kurse an, beraten und unterstützen andere bei Eigenbauprojekten. Der größte Anteil ist aus privater Initiative entstanden, es gibt aber auch Einrichtungen, die Teil von Kultur-, Bürger- oder Jugendzentren oder in Hochschulen oder Unternehmen angesiedelt sind. Während manche bereits jahrzehntelange Erfahrungen haben, befinden sich andere im Aufbau. Einige rechnen sich selbst spezifischen Communitys oder Werkstatt-Konzepten zu, wie beispielsweise den oben beschriebenen Fab Labs, oder sie haben einen thematischen oder gewerkmäßigen Fokus mit spezifischer Ausstattung, etwa zur Holzbearbeitung oder zur Fahrrad-Reparatur, für Metallbearbeitung, Siebdruck, Keramik oder zur Konstruktion spezifischer Objekte (zum Beispiel Lastenräder). Außerdem gibt es multifunktionale Orte, die verschiedene Bereiche und Ausrüstungen vereinen. Hier ist eine vielfältige Bearbeitung unterschiedlicher Materialien und Werkstücke möglich, wie auch die Entwicklung und Konstruktion komplexer Maschinen und Geräte. Dabei ersetzt das Engagement in den Werkstatt-Projekten die klassische Erwerbsarbeit (bisher) in den seltensten Fällen. Es ergänzt und erweitert die Lebenswelt der Beteiligten um Qualitäten, die Alltag, Berufsleben oder formale Bildungsstätten nicht bieten. Der Aktions- und Erfahrungsraum jenseits von Markt und Staat, der durch geteilte Werte der Community möglich wird, unterstützt dabei, nachhaltigere Lebensstile auch praktisch zu verwirklichen: durch selber

.....
Jenseits der Glaskugel im FabLab München: Ein junger Tüftler geht dem Innenleben eines Computers auf den Grund und beobachtet die gemessenen Elektrosignale auf dem Oszilloskop. (Foto: Verbund Offener Werkstätten e.V.)



machen statt kaufen, reparieren statt wegschmeißen, durch Open Source statt Patent.² Hier werden möglicherweise die Grundsteine gelegt für anderes Wirtschaften.

Lokal organisiert und (bedingt) offen

Offene Werkstatt bezieht sich immer auf einen realen Ort, deshalb organisieren sich die Macher*innen lokal, um Öffnungs-, Nutzungs- und Betreuungszeiten, Kurse, Workshops und Projekte zu managen. Das Kernteam besteht meist aus mehreren Personen, die temporär Beteiligte kontinuierlich informieren, involvieren und Projektrelevantes über verschiedene Kanäle an potentiell Interessierte kommunizieren. Manche Projekte verfolgen dabei ein Prinzip der »bedingten Offenheit«, sind also auf spezifische Interessengruppen zugeschnitten, wie beispielsweise Hackerspaces. Sie widmen sich den Infrastrukturen für vornehmlich ihresgleichen und schaffen Austausch- und Versammlungsorte für im weitesten Sinne IT-Interessierte, die sich mit Freier Software, Netzpolitik und dem kreativ-unvorhergesehenen Umgang mit (Computer-)Hardware auseinandersetzen. Jeder kennt das Klischee vom Nerd, der sich nur mit »Eingeweihten« verständigen kann oder mag – auch aus den eigenen Reihen ist bisweilen die Kritik zu vernehmen, dass die Hackerspaces nur »kompatiblen« Menschen offen stünden.

*Die Akteur*innen: entscheidend sind soziale Kompetenzen*

Die Akteur*innen der verschiedenen Formationen und Strömungen, in denen Offene Werkstätten eine Rolle spielen, teilen die Auffassung, dass produktive Infrastruktur als Gemeingut zur Verfügung stehen und der Zugang weder durch spezifische Vorbildung, den Geldbeutel noch durch die kulturelle, religiöse oder soziale Herkunft eines Menschen bestimmt sein sollte.

Ob Expert*in oder Laie, dies ist für die Teilhabe nicht entscheidend, ebenso wenig Alter, Herkunft oder Geschlecht. Entscheidend sind eher soziale Kompetenzen und die Fähigkeit, sich in (heterogenen) Gruppen bewegen zu können. Allerdings: In Reparatur-Initiativen ist eher die Generation 50+ anzutreffen und im Fab Lab tummeln sich jüngere, gut ausgebildete und technikinteressierte Menschen. Im Nähcafé treffen sich diejenigen, die sich für Nähen, Stricken, Häkeln interessieren und in der Siebdruckwerkstatt eben jene, die gerne siebdrucken möchten. Der Ort bringt seine Nutzer*innenschaft hervor. Eine von allen geteilte, politische Weltanschauung ist eher nicht anzutreffen, meist wird dies auch nicht angestrebt. Die verbindende Klammer der heterogenen Initiativen ist das gemeinschaftliche Tun und die Bemühung um Offenheit.

Meist sind die jeweiligen Projekte jenseits von Dienstleistung und Erwerbsarbeit angesiedelt. Daher lassen sich die Betreiber*innen auf der

2 Qualitäten Offener Wertstätten: <http://www.offene-werkstaetten.org/seite/offene-werkstaetten> (Zugriff: 01.02.2017).



Peer-learning in der Offene Siebdruckwerkstatt SDW-Neukölln: Eine Mitschülerin weist neue Mitstreiterinnen der RÜTLI-WEAR-Schülerfirma in die Handhabung des Druck-Karussells ein. (Foto: Tom Hansing)

einen und die Nutzer*innen auf der anderen Seite nicht wirklich unterscheiden: Die Akteur*innen haben mehrere Rollen inne. Wie bei vielen Gemeinschaftsprojekten werden dabei achtzig Prozent der Gemeinschaftsarbeit von zwanzig Prozent der Beteiligten gestemmt. Offene Werkstätten werden als Treffpunkte und Wirkungsstätten von einer ganzen Reihe von Gruppierungen genutzt. Gerade weil es sich um kein fixes Konzept handelt, sondern eher um eine konkretisierte Vorstellung davon, wie praktisches Wissen, Hand- und Kopfarbeit in einem neuen sozialräumlich-materiellen Arrangement verwirklicht werden können, findet sich vieles auch in den Programmatiken anderer Strömungen wieder: zum Beispiel bei Transition Town oder beim Urban Gardening.

3. Mangelnde gegenseitige Wahrnehmung, Commoning als verbindendes Element und gemeinsame Freiräume als Zukunftschance

Bisher werden Degrowth-Debatten und Offene-Werkstatt-Szenarien kaum in einer gemeinsamen Auffassung von nachhaltigen Entwicklungspfaden zusammengeführt. Um Kernanliegen und geteilte Werte sichtbar zu machen, könnte mehr gemeinsames Tun Wirkung entfalten. Gemeinsamkeit stellt sich nicht von alleine ein. Lokale Projekte müssen voneinander wissen und sich wahrnehmen, um gemeinsame Sache machen zu können. Das Zauberwort Vernetzung kann gerade bei Offenen Werkstätten dazu führen, dass eine intensivere und vielfältigere Nutzung stattfindet und damit eine solidarische Kultur des Beitragens gestärkt wird. Dies befördert die gegenseitige Inspiration und lokale Unterstützung.

Die Zusammenschau verschiedener Bewegungen im Rahmen des Projektes *Degrowth in Bewegung(en)* und deren Verortung im Degrowth-Kontext lassen Community-Ressourcen in neuem Licht erstrahlen. Wünschenswert wäre, dass die verschiedenen isolierten Bewegungen ihre gemeinsamen

Werte und Überzeugungen bündeln: Es braucht gemeinsame Ziele. Die Bewegung der Offenen Werkstätten macht das Ziel gemeinschaftlicher Infrastrukturen stark. Und zwar an konkreten Orten.

Commoning als verbindendes Element

Mit der Erfahrung, die die Protagonist*innen im Aufbau, Betrieb und Erhalt von Offenen Werkstätten sammeln, leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung stabiler Formationen für Peer-Commons. Kollektivierung, Selbstorganisation, regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe, die auch Bestandteile anderer Strömungen und Initiativen im Umfeld von Degrowth sind, finden sich dort wieder – nicht als Blaupause, sondern als ein gelebtes Beispiel basaler Open-Source-Infrastrukturen.³ Entscheidend für die Beteiligten ist der Zugang, sind nicht die zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse: Commoning als Lebensstil könnte sich als gemeinsames Leitbild von Degrowth-Aktiven und Akteur*innen Offener Werkstätten an konkreten Orten manifestieren.

Gemeinsame Orte, Freiräume und Infrastrukturen mit einem Maximum an Pluralität schaffen

Fast jede lokale Gruppe einer Bewegung versucht, physischen Freiraum zu schaffen, um darin gemeinschaftliche Aktivitäten zu entfalten. Wie sähen Städte und Gemeinden, Dörfer und Siedlungen aus, wenn multifunktionale Community-Spaces ein selbstverständliches Element wären? Damit ist kein freundlicherweise zur Verfügung gestelltes Fremdeigentum gemeint, sondern ein selbstverwaltetes und -organisiertes Kollektiveigentum einer maximal diversen Nutzer*innenschaft? Um sich dem Maximum an Pluralität, das möglich ist, ohne den Zusammenhalt zu gefährden,⁴ anzunähern, wäre es wünschenswert, dass erstens Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Konfliktpunkte, bestehende und mögliche Allianzen zwischen verschiedenen Bewegungen verstärkt offen diskutiert werden. Zweitens sollte häufiger auch das Experiment des Aufbaus gemeinsamer, gemeinschaftlicher Infrastrukturen an realen Orten gewagt werden – von Gruppen, die noch nicht ahnen, dass sie gewinnbringend zusammenarbeiten können, gerade weil sie (vermeintlich?) einen so unterschiedlichen Fokus haben. Mit anderen Worten geht es darum, auch jenseits geteilter Anliegen gemeinsame Freiräume zu schaffen, auch um dem Anspruch maximaler Pluralität und Offenheit näher zu kommen und um praxisnahe Gelegenheitsstrukturen aufzubauen, damit unterschiedliche Gruppierungen miteinander in Kontakt kommen können.

3 Der Verbund Offener Werkstätten e. V. erarbeitet im Rahmen des Forschungsprojektes »cowerk« eine Wissensplattform, die das explizite und implizite Wissen um Aufbau, Betrieb und Erhalt von Offenen Werkstätten verfügbar machen soll: <http://www.offene-werkstaetten.org/seite/cowiki> (Zugriff: 01.02.2017).

4 Alain Cailié spricht von »Pluriversalismus«. Vgl. hierzu: <http://www.diekonvivialisten.de/manifest.htm> (Zugriff: 01.02.2017).

4. Offenen Werkstätten als Reallabore? Statt Glaubenskriege zu führen, können in ideologie- befreienden Räumen Commons entstehen

Werkstätten folgen einer inhärenten Logik und Ordnung, die über den eingebrachten individuellen Interessen stehen. Eine Werkstatt ist kein beliebiger Raum, sondern ein spezifisches Arrangement von Ausstattung und räumlicher Funktion. Die Logik und Ordnung muss zunächst erfasst und verstanden werden, bevor etwas Neues in diesem Möglichkeitsraum entstehen kann. Man muss sich also einlassen auf die Werkstatt und Ballast abwerfen, um individuelle Potentiale zusammen mit anderen zur Entfaltung bringen zu können. Meinungen, Werthaltungen, Überzeugungen spielen eine eher untergeordnete Rolle, wenn es darum geht, ein solches Produktivsetting zum Klingen zu bringen. So gesehen sind Werkstätten »ideologiebefreiende Räume«.

Die Pluralität an Ansätzen unter dem Dach von Degrowth bringt bisweilen Kämpfe um Deutungshoheit hervor, die nicht unbedingt förderlich sind, um tieferliegende Gemeinsamkeiten und Anliegen zu entdecken. Welcher Weg ist der richtige? Wenn in Fab Labs mit Begeisterung Plastik-Schnickschnack mit 3D-Druckern, blinkende, und piepende Gadgets aus Mini-Computern und andere Dinge hergestellt werden, die keinen erkennbaren Sinn machen, dann kann dies kritisiert werden: Wer braucht das? Wem nützt das? Ist das nicht das Gegenteil von Degrowth? Gelingt dem Kapitalismus damit nicht die nächste Einhegung einer Bewegung, gerade weil die Akteur*innen so naiv »mitspielen« und obwohl sie prinzipiell auch das Zeug dazu hätte, neue Regeln für das große Spiel zu setzen?

Open Source Everything

Durch eine andere Brille betrachtet ist dieser vermeintlich naive Spieltrieb, die neue Lust am Durchdringen, Verstehen und Aneignen von Technik ein Indikator dafür, dass sich die Voraussetzungen für Selbstermächtigung ändern. Erschwingliche Elektronik-Komponenten, Open-Source-Soft- und Hardware, im Internet leicht zugängliches und tiefgehendes Wissen zu vielfältigsten Themen sowie den Globus umspannende Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten erlauben heute vielen, komplexe Projekte umzusetzen, die vor einigen Jahren noch undenkbar waren. Wir nutzen tagtäglich eine Vielzahl an Produkten und Dienstleistungen, deren Funktionsweise uns völlig unklar ist. Wer etwas verändern will, muss aber verstehen. Das Open-Source-Paradigma (Hardware, Design) will Schluss machen mit diesen Black Boxes und Closed Loops und Offenheit schaffen, statt Geheimhaltung und Profite für wenige auf Kosten vieler abzuschöpfen. Frei verfügbare Baupläne, Designs und Subsistenz-Konzepte findet man heute für alle wichtigen Lebensbereiche wie (Selbst-)Versorgung mit Lebensmitteln, Wasseraufbereitung, Energie, Wohnen und Mobilität. High- und Low-Tech-Ansätze

treffen sich dabei immer wieder im Bestreben, »angepasste Technik«⁵ zu entwickeln.

Gemeinsam könnten verschiedene politische Strömungen die Offene Werkstätten-Landschaft befruchten, »bewirtschaften« und auch sensibilisieren, denn selber machen heißt nicht zwangsläufig nachhaltig oder zukunftsfähig zu produzieren (vgl. Petschow 2014). Mit anderen Worten können bestimmte Werte und Weltansichten aus Degrowth-Konzepten Maker*innen Orientierung bieten und einen erweiterten Horizont für die Verortung des eigenen Tuns liefern. Zudem sind Offene Werkstätten Reallabore, um Lösungen für eine Wirtschaft jenseits des Wachstums zu finden. Spannend wird es immer dann, wenn Menschen, die sonst nicht viel miteinander zu tun haben, in produktiven Austausch miteinander »geraten«. Ich rege also an, sich einfach mal ins »Lager der Anderen« zu wagen und statt ethische Grundsatzfragen zu diskutieren oder die/eine Wahrheit zu verteidigen, einfach mal gemeinsam selber zu machen und ein (kleines) konkretes Problem durch Eigenarbeit zu lösen. Salopp gesagt: Therapie statt Diagnose, konkret statt abstrakt, machen statt (nur) reden.

5. Vorhandene Infrastrukturen als Baustein für eine plurale Bewegung nutzen

Anstatt immer wieder Geld, Zeit und Energie zu investieren, um Räume nutzbar zu machen und auszustatten, könnten existierende Infrastrukturen für offene und selbstorganisierte Nutzungen sukzessive geöffnet werden. (Frei-)Raum und Ausstattung sind zweifelsohne wichtige Ressourcen für eine starke, emanzipatorische Bewegung. Raum und Ausstattung gibt es prinzipiell genug: Wir leben in der Fülle, nicht der Knappheit. Ich benutze Volkshochschulen, um eine Vision zu skizzieren: Geschätzt verfügen mindestens die Hälfte der 900 Volkshochschulen in Deutschland über Werkstätten. Handwerkliche Kurse folgen meist einem Programm mit festgelegten Terminen, hergestellt werden konkrete Werkstücke oder es geht um den Erwerb spezifischer, berufsrelevanter Zertifikate. Ist der Lehrgang vorbei, ist auch die Nutzungsmöglichkeit der Werkstatt beendet. Die Teilnehmer*innen erwerben in der Regel keine Berechtigung, die Werkstatt auch jenseits von Kursen/Lehrgängen, ohne Aufsicht oder jenseits festgelegter Öffnungszeiten nutzen zu können. In der Zwischenzeit stehen die Werkräume oft ungenutzt leer. Volkshochschulen könnten stattdessen, im Sinne eines erweiterten Werkstatt-Begriffs, als neuer (Selbst-)Bildungsort in Erscheinung treten und so dem Bedürfnis nach Selbstorganisation und Kollaboration entgegenkommen.

Warum also nicht bestehende Infrastrukturen, zum Beispiel Volkshochschul-Werkstätten, in den ungenutzten Zeiten autark organisierten Werk-

⁵ Eine Definition vom *Kollektiv für angepasste Technik*: <http://kante.info/uber-uns/angepasste-technik/> (Zugriff: 01.02.2017).

statt-Gruppen überlassen? Räume samt Ausstattung können beispielsweise mitsamt Rechten und Pflichten vermietet werden. Damit eröffnet sich – ohne große materielle Investitionen – ein neuer Möglichkeitsraum. Notwendig dafür ist seitens des geeigneten, lokalen Infrastrukturgebers die Fähigkeit, die interne Verfasstheit der eigenen Einrichtung transparent zu machen, klare Spielregeln zusammen mit den neuen Nutzungsgruppen festzulegen und Strukturen für Kommunikation und Information zu schaffen, die das Miteinander unterstützen. Womöglich ist genau das der Schlüssel und auch die Kunst dabei: nicht nur rechtliche Klarheit zu schaffen, sondern einen respektvoll-toleranten, rücksichtsvoll-pfleglichen Umgang miteinander zu etablieren, der ein möglichst breites Spektrum an Nutzungen zulässt.

Was langfristig alles zu Commons-basierter Infrastruktur transformiert werden könnte, ist nicht ausformuliert. Gegebenenfalls muss dafür die »heilige Kuh« Privateigentum angegangen und Profit durch gesellschaftlichen Mehrwert ersetzt werden. Das entstehende gemeinschaftlich erarbeitete Regelwerk für den solidarischen Umgang mit Fülle – durch kleine, organisierte, lokale Gruppen in einer gelebten, verantwortlichen sozialen Praxis auf den Weg gebracht – könnte man vielleicht als »pluriversalistisches System« bezeichnen. Diese »Vision«, vorhandene Infrastrukturen ohne »System-Neustart« anders zu nutzen und dies durch eine überzeugende neue Praxis zu verwirklichen, ist den Degrowth-Gedanken per se nahe. Die Degrowth-Ansätze fasse ich hier als einen heterogenen »melting pot« verschiedener Gruppierungen auf, der diese neue Praxis jenseits ideologischer Grabenkämpfe zu praktizieren erlaubt.

Damit Offene Werkstätten ein gesellschaftsveränderndes Potential entfalten können, sind zwei Kriterien zentral:

- ◆ Selbermachen wird in seinen Commons-basierten und das ökonomische System transformierenden Erscheinungsformen immer wichtiger für eine Gesellschaft, die eine resiliente und nachhaltige Lebensweisen praktiziert, und das Selbermachen wird aus der Nische in den »Mainstream« wandern.
- ◆ Die neuen Betriebssysteme für Peer-Commons sind flexibel von jeder Gruppierung an die jeweiligen lokalen Bedingungen anpassbar und laufen stabil. Mit anderen Worten: Es wird eine umfängliche und verlässliche materielle und soziale Verantwortung für Güter (wie Räume und Ausstattung) im Kollektiv übernommen und das Klima zwischen Ermöglicher*innen und Commonist*innen ist geprägt von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt.

Damit dies gelingen kann, werden nicht nur alternative Wirkungsorte gebraucht, sondern auch ein verändertes Verständnis davon, was als Commons-basierte Infrastruktur dienen kann und wie alternative Nutzungsformationen aussehen können.

Links

- »Alles offen?!« – Multimediale Dokumentation des Festivals Offener Werkstätten (2015): <http://vow.pageflow.io/alles-offen>
- anstiftung** – Stiftung für Offene Werkstätten, Reparatur-Initiativen, Interkulturelle und Urbane Gemeinschaftsgärten: <http://www.anstiftung.de>
- Reparatur-Initiativen** finden, unterstützen und gründen:
www.reparatur-initiativen.de
- Verbund Offener Werkstätten** – Website: www.offene-werkstaetten.org
- Verbund Offener Werkstätten** – Broschüre: http://www.offene-werkstaetten.org/docs/broschuere_2013_web-VOW.pdf

Verwendete und weiterführende Literatur

- Anderson, Chris** (2013): *Makers: Das Internet der Dinge: die nächste industrielle Revolution*. München: Hanser.
- Arnold, Andreas; Dönnebrink, Thomas; Klagel, Ela; Scheub, Ute** (2015): *Von der geteilten zur teilenden Stadt – Berlin auf dem Weg zu einer Sharing City. Potenzialanalyse der Share und Collaborative Economy in Berlin*. Berlin: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung. <http://docplayer.org/18089257-Von-der-geteilten-zur-teilenden-stadt-berlin-auf-dem-weg-zu-einer-sharing-city-potenzialanalyse-der-share-und-collaborative-economy-in-berlin.html>; Zugriff: 01.02.2017.
- Baier, Andrea; Müller, Christa; Werner, Karin** (Hrsg.) (2013): *Stadt der Commonisten – Neue urbane Räume des Do it yourself*. Bielefeld: transcript. <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2367-3/stadt-der-commonisten>; Zugriff: 01.02.2017.
- Baier, Andrea; Hansing, Tom; Müller, Christa; Werner, Karin** (Hrsg.) (2016 im Erscheinen): *Die Welt reparieren. Selbermachen und Open Source als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript. <http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3377-1/die-welt-reparieren>; Zugriff: 01.02.2017.
- Helfrich, Silke; Heinrich-Böll Stiftung** (Hrsg.) (2014): *Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript. https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_NutzenStattBesitzen_web.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Leismann, Kristin; Schmitt, Martina; Rohn, Holger; Baedeke, Carolin** (2012): *Nutzen statt Besitzen – Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_NutzenStattBesitzen_web.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Petschow, Ulrich; Ferdinand, Jan-Peter; Dickel, Sascha; Flämig, Heike; Steinfeldt, Michael; Worobei, Anton** (2014): *Dezentrale Produktion, 3D-Druck und Nachhaltigkeit*. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. https://www.ioew.de/fileadmin/_migrated/tx_ukioewdb/IOEW_SR_206_Dezentrale_Produktion_3D-Druck_und_Nachhaltigkeit.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Rifkin, Jeremy** (2016): *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Siefkes, Christian** (2008): *Beitragen statt tauschen: Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software*. Neu-Ulm: AG SPAK.

Ökodorf-Bewegung: Degrowth als gelebte Realität?

Christiane Kliemann

Christiane Kliemann ist freie Journalistin und Degrowth-Aktivistin und betreut den Blog des Webportals *www.degrowth.de*. Sie lebt seit Sommer 2015 im Ökodorf *Sieben Linden*. Damit dieser Artikel die Sichtweisen langjähriger Ökodorf-Bewohner_innen und ihrer Netzwerke beleuchten kann, entstand er in intensivem Austausch mit Kariin Ottmar, Eva Stützel und Chironya Stanellè, die seit vielen Jahren in der Ökodorf-Bewegung aktiv sind.

1. Einheit in Vielfalt: gemeinschaftlich und ganzheitlich gelebte Nachhaltigkeit in der Praxis

Rob Hopkins, Gründer der aus England stammenden Transition-Town-Bewegung, nannte Transition einmal den »praktischen Ausdruck einer Postwachstumsgesellschaft« (Hopkins 2014, Übersetzung der Autorin). Diese Aussage trifft in besonderem Maß auch auf die Ökodorf- oder Ecovillage-Bewegung zu. Dort wurde bereits vor einigen Jahrzehnten ganz konkret damit begonnen, in kleinräumigen Gemeinschaften – so umfassend und ganzheitlich wie möglich – sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu leben. In diesem Sinne sind viele Ökodörfer schon hier und jetzt mögliche Modelle für ein »gutes Leben« nach dem Wachstum und somit auch interessante praktische Übungsfelder für Degrowth. Nicht zufällig ähneln die Leitlinien vieler Ökodörfer der Vision einer zukünftigen Degrowth-Gesellschaft.

Entstanden ist die Ökodorf-Bewegung aus der Idee, nicht mehr Teil des Problems, sondern Teil der Lösung zu sein: einer Lösung, die am besten in kleinen, überschaubaren Zusammenhängen entstehen kann, da so die beste Möglichkeit besteht, viele gesellschaftliche und ökologische Aspekte selber gestalten zu können. In einem solchen Kontext ist es möglich, Selbstwirksamkeit zu erfahren und ganzheitliche Ansätze in die Praxis umzusetzen.

Das weltweite Netzwerk für Ökodörfer und Gemeinschaften, das *Global Ecovillage Network (GEN)*, definiert Ökodörfer als »intentionale oder traditionelle Gemeinschaften, die bewusst durch partizipative Prozesse gestaltet und durch lokale Besitzstrukturen geprägt sind, um ihre soziale und natürliche Umwelt wiederherzustellen und die Lebensqualität zu steigern« (GEN 2014). Die übergeordneten Werte, an denen sich die Bewegung orientiert,



*Harte Arbeit und Selbstversorgung: Kartoffelernte in Sieben Linden.
(Foto: Freundeskreis Ökodorf e.V.)*

.....

tiert, sind die einer offenen, demokratischen, menschenwürdigen und friedlichen Gesellschaft, die alle Menschen gleichberechtigt, solidarisch und freundschaftlich miteinander gestalten. Dies schließt die Akzeptanz verschiedener Kulturen, Religionen und spiritueller Wege, Weltoffenheit und Freude am kulturellen Austausch sowie Achtung und Achtsamkeit gegenüber Anderen, dem Leben und der Natur mit ein. Ein ganzheitlicher Ansatz integriert die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie, das Soziale und Kultur/Weltsicht.

Einer von vielen möglichen Wegen des gesellschaftlichen Wandels

Weit entfernt davon, ihren Weg als Patentlösung für die ganze Welt zu propagieren, sehen sich Ökodörfer als ein Instrument unter vielen – ähnlich einem einzelnen Instrument in einem Orchester. Das Ziel von Ökodörfern ist es, Menschen aus verschiedensten Zusammenhängen bei ihrem Wunsch nach Veränderung abzuholen und Wege und Modelle aufzuzeigen, wie ein sozial-ökologischer Wandel der Gesellschaft aussehen könnte. Dabei versuchen sie, ökologische Prinzipien und Technologien mit basisdemokratischen und sozial innovativen Strukturen zu verbinden. Je nach Ausrichtung beziehen sie ihre Inspiration aus ökologischen, sozialpolitischen oder spirituellen Ansätzen. Auch wenn die meisten Ökodörfer – wie der Name schon sagt – in ländlichen Regionen liegen und sich vor allem darauf konzentrieren, eine andere Art des Landlebens aufzuzeigen und strukturschwache Regionen zu beleben und zu vernetzen, beschränkt sich die Bezeichnung Ökodorf oder Ecovillage nicht auf »Dörfer«. Inzwischen schließt sie auch städtische Kommunen und Wohn- und Lebensprojekte ein, die danach stre-

ben, die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit zu verbinden und dadurch modellhafte Forschungs- und Trainingsorte für die Gesellschaft als Ganzes zu sein. Ökodörfer engagieren sich in den folgenden Bereichen:

- ◆ regionale Entwicklung
- ◆ kooperative soziale Ökonomie
- ◆ Gemeinschaftsaufbau und -bildung
- ◆ basisdemokratische Praxis
- ◆ Engagement für eine andere Kommunikations- und Konfliktkultur
- ◆ ganzheitliche Bildung
- ◆ lokale Bionahrungsmittelproduktion und Permakultur
- ◆ ökologisches Bauen
- ◆ erneuerbare Energieträger
- ◆ Müllvermeidung und -trennung
- ◆ Aufbau von lokalen Wirtschafts- und Wertstoffkreisläufen
- ◆ globale Verantwortung und Klimagerechtigkeit
- ◆ Suffizienz (bewusst reduzierter, nachhaltiger Konsum)
- ◆ Subsistenz (Selbstversorgung)

Von einzelnen Aussteigerprojekten zu weltweiter politischer Vernetzung

Als politisch wahrnehmbare Bewegung formierten sich die Ökodörfer und Gemeinschaftsprojekte im Jahre 1995 mit der Gründung von *GEN*. Zuvor existierten lediglich lockere Netzwerke verschiedener Ausrichtungen. Die Gründung von *GEN* im schottischen Findhorn, einem der ältesten Ökodörfer in Europa, geht auf die Initiative von Hildur und Ross Jackson zurück, den Gründer_innen der dänischen Nichtregierungsorganisation *Gaia Trust*. In den Jahren zuvor hatten sie immer wieder Vertreter_innen herausragender Pionierprojekte aus der ganzen Welt zusammengebracht und interessante Projekte dokumentiert, was schließlich zum genannten Gründungstreffen führen sollte. Inzwischen, mehr als 20 Jahre später, hat *GEN* über tausend Mitgliedsgemeinschaften weltweit sowie fünf kontinentale und viele nationale Netzwerke, die die Ökodorf-Bewegung politisch vertreten.

Leben im Ökodorf: Idylle auf dem Lande oder politisches Statement?

Ein Merkmal der Ökodorf-Bewegung ist, dass sie sich weniger aus der Positionierung gegen bestehende Strukturen entwickelt hat, sondern aus der Ausrichtung an einer positiven alternativen Vision. Manchmal wird dies als unpolitische Haltung interpretiert; damit einher geht die Kritik, viele Ökodörfer zögen sich auf idyllische Inseln auf dem Lande zurück und würden dabei unpolitisch. Die Frage, die in diesem Zusammenhang kontrovers diskutiert wird, ist die, ob das Leben in einem Ökodorf – und damit das praktische Umsetzen von Alternativen – an und für sich schon als politisches Statement gelten kann. Dafür spricht, dass sich Ökodörfer kapitalistischen

Strukturen entziehen und auch anderen dabei helfen, Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln und in der Praxis zu leben. Hier besteht eine interessante Parallele zum Diskurs über die Care-Arbeit, die, interpretiert man sie im entsprechenden feministischen Kontext, eine sehr weitreichende politische Dimension haben kann. So könnte der übergeordnete Kontext von Degrowth der Rahmen sein, innerhalb dessen das Leben in Ökodörfern als hochpolitisch verstanden werden kann.

Ökodörfer, Gemeinschaften und ihre Netzwerke positionieren sich immer wieder zu bestimmten politischen Anliegen. Darüber hinaus sind viele Aktive aus Ökodorf-Projekten in verschiedensten politischen Kontexten engagiert, zum Beispiel in lokalen Widerstandsgruppen gegen Castor-Transporte, Kohleabbau und Militarismus. Für viele sind jedoch die verschiedensten Aspekte der Selbstorganisation, die das Leben in Ökodörfern mit sich bringt, so zeitintensiv, dass nicht viel Raum für anderes Engagement bleibt. Deshalb wird die direkte politische Arbeit der Bewegung zu einem großen Teil an das *GEN*-Netzwerk delegiert. Die Ökodorf-Bewegung hat allerdings kein politisches, soziales oder wirtschaftliches Gesamtkonzept als Alternative zum Kapitalismus entwickelt. Eine von Ökodörfern inspirierte Gesellschaft wäre aber sicherlich geprägt von vielfältigen sozialen Netzwerken, deren informelle gegenseitige solidarische Unterstützung und Schenk- und Tauschwirtschaft es erleichtern würden, sich ökologisch und sozial sinnvoll zu verhalten und nachhaltig zu leben. Es gäbe mehr Gemeinschaftsgärten, regionale Selbstversorgung, solidarische und kleinbäuerliche Landwirtschaft, basisdemokratische Selbstbestimmung, eine Kultur des Teilens und ein Wirtschaftssystem mit deutlich weniger sozialem Gefälle als heute.

2. Das Global Ecovillage Network: Bewusstseinsbildung für den sozial-ökologischen Wandel

Neben den vielen Ökodörfern und Gemeinschaftsprojekten weltweit ist es vor allem das *Global Ecovillage Network (GEN)*, das auf übergeordneter Ebene politisch aktiv ist. Es setzt sich aus Vertreter_innen engagierter Mitgliedsgemeinschaften zusammen und ist in fünf kontinentale Unternetzwerke gegliedert (zum Beispiel *GEN-Europe*), die sich wiederum in kleinere nationale Netzwerke (beispielsweise *GEN-Deutschland*) auffächern. Ein wichtiger Schwerpunkt von *GEN-International* ist die Zusammenarbeit und das gegenseitige Lernen von Projekten aus dem globalen Norden und dem globalen Süden. In diesem Sinne entsteht gerade eine Partnerschaft zwischen *GEN-Deutschland* und *GEN-Kamerun*.

Neben Projekten im Aufbau und anderen intentionalen Gemeinschaften sind in der *GEN*-Projekt Datenbank circa 300 etablierte Ökodörfer weltweit verzeichnet. Eine interaktive Karte gibt einen guten Überblick über die weltweite Verteilung der Mitgliedsprojekte. *GEN* möchte einerseits eine Austauschplattform für seine Mitglieder sein und andererseits eigene Pro-

jekte entwickeln, die über einzelne Ökodörfer hinausreichen. Ein weiteres Ziel ist es, gesellschaftliche und politische Schlüsselakteur_innen für die Bewegung zu sensibilisieren. Außerdem will *GEN* das in langjähriger Aufbau- und Bildungsarbeit in den Gemeinschaften entwickelte Know-how an strategischer Stelle weitergeben.

Hilfe für Geflüchtete auf Lesbos, Lobbyarbeit in Brüssel und Aufbau urbaner Resilienz in Deutschland: Strategien für den sozial-ökologischen Wandel in Europa

GEN-Europe konzentriert sich mit seinen Aktivitäten darauf, einen breiten sozial-ökologischen Wandel – an strategischen Stellen und in verschiedenen Bereichen – voranzutreiben und auf aktuelle Krisen wie die desaströse Situation von Geflüchteten zu reagieren. »Als Ökodörfer stehen wir für soziale Gerechtigkeit und eine humane Welt, in der Menschen nicht daran gehindert werden sollten, ihr Recht auf Asyl in der EU in Anspruch zu nehmen« (*GEN-Europe* [ohne Jahr]). So unterstützt *GEN-Europe* seine Mitglieder dabei, neben ihrem Engagement für Geflüchtete in ihrer jeweiligen Region auch auf der griechischen Insel Lesbos, wo zahlreiche Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen festsitzen, aktiv zu werden und praktisch zu helfen. Das Netzwerk arbeitet dabei mit anderen NGOs, örtlichen Behörden, der Universität und lokalen Gruppen zusammen, damit sich die Hilfe, die *GEN*-Mitglieder und -Freiwillige leisten, möglichst nahtlos in andere Unterstützungsstrukturen einfügen kann.

Auch auf EU-Ebene wirkt *GEN* darauf hin, dass die Stimmen für einen sozial-ökologischen Wandel auch bei Entscheidungsträger_innen Gehör finden. *GEN-Europe* war deshalb maßgeblich am Aufbau von *Ecolise* beteiligt: einem Zusammenschluss von *GEN-Europe*, verschiedenen Transition-Town-Initiativen und interessierten Universitäten mit dem Ziel, eine übergeordnete Organisation zu schaffen, die den kleinräumigen sozial-ökologischen Wandel in Brüssel vertritt und die auch praktischen Projekten hilft, bestehende EU-Strukturen in ihrem Sinne zu nutzen.

Ein Beispiel, wie *GEN* daran arbeitet, die Erfahrung aus Ökodörfern und Gemeinschaften auch für die Stadtentwicklung nutzbar zu machen, ist das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt »Urbane Resilienz und neue

Strohpolis in Sieben Linden: das erste dreistöckige Strohhallenhaus Europas.

(Foto: Freundeskreis Ökodorf e.V.)



Gemeinschaftlichkeit« unter dem Dach von *GEN-Europe*. Das im Mai 2015 begonnene Projekt ist ein Forschungs- und Dialogprojekt, das die Chancen und Grenzen des Ökodorf-Ansatzes für die nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung untersucht und einen Dialog unter lokalen Akteur_innen in Gang bringt. In einem Dialogprozess mit Politik, Stadtverwaltung und Akteur_innen der nachhaltigen Stadtentwicklung will *GEN* am Beispiel Kassel und Karlsruhe untersuchen, »wie das in Ökodörfern und Gemeinschaften kultivierte Nachhaltigkeitsverständnis (...) auch Städte, Stadtteile und urbane Projekte bei der Stärkung ihrer ökologisch-sozialen Erneuerungsfähigkeit und Widerstandskraft unterstützen kann« (*GEN-Deutschland* 2015). Als Ergebnis soll ein »Handlungsleitfaden mit hohem Anwendungsbezug« entstehen, der auf andere Städte und Stadtteile übertragbar ist.

Die Akteur_innen: nicht nur akademisch geprägt und mit klarem Bekenntnis zu emanzipatorischen Werten

Wie in der Degrowth-Bewegung sind auch in den Ökodörfern und insbesondere bei den Aktiven im *GEN*-Netzwerk vor allem Akademiker_innen und/oder Menschen mit bildungsbürgerlichem Hintergrund engagiert. Durch ihre praktische Ausrichtung ziehen die Ökodörfer jedoch auch viele Handwerker_innen und Aussteiger_innen an, die andere Perspektiven mit einbringen.

Wie die Degrowth-Bewegung grenzt sich *GEN-Deutschland* deutlich von völkischen und undemokratischen Projekten ab und schließt folgende Projekttypen von der Mitgliedschaft aus¹:

- ◆ Projekte mit völkischer oder nationalistischer Gesinnung,
- ◆ die Menschen aufgrund von Herkunft, Aussehen, Religion, Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität oder Orientierung benachteiligen oder ausgrenzen,
- ◆ die Menschen in ihrer Meinungs- oder Bewegungsfreiheit einschränken oder ein Verlassen der Gemeinschaft erschweren,
- ◆ in denen Formen von wirtschaftlicher oder sexueller Ausbeutung oder Missbrauch von Mitgliedern oder von Kindern stattfinden,
- ◆ die Kindern den Zugang zu Ausbildung, ärztlicher Versorgung und Familienangehörigen außerhalb der Gemeinschaft erschweren,
- ◆ in denen Personenkulte oder Hierarchien und Machtstrukturen existieren, die die Menschen nicht in freier gemeinschaftlicher Übereinkunft geschaffen haben und nicht auch wieder verändern können,
- ◆ in denen sich Menschen unter physischem oder psychischem Zwang Dogmen, einer »richtigen« Lehre oder Mehrheitsmeinung unterwerfen müssen.

¹ Aus einem internen Schreiben an die Mitglieder von *GEN-Deutschland*.

3. Ökodörfer als Erfahrungsfeld und als Verbündete für Degrowth und verwandte Bewegungen

Mit ihrem Einsatz für eine kleinräumiger organisierte Gesellschaft, eine weitgehende regionale Selbstversorgung und Kooperation, ein sinn- und solidaritätsorientiertes Wohlstandsverständnis und direkte Teilhabe an Entscheidungsprozessen steht die Ökodorf-Bewegung den Werten der Degrowth-Bewegung sehr nahe. Die Werte und Bestrebungen der Ökodorf-Bewegung erscheinen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis kompatibel mit den Grundsätzen von Degrowth beziehungsweise als deren praktische Ausformung und Experimentierfeld. Degrowth entstand jedoch vorwiegend als ein auf Wirtschaft und Gesellschaft bezogenes theoretisches Konzept und führt von der Theorie aus zur Praxis, die sich als eigenständige Degrowth-Praxis erst noch herausbilden müsste. Ökodörfer entwickelten sich hingegen aus der Praxis heraus, von wo aus sie sich auf die Vision einer nachhaltigeren, gerechteren und solidarischeren Gesellschaft zubewegen.

Die Ökodorf- und die Degrowth-Bewegung vereint, dass beide einen breiten und ganzheitlichen Ansatz verfolgen: Degrowth in der Theorie und auf übergeordneter gesellschaftlicher und politischer Ebene; Ökodörfer in der Praxis und in lokalem Kontext. Vor diesem Hintergrund sind Ökodörfer ein Abbild der Vielfalt und ein Teil des größeren gesellschaftlichen Suchprozesses, für den auch Degrowth steht.

Diese ganzheitliche Praxisorientierung macht Ökodorfprojekte zum idealen Erfahrungsfeld für die Frage, wie das Leben in einer von Degrowth geprägten Gesellschaft konkret aussehen und sich anfühlen könnte, und zwar nicht nur punktuell, sondern tagtäglich in allen Lebensbereichen und über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Viele andere soziale Bewegungen, die sich auf bestimmte Teilaspekte des notwendigen gesellschaftlichen Wandels beziehen, können Verbündete für beide sein.

Betrachtet man Ökodorf- und Gemeinschaftsprojekte unter der Fragestellung, in welchem Maße und in welchen Bereichen sich die teilweise sehr hohen und radikalen theoretischen Ansprüche in der Praxis langfristig durchhalten lassen, wird schnell klar: Wer auf Dauer eine zukunftsfähige Alternative schaffen will, muss die richtige Balance finden zwischen dem Anspruch an sich selbst und andere und den erstaunlich hartnäckigen mentalen Infrastrukturen der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft, also den daraus entstandenen Gewohnheiten und Prägungen. Ansonsten scheitern idealistische Projekte sehr schnell an der harten Realität. Um sich langsam weiter in die angestrebte Richtung zu bewegen, schaffen erfolgreiche Ökodorfprojekte Bedingungen, die idealerweise dabei unterstützen, hinderliche mentale Infrastrukturen schrittweise zu erkennen und zu verändern, ohne zu überfordern. Hierbei kann auch der in linken Kreisen eher verpönte spirituelle Aspekt eine Hilfe sein. Aus spiritueller Praxis entlehnte Techniken für Gruppenprozesse und Selbstreflexion spielen in vielen Projekten eine Rolle.

Für eine Weiterentwicklung des Degrowth-Ansatzes scheinen solche Erfahrungsfelder unabdingbar. Matthias Schmelzer und Dennis Eversberg schreiben in ihrer Analyse der Degrowth-Bewegung:

»Zentral ist die Suche nach Formen transformativer Praxis, die am eigenen Alltag ansetzen und auf eine Veränderung nicht nur der sozialen Strukturen, sondern auch und zunächst des eigenen Selbst als Teil derselben zielen. Es geht bei diesen Aktions- und Organisationsformen darum, nicht nur reale Spielräume für ›anderes‹ Handeln zu eröffnen, sondern dabei als Handelnde zugleich im Tun ›etwas anderes zu werden‹, sich zu anderen, in und von nicht-wachstumsfixierten Praktiken erzeugten Subjekten zu machen.« (Eversberg; Schmelzer 2016, S. 15)

Die schon konkret bestehenden ganzheitlichen Nischen oder Vorböten einer möglichen künftigen Postwachstumsgesellschaft können deshalb ein wertvolles Erfahrungsfeld sein für Degrowth sowie ein Forschungsfeld für funktionierende Übergangsstrategien und die Praxistauglichkeit theoretischer Degrowth-Ansätze. Für die Bildung von Allianzen mit Akteur_innen aus dem globalen Süden könnte das *Global Ecovillage Network (GEN)* mit seinen Erfahrungen in diesem Bereich ein wertvoller Partner für Degrowth sein. Umgekehrt kann Degrowth für Ökodörfer eine Orientierung bieten, an der sie praktische Einzelentscheidungen ausrichten und in den größeren gesellschaftlichen Kontext stellen können. Degrowth kann hier Sichtweisen mit einbringen, die im praktisch-lokalen Kontext leicht übersehen werden.

Als Pioniere des Wandels sichtbar werden – divers und gemeinsam

Bezüglich der allgemeinen Werte, an denen sich die Ökodorf-Bewegung orientiert, gibt es nicht nur große Schnittmengen mit Degrowth, sondern auch mit den anderen in dieser Publikation vertretenen sozialen Bewegungen. Während die Zusammenarbeit mit Transition-Town sehr eng ist, bestehen zu anderen Bewegungen losere Verbindungen. Punktuell sind Ökodorf-Aktive zum Beispiel in Bürgerenergie-Genossenschaften, in der Commons-Bewegung und der solidarischen Landwirtschaft engagiert.

Für die Zusammenarbeit mit Degrowth und anderen Bewegungen ist aus Ökodorf-Perspektive besonders wichtig, dass die verschiedensten Pioniere des Wandels als bunte und vielfältige gemeinsame Bewegung sichtbar werden und dadurch ihre Wirksamkeit und politische Schubkraft erhöhen. Dabei gilt es, die vielen Alternativen, die in gesellschaftlichen Nischen entstanden sind, stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. So wünscht sich die Ökodorf-Bewegung in den kommenden Jahren eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit, um der großen Anzahl derjenigen, die in verschiedenster Form für einen sozial-ökologischen Wandel eintreten, mehr Gehör zu verschaffen.

4. Degrowth im Praxistest: Lernfelder und Fallstricke

Von der Ökodorf-Bewegung aus betrachtet bewegt sich Degrowth noch zu sehr im theoretischen Bereich. Die Erfahrungen der Ökodörfer können hingegen zeigen, was passiert, wenn man die theoretischen Ideale konkret umsetzt und wie dies gelingen kann: Welche sozialen Veränderungen entstehen, und welche sind als Voraussetzung hierfür nötig? Wie ist es, sich als ganzer Mensch auf das Neue, Andere einzulassen und alle Lebensbereiche langfristig davon durchdringen zu lassen?

Die Kernkompetenz der Ökodorf-Bewegung: Gemeinschaftsbildung und Kommunikation

Aus der langjährigen Erfahrung älterer Ökodorf-Projekte geht hervor, dass vor allem sehr aktive und engagierte Menschen im Laufe der Zeit ausbrennen. Es kommt eine gewisse Müdigkeit auf, wodurch die Gefahr besteht, in Routine zu verfallen und alten Mustern zu folgen. Aufgrund dieses Spannungsfeldes zwischen politischem Anspruch, gelebter Realität und den ganz konkreten persönlichen Bedürfnissen und Eigenheiten der beteiligten Menschen hat sich der starke soziale Fokus der Ökodorf-Bewegung entwickelt.

Die Projekte haben gelernt, dass die Pflege des Miteinanders und der Aufbau einer konstruktiven Kommunikationskultur zentral sind für den langfristigen Erfolg eines Projekts. So liegt die Kernkompetenz der Ökodorf-Bewegung im Bereich der Gemeinschaftsbildung und Kommunikation. Diese Kompetenz kann sie auch in andere soziale Bewegungen und politische Gruppen einbringen. Überall da, wo Menschen gemeinschaftlich etwas erreichen wollen, stehen zwischenmenschliche Belange oft einem langfristigen Erfolg im Weg. Gemeinschaftsbildende Techniken zum Beispiel aus der gewaltfreien Kommunikation oder der Tiefenökologie können hier eine andere Qualität von menschlicher Begegnung ermöglichen, aus der eine echte Verbindung und gegenseitiges Verstehen erwachsen können. Im Zuge ihrer langjährigen Entwicklung konnten Ökodorf- und Gemeinschaftsprojekte einen vielseitigen Erfahrungsschatz in diesen und anderen Techniken aufbauen.

Anspruch und Wirklichkeit: Setzt die Ökodorf-Bewegung ihre Ideale wirklich um und sind Degrowth-Konzepte zu naiv?

Auch in vielen Ökodorf- und Gemeinschaftsprojekten, die einen viel weiter reichenden praktischen Anspruch haben als Degrowth, gibt es häufig eine Diskrepanz zwischen theoretischem Anspruch und gelebter Realität. Angesichts der vielen unterschiedlichen Vorstellungen ist es oft schwer, in der Praxis auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Die Tatsache, dass Kommunikations- und Entscheidungsfindungsprozesse einen so großen Raum einnehmen, strengt viele Menschen an. Und es fehlt häufig an Personen, die die praktischen Tätigkeiten, auf die es im Projekt ankommt, langfristig ver-

richten und dafür Verantwortung übernehmen. Ohne diese Basis funktionieren die Projekte als Ganzes allerdings nicht. So wird die Menge an Zeit und Energie, die soziale Prozesse einnehmen, oft unterschätzt, wodurch wiederum zu wenig Raum bleibt für das Praktische, das doch eigentlich zentral sein sollte.

Aufgrund dieser Erfahrung sieht es die Ökodorf-Bewegung auch als ihre Aufgabe, zu naive Vorstellungen von einem Degrowth-kompatiblen Leben zu relativieren. Es bedeutet sehr viel harte Arbeit, ein vergleichsweise hohes Maß an regionaler gemeinschaftlicher Selbstversorgung zu erreichen, was Theoretiker_innen in der Regel unterschätzen.

Wie viel Radikalität ist möglich und wie viel Anpassung an den Mainstream ist nötig?

Wie der Degrowth-Bewegung geht es auch der Ökodorf-Bewegung darum, ihre Ziele und Werte in die Gesellschaft hineinzutragen, diese zu inspirieren und so politisch Einfluss zu nehmen. Ökodörfer haben die Erfahrung gemacht, dass dies nur möglich ist, wenn sie nicht durch zu große Radikalität abschreckend wirken. Denn ansonsten bleiben sie auf eine Nische beschränkt und haben es schwer, darüber hinaus zu wirken. Auch aufgrund der Erfahrung, dass sich sehr radikale Ansätze nur schwer dauerhaft umsetzen lassen, haben sich Ökodörfer etwas mehr an den Mainstream angegliedert und wurden dadurch für diesen attraktiver. So wirken sie zwar mehr in die Gesellschaft hinein, ziehen aber auch eine andere Klientel an, wodurch die Gefahr besteht, dass auch die Ausrichtung und Ziele der Projekt näher an den Mainstream heranrücken.

Eine Frage, die sich daraus für Degrowth ergibt und die auch die Ökodorf-Bewegung für sich nicht eindeutig beantworten kann, lautet: Wie viel Radikalität ist möglich und wie viel Anpassung an die Gesamtgesellschaft ist nötig, um möglichst viele Menschen für die eigenen Ziele zu mobilisieren?

5. Eine breite soziale Bewegung als sozial-ökologische Alternative zum rechten Populismus

Aus der Ökodorf-Perspektive ist es wichtig, sich nicht als Teil verschiedener Bewegungen zu verstehen, sondern als Teil einer breiten emanzipatorischen Bewegung, die es bereits gibt, auch wenn sie als solche noch nicht sichtbar ist. Gerade in Zeiten von Pegida, AfD & Co ist es unabdingbar, für mehr politische Schubkraft zu sorgen, um den rechten Scheinalternativen echte und humane Alternativen entgegenzusetzen. Wo den klassischen Parteien jegliche Fantasie zu fehlen scheint, den multiplen Krisen des Kapitalismus zu begegnen, darf es für die sogenannte »Mitte der Gesellschaft« nicht nur die Wahl geben zwischen der Aufrechterhaltung des Status quo einerseits und dem Populismus vom rechten Rand andererseits. Damit eine emanzipatorische Alternative jedoch eine Chance hat, als realistische Option wahrge-



.....
*Internationaler Workshop
zu Lehm- und Strohballenbau
in Sieben Linden.*

(Foto: Freundeskreis Ökodorf e.V.)

nommen zu werden, braucht sie dringend ein gemeinsames Dach, unter dem sich alle wiederfinden können.

Bei der Herausbildung eines solchen Daches für eine vielfältige und bunte Bewegung kann die Ökodorf-Bewegung dazu beitragen, stärker auf das Verbindende als auf das Trennende zu schauen – wie es in vielen Ökodorf-Gemeinschaften bereits Praxis ist. Unsere Chance liegt darin, uns in all unserer Verschiedenheit als unterschiedliche Instrumente im gleichen Orchester zu sehen, die zusammen ein Konzert geben. Dann können wir sehr stark sein und die Welt verändern.

Wir sind bereits dabei.



*In diesem Kurzfilm
stellt Christiane Kliemann
das Ökodorf
Sieben Linden vor:*



Links

Experiment Selbstversorgung – Blogprojekt:

<http://experimentselfstversorgung.net>

Global Ecovillage Network (GEN-International): <http://gen.ecovillage.org/de>

GEN-Europe (deutsch): <http://gen-europe.org/de/start/start/index.htm>

GEN-Deutschland: <http://gen-deutschland.de/start/start/index.htm>

Sieben Linden: <http://siebenlinden.de>

Verwendete und weiterführende Literatur

GEN (2014): What is an Ecovillage? <http://gen.ecovillage.org/de/article/what-ecovillage>; Zugriff: 01.02.2017.

GEN Deutschland (ohne Jahr): Projekt »Urbane Resilienz und neue Gemeinschaftlichkeit«. <http://gen-deutschland.de/aktivitaeten/uba/index.htm>; Zugriff: 01.02.2017.

GEN Europe (2015): refUGEN – GEN Takes Action regarding the Refugee Crisis on the Island of Lesbos. <http://gen-europe.org/activities/news/news-detail/artikel/refugen/index.htm>; Zugriff: 01.02.2017.

Eversberg, Dennis; Schmelzer, Matthias (2015): Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik – Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 1/2016. <http://forschungsjournal.de/node/2821>; Zugriff: 01.02.2017.

Hopkins, Rob (2014): Rob Hopkins: Transition Town is the practical manifestation of a postgrowth society (Video). <http://www.degrowth.de/en/2014/07/rob-hopkins-transition-town-is-the-practical-manifestation-of-a-postgrowth-society/>; Zugriff: 01.02.2017.

Joubert, Kosha Anja; Dregger, Leila (2015): Ökodörfer weltweit: Lokale Lösungen für globale Probleme. [Ohne Ort:] Neue Erde.

Kunze, Iris (2010): Gemeinschaften als Experimente nachhaltiger Ökonomie. In: *Wirtschaft in der Zeitenwende. Zur Vision einer Maßwirtschaft der Lebensfülle und Schritte zu ihrer Verwirklichung. Ideen und Impulse für eine integrale Ökonomie der Zukunft*. Fein, Elke (Hrsg.). Freiburg im Breisgau: Institut für integrale Studien, S. 86–95. www.ifis-freiburg.de/sites/www.ifis-freiburg.de/files/img_ifis/Wirtschaft_in_der_Zeitenwende_DOKUMENTATION.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Kunze, Iris (2009): Soziale Innovationen für eine zukunftsfähige Lebensweise. *Gemeinschaften und Ökodörfer als experimentierende Lernfelder für sozial-ökologische Nachhaltigkeit* (Dissertation). Münster: Ecotransfer. http://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/e550e7ad-e78b-44c5-ad66-0c02e073d5ec/diss_kunze.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Lambing, Julio (2014): Ökologische Lebensstil-Avantgarden: Eine kurze Analyse sozial-ökologischer Gemeinschaften und ihres Innovationspotenzials (Hrsg: European Business Council for Sustainable Energy [e5]). www.e5.org/downloads/Oekodorf/e5JulioLambingOekologischeLebensstilAvantgarden.Dez.2014.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

GEN-Europe e. V. (2014). Ökodörfer als Modelle gelebter Nachhaltigkeit. http://gen-europe.org/fileadmin/_migrated/content_uploads/Broschuere-Oekodoefer-als-Modelle-gelebter-Nachhaltigkeit.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Peoples Global Action: Widerstand (wirklich) global und (wirklich) von unten

Friederike Habermann

Friederike Habermann fuhr 1996 zum Interkontinentalen Treffen der Zapatistas in Mexiko und war von da an am Aufbau der Globalisierungsbewegung beteiligt. Im dafür anfangs entscheidenden Netzwerk *Peoples Global Action*, einer inzwischen nicht mehr existenten weltweiten Vernetzung von Basisbewegungen, fungierte sie als Pressekoordinatorin. Heute ist die Historikerin und Ökonomin als freie Autorin und Wissenschaftlerin tätig und verbindet in ihren Schriften soziale Bewegungen, andere Wirtschaften sowie das Verwobensein von Herrschaftsverhältnissen. Sie lebt heute in einem Commons-basierten Projekt bei Berlin.

1. Nach dem Ende der *Geschichte* wird gemacht: ohne Kapitalismus, ohne Herrschaft

Das »Ende der Geschichte« sei erreicht, so hatte es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Politologe Francis Fukuyama verkündet, da das, was als Sozialismus gegolten hatte, nun wieder durch den Kapitalismus abgelöst worden war. Der Neoliberalismus war auf dem Höhepunkt seiner Zustimmung – als am 1. Januar 1994, dem Tag des Inkrafttretens der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, eine kleine, kaum bewaffnete Rebellenbewegung aus dem Urwald des mexikanischen Bundesstaates Chiapas einen Aufstand wagte: die *Zapatistische Befreiungsarmee EZLN* (Ejército Zapatista de Liberación Nacional). Schon bald verkündete ihr Sprecher, Subcomandante Marcos, es ginge nicht darum, die Macht zu ergreifen, sondern die Welt neu zu erschaffen. Die Zapatistas fingen in ihren autonomen Zonen mit Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit schon mal an. Wobei eigentlich die Frauen in der *EZLN* damit bereits ein Jahr früher in einer internen Rebellion begonnen hatten. Und das ist keine Lappalie: Den Zapatistas geht es um die Aufhebung eines *jeden* Herrschaftsverhältnisses.

Durch ihre *Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft* 1996 und 1997 brachten die Zapatistas erstmals auf globaler Ebene Bewegungen zusammen, die von einem ähnlichen Politikverständnis geprägt waren. Von ihrer »Zweiten Erklärung von



Arbeitsgruppe zu Ökonomie, 1996 in Roberto Barrios/Chiapas. (Foto: Bärbel Högner)

La Realidad« und ihrem Aufruf zu einem Netz der Widerständigkeiten inspiriert, kamen Vertreter_innen von (überwiegend Basis-)Bewegungen aus über siebzig Ländern zusammen und gründeten die weltweite Vernetzung *Peoples Global Action (PGA)*. Ja: »Peoples«, so wie »Völker«, denn Indigene waren von Anfang an beteiligt und richtungsweisend: seien es Adivasis aus Indien oder Maoris aus Aotearoa alias Neuseeland oder sei es der ecuadorianische Zusammenschluss *CONAIE*.

Dass ich *Peoples Global Action* falsch schreibe, indem ich das Apostroph weglasse (richtig wäre: *Peoples'*), eröffnet allerdings die Möglichkeit, es ebenso gut als falsch geschriebenes *People's* zu lesen – Globales Aktionsnetzwerk der Menschen. Das tat ich auch schon als Pressekoordinatorin von *PGA*, eine Funktion, die ich seit den Protesten gegen die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf im Mai 1998 ausfüllte. Dies geschah allerdings nicht mit durchschlagendem Erfolg, was nicht einmal unseren improvisierten Strukturen geschuldet war. Denn obwohl der Polizeichef von Genf angesichts der tagelangen Demonstrationen und Riots von einem neuen 1968 sprach, und obwohl weltweit Aktionen koordiniert stattfanden – seien es die 40 000 Obdach- und Landlosen in Brasilien, die eine Woche lang auf die Hauptstadt zu marschierten, sei es die *Global Street Party*, die auf allen Kontinenten gleichzeitig stattfand –, drang diese neue Form von Protest noch nicht ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit vor.

Da auch über die 200 000 Bäuer_innen, die in Indien demonstriert hatten, keine einzige Notiz in den westlichen Medien auftauchte, beschlossen diese, bei nächster Gelegenheit ein paar mehr Abgesandte nach Europa zu schicken. Anlässlich des Doppelgipfels von EU und G8 in Köln im Frühjahr 1999 fuhren fast 500 Menschen aus dem globalen Süden fünf Wochen lang mit Bussen durch elf Länder, für Aktionen und um hiesige Aktivist_innen vor Ort

zu treffen. Aus den *Global Street Partys* wurden *Global Action Days*: weltweit koordinierte Aktionen zur selben Zeit. Doch »diese Mauer des Schweigens, auf die wir stoßen«, wie M. D. Nanjundaswamy von der indischen Bauernbewegung *KRRS* es 1998 in Genf ausgedrückt hatte, wurde hierdurch nicht einmal angekratzt. Als 1999 in Köln Hunderte Mitglieder der *KRRS* in weißen Gewändern und grünen Schals mit öffentlichen Verkehrsmitteln aufbrechen wollten, um die Herrschenden auszulachen, wurden sie eingekesselt und in ein Gefängnis außerhalb der Stadt gefahren; die einzige Zeitung, die am nächsten Tag darüber berichtete, titelte: »300 Autonome besetzten Straßenbahn.«

Mit den Seattle-Protesten gegen die WTO-Konferenz im Herbst desselben Jahres wurde das Schweigen teilweise gebrochen: Die am ersten Tag erfolgreiche Blockade, die auch zum Scheitern der Verhandlungen beitrug, verbunden mit einer euphorischen Stimmung unter den 50 000 tagelang Protestierenden, elektrisierte nun die weltweite Öffentlichkeit. Für den Erfolg in Seattle war *Peoples Global Action (PGA)* als Impulsgeberin insofern entscheidend, als das US-amerikanische *Direct Action Network* bei der Organisation jener Straßenblockaden, welche zum strategischen Erfolg der Verhinderung der Konferenz am ersten Tag führten, die *PGA*-Grundprinzipien übernahm. Als interkontinentale Vernetzung präsent war *PGA* lediglich als fünfwöchige Mini-Karawane quer durch die USA – wenn wir damit auch zur breiten Mobilisierung von 50 000 Demonstrierenden in Seattle beitrugen. Als die Globalisierungsbewegung im September 2000 mit ihren Protesten gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank in Prag nach Europa zurückkehrte, waren es wieder unmittelbar *PGA*-Strukturen, die diesen Prozess anstießen. Wenn auch die Stimmung nicht vergleichbar

Comandante Tacho und Subcomandante Marcos bei der Clausura des Interkontinentalen Treffens 1996 in La Realidad/Chiapas. (Foto: Bärbel Högner)





*Wenn die Inder_innen bei Mächtigen anklopfen, dann unangemeldet.
Hier in der EZB in Frankfurt am Main. (Foto: Bärbel Högner)*

.....

euphorisch war, so verliefen doch auch diese Aktionstage erfolgreich, und damit mündeten die Proteste endgültig in eine soziale Bewegung: Mit den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Nizza im Dezember desselben Jahres hatte *PGA* organisatorisch nichts zu tun. Tatsächlich schien es in den folgenden Monaten, als könnten sich nicht einmal mehr Handelsminister treffen, ohne dass vor Ort Blockaden geplant wurden.

Doch viele Basisbewegungen aus dem globalen Süden, deren Vertreter_innen sich parallel zu den Protesten in Prag trafen, wurden unzufrieden mit dem Konzept des »summit hoppings«, des Gipfelstürmens. Zu kurzlebig erschien ihnen diese Aktionsform, zudem war sie aufwendig und ihre Beteiligung scheiterte auch häufig daran, Visa und Flugtickets zu bekommen; Einzelpersonen aus dem globalen Norden hingegen konnten sich die Anreise eher leisten, und Visa erhielten sie sowieso. *Peoples Global Action* beschloss deshalb auf einem Delegiertentreffen während der Pragproteste und damit ausgerechnet in dem Moment, wo die Globalisierungsbewegung zu einer wirklichen Kraft geworden war, sich auf längerfristige Kampagnen zu konzentrieren, die erste gegen den Plan Colombia.¹ Während die »Bewegung

¹ Im Sommer 2000 hatte der US-Kongress eine Finanzspritze von 1,3 Milliarden Dollar an das kolumbianische Regime bewilligt, angeblich für den Kampf gegen die Drogenmafia, faktisch jedoch, um sich die Kontrolle dieser geopolitisch strategisch wichtigen Region zu sichern sowie die Implementierung einer neoliberalen Entwicklung der Region zu garantieren.

der Bewegungen« (Naomi Klein 2003) immer breiter wurde, verblasste die Relevanz von *PGA* im Zuge ihrer Abwendung von den Gipfelprotesten.

Einen massiven Einbruch erlebte die Globalisierungsbewegung durch die im Juli 2001 während des G8-Gipfels in Genua ausgeübte Repression. Aktivist_innen wurden aus den Demonstrationen herausgezogen oder im Schlaf überfallen (eingegangen in die Geschichte als »chilenische Nacht«), und viele von ihnen wurden in Polizeistationen tagelang festgehalten und geschlagen. Dazu kam, nur anderthalb Monate später, der 11. September. Die dritte große internationale Konferenz von *Peoples Global Action* fand direkt in der Woche danach statt, diesmal im bolivianischen Cochabamba.² Anreisende Delegierte und Organisator_innen wurden massiver juristischer Repression ausgesetzt. Thema waren zum ersten Mal Commons und damit Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsweise. Doch dabei sollte es auch bleiben, es folgten keine weiteren Konferenzen. Die enorme Kraft, jeweils fast aus dem Nichts eine große Aktion zu stemmen, kam nicht wieder zustande.

Auch waren viele einzelne Aktive (aus dem Norden) durch ihr intensives Engagement regelrecht ausgebrannt oder konnten sich nicht länger derart intensiv *PGA* widmen; viele Bewegungen (aus dem Süden) waren mit ihren lokalen Kämpfen voll ausgelastet. Die dezentrale Struktur von *PGA* erschwerte die Kontinuität. Das 2001 gegründete Weltsozialforum, wo sich von nun an jährlich zig- bis weit über hunderttausend Menschen trafen, um Alternativen zu diskutieren, dürfte ebenfalls zum Bedeutungsverlust von *PGA* beigetragen haben.

2. »Wenn du nur kommst, um mir zu helfen ...«

Bis heute herrscht das falsche Bild vor, der Protest gegen die Exponenten des Neoliberalismus – Welthandelsorganisation, Weltbank und Internationaler Währungsfonds – sei wesentlich von Organisationen des globalen Nordens initiiert gewesen. *Attac* gilt vielen als Synonym für »die globalisierungskritische Bewegung«. Doch die Anstöße kamen wesentlich von den Zapatistas und den indischen sowie verschiedenen indigenen Bewegungen und damit von den wirklich Marginalisierten in der globalisierten Welt.

In der Anfangszeit war *Peoples Global Action* gleichzusetzen mit der Globalisierungsbewegung. Doch in *PGA* sprach niemand von »Globalisierungskritik« und auch nicht von einer »Antiglobalisierungsbewegung«; es ging weder darum, die neoliberale Globalisierung »besser« zu gestalten noch um nationalen Lösungen, sondern darum, Widerstand von unten global(isiert) zu koordinieren und damit um eine emanzipatorische Form des Zusammenwirkens. Um verfestigte Hierarchien zu vermeiden, die unter anderem mit dem leichteren Zugang von Akteur_innen des globalen Nordens

2 Die zweite internationale Konferenz hatte im August 1999 im indischen Bangalore stattgefunden.

zu Geldmitteln einhergehen können, gab es keine auf Kontinuität angelegten Finanzmittel. Stattdessen wurden für jede Aktion erneut Spenden eingetrieben. Statt eines Vorstandes fungierte je eine Bewegung pro Weltregion (West- sowie Osteuropa, Nord-, Mittel- und Südamerika, Naher Osten, Südöstlicher Pazifik etc.) als »conveners group«; diesen kam die Aufgabe zu, sicherzustellen, dass der Prozess weitergeht. Jeweils auf den internationalen Konferenzen wurde gewechselt. Auf den Konferenzen selbst wurde von Anfang an auf Geschlechtergerechtigkeit bei den Wortbeiträgen sowie auf eine angemessene Nord-Süd-Repräsentanz geachtet.

Die auch im deutschen Sprachraum immer nur *Hallmarks* genannten fünf Grundprinzipien von *PGA* lauten:

1. Eine Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus sowie aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.
2. Eine Ablehnung aller Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung, einschließlich (aber nicht beschränkt auf) Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind.
4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch zum Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.
5. Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist. *PGA* stellt ein Koordinationswerkzeug dar, keine Organisation. Sie hat keine Mitglieder und ist nicht juristisch repräsentiert. Keine Organisation oder Person kann *PGA* repräsentieren.

Bei Treffen anlässlich von Weltsozialforen oder Klimaprotesten äußern bis heute viele ehemalige *PGA*-Aktive, und zwar gerade von Basisbewegungen aus dem globalen Süden, Bedauern darüber, dass es eine ähnliche Vernetzung wie *Peoples Global Action* nicht mehr gibt. Es bedarf einer Vernetzung, in der die »Subalternen«, wie die postkoloniale Theoretikerin Gayatri C. Spivak (2008 [1988]) die Marginalisiertesten dieser Welt nennt, sich Gehör verschaffen: neben indigenen Bewegungen oder den Schwarzen Gemeinschaften Kolumbiens beispielsweise Textilarbeiterinnen aus Bangladesch, Fischer aus Sri Lanka und den Philippinen oder Hausangestellte aus Bolivien. Nicht als Vorzeigattraktionen für Nichtregierungsorganisationen

aus dem globalen Norden, sondern Hand in Hand mit autonomen Bewegungen aus Europa oder beispielsweise der Postgewerkschaft aus Kanada. Während das Manifest von *PGA* nie fertiggestellt wurde und nie größere Bedeutung erlangte, wurde das ihm vorangestellte Zitat »einer australischen Ureinwohnerin« maßgebend: »Wenn du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn du aber meinen Kampf als Teil deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten.«³

3. Peoples Global Action war Commons-schaffend

Nicht selten höre ich heutzutage auf Veranstaltungen zu Degrowth von Menschen, die sich damit zum ersten Mal beschäftigen, die Frage, wie wir diesen Gedanken denn nun auch im globalen Süden verbreiten könnten? Dabei stammt das Konzept des Post-Developments, also die Ablehnung des von den Weltwirtschaftsinstitutionen vorgeschriebenen Wachstumspfad, bereits aus den 1980er Jahren – und ist eben im Süden geprägt worden. Es ist insbesondere Wolfgang Sachs zu verdanken, diese Gedanken in den 1990er Jahren auch in Deutschland verbreitet und damit eine wesentliche Grundlage für Postwachstum gelegt zu haben.

Post-Development ist ein schillernder Begriff; darunter fallen sehr unterschiedliche Ansätze (vgl. den Beitrag zu Post-Development, S. 284–295). Auch Degrowth ist ein solcher Sammelbegriff; er schließt nicht nur das Konzept der Postwachstumsökonomie von Niko Paech ein, sondern auch nichtkapitalistische bis hin zur Beitragsökonomie beziehungsweise Demonetarisierung (vgl. den Beitrag des Demonetize-Netzwerks, S. 118–127) beziehungsweise, in meinen Worten, Ecommony. Ähnlich divers setzt(e) sich ab den Protesten in Seattle die »Bewegung der Bewegungen« zusammen. Alle eint, dass auf unterschiedlichen Wegen nach einer Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem gesucht wurde. War Post-Development zumeist theoretisch ausgerichtet und *PGA* eine Vernetzung für Aktionen, so hat Degrowth das Potenzial, explizit beides voranzutreiben: Theorie und Praxis. Insofern erstaunt nicht, dass heute Kontakte bestehen zwischen Ausläufern und ehemaligen Aktiven von *PGA* beziehungsweise den nach wie vor dissidenten Basisbewegungen aus dem globalen Süden – zum Beispiel der Initiative gegen den Staudamm im indischen Narmada-Tal oder den Kuna aus Panama – und inhaltlich anschlussfähigen Teilen der Degrowth-Bewegung.

³ Das Original lautet übrigens etwas anders: »Wenn du nur kommst, um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber kommst, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten.« Es stammt von einer Frau, die durchaus einen Namen hat: Lilla Watson, (Bildungs-)Aktivistin aus Brisbane. Allerdings weist sie selbst darauf hin, dass es verkürzt sei, ihr dieses Zitat zuzuschreiben, da es aus dem kollektiven Prozess einer Gruppe von Aborigine-Aktivist_innen geboren wurde. Aber nun ja, das ist ja immer so, dass Einzelnen Erkenntnisse zugesprochen werden, obwohl Neues ausschließlich im gemeinsamen Werden entsteht.

Neben der Frage der inhaltlichen Übereinstimmung ist die Art der Organisation entscheidend – und damit kommen wir zu den Commons als ein in *PGA* selbstverständlich gelebtes Konzept, das heute auch im Umfeld von Degrowth eine Rolle spielt. *PGA* war beitragsökonomisch organisiert: Geld gab es bestenfalls in Form von Taschengeld – zum Beispiel hundert D-Mark im Monat für pausenloses Tätigsein in den Wochen vor Aktionen, wenn das Lebensmittelretten nicht ausreichte. Unterkunft, Computerarbeitsplätze, all dies wurde beitragsökonomisch organisiert, also freiwillig von Menschen zur Verfügung gestellt, häufig auch einfach von Unbeteiligten, die um Unterstützung gebeten worden waren. Es gab bewusst keine Hauptamtlichen, keine Bürostrukturen, auch keine finanziellen Ressourcen jenseits der für die Aktionen notwendigen. Stand eine solche an, wurde Geld »gesammelt« – heute hieße so etwas Crowdfunding.

Erst recht ist kein Zufall, dass sich ehemalige *PGA*-Aktive heute in der Commons-Bewegung wiederfinden. Dies gilt etwa für Massimo de Angelis, der mir 1996 in meiner Arbeitsgruppe zu Ökonomie im Urwald von Chiapas zum ersten Mal begegnete. Anfang des Jahrtausends gründete er das Webjournal *The Commoner* als eine erste Plattform für eine transnationale Debatte zu Commons. Was sich mir selbst damals inhaltlich noch nicht erschloss, prägte ihn: dass ein Großteil der in *PGA* versammelten Kämpfe, so unterschiedlich sie zunächst schienen, sich um Commons, um Gemeingüter, drehten. So war das Narmada-Tal in Indien ein Commons, das erlaubte, gut zu leben – statt im Slum der nächsten Großstadt vor sich hin zu vegetieren. Die Kämpfe in Cochabamba drehten sich um Wasser als Commons.

Commons entstehen oft erst aus Kämpfen gegen ihre Verneinung, betont de Angelis (2002): Kämpfe gegen Landgrabbing werfen die Frage nach Land für diejenigen, die es kultivieren, auf; Kämpfe gegen intellektuelle Eigentumsrechte führen zur Frage nach der Wissensallmende; Kämpfe gegen Umweltzerstörung lenken den Blick auf die Frage nach den natürlichen Commons; Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser, Bildung und Gesundheit führen zu Forderungen nach Wasser, Bildung und Gesundheit als Commons.

Es bestehen viele Ansatzpunkte und Kämpfe rund um Commons, mit denen sich auch die Degrowth-Bewegung solidarisieren sollte. Denn da Kapitalismus ohne Wachstum nicht möglich ist, braucht es eine radikal andere Form der wirtschaftlichen Organisation. Frei von den Restriktionen durch Eigentum, so de Angelis (2002), würden Kooperation, Erfindungsgeist und gesellschaftliche Neuerungen angetrieben durch Bedürfnisse und Sehnsüchte. Hierdurch entfalte sich die Vielfalt der Mächte-zu (»powers-to«), die danach strebten, alle Mächte-über (»powers-over«) loszuwerden. Auch hieraus ergeben sich Verbindungslinien zur heutigen Degrowth-Bewegung: von der gemeinsamen Verneinung des bestehenden Wirtschaftsmodells und damit verbundener Herrschaftssysteme zu einer Welt, in der die Kraft der vielen sich schöpferisch entfalten kann. Es darf nicht nur um Abwehr-



Begrüßung zum Ersten Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft, 1996 in San Andrés/Chiapas. (Foto: Bärbel Högner)

Es ging um die Globalisierung der Solidarität und die Überwindung jedes Herrschaftsverhältnisses. Hier übrigens in Leverkusen. (Foto: Bärbel Högner)



kämpfe gehen und nicht nur um Kämpfe darum, wie wir Ökonomie gestalten, sondern um jeden Kampf gegen jedes Herrschaftsverhältnis, das Menschen in ihrer Freiheit, sich zu entfalten, einschränkt.

4. Zum Weltretten braucht es alle

Die Anregungen an die Degrowth-Bewegung ergeben sich aus dem Vorherigen: Bleiben Aktivist_innen aus dem globalen Norden unter sich, drohen Klimakolonialismus und Umweltrassismus. Ein Beispiel hierfür wäre das im Namen des grünen Wachstums propagierte »Weiter so!«, ermöglicht durch Umstellung auf erneuerbare Energien bei gleichzeitigem Export der Anlagen in den globalen Süden oder dem dortigen Anbau von Biomasse, was heute ein wesentlicher Grund für Landgrabbing darstellt – und zwar nicht selten von Land, das bis dato als Allmende, also als Commons genutzt wurde. Dass eine solche Ausrichtung – von Bewegungen im Süden im Wortspiel auch »greed economy« genannt (abgeleitet von »green Economy«) – von der Degrowth-Bewegung abgelehnt wird, zeigt, dass hier ein wesentlicher Anknüpfungspunkt zwischen Nord und Süd liegt. Generell gilt: Eine Weltrettung ist nicht möglich aus der Sicht des »omnipotent white eye«, wie es der postkoloniale Theoretiker Stuart Hall (1989 [1981]: S. 159) formuliert. Mit diesem Ausdruck bezeichnet er die koloniale Einstellung, alles besser zu wissen, da die Europäer_innen bereits »weiter« wären. Diese Einstellung findet sich auch heute noch vielfach, offensichtlich wird dies nicht zuletzt bei Wirtschafts- sowie Umweltfragen.

Es braucht also eine globale Vernetzung. Mit dem punktuellen Einladen einzelner Intellektueller zu Veranstaltungen oder als Autor_innen ist es nicht getan. Es geht darum, mit den (tendenziell) »Subalternen«, den am meisten Marginalisierten, im Austausch zu sein, ohne dass sich innerhalb dieses Zusammenwirkens Hegemonien reproduzieren. Dem Weltsozialforum ist Letzteres vielfach vorgeworfen worden, unter anderem, da ein Großteil derjenigen, die dort ihr Forum fanden und finden, selbst wenn sie aus dem globalen Süden stammen, Akademiker_innen, Männer, und/oder *Weiß*e sind. Doch bleibt es nicht bei Alibi-Veranstaltungen, lässt sich viel voneinander lernen.

So kann die Degrowth-Bewegung aus den Kämpfen im globalen Süden vielleicht die Einsicht gewinnen, dass Postwachstum nicht mit Verzicht einhergehen muss. Wenn die indischen Adivasi dafür streiten, im Urwald leben zu dürfen, statt – so der explizite Wunsch eines Regierungsvertreters – Computerexpert_innen zu werden, dann stellt dies Vorstellungen davon, was Reichtum ist und was Verzicht, auf den Kopf. Auch was politische Mobilisierung angeht, lässt sich etwas Wichtiges lernen: dass sie keine Frage des Geldes ist. Für Menschen, die glauben, am Anfang jeder Bewegung stünden Finanzanträge, kann das eine entscheidende Erkenntnis sein.

5. Zusammen!

Über Jahrzehnte dissident blieben und bleiben jene Bewegungen des globalen Südens, in denen eine teilweise autonome ökonomische Basis die Lebensbedingungen absichert und zudem eine andere Lebensweise und einen anderen Alltagsverstand erlaubt. Auf diese Weise bilden sich Räume anderer Selbstverständlichkeit, »Halbinseln gegen den Strom« (Habermann 2009). In ihnen lässt sich klarer sehen, was Alternativen zum Kapitalismus sein können, da sie sich in alltäglichen Praktiken erproben lassen. Wer nur mal samstags auf eine Demo geht, ansonsten aber mit kapitalistischem Alltagsverstand lebt, verlernt schnell, darüber hinaus zu denken. Darum ist es wichtig, solche Halbinseln auch hier zu schaffen. Das müssen keine autonomen Projekte, sondern es können auch andere Wohn- und Zusammenlebensformen in der Stadt, Vernetzungen mit anderen im Beruf oder schlicht Verschenknetzwerke im Internet sein.

Peoples Global Action lehnte Lobbypolitik ab. Dennoch ist das Ringen um politische Errungenschaften auf der Gesetzesebene nützlich – möglich wird es aber nur aufgrund eines veränderten Alltagsverstandes. Darum sollten nicht Forderungen im Fokus der Bemühungen stehen, sondern das, was David Graeber (der selbst in den Ausläufern von *PGA* aktiv war) als direkte Aktion definiert: im Hier und Jetzt das zu leben, was wir für richtig halten.



Beeindruckende Aufnahmen der globalisierungskritischen Bewegung und ein spannendes Interview mit Friederike Habermann (Kurzfilm).



Meine Vision? Eine Degrowth- beziehungsweise Post-Development- beziehungsweise Buen-Vivir- beziehungsweise What-ever-you-wanna-call-it-Bewegung und eine Globalisierungs- beziehungsweise Klima- beziehungsweise What-ever-you-wanna-call-it-Bewegung im Spirit von *Peoples Global Action* vereinen sich zu einer neuen Bewegung der Bewegungen, die sowohl Widerstand als auch die Re-Organisierung des alltäglichen Lebens ins Zentrum stellt. Die Karawanen, die Convergence-Centers (Aktionszentren) während der Gipfelstürme, die Camps der Occupy-&-Co-Aufstandsbewegungen seit 2010 und die heutigen Klimacamps waren, sind und schaffen solche Orte. Ohne solche subkulturellen »Halbinseln gegen den Strom« wird sich keine breite Bewegung entwickeln, und insofern ist eine wesentliche Aufgabe, nicht zuletzt für Degrowth-Protagonist_innen, Widerstandsräume zu schaffen, in denen andere Erfahrungen gelebt werden können.

Link

Peoples Global Action (PGA; Acción Global de los Pueblos):
www.agp.org

Verwendete und weiterführende Literatur

De Angelis, Massimo (2003): Reflections on Alternatives, Commons and Communities. Or: Building a New World from the Bottom Up. The Commoner 6. <http://www.commoner.org.uk/deangelis06.pdf>;
Zugriff: 01.02.2017.

Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein: Ulrike Helmer.

Habermann, Friederike (2014): Geschichte wird gemacht. Etappen des globalen Widerstands (in der Reihe: Bibliothek des Widerstands). Hamburg: Laika.

Habermann, Friederike (2016): Ecommony. UmCARE zum Miteinander (hrsg. v. d. Stiftung Fraueninitiative). Sulzbach: Ulrike Helmer.

Hall, Stuart (1989): Die Konstruktion von »Rasse« in den Medien (erstveröffentlicht: 1981). In: Stuart Hall – Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1. Rätzel, Nora (Hrsg.). Hamburg/Berlin: Argument, S. 150–171.

Klein, Naomi (2003): Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfrente. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Notes from Nowhere (2003): We are Everywhere. The Irresistible Rise of Global Anticapitalism. London/New York: Verso.

REDaktion (1997): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. isp: Köln.

Spivak, Gayatri C. (2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation (erstveröffentlicht: 1988). Wien: Turia+Kant.

Plurale Ökonomik als wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftswissenschaftliche Bearbeitung von Degrowth

Jonathan Barth, Christoph Gran
und Tanja von Egan-Krieger

Das Netzwerk Plurale Ökonomik e.V. setzt sich für eine Neuaufstellung der Wirtschaftswissenschaften ein. Im Mittelpunkt stehen die Forderung nach Theorien- und Methodenvielfalt, nach Interdisziplinarität sowie die Fokussierung auf reale gesellschaftliche Probleme statt auf abstrakte und mathematische Modellierungen. Das Ziel ist, die Einseitigkeit des derzeitigen ökonomischen – und darauf basierenden gesellschaftlichen – Denkens zu überwinden.

Als Ökonomen (Barth, Gran) und Philosophin (von Egan-Krieger) setzen wir uns seit vielen Jahren kritisch mit den herrschenden Wirtschaftswissenschaften im Rahmen des Netzwerkes Plurale Ökonomik auseinander. Zudem sind alle drei in der Degrowth-Bewegung aktiv.

1. Wirtschaft plural denken

»Wir wollen aus den Traumwelten entkommen!« Mit diesem Ausspruch beginnt ein offener Brief von französischen Studierenden der Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2000 (Paecon 2000). Darin beklagen sie die einseitige Fokussierung in der Lehre auf einen einzigen theoretischen Strang: den auf der neoklassischen Theorie aufbauenden Mainstream. Die mathematische Formalisierung der heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Theorie habe dazu geführt, dass die Mathematik zu einem Selbstzweck geworden sei. Damit würde die Theorie dem Anspruch, reale wirtschaftliche Phänomene zu erklären, nicht mehr gerecht. Deshalb fordern sie einen Pluralismus an wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen. Eine kleine Gruppe von Lehrenden unterstützte diese Kritik.

Der Abdruck der studentischen Petition in der Tageszeitung *Le Monde* trat eine landesweite Debatte los. Innerhalb von zwei Wochen hatten sich 600 Studierende mit ihrer Unterschrift hinter ihre KommilitonInnen gestellt. Eine Radiosendung am 21. September 2000 brachte dann den wissenschaftspolitischen Durchbruch: Andere Studierende, beispielsweise in Cam-



Teaching Economics Tagung, Berlin, 2015. (Foto: Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)

.....

bridge und in Harvard, zogen nach und mittlerweile ist die Bewegung global vernetzt. Ihr Sprachrohr, die *real-world economic review*, erreicht über 11 000 EmpfängerInnen.

Die Bewegung erreicht Deutschland

Im November 2003 gründeten einige DoktorandInnen und StudentInnen den deutschen *Arbeitskreis Postautistische Ökonomie*. Durch Vernetzungs- und Informationsaktivitäten entstanden eine erste wissenschaftliche Tagung und zahlreiche Workshops. Im November 2007 folgte die Vereinsgründung. Der Begriff Postautismus war von Beginn an weder als Beleidigung von Menschen mit Autismus noch als persönlicher Angriff auf KollegInnen gedacht gewesen, sondern beschreibt eine wissenschaftliche Kritik am heutigen Zustand der Ökonomik. Nach der Kritik an der Namensgebung vonseiten eines Vereins von Eltern autistischer Kinder hat sich der Verein dennoch auf die Suche nach einem neuen Namen gemacht. 2011 gab sich der Verein übergangsweise den Namen *AK Real World Economics*. Um die Arbeit des Netzwerks auf eine breitere Basis zu stellen, die Zugänglichkeit zu erhöhen und in der Öffentlichkeit mit einem unmittelbar verständlichen Namen auftreten zu können, wurde schließlich auf der Mitgliederversammlung 2012 der aktuelle Name *Netzwerk Plurale Ökonomik* gewählt. 2014 beteiligte sich das Netzwerk am »Internationalen studentischen Aufruf für eine Plurale Ökonomik«. In den Nachwehen bildete sich die *International Students Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE)* heraus, in der sich Hochschulgruppen und Organisationen weltweit vernetzen.

Die Einseitigkeit ökonomischen Denkens

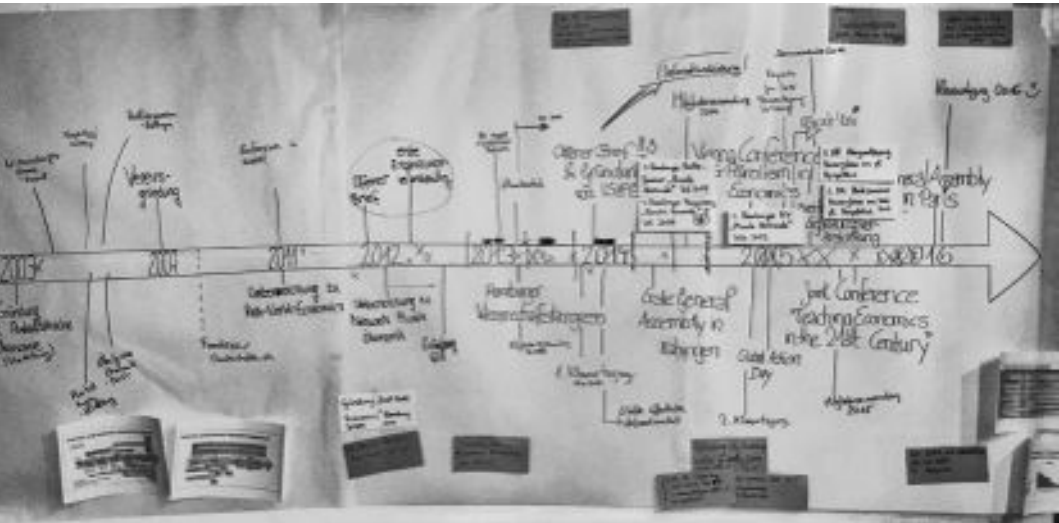
Die Einseitigkeit ökonomischen Denkens ist bis heute der zentrale Kritikpunkt der Bewegung geblieben. Die Gründe für diese Kritik waren stets vielfältig und werden von unterschiedlichen AkteurInnen durchaus verschie-

den gewichtet. Von studentischer Seite aus wird kritisiert, dass im Studium keine Chance bestünde, alternative ökonomische Ansätze überhaupt kennenzulernen, um sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Dadurch würde kritisches Denken nicht gefördert, sondern geradezu gehemmt.

Zudem wird von VertreterInnen der Bewegung kritisiert, dass der heutige Mainstream der Ökonomie nicht in der Lage sei, viele Aspekte des Wirtschaftsgeschehens ausreichend zu erklären. Antworten auf ökologische oder gesellschaftliche Fragen, die nicht in den Modellen des Mainstreams abgebildet sind, können deshalb nicht gegeben werden. Diese Kritik wird mit zwei unterschiedlichen Argumenten begründet. Das eine besagt, dass eine Theorie allein grundsätzlich nicht in der Lage sei, alles relevante wirtschaftliche Geschehen zu erklären. Von VertreterInnen dieses Argumentes wird gerne das Bild eines Handwerkers herangezogen, der versucht, mit nur einem Werkzeug alle Reparaturen zu vollziehen. Stattdessen sei ein Pluralismus an Theorien und Methoden notwendig, um sich das jeweils Passende zur Problemlösung aussuchen zu können. Das andere Argument ist grundlegender, insofern es nicht nur die Einseitigkeit in der ökonomischen Theorie kritisiert, sondern zudem den neoklassisch geprägten Mainstream an sich zurückweist. Dass dieser viele und bedeutsame Aspekte des Wirtschaftssystems vernachlässigt, stelle die Erklärungskraft des Mainstreams insgesamt in Frage. Zum Beispiel werden wichtige Wechselwirkungen zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit oder zwischen Wachstum und Ökologie aufgrund der blinden Flecken der neoklassischen Theorie nicht berücksichtigt.

Für andere im Netzwerk besteht der Hauptgrund für die Kritik und Zurückweisung des Mainstreams nicht in erster Linie in seiner mangelnden Erklärungskraft, sondern in seiner Normativität: Die Idee einer wertfreien und objektiven Wirtschaftswissenschaft wird von vielen im *Netzwerk Plu-*

Die Geschichte des Netzwerk Plurale Ökonomik. (Foto: Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)





Teaching Economics Tagung, Berlin, 2015. (Foto: Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)

rale Ökonomik zurückgewiesen. Betont wird, dass normative Überzeugungen der ÖkonomInnen nicht nur die Auswahl der Fragestellungen, sondern auch die Konzeption der Theorie selbst bestimmen. Diese Normativität erhält insbesondere dann Bedeutung, wenn ökonomische Theorien Einfluss auf die Politik ausüben. So haben die Meinungen von ÖkonomInnen – unter ihnen hauptsächlich Männer – im öffentlichen Diskurs einen großen Einfluss. ÖkonomInnen schalten sich national und international durch zahlreiche Forschungs- und Beratungsinstitute sowie den Sachverständigenrat in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse ein. In ihrer Rolle als ExpertInnen verbreiten sie diese Normen, Vorstellungen und Denkmuster – unter dem Deckmantel einer scheinbaren Objektivität und Quantifizierbarkeit ökonomischer Forschung – in der Gesellschaft. Die normativen Grundlagen des Mainstreams sind zum Beispiel im Konzept idealer Märkte und im Begriff Effizienz, aber auch im Arbeits- und Naturbegriff zu finden. Die Auswirkungen zeigen sich in Politikempfehlungen wie »weniger Regulierung«, »geringere Steuern« und »Wettbewerbssteigerung«, aber auch in einer Vernachlässigung von ökologischen Fragen und der Abwertung von Sorgearbeit.

Hier zeigt sich die gesellschaftliche Verantwortung der Disziplin. Ökonomische Forschung setzt Maßstäbe, was als gut und wichtig zu bewerten ist. Um jedoch eine umfassende Folgenabschätzung von Politikmaßnahmen zu erhalten, müssen die genannten Wertvorstellungen reflektiert und die vorhandenen Leerstellen durch andere Denkschulen wie die Ökologische Ökonomik, die Feministische Ökonomik, die Alte Institutionelle Ökonomik, den Marxismus, die Evolutorische Ökonomik, den Keynesianismus und andere gefüllt werden.

2. StudentInnen und WissenschaftlerInnen setzen sich für andere Wirtschaftsweisen ein

Das Netzwerk *Plurale Ökonomik* ist vorwiegend studentisch geprägt, aber es engagieren sich auch zunehmend DoktorandInnen, Post-Docs und ProfessorInnen in der Bewegung. Dabei gibt es oft einen Überhang von männlichen Engagierten, dies wird innerhalb der Bewegung jedoch problematisiert

und durch reflektiertes Kommunikationsverhalten kritisch aufgenommen. Es wird angestrebt, dies zeitnah zu ändern. Im Netzwerk sind insgesamt 31 Ortsgruppen beteiligt, die eine Vielzahl an lokalen Veranstaltungen organisieren. Neben bundesweiten Aktivitäten ist das Netzwerk auch überregional und international aktiv und eingebunden, so zum Beispiel bei *Rethinking Economics* und der *Students Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE)*.

Plurale Ökonomik hat in Deutschland als Verein inzwischen über 200 Mitglieder. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Anzahl aktiver Menschen wesentlich höher ist, da gerade auf lokaler Ebene nur ein kleiner Teil der StudentInnen auch Mitglied im Verein ist. Geschätzt kommen drei Viertel der Mitglieder aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften oder aus interdisziplinären Studiengängen mit Wirtschaftsbezug.

Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung und Hochschulpolitik als zentrale Säulen

Durch Vernetzungs- und Informationsaktivitäten des Arbeitskreises *post-autistische Ökonomie* entstanden eine erste wissenschaftliche Tagung und zahlreiche Workshops zu Themen wie Wissenschaftstheorie und Wachstum, aber auch zu Theorierichtungen wie Postkeynesianismus, Evolutorik und Ökologische Ökonomik. Im Jahr 2006 veröffentlichten Mitglieder des Arbeitskreises den Sammelband »Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaften« (Dürmeier/von Egan-Krieger/Peukert 2006), in dem die postautistische Bewegung vorgestellt wird. In der Folge fanden zahlreiche bundesweite Aktivitäten statt, die sich in drei Kategorien gliedern lassen: Erstens versucht das Netzwerk, die Öffentlichkeit und die Politik vermehrt für das Thema zu sensibilisieren; zweitens strebt das Netzwerk eine Veränderung der Hochschulen, deren Curricula und Stellenbesetzungen an; drittens bemüht sich die Bewegung um die Erarbeitung konkreter Alternativen zum Status quo.

Die Sensibilisierung fand zum Beispiel durch einen offenen Brief (2012), einen internationalen Aufruf (2014), durch eine aktive und professionelle Öffentlichkeitsarbeit (seit 2014) und durch Vorträge zum Thema (seit 2007) statt. Zudem wird durch die Studie »EconPLUS« die Pluralität der VWL-Fakultäten in Deutschland systematisch evaluiert, um auf Missstände hinzuweisen. Gleichzeitig wird auf lokaler Ebene durch Lesekreise und Werbung versucht, auf das Thema aufmerksam zu machen. Für die Veränderung der Hochschulen setzen sich besonders die lokalen Gruppen ein. Sie versuchen, auf Berufungsverfahren einzuwirken, bieten Ringvorlesungen an, laden ProfessorInnen zum Gespräch ein und betreiben eine aktive Hochschulpolitik. Diese Aktivitäten werden auf der Austauschplattform www.pluralowatch.de gesammelt, so dass sich die Gruppen vernetzen und gegenseitig bereichern können. Daneben wird lokal wie auch auf bundesweiter Netzwerkebene an konkreten Alternativen gearbeitet. Darunter fällt beispielsweise die Entwicklung neuer Lehrmaterialien, die Erstellung des wissenschaftlichen Sam-

melbandes »Perspektiven der Pluralen Ökonomik«, die Erarbeitung einer Online-Universität für Plurale Ökonomik, die Organisation von Ergänzungsveranstaltungen zu den Jahrestagungen des *Vereins für Socialpolitik* (Göttingen 2012, Münster 2015) und die Durchführung von Dialogtagungen unter Beteiligung verschiedener Denkschulen (2015).

Intern ist das Netzwerk in verschiedene Arbeitsgruppen und Projekte gegliedert, die vor allem von Ehrenamtlichen getragen werden. Kommuniziert wird auf gemeinsamen Tagungen (Klausurtagung und Mitgliederversammlung) und anderen physischen Treffen der Arbeitsgruppen, ergänzt durch eine intensive webbasierte Zusammenarbeit und Kommunikation.

3. Sich in verschiedenen Arenen für das gemeinsame Ziel alternativer Denkräume einsetzen

Gemeinsamkeiten und Verbindungslinien zwischen Degrowth und Pluraler Ökonomik

Auf persönlicher Ebene beschäftigen sich viele Mitglieder des *Netzwerks Plurale Ökonomik*, im Zuge der Reflexion der normativen Grundlagen ökonomischer Forschung, mit politischen Fragestellungen, Perspektiven und Zielen, unter anderem auch mit Degrowth. Während die persönlichen Wertvorstellungen im Einzelnen recht heterogen sind, wird insgesamt der Bedeutung von Ethik innerhalb der Ökonomik ein großer Stellenwert eingeräumt. Das zeigt sich etwa daran, dass einige Aktive auch in anderen Kontexten, etwa im *Netzwerk N* (Nachhaltigkeit an Hochschulen) oder im *Netzwerk Wachstumswende*, aktiv sind. Viele AktivistInnen stellen sich entgegen der deskriptiven Analyse in ihrem Studium die Frage nach einem guten Leben jenseits von Profitlogik, Optimierung und Akkumulation.

Was die interne Organisationsform anbelangt, lassen sich ebenfalls Verbindungen zwischen Degrowth und dem *Netzwerk Plurale Ökonomik* ausmachen. Aktive im Netzwerk wie auch in der Degrowth-Bewegung, nutzen bevorzugt basisdemokratische Strukturen. Das Sich-miteinander-Wohlfühlen sowie eine angenehme gewalt- und diskriminierungsfreie sowie respektgeleitete Diskussionsatmosphäre sind vielen AktivistInnen wichtig. Ein Unterschied besteht gleichwohl darin, dass derzeit vor allem Männer im Netzwerk vertreten sind, während Degrowth diesbezüglich diverser aufgestellt ist. Wir nehmen wahr, dass besonders während der Degrowth-Tagung viele Erfahrungen gesammelt werden konnten, was die basisdemokratische Organisation großer Projekte und die gleichberechtigte und verstärkte Einbeziehung von Frauen anbelangt. Eine Intensivierung des Austausches darüber klingt für uns spannend.

Gemeinsamkeiten sehen wir auch in der gesellschaftlichen Einbettung und Randstellung beider Bewegungen. Beide kämpfen gegen einen übermächtigen »Gegner«. Die Veränderungen, die ihnen vorschweben, dauern sehr lange. Im Dialog mit »GegnerInnen« werden beide oft als verrückt

oder extremistisch oder einfach nur »naiv« bezeichnet. Gleichzeitig finden beide Ansätze immer mehr Zustimmung bei jungen Leuten, in der Bevölkerung und in der Politik. Zukünftig wäre hier ein Austausch denkbar, der diese Erfahrungen reflektiert und strategisch nutzbar macht.

Eine weitere Verbindung ist das geteilte Wissenschaftsverständnis. Viele VertreterInnen des Netzwerks haben ein reflexives, transformatives Wissenschaftsverständnis. Nicht nur die Suche nach Wahrheit, sondern auch die Reflexion des Forschungskontextes und die Rückkopplung der Forschungsergebnisse an die Gesellschaft sind dabei von wesentlicher Bedeutung. Transdisziplinäre und partizipative Methoden, wie die Analyse von sozialen Nischen-Innovationen gemeinsam mit AktivistInnen, sind selbstverständlich Teil dieses Wissenschaftsverständnisses. Im Zuge der Auswahl relevanter AkteurInnen, was die Gestaltung einer anderen Wirtschaft oder des guten Lebens anbelangt, rücken dabei ähnliche oder dieselben Praktiken und Projekte in den Blick: Tauschen, Teilen und Selbermachen stehen hier im Vordergrund – zum Beispiel beim Urban Gardening und durch Tauschbörsen. Es könnte gewinnbringend sein, diesen Gemeinsamkeiten nachzuspüren und sie zu betonen, damit sich die Bewegungen gegenseitig stärken können.

Auf inhaltlicher Ebene ist festzuhalten, dass Aktive aus dem *Netzwerk Plurale Ökonomik* die Postwachstumsökonomie als eine jener Perspektiven verstehen, die in der derzeitigen Wissenschaft unterrepräsentiert sind. Gleiches gilt für die Kritik an der Norm des Wirtschaftswachstums, die eine von vielen Normen darstellt, die derzeit nicht reflektiert werden. Fragestellungen aus der Degrowth-Bewegung werden insbesondere in der Ökologischen Ökonomik und in der Feministischen Ökonomik behandelt, zwei der häufig in Forschung und Lehre nicht miteinbezogenen Theorierichtungen. Indem wir uns für einen Theorienpluralismus einsetzen, treten wir auch für eine Stärkung dieser einzelnen Theorierichtungen ein.

Insgesamt scheint das Thema der Wachstumskritik ein wichtiges Querschnittsthema zu sein, welches sich gut als Kondensationspunkt verschiedener Theorierichtungen eignet. Eine plurale Ökonomik ist folglich eine wesentliche strukturelle Voraussetzung dafür, Fragen rund um das Thema Degrowth wissenschaftlich zu bearbeiten.

Unterschiede zwischen Degrowth und Pluraler Ökonomik

Deutliche Unterschiede zwischen Degrowth und dem *Netzwerk Plurale Ökonomik* sind in der strategisch-politischen Ausrichtung beider erkennbar. Während die Degrowth-Bewegung sich häufig auch gegenüber radikalen aktivistischen Strategien offen zeigt, wird dies von einigen im Netzwerk eher mit Skepsis betrachtet, was sicherlich auf den wissenschaftlichen Hintergrund desselben zurückzuführen ist. Dies schlägt sich nieder in der Auswahl der als relevant erachteten AkteurInnen und Arenen der Veränderung. Unserer Wahrnehmung nach konzentriert sich die Degrowth-Bewegung



*Adelheid Biesecker auf dem Wissenschaftskongress 2013 in Hamburg:
feministische Ökonomik. (Foto: Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)*

neben dem Aktivismus vor allem auf kleine Projekte, die zum Beispiel auf lokaler Ebene agieren. Die Art der Projekte lässt sich als kreativ-künstlerisch-praktisch beschreiben. Die Beteiligten kommen meist aus der Zivilbevölkerung. Eine wissenschaftlich fundierte Einbettung in den gesamtgesellschaftlichen Kontext sowie eine Umsetzung dieser Projekte auf breiter gesellschaftlicher Basis findet kaum statt. Bei Degrowth geht es um Fragestellungen von hoher Komplexität, die ein großes Vorwissen benötigen und durch die Unterstützung der Wissenschaft umfassender behandelt werden könnten. Zwar werden von der Degrowth-Bewegung einige WissenschaftlerInnen auf Kongresse eingeladen, doch im jetzigen Wissenschaftssystem werden diese kritischen Köpfe langsam »aussterben«. Sie werden aus der Wissenschaft verdrängt und damit der Möglichkeit beraubt, kritische Wissenschaft in einem kreativen Umfeld und finanziell abgesichert zu betreiben.

Dies macht deutlich, dass die Degrowth-Bewegung in Erwägung ziehen sollte, unsere Forderungen zukünftig vermehrt zu unterstützen und zu deren Verbreitung beizutragen. Vor allem vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer umfassenden wissenschaftlichen Analyse des Themas kann die Bewegung davon nur profitieren.

Das Netzwerk Plurale Ökonomik hat auf der anderen Seite zwar vereinzelt auch mit kreativen Institutionen, wie dem Schauspielhaus in Ham-

burg, zusammengearbeitet oder ist auf Festivals mit Workshops präsent. Insgesamt konzentriert sich die Arbeit aber weniger auf die konkrete Praxis und mehr auf die Wissenschaft. Insbesondere WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen werden als relevante AkteurInnen angesprochen, sie sind bevorzugt in Wissenschaftsinstitutionen oder in der Wissenschaftspolitik anzutreffen. Damit geht einher, dass gesamtgesellschaftliche Analysen meist lokalen Projekten vorgezogen werden. Veränderung geschieht nach Auffassung vieler im Netzwerk durch überzeugende Analysen und die Reflexion des Status quo. Politischer Aktivismus ist deshalb im Rahmen des *Netzwerkes Plurale Ökonomik* nur selten anzutreffen.

4. Alternativen zum Wachstumsparadigma wissenschaftlich fundieren!

Anregungen für Degrowth: mehr kritische Reflexion

Wir halten eine stärkere Reflexion der Degrowth-Strategie für notwendig. Aktivismus ist eine Seite des Wandels, doch gibt es zahlreiche andere Einflussmöglichkeiten, die nach unserem Wissen noch ungenutzt bleiben. Gerade die institutionalisierte Politik und die Wissenschaft sind zwei wichtige Arenen: Hier muss in einem gemeinsamen und ergebnisoffenen Diskurs versucht werden, die beteiligten AkteurInnen mitzunehmen. Diese Überlegung mündet in eine weitere auf die Frage der Strategien bezogene Dimension: die wissenschaftliche Bearbeitung wachstumskritischer Fragen. Argumente gegen Degrowth sind häufig makroökonomischer Art. In Zukunft müssen Bemühungen angestellt werden, diesen Argumenten etwas entgegenzusetzen, und zwar durch eine fundierte wissenschaftliche Erarbeitung konkreter Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell: Es muss gezeigt werden, wie ein stabiles Wirtschaftssystem auch in einer schrumpfenden Ökonomie funktionieren kann. Dies geschieht bisher nur vereinzelt.

Ökonomische Bildung und Forschung spielen eine zentrale Rolle. Diese Wissenschaft eignet sich wie keine andere dafür, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer Postwachstumsökonomie beispielsweise auch modelltheoretisch zu reflektieren. Eine Stärkung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswissenschaft ist deshalb unbedingt notwendig. Flankiert werden muss diese Zusammenarbeit von der Forderung nach einer pluralistischen Lehre und Forschung. Dadurch kann auch die Degrowth-Bewegung nur gewinnen, da sie so gesellschaftlich anschlussfähiger wird.

Anregungen für die Plurale Ökonomik:

Veranschaulichung und politische Positionierung

Auch die Plurale Ökonomik muss versuchen, das sehr abstrakte Thema für die breite Bevölkerung verständlich zu erklären. Denn die Auswirkungen einer einseitigen ökonomischen Theorie und Methode greifen tief und betreffen die einzelnen BürgerInnen – sei es die Produktion von Müll, das

Zulassen von Leiharbeit oder die zunehmende Ungleichheit, sei es die Ökonomisierung zahlreicher Lebensbereiche. Bedingt durch die Ausweitung und Intensivierung von Marktbeziehungen gerät der einzelne immer stärker unter Wettbewerbsdruck. Dies hat zur Folge, dass das eigene Leben in all seinen Facetten immer stärker im Geist des »Unternehmertums« gestaltet werden muss. Tut man dies nicht, so läuft man Gefahr, letztlich als VerliererIn dazustehen, zum Beispiel keinen Arbeitsplatz zu bekommen. Deutlich zeigt sich diese Tendenz daran, dass heutige StudentInnen ihre Pläne häufig danach ausrichten, wie sich die einzelnen Schritte rückblickend im Lebenslauf darstellen werden. Um Problemlagen dieser Art verständlich zu machen, kann eine Zusammenarbeit mit kreativ-künstlerisch arbeitenden AktivistInnen förderlich sein, da diese mehr Erfahrung mitbringen, was die zugängliche Darstellung komplexer Sachverhalte anbelangt.

Von außen ist völlig unklar, für welche Gesellschaft sich die AktivistInnen des *Netzwerks Plurale Ökonomik* einsetzen. Doch ohne eine klare Vision einer guten Gesellschaft ist sowohl Kritik als auch Pluralismus willkürlich. Hier könnte es helfen, wenn sich die Plurale Ökonomik klar zur Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation bekennen würde. Dadurch würde deutlich gemacht werden, dass sozial-ökonomische wie ökologische Missstände gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Außerdem würden sich dadurch viele Anknüpfungspunkte hinsichtlich sozialer Bewegungen ergeben. Inwiefern eine solche politische Positionierung auch strategisch sinnvoll ist, bleibt zu hinterfragen.

Pluralo Party, Hamburg 2013. (Foto: Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.)



5. Gemeinsam das Zeitfenster nutzen: in den Wirtschaftswissenschaften und in der Zivilgesellschaft ansetzen

Ausgelöst durch die zahlreichen Krisen und unterstützt durch die seit dreißig Jahren andauernde Ökonomisierung der alltäglichen Lebensbereiche bei steigender Ungleichheit ist die Zivilbevölkerung vermehrt auf der Suche nach Alternativen. Dieses Zeitfenster könnte genutzt werden, um gemeinsam gegen die Folgen der »alternativlosen« Ökonomisierung zu kämpfen.

Auf der einen Seite könnte dabei auf einer theoretischen Ebene die Rolle der Wirtschaftswissenschaften kritisch beleuchtet werden. Die Ökonomisierung hat dort ihre theoretische Heimat. Durch die systematischen Analysefehler der Mainstream-Ökonomie, die durch deren blinde Flecken entstehen, werden ökologische Zerstörung, Individualisierung und Wettbewerb wie auch soziale Ungleichheit befördert. Neue ökonomische Konzepte sind erforderlich, die die Erarbeitung konkreter Alternativen ermöglichen.

Auf der anderen Seite könnte die Degrowth-Bewegung durch ihre Kritik am Wirtschaftswachstum als Leitbild politischen Handelns eine auf die lebensweltliche Praxis ausgerichtete Debatte über die Bedürfnisse von Individuen und Gesellschaften eröffnen. Die Menschen würden dabei in ihren konkreten Lebenssituationen und mit ihren Konflikten abgeholt und durch ein neues Versprechen der Integrität und Bedürfnisbefriedigung motiviert für eine Transformation. Wichtig erscheint es, dabei den Gegensatz von Sozialem und Ökologie aufzulösen und deren Verwobenheit als fruchtbare Umarmung zu denken.

Neben einer gemeinsamen Vision können sich beide Ansätze, Plurale Ökonomik und Degrowth, bildungspolitisch ergänzen. Während Ökonomiekritik vor allem an Hochschulen stattfindet, konzentriert sich die Kritik der lebensweltlichen Praxis auf die Zivilgesellschaft. Beide gehen davon aus, dass die Befähigung der Menschen, ihre Biografien und ihr politisches Umfeld zu reflektieren und die aktuellen Missstände zu erkennen, der erste Schritt auf dem Weg zur kollektiven Erarbeitung konkreter Alternativen darstellt.

Organisatorisch ist es nicht sinnvoll, beide Ansätze »offiziell« unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen. Stattdessen kann es zielführend sein, dass sich beide auf ihre jeweiligen strategischen Ausrichtungen konzentrieren. Dadurch wären sie von außen weniger angreifbar und hätten jeweils ein klares konsistentes Label und ebensolche Zielgruppen und Verantwortungsbereiche. Lediglich auf der persönlichen Ebene, durch die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen, das Engagement innerhalb gemeinsamer Projekte und Institutionen und das Pflegen persönlicher Netzwerke, könnte die Transformation gemeinsam gedacht werden und eine Verzahnung der verschiedenen Strategien stattfinden. Diese Räume sind zu Teilen bereits vorhanden, nun müssen sie mit Inhalten gefüllt werden.

Links

Homepage Netzwerk Plurale Ökonomik: <http://www.plurale-oekonomik.de>

Das Netzwerk Plurale Ökonomik bei facebook: <https://www.facebook.com/PluraleOekonomik>

Das Netzwerk Plurale Ökonomik bei Twitter: <https://twitter.com/PluralEcon>

Youtube-Channel Plurale Ökonomik: <https://www.youtube.com/user/PluraleOekonomik/featured>

International Student Initiative for Pluralism in Economics:
<http://www.isipe.net/>

Real World Economics Review: <http://www.paecon.net/PAEReview/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Dürmeier, Thomas; von Egan-Krieger, Tanja; Peukert, Helge (2006): Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft. Postautistische Ökonomik für eine pluralistische Wirtschaftslehre. Marburg: Metropolis.

Paecon (2000): Open letter from economic students to professors and others responsible for the teaching of this discipline. <http://www.paecon.net/PAEtexts/a-e-petition.htm>; Zugriff: 01.02.2017.



*Christoph Gran geht
in diesem kurzen
Audiointerview auf
Plurale Ökonomik
und Degrowth ein.*

Post-Development: Beim globalen Umgang mit dem kolonialen Erbe geht es um mehr als Wachstumskritik

Daniel Bendix

Ich bin Mitglied von *glokal e. V.*, einem Berliner Verein für machtkritische Bildungsarbeit, der sich mit Nord-Süd-Beziehungen beschäftigt. Diese versteht er als bis heute von ihrer kolonialen Geschichte und den darauf basierenden asymmetrischen und rassistischen Machtbeziehungen geprägt. *glokal* bietet unter anderem Seminare und Prozessbegleitungen für entwicklungspolitische Organisationen an, die ihre Arbeit in postkolonialer Hinsicht überprüfen und entsprechend verändern wollen. Weiterhin arbeite ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Entwicklungspolitik und postkoloniale Studien der Universität Kassel.

Die Arbeit bei *glokal* und in der Wissenschaft verstehe ich auch als politisches Handeln im Sinne von Post-Development. Aktivistisch betätige ich mich vor allem in der Refugee-Bewegung und gegen Verdrängung im städtischen Raum.

1. Post-Development versteht »Entwicklung« und »Entwicklungspolitik« als unweigerlich mit Ungleichheit, Abhängigkeit und Herrschaft verknüpft und strebt jenseits dessen nach gesellschaftlichem Wandel

Kritik an »Entwicklung« – verstanden als vermeintlicher Fortschritt durch kapitalistische Durchdringung von Gesellschaften und Inwertsetzung von Natur – ist nichts Neues. Die Durchsetzung kapitalistischer »Entwicklung« hatte sowohl in Europa katastrophale Auswirkungen – besonders für Frauen und arme Landbevölkerungen – als auch in den kolonisierten Gebieten. Entsprechend gab es auch immer Widerstand dagegen, intellektuell wie aktivistisch.

Hegemoniale westliche Entwicklungsvorstellungen sowie Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise -politik von internationalen, aber westlich dominierten Institutionen wie Weltbank und IWF, von Regierungen aus dem Westen, aber auch von nationalen Regierungen in den sogenannten Entwicklungsländern werden ebenfalls seit langem kritisiert. Grund-

STATT
HUNGERNDER
KINDER
ZEIGEN
WIR IHNEN
HIER
DIE LÖSUNG:

Decolonize!



5 EURO
HELFFEN
Jetzt SMS
UNICEF
an die Rufnummer
81190

unicef 
Gemeinsam für Kinder

Adbust einer Unicef-Plakatwerbung. (Foto: whitecharity.de)

legender und systematischer ist dies jedoch erst seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre der Fall, als sich die Post-Development-Schule formierte. Diese Fundamentalkritik an Entwicklung(spolitik) entspann sich in akademischen Kreisen, aber mit starker Nähe zu sozialen Bewegungen. Ihr geht es nicht um Reformen, die Politik im Namen von »Entwicklung« weniger ausschließend, weniger zerstörerisch oder effizienter machen. Sie kritisiert Entwicklung(spolitik) auch in jenen Fällen, in denen sie nach eigenen Maßstäben erfolgreich ist. Sie hinterfragt vor allem die sich darin kristallisierenden dominanten Vorstellungen von gesellschaftlicher Veränderung und gutem Leben. Die Post-Development-Kritik wurde in letzter Zeit von Akteur*innen weitergeführt, die sich verstärkt auf postkoloniale beziehungsweise dekoloniale Kritik beziehen und die weiterhin auf Befreiung von Herrschaft aus sind.

Post-Development stellt in Frage, dass man Europas historischen Wandel ohne Kolonialismus verstehen könne. So werden ökonomischer Wohlstand und Europas Moderne in direkten Zusammenhang mit der Zerstörung und Entmenschlichung des Rests der Welt, mit – in Frantz Fanons Worten – »dem Schweiß und den Leichen« der Kolonisierten gestellt (Fanon 1981: S.79). Dies steht in gänzlichem Gegensatz dazu, wie Europa sich in seiner Selbstdarstellung konstruiert(e): nämlich als durch eigenen Antrieb,

Rationalität, Zivilisiertheit und Fleiß an der Spitze menschlicher »Entwicklung« stehend.

Das Konzept der Entwicklung als einheitlicher Werdegang, auf dem Stufen erklommen werden können, wurde zur Zeit der »Aufklärung« in Europa zentral. Es dient dazu, historisch-gesellschaftliche Vorgänge zu erklären und Weltregionen und Menschen hierarchisch einzuordnen. Dabei spielt insbesondere die für den Rationalismus und die Aufklärung kennzeichnende Annahme eine große Rolle, dass wahre Menschlichkeit erst durch die Unterwerfung und Kontrolle von Natur und Menschen – ein Charakteristikum von Kapitalismus – möglich sei. Grundlage war die von Wissenschaftlern der »Aufklärung« oftmals vorgenommene Verknüpfung von »Entwicklung« mit der Einteilung von Menschen in angeblich existierende Rassen mit je unterschiedlichem Vernunftvermögen. Dies definierte die kolonisierten Gebiete als zur Ausbeutung bestimmte primitive Vorformen Europas. Post-Development konzentriert sich auf diese düstere Seite der »Moderne« und »Aufklärung«. Und es befragt Entwicklungsdenken danach, wessen Wissen darin als Wissen anerkannt wird und wessen Wissen als traditionell, überkommen, primitiv und abergläubisch abgewertet wird.

Durch gewaltsame Unterwerfung haben westliche Gesellschaften versucht, nicht westliche nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen zu formen. Hegemoniales lokales europäisches Wissen und gesellschaftliche Organisationsformen wurden so über den gesamten Erdball verbreitet. Eine solche Universalisierung beinhaltete die Zerstörung beziehungsweise Veränderung anderer Wissenssysteme und die gleichzeitige Installation westlicher Apparate wie zum Beispiel eines spezifischen Bildungs- und Schulwesens oder der biomedizinischen Gesundheitsversorgung. Post-Development kritisiert, dass dies auch nach dem Kolonialismus, mit der Installation entwicklungspolitischer Institutionen, auf internationaler und nationaler Ebene fortgeführt wurde. Das Streben nach Universalisierung bringt der Buchtitel »Wie im Westen, so auf Erden« (Sachs 1993), eines der zentralen Post-Development-Bücher, auf den Punkt.

Der hegemonialen Vorstellung von »Entwicklung« in Kombination mit europäischer Ausbeutung und Eroberung anderer Weltregionen entsprang die Annahme, dass Westler*innen die Aufgabe hätten, andere Gesellschaften zu »verbessern«. Post-Development kritisiert diese »institutionalisierte Besserwisseri« (Lepenies 2014) der Entwicklungspolitik sowie Expert*innentum insgesamt. Dabei geht es auch grundsätzlicher um die Tendenz in der Entwicklungspolitik, die dominante europäische Erkenntnistheorie der positivistischen Rationalität und die Seinslehre der Trennung von Individuum und Gesellschaft beziehungsweise von Natur und Kultur als einzige legitime Grundlage von Wissensproduktion zu verstehen. Post-Development kritisiert also sowohl die größeren Prozesse der Kolonisierung, Verwestlichung und Durchkapitalisierung der Welt als auch den spezifischen Bereich der Entwicklungspolitik beziehungsweise -zusammenarbeit.

Letztere werden als Fortführung einer kolonialen Praktik der Zerstörung, Missachtung und Marginalisierung der Wissens- und Glaubenssysteme ehemals kolonisierter Gesellschaften verstanden.

Post-Development bringt eine Sensibilität für die sprachliche Prägung von Wirklichkeit und für den Zusammenhang von Wissen und Herrschaft mit. Von alternativen Konzepten verspricht es sich daher auch andere Praktiken. Eine Umdeutung des Konzepts »Entwicklung« scheint aus der Post-Development-Perspektive wenig aussichtsreich: aufgrund seiner Verankerung im westlichen Denken, seiner Zentralität für koloniale Herrschaft und seiner Materialisierung in internationalen und nationalen Institutionen. Eine Politik, die auf eine Verbesserung von Lebensbedingungen jenseits von kolonialer Herrschaft abzielt, sollte sich auf andere Konzepte beziehen: globale Gerechtigkeit, Solidarität, Gastfreundschaft und Befreiung von Herrschaft.

Die Post-Development-Schule sieht Alternativen zu »Entwicklung« vor allem in den Strategien lokaler, indigener Gemeinschaften sowie in einigen Graswurzelbewegungen des globalen Südens verwirklicht, welche sich gegen Entwicklungsprojekte stellen.

Im globalen Süden gibt es diverse Anstrengungen, alternative Konzepte des Verhältnisses von Menschen untereinander und gegenüber der Natur einzubringen. Es geht nicht um die Suche nach neuen universalistischen Rezepten, sondern vielmehr darum, dass gesellschaftliche Zusammenhänge eigene, den jeweiligen Kosmologien – Sichtweisen auf die Welt, auf die sich die Mitglieder einer Gesellschaft unbewusst geeinigt haben – verbundene Antworten darauf finden, wie jegliche Form imperialer Produktions- und Lebensweisen unterbunden werden kann.

2. Post-Development ist eine Perspektive, die durch und mit sozialen Bewegungen in Süd und Nord operiert

Post-Development ist nicht als eine soziale Bewegung zu verstehen. Vielmehr »operiert [Post-Development] durch und mit sozialen Bewegungen« (Escobar 2015: S. 456). Wenn man von den Texten der Post-Development-Kritiker*innen ausgeht, dann gehören vor allem die Kämpfe der Zapatistas, die anderer indigener Gruppen und afro-diasporischer Gemeinschaften in Lateinamerika zu Post-Development. Insgesamt ist ein starker Fokus auf Graswurzelbewegungen in Lateinamerika erkennbar, aber auch Indiens Adivasi-Bewegungen sind in der Diskussion präsent.

Initiativen wie beispielsweise Repair-Cafés, Urban Gardening und Tauschläden, die in Europa als Teil der Degrowth-Bewegung gefasst werden, stehen im globalen Süden nicht im Fokus der Betrachtung. Sie werden von den dortigen Post-Development-Autor*innen nicht als Post-Development eingeordnet. Im Süden sind die Post-Development-Akteur*innen also vor allem Gemeinschaften oder Initiativen im ländlichen Raum, die sich auto-



Logo der Karawane für das gute Leben
der mesoamerikanischen Menschen im Widerstand.
(Bild: caravanaparaelbuenvivir.org/)

.....

nome Lebens- und Produktionsmuster erhalten wollen und dabei auf nicht westliche Kosmologien Bezug nehmen. Vielfach ist das verbunden mit ganz konkreten Kämpfen für Landrechte, ökonomische Unabhängigkeit und politische wie kulturelle Selbstbestimmung – auch ausgetragen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams oder mit militanteren Formen des Widerstands. Die maßgeblichen Akteur*innen dieser Kämpfe verwenden in den seltensten Fällen das Label »Post-Development«. Dies geschieht eher durch aktivistisch mit ihnen verbundene Wissenschaftler*innen. Süd-Süd- und Süd-Nord-Zusammenarbeit besteht über Initiativen wie die Weltsozialforen und internationale Bewegungen wie *Via Campesina*, in der sich Kleinbäuer*innen und Landarbeiter*innen vernetzen.

Um ein Beispiel für eine Initiative zu nennen, durch die die Kerngedanken von Post-Development zum Tragen kommen: In Chiapas, Mexiko, gibt es seit einigen Jahren Proteste gegen das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierte Projekt »Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Vielfalt«. In den Worten des BMZ geht es darin um Unterstützung der mexikanischen Regierung dabei, »die Wertschöpfung zu verbessern, traditionelles Wissen stärker zu nutzen und Neuerungen einzuführen«, sowie darum, Akteure in die Lage zu versetzen, »die internationalen Standards für die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung von genetischen Ressourcen zu erfüllen« (BMZ o.J.). Die Vereinigung der traditionellen indigenen Heiler und Hebam-

men in Chiapas verurteilte das Projekt in einer Erklärung hingegen als neokoloniale Biopiraterie:

»Für den deutschen Staat und unsere neoliberalen Regierungen stellen die Territorien, Ressourcen und Kulturen einen globalen Reichtum in toten Händen dar, die sich unrechtmäßig im Besitz von ausgegrenzten Völkern befinden. Für uns sind sie Brot des gemeinschaftlichen Lebens in den Händen jener, die sie geschützt und vermehrt haben, seit ewigen Zeiten: ihre ursprünglichen Verwalter, die indigenen Völker.« (COMPITSCCH 2011)

Im weiteren Sinn könnte man sagen, dass all jene Teil von Post-Development sind, die sich dafür einsetzen, die weltweit hegemoniale Vorstellung und Praxis von »Entwicklung« aus dem Zentrum gesellschaftlichen Strebens zu verdrängen und anderen Kosmologien Platz einzuräumen. Dann gehören die Kämpfe in von Post-Development-Autor*innen vernachlässigten Regionen wie Australien, Afrika, Nordamerika und Asien dazu. Es lassen sich aber auch internationalistische Bewegungsnetzwerke in Deutschland wie die *BUKO* (*Bundeskoordination Internationalismus*), in den Wissenschaftsbetrieb intervenierende Einrichtungen wie das Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien der Universität Kassel und *feminIEst*a an der Universität Wien sowie NGOs wie *glokal* oder *Afrique-Europe-Interact* als Akteur*innen klassifizieren, die Post-Development-Perspektiven umsetzen oder ihnen Geltung verschaffen. Strategien können neben der Solidarität mit Bewegungen im Süden umfassen, sich für globale Bewegungsfreiheit und das Recht auf Migration einzusetzen oder sich – jenseits des Hilfestus von Entwicklungshilfe – für einen angemessenen Umgang mit den Nachwirkungen einer 500-jährigen Kolonialgeschichte stark zu machen. Gegen die gesellschaftliche Verdrängung des Kolonialismus sind Initiativen wie *No Humboldt 21!*, *Völkermord verjährt nicht!* und die *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)* aktiv. Dabei geht es beispielsweise darum, Mahnmale für die Opfer kolonialer Gewalt zu errichten, geraubte Schädel, Gebeine und Kulturgüter zurückzufordern oder den umfassenden Einfluss des Kolonialismus auf unsere Gegenwart im Schul- und Universitätscurriculum zu verankern. Langjährige Lobbyarbeit (in den ehemals kolonisierten Gebieten sowie bei den ehemaligen Kolonialmächten), aber auch anwaltlicher Beistand scheinen Strategien zu sein, um die Frage der Entschuldigung und Reparationen für koloniales Unrecht angehen zu können. Eine tatsächliche Kompensation der jahrhundertelangen und fortwährenden Aneignung von Ressourcen, der Zwangsarbeit und der Zerstörung würde enorme Summen erfordern¹ – und müsste konsequenterweise auch die Rückübertragung ganzer Landstriche beziehungsweise Kontinente beinhalten.

¹ 1999 errechnete die *African World Reparations and Repatriation Truth Commission* eine Forderung von 777 000 000 000 000 US-Dollar. Siehe auch: www.colonialismreparation.org.

3. In Debatten um Degrowth taucht Post-Development selten auf, obwohl Degrowth zum Teil darauf aufbaut

Bis dato gibt es wissenschaftlich wenige Unternehmungen, Post-Development und Degrowth zusammenzudenken. Arturo Escobar (2015), einer der Wegbereiter von Post-Development, versteht beide als Transformationsdiskurse. Ihm zufolge hatten die Post-Development-Debatten Einfluss auf die Anfänge der Degrowth-Bewegung. So war Serge Latouche, einer der wichtigsten Begründer der französischen Degrowth-Variante *Décroissance*, stark von der Fundamentalkritik am Entwicklungsbegriff beeinflusst. Schrumpfung des Nordens und Rückgang der Dominanz über den Süden sind ihm zufolge für eine Entfaltung des globalen Südens notwendig. Autor*innen aus dem Süden tauchen in den Degrowth-Debatten auffällig selten auf.

Die jüngste großangelegte Degrowth-Aktion hat sich insofern ganz direkt von Post-Development inspirieren lassen, als das *Ende Gelände*-Bündnis (gegen Kohleabbau) den Slogan »Leave it in the ground« wählte. Auch wenn dies nicht explizit gemacht wurde, war der Bezug zur *Yasuní-Initiative* offensichtlich, die wiederum in Zusammenhang steht mit der gesetzlichen Verankerung von *Buen Vivir* in Ecuador. 2007 machte die ecuadorianische Regierung den Vorschlag, die Ölquellen im Biosphärenreservat Yasuní nicht auszubeuten, wenn sie zumindest die Hälfte der entgangenen Einnahmen von der internationalen Staatengemeinschaft erstattet bekäme. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Dirk Niebel war daran beteiligt, diesen Vorstoß ins Leere laufen zu lassen.

Der Post-Development-Kritik zufolge sollten Aktivist*innen im Westen in der eigenen Gesellschaft politisch aktiv werden und unter anderem imperiale Politik bekämpfen; von Interventionen im Süden, die in einer kolonialen sowie entwicklungspolitischen Tradition stehen, sollten sie absehen. Für Deutschland hieße das auch, die Kapazität, imperial zu intervenieren, zurückzufahren, also beispielsweise antimilitaristisch zur »Abwicklung des Nordens« (Spehr 1996) beizutragen, aber auch die Möglichkeit der ökonomischen Verfügung über Arbeitskraft des globalen Südens zu verringern. Es kann aber auch bedeuten, anti-imperiale Bestrebungen im Süden zu unterstützen – so geschehen durch das in der BRD aktive *Ya-Basta-Netz*, das den oben beschriebenen Widerstand in Chiapas gegen BMZ-Aktivitäten und gegen die mexikanische Regierung unterstützt.

4. Mit dem Widerstand gegen koloniale Denkweisen und Strukturen geht Post-Development über Wachstumskritik hinaus, Degrowth lenkt den Blick auf Überkonsumtion und -produktion

Anregungen von Post-Development für Degrowth

Degrowth kann von Post-Development lernen, so zum Beispiel in Hinblick auf die Rolle von »Traditionen«. Post-Development misst diesen emanzipatorisches Potenzial bei und versteht sie nicht im Sinne eines »Back-to-the-Roots«. Sie bedeuten vielmehr eine Wertschätzung von gemeinschaftlichem Wissen und gemeinschaftlichen Lebensformen, von Kosmologien und Praktiken, die dem Kapitalismus und (Neo-)Kolonialismus im Weg stehen oder standen. So könnte Degrowth etwa von den Kämpfen der Landbevölkerung gegen die Privatisierung von Wiesen, Wald und Wasser in den Anfängen des Kapitalismus lernen beziehungsweise sich auf diese beziehen. Zudem kann Post-Development jenen Tendenzen in der Degrowth-Bewegung entgegenwirken, die westlichen Fortschritt fetischisieren und davon überzeugt sind, dass technische Lösungen das Mittel zur Überwindung einer destruktiven Wirtschafts- und Lebensweise sind.

Auf der anderen Seite wurde Post-Development als der »letzte Zufluchtort für den edlen Wilden« kritisiert: Der Vorwurf lautete, lokale Traditionen zu romantisieren, deren repressive Aspekte zu legitimieren und Anstrengungen von armen Bevölkerungsgruppen, sich Anteile an der kapitalistischen Moderne zu sichern, nicht ernst zu nehmen. Sich paternalistisch gegenüber marginalisierten Menschen zu verhalten, kann wiederum auch Teilen der Degrowth-Bewegung vorgeworfen werden. Vorsicht sei geboten, wenn bürgerliche Vorstellungen von Suffizienz glorifiziert und – zumeist implizit – Konsumstile oder Essensgewohnheiten von armen Menschen in Europa abgewertet werden. Hier müssten auch die befreienden Dimensionen von technischem Fortschritt, Industrialisierung und Individualisierung in den Blick genommen werden. Pragmatische, nicht auf Reinheit bedachte Umgangsformen mit den Realitäten kapitalistischer Globalisierung, wie beispielsweise bei den Zapatistas offensichtlich, könnten zum Vorbild genommen werden.

Für diese Fragen scheint mir die von Aram Ziai (2006) vorgeschlagene Unterscheidung zwischen reaktionären und radikaldemokratischen Post-Development-Perspektiven auch für Degrowth-Positionen hilfreich: Die eine Sichtweise romantisiert traditionelle Kulturen, konzipiert Kulturen als statisch, lehnt die Moderne völlig ab und propagiert die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft; die andere bewertet lokale Gemeinschaften und kulturelle Traditionen skeptischer, formuliert die Kritik an der Moderne vorsichtiger, basiert auf einer konstruktivistischen Sichtweise auf Kultur und verzichtet auf Skizzen zukünftiger Gesellschaftsformationen.

Von den jüngeren post- und dekolonial inspirierten Arbeiten zu Entwicklung und Entwicklungspolitik kann vor allem die historisierende Perspek-

tive für Degrowth handlungsleitend sein. Dabei sollte einbezogen werden, dass Europas »Entwicklung« ohne (Neo-)Kolonialismus nicht zu denken ist. So kann die Post-Development-Perspektive hilfreich sein, um transnationale Vernetzungen kritisch in den Blick zu nehmen und der technologieaffinen Degrowth-Strömung unangenehme Fragen zu stellen: Wer holt die Ressourcen für Solarzellen, für den Computer, an dem neueste Degrowth-Ideen entwickelt werden, oder für das Handy, dessen App mir die nächste Foodsharing-Möglichkeit anzeigt, wo unter welchen Bedingungen aus dem Boden? Und wer baut die Geräte unter welchen Arbeitsbedingungen zusammen? Wie oben erwähnt, geht es aber nicht nur um materielle Ausbeutung, sondern auch um Vorstellungen davon, wie richtige »Entwicklung« definiert wird. Teile der Degrowth-Bewegung grenzen sich vom vermeintlich primitiven außereuropäischen Anderen ab – heute in Gestalt von nicht auf erneuerbare Energien setzenden, Industrialisierung pushenden und Konsumismus abfeiernden Ländern des Südens –, um sich selbst als fortschrittlich zu begreifen.

Mit der rassismuskritischen, machtsensiblen Brille von Post-Development kann darüber hinaus der Blick auf die Frage gelenkt werden, wie es eigentlich um Inklusion in der Degrowth-Bewegung bestellt ist: Wie werden Geflüchtete und migrantisch-diasporische Initiativen in Degrowth eingebunden und mitgedacht – personell, aber auch was deren vielleicht divergierende Perspektiven auf »Entwicklung« angeht?

Anregungen von Degrowth für Post-Development

Zur Zeit sehe ich drei Impulse, die von der noch jungen Degrowth-Bewegung ausgehen können. Erstens hat Degrowth gezeigt, wie innerhalb kürzester Zeit eine Bewegung systematisch aufgebaut beziehungsweise zusammengeführt werden kann. Konzertierte Aktionen wie die Degrowth-Konferenzen, aber auch die Degrowth-Sommerschule in Kombination mit der massenmobilisierenden Aktion *Ende Gelände* haben in kurzer Zeit ermöglicht, dass sich Menschen unter einem Dach zusammenfinden und einen gemeinsamen Diskussions- und Aktionsraum schaffen.

Zweitens beschäftigt sich Post-Development bislang nicht mit der Frage, wie Überkonsumption und -produktion zurückgefahren werden können. Im globalen Süden richtet sich der Widerstand gegen das Eindringen von Kapitalismus in Territorien, Lebensweisen und gesellschaftliche Bereiche, die bis dato noch nicht vollständig davon eingenommen sind. Degrowth hingegen richtet sich explizit gegen Ressourcenverbrauch und Konsummuster des globalen Nordens, die sich als untragbar für den Planeten erwiesen haben. Nun ist diese »imperiale Produktions- und Lebensweise« (Brand/Wissen 2011) zwar vornehmlich im Norden beheimatet, sie wird aber auch von expandierenden Ober- und Mittelschichten im Süden praktiziert. Bis dato hat sich Post-Development zudem vor allem auf den ländlichen Raum konzentriert, wohingegen sich Degrowth viel mit der Frage, wie eine gesell-



Adbust einer Misereor-Plakatwerbung. (Bild: whitecharity.de)

schaftliche Transition in Städten aussehen kann, auseinandersetzt. Die zweite begrüßenswerte Anregung, die Degrowth liefert, ist also, den globalen Norden systematisch hinsichtlich seines Entwicklungsproblems in den Blick zu nehmen sowie Vorschläge für urbane Transformationen von unten zu machen.

Drittens präsentiert Degrowth sehr konkrete Ansätze, wie auf der Ebene von größeren Zusammenhängen wie Städten, Regionen und ganzen Staaten anders gewirtschaftet und gelebt werden kann. Hier sind Transition-Towns zu nennen oder makroökonomische Konzepte wie die »steady state economy«. Auch die Energiewende in Deutschland kann als ein praktischer Versuch angesehen werden, Nachhaltigkeit auf demokratische Weise (Stichwort Energiegenossenschaften) umzusetzen, auch wenn kein gesellschaftstransformierendes Moment zu erkennen ist, denn das Ganze findet unter kapitalistischen Vorzeichen statt und der Suffizienzaspekt wird weitgehend ausgespart. Die Versuche, gesamtgesellschaftliche Fragen angesichts real existierender gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in reformerischer Manier anzugehen, könnten für die Post-Development-Perspektive inspirierend sein.

5. Post-Development und Degrowth können Hand in Hand gegen kapitalistische und koloniale Herrschaft in Nord und Süd, Stadt und Land eintreten

Diskursiv betrachtet kann Degrowth oder Postwachstum kein geeignetes Dach bieten, um Post-Development Unterschlupf zu gewähren. Hier erscheint mir die Perspektive von Post-Development als umfassender Diskurs besser geeignet, denn Wachstum ist nur eines der westlichen Konzepte, die Post-Development aufs Korn nimmt. Daneben werden dominante Konzepte von Fortschritt, Moderne, Rationalität und das westliche dichotome Denken an sich in Frage gestellt.

Degrowth könnte folglich als eine ausbaufähige Post-Development-Perspektive im Norden verstanden werden. Degrowth und Post-Development können aber auch als Ansätze gedacht werden, die sich an unterschiedliche Gesellschaften und gesellschaftliche Schichten richten beziehungsweise sich auf unterschiedliche Problemkontexte beziehen. Somit könnten sie auch neben- und miteinander stehen bleiben. Degrowth gälte dann für den globalen Norden (alle umfassend, die von Kolonialismus und Kapitalismus profitieren und auf Kosten des globalen Südens leben) und Post-Development für den globalen Süden. So böten Post-Development und Degrowth eine komplementäre Position gegen asymmetrische Globalisierung, ungleiche Machtverhältnisse und Eliten aus Nord und Süd, die ihre eigenen Annahmen anderen aufzwingen.

Die umfassende Beschäftigung mit dem herrschaftssichernden Konzept und der Praxis von »Entwicklung«, die Post-Development unternommen hat, kann auch hilfreich sein, um auf gegenwärtige Herausforderungen in Europa zu reagieren. Post-Development entwickelte sich unter anderem als Reaktion auf die von Weltbank und IWF in den 1980ern vorangetriebenen »Strukturanpassungsmaßnahmen«, die Staaten dazu zwangen, den Sozialstaat abzubauen und eine neoliberale Politik durchzusetzen. Die Parallelen zum Umgang der Troika mit der griechischen Gesellschaft, aber auch die Politik der EU in Portugal, Italien und Irland sind frappierend. Hier können die diskurs- und graswurzelnsensiblen Ansätze von Post-Development Einsichten in die komplexen Wirkungen dominanter Konzepte von »Entwicklung« auf die Subjektivitäten der verantwortlichen Akteur*innen wie auch auf die betroffenen Gesellschaften bereitstellen. Die radikaldemokratischen Perspektiven aus dem Post-Development können dabei aber auch linke Politik herausfordern, denn sie räumen den Entscheidungen der jeweils betroffenen Menschen Priorität ein, selbst wenn diese aus linker Perspektive reaktionär erscheinen mögen.

Links

- Pambazuka News:** www.pambazuka.org (auf Englisch)
- Zapatistas:** <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/> (auf Spanisch)
- Bundeskoordination Internationalismus:** www.buko.info
- Informationszentrum Dritte Welt:** www.iz3w.org
- Gruppe B.A.S.T.A.:** www.gruppe-basta.de/
- glokal e. V.:** www.glokal.org
- AfricAvenir International:** www.africavenir.org

Verwendete und weiterführende Literatur

- Bendix, Daniel; Ziai, Aram** (2015): Emanzipation durch Entwicklungspolitik? Einige Überlegungen zu Fragen globaler Ungleichheit. *Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 4(3), S. 161–173. <https://www.momentum-quarterly.org/index.php/momentum/article/view/112>; Zugriff: 01.02.2017.
- BMZ** [ohne Jahr]: Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung der biologischen Vielfalt in Mexiko. http://www.bmz.de/de/themen/biodiversitaet/arbeitsfelder/gewinne/projekt_mexiko/index.html; Zugriff: 01.02.2017.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus** (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*. Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hrsg.). Hamburg: VSA, S. 78–93.
- COMPITSCCH** (2011): Die Biopiraterie kommt in unser Land zurück. Getarnt als Entwicklungszusammenarbeit wird in den »Werten« des institutionalen Konservatismus ein Panzerschiff ICBG Alemán gebaut. http://www.biopiraterie.de/fileadmin/pdf/Biopiraterie_ICBG_aleman_dt.pdf; Zugriff: 01.02.2017.
- Escobar, Arturo** (2015): Degrowth, postdevelopment, and transitions: a preliminary conversation. *Sustainability Science* 10(3), S. 451–462.
- Fanon, Frantz** (1981): *Die Verdammten dieser Erde* (erstveröffentlicht: 1961). Frankfurt: Suhrkamp.
- glokal e.V.** (2013): *Mit kolonialen Grüßen ... Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet*. Berlin: glokal e.V. <http://www.glokal.org/publikationen/mit-kolonialen-gruessen/>; Zugriff: 01.02.2017.
- Lepenies, Philipp** (2014): »La rage de vouloir conclure«: Wissensvermittlung als Entwicklungsengpass oder warum Experten so arbeiten, wie sie es tun. In: *Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*. Ziai, Aram (Hrsg.). Baden-Baden: Nomos, S. 213–234.
- Sachs, Wolfgang** (Hrsg.) (1993): *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Wörterbuch zur Entwicklungspolitik*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Spehr, Christoph** (1996): *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*. Wien: Promedia.
- Ziai, Aram** (2006): *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*. Münster: Westfälisches Dampfboot. https://www.uni-kassel.de/fb05/fileadmin/datas/fb05/FG_Politikwissenschaften/Entwicklungspolitik/Forschung/Ziai_Zwischen_GG_und_PD.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Post-Extraktivismus: International und herrschafts- kritisch – gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und für ein gutes Leben

Ulrich Brand

Ulrich Brand lehrt und forscht als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, ist Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik* und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von *Attac Deutschland*. Er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität* des Deutschen Bundestages (2011–2013).

Ich argumentiere aus der Position eines »activist scholar«: eines im Wissenschaftsbetrieb arbeitenden Menschen – und *weißen* Mannes, der sich aus einem bildungsfernen Familienhintergrund hingearbeitet hat und entsprechend oft etwas überfleißig ist ... –, der sich emanzipatorischen sozialen Bewegungen verbunden fühlt und, wo es zeitlich geht, Teil davon ist.

Zudem beschäftige ich mich seit vielen Jahren mit der Analyse herrschender Entwicklungen in Europa und Lateinamerika sowie den dort entstehenden Alternativen. So bin ich seit dem Jahre 2011 Mitglied einer Gruppe von vierzig AktivistInnen und WissenschaftlerInnen in Lateinamerika, die zu Alternativen arbeitet.

1. Kritik am Neo-Extraktivismus und Post-Extraktivismus als neuer Begriff und Bedingung für gutes Leben

Die Diskussion um Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus wird in Lateinamerika schon seit der Jahrtausendwende intensiv geführt. Die Konzepte, auf die sich soziale Bewegungen, aber auch die in vielen Ländern etablierten linken und links-liberalen Regierungen auf der Suche nach grundlegenden Alternativen beziehen, unterscheiden sich auf den ersten Blick stark von der Degrowth-Perspektive. Dennoch, so möchte ich hier argumentieren, kann die Degrowth-Bewegung davon einiges lernen. Erläutern möchte ich das anhand der Debatte um den Post-Extraktivismus (der Begriff wird später näher erklärt), einer kritischen Diskussion um das aktuell vor-



Agroindustrielle Monokulturen (hier in Bolivien) verändern Landschaften ebenso wie soziale Verhältnisse. (Foto: CC BY 2.0, Sam Beebe)

herrschende Entwicklungsmodell in Lateinamerika, das mitunter als Neo-Extraktivismus bezeichnet wird.¹

KritikerInnen des Neo-Extraktivismus in Lateinamerika sehen die Gefahr einer verstärkten Abhängigkeit der Region vom Weltmarkt durch die Konzentration auf Praktiken der Ressourcen-Extraktion wie Bergbau, agrarindustrielle Monokulturen, Kohle-, Öl- und Gasförderung. Als Folge dieser Wirtschaftsweise warnen sie vor der wachsenden Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, der Abwälzung von Kosten und negativen Konsequenzen auf andere, den sozialen und ökologischen Kosten sowie einer zunehmenden Ignoranz der politischen EntscheidungsträgerInnen gegenüber sozialen und politischen (Minderheiten-)Rechten. So wird in Bezug auf die unterschiedlichen Praktiken der Ressourcen-Extraktion auf territoriale Transformationsprozesse hingewiesen, die in eine Neuordnung von Landschaften, sozialen Verhältnissen und Arbeitsbeziehungen sowie in räumliche Zersplitterung resultieren. Kennzeichen dieser Prozesse sind: neue Grenzziehungen und Einhegungen; die Herausbildung von Enklaven-Ökonomien; die Verhängung exklusiver Nutzungsrechte; die Entdemokratisierung der Frage der Naturnutzung; sowie umfassende ökologische Zerstörungen.

Beim Neo-Extraktivismus handelt es sich um ein Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell, das in dominanter Weise auf der Ausbeutung von Rohstoffen und der Aneignung der Einnahmen aus den Rohstoffrenten durch

¹ Der Text basiert auf meiner ausführlichen Analyse in: Brand 2015. Johannes Apel, Nina Treu und Dennis Eversberg danke ich für wertvolle Hinweise.

lokale Eliten, den Staat sowie nationale oder transnationale Unternehmen basiert. Die auch aus Degrowth-Sicht kritisierte Fortsetzung ressourcenintensiver Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen im globalen Norden und Süden könnte dem Neo-Extraktivismus weiter Auftrieb geben. Denn die Nachfrage nach Rohstoffen steigt.

Umso wichtiger erscheint es, die Degrowth- und die Post-Extraktivismus-Debatte in einen Dialog miteinander zu bringen. Denn die Realisierungschancen einer Degrowth-Perspektive und von Alternativen zum Ressourcen-Extraktivismus werden ganz entscheidend davon abhängen, auch die *internationalen* politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnisse zu verändern. Die Aufrechterhaltung einer im Norden weitgehend durchgesetzten und sich in vielen Ländern des globalen Südens ausweitenden imperialen Produktions- und Lebensweise – samt ihren macht- und herrschaftspolitischen, sozialstrukturellen und weltmarktvermittelten Implikationen – ist ein zentrales Hindernis für jegliche Alternativen.

Was sind die Kernelemente des Begriffs Post-Extraktivismus?

Kritik an der kapitalistischen Moderne – Post-Kolonialismus: Im Kern geht es nicht nur um eine Kritik an der Rohstoffförderung und den damit einhergehenden sozio-ökonomischen, politischen und ökologischen Problemen an sich. Der Begriff Post-Extraktivismus nimmt vielmehr in den Blick, dass es sich bei den aktuellen Prozessen um ein umfassendes Entwicklungsmodell und -verständnis handelt. Kritisiert werden der ungebrochene westliche Fortschrittsglaube der Moderne, das damit verbundene Wachstumsparadigma, das Verständnis von Natur als auszubeutender Ressource, autoritäre und vertikale politische Herrschaftsmuster sowie die asymmetrische Weltmarktintegration. Es geht dabei nicht um die pauschale Ablehnung jeglicher Form der gesellschaftlichen Rohstoffnutzung und -aneignung. Vielmehr geht es darum, den herrschaftlichen und Natur wie soziale lokal-regionale Strukturen zerstörenden Gehalt, der dieser Aneignung für den kapitalistischen Weltmarkt innewohnt, aufzuzeigen und zurückzuweisen.

Hiervon ausgehend wird in der lateinamerikanischen Debatte zwischen drei Formen des Extraktivismus unterschieden: einem derzeit dominierenden *plündernden* (depredador) Extraktivismus, einem *behutsamen* (sensato) mit gewissen ökologischen und sozialen Standards und einem für die gesellschaftliche Entwicklung *unverzichtbaren* (indispensable) Extraktivismus, wobei die Kriterien der Unverzichtbarkeit selbst gesellschaftlich auszuhandeln sind. Im Grunde kann man bei der dritten Variante nicht mehr von Extraktivismus als Entwicklungsmodell sprechen, sondern eher von umsichtigen und gesellschaftspolitisch vereinbarten Formen der Rohstoffextraktion und -nutzung. Verbunden mit dieser Perspektive sind Ansprüche an eine Dekolonisierung des Wissens und der Wissenssysteme, denn die europäische instrumentelle und imperiale Logik wird kritisiert und abgelehnt.

Krisendiagnose: In der Post-Extraktivismus-Debatte wird meist davon ausgegangen, dass es sich aktuell um eine umfassende Zivilisationskrise handelt. Das geht deutlich über Diagnosen einer Wirtschafts- und Finanz- oder multiplen Krise hinaus.

Erfahrung sozialer Mobilisierung: Im Gegensatz zu Europa gibt es insbesondere in Bolivien und Ecuador die Erfahrung, dass radikale Bewegungen zu linken Regierungen führten und der Staat auf eine neue Verfassungsgrundlage gestellt wurde. Die letzten 15 Jahre zeigten, dass soziale Mobilisierungen durchaus grundlegende Veränderungen ermöglichen können. In gewisser Weise trifft das auch auf Venezuela, Argentinien und Brasilien zu. Es geht explizit nicht um ein »Zurück« oder eine Romantisierung indigen-gemeinschaftlicher Lebensformen, sondern um die Anerkennung multiplen Wissens und verschiedener Erfahrungen.

Territorialität: Mit dem von Maristella Svampa geprägten Begriff »giro ecoterritorial« (übersetzt etwa: öko-territoriale Neuausrichtung der Kämpfe) wird deutlich, dass es in Lateinamerika gegenwärtig zuvorderst um Kämpfe um Land und Territorien geht, verbunden mit jenen für mehr Autonomie und Selbstbestimmung und gegen sozialen Ausschluss, ökologische Zerstörung und die Inwertsetzung von Menschen und Natur. Zentrale Forderungen sind Moratorien auf Großprojekte und die Beteiligung der Betroffenen an geplanten Vorhaben.

Ziele eines neuen Gesellschaftsmodells: Eine Transition zu einer post-extraktivistischen Wirtschaft würde in einer ersten Phase den *plündernden* Extraktivismus überwinden und durch einen *behutsamen* ersetzen, dies durch die Einführung von Sozial- und Umweltstandards, moderne Technologien, Kompensationszahlungen für die betroffene Bevölkerung und anderes. Damit würde die wirtschaftliche Außenabhängigkeit reduziert und der Handlungsspielraum des Staates hinsichtlich alternativer Wirtschaftspolitik erhöht. Die zweite Phase wäre der Übergang zu einem Wirtschaftsmodell, in dem die Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf ein Minimum reduziert wird. Das ginge einher mit der Anerkennung einer pluralen Ökonomie, mit Agrarreformen, angepassten Technologien, einem Umbau der bestehenden Steuer- und Subventionssysteme, einem grundlegenden Umbau der tendenziell autoritären Bildungssysteme und Bildungsverständnisse, intensiverer lateinamerikaweiter Kooperationen und in den Andenländern zudem mit dem Ausbau der plurinationalen Staaten.

Verbindung ökonomischer, sozialer und ökologischer Fragen: Wie die Degrowth-Perspektive zielt auch der Post-Extraktivismus auf eine breite gesellschaftliche Veränderungen ab. Degrowth ist dabei stärker in der ökologischen Debatte verankert und auf den Menschen fokussiert, also anthropozen-



.....

Plakat für eine Debatte in Caracas mit der Frage »Ist ein anderes Lateinamerika möglich?«. (Bild: Fundación Rosa Luxemburg Oficina Andina)



.....

Einladung zur Tagung »Das Ende des Kapitalismus vorausdenken? Szenarien und Strategien für eine sozial-ökologische Transformation«. (Bild: Fundación Rosa Luxemburg Oficina Andina)



In diesem kurzen Audiobeitrag skizziert Ulrich Brand die Grundzüge von Post-Extraktivismus.

trischer. In beiden Diskussionen spielt der Begriff der Umweltgerechtigkeit (environmental justice; *justicia ambiental*) eine wichtige Rolle. Meines Erachtens hat die Post-Extraktivismus-Perspektive – den Erfahrungen in Lateinamerika entsprechend und am ehesten an feministische Sichtweisen in der Degrowth-Debatte anknüpfend – die umfassenden Bedingungen und Formen sozialer Reproduktion jenseits von Marktökonomie und Erwerbsarbeit besser im Blick («sozial» im weiten Sinne, also auch ökonomische und Naturverhältnisse einschließend).

Naturverständnisse, Naturverhältnisse, Rechte der Natur: Die lateinamerikanische Perspektive geht an einem bestimmten Punkt über die meisten Degrowth-Positionen hinaus. Die kapitalistisch geprägten modernen gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit ihrer Gegenüberstellung von Gesellschaft und Natur und der kaum hinterfragten Perspektive der Unterwerfung und (Über-)Nutzung bis hin zur Zerstörung werden radikaler hinterfragt. Die »*óptica mercantilista*« (übersetzt etwa: merkantilistische Sichtweise), die Natur als Ware betrachtet und von den konkreten Naturqualitäten und ihren Reproduktionsbedingungen abstrahiert, wird als eurozentrische Perspektive kritisiert. Natur ist nicht der Gesellschaft äußerlich, manipulier- und zerlegbar. Es geht darum, Menschen stattdessen als Teil der Natur zu verstehen und der außermenschlichen Natur einen eigenen Stellenwert zuzugestehen.

Kulturelle Identitäten: Der jüngste Zyklus sozialer Mobilisierungen in Lateinamerika ist ohne die Jahre 1992 (fünfhundert Jahre nach Beginn der Eroberung) und 1994 (Aufstand der Zapatistas in Mexiko) kaum zu verstehen. Fragen der kulturellen Identität haben nach Jahrhunderten der (post-)kolonialen Ausbeutung, des Rassismus und patriarchalen Verhältnisse eine hohe Priorität. Insbesondere in den Andenländern haben sich, angestoßen durch breite indigene Protestmobilisierungen, Diskussionen um Interkulturalität entwickelt.

Macht- und Herrschaftsverhältnisse: Beim Durchgang durch die Literatur zu gutem Leben, Post-Extraktivismus oder Alternativen zum bestehenden Entwicklungsmodell allgemein wird deutlich, dass Macht und Herrschaft stärker thematisiert werden als in der Degrowth-Debatte. Das hat einen realhistorischen Hintergrund. Offene und strukturelle Gewalt, Ausschluss und Erniedrigung, aber auch die unterschiedlichen Machtverhältnisse sind in Lateinamerika ungleich deutlicher und erlebbarer als in vielen Teilen Europas.

Umgekehrt stellt sich die Frage, wie weit die skizzierten Ansätze, die stark aus indigenen Lebenserfahrungen und territorialen Konflikten kommen, in Europa, wo die Verstädterung weit fortgeschritten ist und viele Menschen den Kontakt zum Land verloren haben, tragen.

2. Post-Extraktivismus als neuer Begriff und Bedingung für gutes Leben

In Lateinamerika gibt es viele Begriffe für grundlegende Alternativen. Degrowth oder Postwachstum gehören definitiv nicht dazu. Derzeit spielt insbesondere in den Andenländern der Begriff des guten Lebens eine wichtige Rolle (buen vivir, buenos convivere; im ecuadorianischen Quichua: sumak kawsay; im bolivianischen Aymara: suma qamaña). Die Regierungsübernahme durch linke Präsidenten in Bolivien (2005) und Ecuador (2006) ging einher mit der Ausarbeitung neuer Verfassungen, in denen diese Länder unter anderem als plurinationale Staaten konstituiert, die Autonomie der indigenen Völker anerkannt und vergrößert und die Rechte der Natur verankert wurden. Das gute Leben ist nun sogar in beiden Verfassungen als Staatsziel festgeschrieben. Diese Diskussionen spielen andererseits in Ländern wie Brasilien keine Rolle. Am ehesten könnte dort der Begriff der Umweltgerechtigkeit die vielfältigen Widerstände und Alternativen charakterisieren. In vielfältigen konkreten Auseinandersetzungen geht es hier um Ernährungssouveränität, Recht auf Stadt, StaatsbürgerInnenschaft und anderes – Aspekte, die zunehmend mit der Idee eines guten Lebens verbunden werden.

Als ein Bindeglied könnte dabei das Konzept Post-Extraktivismus dienen. Es entsteht aus einer doppelten Konstellation aus erfolgreichen Mobilisierungen gegen die neoliberalen Politiken, Wirtschaftsmodelle und Kräfteverhältnisse einerseits, Kritik am Neo-Extraktivismus andererseits. Der Versuch, den Begriff Post-Extraktivismus zu konturieren und zu stärken, kann als Versuch verstanden werden, zum einen die Bedingungen für Ansätze des guten Lebens überhaupt erst zu schaffen und zum anderen in die Auseinandersetzungen darum mit einer radikalen Position einzugreifen.

Notwendig ist dabei auch eine inhaltliche Spezifizierung des Begriffs des guten Lebens, weil es sich um ein hochgradig umkämpftes politisches und Wissens-Terrain handelt. So heißt der Nationale Entwicklungsplan Ecuadors auch *Plan del Buen Vivir*, der zwar die Abkehr vom Neo-Extraktivismus anstrebt, diese in der Praxis aber nicht einlöst. Ob die aktuellen Vorschläge des Buen Vivir in Lateinamerika mit einer Degrowth-Perspektive im Sinne von Dematerialisierung, Dekommodifizierung und Dezentralisierung einhergehen, ist nicht ausgemacht.

Kritik an und Widerstände gegen die neo-extraktivistischen Praktiken gibt es allerorten. Es wehrt sich zuvorderst die direkt von den neo-extraktivistischen Wirtschaftsaktivitäten negativ betroffene lokale Bevölkerung. Wenn von Bergbauunternehmen ganze Berge abgetragen werden und enorme Mengen an Süßwasser verbraucht werden, um etwa Gold zu gewinnen, und die abgetragene Erde als Schutt an andere Regionen verbracht wird, führt dies zur Politisierung und gegebenenfalls Organisation der lokalen Bevölkerung. Diese Prozesse werden häufig von kritischen NGOs

und WissenschaftlerInnen unterstützt. Diese stellen Wissen darüber bereit, welche wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen der großräumige Bergbau hat, und enttarnen etwaige falsche Versprechen der Investoren in Sachen Arbeitsplätze und Wohlstandsschaffung. Die Unterstützung schafft zudem in vielen Fällen eine gewisse mediale Sichtbarkeit.

Eine wichtige Entwicklung in den letzten Jahren ist die wachsende Koordinierung der Widerstände in regionalen und nationalen Foren, um sich auszutauschen, gemeinsame Strategien zu beraten und an Alternativen zu arbeiten. Auch dadurch wird der Widerstand zunehmend auf regionaler, nationaler und sogar internationaler Ebene sichtbar.

Der Kritik geht es zuvorderst darum, die Umkämpftheit und Kosten des bestehenden Entwicklungsmodells sichtbar zu machen. Mit dem Begriff des Post-Extraktivismus sollen diese vielfältigen Kritiken, Widerstände und Alternativen in ihren Gemeinsamkeiten verbunden und dadurch gestärkt werden. Das ist umso wichtiger, da außerhalb der Extraktionsregionen und auf nationaler Ebene lange Zeit und bis heute die negativen Folgen der Aktivitäten im Bergbau, bei der Förderung fossiler Energieträger oder im industriell-landwirtschaftlichen Bereich ignoriert oder unterdrückt werden.

3. Degrowth und Post-Extraktivismus: gemeinsam gegen den neoliberalen Kapitalismus, der immer stärker auf die Kommodifizierung von sozialen Verhältnissen und Naturelementen setzt

Degrowth und Post-Extraktivismus identifizieren die tief verankerten Vorstellungen und Praktiken von Fortschritt und Wachstum als zentrales Problem. Beide bringen verschiedene Krisenelemente und Konfliktachsen analytisch zusammen und entwickeln eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Soziale Ungleichheit und die ökologischen Probleme bilden zentrale Kritikpunkte. Es herrscht Konsens, dass ein Großteil der bekannten Reserven an fossilen Energieträgern im Boden bleiben muss.

Beide Perspektiven werden vor allem von progressiven Kräften (politisch links beziehungsweise wissenschaftlich kritisch) genutzt, um gegen die fortbestehenden Entwicklungs- und Wachstumsorientierungen – inklusive der Varianten grünes Wachstum und »nachhaltige Entwicklung« – anzugehen. Verwiesen wird dabei auch auf Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen; insofern beabsichtigen beide Positionen, Verteilungsfragen zu politisieren und damit der häufig anzutreffenden Verengung der progressiven wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte zu begegnen. Es sind insofern Positionen gegen falsche Alternativen, gegen zu realpolitische Perspektiven. Andere Vorstellungswelten (imaginaries; imaginarios) und deren Entstehung sind zentral für Veränderungen.

Beide Perspektiven setzen auf soziale Kräfte, die willens sind, sich weitreichende Veränderungen vorzustellen und diese voranzutreiben. Dabei



Viele Staaten Lateinamerikas setzen auf Bergbau und machen sich so abhängig vom Weltmarkt. (Foto: CC BY 2.0, Dimitry B.)

sind weder ein Masterplan noch eine einheitliche Strategie beabsichtigt: Strategien, Initiativen und Bündnisse sind kontextabhängig zu entwerfen – oder sie entstehen ganz praktisch – und zu verfolgen.

Es besteht wenig Vertrauen in bestehende gesellschaftliche und politische Institutionen wie Staat, Markt oder Öffentlichkeit, ohne dass deren Bedeutung für Transformationsprozesse negiert wird. Insbesondere der Staat, der in anderen progressiven Ansätzen als zentraler Veränderungsmotor gilt, wird als zutiefst mit einem als problematisch erachteten Entwicklungsmodell (mehr dazu unten) verbunden verstanden.

Die Degrowth- wie auch die Post-Extraktivismus-Perspektive stützen sich auf einen alternativen Wohlstandsbegriff, der politische Gestaltung, sozial-ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für die Menschen umfasst. Die destabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen müssen verändert werden. Damit werden gesellschaftliche Bedingungen denkbar, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können – und zwar in einem solidarischen sozialen Zusammenhang, der ja erst die Bedingung freier Persönlichkeitsentwicklung ist.

Bei aller Unterschiedlichkeit (siehe unten) beinhalten beide Perspektiven schließlich scharfe Kritiken am herrschenden Wissen (Post-Extraktivismus) beziehungsweise an den herrschenden Wissenschaften (Degrowth; insbesondere an der Neoklassik und der neoklassischen Umweltökonomik, aber auch am Keynesianismus).

4. Vom Post-Extraktivismus lernen: ein grundlegend herrschaftskritisches Verständnis des Kapitalismus

Aus meiner Sicht betont die Post-Extraktivismus-Perspektive deutlicher als Degrowth die herrschaftlichen und zerstörerischen Mechanismen des (post-)kolonialen, patriarchalen und hierarchisierenden Kapitalismus. Die Erfahrungen des Weltmarkts und imperialer Politik, die Dynamiken der Kommodifizierung und Unterwerfung sind sehr präsent. In den lateinamerikanischen Diskussionen werden die diversen bestehenden Probleme ungleich deutlicher in Verbindung mit der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise gebracht. Denn diese ist nicht nur ein Produktions- und Konsumsystem, sie ist auch ein System von Macht und Herrschaft – auch und gerade über die Natur. Von diesem grundlegenden Verständnis von Kapitalismus könnte die Degrowth-Perspektive profitieren.

Die Perspektiven sind auch in weiterer Hinsicht gegenseitig anregend: Die Degrowth-Perspektive zielt auf einen freiwilligen, reibungslosen und gerechten Übergang zu einem Regime mit weniger Produktion und Konsum ab, dabei geht es häufig um konkrete Alternativen und Nischen. Der Post-Extraktivismus würde dem vor dem Hintergrund lateinamerikanischer Erfahrungen entgegenhalten, dass diese freiwillige und reibungslose Idee die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, tief verankerte Denkmuster, materialisierte Strukturen und entgegenstehende Interessen unterschätzen könnte. In Lateinamerika sind die Konflikte viel deutlicher, und entsprechend werden sie auch expliziter thematisiert.

Die Kritik am Neo-Extraktivismus ist eng mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden, mittels derer sich bestimmte Formen der Naturaneignung und -beherrschung durchset-

.....
Seminar zu Präkarisierung, Tertiärisierung und Alternativen in der Arbeitswelt in Medellín, Kolumbien. (Foto: Fundación Rosa Luxemburg Oficina Andina)



zen. So wird in der Debatte »Alternativen zu Entwicklung« (Lang/Mokrani 2013) eine weitreichende Kritik am Entwicklungsdenken und den damit verbundenen Praktiken formuliert. Diese Debatte geht vom globalen Süden aus und kann dadurch die Probleme des Südens aus eigener Sicht einbringen. De facto ist auch die Degrowth-Perspektive ein Einsatzpunkt in gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse. Doch dies wird nicht oder kaum thematisiert und müsste explizit gemacht werden.

Eine wichtige Anregung für die Degrowth-Debatte kann meines Erachtens auch die Kritik am westlichen, rationalistischen und dichotomisierenden Naturverständnis und an den entsprechenden Naturverhältnissen liefern. Eine solche Perspektive ist nicht neu für die europäische Diskussion, in der Degrowth-Perspektive ist sie aber bislang kaum verwurzelt. Die Diskussion um die Rechte der Natur kann und sollte im Bereich Degrowth stärker geführt werden.

5. Post-Extraktivismus als Versuch, die Bedingungen für ein gutes Leben zu schaffen und mit einer radikalen Position in die Auseinandersetzungen einzugreifen

Post-Extraktivismus ist ein *lokales* Unterfangen, reicht also von der lokalen über die nationale, regionale bis hin zur globalen Ebene – und wieder zurück.

Für die Degrowth-Perspektive und eine eventuell unter diesem Begriff entstehende Bewegung ist es zentral, die Verstrickungen der in Europa dominanten imperialen Produktions- und Lebensweise mit anderen Weltregionen zu verdeutlichen. Sonst droht Degrowth provinziell zu werden und die zerstörerischen Grundlagen der eigenen Alternativen zu übersehen. Der portugiesische Rechts- und Sozialwissenschaftler Boaventura de Sousa Santos spricht von einer »Epistemologie des Südens« (Santos 2008), die – zusammen mit dem Kolonialen und den Zuflüssen natürlicher Ressourcen aus dem globalen Süden – im Wissen und in den Praktiken des globalen Nordens negiert wird.

Jegliche alternative Perspektive in Europa und damit auch Degrowth sollte die emanzipatorischen Kämpfe und Alternativen in anderen Teilen der Welt zur Kenntnis nehmen und mit den eigenen Ansätzen ins Verhältnis setzen. Im Kern geht es darum, überall in der Welt andere Formen von Wohlstand und gutem Leben zu denken und zu realisieren – gegen die Zumutungen des kapitalistischen Wachstumsimperativs, der damit verbundenen Erniedrigung und Ausbeutung, gegen die rassistischen, patriarchalen und imperialen Verhältnisse und die allgegenwärtige Ausbeutung der Natur. Eine solidarische und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise zu schaffen, das eint die vielfältigen Kämpfe in der Welt, von denen Degrowth ein wichtiger Teil ist.

Links

Alternativen zur Entwicklung – permanente Arbeitsgruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung: <http://www.rosalux.org.ec/de/was-ist-die-permanente-arbeitsgruppe-alternativen-zur-entwicklung-menu.html>

Degrowth als Verbündeter für Kämpfe im globalen Süden – Interview mit Barbara Muraca und Tanja von Egan-Krieger: <http://www.postwachstum.de/tag/post-extraktivismus/>; Zugriff: 01.02.2017.

Die offenen Adern der Natur – Text von Alberto Acosta: <http://www.suedwind-magazin.at/die-offenen-adern-der-natur/>; Zugriff: 01.02.2017.

Lateinamerikanische Transitionen, Wachstumskritik im Globalen Süden – Blogbeitrag: <http://www.impulsderzeiten.de/tags/post-extraktivismus/>; Zugriff: 01.02.2017.

Máxima Acuña gewinnt Goldman-Preis für Umweltschutz: <https://emaroja.wordpress.com/tag/extraktivismus/>

»Unsere imperiale Lebensweise muss verändert werden« – Interview mit Ulrich Brand: <http://www.oneworld.at/start.asp?ID=250488;> Zugriff: 01.02.2017.

Verwendete und weiterführende Literatur

Anmerkung: Das vollständige Literaturverzeichnis zu diesem Text findet sich in dem unten aufgeführten Aufsatz »Lateinamerika in der Rohstoff-Falle« von Ulrich Brand.

Acosta, Alberto (2015): *Buen Vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben.* München: oekom.

Brand, Ulrich (2015): *Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille?* (Working Paper 5/2015 der DFG-KollegforscherInnen-gruppe Postwachstumsgesellschaften.) Jena: DFG-KollegforscherInnen-gruppe Postwachstumsgesellschaften.

Brand, Ulrich (2015): *Lateinamerika in der Rohstoff-Falle.* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Februar/2015: S. 33–36.

Brand, Ulrich (2016): *Lateinamerikas Linke. Das Ende des progressiven Zyklus?* Hamburg: VSA.

Dietz, Kristina (2014): *Nord-Süd-Dimensionen der Wachstumskritik.* In: *Redaktionsgruppe Degrowth* (Hrsg.): *Mehr oder weniger. Wachstumskritik von links.* Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 18–21.

Fatheuer, Thomas (2012): *Buen vivir – Recht auf gutes Leben.* Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Gudynas, Eduardo (2012): *Buen Vivir. Das Gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung.* Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Lang, Miriam; Mokrani, Dunia (Hrsg.) (2013): *Beyond Development. Alternative Visions from Latin America.* Amsterdam/Quito: Transnational Institute/Rosa Luxemburg Foundation.

Santos, Boaventura de Sousa (2008): *Denken jenseits des Abgrunds. Von globalen Grenzlinien zu einer Ökologie von Wissensformen.* In: Lindner, Urs; Nowak, Jörg; Paust-Lassen, Pia (Hrsg.): *Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit.* Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 399–431.

Queer-feministische Ökonomiekritik: Ohne geht es nicht: Radikalität, Kapitalismuskritik und ein feministischer Grundkonsens

trouble everyday collective

Das *trouble everyday collective* ist eine Gruppe aus Berlin. Wir teilen den Ansatz der queer-feministischen Ökonomiekritik und versuchen, diesen weiterzudenken und in politische Praxis zu übersetzen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Bewegung und es gibt auch keine klare interne Organisation. Daher können und wollen wir nicht für alle sprechen, die diesen Standpunkt teilen. Somit umfasst dieser Text explizit nur unsere Perspektive. Wir haben diesen Text kollektiv geschrieben, es wurden mehrere Aktivistinnen direkt angefragt, um sich zu beteiligen, außerdem gab es über Gruppenlisten die Möglichkeit mitzumachen. Das *trouble everyday collective* hat unter anderem das Buch »Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien« geschrieben und organisiert Workshops und Diskussionszusammenkünfte zu queer-feministischer Ökonomiekritik.

1. Emanzipatorische Politik muss die kapitalistische Trennung in Produktion und Reproduktion überwinden und solidarische, kollektive Strukturen aufbauen

Im Zentrum queer-feministischer Ökonomiekritik steht wie bei vielen sozialen Bewegungen die Frage: Wie kann die Gesellschaft so organisiert sein, dass sie ein gutes Leben für alle ermöglicht? Aus der Perspektive queer-feministischer Ökonomiekritik ist es die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Verschränkung mit anderen Herrschaftsverhältnissen, die diesem Ziel entgegensteht.

Die Entwicklung hin zum Kapitalismus ging historisch nicht nur mit der Trennung der Arbeiter*innen von den Produktionsmitteln, sondern auch mit der Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre einher. Produktive Arbeiten sind öffentlich sichtbar und gesellschaftlich anerkannt, gelten als männlich und werden entlohnt. Demgegenüber stehen reproduktive Arbeiten: kochen, putzen, Fürsorge, Kinder erziehen, kranke und alte Menschen pflegen (Care) und Selbstsorge. Diese werden im Privaten von Frauen



Praktische Unterstützung für Care-Arbeiter*innen, hier: Solidarität mit Hebammen.

(Foto: Netzwerk Care Revolution)

verrichtet, sind nicht oder niedrig entlohnt, unsichtbar und genießen kaum gesellschaftliche Anerkennung. Die Sphärenrennung ist fundamental wichtig für das Funktionieren des Kapitalismus: Reproduktive Arbeit dient dem Zweck, die Arbeitskraft der Menschen aufrechtzuerhalten. Diese sollen so für sich und ihre Familien sorgen, dass sie am nächsten Tag und langfristig wieder fit für die Lohnarbeit sind. Das Aufziehen von Kindern stellt sicher, dass auch zukünftig genug Arbeitskräfte vorhanden sind.

Es gibt zwei zentrale Gründe dafür, dass diese Arbeiten von den produktiven Arbeiten abgegrenzt und niedriger oder nicht entlohnt werden. Zum einen ist die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft aus Sicht des Kapitals ein Kostenfaktor, der den Profit mindert und deshalb gering gehalten werden soll. Zum anderen kann Reproduktionsarbeit, die auf dem Markt erbracht wird, nur bis zu einem gewissen Grad automatisiert und profitabel organisiert werden: Zwar können viele Pflegearbeiten, wie die neoliberale Entwicklung gezeigt hat, auch erwerbsförmig von Dienstleister*innen erbracht werden. Die Profitspanne in diesen Bereichen ist allerdings nicht gleichermaßen zu steigern wie in der Produktionssphäre. Kranke Menschen lassen sich eben nicht »schneller« pflegen, ohne dass dies unter inhumanen Bedingungen geschieht. Und auch die Versuche, dies dennoch zu tun (Berichte über Vernachlässigung in Pflegeheimen sind keine Seltenheit), müssen zwangsläufig an Grenzen stoßen, die das menschliche Leben setzt. Deshalb ist es kosteneffizienter, wenn eine Gruppe von Menschen (meistens Frauen) diese Arbeiten kostenlos zu Hause oder sehr gering entlohnt ver-

richtet. Das hierarchische Geschlechterverhältnis mit seinen historisch entstandenen »Geschlechtscharakteren« (Hausen 1976) liefert dafür die ideologische Legitimation: Demnach seien Frauen natürlicherweise empathischer, fürsorglicher und emotionaler und deshalb viel besser für Kindererziehung und Haushalt geeignet. Diese Ideologie ist auch der Grund, warum Frauen in Care-Berufen schlechter bezahlt werden als in anderen Berufszweigen – aus der Sicht des Kapitals ebenfalls eine günstige Konstellation.

Zwar sieht der heutige neoliberale Kapitalismus – im Unterschied zum Familienernährer-Hausfrau-Modell des westdeutschen Fordismus der 1950er Jahre – ein »adult worker model« vor: Alle Erwachsenen, auch Frauen, sollen einer Lohnarbeit nachgehen. Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und die Trennung Produktion–Reproduktion bleibt jedoch trotzdem bestehen. Das zeigt sich unter anderem daran, dass das neue Arbeitsregime für die lohnarbeitenden Frauen vielfach eine Doppelbelastung darstellt: Nach Feierabend wartet zu Hause die Repro-Schicht. Diejenigen, die es sich leisten können, geben die anfallenden Arbeiten an migrierte und/oder rassistisch diskriminierte Arbeiterinnen weiter. Rassismus und restriktive Migrationsregimes liefern die Grundlage für deren Ausbeutung. Der Zugang von deutschen Mittelschichtsfrauen zur Erwerbsarbeit hatte also (fast) keine Umverteilung der Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern zur Folge, sondern zwischen Frauen.

Aus diesen Gründen problematisiert queer-feministische Ökonomiekritik die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und die Trennung in Produktion und Reproduktion. Diese beiden Polarisierungen sind zentral für das Verständnis von Geschlecht und des Kapitalismus, und sie stehen einem guten Leben für alle im Wege. Gleichzeitig macht queer-feministische Ökonomiekritik aber auch deutlich, dass ein gutes Leben für alle im Kapitalismus prinzipiell nicht möglich ist, weil menschliche Bedürfnisse hier nicht im Zentrum der Produktion stehen: Produziert wird, was Profit abwirft, und nicht, was Menschen brauchen oder sich wünschen. Bedürfnisse werden befriedigt, insofern dies notwendig ist, um die Arbeitskraft aufrechtzuerhalten – sie bleiben allerdings stets zweitrangig und werden auch nur selektiv bedient. Denn während hochqualifizierten Angestellten in Technologiezentren ihre Ausbeutung durch einen hohen Lohn und alle Annehmlichkeiten eines modernen Büros versüßt wird, sterben täglich Menschen aufgrund von katastrophalen Arbeitsbedingungen und Naturzerstörung. Deshalb ist es in der politischen Praxis wichtig, Bedürfnisse ins Zentrum zu stellen und davon ausgehend eine Gesellschaft zu entwerfen, die einen Raum für deren Befriedigung bietet. An diesem Entwurf können sich Kämpfe im Hier und Jetzt ausrichten, denn politische Bewegungen, die dieses Ziel nicht vor Augen haben, können die gesellschaftliche Transformation nicht nachhaltig vorantreiben.

Bewegungsgeschichte

Historisch entstand queer-feministische Ökonomiekritik in marxistisch orientierten Zusammenhängen innerhalb der Zweiten Frauenbewegung. So hatte die sogenannte Hausarbeitsdebatte in den 1970er und 1980er Jahren zum Ziel, Hausarbeit zu politisieren: Dadurch sollte das Herrschaftsverhältnis, das der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung zugrunde liegt, thematisiert und aufgebrochen werden. Sie entstand aber auch aus der Kritik am Marxismus selbst: Dieser sieht oft nur die Produktionssphäre und denkt reproduktive Arbeit in der politischen Praxis nicht mit, wodurch die Sphärentrennung fortgeschrieben wird. Die Einbeziehung feministischer Ansätze in den Marxismus verändert die Perspektive auf Gesellschaft und politische Praxis grundlegend; Feminismus funktioniert nicht als bloße Ergänzung zum marxistischen Mainstream. Zudem wurde in der schwulen und lesbischen Bewegung, die eng mit feministischen Kämpfen verknüpft war, die Naturhaftigkeit von Sexualität und Geschlecht in Frage gestellt und der Zusammenhang von heterosexueller Familienstruktur und kapitalistischer Produktionsweise herausgestellt.

Das »queer« in queer-feministischer Ökonomiekritik bezeichnet für uns die Ablehnung von Heterosexismus und Heteronormativität sowie der ontologischen Vorstellung, es gäbe eine Natur des Menschen jenseits von gesellschaftlichen Verhältnissen. Es geht dabei sowohl um eine Kritik an Zweigeschlechtlichkeit und dem System polarer Gegensätze (zum Beispiel: schwarz – weiß, Mann – Frau, rational – irrational) als auch um das Aufzeigen der Geschichtlichkeit bestimmter Vorstellungen: Wie werden Menschen gedacht, wie werden sie mit bestimmten Charaktereigenschaften »ausgestattet« und beschrieben? Es geht darum, hegemoniale Normalität¹ zu hinterfragen, und um die Ausschlüsse, die damit notwendigerweise verknüpft sind. Und es geht darum, gesellschaftliche Diskriminierungs- und Ausbeutungsverhältnisse zu benennen, zu bekämpfen, zu überwinden.

Kollektiv und solidarisch gegen das Patriarchat

Der soziale Wandel, der zu einer befreiten Gesellschaft führt, funktioniert aus Sicht queer-feministischer Ökonomiekritik nur über den Aufbau solidarischer und kollektiver Strukturen, die Sorge- und Reproduktionsarbeit vergesellschaften. Menschen sollen in der Sorge um ihr Leben nicht auf sich allein gestellt sein. Die Strukturen dafür gilt es im Hier und Jetzt aufzubauen und zu fordern, denn sie sind es, die den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben. Dies umfasst zum einen, den Zugang zu sozialen Infrastrukturen für

1 Mit »hegemonialer Normalität« meinen wir, dass Dinge, die gesellschaftlich (also herrschaftlich durchgesetzt) als normal gelten (wie Zweigeschlechtlichkeit), nicht von Natur aus normal *sind*, sondern normal *gemacht* werden. Die Meinung, dass ein bestimmter Sachverhalt normal sei, ist mit Macht ausgestattet. Deshalb konnte sie sich durchsetzen und deshalb ist es schwierig, Normalität aufzubrechen. Das macht sie »hegemonial«.

alle zu ermöglichen, und zum anderen, sich im sozialen Nahfeld als Community zu begreifen und sich gegenseitig abzusichern. Dadurch wird Zeit für politische Arbeit freigesetzt. Gleichzeitig braucht es diese Strukturen, um Erfahrungen darin zu sammeln, wie eine nach-kapitalistische Gesellschaft organisiert werden kann. Wir erleben dies heute schon überall da, wo Reproduktionsarbeit kollektiv organisiert wird: Kollektive Kinderbetreuung, Hausprojekte oder solidarische Ökonomien sind Beispiele. Solche kollektiven Organisationsformen müssen ausgebaut und langfristig muss ein System sozialer Absicherung jenseits des Staates etabliert werden.

Um schon heute Verbesserungen für die Lebensbedingungen von Menschen zu erreichen, ist es richtig, Forderungen an den Staat zu stellen. Wirklich emanzipatorische Politik und ein gutes Leben für alle ist jedoch nicht möglich mit einem Staat, der darauf ausgerichtet ist, die kapitalistische Produktion abzusichern. Reformistische Forderungen sind integrierbar in die marktwirtschaftliche und heterosexistische Ordnung. Es gilt, Forderungen zu stellen, die über das Bestehende hinausreichen:

»In den Diskussionen um bedingungsloses Grundeinkommen und Lohn für Hausarbeit gab es immer auch Fraktionen, die diese Forderungen derart formuliert haben, dass ihre konkrete Umsetzung nicht mit der bestehenden Ordnung vereinbar gewesen wäre. [...] Solche nicht unmittelbar im Bestehenden umsetzbaren Forderungen dennoch zu formulieren und zu verfolgen, zielte darauf ab, solidarische Bündnisse zu organisieren, auf deren Grundlage der Rahmen des Machbaren nicht länger als absolute Grenze des Politischen hingenommen würde. [...] Es gilt die Machtfrage zu stellen.« (Möser; Hausotter 2010)

Konkrete Kämpfe, in denen es möglich ist, die Machtfrage zu stellen, sind beispielsweise Streiks, die Commons-Bewegung oder die 4-in-1-Perspektive.

2. Queer-feministische Ökonomiekritik ist ein Analysestandpunkt von Akteur*innen unterschiedlicher Bewegungen

Im Folgenden möchten wir einige Bewegungszusammenhänge skizzieren, in denen oben genannte Überlegungen in den letzten Jahren verstärkt diskutiert wurden. Dabei konzentrieren wir uns auf aktuelle Entwicklungen der letzten fünf Jahre.

Ein Event, bei dem eine Vielzahl an Aktivist*innen zusammenkamen und zentrale Fragen weiterdachten, war die Veranstaltung *Who Cares?* in Berlin 2010. Dabei wurden viele Diskussionen aus unterschiedlichen linken, feministischen und queeren Zusammenhängen in Deutschland gebündelt. Problematisiert wurde, dass kapitalistische Ökonomie und Heteronormativität bestimmte Lebens- und Arbeitsweisen als natürlich, unveränderlich, sinn-

voll oder sogar notwendig erscheinen lassen. Auch wurde die Frage gestellt, wie Sexualität, Geschlecht, Rassismus, globale Ungleichheit und Kapitalismus zusammenhängen. Es ging zudem um Care-Ökonomien im globalen Kontext, transnationale Sorgketten, Pflegearbeiterinnen und Reproduktionstechnologien. Neben der Thematisierung von Körper- und Gesundheitspolitiken wurde auch die Debatte um Lohn für Hausarbeit aus den 1970er Jahren aufgegriffen. Links-feministische (teilweise auf Marx aufbauende) Argumentationen wurden mit dekonstruktivistischen Ansätzen zusammengebracht. Queer-feministische Kritik bot und bietet also einen Raum, in dem unterschiedliche feministische (Theorie-)Traditionen zusammenkommen können.

Neben der Theoriearbeit wurde auch beim Alltag der Aktivist*innen angesetzt. Wer macht die emotionale Arbeit in meinen Beziehungen? Wie kann für mich ein lebenswertes Leben jenseits der Kleinfamilie aussehen? Beobachtet und kritisiert wurde der Trend zur Selbstregulierung – zum Beispiel, wenn Überforderung mit mehr Sport und Entspannungsübungen ausgeglichen werden müssen, während die stressigen Anforderungen gesellschaftlich unverändert bleiben. Thematisiert wurde auch der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie und Gewalt.

Zu finden sind queer-feministische Ökonomiekritiker*innen auf Konferenzen, bei Diskussions- und Lesewochenenden oder in Arbeitskreisen zu linkem Feminismus. Außerdem führen sie Debatten in Bewegungszeitungen (zum Beispiel in der *Arranca!*). Bei *FeLS (Für eine linke Strömung)* – heute *Interventionistische Linke (IL)* – bildete sich eine Arbeitsgruppe *Queer-Feminismus*; es wurden queer-feministische Salons organisiert; die Gruppe *Kitchen Politics* veröffentlicht unter anderem Texte von Silvia Federici; die Gruppe *RESPECT Berlin* setzt sich für die Rechte migrantischer Hausarbeiter*innen ein; und auf der Aktionskonferenz *Care Revolution* 2014 in Berlin gründete sich das Netzwerk *Care Revolution* (siehe den Beitrag von Neumann und Winker, S. 84–95).

Auch wurde mit explizit queer-feministischen Aktionen bei Bündnissen mitgemacht. Ein Beispiel ist das *Blockupy*-Bündnis 2013 in Frankfurt am Main. Mit einem Die-in wurde in einer Frankfurter Fußgängerzone, in der Einkaufsstraße Zeil, auf geschlechtsspezifische Anforderungen aufmerksam gemacht: Aktivist*innen legten sich auf den Boden und taten so, als wären sie an Überforderung gestorben. Dies erwies sich als eine Aktionsform, die sehr niedrigschwellig zum Mitmachen anregte. Mit Sprechchören wie »Kochen, Putzen, Lohnarbeit. Und für Dich bleibt keine Zeit!« und einem Redebeitrag wurde auf Überforderungen aufmerksam gemacht. Zugleich wurde die Aufmerksamkeit der Passant*innen genutzt, um auf die zentrale *Blockupy*-Demonstration hinzuweisen. Durch eine Blockadeaktion in der Zeil wurden Passant*innen unter anderem über Herstellungsbedingungen in der Bekleidungsindustrie informiert. Die Polizei griff die Besetzer*innen teilweise massiv an.

Im Umfeld queer-feministischer Ökonomiekritik wurden auch Räume eingerichtet, die nur FLT*-Personen (Frauen, Lesben, Trans*) vorbehalten sind. Zwar gehen wir nicht davon aus, dass es »das Weibliche« von Natur aus gibt. Da aber FLT*-Personen in unserer Gesellschaft aktuell (gewaltvoll) anderen Positionen zugeordnet werden als Männer, sind im politischen Engagement Schutz- und Empowerment-Räume hilfreich und notwendig.



3. Gemeinsam können wir die Bedürfnisbefriedigung von Menschen ins Zentrum und Natürlichkeiten in Frage stellen

Ein gemeinsames Ziel von Degrowth und queer-feministischer Ökonomiekritik ist die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Vom Standpunkt queer-feministischer Ökonomiekritik ist es begrüßenswert, wenn die Bedürfnisbefriedigung aller Menschen ins Zentrum einer Bewegung gesetzt wird. Da auch die Degrowth-Bewegung festgestellt hat, dass dies unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen nicht gelingen kann, ist die Kritik an eben diesen Bedingungen naheliegend. Eine weitere Parallele folgt aus der geteilten Einsicht, dass Alltagspraktiken über das Bestehende hinausreichen sollten. So wird in queer-feministischen Kreisen ausprobiert, kollektiv zu wirtschaften, Sorgearbeit jenseits der Kleinfamilie zu verteilen und in Wohnprojekten zu leben. Außerdem teilen wir die Annahme, dass Historisieren sinnvoll ist, also deutlich zu machen, dass bestehende Ordnungen nicht natürlich sind: Sie können verändert werden. Wirtschaftswachstum und ein an Profit orientiertes Wirtschaftssystem ist ebenso wenig naturnotwendig wie eine Aufteilung in genau zwei Geschlechter, die zudem gegensätzliche Charaktereigenschaften haben sollen. Heterosexuelles Begehren ist genauso wenig naturgegeben wie die Notwendigkeit, Menschen in Konkurrenz zueinander zu setzen.

Skeptisch sind wir folglich gegenüber Stimmen in der Degrowth-Bewegung, die die angebliche Natürlichkeit bestimmter Produktionsweisen oder eines gewissen Konsumverhaltens betonen. Eine »Rückbesinnung auf Lebensstile früherer Generationen« (Eversberg; Schmelzer 2015) kann kein Ziel sein. Es gibt keinen natürlichen Ursprungszustand, zu dem Menschen zurückkehren könnten. Und wir hätten auch gar kein Interesse daran, denn frühere Lebensstile waren stark geprägt von Herrschaftsverhältnissen. Zwar schätzen wir es, dass die Degrowth-Bewegung Aspekte des Bewahrens politisiert – Stichwort Umweltschutz. Wir denken allerdings, dass sich eine Politik mit dem Ziel des Bewahrens oder auch Zurückkehrens (zum Beispiel zu mehr Wäldern oder unbebauten Flächen) sehr viel sinnvoller mit der Perspektive einer Zukunft, in der anders produziert und gelebt wird, begründen lässt als mit einer verklärten Vergangenheit. Wir teilen die Kritik am Wachstum, so wie es im Kapitalismus funktioniert. Eine generelle Kritik am Wachstum teilen wir hingegen nicht: Denn Care- oder Sorgearbeit kann durchaus wachsen, in einem Maße, dass alle Care-Bedürfnisse befriedigt werden.

Die queer-feministische Ökonomiekritik kommt aus dem Feminismus, aus marxistischer und feministischer Theorie, aus queerem Widerstand gegen Diskriminierung. Sie hat dazugelernt und tut dies bis heute dadurch, dass immer wieder auf Ausschlüsse innerhalb der Bewegung aufmerksam gemacht wurde. Die Frauenbewegung hat Frauen* marginalisiert; wie andere Bewegungen war auch sie nicht homogen und von Macht- und Domi-

nanzstrukturen geprägt. Deshalb ist uns der inkludierende Ansatz, den Degrowth verfolgt, sympathisch.

Hinsichtlich des Grundkonsenses von Degrowth, wie er auf Grundlage einer Befragung von Degrowth-Aktivist*innen formuliert wurde, lohnt ein genauerer Blick:

»Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion, daher wird in den Industrieländern Schrumpfung notwendig sein. Das bedeutet auch, dass wir auf Annehmlichkeiten werden verzichten müssen, an die wir uns gewöhnt haben. Die notwendige Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft muss friedlich sein und von unten kommen, sie läuft auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus, und weibliche Emanzipation muss dabei ein zentrales Thema sein.« (Eversberg; Schmelzer 2015)

Das Ergebnis der Studie zeigt also, dass viele Aktive in der Degrowth-Bewegung Geschlecht als Kategorie wichtig nehmen. Der Bezug auf »weibliche Emanzipation« lässt jedoch offen, wie und mit welchen Zielen die Auseinandersetzung mit Geschlecht als Herrschaftskategorie stattfinden soll. Es bleibt unklar, was mit »weiblicher Emanzipation« gemeint ist. Die Bedeutungen, die diese Formulierung nahelegen kann, kritisieren wir zudem: Zum einen reproduziert »weibliche Emanzipation« die Dichotomie männlich – weiblich. Zum anderen klingt die Vorstellung an, es gäbe bereits einen freien Menschen, nämlich den Mann, und um ebenso frei zu werden, müssten Frauen sich »männlichen« Verhaltens- und Lebensweisen angleichen. Vielleicht ist dies auch nur ein Missverständnis, wir wollen aber deutlich machen, dass Männlichkeit kein Idealbild ist und dass auch Männer sich von männlicher Herrschaft, also einem hierarchischen Verhältnis zwischen Männlichkeit und Weiblichkeit, emanzipieren wollen sollten.

Den kulturellen Wandel, den Degrowth-Aktivist*innen stark machen, finden wir erstrebenswert, denn auch aus queer-feministischer Perspektive sind Veränderungen symbolischer Ordnungen sinnvoll. Es gilt zu hinterfragen, welche Ideen über die Welt hegemonial sind und angeblich alternativloses Handeln nach sich ziehen. Es darf aber nicht (nur) um einen kulturellen Wandel gehen, sondern um einen Wandel der Reproduktion und Produktion, der die materiellen Grundlagen der Gesellschaftsstruktur – die Kontrolle über Produktionsmittel – verändert. Deshalb sind wir in Bezug auf die Frage, wie friedlich eine Bewegung sein sollte, skeptisch. Gesellschaftliche Veränderungen wurden bisher immer erkämpft und dies nicht nur durch bessere Argumente; die Machtfrage muss gestellt werden. Wie friedlich bleiben Besitzende, wenn ihnen Kapital und Privateigentum streitig gemacht werden?

4. Wie pluralistisch will die Bewegung sein?

Degrowth ist eine vielfältige Bewegung, die ganz offensichtlich Wert legt auf Pluralismus, was Hintergründe, Positionen und Fokusse angeht. Wenn es einen klaren herrschaftskritischen Grundanspruch gibt – das heißt eine Ablehnung von Herrschaftsverhältnissen wie etwa Antisemitismus, Sexismus, Rassismus oder Antiromaismus – und es auf dieser Grundlage möglich ist, einzelne Gruppen oder Personen auszuschließen, kann ein gewisser Grad an Pluralismus zu fruchtbaren Allianzen führen. Die Beteiligten können verschiedene Standpunkte austauschen und sich gegenseitig weiterbringen. Doch wie viel Pluralismus möchte eine Bewegung aushalten? Wie können gegensätzliche Positionen ausgehandelt werden, sodass noch immer von einem gemeinsamen Nenner gesprochen werden kann? Diese Fragen wollen wir Degrowth als Anregung mitgeben.

Unsere Ausführungen haben gezeigt, dass queer-feministische Ökonomiekritik und einige Teile von Degrowth viele Gemeinsamkeiten besitzen. Gleichzeitig bleibt für uns als Autor*innen ein grundsätzlicheres Unbehagen an der Schwerpunktsetzung von Degrowth: Es stellt sich uns die Frage, inwiefern der Fokus auf Wachstumskritik als gemeinsamer Nenner für eine kapitalismus- und herrschaftskritische Bewegung zielführend ist, sofern der Begriff Postwachstum einen grundlegend antikapitalistischen Standpunkt nicht zwangsläufig nahelegt. Wirtschaftswachstum ist ein notwendiges Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise und nicht das Grundproblem. Durch den Fokus auf Wachstum bleibt die Bewegung möglicherweise offen für Strömungen, die ein antikapitalistisches Grundverständnis nicht teilen, zum Beispiel Verfechter*innen eines »grünen Kapitalismus«. Dies muss nicht zwangsläufig ein Problem sein: Streckenweise ist es sinnvoll, breite Bündnisse einzugehen, um situativ ein konkretes Ziel zu erreichen. Doch inwiefern macht es Sinn, unterschiedliche Strömungen zu *einer* Bewegung zusammenzufassen, die ein so langfristiges und grundsätzliches Ziel wie sozialen Wandel verfolgt? Sind wir lieber Teil einer pluralistischen Bewegung oder Teil pluraler Bündnisse?

Gleichzeitig möchten wir die Frage selbstkritisch an unsere eigene Bewegung richten: Was sind die Kriterien, nach denen queer-feministische Ökonomiekritik Bündnisse eingehen kann? Organisieren wir uns als Bewegung oder gehen wir in existierenden Bewegungen auf, in die wir unsere Inhalte einzubringen versuchen?

5. Es gilt, radikal zu bleiben und solidarische Strukturen aufzubauen, die *selbstverständlich* queer-feministisch sind

Eine soziale Bewegung, die politisch etwas verändern will und kann, stellt Bedürfnisse in den Vordergrund und kämpft für eine Gesellschaft, die die Grundlagen dafür bereitstellt, dass diese befriedigt werden können. Mit dieser Veränderung müssen wir im Hier und Jetzt anfangen – aber nicht *nur* über Appelle, die sich auf individuelle Verhaltensweisen beziehen, sondern über den Aufbau von solidarischen Strukturen. Feministische Ansätze müssen in dieser Bewegung Raum haben, aber nicht als Ergänzung, sondern als Grundkonsens. Es reicht nicht, Allianzen und Bündnisse mit Feminist*innen einzugehen – Feminismus muss in einer sozialen Bewegung selbstverständlich und breit verankert sein.

Wir wünschen uns, dass sich die Degrowth-Bewegung nicht als Politikberatung für das bestehende System empfiehlt und dass sie sich nicht durch die Arbeit in Stiftungen und Parteien vernutzen lässt, wo sie weitere Studien verfasst, denen zufolge es so nicht bleiben kann, um dann ein wenig an den Schrauben zu drehen, statt das System radikal in Frage zu stellen. Wir wünschen uns, dass sie sich nicht davon abhalten lässt, zivilen Ungehorsam an den Tag zu legen, wenn es notwendig ist. Oder andersherum gedacht: Die radikale queer-feministische linke Bewegung erinnert sich und kann Degrowth-Bewegungsaktive daran erinnern, dass die Institutionalisierung von Forderungen sozialer Bewegungen Verbesserungen bringen kann, grundsätzliche Probleme allerdings nicht löst.

Links

Netzwerk Care Revolution: <http://care-revolution.org/>

»Sie nennen es Liebe, wir nennen es unbezahlte Arbeit« – Radiofeature Care Revolution von Sebastian Dörfler (2013): <http://sebastian-doerfler.de/2013/10/zundfunk-generator-sie-nennen-es-liebe-wir-nennen-es-unbezahlte-arbeit/>; Zugriff: 01.02.2017.

Verwendete und weiterführende Literatur

trouble everyday collective (2014): Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien. Münster: Unrast.

Bock, Gisela; Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976. Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.). Berlin: Courage, S. 118–199.

Eversberg, Dennis; Schmelzer, Matthias (2015): Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik – Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft 1/2016. <http://forschungsjournal.de/node/2821>; Zugriff: 01.02.2017.

Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution (Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen, Band 1). Münster: Edition Assemblage.

Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Conze, Werner (Hrsg.). Stuttgart: Klett-Cotta, S. 363–393.

Haug, Frigga (2011): Vier-in-einem-Perspektive – Kompass für die politische Praxis. Gespräch mit Frigga Haug. In: *LuXemburg* 2/2011, S. 122–127.

Möser, Cornelia; Hausotter, Jette (2010): Undoing Capitalism? Reclaim Economy! *Arranca!* 42. <http://arranca.org/ausgabe/42/undoing-capitalism-reclaim-economy/>; Zugriff: 01.02.2017.

Radikale Ökologische Demokratie: Betrachtungen über Degrowth aus dem Süden

Ashish Kothari (übersetzt von Laura Broo)

Ashish Kothari ist Mitglied von *Kalpavriksh*, einer Organisation, die sich seit 1979 Umwelt- und Entwicklungsthemen in Indien widmet. *Kalpavriksh* koordiniert zurzeit den Prozess *Vikalp Sangam* (alternatives confluence) – übersetzt etwa: Alternativen verknüpfen – in Indien, in dem mit Ecoswaraj beziehungsweise Radikaler Ökologischer Demokratie (RED) in Verbindung stehende Prinzipien und Werte weiterentwickelt werden. Ashish Kothari sitzt im Lenkungsausschuss des *ICCA Consortium*, eines globalen Netzwerks von Organisationen und Bewegungen, das sich für Gebiete und Regionen einsetzt, die durch indigene Bevölkerung und lokale Gemeinschaften geschützt werden. Zudem arbeitet Ashish Kothari im Vorstand von *Greenpeace International* und *Greenpeace Indien* und war Mitglied von *Beyond Development*, einer globalen, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gegründeten Arbeitsgruppe. Des Weiteren koordiniert er die Nicht-regierungsorganisation *Vikalp Sangam*, den »Peoples' Sustainability Treaty on Radical Ecological Democracy« (Nachhaltigkeitsvertrag der Völker zu Radikaler Ökologischer Demokratie) und betreut den RED-E-Mail-Verteiler und -Blog.

1. Ecoswaraj als Antwort auf den sozialen und ökologischen Bankrott des aktuell vorherrschenden Entwicklungs- und Regierungssystems

Die zahlreichen Krisen, denen sich die Menschheit stellen muss, werden zunehmend sichtbarer: in Form von Katastrophen, die aus der Umweltbelastung resultieren; in der ausgeprägten Ungleichheit zwischen einer winzigen Minderheit von Superreichen und einer großen Anzahl von äußerst armen Menschen; in mit Entbehrung und Überfluss verbundenen Epidemien; in großen Fluchtbewegungen in vielen Teilen der Welt; und in der Knappheit vieler einst reichlich vorhandener Ressourcen. Länder wie China und Indien eifern dem Verhalten der bereits industrialisierten Nationen nach, durch das der Planet immer weiter unter Druck gesetzt wird und mit dem sie schwächere Regionen der Erde kolonialisieren. Vor diesem Hintergrund besteht ein dringender Bedarf, alternative Wege zum Wohlergehen zu finden, die nachhaltig, gleichberechtigt und gerecht sind.



Veranstaltung der Organisation »Deccan Development Society« im Bundesstaat Telangana im Süden Indiens. Es geht um das gemeinsam organisierte Radioprogramm.

(Foto: Ashish Kothari)

Als Spezies müssen wir ohne Zweifel das Wachstum reduzieren – nicht nur unseretwegen, sondern auch für die Millionen anderer Spezies, die mit uns die Erde bewohnen. Es ist also an der Zeit, über Degrowth im Hinblick auf die gesamte Menschheit zu sprechen und gewiss auch spezifisch bezogen auf den globalen Norden, der zu viel verbraucht und zu viel wegwirft.

Aber ist Degrowth – beziehungsweise das Reduzieren von Material- und Energieverwendung für den menschlichen Gebrauch – eine berechtigte und praktikable Strategie für den globalen Süden, das heißt für Länder und Bevölkerungsgruppen (einschließlich einiger industrialisierter Nationen), die noch kein exzessives oder noch nicht einmal ein akzeptables Wohlstandsniveau erreicht haben? Vielleicht nicht. Diese Regionen müssen ihre eigenen Visionen und Wege der Veränderung finden. Ich werde hier über einen dieser Wege sprechen, nämlich über Ecoswaraj oder auch Radikale Ökologische Demokratie (RED, englische Abkürzung für: radical ecological democracy), die aus praktischen und konzeptuellen Prozessen heraus entsteht, wie sie in vielen Teilen Indiens gängig sind.

Indien sieht sich heute auf dem Sprung in die Elite der wirtschaftlichen Supermächte. Neben China verzeichnet es die höchsten Wachstumsraten der letzten beiden Jahrzehnte. Die Umwelt und hunderte Millionen Menschen, die unmittelbar von der Umwelt abhängig sind, mussten dafür jedoch einen hohen Preis bezahlen (vgl. Shrivastava/Kothari 2012). Außerdem hat es zu einer tiefen Spaltung zwischen Arm und Reich geführt, sodass ein Prozent der Bevölkerung nun fünfzig Prozent des Reichtums des Landes besitzt, während mindestens zwei Drittel der Bevölkerung auf die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse verzichten müssen und hundert Millionen junger Menschen, die gerade in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, von Arbeitsmangel betroffen sind.

Das Problem liegt teilweise im Wachstumsfetisch: Eine Wirtschaftspolitik, die davon ausgeht, dass Wachstum wie durch Zauberhand dazu führen

wird, dass die Armen die Armutsgrenze durchbrechen und alle Menschen produktive Arbeitsplätze bekommen, ist grundlegend falsch. Sie lässt außer Acht, dass ein Großteil der Gewinne von den bereits Wohlhabenden gebunkert werden könnte, dass die Mechanisierung die Schaffung neuer Arbeitsplätze wettmachen und Inflation die Situation für den Großteil der Bevölkerung verschlimmern könnte. Dies geht einher mit der zunehmenden Reduzierung von staatlichen Basisleistungen – diese werden zunehmend privatisiert – und mit schwerwiegenden Ineffizienzen und Korruption bei sämtlichen noch existierenden staatlichen Versorgungsleistungen. All dies basiert auf einer zutiefst hierarchischen Gesellschaft, mit unvorstellbarer Unterdrückung und Ausbeutung der »unteren« Kasten, von Frauen und Landlosen.

Ökologischer Selbstmord ist ebenso Teil dieser Geschichte der »Entwicklung« wie Entbehrung und Ungleichheiten. Die globale Geschichte der Menschheit, die in vielerlei Hinsicht die Grenzen des Planeten überschreitet, spiegelt sich auch in Indien wider. Das wird nicht zuletzt in zwei Berichten offenbar, die nicht etwa von Umweltaktivist_innen, sondern von eben jenen Institutionen stammen, die sonst ungezügelt Wachstum fördern. Der indische Industrieverband hat 2008 (zusammen mit dem *Global Footprint Network*) festgestellt, dass Indien bereits doppelt so viele natürliche Ressourcen verbrauche, wie die Natur langfristig zur Verfügung stellen könne. Und 2013 berichtete die Weltbank, dass Umweltschäden das BIP-Wachstum um 5,7 Prozent reduzieren; berücksichtigt wurden dabei nur ausgewählte Aspekte wie etwa die Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen. Würden sämtliche Auswirkungen solcher Umweltschäden einbezogen, so würden wir uns wahrscheinlich, selbst mittels der begrenzten Methodologie der Umweltökonomik, in einer tatsächlichen Phase des Negativwachstums befinden.

Eine Menschenkette zum Protest gegen ein Staudammprojekt in Hemalkasa, Maharashtra im Westen Indiens. (Foto: Ashish Kothari)



Die Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft in Indien finden sich jedoch nicht einfach mit alldem ab. Zu jedem Zeitpunkt der letzten beiden Jahrzehnte gab es mehrere Hundert kleine bis große Widerstandsbewegungen: von einigen wenige Familien, die ihr Land nicht der Industrie vermachen wollten, bis hin zu Tausenden von Menschen, die gegen ein riesiges Staudammprojekt protestierten; vom Kampf von Dalits¹ und Frauen für grundlegende Menschenrechte bis hin zu Studierendenprotesten gegen den Rückgang der staatlichen Unterstützung in Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig entwickeln die Menschen innovative und positive Veränderungen in ihrem Leben, entweder alleine oder mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder gelegentlich sogar von den Regierungen. Ecoswaraj beziehungsweise die Idee der Radikalen Ökologischen Demokratie (RED) ist aus eben diesen Initiativen des Widerstands (sangharsh) und des Wiederaufbaus und Wandels (nirman) entstanden.

Der Begriff »Swaraj« heißt, frei übersetzt, so viel wie »Selbstregierung«, wobei es weit mehr als ein Regierungskonzept ist und sich auf ein Zusammenspiel von individueller und kollektiver Autonomie, gegenseitiger Verantwortung sowie Rechten und Pflichten bezieht. Obwohl das Konzept bereits vor seiner Zeit existierte, hat Gandhi es populär gemacht: einerseits als Bestandteil des indischen Freiheitskampfes gegen die britische Kolonialmacht; andererseits in seinem wegweisenden Buch »Hind Swaraj«, als zivilisatorisches Ethos, das die oben genannten Elemente umfasst. Ich selbst habe das Präfix »Eco-« hinzugefügt – zusammen also: Ecoswaraj –, um das Prinzip der ökologischen Weisheit und Widerstandsfähigkeit in dieses politische und kulturelle Ethos zu integrieren. Ecoswaraj beziehungsweise Radikale Ökologische Demokratie mündet in eine Gesellschaft, in der alle Menschen und Gemeinschaften an den Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, teilhaben (radikale oder direkte Demokratie), indem sie umweltbewusst und sozial gerecht handeln. Im Folgenden werde ich Beispiel nennen und Schlüsselemente dieses Konzepts erläutern.

2. Ecoswaraj beziehungsweise Radikale Ökologische Demokratie ist ein neu entstehendes Rahmenwerk für Gemeinschaften und Organisationen, die alternative Visionen und Wege erforschen

In den Trockengebieten Andhra Pradesh und Telangana in Südindien haben Kleinbäuer_innen der *Deccan Development Society*, darunter auch Dalit-Frauen, ihr Leben grundlegend verändert, indem sie mittels eigenen Saatguts die ökologische Landwirtschaft wiederbelebt und dadurch vollständige Ernährungssouveränität erlangt haben. Zusätzlich haben sie die Ressourcen

¹ Indiens am stärksten unterdrückte Gruppe, die sogenannten »Unberührbaren« oder Harijans, die gegen die Jahrhunderte alte Marginalisierung ankämpfen. In diesem Sinne sind Dalit-Frauen doppelt benachteiligt, denn auch die Geschlechterhierarchien sind nach wie vor stark ausgeprägt.

und die Arbeit kollektiviert, Grundrechte gesichert, Kooperativen und Unternehmen gegründet, um bessere Verträge aushandeln zu können, gemeinschaftlich verwaltete Medienkanäle (Filme, Radio) eingerichtet und ihre traditionelle soziale Stigmatisierung abgeschüttelt.

In den Waldflächen von Maharashtra in Zentralindien haben einige Gemeinschaften wie zum Beispiel die Mendha-Lekha eine indigene (adivasi) Selbstregierung ausgerufen, die umliegenden Wälder wieder unter ihre Kontrolle gebracht, eine nachhaltige Forstwirtschaft von Bambus und anderen Walderzeugnissen angestoßen, daraus resultierende Gewinne für eine bessere Energiegewinnung, Lebensgrundlagen und Ernährungssicherheit eingesetzt und alle Privatflächen in Allmenden verwandelt.

In Pune, Bangalore, Delhi und anderswo kämpfen Vereine auf kommunaler und nationaler Ebene für die Rechte von Straßenhändler_innen, Rikschafahrer_innen, Müllsammler_innen und anderen marginalisierten Gruppen auf urbane Lebensräume und Dienstleistungen sowie bessere Lebens- und Wohnbedingungen.

Im Gegensatz zum herkömmlichen Bildungssystem ermöglichen manche Lern- und Bildungseinrichtungen den Studierenden, mit ihren kulturellen und ökologischen Wurzeln in Verbindungen zu bleiben und sich gleichzeitig mit modernen Themen und Fähigkeiten auseinanderzusetzen beziehungsweise sich diese anzueignen. Einige Beispiele dafür sind die *Adivasi Academy* in den indigenen Regionen im westindischen Bundesstaat Gujarat und SECMOL in der Höhenregion Ladakh.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, aber es gibt zahlreiche weitere von Gemeinschaften, Behörden, Unternehmen und Individuen, die umweltbewusste und sozial gerechte Wege der Ernährungs- und Wassersicherheit, besserer Lebensbedingungen und Arbeitsplätze, des Schutzes der Natur und der natürlichen Ressourcen, der Produktion und der Dienstleistungen und anderer Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen. Eine ganze Bandbreite alternativer Medien, Künste und anderer Ausdrucksformen menschlicher Kreativität stellen sich in ihren Dienst. Dabei handeln keineswegs nur jene, die sich in einer verzweifelten Lage oder Krise befinden. Auch die städtische Mittelschicht setzt sich zunehmend für eine verantwortungsbewusste Lebensweise ein: indem sie sich für die Wiederbelebung urbaner Feuchtgebiete engagiert, ihre Abfälle recycelt und dezentralisiert Wasser sammelt und indem sie ihr Recht auf Teilhabe an der Stadtplanung durch Bürgerhaushaltsprozesse geltend macht.

Zusammen mit einigen anderen habe ich die oben genannten Initiativen im Detail bereits in mehreren Publikationen beschrieben (vgl. Shrivastad/Kothari 2012; Kothari 2014; Kalpavriksh 2015).² Natürlich sind diese Initiativen nicht perfekt. Zum Beispiel ist die Gleichberechtigung von traditionell

2 Siehe außerdem die Website www.alternativesindia.org und die Blogbeiträge zu »Resistance and Reconstruction« auf <http://indiatogether.org/columns/ecommentary>.



Ein Austausch über alternative Energien als Teil des Vikalp Sangam Prozesses in Bodh Gaya, Bihar im März 2016. (Foto: Ashish Kothari)

unterprivilegierten Gruppen in vielen Fällen unzureichend. Sie sind in den meisten Fällen klein und verstreut, große Regionen werden somit nicht abgedeckt. Sie zeigen jedoch in zunehmendem Maße das Potenzial der Alternativen auf. Viele Gruppen haben durch den Anstoß politischer Veränderungen und durch Netzwerkarbeit eine große Reichweite erlangt. Mehr als ein Dutzend Bundesstaaten in Indien haben inzwischen politische Maßnahmen oder Programme zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft aufgesetzt. Im Haushalt 2016 hat sogar zum ersten Mal die Zentralregierung diesen Bereich berücksichtigt. Zusammen mit der in den Städten wachsenden Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln hat zweifellos die Tatsache, dass Bäuer_innen mit gutem Beispiel vorangegangen waren, einen Beitrag dazu geleistet. In ähnlicher Weise hat die Politik auf die Erfolgsgeschichten von Basisbewegungen im Bereich der erneuerbaren Energien reagiert, indem sie die finanzielle Unterstützung für diesen Bereich deutlich ausgebaut hat – wenn auch oft fehlerhaft, etwa wenn sie den neuen Energiesektor in die Hände von Großunternehmen gelegt hat.

Ich habe zahlreiche Initiativen besucht, dokumentiert und unterstützt und bin seit 35 Jahren Teil von Widerstandsbewegungen. Deswegen glaube ich, dass die wichtigste Aufgabe darin liegt, die Essenz dieser Initiativen zu erkennen und herauszufinden, ob ihre Werte und Prinzipien auf einen zusammenhängenden Rahmen hindeuten, der die zurzeit vorherrschende Denk- und Verhaltensweise der wachstumszentrierten »Entwicklungsmentalität« (»developmentality«) infrage stellen kann.

Seit 2014 haben mehrere Hundert Aktivist_innen und Denker_innen (damit sind natürlich keine exklusiven Kategorien gemeint!) in einer Reihe von Dialogen und Zusammenreffen namens *Vikalp Sangam* (alternatives confluence, Alternativen verknüpfen) dieses Rahmenwerk diskutiert und sich auf die folgenden grundlegenden Elemente oder Säulen des Wandels³ geeinigt:

- ◆ *Ökologische Nachhaltigkeit und Weisheit*, einschließlich des Schutzes der Natur (Ökosysteme, Spezies, Funktionen, Zyklen) und ihrer Widerstandsfähigkeit, um sicherzustellen, dass menschliche Aktivitäten auf Umweltethik basieren und sich innerhalb der Grenzen unseres Planeten bewegen.
- ◆ *Soziales Wohlergehen und Gerechtigkeit*, einschließlich einer körperlich, sozial, kulturell und spirituell erfüllenden Lebensweise, in der Gleichberechtigung (auch Geschlechtergerechtigkeit) auf sozio-ökonomischer und politischer Ebene sowie in Bezug auf Leistungen, Rechte und Pflichten herrscht und kulturelle Vielfalt gefeiert und gefördert wird. Dabei wird zudem versucht, den alten indischen Glauben an die »Genugheit« – an freiwillige Einfachheit oder Sparsamkeit – wiederzubeleben, ohne in die Falle der fanatischen Religiosität zu tappen.
- ◆ *Direkte Demokratie*, wo Entscheidungsfindung bei der kleinsten Einheit der menschlichen Siedlung beginnt und in der jeder Mensch das Recht, die Fähigkeit und die Möglichkeit hat, teilzuhaben. Darauf aufbauend stellen wir uns höhere Ebenen der repräsentativen oder delegierten Regierungsführung (entlang von »biokulturellen« oder »Ökoregionen«) vor, die nach unten herab rechenschaftspflichtig sind und auf Basis von ökologischer und kultureller Nähe und Verbindungen definiert werden.
- ◆ *Ökonomische Demokratie*, in der lokale Gemeinschaften die Kontrolle über Produktionsmittel, Vertrieb, Tausch und Märkte haben. Die lokale Verankerung stellt dabei ein Grundprinzip dar, auf dem weiterreichender Handel und Tausch basieren. Dies ist die Grundlage mehrerer Initiativen in Herstellerunternehmen, Kooperativen und Hersteller_innen-Verbraucher_innen-Zusammenschlüssen, unter anderem in den Bereichen Lebensmittel und Handwerk. Die Wiedererfindung von nicht monetären Handels-

3 Diese sind in ein Rahmenwerk aus Elementen, Werten, Strategien und anderen Aspekte einer holistischen alternativen Vision eingebettet, die sich im Zuge des *Vikalp-Sangam*-Prozesses weiterentwickelt (vgl. <http://kalpavriksh.org/images/alternatives/Alternativesframework4thdraftMarch2016.pdf>). Grundlage ist zudem der »Peoples' Sustainability Treaty on Radical Ecological Democracy« (<http://www.radicalecologicaldemocracy.org/>). Dabei ist zu beachten, dass die Initiativen, auf die sich diese Vision stützt, nicht zwingend den Begriff Ecoswaraj (beziehungsweise Radikale Ökologische Demokratie) benutzen. Dieser Begriff ist aus unserer eigenen Arbeit heraus entstanden und obwohl er immer breitere Akzeptanz findet, soll er keineswegs dazu dienen, den verschiedenen Arten und Weisen, mit denen Menschen Prinzipien oder Weltansichten ausdrücken, ein einheitliches Etikett zu verpassen.

geschäften (Tauschhandel und andere Formen) und lokalen Basaren muss Teil dieses Prozesses sein; basieren müssen sie auf – in der Vergangenheit vielleicht schwachen – Gleichberechtigungsprinzipien.

- ◆ *Wissensallmende*, mit der die Generierung, der Erhalt, die Weitergabe und die Anwendung von Wissen (jeweils in traditionellen und modernen Formen) ein kollektiver Prozess ist; das heißt, dass dieser nicht nur formellen »Fachexperten« oder staatlichen oder wirtschaftlichen Einrichtungen zugänglich ist.

All dies bildet zusammengenommen keine gängige politische oder ökonomische Ideologie. Wir benutzen Ecoswaraj als Begriff, weil Gandhis Konzept Swaraj (und das Konzept »Economics of Permanence« des Gandhi nahestehenden Ökonomen Kumarappa) viele für uns relevante Aspekte verbindet. Daneben sind aber auch Erkenntnisse und Kämpfe, die sich aus marxistischen Ideen, Ideen des politischen und geistigen Führers der Dalits B. R. Ambedkar, von Rabindranath Tagore, von M. N. Roy und anderen ableiten, ein entscheidender Bestandteil des Erbes dieser Initiativen. Ausschlaggebend ist, dass die indigenen Vordenker_innen, Gemeinschaften und andere Aktive ihr Handeln und Denken auf ihre je eigenen unterschiedlichen Situationen gründen. Daraus entsteht eine Grundlage gemeinsamer Werte, die über jegliche etablierte Ideologie hinausgeht. Diese Werte beinhalten unter anderem: kollektives Arbeiten und Solidarität; Achtung der Vielfalt und Pluralismus; die Würde der Arbeit; Empathie und Respekt vor der übrigen Natur; Einfachheit; Gleichberechtigung und Gerechtigkeit; Verantwortlichkeit; Eigenständigkeit.

3. Die Prinzipien von Ecoswaraj und Degrowth stehen im Einklang miteinander und bergen das Potenzial für weitere Kooperationen

Trotz meines nur begrenzten Verständnisses des Konzepts und der Praxis von Degrowth glaube ich, dass es in vielerlei Hinsicht im Einklang mit Ecoswaraj beziehungsweise Radikaler Ökologischer Demokratie steht. Aber es gibt auch grundlegende Unterschiede. Denn ein allgemeines Degrowth-Konzept ist für den globalen Süden eher nicht angemessen oder vertretbar, wo Entbehrungen auf der Ebene der Grundbedürfnisse Realität sind. Ein wichtiger Schritt für uns alle ist, dass wir uns die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der alternativen Ansätze anschauen, einschließlich Ecoswaraj, Degrowth, Buen Vivir, solidarischer Ökonomien und weiterer. Mit den »Peoples' Sustainability Treaties« (Nachhaltigkeitsverträge der Völker) hat eine zivilgesellschaftliche Initiative rund um die Rio-plus-20-Konferenz den Anfang gemacht; in den kommenden Jahren wird jedoch noch sehr viel mehr Netzwerken und gemeinsames Arbeiten erforderlich sein.

Einige wichtige Fragen, die es in Hinblick auf (zukünftige) Formen der Zusammenarbeit zu stellen gilt, sind: Welche gemeinsamen historischen Faktoren finden sich in den Erfahrungen des globalen Nordens und Südens (zum Beispiel Kolonialismus und Kapitalismus) und welche grundlegenden Unterschiede (etwa spirituelle Traditionen, Weltanschauungen)? Was sind die Grundlagen der verschiedenen Initiativen, die eine Alternative zu den derzeit vorherrschenden Systemen anstreben? Welche davon haben der globale Norden und Süden gemein (wie Solidarität und kollektive Aktion) – welche nicht (zum Beispiel auf Überleben und Grundbedürfnisse ausgerichteter Umweltschutz der Marginalisierten einerseits, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Umweltschutz der verhältnismäßig Wohlhabenden andererseits)? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es bei ethischen Werten? Solcherlei Fragen sollten gestellt und beantwortet werden – und zwar nicht etwa in abstrakter Form, sondern auf Grundlage der Kenntnis praktischer Initiativen vor Ort in unterschiedlichen Umgebungen.

Diese Art der Zusammenarbeit ist unter anderem wichtig für uns, damit wir uns gemeinsam für grundlegende Alternativen zur weltweit geförderten »grünen Ökonomie«, »grünem Wachstum« und »nachhaltiger Entwicklung«⁴ einsetzen können, damit wir zeigen können, dass es andere tragfähige Wege gibt, die sich nicht auf kapitalistische oder vom Staat dominierte Rahmenwerke beschränken (vgl. Kothari u. a. 2015). Dafür ist es notwendig, dass wir enger zusammenarbeiten und dass wir uns aktiv um wechselseitiges Verstehen der unterschiedlichen Kontexte und Initiativen bemühen. Es wäre sicherlich faszinierend und gewinnbringend, wenn Gruppen aus Aktivist_innen und aktivistischen Wissenschaftler_innen sich verschiedene Basisinitiativen anschauen und einige der oben genannten Fragen stellen würden. Manches davon wird Bestandteil eines neuen Projektes zu Umweltgerechtigkeit des dem Internationalen Rat für Sozialwissenschaften zugehörigen *Transformative Knowledge Network* sein⁵. Alternative Konzepte und Weltanschauungen, die weltweit in verschiedenen Bewegungen für Umwelt- und soziale Gerechtigkeit entstehen, sollen untersucht und miteinander in Dialog gebracht werden.

4. Vielfältige lokal verankerte Konzepte können einander inspirieren

Alternative Weltanschauungen oder Konzepte entstehen immer in einem besonderen sozio-kulturellen, ökologischen, ökonomischen und politischen Kontext und können nicht eins zu eins in einem anderen Kontext repliziert

4 Ende 2015 fand das Ziel nachhaltiger Entwicklung sogar die »offizielle« Zustimmung auf höchster Ebene der UN.

5 Koordiniert wird das Projekt vom Institut für Umweltwissenschaft und Technologie der Universität Autònoma de Barcelona und der indischen Nichtregierungsorganisation *Kalpavriksh* (<http://www.worldsocialscience.org/activities/transformations/acknowl-ej/>).

oder angewandt werden. Ich bin jedoch durchaus der Meinung, dass allgemeine Prinzipien, Werte und Kenntnisse erfolgreich angewandt werden können. Der Schwerpunkt des Reduzierens, des »Weniger« der Degrowth-Bewegung kann zum Beispiel auch im globalen Süden nützlich sein – bezogen nämlich auf jene Klassen, die überkonsumieren, oder allgemein auf diejenigen Volkswirtschaften, wie China und Indien, die in mancherlei Hinsicht nicht mehr nachhaltig funktionieren. In ähnlicher Weise kann der Norden einiges lernen unter anderem von indigenen Traditionen aus dem Süden, die Wege aufweisen, wie *in* der Natur gelebt werden kann, in denen einige Aspekte des einfachen Lebens noch lebendig und holistische Wissenssysteme, die empirische, spirituelle und wissenschaftliche Elemente verbinden, noch ausgeprägt sind. Das ist etwa der Fall bei verschiedenen indigenen Völkern, die nach wie vor in ihren angestammten Lebensräumen leben.

Aus der tiefgehenden Bedeutung von Swaraj – mit ihrer komplexen Integration von Freiheit, kollektiver Verantwortung, Eigenständigkeit und Autonomie – könnten viele Demokratien des globalen Nordens und auf Menschenrechten basierende Gesellschaftssysteme etwas lernen. Damit könnten Alternativen zum extremen Individualismus und der sozialen Entfremdung entwickelt werden, unter denen der globale Norden leidet – und die momentan zu oberflächlichen Lösungen führen, wie Recycling zu fördern, ohne dabei den übermäßigen Verbrauch in Frage zu stellen.

Umgekehrt können wir im globalen Süden viel von den in Europa und anderswo entstehenden solidarischen Wirtschaftsmodellen lernen: von Initiativen wie digitalen Commons-Projekten, von Café-Kooperativen und gemeinnützigen Läden der urbanen Jugend oder von Sozialunternehmen.⁶ Diese und weitere Initiativen aus dem »modernen« Sektor könnten auch für die wachsende Anzahl junger Menschen im Süden, die auf der Suche nach befriedigender Arbeit im urbanen Kontext sind, interessant sein. Und natürlich gibt es auch jede Menge Spielraum für einen spannenden Austausch verschiedener südlicher Weltanschauungen. Stellt euch die Kraft von Buen Vivir, Sumac Kawsay, Swaraj, Ubuntu und unzähliger weiterer Konzepte vor, die verwoben werden, um ein diverses, aber kohärentes Ganzes zu bilden, die etwas darstellen, das attraktiv genug ist, um jene Menschen zu begeistern, die derzeit vom Konsumparadies hypnotisiert sind.

Um es noch einmal zu betonen: Wir benötigen dringend einen systematischeren Ansatz, durch den sich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Weltanschauungen und Konzepte, etwa von Degrowth und Ecoswaraj, herauskristallisieren lassen.

⁶ Ich hatte das Privileg, einige davon in Griechenland, Spanien und der Tschechischen Republik besuchen zu können.

5. Wir haben heute Möglichkeiten, unsere Agenda gemeinsam voranzubringen: lokal und global

Es ist nicht einfach, sich ideale Zukunftsvisionen im Detail vorzustellen (über die allgemeine Wunschliste mit Nachhaltigkeit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Frieden usw. hinaus). Aber wir müssen sie uns vorstellen, wenn wir die Hoffnung am Leben erhalten wollen, wenn wir unseren Standpunkt finden und Graswurzel-Initiativen anleiten wollen. Noch schwieriger ist es jedoch, spezifische und umsetzbare Wege zu dieser Zukunft zu finden. Denn sie müssen den Problemkomplex überwinden können, mit dem wir heute konfrontiert sind. Die größte Herausforderung liegt in dem starken Widerstand gegen Veränderung seitens jener, die Machtpositionen innehaben – nicht nur in den Regierungen, sondern auch im privaten Sektor und in den vorherrschenden Schichten der Gesellschaft (die im indischen Kontext auf einzigartige Weise sowohl von Kasten als auch von Klasse, Geschlecht und anderen Kategorien der Ungleichbehandlung und Diskriminierung gekennzeichnet ist).

So hoch diese Hürden auch sein mögen, die wachsende Anzahl und Reichweite von Basisinitiativen, die Widerstand gegen das System leisten und Alternativen schaffen, gibt Grund zur Hoffnung. Basisbewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft (einschließlich der fortschrittlichen Gewerkschaften) müssen zu Akteuren der Veränderung werden. Hin und wieder haben Abteilungen und Individuen innerhalb von Regierungen, politischen Parteien und akademischen Institutionen eine führende Rolle übernommen oder Communitys und zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt. Wir müssen diese Institutionen weiter dazu antreiben, eine stärkere und zudem effektivere Rolle zu spielen. Wenn Communitys und Initiativen – durch Prozesse der Dezentralisierung – im Laufe der Zeit stärker werden, werden die Parteien aus ihren Wahlkreisen größeren Druck zu spüren bekommen, ihren Fokus auf Themen eines auf Nachhaltigkeit und Gleichberechtigung basierenden guten Lebens zu legen. Dennoch habe ich das Gefühl, dass wir uns nicht allein auf die Parteien verlassen können. Denn diese sind Teil der DNA der repräsentativen Demokratie, die ihrerseits in radikale, direktere Formen der Entscheidungsfindung verwandelt werden muss.

Eine der großen Chancen unserer Generationen ist das historische Zusammentreffen des Lokalen und des Globalen. Auf der einen Seite finden sich lokal verankerte Bewegungen, von denen ich einige erwähnt habe; auf der anderen Seite lässt sich eine wachsende Mobilisierung rund um globale Themen wie Klimawandel, das globale Finanzsystem, Industriemonopole im Bereich der Lebensmittel und der Landwirtschaft und die Hegemonie multinationaler Konzerne feststellen. Die Bedingungen der gegenwärtigen Welt fördern lokale *und* zugleich globale Anschauungen, die sich gegenseitig stärken. Mehr als je zuvor sind wir spürbar sowohl Teil lokaler Communi-

tys als auch der menschlichen Gemeinschaft oder, noch weitreichender, der Gemeinschaft des Lebens – genauso wie lokale Ökosysteme Teil eines globalen ökologischen Systems sind. Mit jeder neuen globalen Krise erweitert sich unser Bewusstsein für unsere wechselseitige Abhängigkeit, und damit wächst auch die Chance für das Entstehen einer größeren gemeinsamen Sache. Wenn die weltweit entstehenden Bewegungen – die auf verschiedenen, aber überlappenden (alten und neuen) Weltanschauungen beruhen und heute ideologisch orthodoxe Standpunkte überschreiten – zusammenfinden, dann gibt es große Hoffnung, dass Wege zu einer besseren Zukunft gefunden und eingeschlagen werden können.

Links

Vikalp Sangam – Alternatives India: www.alternativesindia.org

Radical Ecological Democracy – Searching for alternatives to unsustainable and inequitable model of »development«:
<http://www.radicalecologicaldemocracy.org/>

Kalpavriksh – Organisation, die sich seit 1979 Umwelt- und Entwicklungsthemen in Indien widmet: www.kalpavriksh.org

Peoples' Sustainability Treaties: <https://sustainabilitytreaties.org/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Kalpavriksh (2015): Vikalp Sangam: In Search of Alternatives (Posterpräsentation, erhältlich als Buch und PDF). <http://www.kalpavriksh.org/index.php/13-home?limit=8&start=8>; Zugriff: 01.02.2017.

Kothari, Ashish (2014): Radical Ecological Democracy: A Path Forward for India and Beyond. *Development* 57(1): S. 36–45.

Kothari, Ashish; Demaria, Federico; Acosta, Alberto (2015): Buen Vivir, Degrowth and Ecological Swaraj: Alternatives to Sustainable Development and the Green Economy. *Development*, 57(3–4): S. 362–375.

Shrivastava, Aseem; Kothari, Ashish (2012): *Churning the Earth: The Making of Global India*. Delhi: Viking/Penguin India.



*In diesem Audiobeitrag
(deutsch und englisch) bringt
Ashish Kothari das Konzept
von Radikaler Ökologischer
Demokratie auf den Punkt.*

Recht auf Stadt: Degrowth in Boomtowns oder das gute Leben in der Stadt für alle

Michael Stellmacher und Norma Brecht

Wir, die Autor_innen, sind in stadtpolitischen Kontexten aktiv und setzen uns für genossenschaftliche und kollektive Wohnformen ein. Dieser Textbeitrag ist das Ergebnis von Gesprächen mit verschiedenen, stadtpolitisch aktiven Personen in Leipzig sowie der Betrachtung aktueller Inhalte von Initiativen, Konferenzen und Stadtaktionen auch in anderen Städten im deutschsprachigen Raum. Dabei handelt es sich um eine subjektive Darstellung und Einschätzung und um einen Versuch der Annäherung an eine bisher wenig beleuchtete Fragestellung in der Debatte um eine Stadt für alle. Welche Perspektiven bietet Degrowth als ein politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Ansatz für wachsende Städte?¹

1. Das »Recht auf Stadt« beschreibt den Anspruch auf Teilhabe an der Stadt und ihrer zukünftigen Gestaltung

Mietkämpfe und Aneignungen des städtischen Raumes sind so alt wie die kapitalistische Verwertung von Wohnraum selbst. Die Initiativen, Gruppen und Netzwerke, die sich heute in Deutschland unter dem Motto »Recht auf Stadt« organisieren und kritisch zu Stadtentwicklungsansätzen und deren Folgen positionieren, knüpfen an Erfahrungen früherer städtischer sozialer Bewegungen an. In den 1970er Jahren waren es in Westdeutschland zunächst Aktive linker und alternativer Gruppen, die mit Hausbesetzungen selbstverwaltete Zentren und Wohnprojekte schufen. An Bekanntheit und politischer Relevanz gewann diese Aktionsform, als sie sich in den 1980er Jahren nicht nur in Westberlin mit dem Kampf gegen Flächenabriss verband. Proteste gegen polizeiliche Räumungen von »Instandbesetzungen« weiteten sich zu einer Bewegung aus, welche die Stadtentwicklungskonzepte von oben kritisierte und gleichzeitig Visionen einer Stadt von unten entwickelte. Der Kampf gegen Flächenabriss und um die Mitgestaltung des

¹ Auf der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig stellte Dieter Rink die Frage, ob Degrowth ein adäquates Modell für das Wirtschaften in schrumpfenden Städten ist (vgl. Rink u. a. 2014). Wir wollen die Frage noch breiter formulieren und behaupten, dass Degrowth ein Ansatz für wachsende Städte werden muss.



*Infostand von Leipzig – Stadt für alle sammelt Mietpreise von Leipziger_innen, 2015.
(Foto: eigene Aufnahme der Autor_innen).*

städtischen Raums spielte auch in Leipzig im Kontext der Wende eine große Rolle (vgl. Bartetzky 2014). Seitens der Stadtpolitik bemühte man sich hier wie auch in anderen ostdeutschen Städten nach der Wende darum, einen funktionierenden Wohnungsmarkt zu etablieren. Ihre Mittel waren Privatisierung, Verknappung von Wohnraum durch staatlich geförderten Abriss und städtische Aufwertungsprozesse. War Leipzig ab Mitte der 1990er Jahre zunächst durch vergleichsweise großen Leerstand und günstige Mieten geprägt, zeigte sich hier spätestens in den 2010er Jahren die Folgen der Nachwendepolitik – eine Tendenz, die auch in anderen Großstädten beobachtet werden kann: In den einstmals vor dem Abriss geretteten innerstädtischen Gründerzeitvierteln steigen die Mieten deutlich. Die Gründe sind divers: der erneute Zuzug zahlungskräftiger Klientel in die Innenstädte, ein gestiegener Flächenverbrauch, die Finanzkrise, die Kapital ins »Betongold« lenkt. Menschen, die die gestiegenen Mieten nicht mehr zahlen konnten, wurden so aus ihren Stadtteilen verdrängt.

Kritische Stadtforscher_innen etablierten hierfür den Begriff Gentrifizierung im deutschsprachigen Raum (zum Beispiel: vgl. Holm 2006). Dagegen erhebt sich Protest von ganz verschiedenen städtischen Initiativen und es formieren sich neue Bewegungen. Diese wenden sich gegen hohe Mieten und den Bau von Prestigeprojekten, also gegen die Stadtplanung von oben. Gekämpft wird für lokal verankerte Alternativprojekte wie Mietshäuser mit günstigen Mieten, Abenteuerspielplätze, Gemeinschafts- und Kleingärten, (ehemals) besetzte Zentren und Sozialeinrichtungen.

So klar sich der Kampf gegen eine konkrete Bedrohung ausnimmt, so schwierig ist es oft, eine breit geteilte Vision zu entwickeln. Schließlich haben sich die städtischen Bewegungen auch gerade in Abgrenzung zur »alten« Linken (in Ost wie West) – die genau wusste, welchen Sozialismus oder Kommunismus sie den Leuten empfehlen wollte – entwickelt. Die neue Linke bemüht sich nun verstärkt, die isolierten sozialpolitischen Projekte und Auseinandersetzungen in ihrer Differenz wahrzunehmen und mitein-

ander in Beziehung zu setzen. Sie sieht eine wesentliche Ursache für soziale Kämpfe in der Verfasstheit der Stadt im Kapitalismus. In der kapitalistischen Stadt wird Raum als Ware behandelt, auch Wohnraum. Weil er handelbar ist, kann er als Investitions- und Spekulationsobjekt fungieren. Weil Wohnraum Ware ist und weil Einkommens- und Vermögensverhältnisse ungleich sind, gibt es im Kapitalismus auch im Wohnverhältnis zwangsläufig Interessenkonflikte: zwischen denen, die mehr, und denen, die weniger haben. Der Widerspruch zwischen Wohnraum als Kapital und Wohnraum als Gebrauchswert lässt immer neue Ausgrenzungen und Ungleichheiten entstehen, die von Stadtverwaltung und Staat mal abgefedert (über Mietzuschüsse), mal angefeuert werden (über die forcierte Aufwertung von »Problemgebieten«). Die Gesamtstadt ist gleichzeitig unter kapitalistischen Bedingungen darauf angewiesen, die Kapitalverwertung vor Ort am Laufen zu halten, nicht zuletzt wegen der Steuereinnahmen.

Recht auf Stadt für alle

Die Wendung »Recht auf Stadt« macht einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch deutlich und bietet Anknüpfungspunkte für konkrete Forderungen. Ausgehend vom Hamburger Bündnis *Recht auf Stadt* hat sich die Forderung im deutschsprachigen Raum als Bezugspunkt etabliert. Der politische Slogan »Recht auf Stadt« ist eine Referenz auf den französischen Theoretiker Henri Lefebvre (1968). Er beschreibt in seinem gleichnamigen Buch »Le droit à la ville« (Das Recht auf Stadt) aus dem Jahr 1968 die Urbanisierung der Gesellschaft unter kapitalistischen Vorzeichen. Im Massenwohnungsbau und in den Eigenheimsiedlungen sieht er Ende der 1960er eine Homogenisierung von Lebensbedingungen und eine kapitalistische Kolonisierung des Alltagslebens. Lefebvre setzt all dem die Stadt als Utopie entgegen. »Stadt« steht als Raum zwischen der privaten (und damit beschränkten) und der globalen (und damit kaum mehr fassbaren) Ebene der Gesellschaft. »Stadt« steht für Lefebvre als Chiffre für Zentralität, als Möglichkeit der Kommunikation zwischen Unbekannten, als das Potential, unerwarteten Situationen zu begegnen. Die »Stadt« steht auch für die Möglichkeit von Differenz, eben anders zu sein als die anderen. Mit dem »Recht auf Stadt« postuliert Lefebvre den Anspruch auf das universelle Recht aller, an den Vorteilen des urbanen Lebens teilzuhaben (vgl. Holm 2011; Schmid 2011; Vogelpohl 2013).

Inzwischen gelang es NGOs auf internationaler Ebene, das Thema »Recht auf Stadt« im Rahmen der UNESCO zu verankern. Von da aus nahm es seinen Weg in verschiedene politisch-institutionelle Prozesse. Zugleich bemühen sich zahlreiche Basisbewegungen darum, unter diesem Motto die kritische Bewegung einer urbanen Gesellschaft zu schaffen (vgl. Morawski 2014: S. 29 ff.). Im deutschsprachigen Raum sind es vor allem postautonome Gruppen, die sich darum bemühen, mit der Idee »Recht auf Stadt« aus ihrer Szene heraus zu agieren. Lefebvres Utopie interpretieren sie als einen Anspruch, der gemeinsam einzulösen ist und allen offensteht. Die Stadt wird

zu einem Ort, an dem ein anderes Leben möglich ist – die Stadt für alle! Sie ist die radikale Alternative zu idealisierten Stadtentwicklungskonzepten von oben. Sie ist eine deutliche Absage an die »autogerechte Stadt«, die »unternehmerische Stadt«, die »smart city«. Fordern Recht-auf-Stadt-Gruppen eine Stadt für alle, dann fordern sie den kollektiven Anspruch an der Teilhabe an politischen Prozessen. Die Stadt wird so zu einem Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Lebensstile und Ansprüche im Urbanen zusammenkommen und die Auseinandersetzung suchen können.

Wohnraum für alle!

Die Verteilung und Schaffung von Wohnraum ist eines der wichtigsten politischen Handlungsfelder für Recht-auf-Stadt-Gruppen. Dabei ist die Absage an die neoliberale These, der Markt könnte Wohnraum bedürfnisgerecht verteilen, ein Grundkonsens der verschiedenen Gruppen. Denn schließlich ist es seit der Industrialisierung nicht gelungen, über eine renditeorientierte Immobilienwirtschaft eine Verteilung und Bereitstellung von Wohnraum zu organisieren, die *nicht* soziale Ungleichheiten reproduzieren. Wohnraum soll also nicht als Ware gehandelt, sondern in Hinblick auf seinen Gebrauchswert betrachtet werden. Auch deshalb werden klassische wohnungspolitische Instrumente wie die Subventionierung eines sozialen Wohnungsbaus in der Hand renditeorientierter Unternehmen abgelehnt.

Als Alternative zu klassischen wohnungspolitischen Instrumenten werden in Recht-auf-Stadt-Zusammenhängen Modelle jenseits des Marktes diskutiert. Dabei wird die Vergesellschaftung von Wohnraum als Alternative und zu erreichende Praxis betrachtet². Die Diskussionen drehen sich in der Regel aber um kleinteiligere Reformen. Bei aktuellen Konferenzen und Treffen werden etwa mietrechtliche Reformen, aber auch die Schaffung einer neuen Gemeinnützigkeit für nicht renditeorientierte Wohnungsbauträger diskutiert. Auch Hausprojekte in Kollektiveigentum, wie zum Beispiel beim *Mietshäuser Syndikat*, werden oft zum Vorbild für gemeinnützig organisierten und selbstverwalteten Wohnraum genommen.

2. Von unten und für alle?

Recht-auf-Stadt-Akteur_innen und -Handlungsfelder

In den deutschen Städten ergibt sich ein diverses Bild der stadtpolitisch aktiven Personen. Weil viele Bewohner_innen der Städte zur Miete wohnen, verbindet die Recht-auf-Stadt-Bewegung verschiedene Milieus. Wegen dieser hohen unmittelbaren Betroffenheit treffen in den vielen Initiativen

2 Damit ist nicht die in der DDR praktizierte weitgehende Verstaatlichung der Wohnungswirtschaft gemeint. Deren Konzentration auf Großwohnsiedlungen negierte ja gerade das Potential der Selbstorganisation, negierte das Recht, anders zu sein. Nicht umsonst entstanden Oppositionsbewegungen gerade in den dem Verfall preisgegebenen Gründerzeitvierteln, die dieses Potential versprachen.

und Zusammenschlüssen Menschen verschiedener sozialer und ökonomischer Hintergründe aufeinander. Ihre Praxis lässt sich in drei Handlungsfelder aufteilen: Unterstützung von betroffenen Mieter_innen und solidarische Nachbarschaften; aktive Stadtpolitik einfordern; Kritik an renditeorientierten Wohnungsunternehmen.

Unterstützung von betroffenen Mieter_innen und solidarische Nachbarschaften

Weil eines der zentralen Themen das Wohnen ist, sind die meisten Gruppen vor allem lokal im Stadtviertel aktiv. Eines der wichtigsten Handlungsfelder ist dabei erstens die Unterstützung von betroffenen Mieter_innen, etwa wenn diese gegen ihren Willen aus ihren Wohnungen ausziehen müssen. Gründe dafür sind beispielsweise Modernisierungsankündigungen der Eigentümer_innen, die zu hohen Mieten führen, oder Entmietungsstrategien, um eine Neuvermietung zu erwirken und damit eine höhere Miete verlangen zu können. Dabei brauchen die meisten Betroffenen zunächst vor allem rechtlichen Beistand. Die Unterstützung geht aber weiter. Viele Betroffene nehmen solche Mietprobleme als individuelles Problem wahr, über das sie lieber schamhaft schweigen. Deshalb ist das Ziel vieler Recht-auf-Stadt-Initiativen, die Betroffenen dieser vermeintlichen Einzelfälle zusammenzubringen. Erfolge erzielten dabei zum Beispiel die Initiativen *Zwangsräumung verhindern* in Berlin sowie *Alle für Kalle!* in Köln. Ziel dieser Initiativen ist es, dass Mieter_innen in ihren Wohnungen bleiben können. Zudem haben diese Mietkämpfe oft ein hohes Mobilisierungspotential und befördern die Solidarisierung von Nachbar_innen.

Die Forderung »Recht auf Stadt« gibt betroffenen Mieter_innen Argumente an die Hand, Wohnen als kollektives Recht einzufordern. Meist wird das Recht zu bleiben dabei individuell vor Gericht oder zumindest mit rechtlichem Beistand erkämpft.

Aktive Stadtpolitik einfordern

Es ist im Kern der Forderung nach dem Recht auf Stadt angelegt, dass diese vor allem lokal, bezogen auf die jeweilige Stadt, erhoben wird. Ein zweites Handlungsfeld ist daher die Arbeit mit der Stadtpolitik – als öffentlicher Akteurin. Die Initiative *Leipzig – Stadt für alle*, in der wir selbst aktiv sind, beobachtet und kommentiert Leipziger Stadtpolitik. Stadtratsbeschlüsse und kommunale Wohnungspolitik werden beurteilt und die öffentlichen Akteure in die Pflicht genommen. In Frankfurt am Main setzt sich die Kampagne *Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?* dafür ein, das stadt-eigene Wohnungsunternehmen ABG in die Verantwortung zu nehmen, und forderte einen »[u]nbefristete[n] und bedingungslose[n] Mietestopp in allen ABG-Wohnungen« (Eine Stadt für alle 2015).

Auch stadt-eigene Kampagnen, die die Stadt als Wirtschaftsstandort attraktiv machen wollen – zum Beispiel Bewerbungen für Olympische Spiele,

1000-Jahr-Feiern oder die Internationale Bauausstellung – sind oft Ziel von Gegenkampagnen.

Kritik an renditeorientierten Wohnungsunternehmen

Drittens stehen renditeorientierte Wohnungsunternehmen im Fokus der Kritik und werden zum Ziel von Protest. Neben klassischen Aktionsformen wie Demonstrationen treten dabei auch neue Formen des Protests und der Intervention, die mit Ironie die Widersprüche eines kapitalistischen Wohnungsmarkts aufzeigen. So werden Besichtigungstermine für neu sanierte Luxuswohnungen politisch genutzt und umgedeutet: In mehreren Städten sind Aktivist_innen bei diesen Terminen mit Sekt, Konfetti und Musikanlage zur »Fetten Mietenparty« aufgetaucht. Zumindest für kurze Zeit wird so den Makler_innen und potentiellen Mieter_innen der Spiegel ihrer eigenen Privilegien vorgehalten.

Das Hamburger Bündnis Recht auf Stadt

Das Bündnis *Recht auf Stadt* in Hamburg führt alle drei Handlungsfelder beispielgebend zusammen. Das Bündnis ist eine stadtweite Vernetzung aus verschiedenen Initiativen und Gruppen, die Arbeitsräume von Künstler_innen erkämpfen (zum Beispiel: Gängeviertel), von Entmietung betroffene Mieter_innen unterstützen (zum Beispiel: Essohäuser) oder Kleingärten verteidigen. Das Bündnis wird medial und von öffentlichen wie privaten Akteur_innen als relevante politische Stimme wahrgenommen. Es formulierte gemeinsame Stellungnahmen und schafft es, das Recht auf Stadt auf verschiedenen Ebenen zu erstreiten.

Die Initiative *Recht auf Stadt – never mind the papers* bemüht sich um die Öffnung der Debatte in Richtung geflüchteter Menschen.

3. Die Kooperative als Alternative: Degrowth und Recht auf Stadt treffen sich in der Nische

Die Gemeinsamkeiten von Degrowth und Recht auf Stadt finden sich in einem linken Grundkonsens. Es liegt auf der Hand, dass sich beide Denkansätze in ihrer kapitalismuskritischen Haltung und der Forderung nach Teilhabe aller an Entscheidungsprozessen nah sind. Der Begriff Degrowth wird im Umfeld von Recht auf Stadt allerdings selten verwendet.

Degrowth versammelt ambitionierte theoretische Analysen, welche die Notwendigkeit der Abkehr vom Wachstumsdenken deutlich machen und die ihren praktischen Niederschlag in umfangreichen Konferenzen und Bildungsprogrammen finden. Dabei dienen kleine Nischenprojekte wie Gemeinschaftsgärten als Beispiele für den erhofften Wandel. Und hier, auf der praktischen Ebene, begegnen wir uns: Nimmt man die utopischen Ziele beider Bewegungen zusammen, so gibt es viele Überschneidungspunkte: Degrowth strebt das *gute Leben für alle* an, während Recht-auf-Stadt-Bewegte

die *Stadt für alle* proklamieren. So treffen wir uns in der Praxis. Denn die Projekte, die Degrowth als Beispiele für das gute Leben heranzieht, sind oft dieselben wie jene für eine Stadt für alle. Recht-auf-Stadt-Initiativen setzen sich unter anderem für Nachbarschaftsgärten, Hausprojekte, Wagenplätze und alternative Freiräume in der Stadt ein. Betrachtet man das Programm der Degrowth-Sommerschule³, finden sich ähnliche Beispiele, ergänzt durch Repair-Cafés, Gemüsekooperativen und solidarische Landwirtschaft.

Die alternativen Ansätze beider Bewegungen funktionieren kleinteilig und haben einen Kollektivierungsanspruch. Es scheint also, als ob das gute Leben in einer Stadt für alle zwischen selbstverwaltetem Wohnraum und kooperativen Arbeitsverhältnissen möglich ist. Doch reicht das? Degrowth und Recht auf Stadt begegnen sich in der Praxis, aber diese findet sich vor allem in Nischen. Schließlich kann beobachtet werden, dass diese Projekte nur von bestimmten Milieus getragen und genutzt werden. Deshalb muss ein gemeinsames Ziel sein, den Für-alle-Anspruch auch tatsächlich umzusetzen.

4. Degrowth braucht mehr Basisbezug!

Degrowth sollte das Profil schärfen

Trotz Definitionen (vgl. Degrowth-Webportal 2015) bleibt für uns unklar, was die Degrowth-Bewegung eigentlich ausmacht. Einerseits präsentiert sich der Begriff als Klammerperspektive, die all die disparaten Formen der Wachstumskritik und Alternativprojekte zusammenbringen will und damit selbstverständlich auch Bewegungen gegen die Privatisierung von Gemeingütern, gegen den Neubau von Autobahnen und für die Schaffung von Gemeinschaftsgärten umfasst. Nun gab es diese Bewegungen aber auch schon vor dem Label Degrowth, das ihnen heute anhaftet.

Unter dem Degrowth-Ansatz im engeren Sinne verstehen wir andererseits Ansätze von Akteur_innen einer spezifischen Theoriedebatte, die Konferenzen, wissenschaftliche Texte und Bildungsarbeit organisieren. Hinzu kommen jene Akteur_innen, die in den alternativen Nischenprojekten mit anderen Formen des Wirtschaftens experimentieren oder als aufgeklärte Individuen individuelle Verhaltensänderungen leben. Ein Vorzug von Degrowth ist, dass immer auch diese individuelle Ebene in den Blick genommen und somit eine Perspektive geboten wird: Jede_r Einzelne kann jetzt schon ihr_sein Verhalten ändern.

Gerade weil Degrowth vieldeutig ist, sind *Elemente* der Debatte durchaus anschlussfähig für reaktionäre Motive. Im deutschsprachigen Raum gibt es diesbezüglich eine konsequente Gegenpositionierung derjenigen, die sich unterm dem Label Degrowth vereinen. In anderen Kontexten ist dies nicht so eindeutig der Fall: Die Elemente der Wachstumskritik finden sich etwa in Frankreich durchaus auch in völkischen Kontexten, etwa, wenn das

3 www.degrowth.de/de/sommerschule-2016/ (Zugriff: 01.02.2017).



Transparent zur Besetzung einer Turnhalle in Leipzig Connewitz. Dort war eine Notunterkunft für Geflüchtete eingerichtet und nach einer Woche sollten die Geflüchteten in den durch Nazianschläge berühmt gewordenen Ort Heidenau gebracht werden. Geflüchtete und andere Leipziger_innen blockierten die Turnhalle und verhinderten die Verlegung. Das Transparent verbindet dies mit der Forderung nach echten Wohnungen für alle anstatt provisorischer Lagerunterkunft, wie sie in Turnhallen oder Baumärkten üblich ist. (Foto: eigene Aufnahme der Autor_innen)

Wachstum der anderen begrenzt werden soll – oder wenn »wir« zu einer ursprünglichen Wirtschaftsweise zurückkehren sollen (zum Beispiel: vgl. Nabert 2016).

Degrowth braucht mehr Basisbezug

Wir begreifen Degrowth vor allem als theoretischen Ansatz, weniger als soziale Bewegung. Degrowth ist ein wissenschaftlicher Diskurs. Das wird schon am Begriff deutlich. »Ein Vorteil des zunächst negativ klingenden Wortes ist, dass es unbequem ist und sich nicht leicht einverleiben lässt«, so steht es auf der Homepage www.degrowth.de. Schon die Wortwahl signalisiert ein Abgrenzungsbedürfnis. Wir lesen diese Definition als ein Konzept ohne Basisbezug. Sie nimmt im deutschsprachigen Kontext bewusst in Kauf, dass Menschen ohne Englischkenntnisse sich den Begriff nicht zu eigen machen können.

Die akademische Herkunft des Begriffs teilt die Degrowth-Perspektive mit Recht auf Stadt. Der Unterschied: Ausdrücke wie »Recht auf Stadt« oder auch »Stadt für alle« lassen sich auch ohne Fremdsprachenkenntnisse unmittelbar verstehen. Diese Kurzformeln bieten genug Anknüpfungspunkte für Alltagskämpfe (wie zum Beispiel bei *Kotti & Co*) und tragen gleichzeitig eine positive Vision in sich. Kulminationspunkte von Recht-auf-Stadt-Bewegungen sind daher weniger wissenschaftliche Konferenzen als vielmehr Stadtteilproteste und Aktionstage.

Degrowth ist von seiner Herkunft her ein Eliten-Ansatz, entstanden als Ausdruck der Verunsicherung einer Elite im globalen Norden dieser Erde. Akademiker_innen kommt die Aufgabe zu, diese Verunsicherung im Degrowth-Ansatz zu formulieren. Er bietet eine umfassende Analyse und ein daraus folgendes schlüssiges Konzept: Wir müssen schrumpfen. Insofern dieses »Wir« von gehobenen Angehörigen einer Industriegesellschaft ehrlich ausgesprochen wird, ist das ein sinnvoller Ansatz. In gewissem Sinne gehören die meisten Deutschen global gesehen zu den Profiteur_innen des Systems. Es spricht also nichts dagegen, gleich hier vor Ort anzufangen mit der Wachstumswende. In den peripheren Regionen dieser Welt könnte eine derartige Perspektive wiederum dazu verhelfen, sich anderer Entwicklungsziele als jenes des maximalen Wachstums zu besinnen. Problematisch wird es für uns dann, wenn mit der Begründung »Wir müssen aufhören, zu wachsen« in der öffentlichen Diskussion Kämpfe um soziale Teilhabe der vom gesellschaftlichen Reichtum Ausgeschlossenen abgewürgt werden. Das versuchen konservative Verfechter_innen einer Wachstumswende.

Kämpfe für eine Stadt für alle könnten von einem theoretischen Überbau profitieren

Als Leipziger Stadt-für-alle-Gruppe agieren wir vor allem im lokalen Kontext. Hier sind wir immer wieder ganz unmittelbar mit Problemen beschäftigt, die durch den Städtewettbewerb befeuert werden. Leipzig hat sehr klamme Finanzen, daher gilt hier wie in vielen Städten die Maxime: Die lokale Wirtschaft muss wachsen und Gewerbesteuerereinnahmen produzieren. Die daraus folgende Orientierung am Leitbild »unternehmerische Stadt« mit der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas ist der Hintergrund vieler konkreter Kämpfe um ein Recht auf Stadt. Wer sich nun nicht nur gegen

.....
Mobilisierung für eine »Fette Mieten Party«. (Foto: ifuriosi.org)



die konkrete Überbauung eines Nachbarschaftsgartens stellt, sondern die Orientierung am Wirtschaftswachstum hinterfragt, steht schnell als Fantast da. Dem Wachstumsparadigma nicht nur praktische Beispiele, sondern auch konkrete Argumente und einen theoretischen Überbau entgegenzusetzen, hilft uns als Akteur_innen. Konsequenter angewendet, könnte die Degrowth-Perspektive dazu verhelfen, ein vom Wachstum entkoppeltes Wirtschaften in wachsenden Städten denkbar zu machen.

Degrowth ergänzt das Recht auf Stadt um ökologische Ziele. Es bietet mit seinen Referenzen auf die Commons-Debatte zudem Anregungen, einen starken kommunalen Wirtschaftssektor anders zu denken, als es die bisherigen marktorientierten und hierarchisch geprägten kommunalen Wohnungsunternehmen tun. Der Bezug auf kreative Nischenprojekte ist aber noch zu begrenzt angesichts der Vielfalt kommunaler Themen und Aufgaben.

5. Auf allen Ebenen ansetzen: Für eine soziale und ökologische Stadt für alle

Degrowth braucht lokale Relevanz

Nischenprojekte sind wichtig. Von ihnen allein können wir aber keinen gesellschaftlichen Wandel erwarten, deshalb fragen wir Degrowth nach einer mittleren Ebene und nach dem Akteursbezug: Wir sind gespannt auf Antworten auf Fragen der Gemeindefinanzierung und des sozialen Wohnungsbaus. Erst dann, wenn es gelingt, die Ideen einer Degrowth-Perspektive auf die Ebene der Stadt zu übertragen – einer Stadt, deren Ziel es ist, Lebensqualität zu sichern, und die sich deshalb auch der Energie- und Ernährungsautonomie widmet; einer Stadt, die in großem Stil kommunalen Wohnraum für alle schafft –, erst dann wird Degrowth wirklich relevant. Der Degrowth-Ansatz kann nur dann in bedeutendem Maße zur sozial-ökologischen Transformation beitragen, wenn er Konzepte mittlerer Reichweite entwickelt und benennt, wer die Akteur_innen sind, die diesen Wandel vorantreiben. Denn auch wenn wir Degrowth als theoretischen Ansatz verstehen, sollten Handlungsstrategien für eine praktische Umsetzung nicht ausbleiben. Denn Degrowth will mehr sein als Kapitalismuskritik; diese ist vermutlich allen, die bei *Degrowth in Bewegung(en)* beteiligt sind, gemein.

Weg von der akademischen Arbeit hin zum Praktischen

Wir betrachten die aktuelle Einbettung der Degrowth-Perspektive in die Klimacamps als sehr positiv. Doch diese Aktionsformen sind momentan noch stark durch ihren Event-Charakter geprägt, und ihre Einbettung war eine Degrowth-typische: in die *Sommerschule*. Wir würden einen noch stärkeren Einsatz im lokalen Bereich mit einer Anbindung an eine grundlegende Gesellschaftsanalyse begrüßen: beispielsweise wenn es um den Neubau von Wohnungen geht oder um bezahlbares und gutes Wohnen für Geflüchtete.

Momentan konzentrieren sich die Aktivitäten auf Analysen, Bildungsarbeit und Politikberatung. Wenn sich Degrowth als umfassender gesellschaftlicher Ansatz ernst nimmt, muss es möglich sein, auch konkrete soziale Fragen aus dieser Perspektive zu betrachten und dazu Antworten zu entwickeln. Antworten allein genügen aber nicht: Es gilt, diese mit anderen Akteur_innen auch umzusetzen.

Ökologische und soziale Fragen zusammenbringen

Die Recht-auf-Stadt-Bewegung nimmt selten eine ökologische Perspektive ein. Wir können viel von Umweltaktivist_innen lernen, um bessere Antworten auf die Fragen nach Flächenverbrauch und -versiegelung und Sanierungsaufgaben in der Stadt zu finden. Ganz praktisch könnte das heißen, dass man gemeinsam Stellung zur energetischen Sanierung von Gebäuden bezieht, mit denen momentan Mietsteigerungen begründet werden. Oder: In Bezug auf Leipzig wäre eine kommunale Wirtschaftsförderungsstrategie im Sinne von Degrowth sicherlich sinnvoll. Wie sieht eine kommunale Wohnraumversorgung in einer wachsenden Stadt aus, ohne dass man auf renditeorientierte Investor_innen angewiesen ist? Wie kann ein Degrowth-Mobilitätskonzept aussehen, wie die Schulverpflegung, wie Bebauungspläne in Neubaugebieten oder gar der Verzicht auf Neubau⁴?

Wenn es gelingt, wissenschaftliche Diskussion und alltägliche Konflikte in der Stadt zu vermitteln und Ansätze mittlerer Reichweite zu entwickeln, die auf einen Basisbezug setzen und damit von ganz verschiedenen gesellschaftlichen Schichten getragen werden können, dann kann die Degrowth-Perspektive dazu beitragen, dass das gute Leben in der Stadt für alle möglich wird.

4 Verbiehtet das Bauen – Blog gegen die Bauwut: <http://www.verbiehtet-das-bauen.de/> (Zugriff: 01.02.2017).

Links

- **Plattform für stadtpolitisch Aktive:** <http://wiki.rechtaufstadt.net/index>
- **Kotti & Co** – Initiative protestierender Mieter_innen am Kottbusser Tor in Berlin: <https://kottiundco.net/>
- **Recht auf Stadt Hamburg** – Netzwerk diverser Initiativen gegen Gentrifizierung: [http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht_auf_Stadt_\(Hamburg\)](http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Recht_auf_Stadt_(Hamburg))
- **Alle für Kalle! Kalle für Alle!** – Video: <https://www.youtube.com/watch?v=-3EYzm9uMgs>; Zugriff: 01.02.2017.
- **Die Berliner Mieter_innenbewegung** – Vortrag von Lisa Vollmer: <https://www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/institute/ifeu/forschungresearch/wohnen-fuer-alle/programm/>; Zugriff: 01.02.2017.

Verwendete und weiterführende Literatur

Bartetzky, Arnold (2015): Die gerettete Stadt. Architektur und Stadtentwicklung in Leipzig seit 1989. Leipzig: Lehmannstedt.

Degrowth-Webportal (2015). Was ist degrowth? <http://www.degrowth.de/de/was-ist-degrowth/>; Zugriff: 01.02.2017.

Eine Stadt für alle (2015): Forderungen. http://www.autistici.org/abgkampagne/?page_id=59; Zugriff: 01.02.2017.

Holm, Andrej (2006): Die Restrukturierung des Raumes. Machtverhältnisse in der Stadterneuerung der 90er Jahre in Ostberlin. Bielefeld: transcript.

Holm, Andrej (2010): Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast.

Holm, Andrej (2011): Das Recht auf die Stadt. Blätter für Deutsche und Internationale Politik 8/2011: S. 89–97. <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/august/das-recht-auf-die-stadt/>; Zugriff: 01.02.2017.

Lefebvre, Henri (1968): Le droit à la ville. Paris: Anthropos.

Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Gebhardt, Dirk; Holm, Andrej (Hrsg.). Hamburg: VSA, S. 53–78.

Morawski, Tobias (2014): Reclaim Your City. Urbane Protestbewegungen am Beispiel Berlins. Berlin: Assoziation A.

Nabert, Alexander (2016): Degrowth und die schrumpfende Logik. Jungle World 6/2016. <http://jungle-world.com/artikel/2016/06/53461.html>; Zugriff: 01.02.2017.

Rink, Dieter; Haase, Annegret; Kabisch, Sigrun; Großmann, Kathrin (2014): Beyond Growth: Shrinking Cities as a Model for Post-Growth Societies? (Conference Paper, Degrowth-Konferenz Leipzig 2014, unveröffentlicht).

Schmid, Christian (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Gebhardt, Dirk; Holm, Andrej (Hrsg.). Hamburg: VSA, S. 25–51.



*Norma Brecht und
Michael Stellmacher
in einem kurzen
Audiointerview zu
Recht auf Stadt.*

Solidarische Ökonomie: Initiativen, Ketten und Vernetzung zur Transformation

Dagmar Embshoff,
Clarita Müller-Plantenberg und Giuliana Giorgi

Der Text wurde verfasst von Dagmar Embshoff, Clarita Müller-Plantenberg und Giuliana Giorgi, alle aktiv beim *Forum Solidarische Ökonomie e. V.* Dagmar ist Geografin, Initiatorin des *Forums Solidarische Ökonomie*, Mitgründerin des Netzwerks *Solidarische Landwirtschaft* und Autorin. Clarita ist emeritierte Professorin für Soziologie an der Universität Kassel, sie war von 1981 bis 2009 Leiterin des Fachgebietes Soziologie der Entwicklungsländer, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Sie ist Verfasserin mehrerer wissenschaftlicher Bücher.¹ Giuliana Giorgi, Politologin und Dolmetscherin, ist Mitglied des *Forums Solidarische Ökonomie* und des zugehörigen *Regionalforums Berlin-Brandenburg*.

1. Als Gleichberechtigte zusammen arbeiten und wirtschaften, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen – nicht um den Profit zu maximieren

Die Kernidee der Solidarischen Ökonomie ist: Kooperation statt Konkurrenz und Sinn vor Gewinn.

Das bedeutet konkret:

- ◆ Selbstverwaltung, das heißt gemeinschaftlich-demokratische Entscheidungen und gemeinsames Eigentum/gemeinsamer Besitz;
- ◆ Kooperation nach innen und außen;
- ◆ Gemeinwohlorientierung;
- ◆ Inklusion von Minderheiten, Benachteiligten, Arbeitslosen, Flüchtlingen und Migrant*innen;
- ◆ keine Diskriminierung wegen Geschlecht, Behinderung, Religion, Aussehen etc.;
- ◆ Transparenz und Bildung, Prozessorientierung;

¹ Liste der Veröffentlichungen: http://www.upress.uni-kassel.de/katalog/autorenliste.php?PS_ID=548.



Teilnehmende stellen am Siebdruck-Stand eine Tasche mit dem Logo des SOLIKON »We are one« her. (Foto: CC BY-SA 2.0, Linda Dreisen)

- ◆ im Bereich Ökologie Schutz der Ökosysteme und der Biodiversität als Grundlage der Existenz der Menschen in der jeweiligen Region (Pflege und Aufwertung des Territoriums²);
- ◆ ein Konzept von Ökonomie als Subsystem der Ökologie, das heißt die Wirtschaft muss sich in natürliche Kreisläufe und Grenzen einfügen.

Ziel und Zweck des Wirtschaftens ist es, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Gesunde Nahrungsmittel, Wohnen, Mobilität, medizinische Versorgung, Information und Lernen, Kultur und Kunst, Geselligkeit, Freundschaft, Anerkennung, Konvivialität, Kontakt zur Natur und Erholung sind Bedürfnisse, die allen Menschen gemeinsam sind.

Gemäß neueren Forschungsergebnissen der Neurobiologie und langjährigen Erkenntnissen der Psychologie und Pädagogik entspricht die Kooperation dem Menschen stärker als die Konkurrenz. Metastudien zeigen, dass Kooperation zudem effizienter (und damit ökonomischer) ist als Konkurrenz und Einzelkämpfertum. Vor allem erhöht sie das Wohlbefinden (Stichwort »gutes Leben«) und die psychische Gesundheit (vgl. Bauer 2006; Kohn 1992). Im globalen Süden bedeutet Solidarische Ökonomie vor allem eine Abkehr von allen Formen des Neokolonialismus und der Ausbeutung, so wie sie von alten und neuen Industrienationen betrieben werden. Solidarische Ökonomie bedeutet auch, von jeder Form des kulturellen Imperialis-

² Das Territorium bezeichnet das Ökosystem, in dem die Menschen, um die es geht, leben, das Land mit seinen geografischen und klimatischen Besonderheiten. Solidarische Ökonomie schärft den Blick für das jeweils gegebene Territorium als Gemeingut der Menschen, die darin leben: Es ist ihre gemeinsame Heimat, einmalig und kostbar. Andere Territorien gehören anderen Menschen und dies gilt es zu respektieren. Das eigene Territorium ist vor Privatisierung, Spekulation und Vergiftungen aller Art zu schützen.

mus abzulassen. Alte Kolonialmächte und neue Konzerne müssen aufhören, auf der Suche nach Ressourcen Völker, die seit Jahrtausenden naturverbunden leben, von ihren angestammten Gebieten zu vertreiben und sie ihrer Existenzgrundlage zu berauben.

Als einen wichtigen Teil der Solidarischen Ökonomie betrachten wir die Emanzipation von der durch Agrarkonzerne beherrschten Lebensmittelindustrie und die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft als Grundlage der Ernährungssouveränität. Zu diesem Zweck organisieren sich heute Stadtbewohner*innen in Gruppen, die mit Biobäuer*innen auf dem Lande verbindliche Kooperationen eingehen, zum Teil mitentscheiden, wie vielfältig angebaut werden soll und die Ernte im Voraus finanzieren. Dies wird in englischsprachigen Ländern CSA (community supported/shared agriculture) genannt, in Frankreich AMAP, in Italien GAS, in Japan TEIKEI, in Deutschland Solidarische Landwirtschaft.

Die Entstehung der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika

Luiz Razeto (Chile) brachte in den 1980ern die Begriffe Ökonomie und Solidarität erstmals zusammen. Die in Lateinamerika besonders lebendige theoretische Debatte über Solidarische Ökonomie speist sich aus der Praxis der Inklusion: sowohl aus der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen durch Arbeitslose oder prekär Beschäftigte als auch aus der Praxis der Belegschaftsübernahme insolventer Unternehmen. Somit geht es bei der Solidarischen Ökonomie in erster Linie um die Beschäftigung mit Formen alternativen Wirtschaftens, die es schon gibt und die vor allem in Brasilien systematisch unterstützt werden durch Begleitung auf Augenhöhe, Vernetzung und Förderung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteur*innen. In der Regel sind es die sozialen Bewegungen, aus denen heraus der praktische Aufbau solidarischer Wirtschaftsunternehmen geschieht.

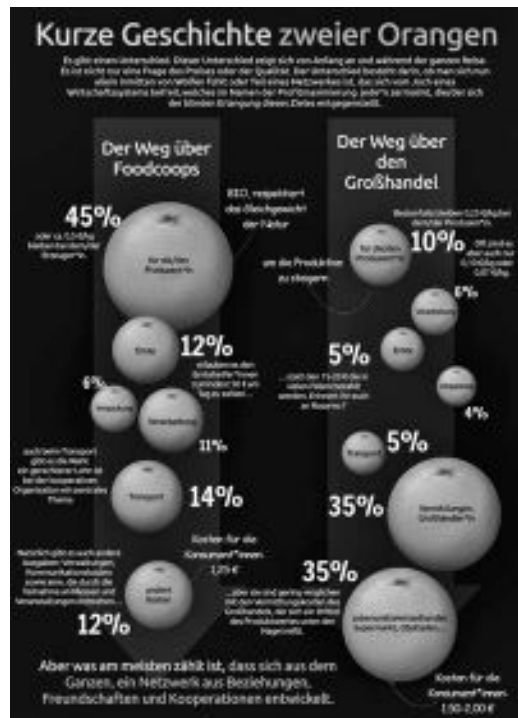
Es ist von strategischer Bedeutung, Öffentlichkeit für die solidarischen Gemeinschaften und Wirtschaftsunternehmen zu schaffen, gerade weil sie nicht im Fokus der Aufmerksamkeit der Massenmedien stehen. Ein sinnvoller nächster Schritt nach der Inklusion (von Minderheiten, Flüchtlingen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und Belegschaften insolventer Unternehmen) ist daher die Kartierung Solidarischer Wirtschaftsunternehmen (SWU). Sie ist ein wichtiges Instrument, um Alternativen zu stärken. Mit deren Hilfe sollen Alternativen, solidarische Wirtschaftsunternehmen und Menschen auf der Suche nach diesen aufeinander aufmerksam werden, wodurch Kooperationen entstehen können.

Euclides Mance, Theoretiker der Solidarischen Ökonomie sowie der Philosophie der Befreiung in Lateinamerika, betont die Bedeutung der Kartierung der SWU einschließlich deren Materialflüsse, sodass beispielsweise die einen die anderen beliefern oder die einen die Abfälle der Produktion der anderen verwerten, weiter verarbeiten und zurück in den Kreislauf fließen lassen können.

Solidarische Ökonomie in Brasilien

In Brasilien wurde unter Lula da Silva sogar ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung eingerichtet, das SENAES (Secretaria Nacional de Economia Solidária). Es wurde am 26. Juni 2003 per Gesetz auf Initiative des Präsidenten Lula, nach einer entsprechenden Forderung der damaligen Arbeitsgruppe *Solidarische Ökonomie* des Weltsozialforums, geschaffen. Unter der Leitung des Ökonomen und Soziologen Paul Singer arbeitete das Staatssekretariat SENAES mit den Solidarischen Wirtschaftsunternehmen zusammen, die sich innerhalb der einzelnen Bundesstaaten in Foren organisiert hatten und die, zusammen, das *Brasilianische Forum der Solidarischen Ökonomie* (FBES) bilden. In diesem Forum arbeiten auch Unterstützer*innen der Solidarischen Ökonomie mit, unter anderem kirchliche Organisationen, Universitäten, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Landkreise und Bundesstaaten. Alle Akteur*innen bilden unabhängige, dabei wachsende Netzwerke, gleichzeitig sind sie Teil der *Grupo de Pesquisa em Economia Solidária* (ECOSOL) als einer Bewegung für Solidarische Ökonomie.

Wiederholt wurden alle solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) vom Staatssekretariat SENAES dazu aufgerufen, ihre Prioritäten zu klären und Delegierte in Vollversammlungen zur Solidarischen Ökonomie nach Brasilia zu entsenden, um dort ihre jeweiligen Bedürfnisse und Interessen mitzuteilen. In den ersten zwölf Jahren fanden drei großen Vollversamm-



Der Weg zweier Orangen: eine über Food Coops und eine andere über den Großhandel. (Bild: legallinefeliciti)

lungen – jeweils mit über 1200 Delegierten – statt, wo die gemeinsame Planung abgestimmt wurde. Im gleichen Zeitraum wurde so die Arbeitslosigkeit quasi abgeschafft und wurden sogar Flüchtlinge aus Haiti zunehmend in den Inklusionsprozess einbezogen. Als die nationale Politik sich dann drehte und mit Zinserhöhungen und Sparprogrammen neoliberale Anpassungsmaßnahmen durchgeführt wurden, wuchs die Arbeitslosigkeit wieder.

An über 100 Universitäten sind heute »incubadoras«, Gründungsberatungsstellen, angesiedelt, welche Menschen – oft Frauen –, die sich in kleinen Gemeinschaftsunternehmen zusammenschließen wollen, beraten und sie bei ihren Anstrengungen, örtlich Einkommen zu generieren, begleiten. Dabei geht es nicht nur um ökonomisches Wissen, sondern auch um politische Bildung auf Augenhöhe nach der Methode von Paulo Freire, um Genderfragen und Gruppenprozesse inklusive gemeinsamer Entscheidungen. Ein Kartierungsprozess im ganzen Land erlaubt regionale Besuche und Lernprozesse innerhalb der Bewegung. So können interessierte Student*innen und Forscher*innen die in Gründung befindlichen SWU zum Beispiel gleich mit Abnehmern*innen und Lieferanten*innen aus solidarischen Netzen in Verbindung bringen.

Paul Singer und viele andere Aktive stehen in Verbindung mit jenen Akteur*innen der Solidarischen Ökonomie, die diese beispielsweise in Argentinien, Kolumbien, Uruguay oder Chile oder in ihren Instituten und Organisationen aufbauen und fördern.

Frankreich und Italien als europäische Beispiele

In Frankreich hat die Soziale Solidarische Ökonomie (SSÖ) seit Kriegsende Tradition. Sie ist sehr lebendig und wird auch von den Kommunen anerkannt. Die Stadt Lille fördert die Bewegung unter anderem mit zwei »Maisons de l'économie solidaire« (Häusern der Solidarischen Ökonomie), in denen Organisationen der Zivilgesellschaft zur Förderung des Gemeinwohls kleine Büros unterhalten. Im Juli 2014 wurde im französischen Parlament ein Gesetz zur Förderung Sozialer Solidarischer Ökonomie verabschiedet. Damit werden unter anderem der Zugang zur Finanzierung von Vorhaben verbessert und Foren zum Erfahrungsaustausch unterstützt. Zudem spricht das Gesetz Arbeitnehmer*innen das Recht zur genossenschaftlichen Übernahme ihres Unternehmens zu, wenn die bisherigen Eigentümer*innen es nicht weiterführen können.

In Italien wurde 1985 ein Gesetz zur Förderung von Belegschaftsinitiativen zur Übernahme von insolventen Unternehmen in Form von Genossenschaften verabschiedet: das Marcora-Gesetz. Es sorgt auch in der heutigen Krise für die Rettung von Arbeitsplätzen, Infrastruktur und Fachwissen in der Region. Daneben gibt es auch hier inzwischen zahlreiche *Gruppi di Acquisito Solidale (GAS)*, solidarische Einkaufsgruppen, die Kooperations- und Abnahmevereinbarungen mit Biobäuer*innen der Region eingehen. Nicht wenige Biobäuer*innen können nur dank ihrer GAS-Abnehmer*innen über-

leben. Diese Direktvermarktung war zu Beginn, in den 1990er Jahren, nur in Nord- und Mittelitalien verbreitet, aber im letzten Jahrzehnt lernten die ersten sizilianischen Kleinbäuer*innen die GAS auf der *Falcosagiusta* (übersetzt: Tue das Richtige) in Mailand kennen, einer Messe für kritischen Konsum und nachhaltige Lebensstile. Die Kleinbäuer*innen begannen also, ihre Zitrusfrüchte und andere am Mittelmeer wachsende Produkte wie Mandeln und Oliven solidarischen Einkaufsgruppen (GAS) in Nord- und Mittelitalien zu liefern, und konnten sich damit von der räuberischen Dominanz der von der Mafia beherrschten großen Vertriebsmaschinerie emanzipieren. Im Kampf gegen die Mafia operieren auch Genossenschaften landloser Bäuer*innen. Sie bewirtschaften die von Mafia-Bossen beschlagnahmten Landgüter nach biologischen Richtlinien (vgl. Forno 2011).

Aktuell gibt es in Italien Hunderte Sozialgenossenschaften, die Flüchtlingen Wohnmöglichkeiten anbieten und sie bei der Integration unterstützen – auch weil der Staat die Kommunen damit allein lässt.

Man könnte unzählige andere Beispiele nennen. Die Solidarische Ökonomie besteht aus inspirierenden Geschichten, die Mut aufs Experimentieren und Nachahmen machen.

2. Zur Solidarischen Ökonomie zählen vielfältige alternative Wirtschaftspraxen und Akteur*innen

Die Beschäftigung mit der Praxis ist Kernstück der Strategie. Die Theorie Solidarischer Ökonomie entwickelt sich aus dem, was in der Praxis passiert, sie lernt aus der Praxis; und die Praxis profitiert von den neuesten Erkenntnissen aus Theorie und Forschung. Eine von der Praxis entkoppelte Theorie ist steril und, angesichts der globalen Probleme, unverantwortlich. Die Kartierungen der verschiedenen Initiativen und SWU, die es bereits gibt, ermöglicht diesen, voneinander Notiz zu nehmen und sich miteinander zu vernetzen. Dadurch werden die Akteur*innen gestärkt, weil sie zusammenarbeiten: lokal und regional, aber auch über Grenzen hinweg. Sie bilden allmählich ein alternatives, dezentrales, Bottom-up-System, das immer mehr Menschen, die vom jetzt vorherrschenden System ausgeschlossen werden, eine Existenz bieten kann: wahrscheinlich keine feste Anstellung im üblichen Sinne, aber kooperative Tätigkeiten zur Befriedigung der fundamentalen Bedürfnisse³.

Beispiele für Initiativen Solidarischer Ökonomie sind:

- ◆ Selbstverwaltete Betriebe und progressive Genossenschaften, zum Beispiel Energiegenossenschaften, Wassergenossenschaften, Assistenzgenossenschaften von Menschen mit Behinderungen, Landkauf-Genossenschaften, Kneipen-Kollektive, Film- und Theaterkollektive;

³ Vgl. hierzu die Definition von Bedürfnissen von Manfred Max-Neef (Max-Neef/Elizalde/Hopenhayn 1990); siehe auch: https://en.wikipedia.org/wiki/Fundamental_human_needs.

- ◆ Wohnprojekte, Ökodörfer, Kommunen und andere Gemeinschaften;
- ◆ Fairer Handel;
- ◆ Solidarische Landwirtschaft, Gemeinschaftsgärten inklusive interkultureller Gärten;
- ◆ Hilfe auf Gegenseitigkeit (Mutualismus); historisch: von den Beschäftigten organisierte Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen;
- ◆ Selbstorganisierte Finanzinstrumente wie Sparvereine oder Credit Unions; historisch: Genossenschaftsbanken, Sparvereine;
- ◆ Food Coops, Mitgliederläden, Erzeuger*innen-Verbraucher*innen-Gemeinschaften und andere Formen selbstverwalteten Konsums oder Prosums (Konsum und Ko-Produktion);
- ◆ Freies Wissen, zum Beispiel freie Software, Lexika, Bildung, Medien und Kultur;
- ◆ Selbstverwaltete freie Alternativschulen und Kitas, Tagungshäuser, Geburtshäuser, Kulturzentren, freie Radios und offene Kanäle etc.;
- ◆ offene Werkstätten (Community Workshops), Repair-Cafés;
- ◆ Akteur*innen in Brasilien – und perspektivisch auch hierzulande – sind ferner sämtliche Mitglieder der regionalen und der nationalen Foren der Solidarischen Ökonomie, wie: solidarische Wirtschaftsunternehmen (SWU); spezifische Unterstützungsorganisationen der SWU (die zum Bei-

Im Garten der TU Berlin gab es während des SOLIKON eine solidarische Küche für alle (KüfA) und viel Raum zum Austausch. (Foto: CC BY-SA 2.0, Linda Dreisen)



spiel Beratung anbieten); verschiedene Organisationen und Institutionen, die SWU fördern und unterstützen (kirchliche, gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen; kommunale und Landkreis- beziehungsweise Länderverwaltungen, Universitäten).

Die Solidarische Ökonomie wächst zum Teil mit der Strategie der Erdbeerpflanzen – wie es ein Vertreter der Sozialgenossenschaft *SOLCO* in Mantova (Italien) einmal erklärte: Wenn eine Erdbeerpflanze ausgewachsen ist, wird sie nicht größer, sondern sie bildet Ableger, neue Pflanzen, die bald ihrerseits Ableger bilden – bis sie den ganzen Hügel bedecken. Die Initiativen wollen nicht »groß werden«, sondern sie vermehren sich und verbreiten ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre Methoden. Dadurch konzentriert sich nicht sämtliche Infrastruktur in den Städten, sondern Arbeitsplätze und Dienstleistungen werden breit verteilt und können Bedürfnisse vor Ort in der jeweiligen Region erfüllen.

3. Solidarische Ökonomie und Degrowth: gemeinsame Ziele

Indem wir hierzulande den Begriff »Solidarische Ökonomie« verwenden, knüpfen wir an entsprechende Initiativen in anderen Teilen der Welt an, wir verleihen ihnen mehr Sichtbarkeit und stärken uns gegenseitig, auch bei Forderungen an die Politik nach Anerkennung, Unterstützung und besseren Rahmenbedingungen. In der akademischen Welt zählt man eine sehr breite Palette von Aktivitäten zur Solidarischen Ökonomie, die auf Kooperation, Selbstverwaltung, Gemeinwohlorientierung und Naturbezug basieren. Inzwischen sind viele andere Bewegungen (Transition-Towns, Gemeinwohlökonomie, Degrowth, Commons, Share-Economy, collaborative Economy, Demonetisierung usw.) entstanden, die ähnliche bis gleiche Ziele verfolgen. Die Vielfalt ist einerseits ein Reichtum, der den Schwarm der Alternativen widerstandsfähiger macht. Denn wenn eine einzelne Strömung von Konzernen gekapert wird (zum Beispiel Carsharing), wird nicht gleich die ganze Bewegung diskreditiert. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Vielfalt an Bezeichnungen schlussendlich auch dem konkurrenzbasierten System geschuldet ist: denn jede soziale Innovation muss ihre Alleinstellungsmerkmale herausstreichen, um potentielle Geldgeber*innen und die Öffentlichkeit zu überzeugen.

Deswegen sind Zusammenarbeit und Koordination zwischen den verschiedenen Bewegungen wünschenswert, denn sie ersparen »Doppelungen« und erhöhen die Wirksamkeit der Bemühungen aller. Gemeinsame Veranstaltungen wie etwa Messen für kritischen Konsum sowie Kongresse und gemeinsame Kampagnen haben bereits stattgefunden (zum Beispiel: *Solikon* im Jahr 2015). Meist ist dabei eine Bewegung »Gastgeberin«. Von Grund auf gemeinsam getragene Projekte oder Kampagnen vieler Bewegungen fehlen indessen bisher.

Solidarische Ökonomie und Degrowth haben einen Kerngedanken gemeinsam, den sie allerdings unterschiedlich definieren. Degrowth will eine Abkehr vom vorgeblichen Wachstumszweck der Ökonomie. Solidarische Ökonomie will die Inklusion durch Selbstverwaltung und die Abkehr vom Vermehrungszwang des Kapitals (Profitmaximierung), der in den Mainstream-Medien als »Wachstum« schöngeredet wird.

Das kapitalistische System hat unzählige Wachstumsstrategien entwickelt, von der kolonialen Ausplünderung über Kriege und die Vernichtung der Konkurrenz über eingebauten Verschleiß bis hin zur künstlichen Bedarfsweckung durch raffinierte Werbestrategien. Die Solidarische Ökonomie schafft hingegen institutionelle Rahmenbedingungen, Netze und Produktionsketten, die auf nicht kapitalistischen Prinzipien beruhen (Kooperation statt Konkurrenz). Die Netze stärken die einzelnen Unternehmen und Initiativen und bieten Lern- und Erfahrungsräume für eine Kultur der Kooperation.

Die Solidarische Ökonomie baut zudem lokale Kreisläufe auf, was Energie für den Transport spart, und richtet sich nach den Bedürfnissen der Menschen im Einklang mit der Natur. Das bedeutet eine Produktion sinnvoller, langlebiger und reparierbarer Produkte. Es wird viel weniger Schrott erzeugt, weniger Müll, es gibt weniger Ressourcenverschwendung. Dies deckt sich mit Zielen der Degrowth-Bewegung.

Eine stärkere Kooperation zwischen der Solidarischen Ökonomie und Degrowth wäre wünschenswert und würde beide voranbringen.

4. Degrowth braucht sozialverträgliche Konzepte und Visionen

Degrowth an sich ist noch keine Vision – das Wort beschreibt eher, was man nicht will: wirtschaftliches Wachstum ohne Sinn und Verstand. Degrowth kritisiert die Grundlagen des vorherrschenden Wirtschaftsdenkens und deren Kategorien. Es richtet sich dagegen, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dessen Wachstum als Maßstab des »Erfolges« einer Gesellschaft ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Kosten zu betrachten. Degrowth bedeutet: das Wachstum soll aufhören. Das heißt: Schluss mit Verschwendung, sinnlosen Infrastrukturprojekten, gefährlichen, unbeherrschbaren Technologien, Rüstungsexporten, dem Raubbau an der Natur, Umweltzerstörung und -vergiftung. Aber man weiß noch nicht, wie – es gibt noch keine Kriterien dafür. Wer garantiert, dass die erwünschte schrumpfende Gesellschaft eine demokratische sein wird, eine, die das Wohl aller zum Ziel hat?

Degrowth muss mit expliziten Prinzipien und Formen eines alternativen Gesellschaftsentwurfs versehen werden: zum Beispiel mit Bottom-up-Ansätzen, partizipativer Demokratie, die zu Selbstverwaltung führen, zu Solidarität, Inklusion, Gleichberechtigung, Genügsamkeit, Konvivialität, Anerkennung, kurz: zu einem guten Leben in Gemeinschaft. In der Praxis geschieht

dies sicherlich zum Teil, im Begriff spiegelt es sich jedoch nicht wider. Die Kritik am Bestehenden und der Ausbau von Alternativen gehören zusammen: keine erfolgreiche Anti-AKW- oder Anti-Kohle-Bewegung ohne Erneuerbare-Energien-Bewegung, ohne Strategien zur Konversion zerstörerischer in sinnvolle Produktion und ohne Inklusion der Arbeitslosen. Degrowth schlägt Alarm und zwar zu Recht: So geht es wirklich nicht weiter. Aber das Ziel der Degrowth-Bewegung, auf Dauer in Frieden mit den Nachbar*innen und im Einklang mit der Natur zu leben, ist nur mit Solidarität, Demokratie, Partizipation, Gleichberechtigung und Inklusion sozialverträglich zu erreichen.

5. Ein ganzer Werkzeugkasten für den Aufbau solidarischer Lebensperspektiven

Die Menschen spüren, dass es so nicht weitergehen kann und rufen überall auf der Welt Myriaden von Initiativen für einen anderen Umgang mit dem Planeten und mit den Mitmenschen ins Leben. Immer mehr Leute hören auf zu delegieren, stehen vom Sofa auf, schalten den Fernseher aus und mischen sich vor Ort ein. Abertausende haben schon angefangen, am Aufbau der Alternativen, die überall entstehen, mitzuarbeiten. Die digitale Kommunikation bietet noch nie dagewesene Werkzeuge für Information und Partizipation. Geeignete internetbasierte Instrumente können einen großen Beitrag leisten, um den Alternativen zum Durchbruch zu verhelfen.

Gute Praktiken in verschiedenen Ländern und Kontinenten zeigen, dass es bereits alternative Wirtschaftsformen gibt und dass sie machbar sind. Wir sollten sie uns ausführlich anschauen, um unser Bewusstsein für den Weg zu einer anderen Produktionsweise zu schärfen. Forschungsstellen an den Hochschulen, die sich mit Degrowth, Solidarischer Ökonomie und anderen Alternativen befassen, sollten den Kontakt zur Praxis suchen, die Gründung von solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU) und anderen Alternativen fördern, sie begleiten und beraten, ihnen Wissen vermitteln und mit ihnen zusammen neue Erkenntnisse gewinnen. Überhaupt ist es sehr wichtig zu entdecken, was Menschen nah und fern an Alternativen bereits auf die Beine gestellt haben: um von ihnen zu lernen, ihre Erfahrungen bekannt zu machen und um die Kenntnis von den bereits vorhandenen Alternativen (mit Filmen, Videos, Interviews, Kongressen, Tagungen, Artikeln, Büchern, Seminaren ...) zu verbreiten. Dadurch können wir die vorhandenen Alternativprojekte darin unterstützen, Wissen zu teilen, Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen – zum Beispiel durch gemeinsame Open-Source-Plattformen, Kartierung, Messen – und andere Menschen zu inspirieren, ebenfalls neue (oder ganz alte) Wege zu gehen. Ziel ist es, einen Teppich von Alternativen zu weben, der überall und vor Ort den vielen Menschen, die vom System »auf die Müllhalde geworfen werden«, und jenen, die vor Krieg und Zerstörung flüchten, eine Überlebenschance und ein gutes Leben zu bieten.



*Auf dem Markt der Möglichkeiten (auf dem SOLIKON) gab es auch die Broschüre
»Ich tausche nicht mehr, ich will mein Leben zurück«. (Foto: CC BY-SA 2.0, Linda Dreisen)*

In Deutschland sind in letzter Zeit unzählige Flüchtlingsinitiativen entstanden – überall dort, wo Menschen auf ihre Gefühle achten, Mitgefühl zeigen und sich nicht von Ängsten steuern lassen. Sie versuchen, bei der Unterbringung, beim Spracherwerb und bei der Integration von Flüchtlingen zu helfen. Handelt es sich hierbei um eine spontane Bewegung Solidarischer Ökonomie? Sie entspricht jedenfalls deren Kriterien, die Gebote der Menschlichkeit sind: andere als gleichberechtigt zu betrachten und mit ihnen zu teilen, so dass es für alle reicht – allem Gerede vom Homo oeconomicus zum Trotz. Welches Vehikel jeweils genutzt wird, um sich an der Transformation aktiv zu beteiligen – ob Solidarische Ökonomie, Degrowth, Gemeinwohlökonomie, Commons, Beitragsökonomie, Share-Economy, Demonetarisierung oder einfach Mitmenschlichkeit –, ist letztendlich egal.

Die Zusammenarbeit in der Praxis ist entscheidend – in der Solidarischen Landwirtschaft, in Wohnprojekten, in Flüchtlingsprojekten, in urbanen Gärten, beim Urban Commoning, in selbstverwalteten Produktionsbetrieben, in der politischen kommunalen Arbeit, aber auch in der politischen Bildung, in der Öffentlichkeitsarbeit, in Büchern, Filmen und auf Internetplattformen oder in der Organisation von Kongressen, Messen und anderen Events. Vielfältige Gedankenschulen sind eine Ressource. Die gemeinsame Stoßrichtung leuchtet bereits auf, Suchende finden Strukturen der Kooperation. Synergien entstehen. Die Wiedergewinnung des Naturbezuges steht auf der Tagesordnung. Wir haben also nicht nur einen einzigen Schlüssel, der vielleicht nicht überall passt – sondern wir haben mehrere zur Auswahl, einen ganzen Werkzeugkasten. Das ist unsere Chance.



*Die Autorinnen des Textes
erklären in diesem kurzen
Audiointerview den Zusammen-
hang von Solidarischer
Ökonomie und Degrowth.*

Links

Forum Solidarische Ökonomie e. V.: Portal für Solidarische Ökonomie:
<http://www.solidarische-oekonomie.de>

Entwicklungsperspektiven – wissenschaftliche Schriftenreihe:
<http://www.upress.uni-kassel.de/katalog/schriftenreihe.php?entw.html>

Socioeco – Resource Website of Social and Solidarity Economy:
http://www.socioeco.org/index_en.html

Workerscontrol – Archive of Workers Struggle:
<http://www.workerscontrol.net>

Kongress Solidarische Ökonomie 2015: <http://www.solikon2015.org>

Verwendete und weiterführende Literatur

Max-Neef, Manfred; Elizalde, Antonio; Hopenhayn, Martín (1990):
Entwicklung nach menschlichem Maß – Eine Option für die Zukunft.
Kassel: Gesamthochschule Kassel.

Singer, Paul (1996): São Paulo: Industrielle Krise und Deindustrialisierung.
Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 20 (Thema: Offene
Rechnungen): S. 117–138.

Migliaro, Luis Razeto (2001): Desarrollo, transformacion y
perfeccionamiento de la economica en el tiempo. Santiago: Ediciones
Universidad Bolivariana.

Singer, Paul (2001): Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine
vorläufige Bilanz. Jahrbuch Lateinamerika 25 (Thema: Beharren auf
Demokratie): S. 75–96.

Singer, Paul (2006): Eine Alternative zum Kapitalismus (Interview).
Lateinamerika Nachrichten 398.

Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie (Hrsg.) (2011):
Schritte auf dem Weg zur Solidarischen Ökonomie. Kassel: Kassel
University Press. <http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-130-7.volltext.frei.pdf>; Zugriff 01.02.2017.

Giegold, Sven; Embshoff, Dagmar (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie
im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.

Erdmann, Ole (2011): Auf der Suche nach anderen Wirtschaftsformen.
Diskussionen und Trends der solidarischen Ökonomie in Lateinamerika.
Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 185. http://www.spw.de/data/spw_185_erdmann.pdf; Zugriff 01.02.2017.

Forno, Francesca (2011): La spesa a pizzo zero. Milano: Altreconomia.
<http://www.degrowth.de/wp-content/uploads/2016/07/Fr-Forno.pdf>;
Zugriff 01.02.2017.

Bayer, Kristina, Embshoff, Dagmar (Hrsg.) (2015): Der Anfang ist gemacht
(Band 1). Kultur der Kooperation. Die Gruppe. Neu Ulm: AG SPAK Bücher.

Voss, Elisabeth (2015): Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders
wirtschaften ist möglich! Neu Ulm: AG SPAK Bücher.

Tierrechtsbewegung: Gegen die Ausbeutung von Tieren im Namen des Wachstums

Andre Gamerschlag und Miriam Boschmann

Andre Gamerschlag ist Sozialwissenschaftler mit Zusatzqualifikation Gender Studies, arbeitet als Dozent und Methodenberater und ist seit 2004 aktiv im Forschungsfeld Human-Animal Studies und in der Tierrechtsbewegung, unter anderem als früherer Vorsitzender von *die tierbefreier e. V.*

Miriam Boschmann hat ihre politikwissenschaftliche Masterarbeit über die zeitgenössische Tierrechtsbewegung geschrieben und ist sowohl in dieser als auch zu den Themen Umwelt, Degrowth, Global Justice und Human Rights aktiv. Aktuell arbeitet sie in einer Kampagne gegen Rassismus.

Wir schreiben aus der Perspektive langjähriger veganer Tierrechtsaktiver, die jeweils auch in anderen, menschenbezogenen Bewegungen engagiert sind. Die Tierrechtsbewegung lässt sich in die Strömungen Tierrechte, Tierbefreiung und Veganismus unterteilen. Da die Grenzen fließend sind, sprechen wir in diesem Beitrag von einer gemeinsamen Tierrechtsbewegung. Wir sind bemüht, die Bandbreite innerhalb der Bewegung darzustellen, anstatt aus einer speziellen Tierrechtsposition heraus zu schreiben.

1. Die Bewegung fordert ein Ende der Nutzung von Tieren und einen Perspektivenwechsel, der sie als Individuen wahrnehmbar macht

Die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung (im Folgenden: Tierrechtsbewegung) fordert, dass auch anderen Tieren Grundrechte zugesprochen werden. Dies kann im ethischen oder im juristischen Sinne gemeint sein. Ferner fordert die Bewegung, dass Tiere aus den gesellschaftlichen, institutionellen und kulturellen Herrschaftsverhältnissen befreit werden. Ziel dieser Bewegung ist somit

.....
Chris Moser, *total liberation*, 2015,
Stencil/Leinwand, 50 × 70 cm.





Lin-May Saeed, Die Befreiung der Tiere aus den Käfigen IV, 2008, Installation mit Scherenschnitt, Transparentpapier/Estrichpappe/Leuchtstoffröhren, 255×600×50 cm.

die Überwindung aller menschlichen Praktiken, durch die das freie Leben von (anderen) Tieren beschnitten oder sogar beendet wird. Dies umfasst nicht nur die Gefangenschaft und Tötung für Lebensmittel, Kleidung und Tierversuche sowie die Gefangenschaft in Zirkussen, Zoos und teilweise im häuslichen Bereich. Bereits die Zucht und Domestikation anderer Tierarten wird abgelehnt.

Eine zentrale Parole der Bewegung lautet: »Tiere sind keine Ware.« Andere Tiere sollen nicht länger als Waren und als Ressourcen angesehen werden, die aus Wirtschaftsinteressen und zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung ausgebeutet werden können. Die Handlungskonsequenz aus dieser Forderung ist unter anderem eine vegane Lebensweise: Abgelehnt wird nicht nur der Konsum von Fleisch, sondern von allem, was von Tieren stammt (Milchprodukte, Eier, Honig, Seide, Wolle, Leder etc.) oder mit Hilfe von Tieren oder tierischen Produkten produziert wird (Saft- und Weinklärung mit Gelatine, an Tieren getestete Produkte, Einsatz von Arbeitstieren etc.). Die ursprüngliche Definition des Veganismus als Lebensstil umfasst auch andere Bereiche, bei denen Tiere in Gefangenschaft gehalten werden (Zoo, Zirkus, Aquarien etc.).

Dass Tiere zu Waren gemacht und ausgebeutet werden, ist nur eine Seite des Problems. Die andere, die kulturelle Seite ist, dass ihr Waren-Status mit ihrem Objekt-Status einhergeht. Im Alltagsdenken werden Tiere oder »das Tier« als das Gegenteil von Menschen beziehungsweise von »dem Menschen« gedacht. In der Philosophie wurde bis ins 20. Jahrhundert nahezu ungebrochen das Menschsein über das vermeintliche Nicht-Tiersein definiert, wodurch der Blick auf Gemeinsamkeiten zwischen Menschen und anderen Tieren verdeckt blieb. Der Alltagsglaube an die Grundverschiedenheit von »Mensch« und »Tier« ist wissenschaftlich nicht mehr haltbar und widerspricht den aktuellen biologischen Erkenntnissen. Menschen sind nicht die Krone der Schöpfung, sondern Primaten, also Säugetiere, und somit eine

Art von vielen. Zur Bezeichnung anderer Tiere sprechen Tierrechtsaktive daher in der Regel von »nichtmenschlichen Tieren«.

Die von uns ausgebeuteten Spezies sind in der Regel – mit artbezogenen und individuellen Unterschieden – intelligent, also in der Lage, ihre Umwelt und Zusammenhänge zu erkennen sowie Probleme zu lösen. Davon zeugen Lernverhalten, Werkzeuggebrauch und Entdeckung von Vorgängen. Beispiele dafür sind: Krähen, die Nüsse auf die Straße fallen lassen, damit Autoreifen sie knacken; Affen, die Nussknacker bauen; oder Schweine, die einfache Computerspiele erlernen können. Ferner sind die von uns ausgebeuteten Arten auch physisch wie emotional empfindungsfähig; ein drastisches Beispiel dafür ist das panische Verhalten der Mutterkühe bei und nach der Trennung von ihren Kälbern. Wurden Intelligenz und Empfindungsvermögen lange vor allem durch verhaltensbiologische Studien nachgewiesen, können sie heute auch neurologisch belegt werden. »Sie leiden so wie wir« lautet eine weitere Parole der Bewegung. Kein Wesen, das Leid und Schmerz empfinden kann, sollte diesen ausgesetzt sein.

Indem Menschen als Subjekte und Tiere als Objekte gedacht werden, wird Tieren unterstellt, ihnen würden bestimmte Eigenschaften fehlen. Diese wiederum werden als Differenzkriterien herangezogen, um ihre Ausbeutung zu legitimieren. Beispiele dafür sind etwa Leidens- und Empfindungsfähigkeit, Intelligenz, Sozialverhalten und Sprachgebrauch. Dass die als relevant erachteten Kategorien einem historischen Wandel unterzogen sind, zeigt, dass es sich dabei nicht um eine rein beschreibende Feststellung biologischer Merkmale, sondern um gesellschaftlich gemachte Zuschrei-



Katharina Rot,
Beagle Liberation, 2013,
Arcyl/Papier, 10×15 cm.

.....
Chris Moser,
*solange es schlachthäuser gibt,
wird es auch schlachtfelder
geben!*, 2016,
Plastik, Metall/Gips/Stahlhelm,
60×30×30 cm.



bungen und Wertungen handelt. So wurde die Intelligenz erst dann als Differenzkriterium herangezogen, als die Annahme des Fehlens von Schmerzempfindungen nicht mehr haltbar war. Und das jüngste Argument, andere Tiere hätten keinen Begriff vom Tod, wurde erst populär, als die Vorstellung fehlender Intelligenz nicht mehr zu überzeugen vermochte. Da Waren-Status und Objekt-Status miteinander verbunden sind, wollen Teile der Tierrechtsbewegung nicht nur die praktizierte Tierausbeutung überwinden, sondern auch den Blick auf und das Bild von anderen Tieren verändern. Sie sollen nicht als das Gegenteil von uns Menschen verstanden werden, sondern als evolutionäre Verwandte, die viele Eigenschaften mit uns teilen.

Damit unterscheidet sich die Tierrechtsbewegung von den nur auf den ersten Blick identischen oder ähnlichen Bewegungen um Tierschutz und Artenschutz. Denn die klassische Tierschutzbewegung will die Ausbeutung anderer Tiere nicht grundsätzlich beenden, sondern reglementieren: So sollen »humane« Tötungsmethoden etabliert, Transportwege verkürzt und Haltungsbedingungen »artgerechter« gestaltet werden. Die Artenschutzbewegung will die Artenvielfalt erhalten und setzt den Fokus daher auf bedrohte Spezies – nicht etwa auf das Wohl aller Arten oder der ihnen angehörigen Individuen. Die Forderungen der Artenschutzbewegung einerseits, der Tierrechtsbewegung andererseits können sogar im direkten Gegensatz zueinander stehen. Während jene einwandernde Tierarten aus Gründen des Artenschutzes unter Umständen bekämpft, geht es dieser um Grundrechte für jedes einzelne tierliche Individuum.

2. Aus dem reformistischen Tierschutz hat sich die radikale Tierbefreiung entwickelt

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Großbritannien und auch in Deutschland eine Tierschutzbewegung, innerhalb derer auch radikale, auf die Beendigung jeglicher Tierausbeutung gerichtete Positionen vertreten wurden. Die heutige, teilweise als zweite Welle bezeichnete Tierrechtsbewegung entwickelte sich ab den 1970er Jahren und gehört damit zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen, die mit und nach der Studierendenbewegung entstanden sind. Ihre Anfänge sind in zwei parallel verlaufenden, voneinander zunächst unabhängigen Entwicklungen zu suchen. Zum einen brachten einzelne Autoren das Thema Tierrechte in philosophische Debatten ein. Zum anderen wurde 1976 in Großbritannien die inzwischen internationale Untergrund-Tierrechtsbewegung *Animal Liberation Front (ALF)* gegründet. Zellen der ALF begannen mit der Befreiung gefangener Tiere sowie mit der Sabotage von Einrichtungen und Werkzeugen zur Tierausbeutung. Beide Entwicklungen lösten in vielen Ländern eine Radikalisierung des klassischen Tierschutzes aus, was sowohl Forderungen (Grundrechte für Tiere statt Reglementierung von Tierausbeutung) als auch Aktionsformen (mehr Akzeptanz für Gesetzesüberschreitungen) angeht. Gleichzeitig fand auch in der radikalen Linken und angrenzenden Bewegungen ein Wandel statt: Teile der Aktiven schlossen in ihre Forderungen für ausgebeutete Menschengruppen auch andere Tiere ein.

In Deutschland formte sich die Bewegung zu Beginn der 1980er Jahre. 1981 kam es im Rahmen einer Rechercheaktion in einem Tierversuchslabor zur ersten dokumentierten Tierbefreiung. Im Verlauf der 1980er und bis zu Beginn der 1990er erwuchs aus diesen Anfängen die heutige Tierrechtsbewegung, für die Veganismus zum Grundkonsens gehört und die sich für die Überwindung jeglicher Form von Tierausbeutung einsetzt. In den folgenden Jahrzehnten differenzierte sich die Bewegung aus. Neben Tierbefreiungszellen kamen legal arbeitende, auf Protestformen wie Demos und zivilen Ungehorsam oder auf Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit ausgerichtete, lokale Gruppen und bundesweite Organisationen auf. Es bildeten sich Medien, Vernetzungsmöglichkeiten, neue Strategien und Methoden sowie ausdifferenzierte Tierrechtstheorien heraus. Vor allem methodisch bediente sich die Tierrechtsbewegung aus dem Fundus der anderen neuen sozialen Bewegungen: Unterschiedliche Formen der Kampagnenführung, der Aufklärungsarbeit, der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Demonstrationen, ziviler Ungehorsam und direkte Aktionen sind Beispiele dafür.

Heute besteht die Tierrechtsbewegung in Deutschland aus vielen lokal oder regional tätigen Gruppen, Initiativen und Vereinen sowie aus bundesweit agierenden Netzwerken und Organisationen. Diese unterscheiden sich in ihrer Weltanschauung – etwa der Haltung zum Kapitalismus, den ver-

wendeten Protestmitteln und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sowie hinsichtlich der Milieus der Aktiven und Zielgruppen. Da die verschiedenen Zusammenschlüsse relativ gut miteinander vernetzt sind, kann die Tierrechtsbewegung als eine Graswurzelbewegung bezeichnet werden. Neben dem Internet als immer wichtiger werdende politische Diskussionsplattform bieten das Tierrechtsmagazin *TIERBEFREIUNG* sowie Tagungen und Kongresse – von wechselnden Organisationsgruppen von der Basis her vorbereitet – Vernetzungsmöglichkeiten. Vernetzung findet auch im Rahmen diverser Kampagnen der Bewegung statt, die in der Regel von gruppenübergreifenden Teams organisiert werden und an denen ein Großteil der lokalen Gruppen beteiligt ist.

Die Theoriearbeit wurde inzwischen teilweise in das akademische Forschungsfeld Human-Animal Studies ausgelagert, das in den letzten fünf Jahren auch im deutschsprachigen Raum an Bedeutung gewonnen hat. In diesem Feld wird die soziale, kulturelle und historische Dimension der Verhältnisse zwischen Menschen und anderen Tieren untersucht.

Es ist festzustellen, dass die Bewegung im Wandel begriffen ist. Waren in den ersten Jahrzehnten vor allem direkte Aktionen wie Befreiungen und Sabotagen sowie ziviler Ungehorsam wie etwa Jagdstörungen und Blockaden die wichtigsten Mittel der Bewegung, sind diese Aktionsformen heute fast verschwunden. Dafür ist die Bewegung im Rahmen von Kampagnenarbeit multimedialer geworden, mobilisiert für Telefonaktionstage auch Menschen außerhalb der Bewegung, erstellt bessere Aufklärungsmedien und macht professionellere Öffentlichkeitsarbeit. Die Gründe für diesen Wandel wurden bislang noch nicht untersucht.

3. Gemeinsam gegen die Ausbeutung von Mensch, Natur und Tier! Degrowth und die Tierrechtsbewegung teilen einige Ziele und Politikformen

Die Forderung nach Tierrechten ist eine Konsequenz aus der Forderung nach Menschenrechten. Davon zeugt etwa die Parole »Animal liberation, human rights – one struggle, one fight!« Entstehungsgeschichtlich lässt sich dies unter anderem dadurch erklären, dass viele der ersten Tierrechtler_innen auch in anderen sozialen Bewegungen aktiv waren. Schon in der ersten Welle der Tierrechtsbewegung Ende des 19. Jahrhunderts waren viele Personen aktiv, die sich auch für eine sozialistische Wirtschaftsweise, für Frauenrechte oder Pazifismus engagierten. Auch in der zweiten Welle engagieren sich viele Aktive für die Belange von Frauen, Queers, Migrant_innen, Geflüchteten, für die Umwelt oder für eine bessere Alternative zum Kapitalismus. Auch auf der theoretischen Ebene wurden und werden die Emanzipation von Menschen und die Befreiung anderer Tiere miteinander verbunden. Anknüpfend an die Gleichheitsversprechen der bürgerlichen Revolutionen wird die Forderung erhoben, diese Versprechen auch auf andere Tierarten

zu beziehen. Wurde etwa in der Französischen Revolution die Gleichheit der Menschen propagiert, ist es heute die Gleichheit der empfindungsfähigen Lebewesen. Das Zusammendenken und die Ablehnung sämtlicher Formen der Herrschaft, von Naturzerstörung über Tierausbeutung bis hin zu Formen zwischenmenschlicher Herrschaft, schlugen sich in der Tierrechtsbewegung der 1990er Jahre in dem Konzept »Unity of Oppression« (Einheit der Unterdrückung) und heute in der Zielperspektive »Total Liberation« (vollkommene Befreiung) nieder.

Gemeinsamkeiten zwischen der Tierrechts- und der Degrowth-Bewegung lassen sich sowohl auf theoretischer als auch auf realpolitischer Ebene finden. Im Folgenden werden Überschneidungen bei den Themenbereichen Mensch/Natur-Verhältnis, Herrschafts- und Kapitalismuskritik, Lebensstile und hinsichtlich der Forderungen an die Politik dargestellt.

Mensch/Natur/Tier-Verhältnisse

Auf philosophischer Ebene schreiben viele Vordenker_innen der Degrowth-Idee der Natur einen inhärenten Wert zu, der unabhängig von ihrem Nutzen für die Menschheit gilt. Dieser Gedanke ist unter anderem dem indigenen Ansatz *Buen Vivir* aus Südamerika entlehnt und bildet die Grundlage für die Idee und Forderung »Rechte der Natur«. Die Menschheit wird dabei als Teil der Natur betrachtet. Äquivalent dazu versteht der Tierrechtsansatz Menschen als Teil der Tierwelt, deren Individuen einen inhärenten Wert und daher Rechte besitzen. Im Unterschied zum Konzept »Rechte der Natur« geht es hier jedoch um die *individuellen* Grundrechte jedes einzelnen (menschlichen wie nichtmenschlichen) Tiers auf Leben, Unversehrtheit und Freiheit von Gefangenschaft. Die beiden Ansätze stehen in keinem Widerspruch zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Herrschafts- und Kapitalismuskritik

Eine theoretische Gemeinsamkeit zwischen den jeweils radikaleren Strömungen der Tierrechts- und der Degrowth-Bewegung sind ihre herrschafts- und kapitalismuskritischen Ansätze. Bei beiden ist die individuelle und kollektive Praxis der Ausgangspunkt für gesamtgesellschaftliche Veränderungen, die somit von unten eingeleitet statt von oben bestimmt werden.

Der Tierbefreiungsgedanke hat zum Ziel, jegliche Formen von Herrschaft und Unterdrückung abzuschaffen – sowohl zwischen Menschen als auch durch Menschen gegenüber nichtmenschlichen Tieren. Hingegen zielt der Degrowth-Diskurs weniger auf Zwischenmenschliches als auf die institutionelle Ebene ab und fordert eine direkte/partizipatorische Demokratie.

Lebensstile reflektieren

Auf der praktischen Ebene ist beiden Bewegungen die Bereitschaft gemeinsam, grundlegend etwas am eigenen Lebensstil und am eigenen Weltbild zu ändern: Degrowth-Aktive sind bereit, ein suffizienteres Leben zu führen, das

heißt, sich auf das tatsächlich Notwendige zu beschränken, um nicht unnötig Ressourcen zu verschwenden. Ebenso stellen überzeugte Tierrechtsaktive ihre gesamte Lebensweise auf vegan um, damit ihretwegen keine Tiere mehr leiden müssen. Teile beider Bewegungen gehen davon aus, dass die individuelle Konsumverweigerung als solche bereits ein politisches Zeichen setzt und Breitenwirksamkeit entfalten kann.

Forderung nach politischen Weichenstellungen

Auch auf realpolitischer Ebene lassen sich mehrere gemeinsame Anliegen herausarbeiten. Beide Bewegungen wünschen sich, dass die von ihnen propagierte Lebensweise einfacher und dadurch von mehr Menschen im Alltag umsetzbar wird. Im Degrowth-Diskurs wird daher Suffizienzpolitik gefordert: Die politischen Rahmenbedingungen sollen derart gestaltet werden, dass ein suffizienteres Leben möglich wird – beispielsweise indem gut ausgebaut Radwegenetze den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad erleichtern. Die Tierrechtsbewegung möchte, dass eine vegane Lebensweise für alle Menschen möglich wird, egal, ob sie in der Vegan-Hauptstadt Leipzig oder in einem bayrischen Dorf leben und unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten. Auch dafür müssten auf politischer Ebene die Weichen gestellt werden – beispielsweise indem vegane statt tierische Lebensmittel subventioniert und Letztere stärker besteuert werden. Zudem braucht es ein zuverlässiges Etikettierungssystem, anhand dessen gewillte Konsument_innen vegane Produkte auch im normalen Supermarkt erkennen können.

Nicht nur die politischen Ansätze der beiden Bewegungen überschneiden sich, sondern auch deren konkrete Inhalte, beispielsweise in den Bereichen Klimawandel und Ressourcennutzung.

4. In den Bereichen Klimaschutz, Ressourcenschonung und globale Gerechtigkeit sollte sich die Degrowth-Bewegung dem Tierrechtsansatz öffnen

Klimawandel und »Nutztiere«

Insbesondere das Themenfeld der Agrarpolitik hat viel Kooperationspotential. Die Herstellung tierischer Produkte trägt in gravierendem Maße zum Klimawandel bei: Laut Berechnungen des *World Wide Fund For Nature (WWF)* und von *Worldwatch* aus dem Jahr 2009 entstehen über die Hälfte der gesamten Treibhausgasemissionen weltweit durch die »Nutztier«-Haltung (vgl. BUND 2013: S. 31; Worldwatch 2009: S. 11). Insbesondere die Produktion von Milch und Kuhfleisch ist aus klimapolitischer Sicht fatal, da Kühe durch Ausstoßen von Methangas enorm zur Erderwärmung beitragen. Bio macht da auch keinen großen Unterschied. Beispielsweise ist laut Berechnungen des Vereins *Öko-Institut* aus dem Jahr 2007 ein Kilo Biorindfleisch neunzigmal klimaschädlicher als ein Kilo konventionelles Gemüse (vgl. Fritsche/Eberle 2007: S. 5)! Um klimapolitische Ziele im Sinne des Degrowth-Ansatz



Hartmut Kiewert, *Großes Picknick*, 2015, Öl/Leinwand, 300×480 cm.

.....

zes zu erreichen, müsste demnach die Produktion von tierischen Produkten größtenteils eingestellt werden. Damit wäre zwar das Ziel der Tierrechtsbewegung, die Tierausbeutung komplett zu beenden, noch nicht erreicht. Dennoch würde eine stark verringerte Tierproduktion weniger Tierleid bedeuten. Hier könnten die beiden Bewegungen also zumindest einen Teil der Wegstrecke gemeinsam zurücklegen.

Ressourcenschonung und vegane Ernährung

Regionalisierung der Produktion ist ein zentrales Bestreben der Degrowth-Bewegung. Oft wird ein vermeintlicher Konflikt zwischen Regionalisierung und veganer Ernährungsweise inklusive Sojaimport aus Lateinamerika ausgemacht. Bei genauerem Hinsehen existiert dieser Widerspruch jedoch nicht. Erstens sind regionale Tierprodukte nur so lange regional, wie auch das Tierfutter zur Gänze regional hergestellt wird. In der Realität ist das selten der Fall, da das Kraftfutter in Form von Soja größtenteils aus Übersee importiert wird. Zweitens stammt das für vegane Produkte verwendete Soja entgegen der allgemeinen Annahme überwiegend aus dem europäischen Raum. (Zudem ist eine vegane Ernährung nicht auf Sojaprodukte angewiesen.)

Drittens ist der Gemüse- und Getreideanbau weitaus weniger flächenintensiv als die Tierhaltung: Für die Produktion einer Kilokalorie in Form von Rindfleisch müssen zuvor zwanzig Kilokalorien aus Kraftfutter (oder vierzig aus Grünfutter) an das Rind verfüttert werden (vgl. Sezgin 2015: S.27). Schließlich benötigen die Tiere nicht nur Platz zum Leben, sondern auch ihr Futter muss angebaut werden. Diese Flächen können dann nicht für den

Anbau von Nahrungsmitteln für Menschen genutzt werden. Wenn wir uns in Deutschland ausschließlich von regionalen Produkten ernähren wollten, könnten wir uns tierische Lebensmittel schon deshalb nicht leisten, weil wir nicht ausreichend Ackerflächen haben, um das Tierfutter herzustellen. Auch aus Welternährungsperspektive macht es Sinn, die knappen fruchtbaren Böden auf direktem Wege für den Anbau menschlicher Nahrungsmittel zu nutzen. Zu guter Letzt werden sowohl die Böden als auch das Wasser durch die »Nutztier«-Haltung verseucht und langfristig unbrauchbar. Eine nachhaltige regionale Produktion beziehungsweise eine suffiziente Lebensweise sollte auch deshalb ohne tierische Produkte auskommen.

Globale Gerechtigkeit

Auch Aspekte globaler Gerechtigkeit spielen eine Rolle: Um in Europa eine Überproduktion an billigen Tierprodukten zu ermöglichen, wird Tierfutter in Form von Soja zu einem Großteil in Südamerika angebaut. Dafür werden dort Kleinbäuer_innen sowie Indigene gewaltsam von ihrem Land vertrieben, mit Glyphosat vergiftet und die letzten Regenwälder abgeholzt. Die Gewinne aus dem Sojaanbau kommen primär Großgrundbesitzer_innen und Agrarkonzernen zugute. Diese industriellen Monokulturen schaffen kaum Arbeitsplätze, da die Produktion stark automatisiert ist. In der Folge sammeln sich ehemalige Kleinbäuer_innen arbeitslos in den Slums der Großstädte. Wenn globale Gerechtigkeit ein ernsthaftes Anliegen der Degrowth-Bewegung ist, wäre es daher angebracht, zumindest eine drastische Schrumpfung der Produktion tierischer Erzeugnisse in Europa zu fordern.

Von Degrowth lernen

Andersherum kann sich die Tierrechtsbewegung von der Degrowth-Bewegung inspirieren lassen: beispielsweise davon, wie man Gruppen mit verschiedenen Hintergründen, Motivationen, Anliegen und Praktiken unter dem Dach einer gemeinsamen Bewegung vereinen kann. Von der umfassenden Wirtschaftskritik des Degrowth-Diskurses könnte die Tierrechtsbewegung zudem lernen, neue, gesamtgesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. An die Stelle altbackener und oft inhaltsleerer Antikapitalismus-Slogans könnten Konzepte treten, die neue Zielgruppen ansprechen. Ein Austausch könnte also für beide Bewegungen fruchtbar sein.

5. Eine gemeinsame Bewegung ist möglich, wenn auch die Bedürfnisse von Tieren berücksichtigt werden

Viele Tierrechtsaktive sind auch in anderen sozialen Bewegungen aktiv und setzen sich beispielsweise ebenso für Geflüchtete oder generell für Menschenrechte ein. Dennoch wird ihnen immer wieder vorgeworfen, sie würden sich ausschließlich um Tiere kümmern, während so viele Menschen leiden müssen ... Dass es viele Überschneidungen zwischen dem Wohl von

Mensch, Natur und Tier gibt, wurde anhand der Themenfelder Mensch/Natur-Verhältnis, Herrschafts- und Kapitalismuskritik, Suffizienzpolitik, Klimawandel, Ressourcennutzung und globale Gerechtigkeit beispielhaft dargelegt.

Gegenseitiger Respekt für die Anliegen anderer Aktiver ist die Basis für eine gemeinsame Bewegung. Wenn Tierrechtler_innen sich auch weiterhin in anderen sozialen Bewegungen einbringen sollen, muss daher zumindest auf deren vegane Lebensweise Rücksicht genommen werden, wenn gemeinsame Veranstaltungen stattfinden. Diesbezüglich hat sich in den vergangenen Jahren bereits viel getan. So gab es beispielsweise auf der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig zu jeder Mahlzeit veganes Essen für alle.

Andersherum sollten auch Tierrechtler_innen toleranter gegenüber anderen Schwerpunktsetzungen werden. Schließlich gibt es viele wichtige Themen und vieles läuft falsch in dieser Welt. Jede_r muss für sich eigene Prioritäten setzen. Gesellschaftliche Phänomene wie etwa Speziesismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus sind tief in unserer Kultur verankert. Auch ein konsequent ökologischer Lebensstil ist in unserer Gesellschaft schwer umsetzbar. Den wenigsten von uns gelingt es, in allen Bereichen gleichermaßen reflektiert zu sein und konsequent zu handeln. Wem gelingt es schon, nie zu fliegen oder Auto zu fahren, anderen Geschlechtern und Menschen anderer Kulturkreise konsequent vorurteilsfrei zu begegnen und nie Produkte aus ausbeuterischer Herstellung zu konsumieren? Die Tierrechtsbewegung sollte daher solidarisch auf andere Bewegungen zugehen und den Austausch befördern. Sonst wird sie in ihrer Nische verbleiben, und nichtmenschliche Tiere werden sich nie ihres Objekt-Status entledigen können.

Doch was auch immer es sein mag, wofür es sich nach eigenem Dafürhalten zu kämpfen lohnt: Wenn es eine gemeinsame emanzipatorische Bewegung geben soll, dürfen vor den Belangen der nichtmenschlichen Tiere nicht die Augen verschlossen werden. Schließlich haben sie sehr ähnliche Bedürfnisse wie Menschen! Auch wenn Tierrechte nicht das zentrale Thema von Degrowth sind, so ergeben sich bei allen Unterschieden einige zentrale thematische Überschneidungen, die ein gewisses Kooperationspotential bieten. Darüber hinaus sollten sich beide Bewegungen solidarisch aufeinander beziehen.

Links

Animal Equality Germany e. V.: www.animalequality.de

Animal Rights Watch e. V.: www.ariwa.org

Die tierbefreier e.V.: www.tierbefreier.de

Tierrechtsbewegung - allgemeine Bewegungsinformationen:
www.tierrechtsbewegung.info

Tierrechtstermine – gemeinsamer Bewegungsterminkalender:
www.tierrechtstermine.de

Verwendete und weiterführende Literatur

BUND/HBS/Le Monde Diplomatique (2013): *Fleischatlas 2013*.
<https://www.boell.de/de/fleischatlas>; Zugriff: 01.02.2017.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2012): *Mensch und Tier* (Aus Politik und Zeitgeschichte 8–9/2012). www.bpb.de/system/files/pdf/IJX3TP.pdf?hc_location=ufi; Zugriff: 01.02.2017.

Donaldson, Sue; Kymlicka, Will (2013): *Zoopolis – Eine politische Theorie der Tierrechte*. Berlin: Suhrkamp.

Franzinelli, Emil; Gamerschlag, Andre (Hrsg.) (2014): *Tierbefreiung. Beiträge zu Profil, Strategie und Methoden der Tierrechtsbewegung*. Münster: Compassion Media.

Fritsche, Uwe R.; Eberle, Ulrike (2007): *Treibhausgasemissionen durch Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln* (Arbeitspapier, Öko-Institut e. V.). <http://www.oeko.de/oekodoc/328/2007-011-de.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Goodland, Robert; Anhang, Jeff (2009): *Livestock and Climate Change*. <http://www.worldwatch.org/files/pdf/Livestock%20and%20Climate%20Change.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Petrus, Klaus (2013): *Tierrechtsbewegung – Geschichte, Theorie, Aktivismus*. Münster: Unrast.

Rude, Matthias (2013): *Die Befreiung von Mensch und Tier in der Tierrechtsbewegung und der Linken*. Stuttgart: Schmetterling.

Sezgin, Hilal (2014): *Artgerecht ist nur die Freiheit. Eine Ethik für Tiere oder Warum wir umdenken müssen*. München: C.H.Beck.

Sezgin, Hilal (2015): *Tiere nutzen*. In: *Atlas der Globalisierung 2015. Le Monde Diplomatique/Kolleg Postwachstumsgesellschaften*, S. 22–27.

Transition-Initiativen: Vom Träumen, Planen, Machen und Feiern des Wandels, den wir selbst gestalten

Gesa Maschkowski, Stephanie Ristig-Bresser,
Silvia Hable, Norbert Rost und Michael Schem

Dieser Text ist das Ergebnis eines Verständigungsprozesses. Während der Arbeit haben sich nicht nur der Text und die Inhalte, sondern auch die Autor*innen selbst verändert.

An diesem Transition-Prozess waren beteiligt: Gesa Maschkowski (*Bonn im Wandel*), Redakteurin für nachhaltige Ernährungskultur, forscht als Doktorandin zu sozialen Bewegungen und Salutogenese und arbeitet als Transition-Trainerin, Moderatorin und Aktivistin; Stephanie Ristig-Bresser (*Transition Town Hannover*), Kulturwissenschaftlerin M. A. und arbeitet als freiberufliche Publizistin und Dozentin sowie Projektkoordinatorin beim *Transition Netzwerk e. V.*, sie engagiert sich ebenso in der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung; Silvia Hable (*Transition Town Witzenhausen*), tätig als Journalistin, Community-Organizer, Bildungsreferentin und Mutter, seit 2011 aktiv bei *Transition Town Witzenhausen*, seit 2015 auch als Vorstand, von 2014 bis 2016 Vorstand beim *Transition Netzwerk e. V.*; Norbert Rost (*Dresden im Wandel*), Wirtschaftsinformatiker, leitet als Regionalentwickler das Projekt *Zukunftsstadt* der sächsischen Landeshauptstadt Dresden; und Michael Schem (*Transition Town Bielefeld*), promovierter Chemieingenieur, arbeitet in einer industriellen Entwicklungsabteilung und ist seit 2009 aktiv bei *Transition Town Bielefeld*.¹

1. »Einfach. Jetzt. Machen.« – Überholte Paradigmen, Plan B und Selbstermächtigung zum Wandel

Transition bedeutet Übergang, Wandel oder auch Veränderung. Wir möchten die Erde als lebendiges System erhalten und pflegen, achtsam miteinander umgehen und die Ressourcen der Erde gerecht und fair miteinander teilen, heute und mit allen nachfolgenden Generationen. Diese Werte stam-

¹ Wir danken Nina Treu und allen Initiator*innen dieses Prozesses für ihre Anregungen und die Koordination dieses Gesamtprojektes.



Bonn im Wandel-Pflanzen von der Aktion »Macht Bonn Essbar«. (Foto: Gesa Maschkowski)

men aus der Permakultur; sie finden sich aber auch in vielen Gruppierungen der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung. Man könnte diese faire und achtsame Weltgesellschaft auch als Postwachstumsgesellschaft oder Degrowth-Gesellschaft bezeichnen.

Die Kernfrage, die sich Menschen in Transition-Initiativen weltweit stellen, lautet: Wie sehen unsere Straße, unser Dorf, unsere Stadt in der Zukunft aus, wenn sie kaum mehr fossile Rohstoffe brauchen, wenn es lebendige regionale Wirtschaftsstrukturen gibt und wir ein sinnvolles, gutes Leben führen? Und was können wir jetzt dafür tun, um diesen Übergangsprozess zu starten? Die Antworten und Wege sind so vielfältig wie die Menschen, die sich engagieren. Seit der Gründung der ersten Transition Town in Totnes 2005 ist ein buntes Portfolio an Projekten, Ideen und Methoden entstanden, ein Werkzeugkoffer des Wandels und ein Netzwerk, das viele Menschen inspiriert, ihnen Mut und Kraft gibt.

Irrtümer der Wachstums- und Informationsgesellschaft

Die Transition-Town-Bewegung hinterfragt zwei Paradigmen, die in unserer Gesellschaft immer noch lebendig sind:

1. Wenn wir nur genug wachsen, dann bekommen auch die Unterprivilegierten dieser Welt etwas ab;
2. wenn wir die Menschen nur genügend aufklären, dann werden sie sich schon irgendwann »richtig«, das heißt umweltfreundlich und nachhaltig verhalten.

Beide Annahmen haben sich als Irrtümer erwiesen. Die kapitalistische Wirtschaftspraxis verursacht Kollateralschäden im Umwelt- und Gesellschaftssystem: Klimawandel und Ressourcenschöpfung, soziale Ungleichheit, Würdelosigkeit und Entmenschlichung der Arbeitsverhältnisse sind ihre

Symptome. Auch die Aufklärungs- und Bildungsbemühungen der vergangenen vierzig Jahre haben nicht den erhofften Lebensstilwandel in Gang gesetzt. Unterm Strich hat Deutschland seit 1990 weder seine Treibhausgasemissionen noch den Flächen- und Ressourcenverbrauch reduziert, wenn man die Produkte berücksichtigt, die für Deutschland in anderen Ländern dieser Erde produziert werden (Schrader u. a. 2013). Informations- und Aufklärungsbemühungen können sogar das Gegenteil bewirken, sie können Ablehnung, »Klimamüdigkeit« (climate fatigue) oder sogar Umweltängste auslösen (vgl. Maschkowski 2015). Auch an Umweltaktivist*innen gehen die Hiobsbotschaften nicht spurlos vorbei: Viele fühlen sich macht- und hilflos angesichts der überwältigenden Herausforderungen. Solche Gefühle entscheiden maßgeblich darüber, ob Gesellschaftstransformation gelingt oder nicht: Wer engagiert sich schon, wenn sie oder er das Gefühl hat, »das Problem ist so groß, ich kann ohnehin nichts bewirken«?

*Plan B zum Wachstumsmodell oder:
Wie sähe die Zukunft aus, die wir uns wünschen?*

Campaigning und Aufklärung haben nicht die notwendigen Veränderungen in Gang gesetzt, das erkannte auch der britische Permakulturdozent Rob Hopkins. Er setzte stattdessen auf die Kraft der positiven Vision. Im Jahr 2005 erarbeitete er gemeinsam mit seinen Student*innen einen Energie- und Kulturwendeplan für das irische Städtchen Kinsale. Wie sähe unser Bildungssystem aus, wenn wir im Jahr 2025 fast keine Rohstoffe mehr brauchen, wie unser Verkehrssystem, unser Gesundheitssystem, unser Ernährungssystem? Und welche Maßnahmen müssen wir heute schon ergreifen, um diese Vision umzusetzen? Hopkins und seine Student*innen setzten auf eine breite Beteiligung von Bürger*innen, Verwaltung und Politik. Schließlich wurde der »Energy Descent Action Plan« von Kinsale mit großer Zustimmung von der Politik angenommen. Mit diesen Erfahrungen gründete Hopkins in Totnes, im Südwesten Englands, die erste Transition Town. Die Initiative begann ihre Ideen, Methoden und Prozesse zu dokumentieren,

.....
Gemeinsame Kartoffelernte einer SoLaWi in Bonn. (Foto: Gesa Maschkowski)



.....
*Rob Hopkins, Initiator
und Co-Gründer
der Internationalen
Transition Bewegung,
mit Bristol Pound Note
im Film »Tomorrow«.*
(Foto: Stephanie Ristig-Bresser)



auf ihrer Website und in Büchern zu veröffentlichen und in Transition-Trainings weiterzugeben. Das britische *Transition Network* wurde zur zentralen Anlauf- und Vernetzungsstelle.

Mittlerweile gibt es etwa 4000 Transition-Initiativen in fünfzig Ländern, in Deutschland sind es gut achtzig. Sie entstehen dort, wo Menschen von einer positiven Zukunft träumen, den Mut haben zu experimentieren und Fehler zu machen. Eine länderübergreifende Forschungsarbeit zeigt, dass Transition-Initiativen überwiegend in Städten gedeihen, in kleinen meist besser als in großen. Sie wachsen gut in »Mischkultur«, das heißt in guter Nachbarschaft mit anderen Initiativen des Wandels. Die Menschen, die mitmachen, sollten zahlreich und möglichst unterschiedlich sein. Transition- oder Permakultur-Know-how ist von Vorteil. Besonders erfolgreiche Initiativen verfügen in der Regel über zeitliche und finanzielle Ressourcen und haben einen Rechtsstatus (vgl. Feola/Nunes 2013).

Ziele der Transition-Bewegung

»Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die die Menschenrechte der heutigen und der zukünftigen Generationen achtet, die wertschätzend und friedlich ist«, heißt es in der deutschen Transition-Charta.

»Wir möchten genügsam und klimafreundlich leben, weniger abhängig von nicht erneuerbaren Rohstoffen und resilienter, das heißt widerstandsfähiger und anpassungsfähiger sein. Die Transition Bewegung möchte Menschen dafür begeistern, ermutigen und unterstützen, eine positive Zukunftsvision zu entwickeln und diesen Wandel selbst zu gestalten. Die Lösungen und Ideen zur Umsetzung der Vision sind vielfältig.«

Neben den Zielen enthält die Transition-Charta Werte und Arbeitsprinzipien, die die Basis der Transition-Arbeit bilden. Die Charta soll Orientierung bieten und einen Minimalkonsens, auf den sich alle Beteiligten leichten Herzens einigen können.²

² Die Transition-Charta wurde im Jahr 2015 auf dem Netzwerktreffen mit großer Zustimmung angenommen und befindet sich derzeit im Stimmabgabeverfahren. <http://www.transition-initiativen.de/forum/topics/willkommen-transition-charta-auf-zum-feinschliff-bis-zum-31-10-20>.

Das Grundprinzip – Selbstermächtigung zum Handeln

Der Transition-Ansatz ist eine pragmatische Antwort auf ein Politikversagen. Hopkins brachte es in seinem zweiten Buch auf den Punkt:

»Wenn wir auf die Regierungen warten, wird es zu spät und zu wenig sein, wenn wir alleine handeln, wird es zu wenig sein, aber wenn wir in Gemeinschaft handeln, dann könnte es gerade noch ausreichend und gerade noch rechtzeitig sein.« (Hopkins 2011: S. 17; eigene Übersetzung)

Es geht also um Selbstermächtigung im Sinne Gandhis: »Sei selbst die Veränderung, die du in der Welt sehen willst.« Im Zentrum der Arbeit stehen die Unterstützung und der Aufbau von handlungsfähigen Gruppen. Trainings und Publikationen fördern die Gestaltungskompetenz und möchten Menschen ermächtigen, (wieder) mehr Einfluss auf ihr Lebensumfeld zu erlangen. Häufig ist es gerade dieser positive und pragmatische Ansatz, der Viele anzieht: »Es ist so erleichternd, zu sehen, wie die Last der Welt auf kleine machbare Schritte heruntergebrochen wird«, schrieb eine Besucherin bei der Premiere des Films »In Transition 2.0« in Bonn. Bei vielen Transition-Projekten, bei den Gärten, in der Solidarischen Landwirtschaft, bei den Repair-Cafés oder bei Regionalwährungen geht es um die Freude an einem Struktur- und Gesellschaftswandel, den man selbst gestaltet. Die Transition-Idee ist aber auch in der Lage, ganze Regionen zu bewegen, zum Beispiel im Rahmen des REconomy-Projektes (s. u.).

2. Kennzeichen Vielfalt: Die Akteur*innen und ihre Themen

Die erste deutsche Transition Town entstand 2009 im Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin, kurz darauf folgte Bielefeld. 2010 fand die erste deutsche Transition-Konferenz in Hannover statt. Die Konferenz wird seitdem jährlich an wechselnden Standorten organisiert. Das Wachstum der Initiativen wurde maßgeblich durch Transition-Trainings gefördert. Der Mitgründer der Bielefelder Initiative Gerd Wessling begann parallel mit dem Aufbau eines Transition-Netzwerks. Im Jahr 2014 organisierte sich das Netzwerk neu und gründete einen Verein. Auch das deutsche Transition-Netzwerk hat sich vorgenommen, den Austausch der etwa achtzig Initiativen in Deutschland zu fördern und gemeinsame Projekte zu initiieren. So startete im Juni 2016 das Projekt »Aufbau eines Wissens-, Referent*innen und Multiplikator*innenpools zu ökologischen, sozialen und ökonomischen kommunalen Wandelprozessen«.³

Die Akteur*innen, die sich in den Initiativen engagieren, sind sehr heterogen. Eine Befragung von Besucher*innen der dritten deutschen Transition-

³ <http://www.transition-initiativen.de/page/projekt-netzwerk-aufbau>.



Kleidertauschbörse der Transition-Initiative in Bonn. (Foto: Gesa Maschkowski)

Town-Konferenz im Jahr 2012 zeigte, dass unter den Teilnehmer*innen alle Altersgruppen und weitgehend auch alle Einkommensgruppen vertreten waren. Das Bildungsniveau war allerdings überdurchschnittlich hoch (vgl. Maschkowski/Wanner 2014). Daraus schließen wir, dass die Initiator*innen in der Regel aus den mittleren sozialen Schichten kommen. Durch den Setting-Ansatz, das heißt die Arbeit im Stadtteil, erreichen die Initiativen aber auch andere Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel mit den Repair-Cafes, beim Gärtnern im Kiez oder mit dem Projekt nachhaltige Nachbarschaften. In Transition-Gruppen sind oft auch junge Familien beziehungsweise Eltern-teile mit ihren Kindern aktiv. So ergibt sich häufig von selbst ein Mehrgenerationenansatz, der von vielen Beteiligten als bereichernd wahrgenommen wird.

Wie in anderen Gruppierungen ist auch in Transition-Initiativen die Zeit der limitierende Faktor. Die meisten arbeiten ehrenamtlich. Auch wenn viele Akteur*innen in Zukunft weniger oder gar kein Geld mehr benötigen möchten, ist es so gut wie unmöglich, die notwendigen Infrastrukturen mit ehrenamtlicher Arbeit aufzubauen. In einigen wenigen Gruppen gibt es Honorarverträge oder feste Stellen. Dies kann allerdings auch zum Aufbau von unerwünschten Hierarchien führen oder die Motivation senken, sich ehrenamtlich zu engagieren. Auf Bundesebene sind erstmals zwei hauptamtliche Transition-Akteurinnen in einer bezahlten Anstellung beim Verein *Transition Netzwerk* tätig.

Themen und Werkzeuge von Transition-Initiativen

Eine besondere Qualität der Transition-Bewegung ist, dass es keine ausgearbeitete Blaupause gibt. Die Projekte und Methoden stammen aus vielen Bewegungen und Erkenntnisbereichen. Die Transition-Initiativen haben weder das World-Café erfunden noch die Schenkökonomie, die Tiefenökologie oder das Repair-Café. Sie experimentieren damit und entwickeln sie weiter. Vor Ort geschieht genau das, was den Fähigkeiten der Menschen am ehesten entspricht, was sie am meisten bewegt oder was am dringendsten gebraucht wird. Dazu gehören:

- ◆ Projekte zur Verbesserung der Ernährungssouveränität wie Gemeinschaftsgärten, Solidarische Landwirtschaft, Lebensmittelkooperativen, Essbare-Stadt-Initiativen;
- ◆ Share- und Repair-Initiativen wie Leih- und Verschenkläden, Repair-Cafés, Fahrradwerkstätten, Upcycling-Projekte und Tauschringe;
- ◆ Projekte zur alternativen Mobilität und nachhaltigen Stadtplanung wie Lastenfahrradprojekte, der autofreie »Tag des guten Lebens«, alternative Stadtrundgänge, faire Stadtführungen, Transition-Stadtpläne;
- ◆ Gemeinschaftswohnprojekte und alternative Bauweisen wie Earthships, Strohballen- und Lehmbau;
- ◆ Projekte mit erneuerbaren Energien, zum Beispiel Solarkocher, Pyrolyse-Öfen oder Biomeiler;
- ◆ Bildungsprojekte und -angebote zur Nachhaltigkeit wie Re-Skilling, Workshops oder Wandelwochen;
- ◆ gemeindenahe Projekte wie das Betreiben von Kultur- und Nachbarschaftszentren, die Unterstützung und der Austausch zu Gesundheitsthemen und Pflegetätigkeiten sowie Nachbarschaftshilfe;
- ◆ Projekte zur Kultur des Wandels, zum Beispiel Transition-Storytelling, Transition-Theater und Gruppen, die sich mit Tiefenökologie, innerem Wandel oder der Psychologie der Veränderung beschäftigen.

Einige Transition-Projekte und -Formate haben eine überregionale Bedeutung:

- ◆ Transition-Handbücher und -Filme, die bewährte Tipps, Methoden und Beispiele aus der ganzen Welt weitergeben;
- ◆ Trainings und Fortbildungsangebote für Menschen, die Transition-Initiativen starten möchten oder bereits aktiv sind, zum Beispiel *Werkzeuge des Wandels I und II*;
- ◆ Transition-Streets-Projekte beziehungsweise Initiativen zur nachhaltigen Nachbarschaft, in denen Nachbar*innen mit Unterstützung ein Kursbuch zum nachhaltigen Leben durcharbeiten;

- ◆ REconomy, ein Konzept, das verschiedene Ansätze zur Restrukturierung der Ökonomie umfasst – wie etwa lokale Unternehmer*innenforen, bürgerschaftlich getragene Unternehmen oder Analysen zum wirtschaftlichen Potential einer re-lokaliserten Wirtschaft. Gute Beispiele sind der »Local Economic Blueprint« für die Region Totnes, die Analyse zur Nahrungsmittelresilienz der Stadt Bristol (»Who feeds Bristol?«) oder der Peak-Oil-Bericht der Universität Münster.

Bottom-up trifft Top-down

An manchen Orten gibt es eine fruchtbare Verbindung zwischen Transition-Initiativen und kommunalen Gremien. Akteur*innen aus Initiativen bringen ihr Know-how in Stadtentwicklungsprozesse ein, zum Beispiel als Moderator*innen (Marburg oder Eberswalde), als Berater*innen (Klimabeirat in Bonn) oder bei der Visionsfindung im Dresdener *Zukunftsstadt*-Projekt. In Witzenhausen ist die Transition-Gruppe mit einer alternativen Liste zur Kommunalwahl angetreten. Sie vertritt nun mit zwei gewählten Vertreter*innen Transition-Interessen im Stadtparlament.

3. Degrowth ein Ziel – Transition ein Weg

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Degrowth- und Transition-Town-Bewegung geht von zwei Annahmen aus: erstens, dass es sich hierbei um zwei einigermaßen erkennbare und definierbare Gruppierungen handelt, und zweitens, dass man sie voneinander abgrenzen kann. Wir können uns weder der einen noch der anderen Annahme anschließen. Wir verstehen Degrowth als Appell, ein lebensfeindliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu beenden und an Alternativen zu arbeiten. Auch ein »grünes Wachstum« der Industrieländer zum Zwecke des Klimaschutzes ist aus unserer Sicht keine Lösung. Zentrale Fragen der Transition-Bewegung sind, wie sich dieser Gesellschaftswandel gestalten lässt, welche Bedingungen wir brauchen, damit wir diesen Weg gehen können, und welche neuen Formen der Ökonomie angemessen und lebenserhaltend sind. Ein guter Grund also für Transition-Aktive, sich an Degrowth-Veranstaltungen und -Debatten zu beteiligen. Vielleicht kann man Degrowth als eines von vielen Zielen einer Postwachstumsgesellschaft verstehen und Transition als einen von mehreren Werkzeugkoffern für den gesellschaftlichen Veränderungsprozess.

Entscheidend ist für uns, dass es immer mehr Menschen gibt, die versuchen, Gesellschaft neu zu denken und zu gestalten. Hier haben die Degrowth-Aktivist*innen mit ihrer Präsenz und ihren Aktivitäten Begegnungsmöglichkeiten und Plattformen mit großer Ausstrahlungskraft geschaffen. Das ist aus unserer Sicht eine gute Basis, um aus dem »Ihr« und dem »Wir« eine Gemeinschaft der Transformationsbewegungen zu bilden. So steht an dieser Stelle zuerst der Dank dafür, dass die Degrowth-Bewegung eine Debatte über Transformation gestartet hat, die viele Menschen inspiriert und aktiviert.

Vernetzung als Zukunftschance von Degrowth und Transition Town

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Initiativen, aber auch zwischen den Bewegungen kommt aus Kapazitätsgründen häufig zu kurz. Degrowth-Konferenzen und auch Transition-Netzwerktreffen sind gute Gelegenheiten, um diesen Austausch zu ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Gründung des europäischen Graswurzelnetzwerks *Ecolise* mit Unterstützung des britischen Transition-Netzwerks, der internationalen Ökodorf-bewegung, der Permakulturbewegung und zahlreicher anderer Organisationen im Jahr 2014. Es soll Erfahrungsaustausch, Bildung, Forschung und Lobbyarbeit über die Bewegungen hinaus ermöglichen. Eine Zukunft der Bewegungen könnte in einem Zusammenwachsen der Netzwerke liegen.

4. Anregungen der Transition-Bewegung: Wachstum an den richtigen Stellen

Vom Ansatz her geht die Transition-Bewegung über eine Degrowth- oder Suffizienzperspektive hinaus. Wir fragen nicht nur, wie wir weniger verbrauchen können – wir fragen, welches Wirtschaftssystem langfristig den Bedürfnissen Aller dient, statt kurzfristig die Bedürfnisse Weniger zu befriedigen. In diese Diskussion gehört auch die Frage: Wir reich sind wir tatsächlich an sinnvoller Arbeit, Kreativität, Muße, Freiheit, Anerkennung und Mitbestimmung?

Wachstum der Fähigkeiten und (Lebens-)Qualitäten

Der Begriff Degrowth macht aus unserer Sicht nicht deutlich genug, dass wir in vielen Bereichen noch Wachstum brauchen, um »die große Transformation« (WBGU 2011) gestalten zu können. Das betrifft sowohl Fähigkeiten als auch Qualitäten: Wir brauchen ein Wachstum an Mut, Vertrauen und Gestaltungsfähigkeit, an Mitwirkung, Empathie, Solidarität und Gemeinschaftssinn. Wir brauchen mehr und bessere Fähigkeiten der Selbstorganisation und Entscheidungsfindung. Es geht um mehr Sinn und mehr Nachhaltigkeit beim Leben und Arbeiten. Und nicht zuletzt: Die Bewegungen für Klimagerechtigkeit und Postwachstum brauchen mehr Menschen, Zeit und Ressourcen, damit sie auf langer Strecke durchhalten. Auch darüber ist eine gesellschaftliche Debatte nötig. Wie können die Fähigkeiten und Ressourcen für eine große Transformation wachsen?

Schwächen: Von den sozialen und psychischen Bedingungen des Wandels

In so manchen Degrowth- und auch Transition-Debatten kommen die kulturellen und psychologischen Dimensionen des Wandels zu kurz. Viele Veranstaltungen und Debatten setzen nach wie vor auf ein kognitives und hierarchisches Aufklärungsmodell: Degrowth- oder Transition-Expert*innen erklären den »Laien« die Welt und was sie zu tun haben. Nachdem Letz-

tere zugehört und vielleicht auch ein bisschen mitgeredet haben, gehen sie nach Hause und es passiert wieder nichts. Vierzig Jahre Umweltbildung, aber auch Gesundheits- und Transitionsforschung zeigen, dass dieses Aufklärungskonzept nicht verhaltenswirksam ist. Die große Transformation ist ein Prozess des (gemeinsamen) sozialen Lernens (vgl. Manzini 2009). Dieser Prozess braucht Befähigung statt Belehrung, braucht Empathie und Nachfragen, zum Beispiel: Was brauchen Menschen, damit sie das Gefühl haben, die große Transformation ist sinnvoll und machbar? Die Transition-Bewegung schöpft hier zumindest theoretisch aus dem Erfahrungsschatz der Umwelt- und Gesundheitspsychologie (vgl. Hopkins 2008). Eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche sozialen und psychischen Voraussetzungen den Wandel ermöglichen und welche Methoden und Formate transformative Kraft entwickeln, würde nicht nur die Degrowth-Debatte bereichern.

5. Zusammen wachsen – Inspiration und Kooperation

Perspektivisch sehen wir viele Möglichkeiten, sich gemeinsam zu stärken, und wünschen uns diese Kooperationen. Hier lassen wir die individuellen Positionen sprechen, die sich in diesem Autor*innenkreis gefunden haben:

Gesa: Selbstermächtigung zu einem nachhaltigen Leben fängt im Lebensumfeld an, dort wo Menschen leben, arbeiten und lieben. Transition-Initiativen verstehen sich als Teil eines Netzwerks von aktiven Bewegungen, die vor Ort präsent sind und sich dort mit vielfältigen Aktionen und Projekten für den Wandel einsetzen. Ihre Stärke liegt in ihrem umfangreichen Methodenkotter und vielen ermutigenden Praxisbeispielen. Eine große Bedeutung hat für mich der humanistische, personenzentrierte Ansatz der Transition-Bewegung: Veränderung geschieht durch Erfahrung in Beziehung. Das Potential der Bewegungen kann darin liegen, gemeinsam und auch mit ganz unterschiedlichen Zugangswegen Wandelprojekte anzuschieben.

Stephanie: Wenn wir die große Transformation schaffen wollen, dann geht das nur im Schulterschluss vieler Initiativen, vertrauens- und respektvoll – getragen von der Grundhaltung, dass wir alle einen wertvollen Beitrag zu diesem Wandel leisten und dass mal die eine, mal die andere Bewegung die Initiative ergreifen wird. Innerhalb der Bewegungen brauchen wir wertschätzende, von gegenseitigem Vertrauen geprägte Kommunikationsstile und Umgangsformen, mit denen wir das gute Leben, das wir uns wünschen, bereits vorleben und das alte und fest verankerte Denken – »Höher, schneller, weiter«, »Wer ist der Erste?«, »Wer hat den Lead?« – abschütteln. Das ist eine große Aufgabe, zu deren Gelingen Transition-Werkzeuge sicherlich einen Beitrag leisten können. Experimentierfelder können große, weltumspannende Themen wie beispielsweise TTIP sein, wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen und dadurch gesellschaftlich in der Breite wahrge-



.....
*Repair Café
der Transition-
Initiative Bonn.
(Foto: Gesa
Maschkowski)*

nommen werden. So können unsere Vorschläge »dursickern« und wir können in der Folge auch mit anderen Aktionen und Projekten eine größere Aufmerksamkeit erzielen.

Silvia: Wir haben bereits Utopien schaffen können, die Mut machen. Sie zeigen, dass Veränderung (im Kleinen) möglich ist. Diese Erfahrungen sind übertragbar und wiederholbar und somit von größerer gesellschaftlicher Relevanz. Auch wenn die Transition-Bewegung vor allem mit konkreten Projekten wie Gärten, Reparatur, Nachbarschaftshilfe und Ähnlichem arbeitet, ist es nicht nur das »Was«, sondern vor allem das »Das«, das dazu ermutigt und inspiriert, für sämtliche Lebensbereiche und vor allem für das eigene Leben (wieder) Verantwortung und Gestaltungsmacht zu übernehmen! Dies befreit von einem diffusen Ohnmachtsgefühl, das auf Angst basiert und das Menschen in die Arme von Verschwörungstheoretiker*innen oder der neuen Rechten treibt, die mit den unerfüllten Sehnsüchten nach Überblick und Ordnung spielen.

Norbert: Die Kernfrage liegt insbesondere darin, wie man milieuübergreifend arbeiten kann. Wie erreicht man (auch) die Konsument*innen, Postdocs, Sachbearbeiter*innen in der Wirtschaftsförderung, Radio-RTL-Hörer*innen, Nachbar*innen? Gelingt es, hier Brücken zu schlagen und Übersetzungsprozesse anzuregen, und gelingt dies auch auf der Meta-Ebene: zwischen den »emanzipatorischen« Bewegungen?

Michael: Der *BUND* hat das Motto geprägt: »Weniger, besser, schöner.« Wir müssen unsere Welt verändern, indem wir uns von unseren Konsumzwängen lösen und ein einfacheres Leben beginnen. Um eine große Öffentlichkeit zu erreichen, ist es dabei wichtig, nicht Verzicht zu predigen, sondern die Vorteile zu betonen. Hier ist Degrowth eine große Inspiration, die wir gerne mit dem Transition-Motto »Einfach. Jetzt. Machen.« kombinieren möchten. Transition versucht Beispiele zu entwickeln und praktisch zu testen, die den Blick auf eine andere Welt öffnen, in der alle Menschen zufriedener leben und genießen.

Links

Website der deutschen Transition-Initiativen: www.transition-initiativen.de

Website der Transition-Trainer*innen: www.transition-training.de

Website des britischen Transition Network:
www.transitionnetwork.org

Verwendete und weiterführende Literatur

Hopkins, Rob (2008): *Energiewende. Das Handbuch: Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen.* Frankfurt: Zweitausendeins.

Hopkins, Rob (2011): *The Transition Companion.* Totnes: Green Books.

Hopkins, Rob (2014): *Einfach. Jetzt. Machen. Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen.* München: oekom.

Hopkins, Rob (2015): *21 Stories of Transition.* Totnes: Transition Network.

Manzini, Ezio (2009): *A Social Learning Process – Promising Cases, Teachers, Students and Designers.* In: *LOLA – Looking for Likely Alternatives.* Jégou, Francois; Thoresen, Victoria; Manzini, Ezio (Hrsg.). Hamar/Elverum: Hedmark University College, S. 42–43. https://issuu.com/acunar/docs/lola_brochure; Zugriff: 01.02.2017.

Maschkowski, Gesa; Wanner, Matthias (2014): *Die Transition-Town-Bewegung – Empowerment für die große Transformation?* pnd online 2/2014: S. 60–71. <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/297/41>; Zugriff: 01.02.2017.

Maschkowski, Gesa (2015): *Vom Verbraucher zum Change Agent: Impulse der Transition-Town-Bewegung für eine große Transformation aus salutogenetischer Perspektive.* In: *Der verantwortungsvolle Verbraucher. Aspekte des ethischen, nachhaltigen und politischen Konsums* (Beiträge zur Verbraucherforschung, Bd. 3. Bala Christian; Schuldzinski, Wolfgang (Hrsg.)). Düsseldorf: Verbraucherzentrale, S. 19–39. <http://www.vz-nrw.de/mediabig/236593A.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Schrader, Ulf; Liedtke, Christa; Lamla, Jörn; Arens-Azevêdo, Ulrike; Hagen, Kornelia; Jaquemoth, Mirjam; Kenning, Peter; Schmidt-Kessel, Martin; Strünck, Christoph (2013): *Verbraucherpolitik für nachhaltigen Konsum – Verbraucherpolitische Perspektiven für eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft* (Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV). Berlin: BMELV. https://www.aloenk.tu-berlin.de/fileadmin/fg165/Aktuelles/Stellungnahme_Nachhaltiger_Konsum_-_final.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

WBGU (2011): *(Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). Hauptgutachten – Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.* http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Umweltbewegung: *Winning the campaign but losing the planet – Stärken und Schwächen der Umweltbewegung auf dem Weg in eine erwachsene Gesellschaft*

Franziska Sperfeld, Kai Niebert,
 Theresa Klostermeyer und Hauke Ebert

Die Verfasser*innen sind haupt- und ehrenamtlich in der Umwelt- und Naturschutzbewegung engagiert. Sie haben sich wissenschaftlich und praktisch mit den Herausforderungen der Bewegung in der Transformation beschäftigt. Ihr Bezug zu Degrowth erwächst aus dem alle verbindenden Interesse, transformative Themen stärker auf der Agenda der Umweltbewegungslandschaft zu verankern. Die Verfasser*innen schreiben aus einer verbandsübergreifenden Perspektive.

Franziska Sperfeld leitet Projekte im Fachbereich Umweltrecht & Partizipation am *Unabhängigen Institut für Umweltfragen e. V. (UfU)*, unter anderem zu Entwicklung und Zukunft der Umweltverbände. Prof. Dr. Kai Niebert leitet den Lehrstuhl Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit sowie das *Anthropocene Learning Lab* in Zürich. Seit November 2015 ist er Präsident des *Deutschen Naturschutzrings (DNR)*. Theresa Klostermeyer leitet das Projekt *Lust auf Zukunft* des *DNR*. Dort befasst sie sich mit den Dimensionen und Potenzialen einer sozial-ökologisch gerechten Transformation. Hauke Ebert ist Mitarbeiter im *DNR*-Projekt *Lust auf Zukunft*.

1. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als Kernthema der Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung

Die Wurzeln der Umweltbewegung liegen im bewahrenden Natur- und Heimatschutz, der sich schon seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gegen die Folgen der Industrialisierung wandte und im Kern von einer romantischen Naturvorstellung getragen wurde. Verbände wie der *Bund für Vogelschutz*, der *Bund Naturschutz Bayern* oder die *NaturFreunde* gründeten sich um die Jahrhundertwende.

In den 1960er Jahren wurden, vor allem angetrieben durch merkliche Verschlechterungen von Umweltmedien (Wasser, Luft, Boden etc.), auch Lebens-



Protestierende bei der Demo »Mal richtig abschalten – Atomkraft? Nein dankel!« am 5. September 2009 in Berlin. (Foto: CC BY 2.0, Lauri Myllyvirta)

bedingungen der Menschen in den Blick genommen. Die sich nun formende sogenannte »moderne« Umweltbewegung durchlief dabei die folgenden sechs Stadien:

1969 - 1974	1975 - 1987	1988 - 1990	1991 - 1995	1996 - 2006	2007 - 2015
Etablierung	Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie	Institutionalisierung	Standortdebatte	Neurahmung „Nachhaltige Entwicklung“	Professionelle Kampagnen & Mobilisierung
vs. Bürgerinitiativen setzen sich für Verbesserung der Lebensbedingungen im Wohnumfeld ein	Schere zwischen den wahrgenommenen Umweltproblemen und der Wachstumspolitik (Ölkrise vs. Modell Deutschland)	Hofe Priorität im öffentlichen Bewusstsein durch z.B. Waldsterben und Reaktor-katastrophe in Tschernobyl Gründung Ministerium	Wachstumsargumente nach der Wende sehr erfolgreich, Verbände in der Defensive	Aufwertung auf intern. Ebene, Übersetzung durch lokale Agenda Prozesse Publikation: Zukunftsfähiges Deutschland	Bündnisse und Großdemonstrationen gegen Atomkraft, Industrielle Landwirtschaft, Freihandelsabkommen

Historische Entwicklung der modernen Umweltbewegung; nach Brand 2008: S. 219ff., eigene Ergänzung der Phase ab 2007.

Der Widerstand gegen Kernenergie war seit den 1960ern identitätsstiftend für die Umweltbewegung. In den 1970er und 1980er Jahren wurden Umweltschützer*innen oft mit einem verschrobene Bild eines alternativen Lebensstiles verbunden, stilisiert durch formlose Wollpullis und verschrumpelte Äpfel. Die »moderne« Umweltbewegung versuchte sich aktiv dagegen abzugrenzen.

Seit der Einführung des Nachhaltigkeitsprinzips infolge des Brundtland-Berichts 1987 sind darüber hinaus intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit prägende Konzepte der Umweltbewegung. Die Publikationen »Zukunftsfähiges Deutschland« und seine Fortsetzung »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« vom *BUND* und von *Misereor* beziehungsweise von *Brot für die Welt* und dem *Evangelischen Entwicklungsdienst* waren identitätsstiftend in dieser Zeit. Denn sie vermochten es, das Konzept der Nachhaltigkeit auf die lokale Anwendung und den persönlichen Lebensstil herunterzubrechen. Beide Studien beschreiben bereits bedeutsame Konzepte dessen, was heute unter Degrowth verstanden wird: Sie entwerfen Leitbilder einer »Dematerialisierung« und »Selbstbegrenzung« und fordern eine ganzheitliche Wirtschaftsweise unter Betonung der Lebensweltökonomie. Auch die Bedeutung von regionalen und globalen Gemeingütern als Form der geteilten, verantwortungsvollen Nutzung und in Abgrenzung zu Privat- und staatlichem Eigentum ist integraler Bestandteil der Studien.

Die von der UN 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete Nachhaltigkeits-Agenda (*Agenda 21*) hat ebenfalls viele positive Denkanstöße und Handlungsansätze in Politik und Praxis hervorgebracht. Rückblickend stellt sich jedoch die Frage, ob die angestoßenen Nachhaltigkeitskonzepte innerhalb eines globalen Wirtschaftssystems, das auf Warenzirkulation und Konsum setzt, überhaupt fruchten konnten.

Die neuesten Entwicklungen der Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung zeigen vor allem eins: Die Bewegung ist ausdifferenziert und viele Organisationen agieren hochprofessionell, was sich vor allem in ihrer Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit niederschlägt. Große Demonstrationen – zum Beispiel mit 100 000 Menschen für den Atomausstieg im Jahr 2010, mit 20 000–50 000 Teilnehmenden über sechs Jahre hinweg unter dem Motto »Wir haben es satt!« sowie im breiten Bündnis mit Gewerkschaften und Globalisierungskritiker*innen gegen undemokratischen Freihandel (TTIP) mit 250 000 Unterstützer*innen – belegen dies. Solche Ereignisse sind auch Zeugnisse des fundamentalen Unwohlseins innerhalb der Gesellschaft angesichts lebensfeindlicher Praktiken und der Politiken, die diese fördern.

Die zentrale Kritik der Umweltbewegung richtet sich nach wie vor gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Thematisch wird dies sehr breit aufgefächert: von der Nutzung der Kernenergie über den Klimawandel, die Biodiversitätsverluste, die Verschwendung von Energie und Rohstoffen und die Verschmutzung der Umwelt bis hin zu den Auswirkungen von Wirtschaftspraktiken und Konsummustern. Der Schwerpunkt der Kritik liegt jedoch meist auf Symptomen der Umwelt- und Naturkrise und nur ansatzweise auch auf den dahinterliegenden Ursachen. Zwar haben einige Verbände sehr starke konzeptionelle Entwürfe für eine Transformation der Gesellschaft vorgelegt. Das heißt jedoch nicht, dass diese in der Breite der Bewegung rezipiert und gelebt werden.

2. Heterogenität, Ausdifferenzierung und Nischen

Die Umweltbewegung ist in jeder Hinsicht heterogen – es gibt sowohl eine Vielzahl an institutionellen Akteure*innen als auch verschiedenste Rechtsformen und Strukturen. Untersuchungen des Wissenschaftszentrums Berlin ermittelten bereits 1998 einen Bestand von 9200 Umweltschutzorganisationen. Die Vereinsstatistik weist für das Jahr 2014 allein 8665 eingetragene Vereine im Umwelt- und Naturschutz aus (vgl. Vereinsstatistik 2014). Darüber hinaus engagieren sich in Deutschland derzeit etwa 1800 Umweltstiftungen, mit stark steigender Tendenz (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2009: S. 5). Statistiken zu den anderen Rechtsformen, zum Beispiel zu gemeinnützigen GmbHs oder Genossenschaften, existieren nicht. Darüber hinaus gibt es Bürgerinitiativen ohne rechtlichen Status, die sich sehr häufig mit den Themen Umwelt, Naturschutz, Verkehr und Lärm sowie mit Stadtplanung auseinandersetzen und deren Mitgliederzahl auf über eine Million geschätzt wird (vgl. Wolling/Bräuer 2011: S. 4 f.). Dies zeigt: Die Umweltbewegung reicht über die großen Verbände mit ihren mehr als 5,5 Millionen Mitgliedern hinaus, wenngleich diese Schrittmacher und Rückgrat der Bewegung sind.

Bundesweit wahrnehmbar sind Stiftungen und Verbände wie *Greenpeace*, der *Naturschutzbund Deutschland (NABU)*, der *Worldwide Fund for Nature (WWF)*, der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)*, die *NaturFreunde*, *Robin Wood* und die *Deutsche Umwelthilfe (DUH)*. Viele Verbände organisieren sich unter dem Dach des *Deutschen Naturschutzrings (DNR)*, den sie gemeinsam 1950 gegründet haben. Die Organisationsformen sind bereits in dieser vergleichsweise überschaubaren Gruppe divers: Der *WWF* agiert als Stiftung, ohne Mitglieder-/Aktivist*innenbasis; *Greenpeace* wird durch einen kleinen Kreis Mitglieder und vor allem international koordiniert und gesteuert, hat aber auch in den verschiedenen Bundesländern und Städten Gruppen und Aktionsteams; *NABU* und *BUND* arbeiten als Kampagnen- und Projektorganisationen sowohl auf Bundesebene als auch auf kommunaler und regionaler Ebene sowie in den Bundesländern basisdemokratisch organisiert.

Die verschiedenen Organisationsmodelle sind Ausdruck einer Ausdifferenzierung in der Umweltbewegung. Thematisch bespielen die großen Organisationen fast alle Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Schutz der Lebensgrundlagen stellen – mit verschiedenen Schwerpunktsetzungen. Daneben gibt es kleinere Organisationen, die ihre Nischen in einzelnen Themen gefunden haben. So werden beispielsweise Verkehrsthemen vom *Verkehrsclub Deutschland (VCD)* bearbeitet und Waldthemen durch die *Schutzgemeinschaft Deutscher Wald*. Nach wie vor machen traditionelle Naturschützer*innen eine große Gruppe innerhalb der Umweltbewegung aus. Mit einer systemischen Sichtweise auf den Umweltraum beziehungsweise dem Nachhaltigkeitsgedanken haben sie sich allerdings teilweise modernisiert.



Naturschutzgebiet. (Foto: Public Domain, KRiemer)

Neben dem traditionellen Naturschutz greifen heute ein moderner pragmatischer Umweltschutz und eine politische Ökologiebewegung ineinander. Die Umweltbewegung der 1970er Jahre hatte ein eher linkslibertäres Profil. Heute sind in der Bewegung sowohl traditionalistisch-konservative, öko-kapitalistische, öko-sozialistische wie auch anarchistisch-libertäre Positionen vertreten (vgl. Brand 2008: S. 231).

Festzuhalten ist: Es gibt einen relativ unkonkreten Grundkonsens der Bewegung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten – aber die Gründe, aktiv zu werden, sind sehr individuell. Einen großen Anteil machen nach wie vor persönliche Betroffenheit, etwa von Infrastrukturentwicklungen, oder die sprichwörtliche »Liebe zur Natur« aus. Das führt nicht selten zu Reibungen innerhalb der Umweltbewegung bei Zukunftsfragen und Themen des gesellschaftlichen Wandels, etwa in der Diskussion um Naturschutz versus erneuerbare Energien.

3. Reflexion der eigenen Wirksamkeit als Ausgangspunkt für gemeinsame Wege?

Die Umweltbewegung ist zunehmend ratlos, ob sie für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen die richtigen Antworten parat hat. Die Selbstkritik lässt sich am besten in den Worten eines Vordenkers der amerikanischen Umweltbewegung ausdrücken: »Wir haben viele Siege errungen,

aber wir verlieren den Planeten« (Speth 2014). *Smart CSOs* (2015), ein internationales Netzwerk von Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, beschreibt die Schwächen der Umweltbewegung wie folgt:

- ◆ Fokus auf Symptome statt Ursachen;
- ◆ Spezialisierung auf Einzelthemen;
- ◆ Anpassung an das System;
- ◆ Konzentration auf Feindbilder, die verschleiern, dass Organisationen selbst Teil des Systems sind;
- ◆ Abhängigkeit von Geldgebern und Projektmitteln, die meist auf kurzfristige Ziele statt auf langfristigen Systemwandel ausgerichtet sind;
- ◆ das »5-vor-12-Syndrom«, das keine Zeit für Reflexion und außer Acht lässt, dass jede Form von Wandel und Anpassung ihre Zeit braucht.

Da die Umweltbewegung sehr heterogen ist, liegen auch die wirtschaftspolitischen Positionen weit auseinander. Dies manifestiert sich nicht unbedingt in Grundsatzpapieren, hier herrscht oft eine überraschende Einigkeit. Die Kooperationen mit Partner*innen aus der Wirtschaft, die Geschäftsmodelle, die thematische Schwerpunktsetzung etc. sind jedoch sehr divers. Entsprechend ist ein Kurswechsel in Richtung Postwachstumsgesellschaft nicht überall in der Bewegung prioritär. Der Glaube an technische Lösungen oder sogenannte Green-Growth-Strategien ist auch in Teilen der Umweltbewegung verankert. Allerdings setzt sich in größeren Kreisen der Bewegung zunehmend die Überzeugung durch, dass es existenziell ist, sich mit Szenarien für eine Postwachstumszeit zu beschäftigen, da der Wachstumszwang die Probleme der Naturzerstörung oft erst schafft oder sie verschärft. Wie oben beschrieben, sind die planetaren Grenzen originäres Arbeitsfeld der Umweltbewegung – folglich entwickelte sie viele Ansätze zu diesem Problemfeld: zum Beispiel ökologische Landwirtschaft, die Energiewende, die Wärmewende, die Forderung des Stopps zusätzlichen Flächenverbrauchs. Erfolge in diesen Bereichen gehen also auch auf die Umweltbewegung zurück.

Es gibt durchaus Impulse aus der Umwelt- und Naturschutzverbandszene, die der Stoßrichtung der Degrowth-Bewegung entsprechen. So haben die Mitgliedsorganisationen des *Deutschen Naturschutzrings (DNR)* auf einem Transformationskongress im Jahr 2012 gemeinsam mit Gewerkschaften und Kirchen die Debatte um eine sozial-ökologische Transformation in die Breite getragen; bei den Besucher*innen handelte es sich nahezu ausschließlich um institutionell verankerte Akteur*innen. Festzuhalten ist jedoch auch, dass auf der mittlerweile vierten Degrowth-Konferenz, die 2014 in Leipzig stattfand, überraschend wenige Vertreter*innen etablierter Umweltverbände anzutreffen waren, dafür aber sehr viele junge Leute. Augenscheinlich liegt hier ein strukturelles Problem vor: Umweltverbände schei-

nen durch ihre Verfasstheit und ihren Habitus unattraktiv für die Klientel der Degrowth-Bewegung zu sein, und diese wiederum ist der Umweltverbandsszene fremd.

Aus den Umweltverbänden heraus sind bereits einige kleinere und größere Projekte entstanden, die eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben wollen. Viele dieser Projekte wollen Postwachstum thematisieren, erforschen und erlebbar machen oder stützen die Transformation ganz praktisch in lokalen Gruppen. Was es jedoch nur sehr vereinzelt gibt, ist eine dezidierte, offen ausgesprochene Wachstumskritik in der Lobbyarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit und den großen Kampagnen der Bundesverbände.

Postwachstum ist kein originäres Thema der Wirtschafts- und Gesellschaftskritik der Umweltbewegung. Daher wird es nötig sein, sich – wie bereits beim *Transformationskongress 2012* oder in einzelnen Projekten – Bündnispartner*innen mit dem entsprechenden wirtschaftspolitischen Know-how zu suchen oder Themenallianzen zu schmieden. Für die Degrowth-Bewegung wiederum ist das Fachwissen der Umweltbewegung Gold wert, wenn detaillierte Konzepte gefragt sind, wie nachhaltige Praxis funktionieren kann. Große wie kleine Umweltorganisationen werfen außerdem ihre Erfahrungen im politischen Raum in die Waagschale, ebenso ihre Erfahrungen in der Übersetzung schwieriger Materie in handhabbare Routinen und in die breite Basis.

4. Hat die Degrowth-Perspektive Kompass-Qualitäten für die Umweltbewegung?

Unsere – inzwischen kaum mehr soziale, sondern nur mehr kapitalistische – Marktwirtschaft funktioniert nur aus einem Grund: Sie basiert auf permanenter Ausbeutung. Entweder wir beuten die Natur aus, indem wir sie mit CO₂, Müll oder Schadstoffen verschmutzen; oder wir beuten die Menschen aus, indem wir sie für Hungerlöhne arbeiten lassen; oder wir agieren zulassen

.....
BUNDjugend-Aktive vor einem Umsonst-Laden; BUND Blog Stadt.Land.Glück.

(Foto: Helge Bendl)



ten der Menschen in der Zukunft, indem wir einen ökologischen wie sozialen Schuldenberg hinterlassen. Alle drei Varianten sind nicht zukunftsfähig.

Die Symptome dieses Ausbeutungssystems wurden in verschiedene Zuständigkeiten verwiesen: Die Ressourcenausbeutung wurde zum Problem der Umweltverbände, der Ungerechtigkeit nahmen sich Gewerkschaften und Sozialverbände an. Diese verengende Arbeitsteilung muss durch eine systemische Herangehensweise an Umweltprobleme – zum Beispiel mit einer Degrowth-Perspektive – aufgehoben werden. Das Gewicht der Umweltbewegung kann von Nutzen sein, denn die Umweltverbände waren schon einmal in der Lage, gesellschaftliche Großprojekte wie den Atomausstieg oder die Energiewende zu initiieren. Erfolgreich waren sie aber immer nur dann, wenn sie sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften zusammengeschlossen haben.

Damit Degrowth nicht als Eliteprojekt für eine kleine Umwelt-, Natur- und Tierschutz-Community wahrgenommen wird, ist eine faire Ressourcenverteilung Voraussetzung. Eine breitere gesellschaftliche Mehrheit wird nur dann einen Wandel akzeptieren, wenn dadurch nicht noch mehr Ungerechtigkeiten entstehen. Das ist die politische Dimension. Wir brauchen damit verbunden jedoch auch unbedingt eine Sprache und ein Denken, das den Wandel für andere gesellschaftliche Gruppen anschlussfähig macht. Postwachstum, Entschleunigung, negatives Wachstum, Degrowth, *Décroissance* – unter diesen Schlagworten sucht auch die Umweltbewegung nach einem Begriff, der die Transformation des Wirtschaftssystems begreifbar macht. Anders als bei erfolgreichen Kampagnen der Umweltverbände liegen bisher aber zu wenig konkrete politische oder auch nur begriffliche Alternativen vor. Degrowth stellt kein alternatives Konzept dar, sondern kritisiert ein bestehendes. Das Problem dabei ist: Sobald wir eine Idee verneinen, stärken wir sie gedanklich. Das ist im Falle der Wachstumskritik besonders dramatisch, da Wachstum als Idee kulturell sehr positiv aufgeladen ist: Oben gilt als besser als unten; mehr gilt als besser als weniger. Diese Ideen zu verneinen, schürt Ängste, vor allem bei denjenigen, die schon heute vom Wachstum abgehängt sind.

Die Umweltbewegung hat sich aus dem Antrieb heraus gegründet, Schlimmeres zu verhindern und entstandene Umweltschäden zu kompensieren. In diesem Sinne hat sie lange Zeit aufklärerisch gewirkt. Nun muss sie zwei Übergänge zugleich schaffen, um systemisch wirksam zu werden: Sie muss zu einer Gestaltungsbewegung werden, und sie muss die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen. Dafür muss sie wissen, wo sie Deutschland, Europa und den Zustand des Planeten in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren sehen will.

Was die Umweltbewegung dafür dringend braucht, ist ein Kompass, der anzeigt, welche ihrer Aktivitäten die Einleitung eines Systemwandels unterstützen. Mit der Degrowth-Perspektive verbinden sich deshalb einige Chancen für die Umweltbewegung: Degrowth hat klarere Leitlinien und könnte

so dem Nachhaltigkeitsdreieck – mit seinen Eckpunkten Wirtschaft, Soziales und Umwelt – sowie der noch sehr vagen Vorstellung von einer großen Transformation schärfere Konturen verleihen. Damit können auch das lange Zeit unbearbeitete Thema der Verteilungsgerechtigkeit und Fragen der sozialen Teilhabe eingebunden werden, was den Raum für einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Diskurs öffnet und zudem das Potential hat, die Lebensstil-Entwürfe der Umweltbewegung für sehr viel mehr Menschen attraktiv, lebbar und bezahlbar zu machen.

Eine große Zerreißprobe für die Umweltbewegung sind die Brüche innerhalb des Wandels. Diese werden an der Energiewende besonders deutlich: Renommierete Naturschützer*innen erklären öffentlich ihren Austritt aus großen Umweltverbänden und gründen eigene monothematisch auf Naturschutz ausgerichtete Verbände, weil für sie die Balance zwischen Naturschutz und klimafreundlicher Energiegewinnung bei jenen nicht mehr stimmt. Hier wird deutlich, wie sehr es manche (über)fördert, dass zum Zwecke des nachhaltigen Umgangs mit begrenzten planetaren Ressourcen nicht das eine gegen das andere ausgespielt werden darf. Die Degrowth-Forderung nach mehr Suffizienz könnte hier einend wirken. Denn nicht jede Kilowattstunde aus Kohlestrom, jedes Barrel Erdöl, die heute verbraucht werden, kann und soll zukünftig durch Windräder oder mehr Bioethanol auf Kosten von Mensch und Natur ersetzt werden. Die Komplexität führt in Teilen der Bewegung zu einer Abwehrhaltung (»Nur purer Artenschutz zählt«), aber auch Überforderung (»Was sollen wir denn noch alles machen?«) und Abwiegung (»Das machen wir doch alles schon«) sind zu finden.

Was ist nun also von der Umweltbewegung zu erwarten? Während einige Organisationen es sich zum Ziel gesetzt haben, die sozial-ökologische Transformation ihren Mitgliedern, Unterstützer*innen und Fördermittelgeber*innen zu kommunizieren, werden andere weiterhin den ausgetretenen Pfaden folgen. Eine Bestandsaufnahme und Neujustierungen in der Arbeit der großen und kleinen Organisationen sind notwendig: Was von dem, was wir tun, ist transformativ? Was hingegen stützt das auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftssystem? Diese Fragen stünden idealerweise am Anfang. Dieser Perspektivwechsel kann den Blick auf die eigene Wirksamkeit ändern und einen Wandel in den Organisationen auslösen.

Die großen Fragen bleiben zunächst bestehen: Wie wird Degrowth fortan in der Breite der Bewegung rezipiert? Ist es übersetzbar und taugt zu einem ganz neuen Bewegungsmoment auch für die Umweltbewegung – und zwar jenseits von einer wissenschaftlichen Diskussion und netten Nischenprojekten, denen ein Hang zu unpolitischem neuem Öko-Biedermeier vorgeworfen wird?

5. Ziel: nachhaltiges Anthropozän gestalten

Die Umweltbewegung hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht: Sie hat die Zahl der ausgewiesenen Schutzgebiete in Deutschland ausgeweitet, den Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert und den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Sie hat es geschafft, Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik als Zukunftspolitik zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Debatte werden zu lassen. Gleichzeitig erleben wir jedoch, wie – als Folge ungebremsten Wachstums – der Artenschwund auch in Deutschland dramatische Ausmaße angenommen hat, der Flächenverbrauch viel zu groß ist und keine Antworten auf den bereits überschrittenen Peak Oil (das globale Ölfördermaximum) gefunden sind. Diese Entwicklungen zeigen, dass es noch immer – vielleicht auch mehr denn je – vorausschauend denkende Menschen im Umwelt-, Natur- und Tierschutz braucht. Aber ihre Aufgabe hat sich verändert. Es geht heute nicht mehr unbedingt darum, Anerkennung dafür zu schaffen, dass Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik einen Platz in der Gesellschaft finden. Heute geht es darum, zu einer Gestaltungsbewegung zu werden und für langfristig wirksamen Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu streiten. Doch wie kann die Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung zu einer wirksamen Gestaltungsmacht werden?

Im Jahr 2016 wird die Menschheit wahrscheinlich auch offiziell in eine neue Epoche eintreten: Die *Anthropocene Working Group* innerhalb der *International Commission on Stratigraphy (ICS)* will 2016 ihr Urteil fällen, ob der Mensch die Warmzeit verlassen und die Menschenzeit (Anthropozän) betreten hat. Die offizielle Anerkennung des Menschen als geologische Kraft könnte, zusammen mit der physischen Unmöglichkeit unendlichen Wachstums, dazu führen, dass die Verantwortung des Menschen politisch auf die Agenda gesetzt wird. Eine wichtige Erkenntnis, die dem Menschen seine Gestaltungs- und Zerstörungskraft vor Augen führt, ist die große Beschleunigung bei der (Über-)Nutzung natürlicher Ressourcen: Spätestens seit den 1950er Jahren weisen alle Daten steil nach oben, nur leicht gebremst durch kleinere und größere Wirtschaftskrisen (vgl. Steffen u. a. 2015). Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände sehen hier eine gute Argumentationsgrundlage, um wissenschaftlich basierten politischen Handlungsdruck zu erzeugen.

Die große Beschleunigung bringt allerdings auch eine andere brisante Erkenntnis ans Licht: Während die wissenschaftliche Evidenz einen exponentiell zunehmenden Einfluss des Menschen auf die Erdsysteme aufzeigt und damit in der Tat die Dringlichkeit politischen Handelns unterstreicht, wird gleichzeitig die homöopathische Wirkung bisheriger Politik deutlich. Die Daten zur großen Beschleunigung zeigen eindrücklich auf, dass die bisherige Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, die in den 1970er Jahren in Schwung kam und mit dem Erdgipfel in Rio Anfang der 1990er Jahre weiter Fahrt aufnahm, an der Zerstörung keinen Deut ändern konnte. Wenn

es zu einer Abschwächung der globalen Trends kam, dann waren ökonomische Krisen die Ursache: Die Ölkrise der 1970er Jahre, der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Osten oder auch die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 ließen die Kurven des Ressourcenverbrauchs jeweils leicht abflachen. Die politischen Erfolge von Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden konnten, so wichtig sie lokal auch gewesen sein mögen, die Beschleunigung des Ressourcenverbrauchs nicht aufhalten, sondern ihn höchstens räumlich oder zeitlich verlagern.

Deutlich werden dabei die Grenzen der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung, wenn sich die gestaltenden Akteur*innen nur in ihren jeweils begrenzten Disziplinen und Sphären organisieren: in Ministerien, geordnet nach Politikfeldern, in einzelnen Verbänden (auf der Ebene der Zivilgesellschaft), in einzelnen Fachbereichen (in der Wissenschaft). So versucht das Umweltministerium mit einem Budget von 3,8 Milliarden Euro, die Umweltqualität zu verbessern, während das Wirtschafts- und Arbeitsministerium 52 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen ausschüttet. So propagieren Umweltverbände nachhaltig-vegan-biologische Lebensstile, ohne den Anspruch beispielsweise der Caritas im Blick zu haben, Menschen überhaupt satt zu bekommen. Und so zeigen Umweltwissenschaftler*innen in einem Hörsaal die planetaren Grenzen auf, haben aber keinen Einfluss auf die BWLer*innen im Nachbarhörsaal, die weiterhin Wachstumsmodelle lehren und lernen. Unter diesen Bedingungen kann eine Gesellschaft, die sich vom Wachstumszwang befreit und nachhaltig wird, nicht Realität werden.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, muss sprachlich wie konzeptuell ein alternatives, positiv besetztes Konzept gedacht werden, das zudem nicht nur eine gesättigte Wohlstandsschicht anspricht. Dabei muss die Bewegung in der Öffentlichkeit deutlicher machen, dass es ihr gerade auch um (Verteilungs-)Gerechtigkeit, um Ausgleich, um die Rechte der Schwächeren, um eine Fülle von Gutem geht, und dass die angestrebten Alternativen von einem selbstzerstörerischen und hochgradig ungerechten Pfad auf einen Weg führen sollen, der im Sinne aller sein kann. Wir brauchen keine Wirtschaft, die schrumpft, und kein negatives Wachstum. Wir brauchen eine Gesellschaft, und damit eine Wirtschaft, die begreift, dass sie der Wachstumsabhängigkeit entkommen kann – die erwachsen wird.

Das werden wir nur erreichen, wenn wir auch unsere Vorstellung von Nachhaltigkeit verändern. Es war der größte Fehler der Umweltbewegung, zu glauben, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales – gleichberechtigt nebeneinanderstehend – getrennt politisch bearbeitet werden können. Denn sobald es ernst wird, drängt das Streben nach Wirtschaftswachstum die Umwelt und den Menschen an den Rand. Um aus der Wachstumsabhängigkeit auszubrechen, müssen wir Nachhaltigkeit verstehen als ein Wirtschaften, das den Menschen heute und morgen dient und Armut und Hunger beseitigt. Aber das kann nur innerhalb der planetarischen Grenzen stattfinden.

Links

Movum – Briefe zur Transformation, herausgegeben vom BUND, der Deutschen Umweltstiftung, euronatur, dem Forum Öko-Soziale Marktwirtschaft und dem Deutschen Naturschutzring: www.movum.info

Stadt.Land.Glück – Blog des BUND über Projekte zur kommunalen Suffizienzpolitik: <http://www.bund.net/stadtlandglueck>

WELTbewusst erLEBEN – konsumkritische Stadtführungen von Jugendlichen für Jugendliche (BUNDjugend): <http://www.bundjugend.de/projekt/weltbewusst/>

beweg!gründe – Wanderungen zu Orten des sozial-ökologischen Wandels (Naturfreundejugend und BUNDjugend): <http://beweg-gruende.org/>

Portal zur ökologischen Gerechtigkeit/Lust auf Zukunft – Vernetzungsportal von Projekten für sozial-ökologische Gerechtigkeit und Transformation (Deutscher Naturschutzring): <http://www.nachhaltigkeits-check.de>

Freiraumeroberung – Projekt zu interkulturellen Aspekten einer sozial-ökologischen Transformation (NaturFreundejugend und Aleviten):

<http://www.naturfreundejugend.de/projekte/-/show/3035/>

<http://www.naturfreundejugend.de/projekte/-/show/3035/>

Greenpeace: Wachstums-AG und Wachstumspalaver – Thesenpapier mit Konsequenzen für die eigene Arbeit und Checkliste für Kampagnen, Positionierungen und Veränderungen bei GP selbst http://www.smart-csos.org/images/Berlin_SmartCSOs_Lab-Reisebericht.pdf, S. 13.

Verwendete und weiterführende Literatur

Brand, Karl-Werner (2008): Umweltbewegung. In: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Roth, Roland; Rucht, Dieter. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 219–244.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2009): Umweltstiftungen stellen sich vor. Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Krause, Johannes u. a. (2015): Eine Lernreise zur großen Transformation. Reisebericht. http://www.smart-csos.org/images/Berlin_SmartCSOs_Lab-Reisebericht.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Smart CSOs Lab (2015) REimagining activism. A practical guide for the Great Transition. http://www.smart-csos.org/images/Documents/re_imagining_activism_guide.pdf; Zugriff: 01.02.2017.

Sperfeld, Franziska; Zschesche, Michael (2014): Umweltverbände als relevante Akteure nachhaltiger Transformationsprozesse. Berlin: Unabhängiges Institut für Umweltfragen.

Speth, Gus (2014): A Memoir, Reflections on race, environment, politics and living on the frontline of change. White River Junction (Vermont): Chelsea Green Publishing.

Steffen, Will u. a. (2015): The Trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. *The Anthropocene Review* 1/2015: S. 81–98.

Rucht, Dieter (2014): Über die Wirkmacht von Umweltverbänden. *UfU Themen und Informationen* 75, S. 16–23.

Klostermeyer, Theresa (2014): DNR-Workshop bei der Degrowth-Konferenz. <http://www.nachhaltigkeits-check.de/node/410>; Zugriff: 01.02.2017.

Wolling, Jens; Bräuer, Marco (2011): Bürgerinitiativen: Ihre Funktion aus Sicht der Bevölkerung und ihre kommunikativen Aktivitäten.

<http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-23329/ilm1-2011200354.pdf>; Zugriff: 01.02.2017.

Urban-Gardening-Bewegung: Auf der Suche nach einem neuen Natur-Kultur-Verhältnis

Christa Müller

Christa Müller ist promovierte Soziologin und leitet die Münchener Forschungsgesellschaft *anstiftung*. In den 1990er Jahren habe ich in Spanien, Lateinamerika und Westfalen zu Bauernbewegungen und Modernisierungsprozessen geforscht. Mit den *Internationalen Gärten Göttingen* entstand mein wissenschaftliches Interesse an der urbanen Gartenbewegung in Deutschland, die die *anstiftung* von Anfang an unterstützte und forschend begleitete. Wir forschen in der Tradition des Action-Research-Ansatzes, in dem die Subjekt-Objekt-Beziehung permanent befragt und zur Grundlage der Reflexion gemacht wird.

Der Text entstand ohne direkte Abstimmung mit Akteur*innen der Bewegung, jedoch in Kenntnis der vielen unterschiedlichen Stimmen. Meine Position ist primär eine beobachtende, ich spreche also nicht stellvertretend für andere. Die meisten urbanen Gartenprojekte agieren politisch, haben zum Beispiel das *Urban Gardening Manifest* unterschrieben, jedoch bedeutet dies nicht, dass jeder und jede Beteiligte das Gärtnern als Artikulation eines politischen Willens versteht. In Anlehnung an Hannah Arendt (1972) würde ich jedoch sagen, dass die Interaktion von unterschiedlichen Menschen an einem öffentlichen Ort (und dazu zählen die sich als offen verstehenden urbanen Gemeinschaftsgärten) per se politisches Handeln ist. Dennoch möchten manche Akteur*innen einfach nur in Kontakt mit der Natur sein, andere wollen Menschen treffen, sich ausruhen und ins Grüne schauen, wieder andere möchten einen Raum gestalten oder handwerklich tätig werden. Manche der Aktiven aber stecken ihre Energie in diese Projekte, um die Privatisierung des öffentlichen Raums zu verhindern, den öffentlichen Raum als Gemeingut zurückzuerobern und die Stadt zu begrünen (vgl. Müller 2011).

1. Kommerzfrie Naturräume für alle

Kernidee beziehungsweise zentrales Handlungsfeld der Urban-Gardening-Bewegung sind kommerzfrie Naturräume für alle. Die Aktivist*innen verwandeln Brachflächen, Parkgaragendächer und andere vernachlässigte Orte in eigener Regie in grüne, lebensfreundliche Umgebungen. Aus Europaletten, Industriepflanzen und Bäckerkisten bauen sie mithilfe einer oftmals brei-



Sommerliches Treiben im Gemeinschaftsgarten Annalinde in Leipzig. (Foto: Inga Kerber)

.....

ten Beteiligung aus dem Viertel mobile Gemeinschaftsgärten mitten in der Stadt. Sie halten Hühner und Bienen, imkern, säen, ernten, kochen, reproduzieren Saatgut, bauen Lehmöfen und Lastenfahrräder aus Schrottteilen, funktionieren Hafencorner zu Werkstätten und Gartenbars um, eignen sich handwerkliches Wissen an und kultivieren Formen der Begegnung, die Pflanzen ebenso wie Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkünfte einschließen.

Dem Gemüseanbau kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Er ermöglicht milieu- und kulturübergreifenden Austausch und dient zugleich dazu, die industrielle Nahrungsmittelproduktion und ihre Handelsketten zu hinterfragen, zu unterlaufen, zu verändern. Die Beschäftigung damit, wie Lebensmittel wachsen, welche Umgebungen und Formen der Zuwendung sie benötigen und wie sie verarbeitet werden können, wird kombiniert mit gesellschaftspolitischen Fragen: Wem gehört eigentlich der Boden? Welchen Vorstellungen von Teilhabe und Wohlstand soll er dienen? Und – eine zukunftsweisende Frage – von wo sollen die Nahrungsmittel und die Ressourcen für den Massenkonsum in Zukunft kommen? Die urbane Gartenbewegung greift damit Fragen einer nachhaltigen Umgestaltung von Gesellschaft auf. Sie tut dies in bemerkenswert unideologischer Weise und bearbeitet sie unmittelbar vor Ort. Urban Gardening ist damit nicht Ausdruck einer Verklärung von Landleben, sondern vielmehr der Suche nach einer anderen Stadt.

Ich verstehe unter Urban-Gardening-Projekten urbane Gärten neuen Typs, Gärten also, die *nicht* nach einem Refugium jenseits der lauten Stadt suchen, wie es die für die Epoche der Industriemoderne so typischen Kleingärten tun. Vielmehr wollen die Protagonist*innen der neuen Gärten mit der Stadt, mit der umgebenden Nachbarschaft kommunizieren und eigene Beiträge zu einer nachhaltigen Quartiersentwicklung leisten (vgl. Müller 2011).

Der historische Vorläufer des urbanen Gemeinschaftsgartens ist darum auch nicht der Kleingarten, der eindeutig in der Kontinuität einer industriegesellschaftlichen Kolonisierung der Natur steht (auf Kante geschnittene Hecken, großzügiger Einsatz von Pestiziden etc., vgl. Kropp 2011). Der Gemeinschaftsgarten des neuen Typs bricht mit diesen Herrschaftstechniken. Darüber hinaus bedarf er geradezu des verdichteten urbanen Umfeldes, bedarf vor allem des öffentlichen Raums, zu dem er sich in Beziehung setzt und den er neu verhandeln möchte.

Der erste Gemeinschaftsgarten des neuen Typs entstand in Deutschland Mitte der 1990er Jahre in Göttingen und war eine Folge des Jugoslawienkrieges: Bosnische Frauen in den Migrationszentren vermissten vor allem ihre Gärten, mit denen sie zu Hause große Familien ernährt hatten. Hier ging es erstmals (auch) darum, über das Medium des gemeinschaftlichen Gärtnerns gesellschaftliche Themen zu bearbeiten, in diesem Fall, einen ressourcenorientierten Ansatz und neue Formen der Beheimatung zu erproben (vgl. Müller 2002). Die Subsistenzpraxis in Gärten verleiht den Beteiligten Souveränität, die es ihnen ermöglicht, anderen als Gleiche begegnen zu können. Anders als viele Integrationsprojekte bilden die Gärten in mehrfacher Hinsicht eine (keinesfalls mit einer Einbahnstraße zu verwechselnde) Passage zwischen dem Herkunfts- und dem Aufnahmeland sowie zwischen ihrer biografischen Vergangenheit und ihrer Gegenwart (vgl. Müller/Werner 2006). Gemeinschaftsgärten sind besonders geeignete Räume für interkulturellen Austausch. Über das gemeinsame Tätigsein gelingt es, Differenzen und Gemeinsamkeiten auszudrücken, zu deuten und wertzuschätzen. Die Gärtner*innen aus unterschiedlichen Herkunftsländern bringen ihre Kenntnisse ins Spiel und erwirtschaften Überschüsse, die sie verschenken können. Nicht zuletzt die Ökonomie der Gegenseitigkeit, die man nur kultivieren kann, wenn man etwas zu geben hat, erschließt fruchtbare Anschlüsse in andere gesellschaftliche Subsysteme.

Seit Mitte der Nullerjahre differenziert sich das gemeinschaftliche Gärtnern kontinuierlich weiter aus. In großen Städten tauchen Guerilla-Gardening-Aktionen sowie von Anwohner*innen betriebene Nachbarschafts- und Kiezzgärten in hochverdichteten Stadtvierteln auf, wie 2004 der Gemeinschaftsgarten *Rosa Rose* in Berlin-Friedrichshain. Den Initiator*innen dieses Gartens ging es dabei vor allem um die Besetzung und die Aneignung von brachliegenden Flächen, um sie selbst zu nutzen und um sie den wenig privilegierten Menschen des grünarmen Kiezes als Ort für gemeinsames Tätigsein zur Verfügung zu stellen. Als das Grundstück an einen Investor verkauft und bebaut wird, muss der Garten weichen. Dies geschieht in Form einer Umzugsparade, die einen Einblick in die performativen Politikformen des Urban Gardenings gibt (vgl. Werner 2011). Heute zeugt eine in den Boden eingelassene rosafarbene Gedenktafel in der Kinzigstraße von *Rosa Rose*.

2009 schließlich tritt der *Prinzessinnengarten* mit dem Prinzip des nomadischen Gärtnerns in mobilen Behältnissen auf die städtische Bühne. Mit

dieser paradoxen Intervention erzielt der auf einer 6000 m² großen Brachfläche am Kreuzberger Moritzplatz angelegte Garten große mediale Aufmerksamkeit. Maßgeblich verantwortlich für die Faszination, die der Ort bei vielen Besucher*innen auslöst, ist die Ästhetik des Unfertigen, die nicht zuletzt durch Re-Use und Upcycling gebrauchter, häufig irgendwo gefundener Gegenstände entsteht. Hier geht es darum, Dinge ohne Geld- und Energieeinsatz wieder in Wert zu setzen, die gemäß der industriellen Logik des Produzierens, Konsumierens und Wegwerfens verbraucht und wertlos sind.

Zunehmend entstehen auch Gärten an Museen und Theatern. Hochreglementierte Räume werden durch offene und verspielte Räume ergänzt und auch relativiert. Die verwandelten Räume des DIY (Do it yourself) und DIT (Do it together) heben die Schranken zwischen Hochkultur, Institutionen und dem Alltagshandeln urbaner Akteur*innen auf. Das gilt in jeweils spezifischer Weise auch für Gemeinschaftsgärten an Flüchtlingsunterkünften, Firmengärten und offenen Studierendengärten an Hochschulen.

2. Urbane Gärten: offen für unterschiedliche soziale Herkunft und Generationen

Die mehr als 500 urbanen Gemeinschaftsgärten¹ gehören zu den wenigen Orten in Deutschland, an denen Menschen verschiedener sozialer Herkunft und Generationen zusammen aktiv sind. Gegründet werden viele der Projekte von zumeist gut ausgebildeten, jungen, ökologisch sensibilisierten und vernetzten Akteur*innen. Sie haben nicht zuletzt im Internet Erfahrungen von Machbarkeit gesammelt und sind – im Vergleich zu den Vorgängergenerationen der Nachkriegsjahrzehnte – in demokratischen Settings aufgewachsen. Familie, Schule und Web 2.0 vermitteln ihnen, dass alles möglich, die Zukunft offen und sie selbst aufgefordert sind, gestaltend einzugreifen. Wirk- und Handlungsmacht ist die Erfahrung ihres Lebens. Sie wollen die Stadt, in der sie leben, mitgestalten. Das im Internet praktizierte Teilen von Kenntnissen und die hieraus resultierende Wirksamkeitserfahrung migriert in die analogen Räume und wird dort zur Herausforderung für die etablierten Institutionen.

Die Akteur*innen nehmen die Schließung des öffentlichen Raums in den Blick und erweitern mit ihren Architekturen und Aktivitäten vorgefertigte und vorgeplante Stadträume. Sie leiten aus ihrer gemeinschaftlichen Praxis Anforderungen an eine zeitgemäße, demokratische Stadtplanung ab: Raum geben für Interaktionen zwischen Stadtnatur und Menschen, entsiegeln statt weiter versiegeln, Platz lassen für Begegnung und produktive Raumaneignungen. Diese Botschaften senden die Stadtgärtner*innen an die Stadtplanung, und sie tun dies nicht (nur) mit Worten, sondern mit ihren »Ins-

¹ Eine Karte findet sich unter <http://anstiftung.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick?view=map> (Zugriff: 01.02.2017).

tallationen«. Der Ort selbst ist die Botschaft; in ihm scheint eine konkrete Utopie auf. Man könnte auch sagen, hier wird mit der normativen Kraft des Faktischen gearbeitet, es werden öffentlich begehbare Tatsachen geschaffen, die vielleicht noch nicht von der Rechtsordnung anerkannt, von der politischen Ordnung jedoch durchaus wahrgenommen werden und dort die Routinen zunächst einmal stören.

Viele der nach 1980 Geborenen sind gegenüber Autoritäten und Hierarchien kritisch eingestellt. Sie verlangen nach Transparenz, direkter Einflussnahme und freiem Zugang – jedoch nicht allein für sich selbst. Die Reklamierung des öffentlichen Raums für Commons- und Subsistenzpraxen geht einher mit einer konsequenten Praxis des Öffnens. Der Zugang ist frei. Es muss weder Eintritt gezahlt noch konsumiert werden. Nicht zuletzt mittels der pluralen baulichen Settings fühlt sich eine breite Vielfalt von Menschen angesprochen. Durch ihre räumlichen Arrangements wirken urbane Gemeinschaftsgärten anziehend auch für jene Menschen, die biografisch vertraut sind mit urbaner Landwirtschaft und mit temporären und informellen Landnahmen aus der Tradition des Hands-on-Urbanism (vgl. Krasny 2012); man denke nur an die Gastarbeiter*innen der 1960er und 1970er Jahre, die auf Brachflächen deutscher Städte informellen Stangenbohnen- und Gemüseanbau betrieben. Für Menschen aus ärmeren Weltgegenden sind Gartenprojekte aber nicht nur wegen des Zugangs zu landwirtschaftlichen Produkten attraktiv. Sie gestalten auch gemeinsam mit anderen einen offenen Ort, der Aufmerksamkeit erfährt. In anderen Kontexten ist ihnen dieser Zugang häufig schon deshalb versperrt, weil sie die (unsichtbaren) Eingangshürden nicht überwinden können. Michael J. Sandel verweist mit seinem Begriff der »VIP-Logen-Gesellschaft« darauf, dass die Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft im öffentlichen Raum immer seltener wird; der amerikanische Philosoph sieht in dieser Entwicklung ein fundamentales Problem für die Demokratie (Sandel 2012). Aus diesem Grund sind die urbanen Gärten keineswegs nur im Bereich der Stadtökologie oder des urbanen Aktivismus zu verorten, sondern auch als innovative Beiträge zu einer Neuorganisation des Zusammenlebens in einer immer stärker auf Milieubegrenzung setzenden Gesellschaft zu verstehen.

Ein wichtiges Moment ist die Vernetzung der Projekte, denn erst so kann eine Bewegung entstehen. Überall bilden sich lokale und regionale Netzwerke von Gemeinschaftsgärten, zum Beispiel *Solidarisches Gemüse* in Hamburg, *Grüne Oasen* in Nordrhein-Westfalen oder das Netzwerk *Urbane Gärten München*. Vielerorts finden in urbanen Gärten Bauernmärkte statt, um die Bezüge zur regionalen Landwirtschaft sichtbar zu machen. Gleichzeitig ist die urbane Gartenbewegung international vernetzt und weist vielfache Anschlüsse zu anderen Bewegungen auf: der globalisierungskritischen Bewegung, der Kleinbauernbewegung, der Landlosenbewegung, der Recht-auf-Stadt-Bewegung, der Bewegung für Ernährungssouveränität und freies Saatgut und nicht zuletzt der Degrowth-Bewegung.

Viele der Projekte verstehen sich als offene Lern- und Bildungsräume, es finden Akademien, Webinare und praktische Kurse statt, zum Beispiel über Heilpflanzen, Lehmbau oder den Bau von kleinen Biogasanlagen. Vierorts finden sich Hands-on-Bibliotheken: Ausgediente Glasschränke oder Einkaufswagen beherbergen das notwendige Wissenskompodium, das von A wie Anbau über P wie politische Aktion bis Z wie Zusammenarbeit reicht.

Augenfällig ist die Bezugnahme auf die Ressourcenkrise, sie zeigt sich in informellen Formen des Bauens und der Wiederinwertsetzung bereits vorhandener, häufig lokaler Materialien. Man reagiert nicht mit Verzichtsstrategien, sondern mit Umdeutung und Weiterverwertung, häufig kommen die Gegenstände nur in einem anderen Kontext zum Einsatz. Es geht nicht lediglich um eine Einsparung von Ressourcen. Die Suchbewegungen gelten vielmehr einem anderen Umgang mit den Dingen – und sie gelten einem guten Leben, und zwar einem mit weniger Materialverbrauch. Man sieht im bereits vorhandenen Material verheißungsvolle Ausgangspunkte für kreative Neuschöpfungen. So trifft man in urbanen Gemeinschaftsgärten auf charmante Lampenkonstruktionen aus Senfeimern, bepflanzte Einkaufswagen, aus Althölzern gezimmerte Outdoor-Küchen, Hochseecontainer, die zu Gartenrestaurants umgebaut werden und die fast schon ikonografischen Reissäcke sowie Europaletten-Beete, in denen Bohnen, Salate und Maispflanzen wachsen. Von allem ist genug vorhanden, man muss nur die Potenziale der Dinge erkennen, die in der Stadt im Überfluss und frei verfügbar sind. In immer ausgefeilteren Produkten, in immer mehr Wachstum sehen die Akteur*innen wenig Sinn, sie setzen auf Sichtung und Erschließung des Vorhandenen und bauen die Welten, in denen sie leben, in aller Ruhe um.

3. Urban Gardening ist eine Praxis von Degrowth

Degrowth und Urban Gardening sind keine getrennt voneinander existierenden Phänomene, sondern unterschiedliche Ausprägungen neuerer Strömungen, die einen gesellschaftlichen und zivilisatorischen Wandel verkörpern. Überall entstehen experimentelle Räume, in denen im Vergleich zu den Mainstream-Repräsentationen anders gedacht und anders gehandelt wird. Wir sehen eine stetig wachsende Vielfalt von kleinen, wendigen, anlassbezogenen Bewegungen und Aktionen auftauchen, die temporär oder lokal miteinander vernetzt sind, oder eben auch nicht. Sie hinterlassen eine räumliche Spur, weil sie Orte und Räume bespielen und diese dadurch verändern. In diesem Spiel stellt die sich stets ändernde Vielfalt der Akteurslandschaft ein riesiges Potenzial dar. Die einzelnen Aktivitäten wie Gärtnern, Bauen, Demonstrieren oder Reparieren sind eingebettet in ein vieldimensionales Geflecht, das größer ist als das jeweils eigene Projekt. Die Praxen des DIY und DIT in urbanen Gärten sind Ausdruck einer radikal-praktischen Erprobung neuer Lebensstile jenseits des noch hegemonialen industriellen Wachstumsparadigmas, das die in die Krise geratenen westlichen Gesell-

schaften nach wie vor kulturell und ökonomisch prägt. All diese Aktivitäten sind für sich genommen und besonders aber in ihrer Gesamtheit und Bezogenheit aufeinander Ausdruck einer zivilisatorischen Wende, die sich anbahnt. Sie alle versuchen, im Sinne des spekulativen Realismus – man verabschiedet den Konstruktivismus und wendet sich wieder stärker der Wirklichkeit zu (vgl. zum Beispiel Avanesian 2013) – neue Möglichkeiten in der Gegenwart zu entdecken, sie gehen davon aus, dass alles auf den Prüfstand gehört, und vor allem: dass alles immer auch anders sein könnte (vgl. ebenda und Baier/Müller/Werner 2013).

Dabei entstehen auch neue Konzepte und Stile von Politik. Politik manifestiert sich heute weniger in Theorien, Verlautbarungen, Forderungen und utopischen Formulierungen, sondern in den neu entstehenden Räumen selbst sowie in dem dort stattfindenden transformativen Handeln: im Gärtnern, Kochen, Lebensmittelretten, Machen, Reparieren, Umbauen, Wiederverwerten, Öffnen. Der neue Stil des Politischen besteht darin, die Welt zu reparieren, also praktisch zu transformieren (vgl. Baier/Hansing/Müller/Werner 2016). Nicht mehr Kritik ist der dominierende Modus der Resonanz auf das, was anders sein sollte, sondern Diagnose des Problems, Ideen zur Behebung und praktische Umsetzung – und das alles nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen, mit vielen anderen. Man fühlt sich zuständig und »übernimmt« (vgl. ebenda).

Oft wird gegen das Urban Gardening vorgebracht, dass eine Stadt auf diese Weise niemals ernährt werden könne. Abgesehen davon, dass dies noch nicht ausgemacht ist, geht es darum auch (vorläufig) gar nicht. Die Bedeutung der Gartenbewegung liegt in der Wertschätzung der kleinbäuerlichen Wirtschaft und der Subsistenzproduktion nebst Erfahrung und Einübung einer Logik, die nicht auf Verwertung, sondern auf Versorgung ausgerichtet ist. Urban Gardening ist – wie Degrowth – Plattform und Erfahrungsraum der Erkenntnis, dass die Nahrungsmittelfrage eine zentrale gesellschaftli-

Eindruck aus dem Prinzessinnengarten in Berlin. (Foto: Inga Kerber)



che Frage ist, und im Übrigen eine, die keineswegs gelöst ist. Die Gartenbewegung macht deutlich, dass die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen nicht mehr länger an die Industrie oder den Markt delegiert werden sollte. Urbane Gärten und viele andere Projekte der Urban-Food-Bewegung liefern alltagstaugliche Anregungen für eine nachhaltige und ethisch motivierte Praxis des Produzierens und Konsumierens. Alle gemeinsam stellen die Bedeutung regionaler Versorgungszusammenhänge heraus, das kann man an den vielerorts stattfindenden Volkküchen (VoKüs) oder Küchen für alle (Küfas), veganen und vegetarischen Lebensstilen und einer Hinwendung zur regional-saisonalen Küche erkennen. Es geht darum, nach allen Seiten hin fruchtbare Anschlüsse zu finden und damit einen eigenen Beitrag zu leisten für eine plurale Ökonomie im unmittelbaren Umfeld sowie für eine solidarische und ökologische Weltwirtschaft. Dafür sind Reflexion, politische Debatten, aber vor allem eine Ausdifferenzierung der Praxen (etwa in Richtung Open-Source-Ecology) erforderlich.

Ein Ansatz in diese Richtung war die gemeinsame Formulierung und Veröffentlichung des *Urban Gardening Manifests*, in dem sich urbane Gärten als Teil einer Commons-Bewegung positionieren. Das Manifest betont, wie wichtig ein frei zugänglicher öffentlicher Raum ohne Konsumzwang für eine demokratische Stadtgesellschaft ist und lässt keinen Zweifel daran, dass Urban Gardening mehr ist als die individuelle Suche nach einem hübsch gestalteten Rückzugsort. Der Appell ist vielmehr Ausdruck einer kollektiven Bewegung, die mit neuen Impulsen für die Zukunft der Städte auf sich aufmerksam macht.

4. Öffnung für alle Schichten, Kulturen und Naturen

Zwei Anregungen könnten aus meiner Sicht instruktiv sein für die Debatten, Perspektiven und Praxen des Degrowth: Zum einen könnte man/frau die Verfasstheit der modernen Gesellschaft mit ihrer (genderkonnotierten) Trennungsstruktur von Subsistenz und Ware, von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Natur und Kultur etc. noch intensiver reflektieren.

Zum anderen kann aus meiner Sicht die Bedeutung einer Praxis, in der die vermeintlich »anderen« einen Platz finden, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden – nicht zuletzt macht sie aus den Orten des DIY offene Räume und schafft allerbeste Voraussetzungen, Stadtbewohner*innen unterschiedlicher Herkunft und Bildungshintergründe in die Transformationsprozesse einzubeziehen. Gerade auch angesichts der aktuellen Migrationsbewegungen erweisen sich Räume, die einschließen und nicht ausschließen, als zentrale Ressource. Die modernen Stadtgesellschaften stehen vor der Aufgabe, entwurzelten Menschen das Ankommen und den Neuanfang zu erleichtern, (interkulturelle) Gemeinschaftsgärten haben hier bereits Erfahrungen gesammelt und Konzepte entwickelt, die ohne Leitkulturfantastereien oder folkloristische Engführungen auskommen.

5. Die Vision: eine zivilisatorische Wende

Die aus meiner Sicht größte zu überwindende Illusion ist die dualistische Trennung von Natur und Kultur. In den letzten fünf Jahrhunderten hat sie die Kolonisierung von Natur und von menschlichen Gemeinschaften (die zu Zwecken ihrer Ausbeutung zu Natur erklärt wurden) gerechtfertigt. Heute können wir Natur als ein komplexes System von Interaktionen erkennen, wie es zum Beispiel Bruno Latour mit seinem Konzept von Nat/Cult (Nature/Culture) vorschlägt; mit diesem versucht der französische Soziologe sowohl die kulturelle Bedingtheit der Natur als auch die Natureingebundenheit von Menschen begrifflich zu fassen (vgl. Latour 2014). Schon in den 1990er Jahren entwarf Latour eine gesellschaftliche Perspektive, die die fragilen, vielfältigen Netzwerke in einem lebendigen Kosmos von menschlichen und nicht menschlichen Wesen in den soziologischen Blick rückt.

Die urbane Praxis des gemeinschaftlichen Gärtnerns kann man im Lichte dieser Vision deuten: Visuell irritiert sie die Trennung von Stadt und Land, und es entsteht eine ökologische Sensibilität, die sowohl im Verhältnis zu den Dingen als auch im Verhältnis zu Pflanzen und Tieren ihren Ausdruck findet. Ich möchte das kurz veranschaulichen am Beispiel des 2014 erschienenen Handbuchs zum Lernen in urbanen Gärten (Halder u. a. 2014). Das im Do-it-yourself-Siebdruck gestaltete Cover des Handbuchs von Berliner Gartenaktivist*innen lässt sich mit ein wenig Bildhermeneutik als ein eigenes Universum lesen: Maispflanzen umwuchern eine Hochhauslandschaft, Tomaten sprießen auf Dächern und eine überdimensionierte Maiskolben-Heuschrecke schaut sich in aller Ruhe im urbanen Biotop um. Im Buchinnern treffen wir auf eine Gießkanne mit Vogelbeinen und einen Menschen mit Zwiebelkörper. Bruno Latours »Parlament der Dinge« lässt grüßen: Hier sind Pflanzen und Tiere keine Ressourcen, sondern selbst Akteur*innen, die ein Recht auf ihnen gemäße Umwelten in der Stadtgesellschaft haben.

Heute experimentieren die neuen urbanen Interventionist*innen mit dieser erweiterten Vorstellung von Natur/Gesellschaft. In ihren Räumen lernen Menschen in Mensch-Ding-Tier-Pflanze-Kohabitationen voneinander und von den Parallelwelten der Europaletten, der Stauden, Hühner und Bienen. Im Gewusel des Miteinanders entsteht freier Raum, um das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur neu auszuhandeln. Die Akteur*innen stellen fest, dass die Dinge, die sie nähren, oft aus anderen Quellen stammen als aus ihnen selbst.



.....
*Auf der Suche nach praktischen Antworten
versammelt das Handbuch »Wissen wuchern lassen«
Bausteine für grüne Lernorte und eröffnet Einblicke
in den bunten und kreativen Erfahrungsschatz
urbaner Gärtner*innen. (Foto: AG Spak Bücher)*

Links

anstiftung: Urbane Gärten (mit einer Karte urbaner Gemeinschaftsgärten): <http://anstiftung.de/urbane-gaerten>

Stadtacker: <http://www.stadtacker.net/SitePages/Homepage.aspx>

Urban Gardening Manifest: <http://urbangardeningmanifest.de/>

Nachbarschaftsakademie des Prinzessinnengartens (Berlin): <http://nachbarschaftsakademie.net/>

Eine andere Welt ist pflanzbar (Texte und Filme von Ella von der Haide zu Gemeinschaftsgärten): <http://www.eine-andere-welt-ist-pflanzbar.de/>

Verwendete und weiterführende Literatur

Arendt, Hannah (1972): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München/Zürich: Piper.

Avanessian, Armen (Hrsg.) (2013): *Realismus. Jetzt. Spekulative Philosophie und Metaphysik für das 21. Jahrhundert*. Berlin: Merve.

Baier, Andrea; Müller, Christa; Werner, Karin (2013): *Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself*. Bielefeld: transcript.

Baier, Andrea; Hansing, Tom; Müller, Christa; Werner, Karin (2016): *Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis*. Bielefeld: transcript.

Halder, Severin u. a. (Hrsg.) (2014): *Wissen wuchern lassen. Ein Handbuch zum Lernen in urbanen Gärten*. Neu-Ulm: AG Spak Bücher.

Helfrich, Silke, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript.

Krasny, Elke (Hrsg.) (2012): *Hands-on Urbanism 1850–2012. Vom Recht auf Grün*. Wien: Turia+Kant.

Kropp, Cordula (2011): *Gärtner(n) ohne Grenzen: Eine neue Politik des »Sowohl-als-auch« urbaner Gärten?* In: *Urban Gardening*. Müller, Christa (Hrsg.). München: oekom, S. 76–87.

Latour, Bruno (2014): *Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen*. Berlin: Suhrkamp.

Müller, Christa (Hrsg.) (2011): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom.

Müller, Christa; Werner, Karin (2006): *Von der Kultur zur Interkultur – Begriffliche Grundlagen der modernen Migrationsgesellschaft* (Skripte zu Migration und Nachhaltigkeit 4). München: Stiftung Interkultur. (2003 als Feature für den Hessischen Rundfunk.) <http://bit.ly/2fWi2A8>; Zugriff: 01.02.2017.

Müller, Christa (2002): *Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse*. München: oekom.

Sandel, Michael J. (2012): *Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes*. Berlin: Ullstein.

Werner, Karin (2011): *Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberale Ordnung*. In: *Urban Gardening*. Müller, Christa (Hrsg.). München: oekom, S. 54–75.

Degrowth als Teil des Mosaiks der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation

Corinna Burkhart, Matthias Schmelzer und Nina Treu

1. Was wir wollen: Bewegungen vernetzen und sichtbar machen

Es gibt eine Vielzahl emanzipatorischer Alternativen, die auf einen sozial-ökologischen Wandel hinarbeiten. Und es war selten wichtiger als heute, dies hervorzuheben. Vom Brexit über die AfD bis hin zu Trump – die aktuellen politischen Verwerfungen zeugen von einer Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, die sich in einem gesellschaftlichen Ruck nach rechts und im Sichtbarwerden und Erstarren rassistischer, frauen*feindlicher, homo- und transphober Einstellungen und Gewalt zeigt. Oft werden diese Verschiebungen als Wunsch oder Suche nach einer Alternative zur vorherrschenden Wirtschaft und Politik gedeutet – als regressive Antworten auf die entfesselte Globalisierung, auf Ökonomisierung und Verarmung. Aber es gibt auch Tausende andere Alternativen: emanzipatorische und solidarische, welche die Würde aller Menschen achten. Mit dieser Textsammlung wollen wir sowohl dem herrschenden Wachstumsparadigma als auch den erstarkenden menschenverachtenden Tendenzen etwas entgegensetzen. Das Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* zeigt ein Mosaik der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation auf – ein Mosaik, das vor allem durch seine Vielfalt an Strahl- und Wirkkraft gewinnt.

Vor einigen Jahren hat der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban die Mosaik-Linke als »Hoffnungsträgerin der postneoliberalen Periode« vorgeschlagen. Darunter verstand er einen gegenhegemonialen Block, der von den Gewerkschaften über die globalisierungskritischen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, sozialen Selbsthilfeinitiativen bis hin zu kritischen Teilen der kulturellen Linken reicht. Dazu schrieb Urban (2009: S.77): »[W]ie ein Mosaik seine Ausstrahlungskraft als Gesamtwerk entfaltet, obwohl seine Einzelteile als solche erkennbar bleiben, könnte eine neu gegründete Linke als heterogener Kollektivakteur wahrgenommen und geschätzt werden.«

Das Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* bildet nur einen Ausschnitt dieser Mosaik-Linken ab, die wir als dynamisch und sich stets verändernd verstehen. Das Projekt fokussiert auf jenen Teil des Mosaiks, der sich mit der

idee? Wer ist aktiv und was machen die? – jeweils sehr klare Einblicke in die verschiedenen Bewegungen und Strömungen. Diese Textteile sind gut geeignet, um sich im Feld der Konzepte und Akteur_innen einer sozial-ökologischen Transformation zu orientieren – auch als Einstieg. Vor allem beim Lesen über Bewegungen, die einem selbst nicht bekannt oder wenig vertraut sind, lassen sich, wie mit dem Projekt beabsichtigt, Vorurteile abbauen und ungeahnte Aha-Effekte erleben.

Vor allem aber geht es uns um die Frage, wie wir dieses Mosaik der Alternativen für eine sozial-ökologische Transformation *gemeinsam* voranbringen können. Auch dazu liefern die Schreiber_innen Impulse: Sie zeigen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Degrowth auf, formulieren Kritik und Anregungen und bringen ihre Visionen zur Sprache. Darauf wollen wir hier näher eingehen und dabei die Stärken der verschiedenen Perspektiven in den Vordergrund stellen. Inwiefern der gemeinsame Schreib- und Vernetzungsprozess im Rahmen von *Degrowth in Bewegung(en)* emanzipatorische Strömungen, die auf einen sozial-ökologischen Wandel hinarbeiten, als Teil des Mosaiks stärken kann, müssen die folgenden Jahre zeigen. Auch dazu werden wir im Folgenden einige Thesen entwickeln.

Unsere Überlegungen basieren nicht nur auf den Texten der zahlreichen Autor_innen, sondern auch auf einem gemeinsamen Treffen im Oktober 2016 in Berlin, bei dem wir diese Fragen mit vielen Beteiligten diskutiert haben. Die Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen, stammen dennoch von uns, den Herausgebenden. Wir erheben mit ihnen keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Abgeschlossenheit. Vielmehr verstehen wir sie als Zwischenstand eines laufenden Prozesses, von dem das Projekt *Degrowth in Bewegung(en)* wiederum nur ein Ausschnitt ist.

2. Bewegungen im Plural – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Es gibt viele und grundlegende Überschneidungen zwischen den Bewegungen und Strömungen – dies wird vor allem in der Zusammenschau deutlich. Und doch verfügen alle über eine je eigene Stoßrichtung und Motivation, über eine spezifische Art, die Gesellschaft, Krisenprozesse und die eigene Rolle zu analysieren, und über bestimmte Strategien. Die Gesamtschau zeigt auch, dass sich einige der Bewegungen oder Strömungen gegenseitig enthalten. Welche dabei jeweils das namensgebende Oberthema oder Querschnittsthema ist oder liefert, lässt sich nicht eindeutig bestimmen und auch meist in mehrere Richtungen denken. So versteht sich die Urban Gardening-Bewegung beispielsweise als Teil der Commons-Bewegung. Viele der Gartenprojekte sind wiederum herausragende Bezugspunkte für Teile der Degrowth- und Commons-Bewegung. Degrowth sieht Commoning als eines der zentralen Prinzipien für eine andere Gesellschaft. Und die Commons-Bewegung integriert Degrowth-Ideen.

Gemeinsamkeiten

Einige Gemeinsamkeiten kristallisieren sich besonders deutlich heraus. Sie zeigen sich vor allem in grundlegenden verbindenden Weltverständnissen und Werten und sagen nicht zwingend etwas über den Fokus aller Beteiligten aus.

- ◆ *Bedürfnisorientierung*: Anstelle der Orientierung an Wirtschaftswerten, abstrakten Produktionszahlen oder Verwertungslogiken stehen konkrete Bedürfnisse und das gute Leben aller im Zentrum.
- ◆ *Mensch als komplexes Beziehungswesen*: Viele teilen ein ganzheitliches Menschenbild, was explizit oder implizit geäußert wird. Menschen gelten demzufolge nicht als rationale Nutzenmaximierer_innen im Sinne des *homo oeconomicus*, sondern als soziale und emotionale Wesen, die in Beziehung zu anderen stehen.
- ◆ *Umfassende Analyse*: Die meisten Bewegungen teilen eine umfassende Analyse, welche viele Aspekte von Ungleichheiten und Krisen in den Blick nimmt und sich nicht auf Einzelheiten beschränkt.
- ◆ *Globale Gerechtigkeit*: Statt politische Fragen nur im nationalen Rahmen zu diskutieren, haben die meisten eine globale Perspektive, aus der heraus sie ihre sozialen und ökologischen Gerechtigkeitsansprüche ableiten.
- ◆ *Ablehnung der grünen Ökonomie*: Fast keine Bewegung glaubt daran, dass die multiplen Krisen der Welt durch eine »Begrünung« des Kapitalismus gelöst werden können, und viele kritisieren die (Neben-)Wirkungen großtechnologischer Lösungen.
- ◆ *Demokratisierung*: Statt die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft an wenige zu delegieren, geht es allen mehr oder weniger explizit um eine umfassende Demokratisierung, die die Teilhabe aller einschließt. Dies spiegelt sich auch in der Arbeitsweise der jeweiligen Organisationen und Netzwerke wider – auch wenn sich dabei Anspruch und Wirklichkeit nicht immer entsprechen.
- ◆ *Sozial-ökologische Transformation*: Anstatt soziale und ökologische Probleme gegeneinander auszuspielen, gibt es bei allen ein – unterschiedlich stark ausgeprägtes – grundlegendes Anerkennen der wechselseitigen Verbindungen, auch wenn oft ein Aspekt stärker im Vordergrund steht.
- ◆ *Paradigmenwechsel*: Statt darauf zu hoffen, dass kleine Veränderungen oder politische Reformen die Probleme lösen können, setzen sich viele Be-

wegungen für grundlegende Veränderungen ein. Dabei sollen nicht »nur« gesellschaftliche Strukturen (wie beispielsweise die Arbeitszeit, die Energiewende oder die Vermögensverteilung) transformiert werden, sondern auch unsere mentalen (Infra-)Strukturen. Viele Aktivitäten zielen daher (auch) darauf ab, unsere Vorstellungswelten und Werte zu verändern.

- ◆ *Hier und jetzt intervenieren:* Anstatt die notwendigen Veränderungen nur prinzipiell einzufordern, versuchen die meisten, hier und jetzt anzufangen – entweder in kleinen Alternativprojekten, in denen Utopien ausprobiert werden, oder in sozialen Kämpfen um konkrete Errungenschaften.

Unterschiede

Bei allen Gemeinsamkeiten handelt es sich doch um unterschiedliche Bewegungen und Initiativen mit jeweils eigenen Analysen, Strategien, Geschichten und Träger_innen. Entsprechend bestehen natürlich auch viele Unterschiede, die sich zentral in folgenden Bereichen zeigen:

- ◆ *Moralischer Bezugsrahmen:* Allen Bewegungen und Strömungen geht es um Gerechtigkeit. Sie unterscheiden sich allerdings darin, für wen sie diese Gerechtigkeit wollen. Für alle Bewegungen geht es grundsätzlich und mindestens implizit um *alle* Menschen, wobei der Fokus ihrer Arbeit aber oft regional begrenzt und teilweise nur auf den Globalen Norden konzentriert ist. Einige Bewegungen (zum Beispiel Buen Vivir, Urban Gardening, Teile von Degrowth) schließen auch die Rechte der Natur mit ein. Und die Tierrechtsbewegung kämpft für Gerechtigkeit für alle (auch nichtmenschlichen) Tiere.
- ◆ *Verhältnis zum Kapitalismus:* Bei einigen Bewegungen spielt der Kapitalismus eine zentrale Rolle in ihrer Analyse und Kritik, sie sind dezidiert kapitalismuskritisch oder antikapitalistisch (z. B. Attac, Degrowth, Demonetarisierung, Klimagerechtigkeit, Peoples Global Action). Andere wiederum beschäftigen sich kaum oder gar nicht mit dem Kapitalismus (z. B. FUTURZWEI, Umweltverbände). Viele beziehen sich – vor allem in ihrer Analyse – kritisch auf den Kapitalismus, sind bezüglich der Alternativen aber ambivalent (z. B. Ökodorf-Bewegung).
- ◆ *Transformationsstrategien:* Unterschiedlich ist auch die Vorstellung davon, wie Gesellschaft verändert werden kann. Ein Teil der Bewegungen setzt darauf, gesellschaftliche Konflikte auszutragen (z. B. Anti-Kohle-Bewegung, Care Revolution, Klimagerechtigkeit) oder Widerständigkeit zu verbreiten (z. B. Artivism), ein anderer Teil auf Veränderung aus der Nische heraus und durch den Aufbau konkreter Alternativen (z. B. Ökodorf-Bewegung, Solidarische Ökonomie, Urban Gardening). Wieder andere konzentrieren sich darauf, grundlegende Transformationen und Alternativen

bekannt zu machen (z. B. Demonetarisierung) oder zu fördern (z. B. Commons-Bewegung, plurale Ökonomik).

- ◆ *Macht- und Herrschaftskritik:* In der Arbeit mancher Strömungen ist Macht- und Herrschaftskritik ein zentrales Element (z. B. Buen Vivir, Care Revolution, Ernährungssouveränität, flucht- und migrationspolitische Bewegung, queer-feministische Ökonomiekritik), bei anderen spielt dies gar keine oder eine untergeordnete Rolle (z. B. FUTURZWEI, Gemeinwohl-Ökonomie, plurale Ökonomik). Entsprechend ist auch die Selbstreflexion über die eigenen Leerstellen und Privilegien unterschiedlich stark ausgeprägt.
- ◆ *Bündnisfähigkeit:* Alle zeichnet eine allgemeine Offenheit gegenüber den anderen Bewegungen und Strömungen aus. Die Ansprüche an mögliche Bündnispartner_innen unterscheiden sich hingegen deutlich: Einzelne legen dafür sehr starke Kriterien an (z. B. Demonetarisierung, Tierrechtsbewegung), andere wiederum plädieren für breite Bündnisse und betonen die Gemeinsamkeiten (z. B. Offene Werkstätten, Ökodorf-Bewegung).
- ◆ *Organisationsstruktur:* Die Bewegungen und Strömungen sind sehr unterschiedlich organisiert. Das betrifft sowohl die Reichweite (lokal, national, regional, global) als auch die interne Demokratie (basisdemokratisch versus hierarchisch) und den Grad der Organisation (starke versus flexible Strukturen, formelle oder informelle Netzwerke).

Anstatt die benannten Unterschiede auszublenden und eine homogene Bewegung zu beschwören oder jene aufzublasen und dadurch Trennungen und Grabenkämpfe zu provozieren, schlagen wir vor, diese Unterschiede – und die Gemeinsamkeiten – zu nutzen, um das Mosaik der Alternativen besser zu verstehen. Darin sind unterschiedliche Strömungen mit jeweils eigenen Perspektiven, Analysen, Schwerpunkten und Strategien vertreten; für unterschiedliche (Zwischen-)Ziele verbinden sie sich, mehr und weniger stark, miteinander. Sie stärken sich gegenseitig, und es gibt viel Raum für gemeinsames Lernen.

3. Was ist und bringt Degrowth (nicht)?

Die Potentiale und Schwächen von Degrowth sind umstritten. Als Herausgebende hatten wir gemeinsam mit Dennis Eversberg einen einführenden Text zu Degrowth geschrieben (S.12–19), der allen Autor_innen zu Beginn des Schreibprozesses zugänglich war. In deren Texten zeigte sich, dass es trotzdem ausgesprochen unterschiedliche und teils widersprüchliche Verständnisse davon gibt, was Degrowth überhaupt ist. Die jeweilige Auffassung hängt dabei ganz grundlegend vom eigenen Standpunkt und den

bisherigen Erfahrungen und Berührungspunkten (so es sie denn gab) mit Degrowth ab.

Im nächsten Abschnitt werden wir zeigen, wie sich die unterschiedlichen Bewegungen inklusive Degrowth gegenseitig bereichern können. Zuvor jedoch wollen wir anhand zentraler Kritikpunkte die unterschiedlichen Verständnisse von Degrowth diskutieren und nachzeichnen, wie die Autor_innen das Verhältnis zwischen Degrowth und der jeweils »eigenen« Bewegung interpretieren.

Degrowth gleich Suffizienz?

Im deutschsprachigen Raum ist ein bestimmter Postwachstumsdiskurs, der Suffizienz und individuellen Verzicht als die zentralen Elemente versteht, sehr präsent. Viele Autor_innen setzen Degrowth mit diesem Strang gleich und reiben sich an dieser wenig strukturellen und machtkritischen Sichtweise. Kritisiert wird auch, dass es bei Postwachstum/Degrowth nur um eine Reduzierung des Bruttoinlandsproduktes gehe und Degrowth keine positive Vision oder Alternativvorstellungen enthielte. Als Projektverantwortliche und in der Arbeit beim *Konzeptwerk Neue Ökonomie e. V.* teilen wir diese Kritik und setzen uns daher für ein umfassenderes Verständnis von Degrowth ein (vgl. S. 108–117).

Degrowth und Wachstum

Neben diesen Kritikpunkten, die wir als Missverständnisse interpretieren, gab es aber auch weitere explizite Kritiken am Degrowth-Konzept. So werden der Fokus auf Wachstum und der Begriff Degrowth infrage gestellt. Einige argumentieren, Wachstumskritik solle nicht im Vordergrund stehen. Denn Wachstum, auch Wirtschaftswachstum, sei – zum Beispiel für Menschen des Globalen Südens oder für Gesellschaftsbereiche wie Care – nicht per se schlecht. Für viele Menschen sei es positiv besetzt (z. B. flucht- und migrationspolitische Bewegung, queer-feministische Ökonomiekritik). Der Fokus solle nicht auf ein Weniger, sondern auf ein positives und erstrebenswertes Mehr gelegt werden (z. B. Care Revolution, Transition Towns). Auch einige wachstumskritische Strömungen sehen Wachstum als nachgelagertes Problem an: Weil der Kapitalismus kritisiert und abgelehnt wird, sei auch Wirtschaftswachstum zu problematisieren (z. B. Attac, Demonetarisierung, Post-Development).

Auch am Begriff Degrowth gab es Kritik: Schon allein das englische Wort stelle eine Barriere dar, zeige den fehlenden Bezug zur Basis und verkörpere einen elitären Ansatz (Recht auf Stadt). Degrowth transportiere, so bemerken andere, eine ökologische Verzichtsmoral und sei abschreckend – fast wie ein Schimpfwort – und außerdem alltagsfremd (z. B. Artivism, Gewerkschaften).

Meist wird nicht empfohlen, den Begriff zu verwerfen, sondern ihn anders zu belegen und zu füllen. Der Fokus solle auf Prinzipien – wie Solida-

rität, Demokratie, Partizipation, Gleichberechtigung und sozialverträgliche Inklusion –, die die kritische Perspektive konstruktiv ergänzen, gelegt werden (Solidarische Ökonomie), Degrowth sei mit einer positiven Erzählung (FUTURZWEI) oder Kreativität und Fantasie (Artivism) zu beleben .

Schwerpunktsetzung

Mehrere Autor_innen kritisieren die Schwerpunktsetzung im Bereich Strategie – und kommen zu widersprüchlichen Ergebnissen. So ist Degrowth für einige zu theoretisch und wissenschaftlich (z. B. 15M, Anti-Kohle-Bewegung, Artivism, Ökodorf-Bewegung, Recht auf Stadt), andere finden Degrowth eher aktivistisch (Plurale Ökonomik). Einige fordern, Degrowth dürfe nicht nur eine »Kommunikationsoffensive« (flucht- und migrationspolitische Bewegung) bleiben, sondern müsse auch in praktische Auseinandersetzungen intervenieren (z. B. Attac). Andere hingegen plädieren dafür, das inhaltliche Profil von Degrowth zu schärfen (Recht auf Stadt).

Die Nähe zu Degrowth

Unterschiedlich fallen auch die Einschätzungen dazu aus, wie (nah) die Bewegungen zu Degrowth stehen, oder anders formuliert: wo die Autor_innen die eigene und die Degrowth-Bewegung im gesamten Mosaik verorten. Die Anti-Kohle-Bewegung steht Degrowth sehr nahe, die Jugendumweltbewegung versteht sich gar als Teil davon. Die Freie-Software-Bewegung sieht ihre Bemühungen als einen der Kämpfe der Degrowth-Bewegung. Attac wiederum macht viele Gemeinsamkeiten aus, will aber aus verschiedenen Gründen nicht Teil davon sein. Bei den Platzbesetzungen in Spanien (15M) spielte Degrowth offenbar eine wichtige Rolle, war aber eben auch nur eine Perspektive unter vielen in dieser »Bewegung der Bewegungen«.

Degrowth wird außerdem als komplementär zur »eigenen« Strömung (Post-Development), als Teil eines gemeinsamen Ganzen (Post-Extraktivismus), als Ziel (Transition Town), als weitere Ausprägung einer übergreifenden Strömung (Urban Gardening) oder als Bedingung für eine Transformation (Umweltbewegung) gesehen.

Ein spannender Reibungspunkt scheint die – tatsächliche oder gewünschte – Rolle von Degrowth im Spektrum der Bewegungen zu sein. So besteht durchaus die Sorge, dass Degrowth zu vereinnahmend ist (z. B. Tierrechte) oder (Tabu-)Themen vorgibt und somit eine Monokultur etabliert (flucht- und migrationspolitische Bewegung). Die Autor_innen zur Solidarischen Ökonomie wiederum werfen, ganz allgemein, die Frage auf, ob es der Konkurrenz im Denken geschuldet sei, dass alle Bewegungen ihre Alleinstellungsmerkmale herauskehren (müssen)?

4. Voneinander lernen – Impulse aus den verschiedenen Bewegungen

In der reflektierten Auseinandersetzung, die uns in den Texten begegnet ist, können wir (zumindest vordergründig) kein Konkurrenzgebaren erkennen, sondern eher den Wunsch, sich gemeinsam weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Projektes *Degrowth in Bewegung(en)* fanden Auseinandersetzungen mit der je eigenen Initiative oder Bewegungen, mit Degrowth und mit anderen Strömungen statt. Dies trug zu einer (Selbst-)Reflexion bei und hat viele Akteur_innen miteinander in Beziehung gesetzt. Solche Netzwerke existieren selbstverständlich auch unabhängig von Degrowth-Projekten, sie wurden in diesem Rahmen jedoch gestärkt.

Die Autor_innen haben in sehr unterschiedlichem Maße und auf verschiedenen Ebenen Kritik und Anregungen formuliert, die sie vor allem an Degrowth richten. Dennoch sind diese Impulse eine wichtige Bereicherung für alle. In ihrer vollen Bedeutung und Tragweite entfalten sie sich erst vor dem Hintergrund der Geschichte und des Charakters der jeweiligen Bewegungen und Strömungen, wie sie sich beim Lesen der Texte offenbaren. Trotzdem wollen wir einige Aspekte herausgreifen.

Degrowth als Anregung und Chance

Die Autor_innen brachten viele Anregungen, die sie aus der Degrowth-Perspektive ziehen, zur Sprache. Worin diese bestehen, ist so vielfältig wie die Bewegungen selbst. Einige Punkte tauchten allerdings immer wieder auf – vielleicht hilft deren Kenntnis dabei, zu verstehen, warum Degrowth momentan für so viele eine Anziehungskraft hat.

Für einige Strömungen – vor allem für jene, die praktisch und lokal arbeiten – erweitert Degrowth den Horizont: Konzepte und Perspektiven, die mit dem eigenen Tun verbunden sind, rücken in den Blick. Degrowth stellt eine umfassendere Perspektive auf die eigenen Aktivitäten bereit und hilft dabei, das eigene Tun zu verorten (z. B. Freie-Software-Bewegung, Offene Werkstätten, Ökodorf-Bewegung, Tierrechtsbewegung, Umweltbewegung). Es kann eine Argumentationshilfe liefern (z. B. Recht auf Stadt), neue Zielgruppen erschließen (z. B. Anti-Kohle-Bewegung) oder zur Repolitisierung kritischen Konsumierens beitragen (z. B. Jugendumweltbewegung). Für die eher sozial orientierten Akteur_innen öffnet es den Horizont in Richtung ökologischer Fragestellungen (z. B. 15M, Commons-Bewegung, Demonetarisierung, Recht auf Stadt). Umgekehrt liefert es den eher ökologisch orientierten eine wirtschaftspolitische und soziale Rahmung (z. B. Tierrechtsbewegung, Umweltbewegung, Urban Gardening). Bewegungen, die sowohl sozial als auch ökologisch orientiert sind, machen eben darin Verbindungslinien zu Degrowth aus (z. B. Ernährungssouveränität, Gemeinwohl-Ökonomie, Solidarische Ökonomie). Und Bewegungen des Globalen Südens (Buen Vivir, flucht- und migrationspolitische Bewegung, Radikale Ökologische Demokratie) sehen in

Degrowth ein wertvolles Gegenüber im Globalen Norden bei der Suche nach alternativen Entwicklungs- und Transformationsperspektiven.

Verhältnis zum Globalen Süden

Viele Autor_innen beziehen sehr kritisch zum Verhältnis zwischen Globalem Süden und Globalem Norden Stellung und fordern eine kritische Auseinandersetzung aller mit diesem Thema. Friederike Habermann (Peoples Global Action) plädiert für eine Süd-Nord-Kooperation, da sonst Klimakolonialismus und Umweltrassismus drohten. Dabei geht es ihr um breite wirkliche Begegnungen, nicht um nur punktuellen Austausch der Intellektuellen. Von den Texten zu Buen Vivir und Post-Extraktivismus können wir lernen, wie wichtig die internationale Perspektive ist. Denn für eine sozial-ökologische Transformation, die ihren Namen verdient, müssten sich globale politische, sozial-ökonomische und kulturelle Verhältnisse ändern. Ulrich Brand (Post-Extraktivismus) bringt das folgendermaßen auf den Punkt:

»Für die Degrowth-Perspektive [...] ist es zentral, die Verstrickungen der in Europa dominanten imperialen Produktions- und Lebensweise mit anderen Weltregionen zu verdeutlichen. Sonst droht Degrowth provinziell zu werden und die zerstörerischen Grundlagen der eigenen Alternativen zu übersehen.« (S. 306)

Ashish Kothari (Radikale Ökologische Demokratie) und Alberto Acosta (Buen Vivir) betonen, dass Alternativen stets situationsabhängig sind und nicht überall gleich angewandt werden können. Gleichwohl sollten alle die Alternativen und Kämpfe in anderen Teilen der Welt zur Kenntnis nehmen und die eigenen Ansätze damit ins Verhältnis setzen.

Herrschaftskritik und Widerstand

Vielfach wird deutlich gefordert, herrschaftskritisch und widerständig zu sein oder zu werden – denn auch das kann gelernt werden. Friederike Habermann (Peoples Global Action) betont, dass wir bei unseren jeweiligen Auseinandersetzungen nicht alle anderen Herrschaftsverhältnisse, die Menschen einschränken – und die ebenfalls bekämpft werden müssen –, vergessen dürfen. Das *Trouble Everyday Collective* (queer-feministische Ökonomiekritik) warnt davor, die Augen vor Herrschaftsfragen zu verschließen und zu glauben, dass eine Transformation ohne Konflikte und reibungslos verlaufen könnte. John Jordan (Artivism) fordert eine Kultur des Widerstands; das heißt, dass Widerstand von einer breiten Masse der Bevölkerung gestützt werden muss.

Auch wenn eine Vision für Transformation und das gute Leben für alle wichtig ist, brauchen Bewegungen ein Feld der Auseinandersetzungen mit klaren antagonistischen Strukturen. In der Zusammenarbeit zwischen Degrowth und der Bewegung für Klimagerechtigkeit lässt sich ein solches Pra-

xisfeld ausmachen: der Widerstand gegen Kohletagebaue (Klimagerechtigkeit). Gibt es vielleicht auch in anderen Bereichen solche Möglichkeiten, etwa zu Care oder zu Flucht und Migration?

Natur anders denken

Einige Bewegungen und Strömungen regen dazu an, das westliche, rationalistische und dichotomisierende Naturverständnis zu überdenken und durch ein umfassenderes Weltbild und andere Werte zu ersetzen. Zentral ist hier die Frage, wie eine Gesellschaft organisiert sein kann, die menschliche Bedürfnisse erfüllt und gleichzeitig die ökologischen Grundlagen bewahrt. So steht Buen Vivir für eine Ethik, in der nicht der Mensch den Mittelpunkt bildet: Menschen werden nicht einfach nur als Individuen, sondern in Gemeinschaft mit der Natur wahrgenommen.

Materielle Räume schaffen

Darüber hinaus wird die Bedeutung längerfristig bestehender konkreter physischer Räume betont. Dabei geht es einerseits um das Schaffen von Reallaboren (Offene Werkstätten), in denen Abstraktes konkret wird und nicht nur geredet wird. Andererseits geht es auch um das Zusammenkommen verschiedener Akteur_innen »vor Ort«, um das Sichtbarmachen von Alternativen und um die Herstellung lokaler Bezüge über punktuelle Veranstaltungen hinaus (z. B. 15M, Ökodorf-Bewegung, Recht auf Stadt, Transition Town, Urban Gardening).

Milieugrenzen überwinden

Um eine sozial-ökologische Transformation Wirklichkeit werden lassen, ist es unerlässlich, eine breite Bewegung anzustoßen und über das bildungsbürgerliche Milieu hinaus Menschen zu erreichen und aufzunehmen. Im Gewerkschaftstext wird dazu angemerkt, dass den in der Degrowth- und Ökologiebewegung aktiven Menschen – gebildet und relativ wohlhabend – ein Verständnis der Situationen anderer Gruppen fehle. Jenseits des Bildungsbürgertums empfinden viele Degrowth als »öko« oder esoterisch und damit abschreckend.

Wie die selbstkritischen Reflexionen dazu zeigen, sind in vielen der Strömungen und Bewegungen tatsächlich vor allem Menschen aktiv, die gut gebildet, aus der Mittelschicht und *weiß* sind. Viele Autor_innen fordern daher von sich selbst und Degrowth, die eigene Blase zu verlassen. Die Beschäftigung mit der Frage, wie sich die Bewegungen und Strömungen zusammensetzen, wer (wie stark) partizipiert, wird als wichtig und gut, von einigen jedoch auch als anstrengend und unangenehm empfunden.

Einige Bewegungen sind besser darin, breit zu mobilisieren, und können den anderen neue Perspektiven eröffnen. Von Gewerkschaften und dem Netzwerk Care Revolution lässt sich lernen, wie sozial-ökologische Fragen auch außerhalb des Bildungsbürgertums thematisiert werden kön-

nen. Die Jugendumweltbewegung bringt die Perspektiven von Jugendlichen ein. Buen Vivir, Klimagerechtigkeit, Post-Development, Post-Extraktivismus und Radikale Ökologische Demokratie eröffnen Perspektiven aus dem Globalen Süden. Und Menschen, die für Ernährungssouveränität eintreten oder in der flucht- und migrationspolitischen Bewegung aktiv sind, haben Erfahrung mit transnationaler Organisation und gemeinsamen Kämpfen von unterschiedlichen Menschen, etwa von solchen mit und ohne Flucht- und Migrationshintergrund.

5. Wie weiter?

Degrowth in Bewegung(en) will dazu beizutragen, dass die verschiedenen Alternativen sich als Teil eines Mosaiks einer sozial-ökologischen Transformation wahrnehmen und dass sie gemeinsam aktiv werden. Ziel ist, dass sich die beteiligten Bewegungen besser verstehen, aus den verschiedenen Perspektiven, Strategien und Erfahrungen lernen und dadurch eine bessere Grundlage für Organisation, Projekte und Aktivismus zu schaffen.

In den Antworten auf die Frage nach ihrer Vision für die Zukunft nennen viele Autor_innen den Wunsch nach Zusammenarbeit, um unter den sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Missständen an Durchsetzungsfähigkeit zu gewinnen. Wie also weiter mit dem Mosaik? Für Ashish Kothari (Radikale Ökologische Demokratie), der in Indien an ähnlichen Bündnisprozessen beteiligt ist, besteht die wichtigste Aufgabe von *Degrowth in Bewegung(en)* darin, die Essenz der Initiativen zu erkennen und herauszufinden, ob ihre Werte und Prinzipien auf einen zusammenhängenden Rahmen hindeuten: auf ein Gemeinsames, das »die zurzeit vorherrschende Denk- und Verhaltensweise der wachstumszentrierten ›Entwicklungsmentalität‹ (>developmentality<) infrage stellen kann« (S. 325).

Wir sind der Ansicht, dass es einen solchen Rahmen gibt, dass seine Ausformung aber noch breit diskutiert werden muss. Sehr viele Bewegungen beziehen sich positiv auf die Idee und den Begriff einer sozial-ökologischen Transformation (explizit bei: Commons-Bewegung, Degrowth, Ernährungssouveränität, FUTURZWEI, Gewerkschaften, Grundeinkommen, Plurale Ökonomik, Post-Extraktivismus, Recht auf Stadt und Umweltbewegung). Wie diese Begriff aber gefüllt ist und wie die Transformation aussehen und gestaltet werden soll, muss erst noch gemeinsam entwickelt werden. Bei allen Ideen und Ansätzen zur Zusammenarbeit gilt es zu bedenken, dass Kooperation kein Selbstzweck sein soll. Die Fokussierung auf unterschiedliche Themen und Projekte ist kaum vermeidbar und hat ihre Berechtigung. Die Frage ist also: Unter welchen Voraussetzungen, mit welchen Zielen und mit welchen Strategien arbeiten wir zusammen?

Es mangelt nicht an Vorschlägen, was Schritte zu einer gemeinsamen Bewegung oder zumindest zu gemeinsamem Handeln wären. So gibt es den Wunsch, gemeinsame koordinierte Protestaktionen zu konzipieren

und durchzuführen (z. B. Anti-Kohle-Bewegung, Attac). Andere schlagen vor, als ersten Schritt ein gemeinsames Grundverständnis beziehungsweise gemeinsame Ziele zu entwickeln (z. B. Commons-Bewegung, Ökodorf-Bewegung) und dann zu konkreten Themen überzugehen. Eine weitere Möglichkeit wäre, konkrete Alternativen aufzubauen (z. B. 15M) und sich in diesen zu vernetzen (z. B. Offene Werkstätten). Dies kann lokal, regional, national oder transnational geschehen, womit jeweils eigene Möglichkeiten und Herausforderungen einhergehen.

Wichtig scheint es uns jedenfalls, sich mit anderen Bewegungen (selbst-)kritisch auseinanderzusetzen, bei anderen solidarisch mitzuwirken und potentielle Allianzen auszuloten und zu erarbeiten. Denn gemeinsame Perspektiven entstehen im Austausch und in konkreten Kooperationen und gemeinsamen Kämpfen. Ob daraus entstehende Bündnisse einen Beitrag für eine sozial-ökologische Transformation und gegen den erstarkenden Rechtsruck leisten können? Wir hoffen es zumindest. Aber alleine werden wir es nicht schaffen. Ob diese Gesellschaft wahrhaftig demokratisch wehrhaft ist, wird sich also vor allem an der Frage entscheiden, ob mehr Menschen die Zeichen der Zeit erkennen und anfangen, sich aktiv für soziale und ökologische Gerechtigkeit einzusetzen. Ansatzpunkte gibt es genug.

Literatur

Bourdieu, Pierre (2001): Formen politischen Handelns und Existenzweisen von Gruppen. In: Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Derselbe. Konstanz: UVK, S. 115–121.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke: Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, S. 71–78.